REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 349 · 16.12.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Bonn liquidiert Asylrecht
2. Hafenstraße: Polizeiwillkür gegen Presse
3. Jugoslawien: NATO-Intervention rückt näher
4. Nach dem Rostockpogrom - Kupfer: Vietnamesinnen raus!
5. Vom Nutzen der Nachbarstaaten. Wie ein Grundrecht durch Verweigerung erhalten wird. Vom Büro Jelpke PDS/LL
6. Kein Desert Storm in Somalia? Neue Weltpolizei im Geiste des humanitären Kolonialismus
7. Haftverschonung für Gerhard Bögelein
8. Bundeswehr grenzenlos kriegsbereit - Kriegsdienstverweigerung!
9. Faschisten aller Länder treffen sich in Kroatien - Peter Novak
10. "... Todesfälle im August nicht bekannt ..." (Chronologie des Naziterrors mit Todesfolgen im Jahr 1992)
11. Statistiken, Ermittlungen und Urteile. Wie Justiz und Staat mit rechtsextremistischen Tätern umgehen
12. Skandal in der Paulskirche
13. Chronik ausländerfeindlicher Angriffe (1.11. - 3.12.92)
14. Rassismus und Bevölkerungspolitik - Irmgard Pinn
15. 20 Jahre "Ausländerstopp"
16. "Immer sagt man, die Zigeuner sind schuld." Gespräch mit Sandor Csurkuly, Roma-Vertreter aus Rumänien
17. "Heil Haider"
18. Kehrtwende, Chaos oder Kurskorrektur. Die aktuelle Situation in Rußland und der Kongreß der Volksdeputierten - Andreas Skrypietz
19. Auch im Westen der Türkei: Rassistische Angriffe gegen Kurden - Jan Keetman
20. Untergang einer Stadt in Kurdistan (Buchvorstellung)
21. Welle des Antisemitismus in Italien
22. Entscheidungskampf in Angola
23. Die demokratische Diktatur. Peru nach dem Fujigolpe (Teil 2)
24. El Salvador - Die Linke in der Übergangsperiode - Rainer Spangenberg
25. Die doppelte Kolonie der USA. Bericht über die Arbeit Solidaritätsbrigade auf Puerto Rico
26. Richtermacht gegen Frauenrecht
27. § 218: Mißbilligung statt Bestrafung. Ein "unbefangener Gutachter" in Aktion - Barbara Ritter
28. Zur "Asyldebatte"
29. "Schutzwall" gegen den "Egoismus der Frauen" - Barbara Ritter
30. " Asyl-Debatte" - Worum ging es eigentlich? - Knut Mellenthin
31. Umweltzerstörung und Militarisierung der Umweltpolitik. Studie von BUND und DNR
32. Solidaritätsaufrufe für Klaus Croissant
33. Einheitsfront und linke Bündnispolitik
34. Bonn und die Bombe. Eine Buchvorstellung
35. Der historische Ort und die Funktionen des Novemberpogroms 1934. Vortrag von Werner Röhr auf dem Int. Symp. zur Reichspogromnacht
36. Internationales Symposium zur Reichpogromnacht und den aktuellen Pogromen in der BRD
37. Das Ende der "Ein-Mann-Show"? Gregor Gysi tritt vom Vorsitz der PDS zurück (Brief Gysis an den Bundesvorstand der PDS)
38. Polizeiterror gegen Leipziger Hausbesetzer
39. Gewerkschaften und Militär. Nachkriegsbeobachtungen - Peter Birke
40. "Ziel ist, den Sozialismus zu diskreditieren" Erklärung von Erich Honecker zum Prozeß gegen ihn und andere DDR-Staatsfunktionäre

41. Deutscher November 1992. (Aus "Bahamas", Organ der Gruppe K)
42. Thesen zum Niedergang der BRD
43. Quelldatei 26.htm
44. Quelldatei 27.htm
45. "... arme, unterprivilegierte und wenig zivilisierte Neuankömmlinge"
46. Quelldatei 32.htm
47. Quelldatei 37.htm
48. Angola
49. Auch in der West-Türkei
50. Pogrom und Okkupation
51. Puerto Rico
52. Am Rand der Gesellschaft
53. Jelzins Schwierigkeiten nehmen zu

# 1. Bonn liquidiert Asylrecht

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/asyl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:asyl

27.-29. Oktober 1938: 17.000 in Deutschland lebende JüdInnen mit polnischer Staatsangehörigkeit werden aus ihren Wohnungen geholt, zu Sammelstellen getrieben und schließlich über die Grenze nach Polen abgeschoben. Nachdem sie zwei Tage unter schlimmen Bedingungen im "Niemandsland" kampiert haben, akzeptiert die Regierung in Warschau die Aufnahme der Vertriebenen.

17. September 1992: Die Bild erscheint mit der Schlagzeile "Bonn schiebt 43.000 ab". Der Satz beschreibt kein Ereignis, das schon stattgefunden hat, sondern nimmt ein mutmaßliches Ergebnis des eben abgeschlossenen Abschiebe-Abkommens mit Rumänien vorweg. Die Regierung in Bukarest hat sich dadurch verpflichtet, mutmaßliche rumänische StaatsbürgerInnen (abgewiesene Asylsuchende, festgenommene illegale Einwanderer) auch dann zurückzunehmen, wenn deren Identität mangels Personalpapieren nicht eindeutig nachzuweisen ist.

26. November 1992: Während die Regierungsparteien noch mit der SPD verhandeln, schätzt die Bild schon das von ihr verlangte und erwartete Ergebnis ein: "Mit diesen neuen Asylgesetzen könnten von in diesem Jahr insgesamt erwarteten 460.000 Asylanten ca. 400.000 sofort abgeschoben werden."

5. Dezember 1992: Der Bonner "Asylkompromiß" wird bekanntgegeben. Hauptpunkt: Flüchtlinge, die über ein sogenanntes "sicheres Drittland" nach Deutschland kommen, haben kein Recht auf ein Asylverfahren, sondern werden sofort über die Grenze zurückgeschickt. Als "sichere Drittländer" gelten außer den EG-Staaten auch Österreich, die Schweiz, Polen und die Tschechoslowakei. Mit anderen Worten: Die BRD ist ringsum umgeben von "sicheren Drittländern"; sämtliche Landwege werden für Asylsuchende versperrt sein, sobald die neuen Bestimmungen in Kraft treten. Das soll, sagt man in Bonn, im kommenden Frühjahr der Fall sein.

Die Ergebnisse werden unterschiedlich beurteilt. Innenminister Seiters hebt hervor, daß zur Zeit 80 Prozent aller Asylsuchenden über die Nachbarländer einreisen und künftig bequem zurückgewiesen werden könnten. SPD-PolitikerInnen verweisen hingegen darauf, daß mehr als 90 Prozent der Asylsuchenden illegal in die BRD einreisen; daher werde es nicht leicht sein, ihren Weg über ein bestimmtes Nachbarland nachzuweisen, um die Flüchtlinge dann dorthin abzuschieben.

Die BRD, durch ihre geographische Situation begünstigt, führt vor, wie man "das Asylproblem" auf die Nachbarstaaten abwälzt - vor allem auf die ärmsten wie Polen und die Tschechoslowakei, die wirtschaftlich abhängig sind und von denen man sich daher erhofft, daß sie sich nicht wehren werden. Es wird aber trotzdem so wie in Bonn verabredet nicht funktionieren. Es würde, wenn Bonn seine Politik nicht ändert, in absehbarer Zeit zu Streitereien mit den Nachbarstaaten kommen, wenn ihnen Zehntausende von Flüchtlingen "zurückgeschoben" werden und nicht einmal eindeutig festzustellen ist, ob diese wirklich durch das betroffene Land in die BRD gekommen waren. Es könnte einen "Asylantenkrieg" zwischen Bonn, Prag, Bratislava und Warschau geben, wenn sich in Polen oder in der Tschechoslowakei Zehntausende von Menschen ohne Wohnung und Besitz aufhalten, um doch noch einen Weg zur illegalen Einwanderung in die BRD zu finden, während Bonn von unseren NachbarInnen entschiedenere Polizei-Aktionen gegen die Flüchtlinge fordert. Es könnte häßliche Szenen geben, wenn wieder einmal Menschen im "Niemandsland" zwischen den Grenzen kampieren müssen, weil die Regierungen sich streiten, wer für sie zuständig ist. Wir werden noch oft Grund haben uns zu schämen.

# 2. Hafenstraße: Polizeiwillkür gegen Presse

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:28

Wenn es um die Hamburger Hausbesetzerszene und speziell um die Hafenstraße geht, hat die Polizei noch nie Zurückhaltung geübt. Bei Aktionen gegen besetzte Häuser gab es wiederholt komplette Aussperrungen von Presse. "Morgenpost"-Volontär Frank Wieding, der sich einer solchen Aussperrung nicht fügen wollte, mußte sogar vor Gericht erleben, daß die Aussperrung richterlichen Segen bekam. Margit Czenki (Filmemacherin und Journalistin) mußte bei der Kantinenbesetzung des "Gruner & Jahr" - Verlages durch Hafenstraßenbewohner ihr dort gedrehtes Material an Polizisten herausgeben. Der Fall wird zur Zeit vor Gericht verhandelt. Am 25.11.92 wurde eine Wohnung in der Hafenstraße geräumt. Ein NDR-Team, ein "Spiegel"-Fotograf, ein "Konkret"-Redakteur und eine "taz"-Fotografin waren als Zeugen unerwünscht. Die "taz"-Fotografin Marily Stroux wurde derart traktiert, daß sie mit Hautabschürfungen, Prellungen und einem Steißbeinbruch im Krankenhaus landete. Die IG Medien wird diesen eklatanten Verstoß gegen die Freiheit der Berichterstattung durch eine Feststellungsklage gerichtlich klären lassen. Es kann nicht angehen, daß immer wieder Polizeibeamte vor Ort entscheiden, wie Pressefreiheit zu definieren ist.

Günter Zint

# 3. Jugoslawien: NATO-Intervention rückt näher

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:40

Seit dem 24. November haben die sieben Kriegsschiffe der NATO und fünf der WEU vor der jugoslawischen Küste einen Schießbefehl. Ausgenommen davon sind die Einheiten der deutschen Marine. Für unsere Politiker ist das ein Anlaß, wieder einmal die zweitklassige Rolle zu beklagen, die sich daraus ergibt, daß der Bundeswehr die Teilnahme an internationalen Militäraktionen per Grundgesetz und wegen historischer Altlasten versagt ist.

Kriegsschiffe und Militärflugzeuge mehrerer westeuropäischer Staaten, einschließlich der BRD, sind seit Mitte Juli in der Adria stationiert. Ihr Auftrag: Überwachung der am 31. Mai vom UNO-Sicherheitsrat verhängten Blockade gegen Neu-Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Bisher war ihr Überwachungs-Auftrag nur symbolischer Natur gewesen. Sie hatten keine Vollmacht, blockadebrechende Frachtschiffe tatsächlich anzuhalten und eine Durchsuchung zu erzwingen. Wie es heißt, hatte etwa die Hälfte aller vorbeifahrenden Schiffe auf die Aufforderung, ihre Ladung zu nennen, überhaupt nicht geantwortet. Es seien zahlreiche Fälle von offenem Blockadebruch beobachtet worden. Andererseits wurde aber auch festgestellt, daß der Seeschiffsverkehr mit Jugoslawien seit Beginn der Überwachung um 70 Prozent zurückgegangen ist.

Durch Beschluß des UNO-Sicherheitsrats vom 17. November (bei Enthaltung Chinas und Simbabwes) kann die Blockade vor der jugoslawischen Küste nun auch militärisch durchgesetzt werden. Alle "verdächtigen" Schiffe sollen durchsucht werden. Wird das verweigert, kann das Schiff durch einen Schuß vor den Bug (oder schlimmstenfalls auch durch direkten Beschuß) gestoppt werden. Diese Regelung trat am 24. November in Kraft und wurde auch sofort praktiziert. Der erste durchsuchte Frachter fuhr unter syrischer Flagge und war auf dem Weg zum nordkroatischen Hafen Rijeka. Daran wird deutlich, daß die Kriegsschiffe in der Adria offensichtlich nicht nur den allgemeinen Handelsboykott gegen Serbien und Montenegro überwachen, sondern auch das Waffenembargo, das von der UNO schon im Sommer 1991 gegen das gesamte Gebiet des früheren Jugoslawien verhängt wurde.

Eine Gefahr unmittelbarer militärischer Zwischenfälle besteht auch durch den Schießbefehl kaum. Es ist davon auszugehen, daß generell nicht einmal ein Warnschuß nötig sein wird, um die Durchsuchung von Frachtschiffen zu erzwingen. Die jugoslawische Marine, die im Herbst 1991 noch stark an den Kämpfen im süddalmatinischen Küstenbereich beteiligt war, scheint sich völlig aus der Adria in die Bucht von Kotor (Montenegro) zurückgezogen haben, so daß Konfrontationen mit der NATO-WEU-Flotte, selbst zufällige, vermutlich ausgeschlossen sind.

Noch in der Diskussionsphase des neuen UNO-Beschlusses war davon die Rede, daß sich die deutsche Marine dann wohl von der Blockade ganz zurückziehen müßte. So jedenfalls ein Bericht in der "Süddeutschen Zeitung" vom 14. November unter Berufung auf Regierungskreise. Beschlossen wurde aber doch, weiter im Blockade-Verband zu bleiben - zur Zeit mit dem Zerstörer "Hamburg" -, sich jedoch nicht an der verschärften Kontrolle zu beteiligen, sondern nach wie vor nur Überwachungsaufgaben wahrzunehmen.

Es kann gut zurückverfolgt werden, daß die ursprüngliche Idee zum Flotten-Einsatz in der Adria maßgeblich von der deutschen Regierung vorangetrieben worden war. (Siehe Artikel in ak 345 und 346) Wurde so doch erstmals eine scheinbar gleichberechtigte Teilnahme deutscher Streitkräfte an einer internationalen Militäraktion ermöglicht und damit ein Tor aufgestoßen, an das man schon seit längerem immer wieder heftig geklopft hatte. Die Verschärfung der Blockade, angeblich vor allem auf Initiative von Großbritannien und den USA zustande gekommen, reduziert die deutsche Rolle jedoch wieder und macht deutlich, daß die BRD von der militärischen Großmacht, die sie gern sein möchte, immer noch weit entfernt ist.

Einige Politiker der CDU/CSU, darunter angeblich auch der Kanzler, hätten die Gelegenheit gern benutzt, um neue Fakten zu setzen. Nach ihrer Ansicht hätte sich die Bundesmarine an der Blockade auch in ihrer militärisch verschärften Form voll weiterbeteiligen sollen, mit der Behauptung, dies sei durchaus "verfassungskonform". Man hätte es dann auf eine Klage der SPD ankommen lassen sollen. Das widerspricht aber dem Kurs derjenigen in CDU und FDP, die lieber gemeinsam mit der SPD das Grundgesetz ändern wollen, statt im Hauruck-Verfahren Konfrontationen um jeden Preis herbeizuführen.

Verteidigungsminister Rühe (CDU), in den Relationen seiner Partei betrachtet eher ein Gemäßigter, war einiger Kritik ausgesetzt wegen seiner Festlegung, deutsche Kriegsschiffe derzeit nicht an militärischen Kontrollaktionen in der Adria teilnehmen zu lassen. Er suchte daraufhin die Flucht nach vorn, indem er erklärte, er sei zwar im Prinzip für einen gemeinsamen Weg mit der SPD durch Änderung des Grundgesetzes. Sollte das aber nicht möglich sein, müßte die volle Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Militäraktionen durch ein "Entsendegesetz" legalisiert werden. Dafür würde dann die einfache Mehrheit der Regierungskoalition ausreichen. Ihm widersprach Außenminister Kinkel (FDP): Man müsse in dieser Frage mit der SPD einen Konsens finden, "Sonderwege" kämen für seine Partei nicht in Frage.

Die veränderte Situation in der Adria bedeutet zwar für die deutschen Pläne nach voller militärischer Gleichberechtigung einen kleinen Rückschlag. Letzten Endes wird das aber wohl bis weit in die SPD hinein die Bereitschaft und den Willen steigern, auch diese letzten Schranken noch zu überwinden und zumindest den Weg für Bundeswehr-Einsätze im Auftrag der UNO zu öffnen.

Vor allem das Elend der bosnischen Bevölkerung, derzeit besonders der vergewaltigten Frauen, muß gnadenlos herhalten, um allgemeinen, schon lange gehegten militärischen Ambitionen den Anschein einer unausweichlichen moralischen Verpflichtung zu verleihen. Dabei ist offensichtlich, daß den Menschen dort überhaupt nicht durch die Präsenz eines deutschen Kriegsschiffes in der Adria zu helfen ist, sondern daß ihnen vor allem mit einer großzügigeren Aufnahmepolitik zu nützen wäre. Es ist moralisch absolut nicht zu rechtfertigen, daß die Bundesregierung ekelhaft kleinlich um die Aufnahme von 1000 oder 2000 zusätzlichen Flüchtlingen feilscht, während in Bosnien-Hercegovina etwa eine Million Menschen auf der Flucht sind und nicht wissen, wie und ob sie den Winter überleben werden.

Die NATO-Gremien beraten dieser Tage angesichts der ausweglos scheinenden Kriegslage in Jugoslawien wieder einmal über eine direkte Militärintervention. Nach Presseberichten geht es dabei um vier unterschiedliche Optionen, die im Prinzip alle seit Monaten bekannt sind und schon ein paar mal verworfen wurden:

1. Der Einsatz von Kampfflugzeugen zur Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien-Hercegovina. Dieses war, maßgeblich auf Initiative der USA, im Oktober von der UNO verhängt worden. Es richtet sich gegen die Luftwaffe der bosnischen Serben, soll deren Eingreifen in die Kämpfe verhindern. Der Beschluß vom Oktober sieht allerdings eine militärische Erzwingung nicht vor. Nach Angaben von UNO-Beobachtern hat die serbische Luftwaffe in Bosnien das Verbot weit über hundert mal mißachtet.

2. Bombardierung serbischer Stellungen.

3. Die Einrichtung von Schutzzonen für die Opfer der "ethnischen Säuberung", in erster Linie also die bosnischen Muslime.

4. Die partielle Aufhebung des Waffenembargos zugunsten der Regierung in Sarajevo, um vor allem den militärisch unterlegenen Muslim-Streitkräften den Erwerb schwerer Waffen zu ermöglichen. Darauf drängen seit Monaten besonders die islamischen Staaten, zu deren Sprecherin in dieser Sache sich die türkische Regierung gemacht hat.

Wieweit sind diese Optionen realistisch und welche Risiken einer stärkeren Verwicklung der NATO in den Konflikt würden sie enthalten?

- Die militärische Durchsetzung des Flugverbots wäre wahrscheinlich ohne direkte Konfrontation und Gewaltanwendung möglich. Die bloße Drohung könnte ausreichen, da die Serben angesichts ihrer Überlegenheit und der für sie günstigen Kriegslage nicht auf den Einsatz ihrer Flugzeuge und Hubschrauber angewiesen sind. Anscheinend neigen auch NATO-Mitglieder wie Großbritannien, die bisher jeder Form von Intervention ablehnend gegenüberstanden, derzeit dieser Option zu, da sie am wenigsten problematisch ist und doch den Anschein von Aktivität erweckt.

- Serbische Stellungen zu bombardieren, wäre per se eine direkte Kriegshandlung und stellt daher eine extreme, unwahrscheinliche Option dar. Sie könnte von denjenigen NATO-Mitgliedern, die keine wesentliche Schwächung Serbiens und auch nicht dessen völlige Isolierung wollen (Frankreich, Großbritannien, USA), schwerlich gutgeheißen werden.

- Die Einrichtung von Schutzzonen könnte unproblematisch sein, wenn sie in Gebieten erfolgen würde, die ohne kriegsstrategische Bedeutung sind und an denen die Serben ohnehin nicht interessiert sind. Anderenfalls müßte sie durch NATO-Truppen militärisch erzwungen und für einen längeren Zeitraum abgesichert werden. Gegen ein solches Kriegsszenario - Verwicklung in einen längeren Bodenkrieg - haben sich bisher sämtliche NATO-Militärs ganz entschieden ausgesprochen.

- Eine Lockerung des Waffenembargos zugunsten der Muslime schließlich ist bisher in den NATO-Staaten ebenfalls auf allgemeine Ablehnung gestoßen. Es fragt sich auch, wem es jetzt, da die muslimische Verteidigung schon weitgehend zusammengebrochen ist, noch nützen könnte.

Eine militärische Intervention in Bosnien-Hercegovina wird in erster Linie von den rund 50 islamischen Staaten gefordert, mit der Begründung, die drohende Vernichtung der muslimischen Volksgruppe verhindern zu müssen. In diesem Sinn hat die Islamische Weltkonferenz (OIC) Anfang Dezember erneut vom UNO-Sicherheitsrat gefordert, umgehend "alle notwendigen Maßnahmen", einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, zu ergreifen, um ein Ende der Kämpfe zu erzwingen. Außerdem wurde die Aufhebung des Waffenembargos zugunsten der Muslime gefordert und deren Unterstützung durch alle Staaten der OIC proklamiert. Indessen sind, wie so oft in der Politik der islamischen Staaten, und wie es auch die Palästinenser immer wieder erfahren haben, Worte wohl nicht gleichbedeutend mit Taten. Ihre Unterstützung für die bosnischen Muslime war bisher gering und wird es vermutlich auch künftig bleiben. Auch die Massen muslimischer Freiwilliger aus aller Welt, die heldenhaft an der Seite ihrer bosnischen Brüder kämpfen, existieren wohl eher in der Phantasie einiger Teheraner und Belgrader Journalisten als in der Realität.

Dennoch geht von den Forderungen der islamischen Staaten, insbesondere auch des NATO-Mitglieds Türkei, ein gewisser Druck auf die "westliche Gemeinschaft" aus, immer wieder mit irgendwelchen neuen Aktivitäten aufzuwarten. Bisher hatte die Ansicht vorgeherrscht, wohlkalkulierter, aber nicht übermäßig heftiger Druck auf Serbien würde schließlich zu einem politischen Wandel in Belgrad und zu einem Ende der Kämpfe führen. Hoffnungsträger dieser Politik ist der aus den USA eingeflogene jugoslawische Regierungschef Panic, dem es bisher aber nicht wie erhofft gelungen ist, den Machtkampf gegen den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic für sich zu entscheiden. Jetzt richtet sich die Aufmerksamkeit der "westlichen Gemeinschaft" auf den 20. Dezember. An diesem Tag wird der serbische Präsident neu gewählt, und Panic kandidiert gegen Milosevic. Sollte dieser sich behaupten, wird man das vermutlich als Zeichen interpretieren, daß die Hoffnung auf ein absehbares Ende des Kriegs auf dem Balkan kaum noch Aussichten hat. Eine stärkere Einmischung der NATO, vermutlich aber erst im kommenden Frühjahr, sofern dann immer noch gekämpft wird, wäre damit etwas näher gerückt.

Kt.

# 4. Nach dem Rostockpogrom - Kupfer: Vietnamesinnen raus!

*Nach dem Rostock-Pogrom*

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:55

Der mecklenburgisch-vorpommersche Innenminister Kupfer (CDU) schickt sich an zu vollenden, was den Brandflaschenwerfern von Lichtenhagen nur unvollständig gelang: Rostock und möglichst die ganze BRD von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen zu säubern. Schon zum 31.12.92 sollen alle, deren Verträge zu diesem Zeitpunkt ausgelaufen wären, aus der BRD ausgewiesen und, wenn sie nicht freiwillig gehen, unter Einsatz von Polizeigewalt abgeschoben werden. Betroffen ist auch ein Teil der über 100 Menschen, die beim Brand der ZAST in Rostock nur knapp mit dem Leben davonkamen. Die Fassade ihres Wohnheims ist nach wie vor rauchgeschwärzt. Bis heute hat kein Regierungsvertreter es für nötig befunden, die zerstörten Wohnungen zu besuchen. Staatliche Entschädigung für die Zerstörungen haben die Betroffenen bislang nicht erhalten, ein völlig verwüsteter Gemeinschafts- und Büroraum konnte lediglich mit Hilfe privater Spenden halbwegs wieder hergerichtet werden.

Die VietnamesInnen waren von der DDR formal mit fünfjährigen Ausbildungsverträgen, tatsächlich jedoch als Gastarbeiter für damals (und auch heute noch) anderweitig nicht besetzbare Jobs - etwa als Schweißer auf den Rostocker Werften - ins Land geholt worden. Diese Arbeitsverhältnisse waren von der DDR oft mehrfach verlängert worden. Der Einigungsvertrag sicherte ihnen einen Aufenthalt in der BRD bis zum Auslaufen ihrer Verträge zu. Heute sind fast 80% der etwa 12.000 in der Ex-DDR verbliebenen VietnamesInnen arbeitslos. Aber auch wenn sie noch Arbeit haben, erhalten sie eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung immer nur für vier Wochen. Das bedeutet, daß sie (bzw. ihr Arbeitgeber) jeden Monat neu Arbeitserlaubnis, Kindergeld und Wohngeld beantragen müssen. Sie haben so keine Aussichten auf Umschulung oder Weiterbildung und kein Recht auf einen Gewerbeschein, der es ihnen erlauben würde, ein Restaurant oder Geschäft zu führen.

Am 12. Dezember haben mehrere hundert ehemalige VertragsarbeiterInnen in Schwerin für ihr Bleiberecht in der BRD demonstriert. Die Bonner Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen will die VietnamesInnen langjährigen Gastarbeitern in Westdeutschland gleichgestellt sehen, so daß sie zumindest eine befristete Aufenthaltsberechtigung erhalten. Auch das Land Brandenburg setzt sich für ein Bleiberecht der VietnamesInnen ein. Am 18. Dezember soll darüber im Bundesrat beschlossen werden. In diese Situation trifft der (von Bayern unterstützte) Vorstoß Kupfers. Aus seiner Begründung für die Massenausweisungen - "die Akzeptanz der Ausländer- und Asylpolitik ist in weiten Teilen der Bevölkerung schon jetzt überstrapaziert" - spricht blanker Rassismus, voll und ganz auf der Linie der von Kupfer bekannten Rechtfertigungen des Rostocker Pogroms. Der, wie sich immer deutlicher herauskristallisiert, Hauptverantwortliche für dieses Pogrom will sich ganz offenkundig auf kaltem Wege mögliche Zeugen und Ankläger vom Hals schaffen.

Quellen: Kennzeichen D, 1.12.92, taz, 12.12.92, Weltwoche, 15.10.92

# 5. Vom Nutzen der Nachbarstaaten. Wie ein Grundrecht durch Verweigerung erhalten wird. Vom Büro Jelpke PDS/LL

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:29

Ein "versöhnendes Signal" wollten die Unterhändler in Sachen Asylrecht mit ihren Vereinbarungen setzen, "denn Deutschland ist ein weltoffenes, tolerantes Land, und das soll so bleiben" (Ergebnisse der Verhandlungen zu Asyl und Zuwanderung). Aus berufenem Mund klingt das so: "Damit kann jeder, ob er nun asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgewiesen werden" (Stoiber, FR, 8.12.92). Unverdrossen verkaufen die ParteiführerInnen aller Lager - Bündnis 90/Grüne und PDS/LL ausgenommen - dieses Signal als hart errungenen Kompromiß zur Beendigung des "Asylmißbrauchs", zur Erhaltung des Individualanspruchs auf Asyl und der Rechtswegegarantie.

Tatsächlich kann von einem Kompromiß keine Rede sein. Durchgesetzt haben sich CDU/CSU und SPD-Führung, die im Prinzip von Unionspositionen nicht mehr weit entfernt war. Das beharrliche Reden vom Kompromiß bei der SPD-Führung weist denn auch mehr auf die Entschlossenheit hin, die Vereinbarungen gegen alle Kritik aus den eigenen Reihen zu verteidigen, als auf den Glauben an das eigene Verhandlungsgeschick.

Das neue Zauberwort: Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). Mit dem Verweis auf die GFK hat die BRD den Dreh gefunden, um aus ihrer bisher immer beklagten geographischen Lage einen Vorteil zu schlagen. Es gibt auf dem Landwege überhaupt keine Möglichkeit, in die BRD zu kommen, ohne einen GFK-Unterzeichnerstaat zu betreten. Mit Polen und der CSFR bzw. deren zukünftigen Teilstaaten soll unverzüglich gesprochen werden über finanzielle und verwaltungstechnische Hilfen.

Unterschlagen wird dabei, daß die GFK kein Asylrecht enthält, ja nicht einmal bestimmte Verfahren festlegt. Sie setzt ein Asylrecht voraus. Die Anwendung der GFK ist denn auch in den westeuropäischen Staaten durchaus unterschiedlich und wird, beispielsweise von amnesty international, in vielen Ländern als ungenügend kritisiert. Die GFK setzt vor allem voraus, daß Flüchtlinge hierher kommen und während der Dauer ihres Verfahrens hierbleiben können.

In den Vereinbarungen dient die GFK als Vorwand, um - fast - alle Flüchtlinge und AsylbewerberInnen abweisen zu können, denn vertraglich zuständig sind immer die anderen, die GFK-Staaten oder "verfolgungssichere Herkunftsländer". Unter ausdrücklichem Bezug auf das Dubliner Abkommen (Bestimmung der Zuständigkeit für die Asylverfahren) soll mit Polen und der CSFR verhandelt werden. Und auf eine Lösung im Osten ist ja zuallererst das Interesse der BRD gerichtet. Eine Aufnahme von Flüchtlingen wird die BRD nur noch im Rahmen einer europäischen "Lastenverteilung" (Ergebnisse...) vornehmen, d.h. wenn sich die anderen europäischen Staaten anders als bisher an der "Last" der osteuropäischen Flüchtlinge und MigrantInnen beteiligen.

Die BRD hat ihren Hals damit aus der Schlinge gezogen, die sie sich selbst durch Dublin umgelegt hatte. Denn nach diesem Abkommen ist die BRD für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge zuständig, die deutschen Boden betreten haben, es sei denn, sie kommen aus anderen EG-Staaten. Es gehört nicht allzuviel seherische Gabe zu der Vorhersage, daß im Normalfall das Interesse an einer europäischen Umverteilung gering sein wird, und deshalb die Hauptlast auf Polen, Ungarn, der CSFR liegenbleiben wird.

Asylrecht abgeschoben

Zurückgewiesen werden zunächst also alle potentiellen AsylbewerberInnen, die auf dem Landwege durch irgendeinen der Anrainerstaaten in die BRD kommen wollen.

Abgeschoben werden auch die, die Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingelegt haben und aus einem GFK-Drittland kommen. Sie können den Rechtsweg von dort aus betreiben ...

Zurückgewiesen bzw. abgeschoben werden können aber auch alle diejenigen, die aus einem von Bundestag und Bundesrat bestimmten "verfolgungssicheren Land" (16a, 3.GG) direkt in die BRD kommen. "Aufenthaltsbeendende Maßnahmen", d.h. Abschiebungen werden durch ein Gericht nur "ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen". D.h. die AsylbewerberInnen aus sogenannten verfolgungssicheren Ländern haben die gesetzlich gestützte Vermutung der Nichtverfolgung zu widerlegen. Diese Vermutung der offensichtlichen Unbegründetheit liegt auch vor bei schweren Straftaten und der Verletzung der Mitwirkungspflicht (keine Papiere, falsche Angaben, Verschweigen der Reise- und Transitwege) bei den Verfahren. Auch hierfür ist ein neues Gesetz nötig.

Seiters geht davon aus, daß auf diese Weise 80% der AntragstellerInnen überhaupt nicht mehr in die BRD kommen würden. (Tatsächlich könnte der Prozentsatz noch höher liegen, denn etwa 97,5% der Anträge wurden 1992 im Inland gestellt). Wenn sie in der BRD aufgegriffen werden und ihnen nicht nachgewiesen werden kann, aus welchem Land sie eingereist sind (Transit), können sie in ihr Herkunftsland geschickt werden (adn, 7.12.92).

Entgehen kann mensch der Abschiebung oder Zurückweisung nur, wenn er/sie über ordentliche Papiere und über die Möglichkeit zum Direktflug verfügt.

Einschränkungen

des Rechtsweges

Die Verfahren sollen in der Regel als schriftliche Verfahren geführt werden, das Gericht bzw. der Einzelrichter kann bzw. soll sich auf die Schriftstücke beschränken und er/sie kann sich ohne weitere Begründung auf die Entscheidung des Bundesamtes beziehen. Zentrale Aufnahmestellen und zuständige Gerichte sollen in enger räumlicher Nähe angesiedelt sein. Stoiber meint zu dieser angeblichen Garantie des Rechtsweges, das gehe weiter, "als es die CSU mit der Forderung nach einem Beschwerdeausschuß (anstelle des Richters - d.A.) gewollt habe." (ddp, 7.12.)

Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge

Die Herausnahme von (Bürger-)Kriegsflüchtlingen aus den Asylverfahren ist eine uralte Forderung von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Doch in den Vereinbarungen wird auch diese Forderung restriktiv umgesetzt.

Die Aufnahme erfolgt zeitlich und inhaltlich befristet und kontingentiert. Herkunftsgebiete werden vom Innenminister im Einvernehmen mit den Innenministern der Länder festgelegt. Die Kontingente werden auf die Länder "unter Anrechnung schon aufgenommener Flüchtlinge vorgenommen". Asylanträge dürfen während dieser Zeit nicht gestellt werden.

In Stichworten noch einige weitere Vereinbarungen:

Die sogenannten Altfälle werden nach dem neuen Recht abgearbeitet werden, d.h. weitestgehend mit Abschiebung, bzw. Ausweisung. beantwortet werden. Sonderregelungen sind vorgesehen für Länder mit bisher hohen Anerkennungsquoten.

Ein weiteres Gesetz soll den Mindestunterhalt während des Asylverfahrens regeln. Ziel ist eine deutliche Absenkung der bisherigen Leistungen, bei Aufenthalt in einer Zentralen Aufnahmestelle oder Gemeinschaftsunterkunft grundsätzlich, sonst vorrangig durch Sachleistungen.

Mit diesem Kompromiß ist das Asylrecht so weit "verstoibert" (Jürgen Trittin), daß alle restriktiven Maßnahmen der diversen europäischen Abkommen - Dublin, Schengen - ohne Grundrechtsprobleme umgesetzt werden können. V.a. hat die BRD ihre Probleme mit Flüchtlingen den östlichen Nachbarn aufgehalst. Insofern ist die Vereinbarung auch eine Ergänzung zu den Rückübernahmeabkommen mit Polen und Rumänien. Es bleibt die Frage, welchen Preis beispielsweise die CSFR und Polen von der BRD noch verlangen können für diese Einpassung in das europäische Abschottungs- und Sicherheitssystem. Und welchen Preis die BRD zahlen will.

Die Ergebnisse der Verhandlungen schreiben auch das Festhalten an den Prinzipien des "Wir- sind- kein-Einwanderungsland" fest.

Festgelegt wird eine jährliche Aufnahmequote von bis zu 220.000 deutschstämmigen Aussiedlern ohne Stichtagsregelung. Die Einbürgerung von AusländerInnen soll zwar erleichtert werden, von der Einführung von Doppelstaatsbürgerschaften oder automatischer deutscher Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder von ImmigrantInnen ist keine Rede.

Quoten für WerkvertragsarbeiterInnen, bisher v.a. aus Polen und der CSFR, werden in Höhe von 100.000 pro Jahr festgelegt. Illegale Beschäftigung soll scharf bekämpft werden.

Wenn die SPD sagt, es sei ein Gesamtpaket verhandelt worden, Zuwanderung inbegriffen, so ist das durchaus richtig. Allerdings wurden die Eckpfeiler der bisher nie offiziell so genannten Zuwanderungspolitik - auf strikt völkischer Grundlage - und der rechtlichen Ausgrenzung der hier lebenden AusländerInnen noch einmal festgeklopft. Die von der SPD als Verhandlungsmasse in den Vordergrund gespielten neuen Zuwanderungsregelungen sind auf einen Satz zusammengeschrumpft und als Versprechen für die Zukunft dorthin geschoben, wo sie jetzt auch schon verhandelt werden. Auf die EG-Ebene nämlich. Dort werden sie unter dem richtigeren Begriff Zuwanderungsbegrenzung verhandelt, wobei ökonomische Aspekte absolut vorrangig sind.

Als in einer Expertenanhörung im Bundestag im März diesen Jahres der Entwurf für das neue Asylverfahrensgesetz in der Luft zerrissen worden ist, schrieb die FAZ (19.3.92): "Eine Niederlage bewußt in Kauf nehmen ist ein Erfolgsrezept der Politik. So ist die CDU ...ihrem Ziel einen großen Schritt näher gekommen, den Asylrechtsgrundsatz des Grundgesetzes zu ändern...Die Vorlage war das Äußerste, was der Gesetzgeber glaubte wagen zu können, um den Andrang von Asylbewerbern ohne Änderung des Grundgesetzes in den Griff zu bekommen..."

Büro Jelpke PDS/LL

Die Verhandlungsergebnisse zum Asylrecht

Die Fraktionen stimmen überein, daß die Zuwanderung nach Deutschland begrenzt und gesteuert werden muß sowie der Mißbrauch des Asylrechts verhindert und der Schutz tatsachlich politisch Verfolgter gewährleistet werden müssen. Damit soll zugleich ein versöhnendes Signal gesetzt werden, denn Deutschland ist ein weltoffenes, tolerantes Land, und das soll so bleiben. (...)

Flüchtlinge vor Krieg/Bürgerkrieg

Vereinbart werden:

- Es wird gesetzlich ein Status für Kriegs-/ Bürgerkriegsflüchtlinge festgelegt (analog zur Genfer Konvention).

- Die Aufnahme erfolgt inhaltlich (Krieg oder Bürgerkrieg) bedingt und zeitlich befristet, mit der Möglichkeit der Bildung von Aufnahmekontingenten (...).

- Die Herkunftsgebiete legt der BMI im Einvernehmen mit den Innenministern der Länder fest.

- Die Verteilung aufgenommener Flüchtlinge vor Krieg/Bürgerkrieg auf die Länder wird nach dem geltenden Verfahren unter Anrechnung schon aufgenommener Flüchtlinge vorgenommen.

- Während der nach Ziffer 2 erfolgten Aufnahme kann ein Asylantrag nicht gestellt werden. Danach wird ein entsprechender Antrag behandelt wie ein Asylfolgeantrag.

- Über Fragen der Aufteilung der sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen im Sinne einer Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird ein Einvernehmen im Zuge der Beratungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen angestrebt.

Asylrecht

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (GG) wird gestrichen. Folgender Artikel 16a GG wird eingefügt:

Artikel 16a GG

1. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

2. Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GK) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, auf die die Voraussetzungen von Satz 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In diesen Fällen können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

3. Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrats bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß in diesen Staaten politische Verfolgung oder unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung nicht stattfindet.

Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt, es sei denn, er trägt Gründe vor, aus denen sich ergibt, daß er entgegen der Vermutung in Satz 1 politisch verfolgt wird.

4. Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen. Gleiches gilt für aufenthaltsbeendende Maßnahmen in anderen Fällen offensichtlicher Unbegründetheit. Insoweit kann der Prüfungsumfang eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Zu der Formulierung des Artikel 16a GG sind sich die Fraktionen über folgende Vereinbarungen einig:

Es besteht Einigkeit darüber, daß nach heutiger Sachlage (unter anderem) für Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz die Feststellung gilt, daß sie sichere Drittstaaten sind. Um nicht einzelne Länder durch die Feststellung als verfolgungssicherer Drittstaat mit den Auswirkungen von Wanderungsbewegungen insbesondere aus Osteuropa unverhältnismäßig zu belasten, tritt die Bundesrepublik Deutschland für eine europäische Lastenverteilung ein. Sie wird im Vorgriff auf eine solche Regelung unverzüglich mit Polen und der CSFR Gespräche aufnehmen.

Grundlage dieser Gespräche wird ein Angebot Deutschlands sein über: administrative und finanzielle Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingsprobleme; Regelungen zur Lastenverteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in besonderen Situationen; Festlegung von Zuständigkeitsregelungen entsprechend dem Dubliner Abkommen. An den Verhandlungen werden die Länder beteiligt.

Sonstige offensichtlich unbegrüdete Asylanträge im Sinne des Absatz 4 Satz 2 liegen insbesondere vor bei schweren Straftaten und der Verletzung von Mitwirkungspflichten im Verfahren.

Folgeanträge: Es besteht Einigkeit darin, daß die mißbräuchliche Stellung von Asylfolgeanträgen weiter einzudämmen ist. Dabei soll geprüft werden, ob die Frist des Paragraphen 71 Asylverfahrensgesetz von einem auf drei Jahre ausgedehnt werden kann.

Altfälle: Anhängige Verfahren werden grundsätzlich nach dem neuen Recht weitergeführt. Es erfolgt eine entsprechende Klarstellung im Gesetz. Durch die bereits ergriffenen Maßnahmen sollen die Altfälle beschleunigt abgearbeitet werden. Es wird eine Bleiberechtsregelung für Asylbewerber aus Ländern mit hoher Anerkennungsquote geschaffen, soweit deren Anträge länger als zwei Jahre anhängig sind.

Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen:

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) übersendet dem zuständigen Verwaltungsgericht vorsorglich die Entscheidung und eine Kopie des Akteninhalts, und zwar zugleich mit der Zustellung an die Beteiligten. Das Verfahren auf Gewährung des einstweiligen Rechtsschutzes ist in der Regel als schriftliches Verfahren und getrennt vom Hauptsacheverfahren durchzuführen. Tatsachen und Beweismittel, die die Beteiligten nicht angegeben haben, können unberücksichtigt bleiben. Der Amtsermittlungsgrundsatz wird insoweit eingeschränkt. In der gerichtlichen Entscheidung kann ohne weitere Begründung auf die Entscheidung des Bundesamtes Bezug genommen werden ...

Einbürgerung und Zuwanderung

Die Einbürgerung von Ausländern soll gegenüber der bestehenden Rechtslage weiter erleichtert werden. Der in den Paragraphen 85 und 86 Ausländergesetz gewährte Regelanspruch wird in einen Rechtsanspruch umgewandelt. Die Befristung in Paragraph 86 wird aufgehoben.

Im Zuge einer Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts soll automatische Vererbbarkeit der deutschen Staatsanhörigkeit bei fehlendem Bezug zum Staatsgebiet eingeschränkt werden.

Die Fraktionen stimmen darüber überein, daß die Möglichkeiten einer Regelung zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung auf nationaler Ebene geprüft und Verhandlungen hierzu auf europäischer Ebene fortgesetzt werden.

(Dokumentiert nach FR vom 8.12.92)

# 6. Kein Desert Storm in Somalia? Neue Weltpolizei im Geiste des humanitären Kolonialismus

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:38

Dreihunderttausend Tote durch Hunger, Krankheiten und Bürgerkrieg in Somalia seit Januar 1991, Bilder von halbverhungerten Kindern überall, wo es Zeitungen und Fernsehen gibt, bewaffnete Banden, die den Ärmsten der Armen das Überlebensnotwendige rauben - und die Welt schaut tatenlos zu? Seit dem Morgen des 8. Dezember nicht mehr. Auf einstimmigen Beschluß des UNO-Sicherheitsrates sollen 35.000 Soldaten, darunter 28.000 aus den USA, in Somalia ein "sicheres Umfeld schaffen", das die Auslieferung der blockierten Hilfsgüter und in der zweiten Phase die "nationale Versöhnung" ermöglichen soll. Größere kriegerische Verwicklungen halten die humanistischen Weltpolizisten für unwahrscheinlich. Aus Mogadischu wurde bei Beginn der Operation "Restore Hope" ("Neue Hoffnung") "Festival-Atmosphäre" gemeldet.

Die Schlacht scheint schon gewonnen, bevor sie begonnen hat. "Verglichen mit der Operation ‚Desert Storm` wird die Invasion Somalias ein militärisches Kinderspiel sein", kommentiert der Züricher Tages-Anzeiger (5.12.). Miesmacher haben derzeit keine Chance, am allerwenigsten in den USA. Kritiker, die keineswegs aus prinzipiell pazifistischer Überzeugung, sondern wegen des unkalkulierbaren Risikos vor der militärischen Intervention warnen, sind hoffnungslos isoliert. Die Stichworte "Beirut" und "Vietnam", als Synonyme für unerwartete militärische Fehlschläge der unschlagbar scheinenden US-Army in die Debatte geworfen, können um so leichter vom Tisch gewischt werden, als ihre Verwender nicht einmal zum Schein "humanistisch" argumentieren. "No overriding American national interests" (Time international, 14.12.) - keine vordringlichen nationalen Interessen der USA sieht der demokratische Kongreßabgeordnete John Murtha in Somalia tangiert und disqualifiziert sich damit in den Augen der US-amerikanischen Öffentlichkeit als unmoralisch und herzlos.

Ganz anders George Bush, der geschlagene Präsident auf Abruf, der, wie die amerikanische Presse nicht ohne Rührung kolportiert, von den drei ihm durch seine Berater vorgelegten Optionen ohne Zögern die risikoreichste wählte. Weder Aufstockung der in Somalia stationierten 500 Mann starken UN-Truppe auf 4.000 noch bloße See- und Luftunterstützung für eine UN-Interventionstruppe hielt der sprichwörtliche Zauderer Bush für ausreichend. In einer Fernsehansprache verkündete er der Nation seine Entscheidung für die Aktion "Restore Hope": "Das Volk von Somalia, besonders die Kinder, brauchen unsere Hilfe. Wir sind imstande, ihr Leiden zu lindern. Wir müssen ihnen helfen zu überleben. Wir müssen ihnen Hoffnung geben. Amerika muß handeln" - militärisch handeln. (Basler Zeitung, 5.12.) Bis zum 20. Januar, dem Tag der Amtseinführung Bill Clintons (der Bush zu seinem "historischen und begrüßenswerten Schritt" beglückwünschte) solle die Aktion beendet sein - dieses von Präsidentensprecher Fitzwater ausgegebene Planziel, von einem anonymen Militärsprecher sogleich als "ausnehmend lächerlich" bezeichnet, ist inzwischen sang- und klanglos fallengelassen worden. Colin Powell, oberster Stabschef, erwartet den Abzug der US-Truppen nicht vor März.

Blanko-Vollmacht

UN-Generalsekretär Butros Ghali stellt ebenso wie viele Kommentatoren die Einzigartigkeit der Somalia-Intervention heraus: "In Somalia gibt es keine Regierung, also gibt es auch keinen Staat. Dort gibt es eine neue Lage, die in der UNO-Charta nicht auftaucht. Wir müssen also mit politischer Phantasie einen neuen Weg finden." (Spiegel, 7.12.)

Der Auftrag der Interventionstruppen ist ebensowenig eindeutig festgelegt wie die anzuwendenden Mittel. Die vom UNO-Sicherheitsrat einstimmig beschlossene Resolution erlaubt den Einsatz "aller notwendigen Mittel", um für die Hilfsaktionen gegen den Hunger "so bald wie möglich" ein "sicheres Umfeld" zu schaffen. Schon Butros Ghalis Erwartung, die internationale Streitmacht müsse "zumindest die schweren Waffen neutralisieren und unter internationale Kontrolle bringen und die irregulären Streitkräfte und Banden entwaffnen" (Basler Zeitung, 5.12.), könnte sich als zu weitgehend erweisen. Ebenso ist fraglich, ob das Kalkül aufgeht, den Banden ihr Kriegsmaterial einfach abzukaufen; 15 Millionen Dollar sind dafür vorgesehen.

Die beiden führenden somalischen Politiker, die modern ausgerüstete Bürgerkriegstruppen befehligenden Ali Mahdi und Farah Aidid, überbieten einander derzeit mit Huldigungen an die USA. Daß sie das in der Absicht tun, als deren bevorzugter Partner anerkannt zu werden, liegt auf der Hand. General Aidid, der über den strategisch wichtigen Südteil Mogadischus (mit Hafen und Flughafen) gebietet, hat seine Kämpfer angewiesen,

sich vom Flughafen fernzuhalten. Ihre Entwaffnung schloß Aidid allerdings so lange aus, wie nicht alle anderen bewaffneten Verbände "parallel", also zeitgleich, die Waffen abgeben würden. Einiges deutet darauf hin, daß auch die übrigen bewaffneten Einheiten erst einmal der offenen Konfrontation aus dem Wege gehen werden. Schon vor der Landung der ersten US-Soldaten zogen sich plündernde Banden in die ländlichen Provinzen zurück, um dort, wie Vertreter der Hilfsorganisation CARE sich ausdrückten, "tabula rasa" zu machen. Absetzbewegungen in die Nachbarländer Kenia und Äthiopien bleiben auch nach der von diesen verfügten Schließung der Grenzen weiterhin möglich, da die Landverbindungen kaum kontrollierbar sind.

So könnte auch ohne verlustreiche Schlachten eine Lage eintreten, die US-Verteidigungsminister Cheney unbedingt ausschließen will: die "Verwicklung" der USA in einen langwierigen Guerillakrieg. Die von der taz als "Ethnologin mit Somalia-Erfahrung" vorgestellte Anna Simons warnt vor der "Unterschätzung der Hartnäckigkeit eines Volkes, das guten Grund hat, sich ausländischer Intervention zu widersetzen", und weist auf die "in Somalia gewachsene Guerilla-Erfahrung" hin. (taz, 9.12.) Für alle Fälle hat Pentagon-Sprecher Pete Williams schon klargestellt, daß keine "Obergrenze" für die endgültige Truppenstärke festgelegt sei.

"Politische Lösung"?

Damit genug der Spekulationen über die militärische Seite des Somalia-Abenteuers. Auch bei einem "Erfolg" der Interventionstruppen, der schnellen "Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung", ist der weitere Gang der Dinge höchst ungewiß. Bei nicht vollständiger Entwaffnung könnten die Banden - nach dem programmgemäßen Abzug der "friedensstiftenden" Interventionstruppen - dort weitermachen, wo sie vorübergehend aufgehört haben; Grund genug, eine Besatzungsmacht zu installieren und, allen Dementis zum Trotz, auch politisch zu intervenieren. Selbst unterstellt, die Militäraktion könnte Somalia "den Frieden bringen" (eine ziemlich unrealistische Annahme), ist vor allem die Verwirklichung der "zweiten Phase" der Operation höchst zweifelhaft: die "politische Lösung" oder "nationale Versöhnung". Sie könnte durch die Militäroperation eher erschwert werden. Das befürchtet auch Anna Simons, die sich gleichzeitig von romantischen Verklärungen - "Jahrhundertelang wurde Somalia friedlich von den Ältesten regiert" - gewisser "Afrika-Experten" abgrenzt: "Tatsächlich gibt es Somalia erst seit 1960, und auch vor der kolonialen Grenzziehung war die Stärke verschiedener Clans und Unterclans immer variabel; sie änderte sich je nach Kontrolle über Gebiete und Menschen. Genau dies scheint jetzt auch im Norden und Nordosten Somalias der Fall zu sein: Einflußzonen, die jeweils für sich relativ friedlich sind. Wer denkt an die Somalis in diesen Gebieten und die Veränderungen in ihrem Strukturgefüge, die dem Eindringen von US- oder UNO-Truppen im Süden und der späteren Reinstallierung einer Regierung für Gesamt-Somalia folgen?" (taz, 9.12.)

Vom "peace-keeping"

zum "peace-enforcing"

"Sendungsbewußtsein, Betroffenheit und Schuldgefühle" sieht der "Spiegel" (7.12.) als ausschlaggebende Gründe für das Eingreifen der USA in Somalia. "Schuldgefühle" besonderer Art bemühen vor allem US-amerikanische Kommentatoren: Da große Teile des in Somalia angehäuften Waffenarsenals aus den USA stammen, hätte man nun die Pflicht, sie wieder einzusammeln!

Strategische Interessen der einzigen Supermacht kommen in solchen Kommentaren nicht vor. Dabei liegt es auf der Hand, daß die "Zone schwacher Regierungen und extremer sozialer Instabilität" (Dominic Johnson in der taz, 3.12.) am Horn von Afrika für die USA auch nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes interessant ist. Dominic Johnson: "Mit zwei befreundeten Regierungen in Addis Abeba und Mogadischu wäre, aus US-Sicht, die Stabilität der Region wiederhergestellt" - "Stabilität" gegen den als Bedrohung angesehenen "islamischen Fundamentalismus", vor allem die Achse Iran-Sudan.

Die UNO, unter deren Federführung die Operation "Restore Hope" stattfindet, wird dabei moralisch aufgewertet. Ob sie das ihr zugestandene Recht zur Kontrolle des bei den USA liegenden militärischen Kommandos tatsächlich ausüben kann, bleibt fraglich. Daß die nach Somalia entsandten Truppen erstmals ganz offiziell nicht nur "zur Verteidigung" von der Waffe Gebrauch machen dürfen, scheint der moralischen Erhabenheit dieser "hauptsächlich humanitären Aktion" (Butros Ghali) in der Sicht ihrer Befürworter keinen Abbruch zu tun.

Ist "Restore Hope" ein "Präzedenzfall mit möglicher Lawinenwirkung angesichts der Zahl von Staatskrisen", wie der Kommentator der Frankfurter Rundschau (5.12.) vermutet? Ronald Reagan verlangt ein Ultimatum an Serbien und bei dessen Nichterfüllung die "Bombardierung serbischer Waffenlager"; andere fordern mit Blick auf Somalia die sofortige Intervention in Bosnien, Haiti oder Liberia. Dem steht das nüchterne Kalkül der Militärstrategen entgegen, deren Aufgabe es ist, Aufwand und Erfolgsaussichten gegeneinander abzuwägen.

Der Schweizer "Konfliktforscher" Kurt R. Spillmann (der auch die Schweiz am weltweiten "peace-enforcing" beteiligt sehen möchte) nennt auf die Frage nach den Kriterien für eine militärische Intervention der "Staatengemeinschaft" an erster Stelle die "große Medienpräsenz", die ein regionales Problem "im Bewußtsein der politischen Welt" überhaupt erst "eine gewisse Dimension" annehmen lasse; zweitens müsse "die UNO die breite Basis der Legitimation abgeben"; und drittens müsse "eine Allianz interessierter Staaten die Mittel für eine Aktion bereitstellen." (Basler Zeitung, 5.12.) Die UNO, so Spillmann weiter, "führt ja eigentlich nur die Oberaufsicht und verschafft die Legitimation".

"Und Deutschland

schaut zu..."

Größere Interventionen der "Staatengemeinschaft" sind derzeit nur unter der - faktischen, nicht notwendigerweise nominellen - Leitung der USA realisierbar. "Wir können nicht jedes Problem lösen, aber kein größeres Problem wird sich ohne uns lösen lassen", umschreibt der Kommentator von US. News & World Report den Führungsanspruch. (FR, 10.12.) In Somalia bemüht sich vor allem Frankreich, das mit 2.100 Soldaten das zweitgrößte Kontingent stellen wird, um Anerkennung als Weltmacht. Die Deutschen, die aus den bekannten verfassungsrechtlichen Gründen nicht mitschießen dürfen, arbeiten angestrengt daran, weltpolitisch Anschluß zu finden.

Einstweilen wird die Bundeswehr über Hilfsflüge und die Bereitstellung von Feldlazaretten hinaus wenig beitragen können. Selbst der Einsatz von Sanitätssoldaten (wie zuletzt in Kambodscha) ist noch offen. Die selten günstige Gelegenheit, durch die Teilnahme an einer ausnehmend breit akzeptierten, weil angeblich rein humanitären Aktion Fakten zu schaffen in Richtung auf weitere Bundeswehreinsätze in aller Welt, kann nicht im gewünschten Umfang wahrgenommen werden. "Somalia wäre ein guter Anlaß dafür gewesen", klagt Außenminister Kinkel im Interview mit der Bild am Sonntag (6.12.), der Welt zu zeigen, "daß wir unsere Verpflichtungen kennen und wahrnehmen", nämlich: Beteiligung der Bundeswehr an "Blauhelm-Einsätzen und anderen, auch friedensschaffenden UN-Missionen, also mit Kampfeinsatz".

Von der SPD, die ebenfalls bedauert, ist kaum noch Widerstand zu erwarten. Kinkels mit der CDU bisher nicht abgestimmtes Angebot, Bundeswehreinsätze von der Zustimmung einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages abhängig zu machen, gäbe der SPD formell zwar ein Vetorecht. Daß diese sich generell an den rechten Stimmungen im Volk orientierende Partei davon auch Gebrauch macht, wäre wohl höchstens im Falle besonders unpopulärer Interventionen zu erwarten. Unter Druck der Regierung und der "öffentlichen Meinung" würde sie Interventionen auch gegen besseres Wissen "ihre Zustimmung nicht verweigern" können. Die notwendige Grundgesetzänderung könnte nach dem Willen der SPD-Spitze sehr viel zügiger vonstatten gehen, wenn die Regierung ihre "Verzögerungstaktik" aufgäbe. Daß die Sozialdemokraten weiterhin auf der Unterscheidung zwischen Blauhelm-Missionen und Kampfeinsätzen bestehen, "hat längst nichts mehr mit der Realität zu tun", schreibt der BamS-Kommentator und spricht offen aus, wohin die Reise gehen soll: "Wenn Deutschland in der Welt ernstgenommen und geachtet werden will, müssen die Bonner Parteien schleunigst die rechtlichen Voraussetzungen für jede Art von Bundeswehreinsatz schaffen." (BamS, 6.12.)

Angesichts so weitreichender Pläne ist die Trauer ihrer Betreiber über die verpaßte Gelegenheit nicht gespielt. Über den Zynismus, mit dem die Bonner Politiker die Not der Menschen in Somalia instrumentalisieren, schreibt Frank Wehner: "Nun jammert's wieder auf und ab in Bonn, daß unsere Soldaten noch immer nicht dabei sein dürfen. Das Grundgesetz ist schuld, wenn Afrikaner Hungers sterben. 300.000 Somalis allerdings sind schon umgekommen, ohne daß sie die Bonner Ruhe übermäßig störten. Betriebsamkeit ist erst erwacht, als von einem Kampfeinsatz die Rede war, vom guten Anlaß, es draußen der Welt zu zeigen und drinnen im Land Tabus zu brechen." (Neues Deutschland, 8.12.)

Js.

# 7. Haftverschonung für Gerhard Bögelein

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:30

Am 8. Dezember 1992, fast zwei Jahre nach seiner Verhaftung in Leipzig, erhielt Gerhard Bögelein Haftverschonung und wurde aus dem Knast entlassen.

Die Entscheidung des Gerichts und der zuständigen Staatsanwaltschaft, dem Haftprüfungs-Antrag des Verteidigers stattzugeben, kam innerhalb von einigen Tagen. Juristisch ändert sich durch die Haftverschonung jedoch nichts: der 69jährige Antifaschist wurde im Mai 1992 zu lebenslänglich verurteilt - das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, da Rechtsanwalt Johann Schwenn im Oktober des Jahres Revision dagegen eingelegt hat. Ein Beschluß über die Revision steht allerdings noch aus.

Dennoch ist die Haftverschonung - vorwiegend aus Krankheitsgründen - eine erfreuliche Nachricht. Eigentlich war Gerhard Bögelein nie haftfähig, sondern wurde als kranker Mann gegen den Willen seiner behandelnden Leipziger Ärzte verhaftet und im Hamburger Untersuchungsgefängnis fragwürdig medikamentös behandelt, kurz ehe der Prozeß begann. Erst nach Hinzuziehung eines Vertrauensarztes und der scharfen Kritik des Hamburger Revisionsanwaltes Schwenn an der medizinischen Versorgung des Angeklagten kam an die Öffentlichkeit, daß Gerhard Bögelein auch während des monatelangen Verfahrens nicht verhandlungsfähig gewesen sein kann, weil er hohe Dosen eines Psychopharmakas erhalten hatte.

Weit mehr als dreitausend Menschen und viele Organisationen, Verbände und Gruppen hatten im Sommer 1992 gegen die Verurteilung des ehemaligen NS-Wehrmachts-Deserteurs Gerhard Bögelein protestiert, dem ein angeblicher Mord an einem NS-Wehrmachtsrichter im Jahr 1947 zur Last gelegt wird.

In den letzten Wochen fanden zahlreiche öffentliche Veranstaltungen statt, die die Freilassung des Leipziger Antifaschisten forderten.

Ohne eine gradlinige Herleitung behaupten zu wollen, ist die längst überfällige Entscheidung für die Haftverschonung des 69jährigen nicht unabhängig von der Solidarität und Arbeit vieler Menschen zu sehen, die sich öffentlich und ganz praktisch für den politischen Gefangenen Gerhard Bögelein eingesetzt haben.

Wir freuen uns mit Gerhard Bögelein und seinen Freundinnen und Freunden und wünschen ihm alles Gute. Der ak wird über den juristischen Verlauf dieses Verfahrens weiter berichten.

Aber in jener Zeit werden gepriesen werden

Die auf dem nackten Boden saßen, zu schreiben

Die unter den Niedrigen saßen

Die bei den Kämpfern saßen.

(B. Brecht 1939)

Lieber Gerhard, wir wünschen Dir alles erdenklich Gute, Gesundheit und viel Kraft und Mut für die Zeit "draußen", für Deine Schreibarbeit und den weiteren Verlauf des unsäglichen Prozesses.

Einige Freundinnen und Freunde

aus verschiedenen Städten

im Dezember 1992

# 8. Bundeswehr grenzenlos kriegsbereit - Kriegsdienstverweigerung!

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:45

Unter diesem Titel hat die Hamburger Friedenskoordination eine Broschüre herausgebracht. "Die aktuelle bundesdeutsche Wirklichkeit ist von Plänen geprägt, die Bundeswehr in kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit einzusetzen", heißt es im Vorwort der Broschüre. "Wenn uns heute fast alle Parteien und inzwischen sogar viele Grüne erzählen wollen, daß der Krieg für ökologische, politische, humanitäre und andere edle Zwecke (wieder) notwendig sei, dann kann für uns die Frage: ‚Verweigern oder zum Bund gehen?` nicht mehr eine Frage des persönlichen Geschmacks sein. Es ist keine Frage, die man ebensogut mit ‚Nein` oder ‚Ja` beantworten kann. Sie müßte zu einer entscheidenden und dringenden Frage für alle Menschen in diesem Land werden." In diesem Sinne sind Artikel zur aktuellen Planung der "out-of-area"-Einsätze der Bundeswehr in der Broschüre enthalten.

Die Broschüre soll gleichzeitig Hilfen und Materialien für die KDV-Diskussion unter Jugendlichen bieten. So sind auch Texte zur Debatte, ob Soldaten als (potentielle) Mörder bezeichnet werden dürfen, zum Mannsbild, das bei der Armee "gebildet" werden soll, zum Frauenbild über die Armee bis hin zu einem Ratgeber für die KDV enthalten.

Die Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit Umdenken e.V. und mit Unterstützung der Hamburger GEW herausgebracht.

Die Broschüre kostet 5,- DM pro Stück (+ 1,- DM Verschickungsbeitrag); 4,- DM ab 10 Exemplare.

Bezug: c/o Bernd Kruse, Eilenau 24

2000 Hamburg 76

Konto: Alexander Kästner, HASPA,

Kt-Nr: 1238/467292, BLZ: 20050550

# 9. Faschisten aller Länder treffen sich in Kroatien

Autor: Peter Novak · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:14

In diesem Artikel soll dargestellt werden, wie sich Faschisten aus zahlreichen Ländern im jugoslawischen Bürgerkrieg auf Seiten Kroatiens einmischen. Gleichzeitig bietet dieser Krieg den Nazi-Kadern ein großes Lern- und Experimentierfeld für Quälereien und Massaker an Menschen. Die Internationale der Neonazis betrachtet die "kroatische Operation" als eine Schlüsselstelle ihrer Organisierung.

Im März 1991 erschien in der Zeitung "New Order" ein Aufruf zur Meldung von Freiwilligen unter dem Titel "Kroatien braucht Hilfe". "New Order" ist das Blatt der NSDAP-AO mit Sitz in den USA. Ihr Chef ist Gary Rex Lauck, der faschistische Druckwerke in alle Welt verschickt.

Eine ungarische Ausgabe von "New Order", "uf rend", ist 1992 in bisher mindestens zwei Nummern erschienen. Diese Zeitung wird vom ungarischen Verbindungsmann der NSDAP-AO, Istvan Györkös, herausgegeben. Die ungarische Staatsanwaltschaft wirft ihm und vier weiteren Mitgliedern der "Nationalsozialistischen Aktionsgruppe" Waffenhandel und Munitionsschmuggel vor. Györkös wurde inzwischen festgenommen. Faschisten in den USA haben ihren ungarischen Kumpanen finanziell und logistisch unter die Arme gegriffen, u.a. mit einem Computer im Wert von 10.000 Dollar.

Im Januar 1992 wurde in Österreich eine Kampagne "Freiwillige für Kroatien" gestartet. Initiator war Gottfried Küssel, selbsternannter Chef der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). Küssel ist auch Führer der VAPO ("Volkstreue Außerparlamentarische Opposition") und besucht seit 1990 regelmäßig Gesinnungsfreunde in der ex-DDR. Küssels Verhaftung am 10. Januar verhinderte die Abreise eines bewaffneten "Technischen Sanitätskorps". Diese Truppe von etwa 50 deutschen und österreichischen Nazis wollte am 14. Januar nach Kroatien aufbrechen.

Nach Küssels Verhaftung wurde laut "Stern" die Arbeit vom Hamburger Chef der "Nationalen Liste" (NL), Christian Worch, übernommen. Im Organ der NL, "Index", vom Januar 1992 heißt es: "Auch wenn es für politische Kämpfer im Inland genug eigene dringende Aufgaben gibt, so halten wir die Unterstützung des tapfer kämpfenden und hart leidenden kroatischen Volkes für eine wichtige Sache.".

Bela Ewald Althans, Münchner Yuppie-Nazi, Betreiber einer PR-Agentur und eines Ladens für nazistisches Propagandamaterial, bot in einer Presseaussendung im Mai dieses Jahres "spektakuläre Actionfotos" zum Verkauf an. Die mehr als hundert angebotenen Fotos zeigen bewaffnete Nazis in Jugoslawien auf seiten kroatischer Kräfte sowie im Irak. Althans verlangt für die Fotos 5.000 Dollar und bietet an, Kontakte mit den beteiligten Nazis und Videoaufnahmen zu vermitteln.

Althans' Geldbeschaffungsaktion ist eingebunden in internationale faschistische Verbindungen. Das Kontakttelefon sowie die Faxnummer gehören dem berüchtigten Altnazi Ernst Zündel aus Toronto/Kanada. In Toronto residiert auch der "Kroatische Nationalrat", der im Februar 1974 von Exilkroaten gegründet wurde, schon damals mit dem erklärten Ziel der Loslösung Kroatiens aus dem "unnatürlichen großserbischen" Jugoslawien.

In der BRD existieren 15 Ortsgruppen dieses Vereins, der selbst vom deutschen Verfassungsschutz als "extrem nationalistisch" eingeschätzt wird. In Kanada und Südamerika sammelt der Verein offen Geld unter dem Motto "Waffen für Kroatien".

Im Monatsheft "Der Freiwillige. Für Einigkeit und Recht und Freiheit" (Nr. 2/92), dem Organ der "Traditionsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS", HIAG, wird der Leserschaft mitgeteilt, daß eine niederländisch-kroatische Arbeitsgemeinschaft, die aus ehemaligen Kadern der niederländischen Armee mit Kampferfahrung im Libanon, in Korea und in Indonesien besteht, Söldner für die kroatische Armee wirbt. Betont wird, daß "die serbischen Kommunisten konkret mit der Waffe in der Hand" bekämpft werden müßten.

In einem Brief vom 7. Mai 1992 schreibt der US-Amerikaner Harold Covington unter dem Decknamen Winston Smith an seine "dear radical comrades": "Ihr seid sicher mit der Situation in Kroatien vertraut (...) die schwache Unterstützung aus dem Ausland für das Tudjman-Regime und die neugegründete kroatische Armee (...)." - Er wirbt um Unterstützung dieser Armee durch "sogenannte Söldner, die tatsächlich politisch motivierte junge

arische Männer aus der ganzen Welt sind, ähnlich den Nationalsozialisten oder den Pro-Faschisten. Sie haben eine rassische Antwort auf die linken Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg gegeben."

Covingtons Europa-Tour diente der Vernetzung zwischen europäischen und US-amerikanischen Faschisten, vor allem des auch in Europa agierenden Ku-Klux-Klan, zur "blood and honour"-Gruppe, deren Zentrale in Großbritannien ist. Der Chef von "blood and honour" und deren gleichnamiger Zeitung ist Ian Stuart Donaldson, Mitglied der Nazi-Band "Skrewdriver", die öfter in Westeuropa auf Tournee ist. "Blood and honour" ist eine europaweite, klandestine Nazi-Organisation. Ihre Mitglieder haben teils paramilitärische Ausbildung in den USA erhalten, teils waren sie bei der französischen Fremdenlegion.

In der schwedischen Faschistengruppe "Weißer Arischer Widerstand" (VAM) ist "blood and honour" stark vertreten. Auch in Schweden gibt es Aufrufe, nach Kroatien zu gehen und dort die "weiße Rasse" zu verteidigen. Über den Ustascha-Killer Miro Baresic laufen schon seit Jahren Verbindungen nach Schweden. Dort ermordete er 1971 den jugoslawischen Botschafter. Obwohl deswegen zu lebenslanger Haft verurteilt, konnte er nach zwei Jahren nach Franco-Spanien fliehen, hielt sich später in Paraguay auf, wo er offizieller Sicherheitsspezialist des Diktators Alfredo Strössner war. Nach dessen Sturz wurde er nach Schweden ausgeliefert, wo er bis 1989 in Haft blieb. Als die Kämpfe in Jugoslawien ausbrachen, wurde ihm in Zagreb ein Heldenempfang bereitet. Er wurde sofort zum Sicherheitschef einer Spezialeinheit des kroatischen Militärs gemacht. Bald darauf wurde er bei einer militärischen Aktion getötet, sein Tod wurde allerdings geheimgehalten.

Auch einige Deutsche haben ihren Freunden in Kroatien mehr als nur eine helfende Hand gereicht. Einer der Polizei-Leibwächter des bayerischen Innenministers Stoiber wurde mit der Verschiebung von 16.000 Schuß gestohlener 9-mm-Munition in Zusammenhang gebracht, die nach Kroatien gelangt sein soll.

Söldner in Kroatien

"Gefallen für unser Europa. Auf dem Kriegsschauplatz Kroatien ließ der französische Kamerad Mario Rehor, 16 1/2 Jahre alt (..), sein Leben." - So lautete eine Todesanzeige in einem Naziblatt.

In dem Badeort Klek zwischen Split und Dubrovnik hat sich in einer beschlagnahmten Villa, die Serben gehört hatte, eine Gruppe internationaler Faschisten eingenistet, die "Einheit Chicago". Das Domizil wurde mit einer Hakenkreuzfahne, der Reichskriegsfahne und der kroatischen Fahne verunziert; den Platz vor der Villa haben die Faschisten in Rudolf-Hess-Platz umbenannt. Die kroatische Presse meint über diese Truppe: "Miese Soldaten, aber sehr gute Kämpfer. Die Jungs machen einen dreckigen Job, aber sie genießen es." - Der Sold beträgt monatlich 130 DM.

Eine BBC-Dokumentation lenkte im Mai 1992 die Aufmerksamkeit auf eine bunte Truppe britischer Söldner, die für 100 Pfund monatlich als Teil einer internationalen Brigade das Tudjman-Regime unterstützen. Die Gruppe der etwa 30 in Osijek stationierten Söldner hatte angeblich die Aufgabe, die Waffenstillstandsverhandlungen zu stören, die zwischen den beiden kriegführenden Seiten vereinbart worden waren. Dabei seien sie so vorgegangen, daß die Schuld an diesen Waffenstillstandsbrüchen der jugoslawischen Armee zugeschoben werden konnte. In dem Film wurden französische und britische Söldner beim Sprengstofflegen gezeigt. Die Radionachrichten am nächsten Tag meldeten, daß "Osijek wieder schweren Bombardements ausgesetzt war" und daß dies "die schlimmste Verletzung des Waffenstillstands seit Monaten" war.

Befehlshaber der britischen Söldner ist Eduardo Flores, dessen politische Biographie über Kontakte zur rechtskatholischen Geheimsekte "Opus Dei" zu pro-faschistischen katholischen Organisationen reicht. Für "La Vanguardia", eine spanische Zeitung in diesem politischen Milieu, wurde er nach Kroatien geschickt, wo er die Schreibmaschine mit dem Gewehr vertauschte. Er wurde zum Initiator der internationalen faschistischen Brigade, der sich auch eine Anzahl französischer Anhänger der "Front National" anschlossen.

Journalisten aus ganz Europa waren daran interessiert, das Geheimnis der freiwilligen Mörder aufzudecken. Für Christian Würtenberg und Paul Jenks endete dieser Versuch tödlich. Sie wollten die internationale Brigade infiltrieren, um an Infos und Fotos zu gelangen. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit vertraute Würtenberg dem spanischen TV-Journalisten Alonso an, daß er die Brigade bald verlassen und in die Schweiz zurückkehren werde. Wenig später wurden Alonso und ein portugiesischer Kameramann aus dem Hotel Intercontinental in Zagreb entführt und von der kroatischen Geheimpolizei verhört. Nach dem Verhör ließ der

Söldnerführer Flores verlauten, daß es einen Spitzel in der internationalen Brigade gebe, daß dieser Spitzel ein Schweizer sei und daß er "verschwinden" müsse. Kollegen versuchten Würtenberg zu warnen, doch er war schon verhaftet. In Osijek trafen sie auf Flores, der ihnen grinsend mitteilte: "Übrigens, wir hatten einen Verlust - Christian. Das Schweizer Problem ist erledigt."

Die Autopsie im Osijeker Hospital ergab: "Christian Würtenberg, getötet am 6. Januar 1992 als Ergebnis von Schlägen mit einer stumpfen Waffe und späterem Erwürgen mit den Händen und mit einem Strick."

Würtenbergs Computer blieb verschwunden. Sein an die Familie zurückgeschicktes Tagebuch war unvollständig. Die kroatischen Medien versuchten zunächst, seinen Tod geheimzuhalten. Allerdings sprach sich der Vorfall unter Journalisten in Zagreb schnell herum und löste Alarmstimmung aus.

Am 13. Januar besuchten Paul Jenks und sein Kollege Hassan Amini die internationale Brigade, um nachzuforschen, was mit Würtenberg passiert war. Kurz darauf wurde Jenks nahe Osijek in den Kopf getroffen. Offiziell hieß es, er sei von serbischen Heckenschützen getötet worden, aus einer 900 Meter entfernten Stellung. Aber es gab bald Vermutungen, daß die Kugel nicht von den Serben, sondern von den bedeutend näheren internationalen Brigaden kam.

Flores meldete den Tod von Jenks in Zagreb mit der Bemerkung: "Es ist nicht sehr angenehm, Journalist zu sein." - Es scheint, daß die Ermordung von Würtenberg und Jenks verhindern sollte, daß Einzelheiten über das Engagement der Faschisten in Kroatien in die Öffentlichkeit gelangten - die Verbindungen zu "Opus Dei", zu Waffen- und Drogengeschäften sollten auf keinen Fall bekannt werden.

Eine weitere internationale Faschistenbrigade ist die "Schwarze Legion", die sich in Vukovar befand und die Teil der 15.000 Mann starken "Bewaffneten Kroatischen Kräfte" ist. In der Juli-August-Ausgabe der "New Order" heißt es, daß die NSDAP/AO Briefe von deutschen Freiwilligen erhält, die zu einer unabhängigen Einheit gehören.

Diese Information wird sogar durch die Bundesregierung teilweise bestätigt. Als Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS) vom 14. April teilte ein Ministerialbeamter mit, daß ca. 30 deutsche Bürger als "Berater" der kroatischen Nationalgarde aktiv seien. In der gleichen Antwort wurde mitgeteilt, daß die Bundesregierung keine Informationen über ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR habe, die auf kroatischer Seite kämpfen. Doch schon vorher wurde von Staatssekretär Neusel die Existenz der "Schwarzen Legion" bestätigt und hinzugefügt, daß diese Truppe unter dem Kommando eines ehemaligen NVA-Offiziers steht. Außerdem gab es Berichte über Rekrutierungsversuche von US-Nazis, und auch französische Faschisten sind in der "Schwarzen Legion" aktiv.

Anfang April 1992 wurde an der deutsch-österreichischen Grenze ein Konvoi von 33 Militärfahrzeugen aufgehalten, die aus NVA-Beständen stammten. Konvoi-Führer war der Bielefelder Nazi Thomas Hainke, 24, in Osijek Stellvertreter von Küssel. Hainke, der sich mittlerweile wieder in der BRD befinden soll, wurde in Zagreb gefilmt. Er behauptet, 11 Serben in einem Bunker ermordet zu haben. Einige österreichische Faschisten wurden nach ihrer Rückkehr aus Kroatien nach Hausdurchsuchungen verhaftet. Die Anklage lautet immer auf illegalen Waffenbesitz, weil die Faschisten große Mengen Kriegsmaterial mit nach Hause gebracht haben.

In der BRD sitzt der Würzburger Ewald Krammel wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in U-Haft. Er war Ende 1991 für drei Monate nach Kroatien gefahren, weil er sich im Zivilleben als Verkäufer von Küchengeräten gelangweilt habe. Krammel behauptet, 54 Serben getötet zu haben. Aus Kroatien brachte er eine Kalaschnikow und drei volle Magazine sowie zwei Handgranaten mit. Als er seine Eltern bedrohte, zeigten diese ihn bei der Polizei an.

Auch Le Pens FN hat Söldner nach Kroatien geschickt, wie aus spanischen Quellen hervorgeht. Le Pen und der deutsche Faschist Harald Neubauer (MdEP) unternahmen eine geheime Reise nach Zagreb, um Gespräche mit wichtigen Beratern des kroatischen Präsidenten Tudjman zu führen. Ein Sprecher Tudjmans verteidigte das Treffen mit der Bemerkung, daß "negative Einstellungen gegenüber Le Pen und seiner Partei bolschewistische Verleumdungen" seien.

Nach Le Pen und Neubauer besuchte der Führer der belgischen faschistischen Partei "Vlamsblok", Filip Dewinter, Kroatien. Nach einem Besuch der faschistischen HOS-Milizen stellte er die politische Nähe zu ihnen fest.

Peter Novak, Berlin

Literatur:

Zur GdNF: Drahtzieher im braunen Netz; antifaschistisches AutorInnenkollektiv Berlin, edition id-archiv, Berlin 1992. - "Searchlight", englische antifaschistische Monatszeitschrift, 37d New Cavendish Street, London 1 WIM 8 JR. - Antifa-Info, Gneisenaustraße 2 a, 1000 Berlin 61.

# 10. "... Todesfälle im August nicht bekannt ..." (Chronologie des Naziterrors mit Todesfolgen im Jahr 1992)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:24

In der Nacht vom Sonntag den 22. auf den 23. November 1992 legten in Mölln Neofaschisten Brände in zwei von Türken bewohnten Häusern. Bei dem Brandanschlag kamen die 51jährige Bayhide Arslan, die 10jährige Yeliz Arslan und die 14jährige Ayse Yilmaz ums Leben. Neun weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Wegen der "Schwere der Tat" und der "Gefahr für die innere Sicherheit" übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. Auch eine sofort von der Staatsanwaltschaft verhängte Nachrichtensperre konnte nicht verhindern, daß Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten über den Tathergang und über die Hintermänner der Tat entstanden.

Der Anschlag von Mölln hat in der internationalen Öffentlichkeit und in der BRD viele Reaktionen hervorgerufen. "Le Monde" gibt in einem Leitartikel über den Möllner Brandanschlag den Eindruck wieder, "die Verurteilung dieser Taten, mag sie auch so gravitätisch von den höchsten Staatsinstanzen verkündet werden, die Träger einer Strategie der Spannung geradezu ermutigt (habe), jeden Tag erneut zu eskalieren." (SZ, 27.11.92) Der Ruf der Bundesrepublik im Ausland hat sich drastisch verschlechtert. In der Bundesrepublik werden die Forderungen nach polizeilichen Maßnahmen lauter. Und die Bundesregierung täuscht Aktivitäten vor: Die Kompetenzen des Generalbundesanwaltes sollen erweitert werden und der Aufbau einer Koordinierungsgruppe gegen den Rechtsextremismus wurde installiert.

Indes: Dem Anschlag von Mölln gingen über 4.000 rassistisch motivierte Gewalttaten allein in diesem Jahr voraus. Die Anschläge der Neofaschisten gegen die Ausländer und ImmigrantInnen zeigten den unbedingten Tötungswillen der Neofaschisten. Bis heute gibt es 22 Todesopfer der rechtsextremistischen Gewalt. Das es in anderen Fällen nicht so schlimm endete, war glücklicher Zufall. Wir wollen im folgenden Artikel die Hintergründe des Möllner Anschlages beleuchten.

Der Tathergang

und die Ermittlungen

Kurz nach Mitternacht, am frühen Morgen des 23.11.92, verübten Neofaschisten Brandanschläge auf zwei Häuser in Mölln. Unmittelbar nach den Anschlägen ging nach Auskunft der Generalbundesanwaltschaft gegen 0.30 Uhr bei der Möllner Polizei ein Anruf ein: "In der Ratzeburger Straße brennt es. Heil Hitler". Um 1.10 Uhr meldete sich ein Anrufer bei der Feuerwehr: "In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler!"

Die schlafenden Menschen wurden von dem Feuer überrascht. Während sich die HausbewohnerInnen in der Ratzeburger Straße retten konnten, wurde den BewohnerInnen der Mühlenstraße der Fluchtweg durch das Feuer abgeschnitten. Ein Kind, daß sich durch einen Sprung aus dem Fenster rettete, brach sich beide Beine. Eine junge Frau sei laut Angaben der Nachbarn in Panik aus dem Fenster gesprungen und mit dem Kopf auf das Pflaster geschlagen. Die Leichen der beiden Mädchen und der Frau wurden im ersten Stock im Haus in der Mühlenstraße gefunden.

Die Staatsanwaltschaft verhängte unmittelbar nach dem Brandanschlag eine Nachrichtensperre (Berliner Zeitung, 24.11.92). Begründet wurde dieser Schritt durch von Stahl mit "ermittlungstaktischen Gründen" (FAZ, 27.11.92). Die Ermittlungen übernahm die Generalbundesanwaltschaft mit der bemerkenswerten Feststellung, daß die anonymen Anrufer mit ihren Zusatz "Heil Hitler!" die "innere Sicherheit beeinträchtigen beziehungsweise Verfassungsgrundsätze beseitigen" wollten (FAZ, 24.11.92). Generalbundesanwalt von Stahl weiter: "Dies deutet darauf hin, daß die noch unbekannten Täter mit ihrer Straftat zur Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland beitragen wollen" (ebenda).

Vorerst ermittelte der Generalbundesanwalt aber auch in eine andere Richtung, denn laut von Stahl gab es einen Tag nach der Tat, "bislang keine Anhaltspunkte, wonach eine größere Organisation hinter den Mordanschlägen in Mölln stehen könnte" (SZ, 25.11.92). Der Staatssekretär des Kieler Innenministeriums,

Ekkehard Wienholtz, äußerte gegenüber der Presse, daß ebenfalls "wegen möglicher unpolitischer Motive wie Auseinandersetzungen zwischen türkischen Familien oder Kontroversen zwischen Deutschen und Türken ermittelt" werde (Welt, 26.11.92). Im Unterschied hierzu äußerte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckart Werthebach, allerdings, daß die Brandanschläge "eine neue Qualität" darstellen. "Sie seien nicht spontan erfolgt, sondern offensichtlich geplant, abgestimmt und sorgfältig vorbereitet" (SZ, 25.11.92). Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Schleswig-Holstein wies vor dem Hintergrund des Anschlags darauf hin, daß in der Region Lauenburg, zu der Mölln gehört, "die Verbindung zwischen organisierten und unorganisierten Neonazis enger als sonst im Lande" (FAZ, 25.11.92) sei. "Außerdem hätten die rechtsradikalen Parteien DVU und Republikaner dort überdurchschnittlich viele Anhänger" (ebenda).

Der Vater des ermordeten türkischen Mädchens wies die These der Generalstaatsanwaltschaft, daß der mögliche Grund für den Brandanschlag auch ein Streit unter Kurden und Türken sein könne, als "Vertuschungsversuch" zurück; genauso wie die ebenfalls vorgetragene These, daß die "Mafia" mit dem Anschlag zu tun haben könne (FAZ, 27.11.92).

Die Suche nach den Tätern wurde dadurch erschwert, daß nach Angaben der Ermittlungsbehörde die anonymen Anrufe bei der Polizei und der Feuerwehr nicht mitgeschnitten waren, "weil die Gespräche über normale Postanschlüsse kamen" (Welt, 26.11.92). Dies ist bemerkenswert: Offenbar kannten die Täter sich so gut aus, daß sie wußten, daß sowohl bei der Polizei als auch bei der Feuerwehr die Telefonate über die normalen Postanschlüsse nicht mitgeschnitten werden. Dies würde für eine gute Vorbereitung der Tat und eine fast professionelle Kaltschnäuzigkeit zeugen.

Trotz 70 Hinweisen aus der Bevölkerung tappte die Polizei völlig im Dunklen, eine heiße Spur fehlte. Auch war noch ungeklärt, ob die Brandsätze in die Häuser "hineingetragen oder hineingeworfen" worden seien (Berliner Zeitung, 26.11.92). Welche Brandmittel verwendet worden sind, war ebenfalls noch nicht geklärt. Ein vorläufiger Untersuchungsbericht stellte lediglich fest, daß die Täter "Benzin oder eine ähnliche Flüssigkeit" benutzten (Welt, 26.11.92).

Plötzlich, vier Tage nach dem Möllner Brandanschlag, warteten die Ermittlungsbehörden mit dem ersten großen Ermittlungserfolg auf. Ausgehoben wurde eine neofaschistische Gruppierung um den 25jährigen Michael Peters aus dem kleinen Dorf Gudow bei Mölln. Gegen ihn hatte das Amtsgericht Lübeck bereits am 25.11. Haftbefehl erlassen "wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung in zwei Fällen sowie wegen Landfriedensbruchs" (Welt, 27.11.92). Es bestand zu diesem Zeitpunkt für die Generalbundesanwaltschaft der Verdacht, daß Peters und zehn weitere Beschuldigte "eine rechtsextremistische Vereinigung gegründet haben, die durch gewalttätige Aktionen - besonders Brandanschläge - gegen Ausländer in Deutschland vorgehen wolle" (ebenda). Die "Süddeutsche Zeitung" stellte fest: "Am Nachmittag gab die Anklagebehörde dann überraschend die Einleitung des ersten Ermittlungsverfahrens gegen eine rechtsterroristische Vereinigung seit Beginn der ausländerfeindlichen Gewaltwelle bekannt" (SZ, 27.11.92). Einen Tag später wurden acht weitere Personen verhaftet.

Bisher ist nur ein weiterer Fall bekannt, in dem die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich genommen hatte. Im März wurde bekannt, daß gegen den Vorsitzenden der "Nationalistischen Front", Meinulf Schönborn und 13 Komplizen wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung ermittelt wird.

Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft soll die Gruppe am 5.9.92 versucht haben eine Unterkunft für Flüchtlinge in Pritzier zu stürmen. Dieses Vorhaben scheiterte aufgrund eines großen Polizeiaufgebotes. Statt dessen seien aus der Gruppe Brandflaschen gegen die Polizeibeamten geworfen worden. Anschließend sei die Gruppe mit einem PKW nach Gudow gefahren und habe einen Brandanschlag auf ein mit 50 Menschen belegtes Flüchtlingsheim verübt. (Welt, 27.11.92)

Am 12.9.92 soll Peters mit weiteren Personen einen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Kollow bei Mölln verübt haben. Ob die Gruppe auch für den Brandanschlag von Mölln verantwortlich war, mußte zu diesem Zeitpunkt noch geprüft werden (Berliner Zeitung, 27.11.92).

Der dritte Mann

Einen Tag später galt dies "jedoch mittlerweile eher als unwahrscheinlich" (Welt, 28.11.92). Die Ausführung der Anschläge in Gudow und Kollow erscheint in der Tat eher dilletantisch und stümperhaft. Zudem wird Peters

als "labil und geistig eher zurückgeblieben" geschildert, als einer, der über keine Berufsausbildung verfüge und den die Bundeswehr auch nicht wollte. Mit seiner Nazi-Truppe sei Peters wiederholt gröhlend durch das Dorf gezogen, die Polizei sei dann von den AnwohnerInnen gelegentlich informiert worden. Die "Welt" schreibt dann: "Wie aus Kieler Sicherheitsbehörden verlautete, gingen den Festnahmen monatelange Observationen teilweise mit verdeckten Ermittlern voraus. Man habe vor allem die Hintermänner enttarnen wollen, denn Michael Peters sei offensichtlich keine Führerpersönlichkeit" (ebenda).

Am 30.11.92, eine Woche nach der Tat, wird plötzlich der 19jährige Lars Christiansen als "einer der Täter von Mölln gefaßt" (Welt, 1.12.92), der "mit mindestens einem noch unbekannten Komplizen" den Brand gelegt haben soll. (FAZ, 1.12.92) Christiansen gehört ebenfalls zur Gruppe um Peters und war schon am 25.11.92 "kurzzeitig festgenommen, wegen fehlender Tatnachweise zunächst aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden" (ebenda).

Nun plötzlich ergibt sich der dringende Tatverdacht nach den Worten des Generalbundesanwaltes "aus der Aussage eines unmittelbaren Tatzeugen, deren Einzelheiten durch die weiteren Ermittlungen bestätigt wurden" (SZ, 1.12.92). Völlig überraschend wird der Öffentlichkeit mit einem Mal ein geheimnisumwitterter Zeuge präsentiert. "Nähere Angaben über diesen Zeugen und dessen Beobachtungen wollte Stahl nicht machen", schreibt die SZ weiter. Die "Welt" präzisiert: "Die Frage, ob dieser Zeuge selbst aus der rechtsradikalen Szene kommt oder ein unbeteiligter Passant war, beantwortete von Stahl nicht. Auch nicht die Frage, ob der Zeuge die als Belohnung ausgesetzten 150.000 DM erhalten werde." (Welt, 1.12.92)

Die Fragen

Natürlich ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen: Wieso taucht der unmittelbare Tatzeuge erst jetzt auf? Hat er in der Brandnacht die Polizei oder die Feuerwehr alarmiert und wenn nicht, wieso hat er es unterlassen? Natürlich steht auch die Frage nach wie vor, ob dieser Zeuge selber ein Mitglied der neofaschistischen Gruppe um Peters war und als Kronzeuge eingesetzt werden soll? Nicht von der Hand zu weisen ist aber auch die Frage, ob in dem Zeitraum der Tat die Gruppe um Peters immer noch unter Beobachtung gestanden hat, und ob hier immer noch verdeckte Ermittler auf diese Gruppe angesetzt waren? Auch wäre interessant zu wissen, wie dicht der Verfassungsschutz der Gruppe um Peters auf den Fersen war.

Fakt ist, daß der Verfassungsschutz-Chef Werthebach betonte, daß dem VS bekannt gewesen sei, "in welchem Ausmaß in Schleswig-Holstein und auch im Umfeld von Mölln rechtsextremistische Gewalttäter vorhanden sind" (ap, 1.12.92). Werthebach erklärte weiter, daß "alle Informationen über die militante rechtsextremistische Szene im Umfeld von Mölln stets den zuständigen Behörden übermittelt worden" (SZ, 4.12.92).

Fakt ist weiter: Auch an Lars Christiansen war zumindest die Polizei dicht dran. Die "Leipziger Volkszeitung" weist darauf hin, daß er "nach Erkenntnissen der Möllner Polizei in den letzten Jahren an Schlägereien mit Ausländern beteiligt" war (Leipziger Volkszeitung, 2.12.92). Er sei auf der Liste gewaltbereiter Skinheads geführt worden, vor kurzem aber von dieser Liste gestrichen worden.

Nachdem Christiansen und Peters die Tat am 1.12. gestanden hatten, verdunkelte Generalbundesanwalt von Stahl noch mehr das Geschehen. Die "Welt" vermerkt: "Unklar blieb, wie die Bundesanwaltschaft auf die Spur der beiden mutmaßlichen Täter kam. Am Montag begründete Stahl den Verdacht gegen Peters mit der Aussage eines ‚unmittelbaren Tatzeugen`. Gestern sagte er, daß außer Peters und Christiansen ‚keine weiteren Personen an den Tatorten waren`". (Welt, 2.12.92)

Zur vollständigen Verdeckung des Sachverhalts diente offenbar einen Tag später die Auskunft aus der Bundesanwaltschaft, daß "der entscheidende Hinweis von einem ‚aufmerksamen Bürger` und nicht von einem Mittäter oder einem anderen Kronzeugen" kam (Berliner Zeitung, 3.12.92).

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten des Lübecker Amtsrichters in verschiedener Richtung interpretierbar, der es am 17.11. - also kurz vor dem Möllner Anschlag - abgelehnt hatte, einen Haftbefehl gegen die Gruppe um Peters zu erlassen. Mag sein, daß bei seiner Entscheidung tatsächlich rechtstaatliche Bedenken eine entscheidende Rolle gespielt haben, und er die "Ausstellung eines Haftbefehls wegen nicht ausreichender Verdachtsmomente abgelehnt" hatte (SZ, 3.12.92). Denkbar wäre aber auch, daß er wußte,

daß in oder an der neofaschistischen Gruppe verdeckte Ermittler im Einsatz waren und das Einsatzziel noch nicht erreicht war.

Wenn der Generalbundesanwalt gewohnheitsgemäß immer wieder betont hatte - unabhängig vom Stand der Ermittlungen -, daß die "Tat von Mölln die Tat von zwei Einzeltätern, nicht von einer Terroristengruppe" war (Welt, 1.12.92), dann will er damit natürlich die Hintergründe und Hintermänner der Tat ausklammern.

Über ein Gespräch mit Stahl berichtet die FAZ vom 7.12.92. Der Bundesanwalt sieht "verfestigte Organisationsstrukturen allenfalls regional" (...) "Er sehe die innere Sicherheit der Bundesrepublik durch die ‚widerwärtigen rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Gewalttaten` nicht bedroht."

Seine Äußerung, daß aus der Tatsache, daß es in Mölln eine neofaschistische Organisationsstruktur gibt, nicht der "allgemeine Schluß" gezogen werden darf, daß "hinter allen ausländerfeindlichen Anschlägen Organisationen stehen" (ebenda), zeigt, daß dieser Staat kein Interesse hat, das Geflecht neofaschistischer Gruppierungen bloßzulegen und die systematische Arbeit dieser Truppen zu zerschlagen.

Büro Jelpke, PDS/LL

Mölln und die NPD

In der am 7.12.92 ausgestrahlten Panorama-Sendung wurde unter dem Titel "Mölln und die Hintermänner" berichtet, daß Michael Peters 2. Vorsitzender der NPD Lauenburg gewesen sein soll. Er sei 1990 aus der NPD ausgetreten. Die NPD bestreitet beides. Ehemalige oder akute Mitgliedschaft von festgenommen Rechtsextremen zu bestreiten, ist, wie in anderen Fällen auch, in diesen Organisationen durchaus üblich.

Von den aus Wittenberge festgenommenen sieben Männern und Frauen, die zu der "Gruppe um Michael Peters" gehören sollen und denen mehrere Überfälle auf Flüchtlingsheime zur Last gelegt werden, wird nach § 129a ermittelt. Fünf der Männer und Frauen sind nach Panorama Mitglieder in der NPD.

Darüber hinaus wurde in der Sendung berichtet, daß der seit drei Monaten in Haft sitzende Rüdiger Clasen Mitglied der NPD ist. Bei einer Hausdurchsuchung wurden scharfe Handgranaten und Baseballschläger beschlagnahmt. Er soll die Überfälle auf das Flüchtlingsheim in Bahlen-Boizenburg organisiert haben, indem er sowohl für die Bewaffnung sorgte, als auch die Angreifer dorthin organisierte.

ga.

"...Todesfälle im August nicht bekannt..."

Am liebsten wäre es den staatlichen Stellen, sie könnten den Begriff "rassistische Übergriffe" völlig aus ihrem Wortschatz streichen. Bei allen Behörden scheint es Konsens zu sein, ihn möglichst wenig zu benutzen. So werden Flüchtlinge, die bei Angriffen von Skins und anderen rechtsextremistischen Überfällen schwer verletzt werden und sterben, in die Rubrik Wirtshausschlägerei, Streit um ein Mädchen in der Diskothek oder Jugendbandenkriege geschoben. Die Berichterstattung in der Presse läßt - u.a. aufgrund der fehlenden Angaben von den jeweiligen Behörden - oft offen, wer oder aus welchen Kreisen der Überfall begannen worden ist. So wird durch Schweigen gelogen.

Bewußt gelogen und vertuscht wird von der Bundesregierung, wenn sie etwa auf eine Anfrage der PDS nach rechtsextremen Anschlägen und Überfällen mitteilt: "Todesfälle wurden im Monat August im Zusammenhang mit fremden-/ausländerfeindlich motivierten Straftaten dem BKA nicht gemeldet." (BT-Drucksache 12/3731) Allein für den August dieses Jahres werden in der (auch vom BKA und Bundeskanzleramt ausgewerteten) Presse mindestens vier rechtsextremistische Morde berichtet.

Bundeskanzler Kohl nennt in einer Regierungserklärung am 10.12. für das Jahr 1992 die Zahl von 17 Toten. Diese Zahl ist - wie die untenstehende Aufzählung beweist - nicht nur ein wenig zurechtgebogen, sie speist sich aus organisiertem Vertuschen und Wegfälschen. (Die Verharmlosung des Naziterrors geht bei Kohl im übrigen Hand in Hand mit Warnungen, daß "aber auch der Linksextremismus ein gefährliches Gewaltpotential" darstelle und daß die "Linksextremisten mit 6.500 gewaltbereiten Anhängern ebenso stark wie die Rechtsextremisten mit etwa 6.000 militanten Anhängern" seien.) (Welt, 11.11.).

Die von uns aufgeführte Liste der Opfer in diesem Jahr muß nicht nur wegen des in Presseberichten oft verschwiegenen politischen Hintergrundes von Mordfällen um eine sicher erhebliche Dunkelziffer erweitert

werden. Sie enthält auch nicht die unbekannte Zahl von später verstorbenen Verletzten, über die im Regelfall nicht berichtet wird - wen interessiert schon ein aus dem Koma nicht wieder aufgewachter Rumäne.

Gransee (Brandenburg), 4./5.1.92: Ein 18jähriger wird nach einem Diskobesuch von einer Gruppe von 15 Skinheads zusammengeschlagen und -getreten. Der schwerverletzt Liegengelassene wird erst eine Stunde später aufgefunden und stirbt kurz darauf. (BZ, 6.1.92)

Augsburg, 4./5.1.92: Unter ungeklärten Umständen stirbt ein Nigerianer nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek.

Lampertheim, 31.1.92: Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim verbrennen drei Asylbewerber. Angeblich handele es sich nicht um Brandstiftung.

Rostock, 15.3.92: 25 Jugendliche haben einen 19jährigen Rumänen erschlagen (FR, 18.3.92)

Hannover, 17.3.92: Etwa 200 Menschen beteiligen sich an einem Trauermarsch zum Gedenken an Matthias Knabe, der vor kurzem seinen Verletzungen erlegen war, die er im Mai 91 bei einem Überfall durch Skins erlitten hatte. Er war von feiernden Skins zusammengeschlagen worden und unter noch ungeklärten Umständen vor ein Auto geraten. Das Ermittlungsverfahren gegen den Hauptverdächtigen der Skins wurde jetzt erst wieder aufgenommen, nachdem es zwischenzeitlich eingestellt worden war. Nunmehr, so die Staatsanwaltschaft, gehe es um ein Tötungsdelikt. (TAZ, 17.3.92)

Flensburg, 20.3.92: Ein 21jähriger Skinhead hat in Flensburg einen Obdachlosen zusammengeschlagen und in das Fördebecken (Ostsee) geworfen. Dort ertrank der 31jährige. Er war zufällig in das Besäufnis von vier Skins geraten, in dessen Verlauf er zusammengeschlagen wurde.

Buxtehude, 23.3.92: Zwei Skinheads wurden festgenommen, weil sie einen 53jährigen Mann totgeschlagen haben; dieser hatte Adolf Hitler als einen großen Verbrecher bezeichnet. (FR, 24.3.92).

Hörstel (NRW), 4.4.92: Einer Brandstiftung in einem Asylbewerberheim fällt ein dort untergebrachter Deutscher zum Opfer. (Rheinischer Merkur, 27.11.92)

Berlin-Marzahn, 24.4.92: Der Vietnamese Nguyen Van Tu wird auf offener Straße von einem 21jährigen Maurer, der sich selbst zum "rechten Spektrum" rechnet, mit einem Klappmesser erstochen. (Spiegel, 30.11.92)

Magdeburg, 12.5.92: Der bei einem Skinüberfall auf eine Gaststätte schwer verletzte 23jährige Torsten stirbt an den Folgen.

Wünsdorf (Brandenburg), 26.5.92: Ein russischer Asylbewerber ist tot aufgefunden worden.

Neuruppin (Brandenburg), 1.7.92: Ein Skinhead ersticht den 50jährigen Emil W., der zuvor von mehreren Skins durch Schläge und Fußtritte mißhandelt worden war.

Ostfildern-Kemnat (Baden-Württemberg), 10.7.92: Drei stadt- und polizeibekannte Skinheads überfielen ein Arbeiterwohnheim und schlugen sofort und ohne Vorwarnung auf zwei Jugoslawen ein, von denen der eine starb, während der zweite mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Täter gelten als "Rädelsführer" der örtlichen Szene. Vier weitere Skins gelten ebenfalls als Täter. Gegen fünf wurde ein Haftbefehl erwirkt.

Bad Breisig (Rheinland-Pfalz), 1.8.92: Zwei 17jährige töten einen schlafenden Obdachlosen durch zahlreiche Messerstiche. In Vernehmungen räumen die Täter eine rechtsextremistische Überzeugung ein. (RM, 27.11.)

Stotternheim (Thüringen), 3.8.92: Ein bereits militant-rechtsextremistisch hervorgetretener "Ordner" einer Diskothek tötet einen polnischen Saisonarbeiter, der angeblich die Zeche prellen wollte. (RM, 27.11.)

Koblenz, 24.8.92: Ein Skinhead schießt mit einer großkalibrigen Waffe in eine um den Brunnen versammelte Gruppe. Ein 35jähriger Obdachloser stirbt, fünf Menschen werden teils schwer verletzt. (Abendzeitung, 26.8.)

Berlin-Charlottenburg, 29.8.92: Zwei Skinhead verletzen zwei Stadtstreicher so schwer, daß eines der Opfer am 5. September stirbt. Einer der Tatverdächtigen ist Anhänger des Ku-Klux-Klans.

Schwadorf (bei Köln), 18.9.92: Ein Rentner erschießt einen jugoslawischen Rom, der bei ihm am Gartentor geklingelt hatte - angeblich in Notwehr, weil er ihn für einen Einbrecher gehalten habe. (Bild, 21.9.)

Schwandorf, 3.10.92: Die Leiche eines anerkannten iranischen Asylbewerbers wird in einem Wald entdeckt. Der Mann wurde durch mehrere Schüsse, von denen einige aus nächster Nähe abgegeben worden seien, getötet. Ein politisches Motiv wird von der Polizei nicht ausgeschlossen. (FAZ, 5.10.92)

Kreis Zossen (Brandenburg), 6.11.92: Drei Skinheads ermordeten einen 57jährigen Mann. Sie nahmen den Mann im Auto aus Berlin-Schönefeld mit, er wurde mißhandelt, dann mit Benzin übergossen und angesteckt. Anschließend warfen sie ihn in den Kolpinsee. Nach dem Obduktionsbericht sei der Mann, der bereits tödliche Kopfverletzungen erlitten hatte, ertrunken. Die drei Täter hätten sich nach ihrer Festnahme laut Polizei "eindeutig als Rechtsextremisten zu erkennen gegeben". (Berliner Zeitung und SZ, 27.11.92; Berliner Zeitung, 5.12.92)

Wuppertal, 13.11.92: Zwei Skinheads schlagen einen 53jährigen Mann zu Tode, den sie irrigerweise für einen Juden gehalten haben. Die Faschisten hatten den Mann in einer Kneipe durch Schläge und Fußtritte lebensgefährlich verletzt, mit Alkohol übergossen und angesteckt. Bei den Tätern soll es sich um Mitglieder der "Nationalen Front" handeln. Die Tat wurde erst neun Tage später durch den israelischen Rundfunk bekannt gemacht. Die Wuppertaler Polizei gab auf Anfragen der Presse zu dem Fall keine Auskunft. Später teilte die Wuppertaler Staatsanwaltschaft mit, daß die Tat "nicht in Zusammenhang mit antisemitischen Motiven" gestanden habe, da das Opfer tatsächlich kein Jude sei. (dpa, 22.11.92; Göttinger Tageblatt, 23.11.92 und SZ, 24.11.92)

Berlin-Friedrichshain, 21.11.92: In den frühen Morgenstunden stachen fünf Jungnazis drei aus der Hausbesetzerszene stammende Jugendliche nieder. Der 27jährige Silvio Meier wurde von den Faschisten ermordet, seine beiden Begleiter wurden durch Messerstiche in den Rücken und die Beine schwer verletzt. Noch bis zum Sonntag hatte die Polizei den politischen Hintergrund der Tat geleugnet und von Auseinandersetzungen zwischen "rivalisierenden Jugendgruppen gesprochen". Auch nachdem das Landesamt für Verfassungsschutz den Mord "in die Statistik vermutlicher oder tatsächlicher rechtsextremer Gewalttaten aufgenommen hatte", weigerte sich die Polizei hartnäckig, diesen Zusammenhang anzuerkennen. Bei der Polizei stellte sich ein Tatverdächtiger, ein weiterer mutmaßlicher Täter konnte festgenommen werden.

Mölln, 23.11.92: Neofaschisten werfen Brandsätze in zwei Häuser, in denen AusländerInnen wohnen. Eine 51jährige Frau und zwei Mädchen im Alter von 14 und 10 Jahren kommen in den Flammen um. Neun weitere Menschen werden verletzt, sie können sich zum Teil nur mit Sprüngen aus den Fenstern der oberen Stockwerke retten. Bei der Möllner Polizei gehen kurz nach den Anschlägen zwei anonyme Bekenneranrufe ein, die mit "Heil Hitler" enden.

Jänschwalde (Brandenburg), 5.12.92: Einen Toten und mehrere Verletzte hat ein Brand in einem von Deutschen und AusländerInnen bewohnten Haus im Kreis Guben gefordert. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Brandstiftung aufgenommen.

ga.

# 11. Statistiken, Ermittlungen und Urteile. Wie Justiz und Staat mit rechtsextremistischen Tätern umgehen

*Wie gehen Staat und Justiz mit rechtsextremistischen Tätern um*

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:39

Polizeiliche Statistik

Aus verschiedenen Gründen sind die jetzt vermehrt bekanntgegebenen Zahlen über rassistische und rechtsextremistische Straftaten nur mit äußerster Vorsicht anzusehen. Zum einen gibt es erst in Ansätzen so etwas wie eine Zentralisierung der Straftaten in den einzelnen Bundesländern oder auf Bundesebene; auch die Kriterien für die Einordnung der Straftaten nicht einheitlich; mal sind es ausländerfeindliche Taten, mal rechtsextremistische Taten, mal schlichte Gewaltanwendungen von Jugendlichen. Mal wird der Tatbestand (Brand- und Sprengstoffanschlag), mal die Tätergruppe in den Vordergrund gestellt etc. Die Dunkelziffer liegt immer noch weit höher.

Wie schon Anfang Oktober gemeldet wurde, wurden insgesamt 372 Verfahren wegen der Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen gegen rechte Täter eingeleitet (HA, 8.10.92). 293 mal wird schwerer Landfriedensbruch angenommen, insgesamt 53 Haftbefehle wurden ausgesprochen und in zwei Fällen geht es um versuchten Mord (Welt, 6.10.92). 16 Verfahren waren zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen, 32 Personen befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Haft. Insgesamt waren 585 Personen festgenommen worden, davon eine nicht unerhebliche Anzahl antifaschistischer Demonstranten.

In Nordrhein-Westfalen wurden allein im September 195 fremdenfeindliche Straftaten gemeldet. Seit Juli 1992 waren es mehr als 300 rechtsextremistische Straftaten (taz, 15.10.92). Insgesamt waren es bis Ende November 1.064 fremdenfeindliche Straftaten (1991: 725 Fälle). Die seit dem 1.10. eingerichteten 17 Ermittlungsgruppen der Polizei ermitteln derzeit in 678 Verfahren; 362 Personen, darunter nur wenige Skins wurden als Tatverdächtige festgestellt, davon 70% unter 21 Jahre; 80% der Täter haben - so Innenminister Schnoor - keinen "rechtsextremistischen Vorlauf" in der Biographie (taz, 4.12.92).

Seit Jahresbeginn wurden in Brandenburg insgesamt 150 Anschläge auf die 122 brandenburgischen Asylbewerberheime verübt worden, darunter 44 Brandanschläge (taz, 6.11.92).

In Baden-Württemberg hat es im September einen Anstieg um über 400% auf 118 fremdenfeindliche Straftaten gegeben.

In Mecklenburg-Vorpommern waren bis Ende Oktober 92 für das ganze Jahr 166 ausländerfeindliche Straftaten registriert worden, davon allein 104 nach dem Pogrom von Rostock.

Der Verfassungsschutz gibt eine Zunahme der ausländerfeindlichen Straftaten von 94 im Juli, 190 im August und 448 im September für das Bundesgebiet an. (SZ, 7.11.92)

Insgesamt, so der niedersächsische Innenstaatssekretär Claus Henning Schapper, wurden zwischen dem 1.1. bis zum 8.11. 1.760 (Vorjahr 1.483) rechtsextremistische Straftaten erfaßt (HA, 20.11.92). Das sind etwa 300 mehr als im ganzen Jahr 1991 und etwa 14mal soviel wie noch 1990. Bei Brand- und Sprengstoffanschlägen habe es eine Steigerung von 33% gegeben (jetzt 586 Taten). Als Täter seien es zu 70% Jugendliche im Alter zwischen 16 und 21 Jahren.

In Niedersachsen wurden im laufenden Jahr nur etwa 20% der ausländerfeindlichen Straftaten aufgeklärt (FR, 3.12.92). Bisher, d.h. im Jahr 1992, sind nur in drei Fällen Urteile gesprochen worden, darunter in keinem Fall gegen eine der 16 Brandstiftungen auf Flüchtlingsunterkünfte. Von den 253 festgestellten Taten in Niedersachsen waren 61 Brandanschläge oder Bombendrohungen gegen Unterkünfte von Asylbewerbern (FR, 3.12.92). Von den 244 festgestellten Tätern seien nur 40 Skinheads. In 129 Fällen seien in Niedersachsen sogenannte Propagandadelikte verübt worden, d.h. Hakenkreuzschmierereien etc. (HAZ, 26.11.92).

In Hessen wurden ähnliche Zahlen veröffentlicht: Während im gesamten Jahr 1991 insgesamt 213 Straftaten bekannt wurden, waren es in diesem Jahr bis Ende Oktober schon 304, davon allein 77 im September nach dem Pogrom von Rostock. Etwa 20% der Straftaten werden aufgeklärt, bei schwereren Straftaten (Brandstiftung etc.) sind es allerdings erheblich mehr. Lediglich ein Fünftel der aufgeklärten Straftaten wurden dabei von den etwa 100 bis 120 hessischen Skins begangen, reisende rechtsextremistische Straftäter seien nicht bekannt, ein organisierter Kontakt zu rechtsextremistische Gruppen und Organisationen so gut wie nie festzustellen (FR, 28.11.92).

Anfang Dezember war die Anzahl der Straftaten im Bundesgebiet gegen AusländerInnen nach Angaben des bayerischen Innenministeriums schon auf 4.147 Straftaten angewachsen (FR, 4.12.92), darunter 502 Brand- und Sprengstoffanschläge sowie 434 Angriffe gegen Menschen, davon zwei vollendete und zwölf versuchte Tötungen (FR, 4.12.92). Im August waren es 426 Straftaten, im September dann schon 1.061.

Soweit die bekanntgegebenen Zahlen. Wenn es mehr als 4.000 Übergriffe gegeben hat, stellt sich die Frage, warum nur in 678 Verfahren ermittelt wird. Über 4.000 Übergriffe bedeutet ein Vielfaches an Tätern. Daß insgesamt nur 362 Personen als Tatverdächtige festgestellt worden sind, läßt auf ein absolutes Desinteresse an Aufklärung schließen. Ein Ermutigen der Täter. Das Ergebnis ist Mannheim, Rostock, Mölln.

Im folgenden ein - unvollständiger - Überblick über Ermittlungen und Anklagen gegen rechtsexstremistische Täter.

Ermittlungen

Einem 16jährigen, der Ende September einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Geisenheim verübte, wird versuchter Mord und schwere Brandstiftung zur Last gelegt (Rheingau-Taunus-Kreis) (FR, 9.10.92).

Gegen den mutmaßlichen Haupttäter eines Brandanschlags gegen ein Asylbewerberheim in Bad Brückenau (Kreis Bad Kissingen) wird wegen versuchter schwerer Brandstiftung ermittelt; gemeinsam mit drei weiteren Tätern hatte er den Anschlag angeblich in einer Diskothek verabredet, Brandsätze gebastelt und gegen ein Gebäude geworfen. Den Brand konnten die Asylbewerber löschen (FR, 9.10.92).

Wegen Volksverhetzung und Beleidigung wird eine Anklage gegen den Vorsitzenden der Deutsch-Nationalen Partei, Thomas Dienel, vorbereitet (taz, 15.10.92). Gegen ihn und seine Bande wird ebenfalls in einer Reihe weiterer Fälle ermittelt; Dienels DNP gilt als Kandidat für ein weiteres Organisationsverbot gegen Rechts. U.a. hat diese Bande auf ehemaligem NVA-Gelände den Sturm von Asylbewerberheimen geübt.

Wegen Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung und versuchtem Totschlag stehen in Magdeburg fünf Angeklagte aus der Skinheadszene vor Gericht, die beschuldigt werden, mit Baseballschlägern Punks überfallen zu haben, von denen mehrere schwer verletzt wurden, und einer zwei Tage später seinen Verletzungen erlegen war. Alle fünf haben ihre Tatbeteiligung gestanden, aber abgestritten, mit Baseballschlägern geschlagen zu haben (FR, 16.10.92).

Wegen versuchter schwerer Brandstiftung und Verstoßes gegen das Waffengesetz steht in Bremen ein Pärchen vor Gericht. Sie sollen in der Nacht zum 6.10.92 zusammen mit weiteren Personen insgesamt fünf Brandsätze gegen eine überwiegend von türkischen Gästen besuchte Wirtschaft in Gröpelingen geworfen haben. Vor Gericht erklärte der Hauptangeklagte, daß er niemand habe verletzten wollen; er habe die Brandsätze absichtlich in sicherer Entfernung vor die Kneipe geworfen und sei am Tatort geblieben; es sei ihm lediglich um Rache für eine Schlägerei wenige Tage zuvor gegangen (taz, 21.10.92).

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat gegen einen 19jährigen Mann Anklage wegen der Verwendung des sogenannten "Kühnen-Grußes" gestellt. Dieser "Gruß" wird von den Nazis eindeutig als Hitlergruß verstanden und benutzt, galt aber bisher bei den Ermittlungsbehörden nicht als Verwendung eines Symbols der NSDAP, da drei Finger ausgespreizt gezeigt werden (FR, 28.10.92).

Haftbefehl wurde gegen einen 19jährigen Lehrling im Ruhrgebiet erlassen, der eine ganze Serie von Anschlägen auf jüdische Friedhöfe sowie sechs Brandanschläge verübt hatte. Der Lehrling habe als Einzeltäter gehandelt; bei einer Hausdurchsuchung sind große Mengen rechtsextremistischer Schriften sichergestellt worden. Als Grund für seine Taten nannte der Täter "Haß auf Ausländer" (taz, 10.11.92).

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Oi-Gruppe "Tonstörung" aufgrund einer Anzeige der jüdischen Gemeinde (Taz,11.11.92) wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Wenige Tage später wurde der Bus der Gruppe auf dem Weg zu einem Konzert gestoppt, die Anlage beschlagnahmt etc. (FR, 16.11.92).

Gegen drei Mitglieder der rechtsextremistischen Oi-Band "Radikahl" wurde wegen des "Hakenkreuzsongs" Anklage erhoben, gegen einen weiteren Musiker wird noch ermittelt (taz, 21.11.92). Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" vor. Auch habe die Band auf Konzerten zur "Jagd auf Juden" aufgerufen (FR, 21.11.92).

Wegen versuchten Mordes mit gemeingefährlichen Mitteln und versuchter Brandstiftung hat die Staatsanwaltschaft Kiel Anklage gegen einen 16jährigen erhoben, der am 3. September zwei Brandsätze in eine Wohnung geworfen haben soll, in der er Ausländer vermutete. Eine 64jährige Bewohnerin wurde gerettet (FR, 26.11.92).

Bei einer Razzia in Quedlinburg wurden fünf Jugendliche verhaftet, die beschuldigt werden, die Rädelsführer bei den Angriffen auf das Asylbewerberheim in Quedlinburg gewesen zu sein (taz, 25.11.92). Weiter 20 Jugendliche wurden stundenlang verhört, etwa 100 Polizisten durchsuchten mehr als 20 Wohnungen.

Wegen versuchten Mordes an einem Asylbewerber aus Nigeria wird zur Zeit gegen einen 24jährigen aus Wildau/ Brandenburg verhandelt. Er soll den Asylbewerber in einer Diskothek in Wendisch Rietz brutal zusammengeschlagen und anschließend bewußtlos in den Scharmützelsee geworfen haben. (taz, 27.11.92).

Wegen "Sachbeschädigung" wird in Rheinland-Pfalz gegen sechs Jugendliche (darunter ein Türke) ermittelt, die mit ausländerfeindlichen Parolen durch Weisenheim bei Frankenthal gezogen waren und Container angegriffen hatten, in denen sich etwa 35 Personen aufhielten. Es sei bei den Jugendlichen die einschlägig bekannt seien, kein "neonazistischer Hintergrund" zu erkennen (FR, 27.11.92).

Ein 19jähriger, der in Neuruppin/Brandenburg einen Brandsatz gegen eine Unterkunft geworfen hat, soll wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung angeklagt werden. Seine fünf Mittäter waren noch nicht ermittelt (HAZ, 27.11.92).

Die Staatsanwaltschaft Bautzen hat Haftbefehl gegen sieben Gewalttäter der rechten Szene im Alter zwischen 16 und 31 Jahren Haftbefehl erlassen. Sie werden beschuldigt, am 19.11.92 ein italienische Pizzeria überfallen zu haben (HAZ, 27.11.92).

In Spremberg bei Cottbus hat die Polizei einen "Kameradschaftsabend" gestürmt und 46 Jugendliche, allesamt Mitglieder der rechten Szene, festgenommen. Zehn von ihnen müssen mit Haftbefehlen und Anklagen wegen Raub und Körperverletzung rechnen (HAZ, 27.11.92).

Freigelassen aus Untersuchungshaft wurden unterdessen fünf der acht inhaftierten Mitglieder der rechtsextremistischen Wehrsportgruppe "Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg", aus "rechtlichen und tatsächlichen Gründen"; sie werden nicht mehr beschuldigt, an den größeren Straftaten der Gruppe, u.a. ein Mord, direkt beteiligt gewesen zu sein (taz, 27.11.92).

Sechs sich selbst als Rechtsradikale bezeichnende Jugendliche wurden in einem kirchlichen Gemeindehaus in Wiesbaden festgenommen. Sie wurden beschuldigt, eine türkische und eine marokkanische Frau bedroht und Nazi-Parolen gerufen zu haben. Bei ihnen wurden Waffen (Schreckschußpistolen, Baseballschläger etc.) sowie umfangreiches Nazi-Material der "Deutschen Alternative" festgestellt. Die Nazis bestreiten die Tat (FR, 30.11.92). Im Jugendraum des Gemeindehauses wurden weitere Nazi-Flugblätter gefunden.

Wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes und Beihilfe wurde in Hagen/Nordrhein-Westfalen der Prozeß gegen fünf junge Leute eröffnet. Sie hatten drei Brandsätze auf ein Heim geworfen, in dem sich zur Zeit des Überfalls etwa 50 Menschen aufhielten (taz, 2.12.92).

Wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer rechtsterroristischen Vereinigung wurden zwei 22jährige Mitglieder einer bisher unbekannten "Nationalen Arischen Front" in Recklinghausen in Haft genommen (FR, 4.12.92).

Urteile

Wegen schweren Landfriedensbruchs wurden sechs Jugendliche in Rostock abgeurteilt: Ein 18jähriger erhielt neun Monate ohne Bewährung; ein weiterer ebenfalls 18jähriger erhielt ein Jahr auf Bewährung, die übrigen vier wurden zu Jugendstrafen verurteilt, die durch die Untersuchungshaft bereits als verbüßt gelten. (HA, 11.9.92)

Je drei Wochen Jugendarrest wegen schweren Landfriedensbruchs erhielten drei Jugendliche in Rostock im Alter von 17, 18 und 19 Jahren, die durch die U-Haft als abgegolten gelten. Der älteste Angeklagte erhielt zusätzlich eine Arbeitsauflage von 10 Tagen in einer gemeinnützigen Einrichtung (FAZ, 15.9.92).

Aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen wurde der 23 Jahre alte Raik H., der in der Nacht vom 24. auf den 25.8.92 in Lichtenhagen Steine auf Polizisten geworfen haben soll, freigesprochen (taz, 2.10.92).

Ein 25jähriger wurde wegen seiner Beteiligung in Rostock zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß er Bierdosen und Steine gegen Polizisten geschleudert hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren schon in zehn Fällen Jugendarrest, drei Freiheits- und zwei Jugendstrafen verhängt worden, zweimal ergingen Freisprüche (taz, 15.10.92).

Drei 15jährige Lehrlinge, die ein jüdisches Ehrenmal geschändet hatten, sind zu Haftstrafen zwischen sechs und neun Monaten mit Bewährung verurteilt worden. Ein vierter Angeklagter muß unter Einbeziehung einer einjährigen Bewährungsstrafe zwei Jahre Jugendstrafe antreten (taz, 16.10.92). Die Tat war am 18.11.1991 begangen worden.

Wegen schwerem Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung wurde ein 19jähriger ohne festen Wohnsitz vom Amtsgericht Rostock zu einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt (taz, 23.10.92).

Der 80jähriger Nazi-Generalmajor Otto-Ernst Remer, der u.a. 1944 die Revolte vom 20. Juli 1944 niedergeschlagen hatte und als Symbolfigur der neuen Neonazis agiert (Herausgeber der "Remer-Depesche") wurde zu einer Freiheitsstrafe in Höhe von 22 Monaten ohne Bewährung wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt. Er hatte in seiner "Remer-Depesche" die Judenvergasung in Konzentrationslagern der Nazis bestritten (FR, 24.10.92).

Eine 19jähriger wurde lediglich verwarnt, weil er in Rostock-Lichtenhagen Steine auf Polizeibeamte geworfen hatte. Zusätzlich wurde er verurteilt, an einem sechsmonatigen sozialen Trainingskurs teilzunehmen. Er kündigte Berufung an. (taz, 28.10.92)

Wegen der Tötung eines 30jährigen Mannes im Dezember 1991 in Hohenselchow/Kreis Angermünde durch sieben Randalierer aus der rechten Szene wurden in Frankfurt/Oder die Urteile gesprochen: Der 24 Jahre alte Hauptangeklagte erhielt siebeneinhalb Jahre Haft wegen Totschlags, schwerer Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung. Die übrigen sechs Mitangeklagten, die alle unter das Jugendstrafrecht fielen, erhielten Bewährungsstrafen zwischen sechs Monaten und 16 Monaten. Der Hauptangeklagte war bereits im Eberswalde-Prozeß wegen der Beteiligung an der Ermordung von Antonio Amadeu Kiowa zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden (taz, 28.10.92). Die Tat war im Dezember 1991 gezielt mit Totschlägern und Baseballschlägern in einer "Orgie der Gewalt" begangen worden. Der Staatsanwalt hatte für den Hauptangeklagten auf neun Jahre plädiert (taz, 27.10.92).

Ein 21jähriger arbeitsloser Maurer aus Ketzin bei Nauen/Brandenburg wurde wegen schwerer Brandstiftung zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er hatte zwei Brandflaschen auf ein AsylbewerberInnenheim geworfen, die BewohnerInnen hatten sich retten können. Strafverschärfend kam die "krasse Ausländerfeindlichkeit" zum Tragen. Ein zweiter Angeklagter, ein 20jähriger Zimmermann, der geständig war und die Tat bedauerte, erhielt vier Jahre Jugendstrafe. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, da nicht wegen versuchten Totschlag verurteilt wurde (FR, 6.11.92). Von ihr war auf acht Jahre bzw. fünf Jahre und sechs Monate plädiert worden (taz, 6.11.92); die Revision steht beim Bundesgerichtshof an.

Zu Bewährungsstrafen von einem Jahr wurden zwei 14 und 16 Jahre alte Jugendliche in Schwerin verurteilt, weil sie bei den Krawallen in Wismar Brandsätze auf PolizistInnen geworfen hatten. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, da das Urteil "zu milde" sei (SZ, 11.11.92).

Zu drei Jahren und sechs Monaten Jugendhaft wurde ein 18jähriger Lehrling vom Landgericht Landau (Pfalz) verurteilt. In einer Kombination von "Ausländerhaß und Geltungsbedürfnis" habe der 18jährige zwei

Brandsätze auf das AsylbewerberInnenheim in Ibbenbüren geworfen und dabei den Tod von mindestens zwei Menschen "billigend in Kauf genommen" (Taz, 12.11.92).

Wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß wurde der jetzige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert, ehemaliger Lehrer aus Weinheim an der Bergstraße, zu einer Geldstrafe von 10.000.- DM und einem Jahr Gefängnis verurteilt, in beiden Fällen auf vier Jahre zur Bewährung; Deckert hatte auf einer von ihm organisierten Veranstaltung den sogenannten "Leuchter-Report" vorgestellt und die Vergasung von Juden in Auschwitz geleugnet. Deckert wurde vom Nazi-Anwalt Bock verteidigt, der nicht nur mehrere NS-Aktivisten (u.a. Odfried Hepp) zu seinen Klienten zählte, sondern international vor allem durch seine Verteidigung der Hauptangeklagten Hildegard Lächert im Majdanek-Prozeß als Gesinnungsgenosse aufgefallen war (taz, 17.11.92).

Sechs Monate mit Bewährung und 3.000 DM Geldstrafe war die Strafe für einen 23jährigen in Rostock, der Steine auf ein Asylbewerberheim geworfen und dabei einen Wachmann getroffen hatte (HA, 21.11.92). Der Fall hatte sich vor über einem Jahr ereignet; der Richter begründete die Bewährungsstrafe damit, daß die Polizei über ein Jahr lang den Fall mit einer "sehr laschen Einstellung" hatte unbearbeitet liegen lassen (taz, 21.11.92).

Eine Bilanz des rechten Terrors hat die Bremer Polizei vorgelegt: Insgesamt hat es um den 3. Oktober 1992 neun gewalttätige Überfälle auf AusländerInnen gegeben. In fünf Fällen wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt (keine Täter), in vier Fällen hat es Anklagen gegeben, in drei Fällen gab es auch schon Urteile: Die vorwiegend jugendlichen Täter wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 21 Monaten und 30 Tagen auf Bewährung verurteilt. Noch nicht abgeschlossen ist das größte Verfahren gegen die sogenannte Penny-Crew, die einen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in der Schwachhauser Heerstraße verübt hatte. Drei Haupttäter waren bereits im Mai verurteilt worden, gegen vier weitere Täter beginnt jetzt das Verfahren. Gegen den fünften Haupttäter läuft das Verfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der Jugendstrafkammer. Alle Mitglieder der "Penny-Crew" haben mehr oder weniger enge Bindungen an die Neonazi-Szene in Bremen (taz-HB, 21.11.92).

Drei Jugendliche aus Welzow/Brandenburg wurden am 1. Dezember wegen des Überfalls auf das Asylbewerberheim "Schwarze Pumpe" zu sechs, acht und zwölf Monaten auf Bewährung verurteilt. Sie wurden wegen Beihilfe und Landfriedensbruch verurteilt. Bei dem Anschlag war eine Baracke bis auf die Grundmauern niedergebrannt (FR, 3.12.92).

Zunahme antisemitischer Anschläge

Zunehmende rassistische und gezielt antisemitische Anschläge, Drohungen, Grabschändungen etc. haben offenbar dazu geführt, daß zunehmend mehr jüdische Bürger nach Israel auswandern wollen. Die Jewish Agency in Frankfurt jedenfalls meldete einen erheblichen Anstieg von Einwanderungsanträgen nach Israel (taz, 26.11.92). Darunter sind auch Auswanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, die ursprünglich in der BRD bleiben wollten. In einer jetzt von den Soziologen Alphons Silbermann und Herbert Sallen von der Universität Köln vorgelegten Studie heißt es: etwa ein Viertel der zwischen 18- und 24jährigen Juden fühlen sich persönlich bedroht. Die Vergleichszahlen für die deutsche Bevölkerung: 14% der BundesbürgerInnen insgesamt, aber 92% der BewohnerInnen der ehemaligen DDR sehen sich durch Rechte bedroht. Etwa ein Drittel der befragten Juden und Jüdinnen (insgesamt 380 Interviews) befürchtet ein weiteres Ansteigen antisemitischer Tendenzen, mehr als 45% sehen die Demokratie in der BRD durch den aufkommenden Rechtsextremismus als "stark gefährdet" an (in der gesamten Bevölkerung wird dies nur von 10% so gesehen). Etwa zwei Drittel glauben an eine generelle antisemitische Einstellung der deutschen Bevölkerung und drei Viertel sind der Ansicht, daß die Bundesregierung zu wenig gegen den Rechtsradikalismus unternehme (taz, 29.10.92).

Auf einer Tagung jüdischer ÄrztInnen und PsychologInnen wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß insbesondere die Kinder der Holocaustüberlebenden der Gefahr ausgesetzt seien, erneut traumatisiert zu werden (FR, 4.11.92).

Wie eine Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks ergab, sind etwa ein Drittel der BundesbürgerInnen der Ansicht, die Juden und Jüdinnen seien zumindest mitschuldig an ihrer Verfolgung. 10% hielten dies ohne

Umschweife für richtig, weitere 28% stimmten teilweise dem Satz zu: "Die Juden sind mitschuld daran, daß sie in ihrer Geschichte so oft verfolgt wurden" (taz,9.11.92).

Insbesondere im Hinblick auf die Situation der Jüdinnen und Juden in Deutschland hat der Papst anläßlich des Besuchs der alten Berliner Bischofskonferenz im Vatikan zum Schutz der Jüdinnen und Juden aufgerufen (HAZ 16.11.92; FR, 16.11.92). Schon Ende Oktober hatte der Papst in einer seiner wöchentlichen Generalaudienzen die Anschläge gegen jüdische Einrichtungen als "Sünde gegen Gott und gegen den Menschen" bezeichnet und zur "brüderlichen Solidarität" aufgerufen (FR, 29.10.92).

Während im Jahr 1991 50 antisemitische Straftaten bekannt wurden, waren es bis November 1992 bereits 52. Etwa die Hälfte konnte aufgeklärt werden (taz, 4.12.92).

ES, ga.

# 12. Skandal in der Paulskirche

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:04

Die Öffentlichkeit wird wohl nie erfahren, ob die Suche nach dem Schuldigen erfolgreich abgeschlossen werden konnte: Wer hat auf wessen Empfehlung einen Festredner in die Frankfurter Paulskirche geladen, der dortselbst die Gedenkfeier zur Reichspogromnacht dazu "mißbrauchte", vor Antisemitismus und Ausländerhaß im Deutschland des Jahres 1992 zu warnen? Manfred Frank heißt der Ruhestörer, ist Philosophieprofessor in Tübingen und will seine Warnungen nicht als Kritik "aus ewig gestriger, in linker Sklerose verknöcherter Protesthaltung gegen ‚das System`" verstanden wissen, sondern als Mahnung "aus Dankbarkeit gegen ein Grundgesetz, das mir eben darum besonderen Schutzes würdig scheint." Ein "Verfassungspatriot" also, der im Angesicht des versammelten Frankfurter Polit-Establishments den bewunderswerten Mut fand, CDU/CSU, SPD und FDP der geistigen Mittäterschaft am rassistischen Terror zu bezichtigen. Im Anschluß an ein Schäuble-Zitat, das als repräsentativ für die parteiübergreifende Anpassung an das rechte "gesunde Volksempfinden" gelten kann, zitierte Frank einen anderen "Populisten", den Organisator der Reichspogromnacht Joseph Goebbels: "Wir dachten einfach, weil das Volk einfach ist. Wir dachten primitiv, weil das Volk primitiv ist." (weitere Auszüge siehe nebenstehende Dokumentation)

Diese "Ungeheuerlichkeit" führte zum Auszug mehrerer CDU-Politiker aus der Paulskirche und zu einem parlamentarischen Nachspiel. In einer gemeinsamen Erklärung kamen die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und Grünen "einmütig zu dem Urteil, die von Frank gesehenen Parallelen zwischen dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble und NS-Propagandaminister Goebbels würden der historischen Wahrheit nicht gerecht." (Frankfurter Rundschau, 13.11.) Während Oberbürgermeister von Schoeler (SPD) Franks Ausführungen "für die Politiker der großen demokratischen Parteien beleidigend" fand, warnte der grüne Fraktionsvorsitzende Uli Baier in schöner Ausgewogenheit davor, "Wissenschaft unter Zensur zu stellen". (FR, 21.11.) Alle Register zogen die Vertreter der CDU. Ihr Kreisgeschäftsführer Daum verglich seinerseits Frank mit dem christdemokratischen Antisemiten Karl-Heinz Schmidt aus Rostock, der Ignatz Bubis nach Israel gewünscht hatte. Daum: "Frank hat die gleiche Ausgrenzung vorgenommen wie Schmidt." (FR, 13.11.) Auf ein echtes Versäumnis in Franks Ansprache wies der CDU-Stadtverordnete Hellwig hin. Der Redner habe den SPD-Vorsitzenden Engholm nicht erwähnt, der an den Sonderparteitag seiner Partei appelliert hatte: "Hört auf das Volk!"

Das demagogische Hauptargument von CDU und SPD (eigenständige Beiträge der Grünen hierzu werden in der Presse nicht erwähnt), Frank habe mit seinem Vergleich "die NS-Zeit relativiert", wäre - aus anderem Munde! - ein ernstzunehmender Einwand. So hatte Ignatz Bubis, Gastredner der Bremer Gedenkfeier, mit Blick auf den 9. November 1938 ausgerufen: "Wer das mit heute gleichsetzt, beleidigt die Opfer." (taz, 10.11.) Aber diese falsche und gefährliche Gleichsetzung hat Frank überhaupt nicht vorgenommen. Wörtlich sagte er in Frankfurt: "Ihre schreckliche Einzigartigkeit gewinnt die Pogromnacht, deren wir heute gedenken, erst im Blick auf das, wovon sie nur der Anfang war: ‚Damals glaubten wir` schrieb ein Betroffener, ‚daß dies der Höhepunkt der Judenverfolgung sei. In Wahrheit war es das letzte Warnsignal vor der Vernichtung`." Am Ende seiner Rede kam Manfred Frank erneut auf die Frage der Zulässigkeit des Vergleichens mit dem Unvergleichlichen zurück: "Zum Schluß stelle ich erneut die Frage: Durften meine Analysen drängender Probleme im aktuellen Deutschland die historische Unvergleichlichkeit der Reichspogromnacht, auf die der Schatten von Auschwitz fällt, mißachten? Ich hoffe, sie durften es nicht. Aber wohler ist mir, wenn meine warnende Stimme der Übertreibung geziehen werden kann. Denn nur dann könnten wir später von uns sagen, Rostock sei wirklich schon der Höhepunkt von Antisemitismus und Ausländerhaß im vereinigten Deutschland gewesen - und nicht nur ein Anfang."

Mit ihrer keineswegs überstürzten, sondern wohlkalkulierten Distanzierung haben die Frankfurter Rathausparteien Franks These von der Anpassung der politischen Klasse an das "primitive Volk" überzeugend bestätigt. In Frankfurt hat der Kommunalwahlkampf begonnen - eine Zeit, in der diese Anpassung noch bedenkenloser als gewöhnlich vollzogen wird.

Js.

Anpassung ans Volksempfinden

Aus der Rede von Manfred Frank am 9. November

(...) Im letzten Jahr sprach an diesem Ort der Oberbürgermeister die eindrucksvollen Worte: "Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Den ‚Großen Frieden mit den Tätern`, dem sich Ralph Giordano hier vor einem Jahr so vehement widersetzt hat, kann es auch im vereinigten Deutschland nicht geben." Er hätte sagen müssen: soll es auch im vereinigten Deutschland nicht geben. Denn niemand leugnet heute mehr, daß die (nationale) Vereinigung ein Motiv mehr für die Entfesselung des kollektiven Vergessens hat beisteuern können. Daran ändert auch nichts die Nachricht, daß der Terror in den alten wie in den neuen Bundesländern auftritt, und daß der im Osten sich teilweise als westgesteuert herausgestellt hat.

Beobachtet man nun aber das Demokratie-Verständnis unserer Regierenden, so möchte man vollends verzagen. Statt Aufklärung zu betreiben (die könnte im eigenen Kopf beginnen) und unverbrüchlichen Verfassungspatriotismus zu beweisen - besonders hinsichtlich der in Jahrhunderten mühsam erkämpften Grundrechte -, überbieten sie sich gegenseitig darin, die brutalisierten Ausschreitungen fehlgeleiteter Jugendlicher mit Verständnis zu überschütten. Die herrschende Auffassung vom Wesen der Demokratie kommt in der Forderung zum Ausdruck, die Politik habe sich dem Druck der Straße zu beugen. Am 24. Oktober verbreitet dpa, Bundeskanzler Kohl befürchte einen "Staatsnotstand, wenn das Asylproblem nicht rasch gelöst wird". Was damit gemeint ist, erklärt der Zusatz: Ein Staatsnotstand sei eingetreten, wenn ein Bundeskanzler zusehe, "wie die Situation für die Bürger vollkommen unerträglich werde". Damit wiederum ist "der massenhafte Zustrom von Asylbewerbern" gemeint - kein Blick auf die Schicksale der Menschen, die dahinter stehen, keine Frage nach der Berechtigung der Asylanträge!

Inzwischen ist diese inner-christdemokratische Diskussion zugespitzt worden durch lautes Nachdenken über den Ausruf des Notstandes und die Grundgesetzänderung aufgrund einfacher parlamentarischer Mehrheit (lex Gerster) - es ist schwer, diese Ungeheuerlichkeit nicht als Liebäugeln mit einem neuen "Ermächtigungsgesetz" zu interpretieren (denn was besagte dies am 24. März 1933 "zur Behebung der Not von Volk und Reich" verordnete Gesetz anderes, als daß geltende Gesetze von der Reichsregierung - damals noch einer Koalition wie heute - außerhalb des in der Verfassung vorgesehenen Verfahrens und von der Verfassung abweichend, erlassen werden können?). Oder hören wir Dieter Spöris Klage, mit der langen "Tabuisierung und Dogmatisierung" des Asylartikels habe die SPD den "größten Fehler" im Landtagswahlkampf gemacht. Worin bestand der? Man sei damit "an den Erfahrungen von 80 Prozent der Bürger vorbeigegangen". Kinkel rät: "Man muß auf die Gefühle im Volk Rücksicht nehmen"; und FDP-Stargast Jörg Haider gibt der Schwesterpartei gute Tips: "Er sei halt nahe am Volk, und in Deutschland wären die Brandbomben (auf Sachsenhausen) nicht geflogen, hätten die Politiker aufs Volk gehört."

Wolfgang Schäuble äußert in der Asyldebatte im Bundestag vom 15. Oktober: Eine Regierung könne auf Dauer nicht erfolgreich Politik machen gegen den überwältigenden Wunsch oder gar den mehrheitlich artikulierten Willen "des Volkes", heißt ihrer Wähler(innen). Goebbels' Populismus wußte den Reim auf die Konsequenzen der Anpassung der Politik ans unqualifizierte Volksempfinden: "Wir dachten einfach, weil das Volk einfach ist. Wir dachten primitiv, weil das Volk primitiv ist." (...)

(dokumentiert nach Frankfurter Rundschau, 12.11.1992)

# 13. Chronik ausländerfeindlicher Angriffe (1.11. - 3.12.92)

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:23

Wir setzen die in ak 346 begonnene aktuelle Chronik ausländerfeindlicher Anschläge und Überfälle fort. Als vollständig kann dieser Überblick nicht gelten, da insbesondere Angriffe auf Asylsuchende oft gar nicht erst zur Anzeige gebracht oder wegen ihrer "Alltäglichkeit" in der Presse nicht erwähnt werden.

Anfang November

Allein in Cottbus sind in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 390 Ermittlungsverfahren gegen Faschisten eingeleitet worden. 153 Ermittlungsverfahren wurden abgeschlossen und der Staatsanwaltschaft übergeben. (BZ, 20.11.)

2.11.

In Wolgast (Vorpommern) warfen Unbekannte einen Brandsatz in Richtung des AsylbewerberInnenheims. Es entstand kein Schaden. (taz, 3.11.)

In Hettstedt griffen Faschisten erneut die Unterkunft für Asylsuchende an. Mehrere Männer warfen Steine und brüllten rassistische Parolen. (BZ, 4.11.)

In Hattersheim im Main-Taunus-Kreis randaliertem Jugendliche vor einem mit 90 Asylsuchenden belegten Heim. Sie waren mit zwei Autos vorgefahren und gröhlten rassistische Parolen; anschließend gaben sie Schüsse ab und flüchteten unerkannt. (FR, 4.11.)

In der Bundesrepublik Deutschland wurden in diesem Jahr bis zum 25.10. laut Angaben des BKA 3374 ausländerfeindliche Straftaten verübt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 70 Prozent. Im Einzelnen werden angegeben: 13 Tötungen, 435 Brandanschläge, sieben Sprengstoffanschläge, 346 Körperverletzungen und 2593 sonstige Straftaten (Sachbeschädigungen, Schmierereien, Propagandadelikte etc.). Das BKA wies darauf hin, daß nicht alle Straftaten in der Gesamtzahl enthalten seien, da es in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Meldeverfahren und eine uneinheitliche Zuordnung der Taten gebe. (SZ, 3.11.)

3.11.

In Tutow in Mecklenburg-Vorpommern beschmierten Unbekannte die örtliche Schule mit faschistischen Symbolen. (FR, 7.11.)

4.11.

In Elversberg überfielen Faschisten drei algerische Asylsuchende. (FR, 7.11.)

In Wuppertal-Barmen wurde der jüdische Friedhof geschändet, über 90 Gräber wurden zerstört. Die Polizei nahm zwei Jugendliche im Alter von dreizehn und vierzehn Jahren fest. Einer von ihnen war schon im Juli durch eine Hakenkreuzschmiererei an einem anderen Ort aufgefallen. (SZ, 7.11.)

In Lehrte bei Hannover wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Zuvor war die Polizei durch einen anonymen Anruf gewarnt worden. (Welt, 5.11.)

In Giengen wurden zwei Asylsuchende im Schlaf überfallen und erheblich verletzt. Den Überfall begingen maskierte und mit langen Stöcken bewaffnete Männer. Die beiden Asylsuchenden mußten im Krankenhaus behandelt werden. Der Tat verdächtigt werden vier jüngere Türken und ein Deutscher. (FR, 6.11.)

5.11.

In Wolgast schlugen zwei Jugendliche einen südafrikanischen Asylsuchenden brutal zusammen. Durch Faust- und Stockhiebe wurde das Opfer am Kopf und Oberkörper schwer verletzt; er erlitt ein Schädeltrauma und Prellungen; die befürchtete Erblindung auf einem Auge bestätigte sich nicht. (BZ, 7.11.)

In Frankfurt/Oder wurde ein Brandanschlag auf das Studentenwohnheim der Europa-Universität verübt. Das Feuer wurde schnell gelöscht. (BZ, 7.11.)

In Neubrandenburg wurde ein 16jähriges deutsches Mädchen beim Verlassen einer Telefonzelle von vier faschistischen Jugendlichen zusammengeschlagen, die sie für eine Ausländerin gehalten hatten. (FR, 7.11.)

In Leipzig kam es zu einer Schlägerei zwischen Taxifahrern, anderen Autofahrern und drei Asylsuchenden. Die Polizei nahm die Asylsuchenden vorübergehend fest. Die Justizbehörden ermitteln auch gegen die Taxi- und Privatwagenfahrer. (FR, 7.11.)

In Eisleben haben unbekannte Täter den russischen Ehrenfriedhof geschändet. Es wurden 42 Gräber verwüstet. (Junge Welt, 11.11.)

In Ingolstadt verwehrte eine Wirtin des Restaurants "Tafelmaier" einem Tunesier den Gang zur Toilette mit den Worten: "Hier nicht für dich, du gehen Tiefgarage". Gleichzeitig wurde bekannt, daß das Ingolstädter Hotel "Adler" damit warb, daß hier der SA-Führer Ernst Röhm logiert habe. Bis vor kurzem schmückte die Stadt Ingolstadt regelmäßig zu Allerheiligen mit einem Ehrenkranz das Grab des Sanitätsrates Ludwig Liebl, der enger Vertrauter Hitlers und wichtiger Wegbereiter der Nürnberger Rassegesetze war. (SZ, 6.11.)

6.11.

In Steinbach bei Schwäbisch-Hall wurde der jüdische Friedhof geschändet. Es wurden sechs Grabsteine umgeworfen. (SZ, 9.11.)

Im Kreis Zossen ermordeten drei Skinheads einen 57jährigen Mann, den sie im Auto aus Berlin-Schönefeld mitgenommen hatten. Der Mann wurde mißhandelt, dann mit Benzin übergossen und angesteckt. Anschließend warfen die Faschisten ihr Opfer in einen See. Die drei Täter gaben sich laut Polizeibericht nach ihrer Festnahme "eindeutig als Rechtsextremisten zu erkennen". (BZ und SZ, 27.11.; BZ, 5.12.)

In Berlin-Lichtenberg gingen vor einem geplanten Flüchtlingswohnheim ein Auto und ein Müllcontainer in Flammen auf. Anwohner beobachten eine Gruppe von Jugendlichen, die aus dem nahegelegenen Jugendclub mit "Sieg Heil"-Rufen zum Gebäude gezogen waren. (BZ, 9.11.)

In Weißwasser wurde ein Flüchtlingswohnheim mit Steinen und Flaschen angegriffen. (taz, 16.11.)

7.11.

In Letzlingen wurden zwei Unterkünfte von AsylbewerberInnen angegriffen. Die Flüchtlinge konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. (Welt, 9.11.)

In Erfurt kam es zwischen Nazis und AntifaschistInnen zu schweren Auseinandersetzungen. (SZ, 9.11.)

In Lübz bei Schwerin gab es einen ähnlichen Vorfall. Es wurden neun Menschen verletzt. (SZ, 9.11.)

In Romerstadt wurden auf dem Friedhof mehrere jüdische Gräber geschändet. (taz, 16.11.)

In Hannover wurden mehrere Gräber einer muslimischen Abteilung eines Friedhofs geschändet. (taz, 16.11.)

In Frankfurt/Oder verhinderte die Polizei mit einem Großaufgebot einen verbotenen Aufmarsch der "Deutschen Alternative" (DA). Er sollte unter dem Motto stehen: "Erinnerung an den 9. November 1989 - Die friedliche Revolution in Mitteldeutschland". Trotz des Verbots konnten sich 100 Faschisten sammeln. Einige griffen einen polnischen Journalisten an. (BZ, 6.11. und SZ, 9.11.)

8.11.

In Berlin wurde das Mausoleum der Preußen-Könige mit Parolen wie "Deutsch Nein zu Araber Juden", "Polski Skin plattgewalzt", "REP wählen" und "Deutsche rein, Türken raus" beschmiert. (BZ, 10.11.)

In Extertal-Fütig bei Bielefeld wurde ein Brandsatz gegen die Vorderseite einer Unterkunft für Asylsuchende geworfen. Das Feuer wurde von den BewohnerInnen gelöscht; der Täter konnte kurze Zeit später festgenommen werden. (BZ, 10.11.)

In Wilhelmshaven provozierten Mitglieder des "Deutschen Kameradschaftsbundes" auf einer Lesung von Lea Rosh eine Schlägerei. (taz, 16.11.)

In Fürstenwalde bedrohten faschistische Jugendliche die Gäste eines türkischen Lokals. Die Polizei konnte die Jugendlichen, die eine auf scharfe Munition umgerüstete Gaspistole bei sich hatten, von weiteren Angriffen abhalten. (taz, 16.11.)

In Leipzig beschmierten Unbekannte die Mauer des neuen Jüdischen Friedhofs. Neben einem Hakenkreuz stand in großen Buchstaben "Betteljude stirb" an der Mauer. (Leipziger Volkszeitung, 9.11.)

9.11.

Vom 1.1. bis zum 8.11. dieses Jahres wurden laut Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1.760 rechtsextreme Gewalttaten erfaßt. Im Vorjahr wurden insgesamt 1.483 Gewalttaten registriert. Besonders auffällig sei die Zunahme der Brand- und Sprengstoffanschläge um 33 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. (BZ, 20.11.)

In Rostock wurden 17 Faschisten festgenommen, nachdem eine Gruppe von 40 Jugendlichen, die zum Teil mit Schlagstöcken bewaffnet waren, TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen Fremdenhaß und Antisemitismus angegriffen hatten. (SZ, 11.11.)

In Köln brachten zwei Skinheads einen 27jährigen Deutschen in ihre Gewalt und zwangen ihn mit gezückter Pistole, sie nach Frankreich zu fahren. Nachdem sie den Mann zusammengeschlagen hatten, ließen sie ihn einen Tag später in Lothringen wieder frei. (SZ, 12.11.)

10.11.

In Mannheim läuft ein Ermittlungsverfahren gegen die faschistische Rockband "Tonstörung". Die Jüdische Gemeinde Mannheim hat Anzeige erstattet wegen der volksverhetzenden und antisemitischen sowie offen zum Völkermord aufrufenden Texte von "Tonstörung". (Leipziger Volkszeitung, 11.11.)

In Kiel warfen drei Offiziere und ein Offiziersanwärter der Bundeswehr eine Übungshandgranate gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Es gab keine Verletzten. Die Soldaten wurden vom Dienst suspendiert. (Welt, 12.11.)

11.11.

Laut Auskunft der Bundeswehrbeauftragten Biele sollen Bundeswehrsoldaten in 24 Fällen an neofaschistischen und rassistischen Überfällen beteiligt gewesen sein. Drei Bundeswehrsoldaten sitzen wegen der Beteiligung an drei Tötungsdelikten in Haft. In vier Fällen seien Truppenübungsplätze von faschistischen Gruppierungen benutzt worden. (BZ und SZ, 12.11.)

In Potsdam randalierten drei faschistische Jugendliche in einem Gerichtssaal in einem Mauerschützenprozeß. Sie gröhlten "Sieg heil!" und griffen einen Fotografen tätlich an. Der Richter verhängte zum Erstaunen von Prozeßbeobachtern lediglich ein eintägiges Hausverbot. (BZ, 12.11.)

12.11.

In den alten Bundesländern sind in den Jahren 1990 und 1991 jeweils 1000 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verwendung von Propagandamitteln oder Symbolen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet worden. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums weist das bisherige Verhältnis von Ermittlungsverfahren zu Verurteilungen eine hohe Diskrepanz auf. (BZ, 13.11.)

Nach Erkenntnissen des BKA wurden in diesem Jahr gegen mehr als 2000 Personen wegen des Verdachts ausländerfeindlicher Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet. (BZ 13.11.)

13.11.

In Berlin schlugen kurz vor Karlshorst drei Skinheads einen Mann in der S-Bahn brutal zusammen und raubten ihn anschließend aus. Die Täter konnten entkommen. (BZ, 16.11.)

In Berenbostel bei Hannover schlugen zehn mit Stöcken bewaffnete Skinheads auf einen türkischen Asylsuchenden ein. Die Skinheads hatten dem Mann vor der Unterkunft aufgelauert und ihn dann gejagt und verletzt. Die mutmaßlichen Täter konnten festgenommen werden. (Neues Deutschland, 16.11.)

In Wuppertal erschlugen zwei Skinheads einen 53jährigen Mann, angeblich weil sie ihn irrtümlich für einen Juden gehalten hatten. Die Faschisten hatten den Mann in einer Kneipe durch Schläge und Fußtritte lebensgefährlich verletzt, mit Alkohol übergossen und angesteckt. Bei den Tätern soll es sich um Mitglieder der "Nationalistischen Front" handeln. Die Tat wurde erst neun Tage später durch den israelischen Rundfunk bekannt gemacht. Die Wuppertaler Polizei gab der Presse auf Anfragen zu dem Fall keine Auskunft. Später teilte die Wuppertaler Staatsanwaltschaft mit, daß die Tat "nicht in Zusammenhang mit antisemitischen Motiven" stehe, da das Opfer kein Jude sei. (dpa, 22.11.; Göttinger Tageblatt, 23.11. und SZ, 24.11.)

14.11.

In Berlin-Hellersdorf bedrohten drei Skinheads ein Ehepaar und schlugen schließlich den Mann krankenhausreif. Der Mann weigerte sich, den Gruß "Sieg Heil" zu erwidern. Daraufhin hielt ihm einer der Faschisten eine Pistole an die Schläfe und drohte, ihn zu erschießen. Schließlich schlug der Skin dem Opfer die Pistole mehrfach ins Gesicht und auf den Kopf. Der Mann mußte mit einer Schädelfraktur ins Krankenhaus gebracht werden. (BZ, 16.11.)

In Greifswald-Ladebow griffen drei Jugendliche mit Steinen eine Unterkunft für Flüchtlinge an. (FAZ, 16.11.)

In Langenau in Baden-Württemberg wurde ein unbewohnter Neubau für Flüchtlinge durch einen Brandanschlag zerstört. Es entstand ein Sachschaden von ca. 200.000 DM. (BZ, 16.11.)

In Balingen griffen mehrere Faschisten zwei Unterkünfte für Asylsuchende an. Die Polizei nahm fünf mutmaßliche Täter fest. (FAZ, 16.11.)

In Hamburg rotteten sich uniformähnlich bekleidete Faschisten an einem Kriegerdenkmal zusammen. Die Polizei nahm 18 von ihnen fest. (FAZ, 16.11.)

In Mannheim nahm die Polizei die Mitglieder einer faschistischen Rockgruppe fest und verhinderte damit ein Konzert in der Nähe von Leipzig. Gegen die Gruppe wird wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. (FAZ, 16.11.)

15.11.

In Halbe verhinderte die Polizei mit einem Großaufgebot eine faschistische Zusammenrottung auf dem dortigen Soldatenfriedhof und setzten damit das Verbot dieser Veranstaltung durch. Mehrere Busse mit Nazis wurden von der Polizei zurückgewiesen, zwölf von ihnen laut Polizeiangaben verhaftet. Eine antifaschistische Gegendemonstration wurde ebenfalls verboten. (BZ, 16.11.)

In Wilhelmshaven wurde ein sechs Monate altes Baby bei einem Angriff auf eine Unterkunft für Asylsuchende durch Glassplitter im Gesicht verletzt. Unbekannte hatten einen Hammer durch ein Fenster geworfen. Auf den Stiel des Hammers waren ein Hakenkreuz und die Aufschrift "Ausländer raus" eingeritzt. (SZ, 21.11.)

In Berlin und Umland werden die Tankwarte angehalten, auf die Hautfarbe ihrer Kunden zu achten. Weil "unbekannte farbige Täter" bei Raubüberfällen die "Kassierer niedergestochen hätten", fordert der Verband des Garagen- und Tankstellengewerbes Berlin-Brandenburg seine 200 Mitgliedsbetriebe "in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei" zu vorbeugender Mithilfe auf: "Falls Farbige auf Ihrer Tankstelle vorfahren, bitten wir, Ihr Personal anzuweisen, die Autonummer, Fahrzeugtyp und -farbe zu notieren und uns diese dann umgehend zu melden." Dies gelte auch "für den Fall, daß kein Überfall erfolgt". Auch an Video-Bändern mit farbigen Tankstellenkunden zeigte man sich interessiert. (Spiegel, 16.11.)

In Hannoversch-Münden kündigte ein Vertreter einer "Bürgerinitiative" an, daß, wenn eine Zentrale Anlaufstelle für Asylsuchende angesiedelt werde, die Stadt "den größten Terror aller Zeiten erleben" werde. Das örtliche Waffengeschäft soll laut Fernsehberichten "Rekordumsätze" beim Verkauf nahezu aller lizenzfrei gehandelten Waffen haben. (Neues Deutschland, 16.11.)

16.11.

In Niederstetten überfiel eine Gruppe von vier Skinheads zwei Vietnamesen. Ein Soldat, der den Vietnamesen zu Hilfe kam, wurde von den Faschisten erheblich verletzt und mußte mit einem Rippenbruch im Krankenhaus behandelt werden. (Bundeswehr aktuell, 26.11.)

17.11.

In Lychen randalierten 15 Faschisten in einem Café. (BZ, 19.11.)

In Genthin in Sachsen-Anhalt bedroht ein betrunkener Zwanzigjähriger in einer Unterkunft für AsylbewerberInnen einen Bewohner mit dem Messer und rief dabei: "Asylies raus, Skinheads rein, ich mach dich tot." (FAZ, 26.11.)

In Frankfurt/Oder griffen Faschisten unter "Heil Hitler"-Gegröhle ein von mehreren linken Wohngemeinschaften bewohntes Haus an. In einem anderen Haus warfen sie Fensterscheiben ein. Als die von Anliegern alarmierte Polizei nach einer halben Stunde kam, flüchteten die Faschisten. (SZ und BZ, 19.11.)

In München wurde ein Frater von der Kongregation der Barmherzigen Brüder von einem Skinhead die Treppe zur U-Bahn hinuntergestoßen und verletzt. Der 61 Jahre alte Frater war gerade in einem Gespräch mit einem Schwarzafrikaner. Der Angreifer soll dem Opfer und dem Afrikaner etwas wie "die Pfaffen und die Nigger" zugerufen haben. (SZ, 25.11.)

In Leipzig griffen mehrere Vermummte drei Türken mit Steinen an. Durch Gegröhle hatten die Neofaschisten die türkischen Arbeiter, die in einem Wohncontainer untergebracht sind und für eine Fernmeldefirma arbeiten, nach draußen gelockt, wo sie mit Steinen beworfen wurden. (Leipziger Volkszeitung, 20.11.)

18.11.

In Hungen in Hessen feuerten Unbekannte mehrere Schüsse aus einer Kleinkaliberpistole auf ein Heim für AsylbewerberInnen ab. Von den 60 BewohnerInnen wurde niemand verletzt. Mehrere Tage später nahm die Polizei zwei 19 und 31 Jahre alte Männer als Tatverdächtige fest. (SZ, 20.11. und 4.12.)

19.11.

In Duisburg gaben Unbekannte Schüsse auf eine Unterkunft für Flüchtlinge ab. (SZ, 20.11.)

In Berlin-Neukölln wurde ein 48jähriger Mann beim Schmieren von Hakenkreuzen von der Polizei erwischt. (BZ, 20.11.)

20.11.

In Kassel drangen Unbekannte in die Unterkunft für Flüchtlinge ein und zündeten im Keller Matratzen an. Drei Bewohner mußten mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus. (Welt, 21.11.)

In Brandenburg gab es schwere Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und AntifaschistInnen mit mehreren Verletzten. Ein Antifaschist wurde durch einen Messerstich an der Lunge verletzt. (BZ, 23.11.)

In Rostock zogen elf Faschisten randalierend durch die Stadt. Sie bedrohten Passanten und beschädigten Autos, bis sie schließlich von der Polizei festgenommen wurden. (SZ, 23.11.)

In Essen wurde ein fünfzehnjähriger Rom von einem unbekannten Täter niedergestochen und schwer verletzt. Der Messerstecher hatte sein Opfer als "Ausländerschwein" beschimpft und anschließend angegriffen. (FAZ, 27.11.)

In Rathenow griffen 20 Neofaschisten ein von AntifaschistInnen bewohnten Haus an; u.a. schossen sie dabei mit Leuchtspurmunition (SZ, 23.11.)

In Potsdam wurden auf dem russischen Ehrenfriedhof 13 Grabsteine umgestoßen. (BZ, 21.11.)

In Nürnberg wurde gegen die faschistische Rockband "Radikahl" aufgrund ihres "Hakenkreuz"-Songs Anklage wegen "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" erhoben. (BZ, 21.11.)

In Leipzig schlugen unbekannte Täter einen 24jährigen Schweizer mit Baseballschlägern so schwer zusammen, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Offenbar war er nach einem Gaststättenbesuch von den Tätern verfolgt worden. (Leipziger Volkszeitung, 21.11.)

In Hannoversch-Münden geriet der 58 Jahre alte Italiener Carmelo Sciacca, Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Italiens in Deutschland, in eine Schlägerei zwischen neofaschistischen und

antifaschistischen Jugendlichen. Als Sciaccas Sohn in der Schlägerei verletzt worden war, griff der Vater ein und wurde ebenfalls verletzt. (taz, 24.11.)

21.11.

In Berlin-Friedrichshain stachen in den frühen Morgenstunden fünf Faschisten drei Jugendliche aus der Hausbesetzerszene nieder. Der 27jährige Silvio Meier wurde dabei getötet, die anderen beiden durch Messerstiche in Rücken und Beine schwer verletzt. Die Polizei versuchte zunächst, den politischen Hintergrund der Tat zu leugnen und sprach von "Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen". Sogar noch, nachdem das Landesamt für Verfassungsschutz den Mord in die Statistik vermutlicher oder tatsächlicher rechtsextremer Gewalttaten aufgenommen hatte, weigerte sich die Polizei hartnäckig, diesen Zusammenhang anzuerkennen. Schließlich stellte sich ein Täter der Polizei; ein weiterer mutmaßlicher Täter wurde festgenommen. (BZ, 23.11. und 26.11.)

In Berlin-Prenzlauer Berg gab es eine Schlägerei zwischen ausländischen Zigarettenverkäufern und "mehreren Männern". (BZ, 23.11.)

In Schöningen in Niedersachsen wurde ein Brandsatz gegen die Holztür eines AsylbewerberInnenheims geworfen. Es wurde niemand verletzt. (SZ, 23.11.)

In Stralsund gab es eine Schlägerei, nachdem sieben Faschisten zwei Asylsuchende in einer Gaststätte beschimpft hatten. Eine Person wurde verletzt. (Göttinger Tageblatt, 23.11.)

In Eisenach kam es vor einer Discothek zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Ausländern. (BZ, 23.11.)

In Hamburg warfen unbekannte Täter eine nicht funktionsfähige Übungshandgranate durch ein Fenster in den Schlafraum eines Wohnhauses für ausländische Kinder und Jugendliche. (FAZ, 26.11.)

In Leipzig griffen unbekannte Täter mit Steinen das Heim für AsylbewerberInnen an. Es wurde ein PKW beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. (Leipziger Volkszeitung, 23.11.)

In Leipzig kam es zu einer Schlägerei zwischen ca. 50 Mannheimer und Leipziger Hooligans. Die Polizei wurde mit Steinen angegriffen. (Leipziger Volkszeitung, 23.11.)

22.11.

In Forst überfielen Mitglieder der nazistischen "Kameradschaft Spremberg" vier Jugendliche. (BZ, 28.11.)

In Leichlingen wehrte sich eine 24jährige Libanesin mit einem Gasrevolver gegen einen Angreifer. Der 60jährige Deutsche, der mit der libanesischen Familie in einem Haus wohnt, hatte die Mutter der jungen Frau tätlich angegriffen, mit der Hand gewürgt und mit einem Messer bedroht. (taz, 24.11.)

23.11.

In Garmisch-Partenkirchen brach in einer Unterkunft für Asylsuchende ein Feuer aus. Die Polizei schließt einen Brandanschlag nicht aus. Es entstand geringer Sachschaden. (SZ, 25.11.)

In Mölln wurde Feuer in zwei Häusern gelegt, in denen AusländerInnen wohnen. Eine 51jährige türkische Frau und zwei Mädchen im Alter von 14 und zehn Jahren starben in den Flammen. Neun weitere Menschen wurden verletzt; sie konnten sich zum Teil nur mit Sprüngen aus den Fenstern der oberen Stockwerke retten. Einige Tage später konnten zwei Nazis durch die Ermittlungen und die Aussage eines "unmittelbaren Tatzeugen", über den Stillschweigen gewahrt wird, als Tatbeteiligte überführt werden. Sie waren Mitglieder einer faschistischen Gruppierung, die schon mehrere Brandanschläge und Überfälle verübt hatte. Die Polizei nahm weitere Jugendliche aus dieser Gruppe fest. (SZ und BZ, 24.11.)

In der BRD wurden bis zu diesem Tage 1.912 rassistische Gewalttaten verübt. Dabei wurden mindestens 17 Menschen getötet. (BZ, 24.11.)

24.11.

In Bad Salzuflen wurde auf einen Kaufhaus-Parkplatz ein 49jähriger Türke von mehreren maskierten Männern in Fliegerstiefeln zusammengeschlagen und mit einem Messer schwer verletzt. (Welt, 24.11.)

In Göttingen schändeten und beschädigten vier Studenten eine jüdische Gedenkstätte. Die Polizei will keinen politischen Hintergrund erkennen. (Welt, 26.11.)

In Struvenberg im Kreis Brandenburg randalierten Unbekannte in einem Heim für Asylsuchende. Es wurden Mobiliar und Fensterscheiben zerstört, Matratzen und Bettgestelle mit Feuerlöschern unbrauchbar gemacht. (taz, 28.11.)

In Bautzen überfielen zwei Faschisten eine 14jährige Schülerin und schnitten ihr ein Hakenkreuz in die Wange. Von den Tätern fehlt jede Spur. (BZ, 2.12.)

25.11.

In Nauen zogen Jugendliche randalierend vor eine Unterkunft für Asylsuchende. Eine Person wurde nach "Sieg Heil"-Rufen von der Polizei festgenommen. (BZ, 27.11.)

In Weisenheim am Sand in Rheinland-Pfalz überfielen mehrere Jugendliche unter Gröhlen von Nazi-Parolen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Die Faschisten schlugen mit Stöcken und einem Feuerlöscher die Scheiben der Unterkunft ein, in der 40 Flüchtlinge aus Rumänien und Zaire untergebracht sind. Die Asylsuchenden konnten sich nur durch Verbarrikadieren ihrer Container vor den Angreifern schützen. Die Polizei nahm sechs Täter fest, will aber "keinen rechtsradikalen Hintergrund" erkennen können. (SZ, 27.11.)

In Neuruppin griffen am Nachmittag Neofaschisten eine Unterkunft mit Brandsätzen an, in der ca. 30 AussiedlerInnen aus Rußland, darunter mehrere Kinder, untergebracht sind. Die Polizei nahm später einen der Täter fest. (BZ, 28.11.)

26.11.

In einem Berliner Lokal schoß der ehemalige Funktionär der REP, Frank Schulz, einen Gast an und verletzt ihn schwer. Erst Tage später wurde Schulz von der Polizei verhaftet. (BZ, 30.11. und 4.12.)

In Neuburg in Bayern konnte ein 42jähriger Mann ermittelt werden, der telefonisch einen Bombenanschlag auf die Unterkunft für Asylsuchende angedroht hatte. Das Telefonat beendete der Mann, wie die Anrufer in Mölln, mit "Heil Hitler!". Die Polizei konnte angeblich nichts entdecken, "was darauf hinweisen würde, daß er der rechtsradikalen Szene zuzuordnen ist". (SZ, 27.11.)

In Gelsenkirchen-Hüllen verübten neofaschistische Jugendliche einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für 140 jugoslawische Kriegsflüchtlinge. Es entstand geringer Sachschaden, da die Wachleute die Tat sofort entdeckten. Die Polizei nahm sechs Täter im Alter von 13 bis 15 Jahren fest. (SZ, 28.11.)

In Frankfurt/Main ging ein anonymer Brief bei der FAZ ein, in dem es hieß, daß "die Lösung für das Asylantenproblem" in dem Schließfach 1190 liege. Da das Landeskriminalamt die Drohung ernst nahm, wurde der nördliche Bereich des Bahnhofs vorübergehend abgesperrt. Experten öffneten das Schließfach, in dem sich eine Flasche mit Quecksilber befand. (FR, 27.11.)

27.11.

In Würzburg beschmierten drei Mitglieder der Nazi-Gruppe "Volkssturm von Rottenbauer" eine Kirche mit Hakenkreuzen und NS-Symbolen. Ein Pfarrer ermittelte die jugendlichen Täter und überredete sie, sich der Polizei zu stellen. (SZ, 3.12.)

In Vreden in Nordrhein-Westfalen verübten zwei Faschisten einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber. Die 25 BewohnerInnen, acht Kinder, acht Frauen und neun Männer, konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren tausend Mark. Die Polizei konnte die beiden Täter festnehmen. (SZ, 28.11.92)

Der Bundesinnenminister verbot die "Nationalistische Front" (NF), nachdem er sie zwei Tage öffentlich in den Medien vor einem drohenden Verbot gewarnt hatte. In mehr als 40 Orten wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt; eine Person wurde festgenommen. (BZ, 28.11. und Welt, 30.11.)

28.11.

In Calau in Brandenburg verhinderte die Polizei einen Aufmarsch der "Nationalen Offensive". Die Polizei nahm 17 Faschisten vorübergehend fest, die mit Schreckschußwaffen, Messern und Baseballschlägern trotz eines Verbots zu der geplanten Kundgebung angereist waren. (BZ, 30.11.)

In Lingen wurde eine Unterkunft für AsylbewerberInnen mit Brandsätzen angegriffen. Von den BewohnerInnen wurde niemand verletzt. (SZ, 30.11.)

In Marktredwitz wurde ein 19 Jahre alter Türke bei einem Streit mit Skinheads verletzt. Nach Angaben der Polizei war es vor dem Jugendzentrum zu einem Streit zwischen sechs Türken und einer gleich großen Gruppe Skinheads gekommen. Im Verlauf der Auseinandersetzung zog ein 38 Jahre alter Skinhead ein Messer und stach auf den Türken ein. Der Täter konnte kurz darauf festgenommen werden. (FAZ, 30.11.)

In Hannover nahm die Polizei vier Faschisten fest, die mit Leuchtspurmunition auf einen Libanesen geschossen hatten. Der Libanese blieb unverletzt. (FAZ, 30.11.)

29.11.

In Eberswalde wurde erneut ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Eine der drei Baracken wurde dabei vollständig zerstört. Den BewohnerInnen gelang es, eine Seitentür einzuschlagen und zu entkommen. Den Weg durch die Vordertür hatte ihnen das Feuer versperrt. Von den 60 BewohnerInnen wurde niemand verletzt. (BZ, 30.11.)

In Hamburg kam es in der Innenstadt vor einer Gaststätte zu einer Schlägerei zwischen 60 Türken und Skinheads. Die Polizei nahm 25 angeblich Beteiligte, ausschließlich Türken, fest. (FAZ, 30.11.)

In Winsen/Luhe verübten Faschisten einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Es wurde niemand verletzt, weil der Brandsatz sofort von den HeimbewohnerInnen gelöscht werden konnte. Die Polizei nahm zwei Tatverdächtige fest. (FAZ, 1.12.)

30.11.

In Langenfeld bei Düsseldorf wurde ein Brandanschlag auf das Fachwerkhaus einer türkischen Familie verübt. Ein Wohnraum brannte völlig aus. Menschen kamen nicht zu Schaden, da der 33jährige Familienvater das Feuer rechtzeitig bemerkt hatte und seine Frau und seine drei Kinder rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. (FAZ, 1.12.)

In Würzburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Personen- oder Sachschaden sei nicht entstanden, teilte die Polizei mit. Kurz nach dem Anschlag habe ein Mann die Polizei verständigt und dabei die Worte "Ostbahnhof brennt, Heil Hitler" ins Telefon gebrüllt. (FAZ, 1.12.)

In Potsdam wurde erneut der Ehrenfriedhof der russischen Streitkräfte geschändet; unbekannte Täter rissen vier Grabsteine heraus. (BZ, 1.12.)

1.12.

In Magdeburg griffen faschistische Jugendliche eine Unterkunft für Asylsuchende an und schlugen 32 Fensterscheiben ein. Die Polizei nahm acht Täter fest; vier wurden dem Haftrichter vorgeführt, der aber die Ausstellung von Haftbefehlen ablehnte. (FAZ, 3.12. und SZ, 4.11.)

Der in Köln lebende jüdische Schriftsteller Ralph Giordano bekam von Faschisten eine Morddrohung zugesandt. (SZ, 2.12.)

3.12.

In Ludwigsburg wurde ein Brandanschlag auf ein Wohnheim für AusländerInnen verübt. Menschen wurden nicht verletzt. Es entstand Sachschaden in Höhe von 50.000 DM. (Welt, 4.12.)

In Leipzig wurden zwei rumänische Asylsuchende von 10 bis 15 Faschisten mit Eisenstangen zusammengeschlagen. Die Opfer mußten mit Knochenbrüchen und anderen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. (SZ, 4.12.)

Zusammenstellung:

Büro Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste)

# 14. Rassismus und Bevölkerungspolitik

*Von Irmgard Pinn*

Autor: Irmgard Pinn · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:01

Regelmäßig werden wir mit alarmierenden Meldungen über das weltweite Bevölkerungswachstum erschreckt. Kaum ein Monat vergeht, ohne daß wissenschaftliche Institute neue Prognosen veröffentlichen, ohne daß Bücher zu diesem Thema erscheinen und Kongresse stattfinden, wo Experten Ursachen und Gegenstrategien diskutieren. Und regelmäßig kommen Wissenschaftler und Politiker zu der Schlußfolgerung, daß sofort Maßnahmen gegen die "Bevölkerungsexplosion" zu ergreifen seien - falls es dafür nicht schon zu spät ist.

Eindrucksvoll illustriert werden solche Prognosen einer bevorstehenden Katastrophe mit Bildern von Armut und Elend, z.B. in den Dörfern von Bangladesh oder in den von riesigen Slumgürteln umgebenen Millionenstädten Mexico City und Nairobi (1), Bildern, die amorphe Masse, Enge, Überfüllung des "Bootes" oder der "Sardinenbüchse", Zerstörung und Tod suggerieren. Statt Interesse am Schicksal der gezeigten Menschen oder gar Sympathie mit ihnen zu wecken, zeigen sie die "verelendeten Massen" als Gefahrenpotential und provozieren Abwehrreaktionen.

Hier soll nicht der Realitätsgehalt der heraufbeschworenen Horrorszenarien diskutiert werden, sondern das ihnen zugrundeliegende Welt- und Menschenbild. Auch wenn es sich bei der weltweiten demographischen Entwicklung um ein schwerwiegendes Problem handelt und auch wenn aus der "Dritten Welt" selbst die Forderung nach Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle kommt, wird Bevölkerungswachstum doch in Analogie zur Geschichte der Industriestaaten gesehen und mittels Methoden, Theorien (z.B. der Theorie des demographischen Übergangs) und Planungsmodellen gemessen, erklärt und einzudämmen versucht, die bei uns entwickelt wurden. Problemdefinitionen, Erklärungs- und Lösungsmodelle stehen im Kontext unserer Erfahrungen, Werte und Interessen, was sich bereits auf der deskriptiven Ebene zeigt: Obwohl stets betont wird, daß die "Bevölkerungsexplosion" nicht von der ökonomischen Situation der "Entwicklungsländer" und dem uns begünstigenden Nord-Süd-Machtgefälle getrennt werden dürfe, tendieren wir dazu, die Folgen des Kolonialismus, der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, der enormen Verschuldung vieler "Entwicklungsländer" etc. auf das Problemfeld Bevölkerungspolitik zu verlagern. Die Armen, heißt es dann offen oder implizit, machen sich durch ihre zügellose Vermehrung selbst alle Entwicklungschancen zunichte. Durch Waldrodungen, Überweidung oder extensive Nutzung von Grundwasserreserven gefährden sie darüber hinaus das gesamte ökologische System und somit die Existenz der gesamten Menschheit. Es versteht sich, daß Gegenstrategien aus dieser Sichtweise primär in der "Dritten Welt" anzusetzen haben. Andernfalls, warnt z.B. Ex-Bundeskanzler Schmidt, werde Europa von einer "Überschwemmung" durch Elends-Flüchtlinge bedroht. (2)

Strategien gegen die "Bevölkerungsexplosion" erinnern oft an "klassische" eugenische Konzepte. Daß die Menschen von Natur aus ungleich (und damit "irgendwie" ungleichwertig) sind, ist eine gängige Auffassung, die das Verhältnis der Geschlechter zueinander ebenso prägt wie das der Einheimischen zu ImmigrantInnen oder das der Industrienationen zur "Dritten Welt". Auch wenn es heute weitgehend verpönt ist, die desolate Situation der Bewohner der "Dritten Welt" auf eine "rassebedingte" Minderwertigkeit zurückzuführen - statt dessen spricht man lieber von Unterschieden der "Kulturen" oder "Mentalitäten" -, schwingt in den Theorien über die Zusammenhänge von Armut und Kinderreichtum oft die alte Vorstellung mit, daß diese in der "Natur" von Afrikanern oder Asiaten lägen. (3) Hohes Bevölkerungswachstum wird mit ungezügelter Triebhaftigkeit, geringes dagegen mit bürgerlichen Tugenden wie Disziplin und Enthaltsamkeit verbunden. Wir analysieren und bewerten generatives Verhalten auf der Grundlage westlicher Normen von Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, eines abendländischen Rationalitäts-Modells und eines universalistischen Evolutionskonzeptes. Als negative Einflußfaktoren auf das Bevölkerungswachstum sowie auf "Entwicklung" allgemein gelten besonders Traditionen und religiöse Vorschriften. Entsprechend versteht sich z.B. die International Planned Parenthood Federation (IPPF) als Vorkämpfer für Vernunft und Aufklärung. (4) Wie es auf dieser Grundlage dann mit dem Einfühlungsvermögen in fremde Kulturen aussieht, zeigt z.B. die Feststellung, bei der Weigerung indischer Männer sich zwangsweise sterilisieren zu lassen, handele es sich um "Kastrationshysterie". (5)

Ökologische Begründungen

Die Debatte um die internationale Bevölkerungsentwicklung ist von der Vorstellung geprägt, daß die Welt "verteilt, besetzt, an den Grenzen ihrer Ressourcen angelangt" sei. August Bebel erkannte allerdings bereits vor hundert Jahren, daß die Warnungen vor der "Überbevölkerung" durch die Sorge um den eigenen Besitzstand diktiert werden: "Die Furcht vor der Überbevölkerung", schrieb er, "tritt stets in Perioden auf, in denen der bestehende Sozialzustand im Zerfall begriffen ist. Die allgemeine Unzufriedenheit, die dann entsteht, glaubt man in erster Linie dem Überfluß an Menschen und dem Mangel an Lebensmitteln und nicht der Art, wie sie gewonnen und verteilt werden, zuschreiben zu müssen." (6)

Zunehmend rücken in der Diskussion ökologische Aspekte ins Zentrum. (7) Bereits zu Beginn der 70er Jahre lieferten dazu in den USA Paul R. Ehrlich und Anne H. Ehrlich die Hauptargumente. Ihre Warnung vor der "Bevölkerungsbombe" - gefährlich wie die Vergiftung von Luft und Wasser, vergleichbar mit Atomwaffen - bestimmt seither die Debatte. (8) So prognostizierte 1990 Michael Sontheimer in der Zeit in ähnlicher Weise "katastrophale ökologische Konsequenzen" (Wachstum der Städte, Zerstörung des Bodens, Verseuchung des Wassers und Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre). (9) Wie Wissenschaftler und Journalisten sehen auch die "Entwicklungshilfe"-Organisationen die Bevölkerungsentwicklung - und damit ihre Familienplanungs-Programme - in einem ökologischen Kontext. Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) beispielsweise plädiert für eine drastische Reduktion des Bevölkerungswachstums, weil in vielen Teilen der "Dritten Welt" die natürlichen Ressourcen nahezu erschöpft seien. (10) Und die International Planned Parenthood Federation (IPPF) macht ohne Umschweife die "Dritte Welt" für ökologische Katastrophen verantwortlich. (11)

Zweifellos ergeben sich in Teilen der Welt aus einer zu dichten Besiedelung ökologische Probleme. Allerdings werden die weltweit zunehmenden und die gesamte Menschheit gefährdenden Umweltschäden vor allem durch uns Bewohner des reichen Nordens verursacht. "Nahezu alle länderübergreifenden ökologischen Probleme hängen direkt mit der Überpopulation im reichen Norden zusammen: Ozonloch, Treibhauseffekt, Meeresverseuchung, Artenschwund, Grundwasserverschmutzung und so weiter." (12) Ein kinderloser Yuppie in einer bundesdeutschen Großstadt schadet der Erde mehr als zwei Dutzend Inder; ein US-Amerikaner verbraucht 323mal soviel Energie wie ein Nepalese. Eine Angleichung des Lebensstandards hätte daher für die Atmosphäre katastrophale Folgen. (13) Diejenigen, die aus ökologischen Gründen rasche und drastische Maßnahmen fordern, hätten also allen Grund, damit in den reichen Industriestaaten anzusetzen. Auch ist daran zu erinnern, daß es in der realen Politik - anders als durch globale Konzepte oft suggeriert wird - fast nie um das "Raumschiff Erde" geht, sondern um bestimmte (nationale) Interessen. Sie und nicht das Wohl der Menschheit bestimmen auch die Formulierung bevölkerungspolitischer Konzepte sowie ihre Durchführung. Die Umweltzerstörung wird trotz des Wissens um die Verursacher in den Industriestaaten der "Dritten Welt" zur Last gelegt und dort Abhilfe gefordert.

Für Auseinandersetzungen mit der "Bevölkerungsexplosion" aus entwicklungspolitischer Perspektive ist charakteristisch, daß sich zwischen der beschreibenden und die Ursachen analysierenden Ebene einerseits und den Lösungskonzepten andererseits nur schwer ein Zusammenhang herstellen läßt. Auch wo die Ursachen von Armut und "Unterentwicklung" erkannt und zutreffend weder die demographische Entwicklung noch die Produktion von Nahrungsmitteln, sondern deren gerechte Verteilung als das vordringliche Problem herausgestellt werden, gerät die Argumentation ins Schlingern, sobald es um "Abhilfe"-Strategien geht. Unvermittelt wird das generative Verhalten dann aus allen sozioökonomischen Kontexten isoliert. (14) Plötzlich sind es nicht mehr wirtschaftliche und politische Faktoren, sondern bürgerliche Werte und Tugenden, die über Erfolg oder Mißerfolg der "Familienplanung" - und damit von "Entwicklung" überhaupt - entscheiden. In Relation zu den heraufbeschworenen Gefahren bleiben die vorgeschlagenen bzw. geforderten Maßnahmen bemerkenswert allgemein und vage. Nur einige Autoren äußern sich deutlicher zur Möglichkeit/Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen. Ehrlich/Ehrlich meinten bereits 1972: "Maßnahmen, die heute noch vielen Menschen in allen Ländern oder ihren politischen Führern als gänzlich untragbar erscheinen mögen, werden vielleicht schon in wenigen Jahren als das weitaus geringere Übel erkannt werden." Neben Abtreibung und Zwangsadoption unehelicher Kinder erörterten sie Möglichkeiten der Zwangssterilisation. Ihre Idee, dem Trinkwasser oder Grundnahrungsmitteln eine sterilisierende Substanz beizufügen oder sterilisierende Viren zu entwickeln, wird immer wieder aufgegriffen, neuerdings z.B. von Stanislaw Lem, der die "demographische

Bombe" zur "Grundursache des ganzen Elends auf der Welt" erklärt und deshalb über "demopressive Mittel" nachdenkt. (15)

Maurice King, Mediziner und Direktor des Department of Public Health Medicine der Universität Leeds, schlägt vor, medizinische Hilfeleistungen wie Schutzimpfungen, Behandlung bei Durchfallerkrankungen etc. in der "Dritten Welt" (vorübergehend) einzustellen, weil dadurch zur Übervölkerung und zur Zerstörung des Planeten beigetragen werde. Derartige Ideen werden in der deutschen Debatte zwar überwiegend (noch?) zurückgewiesen, aber tendenziell gehen auch hier manche Überlegungen in diese Richtung. Ulli Kulke beispielsweise kommt in einem Beitrag der Zeitschrift natur zu dem Ergebnis, daß zumindest in einigen Staaten bzw. Regionen Afrikas die sofortige Verordnung der Ein-Kind-Familie (bei gleichzeitiger Sicherung der Grundbedürfnisse, versteht sich) angebracht wäre. (16)

Das Menschenbild

der Bevölkerungspolitik

Wenn Medien, Entwicklungshilfe-Organisationen, Politik und Wissenschaft in der Einschätzung des Problems "Bevölkerungsexplosion" weitgehend übereinstimmen, liegt das wesentlich an dem in unserer Gesellschaft dominierenden Menschenbild. Zwar wird Afrikanern, Asiaten oder Lateinamerikanern heute kaum noch (wie in den "klassischen" Rassen-Systematiken) die Zugehörigkeit zur Menschheit abgesprochen, doch ist die Überzeugung von einer natürlichen Ungleichheit der Menschen(rassen), wie sie Bestandteil aller Rassentheorien ist, nach wie vor weit verbreitet. Da aber Rassismus heute in Kreisen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite verpönt ist, wird aber oft erst durch einen historischen Rückblick transparent, was hinter manchen wissenschaftlichen Thesen und politischen Forderungen steht. (17)

Warnungen vor drohender "Überfremdung" durch "Gastarbeiter und Asylanten" im eigenen Land sowie einem Überflutetwerden durch sich rapide vermehrende Asiaten und Afrikaner - oft verbunden mit Appellen, die Geburtenquote der Deutschen zu steigern - stützen sich, was manche überraschen mag, auf Thesen und Forschungsergebnisse ganz "normaler" akademischer Disziplinen, z.B. der Soziobiologie, Anthropologie und Bevölkerungswissenschaft. Moderne bevölkerungspolitische und eugenische/rassenhygienische Konzepte standen jedoch von Anfang an in engem Zusammenhang. Bereits Malthus' "Bevölkerungsgesetz" regte zu Überlegungen an, wie demographische Prozesse gesteuert werden könnten. Seine Prognosen wurden jedoch in den Industriestaaten durch sinkende Geburtenquoten widerlegt; bald galt die Sorge mehr dem "Erhalt der Volkssubstanz". Die Angst vor "Überbevölkerung" ist erst seit wenigen Jahrzehnten wieder aktuell - jetzt allerdings mit Blick auf die weltweite Entwicklung. Ebenso gab es Veränderungen bei den theoretischen Modellen. Standen am Anfang quantitativ angelegte Bevölkerungstheorien, wurden diese Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend durch qualitative Konzepte ergänzt und ersetzt. Fortschritte der Biologie eröffneten faszinierende Eingriffsmöglichkeiten, wobei es besonders um die Wiederherstellung der durch die Zivilisation beeinträchtigten "natürlichen Auslese" ging. Die Popularität sozialdarwinistischer Ideen stieg mit einer um sich greifenden Furcht vor Erbkrankheiten und Degeneration sowie der damit für die "Volksgemeinschaft" verbundenen Kosten. In Deutschland eskalierte dies alles zu einer beispiellosen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, doch gab es ähnliche Ideen sowie Initiativen zu ihrer politischen Umsetzung in vielen westeuropäischen Ländern und in den USA.

Während eugenische/rassenhygienische Theorien interne Erklärungsmodelle für die Erbbedingtheit sozialer Unterschiede (und damit zugleich deren Rechtfertigung) lieferten, legitimierten Rassenanthropologien, die die Menschheit nach Hautfarbe, Schädelform etc. hierarchisieren, den kolonialen Expansionismus nach außen. Hier wie dort geht es um die Biologisierung sozialer Phänomene. Gemeinsam ist ihnen die Überzeugung von einer natürlichen Ungleichheit der Menschen, wobei Ungleichheit für Ungleichwertigkeit steht. Dieses Menschenbild und die darauf begründeten akademischen Disziplinen sind mit dem Ende des NS-Rassismus keineswegs verschwunden. Erinnert sei nur an das Heidelberger Manifest, mit dem sich 1981 Professoren verschiedener Disziplinen an die Öffentlichkeit wandten, um den Niedergang des deutschen Volkes durch sinkende Geburtenquoten und "Überfremdung" durch sog. Gastarbeiter aufzuhalten. Sie gehörten zum Umfeld der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, die u.a. Kongresse veranstaltet und die in direkter Kontinuität zu den "klassischen" Rassentheorien stehende Zeitschrift Neue Anthropologie herausgibt. Allerdings sind es keineswegs nur rechtsextremistische Außenseiter oder nicht weiter ernstzunehmende Ewiggestrige, die ein erb- und rassenbiologisches Menschenbild propagieren. Oft

handelt es sich vielmehr um renommierte Vertreter ihres Faches, deren Thesen zur ganz normalen Forschung und Lehre gehören. Theodor Schmidt-Kaler, Mitunterzeichner des Heidelberger Manifests erhielt z.B. erst kürzlich wieder Gelegenheit, seine Thesen und Forderungen in einem von Bruno Heck für die Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Sammelband vorzustellen. (18) Es ist also nicht nur so, daß rechtsextremistische Autoren sich gern auf wissenschaftliche Erkenntnisse beziehen; sie erhalten aus diesen Disziplinen auch direkte Unterstützung.

Beteiligte Disziplinen

Eine wichtige "Grundlagenwissenschaft" ist die von stammesgeschichtlichen Determinanten des menschlichen Verhaltens (Territorial-, Dominanz- Aggressionstrieb etc.) ausgehende Verhaltensforschung. In einer modernisierten Variante sozialdarwinistischer Theorien setzt sich beispielsweise der Lorenz-Schüler Irenäus Eibl-Eibesfeld für eine mit unseren Anlagen übereinstimmende Gesellschaftsordnung ein und warnt angesichts der Kinderzahl von "Gastarbeitern" und "Asylanten" vor "massiver biologischer Unterwanderung" sowie Eingriffen "in die deutsche Volkssubstanz". In der Duldsamkeit der Deutschen meint er "ethnischen Selbsthaß" zu erkennen, und auch das "altruistische" Verhalten der Europäer gegenüber der "Dritten Welt" hält er für verhängnisvoll. (19) Eine höchst aktuelle Variante des Vorhabens, soziales Verhalten aus "natürlichen Anlagen" zu erklären, ist die Soziobiologie. Für sie wird das menschliche Verhalten durch das Bestreben bestimmt, den eigenen Gen-Pool zu erhalten. Ein die Reproduktionsstrategien leitender "Egoismus der Gene" nötige uns zu eigennützigem Handeln. Deshalb folgten wir beispielsweise von Natur aus gegenüber Fremden, z.B. Angehörigen fremder Rassen, anderen moralischen Regeln als gegenüber Verwandten.

Deutlich zeigt sich die unterschiedliche qualitative Bewertung von Menschen dort, wo Prognosen der weltweiten demographischen Entwicklung mit Warnungen vor dem "Vergreisen", wenn nicht gar Aussterben der Deutschen zusammentreffen. Oft sind es dieselben Wissenschaftler und Politiker, die einerseits ein schauriges Szenario der "Bevölkerungsexplosion" entwerfen, andererseits aber über den Geburtenrückgang in Deutschland lamentieren. Wortführende Disziplin ist hier die Bevölkerungswissenschaft. In der 1952 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e.V. konnten zahlreiche Wissenschaftler, die der NS-Bevölkerungspolitik zugearbeitet hatten, weiter ihre Theorien verbreiten und es erneut zu beträchtlichem Einfluß bringen. Karl Valentin Müller, ihrem ersten Geschäftsführer, gelang es z.B. nach 1945 rasch, seine erbbiologisch fundierte Soziologie, umgetauft in "Begabungsforschung", wieder aufzunehmen. Der Statistiker Friedrich Burgdörfer, vor und nach 1933 Vordenker der NS-Bevölkerungspolitik, sowie Siegfried Koller, der sich im "Dritten Reich" mit einem Programm zur Ausrottung der Asozialen ("Gemeinschaftsunfähigen") und als Mitverfasser des Entwurfes eines "Gesetzes über die Aberkennung der völkischen Ehrenrechte zum Schutze der Volksgemeinschaft" hervorgetan hatte und es nach 1945 zu einer hohen Position im Bundesamt für Statistik brachte, waren Mitglieder, ebenso der "Zigeunerforscher" Hermann Arnold und die Anthropologen Otmar Frh. v. Verschuer (ehemals Direktor am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin, bekannt geworden durch seine Zwillingsforschungen und als Doktorvater von Josef Mengele) und Ilse Schwidetzky. Initiator zur Gründung der Gesellschaft und einer ihrer Vorsitzenden war Hans Harmsen, Mitbegründer und Präsident der Pro Familia. Als Funktionär evangelischer Krankenanstalten bereits in den 20er Jahren im Sinne der NS-Bevölkerungspolitik aktiv, später dann an der Euthanasie beteiligt, begründete Harmsen Anfang der 50er Jahre außerdem an der Hamburger Universität eine Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft, als deren Leiter er innerhalb der IPPF wichtige Aufgaben übernahm. Auch war er maßgeblich am Entstehen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden beteiligt. Dessen erster Direktor war von 1974 bis 1979 Hans Wilhelm Jürgens (geb. 1932). Er habilitierte 1961 mit einer Studie über die erbbiologischen Grundlagen der "Asozialität" und ist seit 1966 Professor für Anthropologie in Kiel. Daneben lehrte er Sozialbiologie in Mainz und war Gastprofessor an afrikanischen Universitäten. In zahlreichen Publikationen setzte Jürgens sich mit dem Geburtenrückgang in den Industrieländern auseinander, wobei es ihm neben den quantitativen vor allem um die qualitativen Aspekte der Bevölkerungspolitik - konkret: das Fortpflanzungsverhalten der kinderarmen Oberschicht - geht. Sein Vorhaben, Prozesse der "Auslese im Darwinschen Sinne und der Siebung" zu erforschen, ist im wesentlichen Fortschreibung eines alten rassenhygienischen Anliegens. In dieser Tradition steht auch seine Forderung nach Steuervergünstigungen etc. für die Oberschichten. Gleichzeitig warnt er unter "Überfremdungs"-Gesichtspunkten vor einer überproportionalen Vermehrung der "Gastarbeiter". Wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler dürfte Jürgens außerdem die Verflechtungen zwischen "einheimischer" und weltweiter Bevölkerungspolitik repräsentieren. Er sammelte und katalogisierte die morphologischen Daten

tausender AfrikanerInnen. Sein Buch The Face of Africa (1975) soll auch Laien den Zugang zur Rassenbiologie erschließen. Es erschien in den USA in einem faschistischen Verlag, der u.a. Verbindungen zur Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung unterhält. Seit 1978 ist Jürgens Mitherausgeber der rassistischen Zeitschrift Mankind Quarterly. Das alles qualifiziert ihn für gutachterliche Tätigkeiten im Rahmen der Entwicklungspolitik, z.B. 1977 für einen Auftrag der GTZ, in Bangladesh Möglichkeiten zur (materiellen) Förderung der Familienplanung zu erkunden. (20)

Anthropologie

Die Erblichkeit psychischer wie physischer Eigenschaften (Intelligenz, Psychomotorik, Sozialverhalten usw.) spielt nach wie vor eine zentrale Rolle. Für den Hamburger Anthropologen Rainer Knußmann z.B. zeigt sich im Körperbau der "Bauplan des Individuums". Übereinstimmend mit der "klassischen" Rassenlehre, geht er davon aus, daß innerhalb einer Bevölkerung soziale Siebung (vor allem Berufsauslese) zu einer Sortierung des Erbguts führt, so daß sich die sozialen Gruppen/Schichten genetisch voneinander unterscheiden. (21) Knußmann, der zu Beginn seiner wissenschaftlichen Karriere u.a. "Primitivrassen" im "südwestafrikanischen Busch" erforschte, geht davon aus, daß sich Rassen - wie die sozialen Schichten innerhalb einer Bevölkerung - in physiologischen und psychischen Merkmalen unterscheiden. So hätten sich IQ-Unterschiede zwischen Europiden und Negriden auch bei Ausklammerung von Umweltfaktoren ergeben. Korrelationen zwischen Rassenzugehörigkeit und Sozialschicht führt er auf Über/Unterschichtungsprozesse zurück. In rassengemischten Bevölkerungen herrsche in der Oberschicht oft die - ontogenetisch oder phylogenetisch - progressivere Rasse vor. Innerhalb rassengemischter Populationen (USA, Südafrika) steige durchschnittlich der soziale Rang mit dem europiden Anteil, ebenso lasse sich in "ungemischten Negerbevölkerungen Afrikas" nachweisen, daß mit der Höhe des sozialen Standes der Grad der Hautpigmentierung abnehme.

Knußmann ist Schüler der für die Kontinuität rassenbiologischer Theorien durch Lehrer-Schüler-Seilschaften repräsentativen Mainzer Anthropologin Ilse Schwidetzky. An die Arbeiten ihres Lehrers Egon Frh. von Eickstedt anknüpfend, will sie in ihrer "Völkerbiologie" (1950) die erbbiologischen Grundlagen des Kolonialismus auf der Grundlage von biologischer "Auslese" und sozialer "Siebung" erklären. Der Kolonialismus ist für sie Höhepunkt eines seit Urzeiten ablaufenden Verdrängungsprozesses zwischen starken und schwachen Völkern, in dem es den "progressiven Rassen" gelungen sei, sich die "wirtschaftlichen Vorzugsgebiete" anzueignen, "während die Primitiven in weniger ergiebigen, d.h. auch weniger begehrenswerten Räumen leben". Wo immer wandernde Völker auf eine Urbevölkerung gestoßen seien, behauptet sie, habe sich aus dem räumlichen Nebeneinander ein soziales Übereinander entwickelt. Und wie sich regelmäßig beim Zusammentreffen von Europiden und Negriden zeige, seien "die Primitiven ... immer die Verdrängten und Überschichteten, immer die Besiegten, niemals die Sieger im Kampf um Raum und Rang". Deshalb wehrt Schwidetzky moralische Verurteilungen des Kolonialismus ab. Wer das tue, ignoriere Prinzipien der "natürlichen Auslese" und übersehe zudem, daß der Raumgewinn der Höherspezialisierten für die gesamte Menschheit eine wirtschaftliche, zivilisatorische und bevölkerungsbiologische Wertsteigerung bedeutet habe. (22) Nach wie vor wird an deutschen Hochschulen in diesem Sinne Rassenforschung betrieben. (23)

WissenschaftlerInnen, die die skizzierten Theorien vertreten, üben als Experten in der Politik, durch populärwissenschaftliche Veröffentlichungen, durch Verbreitung ihrer Thesen in Schulbüchern und in den Medien (Talkshows etc.) einen weit über ihren akademischen Wirkungsbereich hinausreichenden Einfluß aus. Reputation und öffentliche Resonanz sind nicht zuletzt darin begründet, daß sie mit "wissenschaftlicher Objektivität" bestätigen, was der "gesunde Menschenverstand" über die "Natur" des Menschen, über Menschen verschiedener Hautfarbe oder Herkunft etc. ohnehin zu wissen glaubt. Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung bestätigen und verstärken sich insofern gegenseitig. (24) Die Suche nach den Ursachen des gegenwärtig wieder zunehmenden (oder nur offener zutage tretenden) Rassismus und nach antirassistischen Strategien darf sich nicht allein auf den organisierten Rechtsextremismus, auf Gewalttätigkeiten gegen Asylbewerber oder die Asyl- und Ausländerpolitik beschränken, sondern muß auch die "VordenkerInnen" des darin zum Ausdruck kommenden Menschenbildes und ihre wissenschaftlichen Produkte unter die Lupe nehmen.

Anmerkungen

1) Vgl. die Illustrationen in GEO 1/1991.

2) "Immer nur über Geld zu reden, ist oberflächlich". Helmut Schmidt zehn Jahre nach der "Wende" in Bonn, in Frankfurter Rundschau v. 12.9.1992. Zur gängigen "Überschwemmungs"- und "Überflutungs"-Metaphorik vgl. Gerhard, Ute, Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden - zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen. Bochum: diskurswerkstatt o.J.

3) Vgl. Der Spiegel 21/1990 ("14 Milliarden Menschen?") sowie 15/1991, wo unter dem Vorwand, über "Sex und Aids in Afrika" zu informieren, die Triebhaftigkeit der Afrikaner ausgemalt wird.

4) Vgl. International Planned Parenthood Federation (IPPF), Familienplanung in einer Welt im Wandel. Eine neue Situationsanalyse der IPPF, 1987, S.13f

5) Der Spiegel 33/1984 ("Hört auf, wir sind schon zuviele").

6) Bebel, August, zit. nach Rott, Renate, Bevölkerungskontrolle, Familienplanung und Geschlechterpolitik, in: Peripherie Nr. 36, 1989, S.13

7) Vgl. Mertens, Heide, Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik. Münster 1991, S.47ff

8) Ehrlich, Paul R. und Ehrlich, Anne H., Bevölkerungswachstum und Umweltkrise, Frankfurt/M. 1972; sowie ders., Die Bevölkerungsbombe. Frankfurt/M. 1973.

9) Sontheimer, Michael, Die Erde ist voll, in: DIE ZEIT, 21.12.90 sowie ders., Die Erde in der Hand der Mütter, ebd., 28.12.1990. Für diese Beiträge erhielt Sontheimer den Global Media Award, der vom Population Institute (s. Kasten) verliehen wird.

10) Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Leistungsschwerpunkte Gesundheit, Ernährung, Bevölkerungsentwicklung. Eschborn 1987, S.10

11) IPPF, a.a.O., S.6

12) GEO 1/1991, S.36.

13) Sontheimer, 21.12.90; vgl. zum Umgang mit den Ressourcen auch Rott 1989, a.a.O. S.16ff

14) Grossmann, Angela, Bevölkerungs- statt Entwicklungspolitik, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 7/1991, S.780-784. Grossmann weist auf genau diese Diskrepanzen im Darstellungs- und Empfehlungsteil der UNFPA-Berichte 1989 und 1990 hin. Die Schuldzuweisungen an die Adresse der Industrieländer werden nicht wieder aufgegriffen, wenn es um die Frage praktischer Konsequenzen geht. Der Bericht von 1991 verzichtet auf die Erörterung von Ursachen und Grundsatzfragen.

15) Ehrlich/Ehrlich 1972, a.a.O., S. 328-338 u. Dermutz, Klaus, Beim Ticken der Wachstumsbombe. Ein Gespräch mit Stanislaw Lem über die Abschaffung der Zukunft. In: Frankfurter Rundschau v. 22.8.1992. Lem verweist auf seinen Essay "Sex Wars", in dem er diesen Gedanken weiter ausführt.

16) natur 6/1991; Kulke provozierte mit seiner Aufforderung an "linke und rechte Dogmatiker", ihren Widerstand gegen die Bevölkerungspolitik aufzugeben, eine heftige Kontroverse.

17) Vgl. zur Geschichte und zu den Traditionslinien: Pinn, Irmgard u. Nebelung, Michael, Vom "klassischen" zum aktuellen Rassismus in Deutschland - Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. Dortmund: pad 1991 (DISS-Text Nr. 17) sowie Kaupen-Haas, Heidrun (Hrsg.), Der Griff nach der Bevölkerung, Nördlingen 1986 und Segal, Lilli, Die Hohenpriester der Vernichtung. Anthropologen, Mediziner und Psychiater als Wegbereiter von Selektion und Mord im Dritten Reich. Berlin 1991.

18) Heck, Bruno (Hrsg.), Sterben wir aus? Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Konrad Adenauer Stiftung, Freiburg 1988. Diese Sammlung von Referaten zeigt außerdem exemplarisch, wie die Erörterung der deutschen von der internationalen Bevölkerungsentwicklung abgekoppelt wird.

19) Eibl-Eibesfeld, Irenäus, Der vorprogrammierte Mensch. Das Ererbte als bestimmender Faktor im menschlichen Verhalten. Kiel 1985 (zuerst 1973); ders., Der Mensch - das riskierte Wesen. Zur Naturgeschichte menschlicher Unvernunft. München 1988.

20) Vgl. Jürgens, Hans Wilhelm, Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem. Stuttgart 1961; ders., The Face of Africa. Atlas of Mankind. Washington 1975; ders., Zur Lage der Bevölkerungswissenschaft

in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1.Jg. (1975), S.6-18; ders., Sind zwei Kinder schon zuviel? in Franke, Lutz u. Jürgens, Hans Wilhelm, Keine Kinder - keine Zukunft. Boppard 1978; zu Jürgens insbes. Weß, Ludger, Hans Wilhelm Jürgens, ein Repräsentant bundesdeutscher Bevölkerungswissenschaft, in: Kaupen-Haas 1986, S.121-145

21) Knußmann, Rainer, Vergleichende Biologie des Menschen. Stuttgart 1980

22) Schwidetzky, Ilse, Grundzüge der Völkerbiologie, Stuttgart 1950; dies., Das Menschenbild der Biologie. Ergebnisse und Probleme naturwissenschaftlicher Anthropologie. Stuttgart 1959

23) Vgl. dazu etliche Beiträge der anthropologischen Fachzeitschrift HOMO

24) Zum "Alltagsrassismus" vgl. Jäger, Siegfried. BrandSätze. Duisburg: DISS 1991 u. zum Rassismus der "Elite" vgl. bes. van Dijk, Teun A., Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus. Dortmund: pad 1991 (DISS-Text Nr. 14).

Der Artikel ist erschienen in Forum Wissenschaft 3/92. Wir drucken ihn mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Redaktion nach. Die Zeitschrift Forum Wissenschaft erscheint vierteljährlich. Herausgeberin ist der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Zu beziehen ist die Zeitschrift über: BdWi, Gisselbergerstr. 7, 3550 Marburg. Einzelhefte kosten DM 8,50 und Jahresabos DM 35,-.

Die Autorin ist Soziologin am Institut für Soziologie der RWTH Aachen und arbeitet zu den Schwerpunkten Geschichte der soziologischen und Rassentheorien, Rassenhygiene, Bevölkerungspolitik sowie Rechtsextremismus.

Der Artikel ist erschienen in Forum Wissenschaft 3/92. Wir drucken ihn mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Redaktion nach. Die Zeitschrift Forum Wissenschaft erscheint vierteljährlich. Herausgeberin ist der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Zu beziehen ist die Zeitschrift über: BdWi, Gisselbergerstr. 7, 3550 Marburg. Einzelhefte kosten DM 8,50 und Jahresabos DM 35,-.

Internationale Bevölkerungspolitik

1952 gründeten Familienplaner aus einem halben Dutzend Industrieländern in Bombay die International Planned Parenthood Federation (IPPF). Sie ist heute in 134 Ländern aktiv und nach dem Roten Kreuz die größte private Gesundheitsorganisation. 1974 versammelten sich Vertreter von 136 Nationen in Bukarest zur 1. Weltbevölkerungskonferenz. Die "Dritte Welt" lehnte die Diagnosen und Vorhaben der Industriestaaten mehrheitlich ab und forderte statt dessen zunächst eine andere Weltwirtschaftsordnung. Die 2. Weltbevölkerungskonferenz fand 1984 in Mexiko statt; hier zeigte sich - unter dem Druck der internationalen "Entwicklungshilfe"-Institutionen - ein bemerkenswerter Einstellungswandel der meisten "Dritte-Welt"-Länder. Auf Druck amerikanischer Abtreibungsgegner zogen sich dann allerdings die USA aus der Familienplanung zurück, stoppten z.B. alle Überweisungen an die IPPF, was für die Durchsetzung breit angelegter Bevölkerungskontrollprogramme einen empfindlichen Rückschlag bedeutete. Nichtsdestotrotz gibt es weiterhin genug finanzkräftige Institutionen, die eher indirekt oder aber offensiv den Kampf gegen die "Bevölkerungsexplosion" fortsetzen. Allein das in Washington D.C. ansässige Population Institute (gegründet 1969), beliefert regelmäßig 2.100 Zeitungen und Korrespondenten in 159 Ländern mit einem "Welt-Bevölkerungs-Nachrichtendienst", organisiert eine jährliche "Weltbevölkerungsbewußtseinswoche" etc.

Gegenwärtig praktizieren 65 Entwicklungsländer Familienplanung. Doch trotz großen Aufwands ist der Erfolg hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Von Befürwortern der Bevölkerungspolitik wird immer wieder beklagt, daß Familienplanung nach wie vor ein "Stiefkind der Entwicklungshilfe" sei. Zur Zeit werden nur 1,1% der gesamten "Entwicklungshilfe" für bevölkerungspolitische Programme ausgegeben (die Weltbank gibt 4% ihrer Mittel für Bevölkerungsprojekte aus, die BRD von 1971 bis 1988 rund 292 Mio DM, d.h. weniger als 3% der Entwicklungshilfe). Die jährlichen Spenden an die UN-Organisation UNFPA stagnieren seit 1987 bei 39 Mio DM. Diese relativ geringen "Investitionen" in bevölkerungspolitische Maßnahmen wird Gegnern immer wieder als Beweis dafür vorgehalten, daß ihre Kritik von falschen Voraussetzungen ausgehe und in die Irre führe. Die angesichts der düsteren Zukunftsprognosen tatsächlich erstaunliche "Zurückhaltung" bei der Finanzierung bevölkerungspolitischer Programme hat ihre Gründe allerdings weniger in ethischen Prinzipien oder in der Einsicht, daß sie ohne gleichzeitige Änderung der Weltwirtschaftsstrukturen und umweltzerstörender Verhaltensweisen in den Industriestaaten erfolglos bleiben müssen, als in ökonomischen Erwägungen:

Familienplanung ist nicht kapital-, sondern personalintensiv und damit ungeeignet für den Export teurer Technologie (1).

1) Vgl. zu diesen Angaben Sontheimer in: Die Zeit v. 21. u. 28.12.1990 sowie Susanne Heim, Die Mission gegen die Armen, in: taz, 2.12.1991.

# 15. 20 Jahre "Ausländerstopp"

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:34

Der faschistische Terror gegen in der BRD lebende AusländerInnen hat in den letzten zwei Jahren ein Ausmaß und eine Brutalität angenommen, die alle gleichlaufenden Vorgänge in anderen Industriestaaten bei weitem übertreffen. Diese neue Qualität verdeckt gelegentlich den Blick auf die Tatsache, daß die von Staats wegen betriebene rassistische Ausländerstopp-Politik eine viel längere Tradition hat und keineswegs - wie gelegentlich interpretiert wird - erst ein Produkt der "Wiedervereinigung" und des "Vierten Reichs" ist.

Am Asylrecht beispielsweise wird schon seit Ende der siebziger Jahre herumgeschnitten. Die derzeitige "Asylantenflut"-Kampagne ist die dritte, nach 1980-82 und 1985-86. Bereits Anfang 1981 behauptete der damalige Ausländerbeauftragte des Bundes, Kühn (SPD): "Die Möglichkeiten der BRD, weitere Ausländer aufzunehmen, sind jetzt erschöpft." Und in der ersten Regierungserklärung Kohls, Oktober 1982, hieß es: "Integration ist nur möglich, wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht weiter steigt."

Schon im September 1980 war der "Spiegel" mit einem Titelbild erschienen, auf dem die gesprühte Parole "Ausländer raus!" zu sehen war (Nr. 38/80). Die Titelgeschichte begann mit den Sätzen: "Tödliche Gewalt und gefährliche Stimmungsmache begleiten eine neue Welle von Ausländerfeindlichkeit. Über vier Millionen Fremde in der Bundesrepublik und der Ansturm der Asylbewerber drohen das politische Klima umzukippen: Angstreaktion, Nazi-Reflexe."

Woher nach Ansicht des Hauses die "Probleme" stammten, hatte der "Spiegel" schon vorher kundgetan und wohlwollend die Gegenrezepte mitgeteilt: "Aufgeschreckt durch die Ausländer-Schwemme, will Bonn das Asylrecht ändern. Um die Immigranten, die aus wirtschaftlichen Motiven in die Bundesrepublik kommen, schneller abschieben zu können, soll der Rechtsweg verkürzt werden. Außerdem erhalten nach den Plänen der Regierung Asylbewerber keine Arbeitserlaubnis mehr." (Nr. 23/80) - "Der Mißbrauch durch Wirtschaftsflüchtlinge gefährdet den Bestand des Asylrechts. (...) Wird Westdeutschland überflutet von einer Fremdenwelle, müssen Massenlager her für die Asylanten oder gar Grenzrichter, die kurzen Prozeß machen? Der Mißbrauch der Asylbestimmungen heizt die Überfremdungsdebatte an und bedroht eine Verfassungsgarantie, die zum Besten der bundesdeutschen Rechtsordnung gehört." (Nr. 25/80) Der damalige Bundeskanzler Schmidt (SPD) wurde mit dem Satz zitiert: "An Artikel 16 müssen wir ran." (ebenda)

Die "Asylantenflut"-Hysterie von 1980 war unmittelbar dadurch ausgelöst worden, daß in jenem Jahr erstmals mehr als 100.000 Asylanträge gestellt wurden, während die Zahlen noch bis 1976 immer unter 10.000 jährlich gelegen hatten. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, daß der Bruch in der bundesdeutschen "Ausländerpolitik" schon 1972/73 stattfand. Damals wurde die 1955 begonnene massenhafte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte beendet, und das Ziel war von nun an, die Zahl der Ausländer in der BRD auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren, wenn nicht zu reduzieren. Das Ergebnis wurde erreicht, soweit es die Zahl der ArbeiterInnen angeht, denn diese liegt heute noch unter dem Höchststand von 1973. Das Ziel wurde jedoch verfehlt hinsichtlich der ausländischen Bevölkerung in der BRD: Ihre Zahl hat seit 1973 weiter zugenommen.

Parallele Trends zeigen sich auch in den meisten Staaten Westeuropas: Der ausländische Bevölkerungsteil ist in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich gewachsen, aber die Zahl ausländischer Beschäftigter liegt zumeist auf dem Stand von Anfang der siebziger Jahre oder darunter. Dies legt nahe, daß die seit etwa 1973 einsetzende europaweite "Ausländerstopp"-Politik wesentlich bedingt oder zumindest beeinflußt ist durch die Dauer-Rezession, die sich damals entwickelte.

1955-73: Ausländer rein!

Deutschland war jahrhundertelang eines der Haupt-Auswanderungsländer, und diese Tendenz war noch in den zwanziger Jahren vorherrschend. Eine nur regionale und zeitweise Besonderheit war, hauptsächlich in den Jahrzehnten 1890-1910, die Anwerbung von einigen Hunderttausend Polen für den Bergbau und die Eisenverarbeitung im Ruhrgebiet. Um 1910 lag in mehreren Bezirken der Region der polnische Bevölkerungsanteil um die 10 Prozent, mit Spitzen in Recklinghausen und Herne (über 20 Prozent). Nach dem ersten Weltkrieg "verschwand" diese nationale Minderheit allmählich. Ein großer Teil der Ruhrgebiets-Polen wanderte schon in den ersten Jahren nach 1918 ab, teils nach Polen (wo es erstmals seit 150 Jahren wieder

einen unabhängigen Nationalstaat gab), teils in die Industriegebiete Belgiens und Frankreichs. Das war vor allem durch die extrem schlechte Wirtschaftslage in Deutschland bedingt. Die, die blieben, wurden "assimiliert", "eingedeutscht", verloren den Charakter einer besonderen nationalen Gruppe.

Von diesem Sonderfall und kleineren Gruppen (z.B. Hugenotten seit Ende des 16. Jh., Juden aus Osteuropa im 19. und frühen 20. Jh.) abgesehen war Deutschland insgesamt kein Einwanderungsland gewesen. Das Bevölkerungswachstum hatte in Friedenszeiten gereicht, um der Nachfrage des Arbeitsmarkts zu entsprechen. Der Einsatz von ausländischen ZwangsarbeiterInnen bereits während des ersten und vor allem im Zweiten Weltkrieg (über 7,5 Millionen) war eine vorübergehende Maßnahme, die lediglich die Verluste des Arbeitsmarktes durch die Rekrutierung sowie durch Todesfälle und Invalidität ausglich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der Wiederaufstieg der (west-) deutschen Wirtschaft in einem Tempo und in einem Ausmaß, das eine bis dahin beispiellose Zuwanderung zuließ und erforderte. Allein im Zeitraum bis zur Abriegelung der DDR-Staatsgrenze in Berlin 1961 nahm die BRD etwa 15 Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus den "ehemaligen deutschen Ostgebieten" und aus der DDR auf. Zwischen 1962 und 1988 kamen aus der DDR noch einmal rund 550.000 (netto) hinzu, sowie einige weitere Hunderttausend Aussiedler aus Osteuropa (Polen, Rumänien, UdSSR).

Zusätzlich leitete die BRD durch das erste Anwerbeabkommen mit Italien 1955 den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte ein - zu einem Zeitpunkt, als die Nachkriegs-Arbeitslosigkeit noch nicht einmal vollständig abgebaut war. Tatsächlich entwickelte sich die Einwanderung zunächst nur schwach und gewann erst ab Anfang der sechziger Jahre an Schwung, nachdem Abkommen auch mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko und Tunesien sowie als letztes in der Reihe 1968 mit Jugoslawien abgeschlossen worden waren.

Der ausländische Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten erhöhte sich zwischen 1955 und 1960 nur mäßig von 0,4 auf 1,3 Prozent, lag 1965 schon bei 5,5 Prozent und erreichte 1973 mit 11,5 Prozent das Maximum. (Zum Vergleich 1989: 7,8 Prozent)

Mitte der sechziger Jahre gab es den ersten Konjunktureinbruch in der Geschichte der BRD, der allerdings nur kurz und nicht sehr stark war. Immerhin reichte das, um in den Jahren 1966-68 einen Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der BRD zu verursachen. 1967 verließen rund 200.000 mehr AusländerInnen die BRD als zuzogen. Jedoch stieg die Zuwanderung schnell wieder an und erreichte 1970 mit fast einer Million (gegen etwa 350.000 Wegzüge) eine Rekordhöhe. Inzwischen waren die Türken zur stärksten Einwanderergruppe geworden, und fast die Hälfte der neuen Zuwanderer war unter 21 Jahren alt. Es begann sich schon zu dieser Zeit zu zeigen, daß das ursprüngliche Konzept, "rotierende" WanderarbeiterInnen zu rekrutieren und bei rückläufigem Bedarf auch wieder nach Hause zu schicken, gescheitert war. Statt dessen war eine ansässige ausländische Bevölkerung im Entstehen, die ihre Kinder und andere Verwandte nachkommen ließ, in der BRD Familien bildete usw.

Die Wende von 1973

Im November 1973 ordnete die Bundesregierung einen totalen Stopp für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte außerhalb der EG an. Um Ausreden nie verlegen stellte die Bundesregierung (SPD/FDP) im November 1973 den Anwerbestopp als unmittelbare Reaktion auf den "Ölboykott" dar, den die arabischen Regierungen nach dem Oktoberkrieg verkündet hatten. In Wirklichkeit ergriff die sozialliberale Koalition lediglich die Gelegenheit, um umzusetzen, was schon im Verlauf 1972 und erste Hälfte 1973 herangereift war. Diese Politik bestand in zweierlei:

1. Gegen den Widerstand der CDU/CSU stellten sich SPD und FDP 1972 darauf ein, daß ein erheblicher Teil der ImmigrantInnen beabsichtigte, sich länger oder dauernd in der BRD niederzulassen. Vorstöße der CDU/CSU, die "Rotation" mit ausländerrechtlichen Zwangsmitteln durchzusetzen, wurden zurückgewiesen. (Grundsätze der Bundesregierung zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien vom 20. April 1972)

2. Die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer sollte, abgesehen von einem nicht allzu großzügigen Familiennachzug, etwa auf dem bestehenden Niveau stabilisiert werden. Zu diesem Zweck legte die

Bundesregierung Anfang Juni 1973 im Bundestag ein Aktionsprogramm vor, das einen ersten Katalog "ausländerbegrenzender" Maßnahmen enthielt. Dazu gehörten:

Schärfere Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer ArbeiterInnen, um den Kapitalisten durch erhöhte Kosten und Anforderungen die Anwerbung unattraktiver zu machen.

"Die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer in überlasteten Siedlungsgebieten soll von der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur abhängig gemacht werden." Hierfür sollten "bundeseinheitliche Zulassungskriterien" ausgearbeitet werden.

Die Gebühren für die Vermittlung ausländischer ArbeiterInnen sollten "spürbar" erhöht werden - auch dies natürlich mit dem Ziel, die Beschäftigung teurer, also unattraktiver zu machen. Tatsächlich wurde diese Gebühr dann von 300 auf 1200 DM vervierfacht.

"Falls diese Maßnahmen nicht in dem gewünschten Maße zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung beitragen sollten, wäre an die Einführung einer besonderen Wirtschaftsabgabe für die Beschäftigung von Ausländern zu denken."

Gegen illegale Beschäftigungsverhältnisse sollte "wirksamer" und schärfer als bisher vorgegangen werden.

Die grundsätzliche Umorientierung, die mit dem Aktionsprogramm vom Juni 1973 eingeleitet werden sollte, ergibt sich aus dem Schlußsatz: "Aus sozialen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Erwägungen erscheint es sinnvoll, eine Entwicklung zu begünstigen, welche die Produktionsmittel zu den Arbeitskräften bringt, wodurch die einseitige Wanderung der Arbeitnehmer zu den Produktionsstätten allmählich abgeschwächt werden könnte."

Übrigens hatte der "Spiegel" sämtliche Punkte dieses "Ausländerstopp"-Programms schon zwei Monate vorher bekanntgegeben (Nr. 13/73). Eine Beschlußfassung der Bundesregierung war dringend geworden, weil vielfach Städte und Gemeinden schon dazu übergegangen waren, eigenmächtig "Zuzugssperren" für bestimmte Stadtteile oder den ganzen Ort zu verhängen. Mit der These, Ausländeranteile von 10 oder 15 Prozent in einem Stadtteil würden eine unerträgliche "Überfremdung" darstellen, wurden beispielsweise mehrere Bezirke Westberlins für ausländischen Zuzug total dichtgemacht.

In erster Linie ging es gegen den türkischen Bevölkerungsteil. Instruktiv für den Ton der damaligen Kampagne ist die Titelgeschichte des "Spiegel" Nr. 31/1973 (30. Juli). Die Überschrift lautete: "Die Türken kommen - rette sich, wer kann"; sie wurde auch dadurch nicht weniger faschistoid, daß man sie in Anführungszeichen gesetzt hatte. Da war beispielsweise zu lesen: "In immer größeren Schüben schwärmen sie von den Gestaden des Bosporus und aus dem Hochland von Anatolien ein." Vielleicht hatte der Autor dabei Goebbels Propagandafilm vor Augen, in dem die jüdische Migration mit Rattenzügen gleichgesetzt worden war. Und weiter: "Der Andrang vom Bosporus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen." Zwischenüberschriften des Artikels lauteten: "Ein Türke bleibt nicht lange allein"; "Fremdartiger Küchengeruch vertreibt die Deutschen"; "Wenn gestochen wird, ist häufig ein Türkei dabei".

Die meisten Hauptpunkte, rassistischen Klischees und Bilder heutiger Anti-Ausländer-Politik waren in der Kampagne von 1973 bereits enthalten. An Gründen für das damalige Vorgehen sind u.a. zu nennen:

Erstens: Das Scheitern des "Rotationsprinzips", d.h. des Versuchs, den Aufenthalt von ausländischen ArbeiterInnen in der BRD nur als vorübergehend, nicht als dauerhafte Einwanderung zu regulieren. Daraus resultierend die Politik, die bisherige Einwanderung als gegeben hinzunehmen und zu "integrieren", weiteren Zuzug jedoch möglichst gering zu halten.

Zweitens: Die ersten Anzeichen einer internationalen Rezession waren sichtbar, die sich dann als sehr langwierig erwies. Der Bedarf nach Import von Arbeitskraft wurde geringer.

Drittens: Insbesondere die Einwanderung von TürkInnen setzte anscheinend auch bei den Politikern die dümmsten rassistischen Emotionen und Reflexe frei, nach dem Motto: Der Deutsche gerät in Panik, wenn aus der Nachbarwohnung Knoblauchduft und orientalische Musik herüberdringen. Die TürkInnen seien großenteils "nicht integrierbar", hieß es damals. Sollte offenbar heißen: Ein Zusammenleben mit ihnen sei der deutschen

Bevölkerung nicht zuzumuten, jedenfalls nicht "im Übermaß", das bei einem Anteil von 10 Prozent schon erreicht schien.

Viertens: Die kleine Wirtschaftskrise Mitte der sechziger Jahre hatte in Verbindung mit einer Reihe weiterer Faktoren kurzfristig zu teilweise sensationellen Wahlergebnissen für die NPD geführt. Als solche zusätzlichen Faktoren seien genannt: Die Bildung der Großen Koalition, die rechte Anhänger der CDU/CSU verstörte und der NPD zeitweise die Rolle der "einzigen Opposition" verschaffte. Außerdem: Der weitgehende Zusammenbruch der revanchistischen Ostpolitik, auf den die CDU/CSU keine einheitliche Antwort zu geben wußte und der ihren rechten Flügel zur Annäherung an NPD-Positionen brachte. Jedenfalls: Der kleine Boom der NPD führte dazu, daß sich CDU/CSU und SPD auf einigen von den Rechtsradikalen "besetzten" Feldern erheblich anstrengten, um ihre verlorenen Schäfchen wieder zur Herde zurückzuführen. Dazu gehörte selbstverständlich die "Ausländerpolitik".

Fünftens: Ein Faktor für die Wende von 1973 mag auch gewesen sein, daß genau in diesem Jahr türkische Arbeiter erstmals eine militante Avantgarderolle in einigen wilden Streiks spielten, vor allem bei Ford in Köln im August. Dort wurde der Streik schließlich durch Schlägerkommandos deutscher Arbeiter zerschlagen, die von der IG Metall und vom Betriebsrat organisiert worden waren. Der "Spiegel" kommentierte: "Je länger die Türken in Deutschland sind, desto heftiger spüren sie den Druck, zwischen zwei Nationalitäten zu stehen, in Wahrheit also staatenlos zu sein. Explosionen wie der Kölner Türkenstreik können sich bei geringen Anlässen wiederholen. (...) Daß etwas getan werden muß, weiß auch die Bundesregierung. Um die Ausländer-Invasion zu stoppen, erhöhte sie am 1. September, zwei Tage nach Streikende, die Vermittlungsgebühren (...)." (Nr. 37/1973)

Bleibt noch die Frage, was der Anwerbestopp im Sinne der "Begrenzer" gebracht hat. Tatsächlich halbierte sich zwischen 1973 und 1975 der Zuzug von AusländerInnen, was auch mit der konjunkturellen Abschwächung zusammenhing. Er stieg dann 1980 noch einmal an, sackte aber 1981-83 wieder ab. Inzwischen hatte eine zweite Welle "ausländerbegrenzender" Regierungspolitik eingesetzt, schon eingeleitet durch die Regierung Schmidt (SPD) und nach deren Sturz im Herbst 1982 von der CDU/CSU verschärft fortgesetzt. Einige Wirkung hatte das "Rückkehrförderungsgesetz" von 1983, das mit Prämien usw. köderte, aber im wesentlichen auf 1984 befristet war. Zugleich erreichte der Zuzug 1984 den tiefsten Punkt seit Ende der fünfziger Jahre. Jedoch schon seit 1985 liegen die Einwanderungszahlen von Ausländern wieder erheblich über denen der Wegziehenden.

Die erste "Asylantenflut"

Die erste Diskussion über "Asylmißbrauch" durch "Wirtschaftsflüchtlinge" gab es schon Mitte der sechziger Jahre. Grund der Aufregung, die damals aber von den Bonner Parteien überhaupt nicht geteilt wurde, waren einige Tausend jugoslawische Asylsuchende; sie machten zu dieser Zeit rund die Hälfte oder mehr aller Antragsteller aus. Tatsächlich ging es wohl im Wesentlichen darum, den Umstand zu unterlaufen, daß es mit Jugoslawien noch kein Anwerbeabkommen gab; diese Lücke wurde erst 1968 geschlossen. Aufgrund dieser Situation faßte die Bundesinnenministerkonferenz im August 1966 den Beschluß, "Ostblock-Flüchtlingen" automatisch ein Bleiberecht zu garantieren, auch ohne erfolgreiches Anerkennungsverfahren. Die Begründung ist zitierenswert: "Auch wenn eine persönliche Verfolgung und damit ein Asyltatbestand nicht vorliegt, haben doch die meisten der illegalen Zuwanderer den verständlichen Wunsch, nicht länger unter einem kommunistischen Regime der gegenwärtigen Prägung zu leben."

Die hiermit eingeführte, juristisch total hanebüchene Konstruktion des "verständlichen Wunsches", blieb natürlich auf den "Ostblock" beschränkt. Asylsuchenden aus anderen Ländern wurden häufig nicht einmal persönlich erlittene Repressalien, wie Haft und Folter, als Anerkennungsgrund angerechnet.

Die meisten Begriffe heutiger Anti-Ausländer-Politik wie "Asylantenschwemme", "Überflutung", die bildhaften Vergleiche mit Naturkatastrophen oder Heuschreckenschwärmen, alles das wurde im Jahr 1980 kreiert und ist seither Bestandteil der Propaganda. Wie schon erwähnt, überstieg die Zahl der Anträge in jenem Jahr erstmals das Limit von 100.000. Mit rund 108.000 war es eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr 1979 (51.000) und eine Verdreifachung zu 1978 (33.000). Verglichen mit aktuellen Zahlen - ungefähr 450.000 Anträge in diesem Jahr - nicht sehr viel, und auf jeden Fall auch geringer als die zeitgleichen Zahlen deutscher Aussiedler aus Osteuropa, die nie zu Worten wie "Flut" oder "Invasion" Anlaß gaben.

Dennoch: Daß Ende der siebziger Jahre eine erhebliche Veränderung im Flucht- und Migrationsverhalten eingetreten war, ist offensichtlich. War man doch in der BRD noch bis 1967 daran gewohnt gewesen, daß die Zahl der Asylanträge unter 5000 jährlich lag. Zusammen mit der Zunahme der Zahl änderte sich außerdem die Struktur der Antragsteller. Früher kamen sie zu über 90 Prozent aus den Staaten des "realsozialistischen" Blocks, waren weiß, oft gut ausgebildet, bürgerlich und - auch nicht zu verachten - stramme Antikommunisten. In etlichen Jahren leistete die BRD sich auf diesem Hintergrund Anerkennungsquoten von über 50 Prozent, ja sogar 70-85 Prozent (1969-71). 1974 jedoch kam erstmals weniger als die Hälfte der Antragsteller aus Osteuropa, und dieser Trend setzte sich verstärkt fort, während andererseits die Zahl der Asylsuchenden aus Ländern der Dritten Welt stark anstieg. Der deutsche Staat und seine außerordentlich unabhängige Justiz reagierten sofort: Die Anerkennungsquoten gingen von 70 Prozent 1971 über immerhin noch 33 Prozent 1975 auf knapp 11 Prozent 1980/81 in den Keller.

Eine wesentliche Rolle spielten in der damaligen "Überfremdungs"-Debatte das 1982 erschienene Buch des SPD-Politikers Martin Neuffer "Die Erde wächst nicht mit" und andere ähnlich argumentierende rechte Analytiker. Neuffer war Oberstadtdirektor in Hannover, Präsident des Städtetages und NDR-Intendant. Aufgrund einer insgesamt wohl realistischen Einschätzung der globalen Migrationsbewegungen und ihrer künftigen Entwicklung prognostizierte er in seinem Buch: "Der Auswanderungsdruck aus den Ländern der Dritten Welt mit ihrem explosiven Bevölkerungswachstum wird sich angesichts von Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit um ein Vielfaches steigern. (...) Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute nur zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen."

Neuffer argumentierte aber nicht nur mit der Zahl der Einwanderungswilligen, sondern auch mit deren angeblicher Nicht-"Integrierbarkeit". So richtete sich seine Polemik keineswegs nur gegen potentielle Neuzuwanderer, sondern auch gegen die schon in der BRD lebende ausländische Bevölkerung, insbesondere wieder gegen die Türken, die ja schon seit Anfang der siebziger Jahre im Zentrum rassistischer Angriffe standen.

"Diese Verlagerung des türkischen Bevölkerungswachstums in die Bundesrepublik ist, mit Verlaub gesagt, ein gemeingefährlicher Unfug. In den meisten Fällen besteht nur wenig Aussicht, daß die gutgemeinten Integrationsbemühungen der Bundesrepublik je dazu führen werden, daß diese Türken Deutsche werden. (...) Je mehr Türken hier leben, um so geringer ist die Aussicht, daß es zu einer echten ‚Einbürgerung` kommt. (...) So wächst zur Zeit eine starke, im ganzen wenig assimilationsfähige völkische Minderheit heran. Die übliche Integrationspolitik ist in vielen Türkenstadtteilen jetzt schon eine Farce."

Neuffers Gegenrezept: eine Politik, "die den weiteren Zustrom, auch von Familienangehörigen, scharf einengt und die Verbote mit starken materiellen Anreizen für eine Rückwanderung verbindet." Die BRD müsse ihre Grenzen weitgehend vor ausländischen Einwanderern schließen, denn: "Wir sollten aus dem türkischen Problem lernen, wie sehr es darauf ankommt, vorbeugend zu handeln." - Für die Asylpolitik bedeutete das nach Ansicht Neuffers: "Beschränkung des Asylrechts auf Bürger europäischer Länder".

Erste "Gegenmaßnahmen" und zweite Asyl-Kampagne

Schon aufgrund des absolut betrachteten geringfügigen Anstiegs der Asylanträge Mitte der siebziger Jahre hatten einzelne Bundesländer zu schikanösen, offenkundig illegalen Maßnahmen gegriffen, allen voran Bayern und Baden-Württemberg. So gab es beispielsweise Anweisungen, Antragsteller aus Ländern mit niedriger Anerkennungsquote (u.a. Pakistan und Jordanien) von vornherein pauschal abzuweisen.

Mit dem Ersten Beschleunigungsgesetz von 1978 versuchte die Bundesregierung, den juristischen Ablauf des Asylverfahren stärker zu vereinheitlichen und zu verkürzen; außerdem hoffte man, damit dämpfend auf die Zahl der Anträge wirken zu können. Dieser Versuch war aber so "halbherzig", daß er keinen seiner Zwecke erreichte. So wurde 1980 ein Zweites Beschleunigungsgesetz durch die parlamentarischen Instanzen gejagt - mit dem Vermerk, daß es nur eine Übergangsregelung bis zu einer allgemeinen Neufassung des Verfahrens darstellen sollte.

Wichtiger als die juristischen Basteleien waren jedoch eine Reihe praktischer Maßnahmen, die teils direkt abschottend, teils allgemein abschreckend auf potentielle Asylsuchende wirken sollten. Ein entscheidender Schritt war 1980 die Einführung der Visumpflicht für mehrere Länder, aus denen die größten Gruppen von

Asylsuchenden kamen: Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka, Indien, Bangla Desch, sowie schließlich auch für die Türkei. Die Fluggesellschaften wurden unter Androhung von Kosten und noch härteren Eingriffen verpflichtet, die Reisedokumente ihrer Passagiere streng zu kontrollieren.

Ebenfalls 1980 ließ die Bundesregierung anordnen, Asylsuchenden im ersten Jahr ihres Aufenthalts keine Arbeitserlaubnis zu geben; 1981 wurde die Frist auf zwei Jahre ausgedehnt, 1987 sogar auf fünf Jahre. Erst 1991 wurde das Arbeitsverbot ganz aufgehoben.

Während der Effekt auf den Arbeitsmarkt vermutlich gering zu veranschlagen war, diente das Arbeitsverbot vor allem dazu, die Antragsteller als "Schmarotzer" zu diffamieren, die "faul herumlungern" und "von unseren Steuergeldern leben". Gleichzeitig experimentierten 1981/82 einige Bundesländer und Gemeinden damit, Asylsuchende zu Zwangsarbeiten, wie Straßenreinigung und Schneeräumen, zu zwingen. Dagegen legten sich mit Erfolg vor allem die Gewerkschaften quer, die zu Recht meinten, daß dabei die Tarife zum Teufel gehen würden und die Entlassung "normaler" Arbeiter attraktiv gemacht würde.

Als eine der letzten Handlungen der sozialliberalen Schmidt-Regierung vor ihrem Sturz wurde im Sommer 1982 ein neues Asylverfahrensgesetz beschlossen. Außerdem wurde 1982 die Unterbringung in "Sammelunterkünften" und die weitgehende Ersetzung der Sozialhilfe durch "Sachleistungen" obligatorisch gemacht.

Aus unterschiedlichen Gründen, vermutlich aber auch aufgrund der Verschärfung von Asylrecht und Asylpraxis, ging nach 1980 zunächst die Zahl der Antragsteller wieder stark zurück. 1981 waren es noch knapp 50.000, 1982 37.500, und 1983 wurde mit weniger als 20.000 ein Tiefpunkt erreicht. Seit 1984 stiegen die Zahlen jedoch wieder steil an und erreichten 1986 erneut die 100.000-Marke.

Inzwischen hatte sich der schon in den siebziger Jahren aufgetretene Trend erneut verstärkt, daß die Mehrheit der Asylsuchenden aus Ländern der Dritten Welt stammte. 1981-84 kam nur noch ungefähr ein Drittel der Antragsteller aus europäischen Ländern, 1985 und 1986 sogar nur ein Viertel. Etwa die Hälfte aller Asylsuchenden oder etwas mehr kamen in diesen Jahren aus Asien, vor allem aus Sri Lanka, wo Bürgerkrieg und Massaker tobten, daneben aus Iran, Afghanistan, Pakistan, Libanon u.a..

In dieser Situation wurde zum zweiten mal verschärft über den "Asylantenandrang" und die drohende "Überflutung" gezetert. Strauß: "Es strömen die Tamilen zu Tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben." (zit. nach "Spiegel" Nr. 8/85) Lummer, Berliner Innensenator: "Wir haben ein Asylrecht, da kann die ganze Rote Armee kommen und der KGB dazu. Wenn die an unserer Grenze nur das Wort ‚Asyl` sagen, können wir sie nicht zurückschicken." (zit. nach "Spiegel" Nr. 36/85)

Umfragen zeigten, daß innerhalb von drei Jahren der Anteil der Bevölkerung, der die deutsche Asylpraxis für "zu großzügig" hielt, von 40 auf 72 Prozent angestiegen war. (Nach "Spiegel" Nr. 35/86) Eine Welle ausländerfeindlicher Terrorakte ging durch das Land - auch wenn vor dem aktuellen Hintergrund beispielsweise die Zahl von 18 schweren Anschlägen auf "Ausländerunterkünfte" in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 als relativ gering erscheinen mag.

Ebenfalls schon 1985/86 kam es auch zu ausländerfeindlichen Massenprotesten aus der Bevölkerung. An einigen Orten wurden "Bürgerwehren" gebildet und nach Waffenscheinen gerufen, weil man sich von Asylsuchenden "massiv bedroht" fühlte. Anderswo blockierten Bewohner eine geplante Unterkunft mit Sprüchen wie "Wenn hier erst die Schwarzen durchs Dorf streichen, bleiben doch die Touristen weg." (zit. nach "Spiegel" Nr. 39/86) Der "Spiegel" heizte mit einer großen Serie über "Asylanten und Scheinasylanten" die Stimmung seiner Klientel noch weiter an. Überschrift: "Die Spreu vom Weizen trennen". (Nr. 35/86 bis Nr. 40/86)

Die Bundesregierung versuchte in erster Linie, und das mit sichtbaren Erfolgen, die Zahl der Asylsuchenden aus der Dritten Welt nach unten zu drücken. Da diese im Wesentlichen auf die Luftwege angewiesen waren, fiel der Zugriff nicht schwer. Die Fluglinien hatte man ohnehin schon seit Beginn der achtziger Jahre schwer unter Druck gesetzt, keine Passagiere ohne Visum mitzunehmen. Nun verschärfte man die Situation noch, indem Reisenden aus etlichen "Problemstaaten" wie Libanon, Pakistan, Bangla Desch u.a. selbst für kurze Zwischenlandungen im Bundesgebiet ein Transit-Visum abverlangt wurde.

Aber immer noch konnten tausende von Asylsuchenden aus der Dritten Welt über die DDR und über die in eine Richtung offene Grenze in Berlin in die BRD gelangen. Honecker wurde in "Bild am Sonntag" als "Oberschlepper" angegriffen (20.7.86); die "Asylanten" seien "Moskaus Wunderwaffe" (ebenda). Namhafte Politiker von CDU/CSU und FDP behaupteten allen Ernstes, die DDR wolle mit der "Einschleusung" von Flüchtlingen die inneren Verhältnisse der BRD destabilisieren.

Dabei hatte die DDR schon im Sommer 1985, geködert durch eine Erhöhung des zinslosen Kredits im deutsch-deutschen Handel, den Zugang über ihren Flughafen Schönefeld erschwert. 1986 verpflichtete sich die DDR schließlich, ab 1. Oktober keine Reisenden ohne Visum mehr nach Westberlin zu lassen.

Eine Ergänzung war die Verschärfung der Asylrechtsprechung. Die bundesdeutsche Justiz bewies wieder einmal ihre außerordentliche Unabhängigkeit, indem sie die Anerkennungsquoten nach den politischen Tagesinteressen regulierte. Krassestes Beispiel: die tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka. Nahezu 40 Prozent von ihnen wurden 1985 als asylberechtigt anerkannt. Dann kippte das Bundesverwaltungsgericht 1986 rund tausend dieser Entscheidungen. Die Anerkennungsquote für Tamilen sackte im Nu auf nur noch 6 Prozent in der ersten Jahreshälfte 1986.

Und wie sahen die materiellen Resultate hinsichtlich der Zahlen der Asylsuchenden aus? Insgesamt stiegen sie trotz der Kampagne von 1985/86 weiter an. Der Anteil von Zuwanderern aus der Dritten Welt wurde jedoch tatsächlich nachhaltig gesenkt, auf etwa ein Drittel aller Antragsteller (1991). Sogar die absoluten Zahlen belegen dies: Die Zahl der Asylsuchenden aus asiatischen Ländern sank von 56.600 in 1986 auf nur noch 16.000 in 1987 und 23.000 in 1988. Erst 1990 erreichte sie mit 61.000 ungefähr wieder das Niveau von 1986. Ähnlich, aber in geringerer Größenordnung, die Zahlen afrikanischer Asylsuchender: Ein Rückgang von 9500 in 1986 auf 3500 in 1987 und 6500 in 1988; danach allerdings ein deutlicher Anstieg auf 24.000 in 1990.

Es zeigt sich also, daß eine dauerhafte Senkung der Zahlen der Asylsuchenden allgemein und insbesondere der Menschen aus der Dritten Welt bisher trotz heftiger "Ausländerstopp"-Politik und Verschlechterung des Asylrechts gegen Null nicht gelungen ist. Wohl aber sprechen die Entwicklungen für die Annahme, daß ohne diese Politik die Zahl der Asylsuchenden noch erheblicher höher wäre. Insbesondere ist das für die Zuwanderung aus der Dritten Welt zu vermuten, die bekanntlich den ganz überwiegenden Teil der Armutsmigrationen ausmacht, aber bei den Asylsuchenden, die in den Industriestaaten ankommen, total unterrepräsentiert ist.

Kt.

Der faschistische Terror gegen in der BRD lebende AusländerInnen hat in den letzten zwei Jahren ein Ausmaß und eine Brutalität angenommen, die alle gleichlaufenden Vorgänge in anderen Industriestaaten bei weitem übertreffen. Diese neue Qualität verdeckt gelegentlich den Blick auf die Tatsache, daß die von Staats wegen betriebene rassistische Ausländerstopp-Politik eine viel längere Tradition hat und keineswegs - wie gelegentlich interpretiert wird - erst ein Produkt der "Wiedervereinigung" und des "Vierten Reichs" ist.

Am Asylrecht beispielsweise wird schon seit Ende der siebziger Jahre herumgeschnitten. Die derzeitige "Asylantenflut"-Kampagne ist die dritte, nach 1980-82 und 1985-86. Bereits Anfang 1981 behauptete der damalige Ausländerbeauftragte des Bundes, Kühn (SPD): "Die Möglichkeiten der BRD, weitere Ausländer aufzunehmen, sind jetzt erschöpft." Und in der ersten Regierungserklärung Kohls, Oktober 1982, hieß es: "Integration ist nur möglich, wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht weiter steigt."

Schon im September 1980 war der "Spiegel" mit einem Titelbild erschienen, auf dem die gesprühte Parole "Ausländer raus!" zu sehen war (Nr. 38/80). Die Titelgeschichte begann mit den Sätzen: "Tödliche Gewalt und gefährliche Stimmungsmache begleiten eine neue Welle von Ausländerfeindlichkeit. Über vier Millionen Fremde in der Bundesrepublik und der Ansturm der Asylbewerber drohen das politische Klima umzukippen: Angstreaktion, Nazi-Reflexe."

Woher nach Ansicht des Hauses die "Probleme" stammten, hatte der "Spiegel" schon vorher kundgetan und wohlwollend die Gegenrezepte mitgeteilt: "Aufgeschreckt durch die Ausländer-Schwemme, will Bonn das Asylrecht ändern. Um die Immigranten, die aus wirtschaftlichen Motiven in die Bundesrepublik kommen, schneller abschieben zu können, soll der Rechtsweg verkürzt werden. Außerdem erhalten nach den Plänen der Regierung Asylbewerber keine Arbeitserlaubnis mehr." (Nr. 23/80) - "Der Mißbrauch durch

Wirtschaftsflüchtlinge gefährdet den Bestand des Asylrechts. (...) Wird Westdeutschland überflutet von einer Fremdenwelle, müssen Massenlager her für die Asylanten oder gar Grenzrichter, die kurzen Prozeß machen? Der Mißbrauch der Asylbestimmungen heizt die Überfremdungsdebatte an und bedroht eine Verfassungsgarantie, die zum Besten der bundesdeutschen Rechtsordnung gehört." (Nr. 25/80) Der damalige Bundeskanzler Schmidt (SPD) wurde mit dem Satz zitiert: "An Artikel 16 müssen wir ran." (ebenda)

Die "Asylantenflut"-Hysterie von 1980 war unmittelbar dadurch ausgelöst worden, daß in jenem Jahr erstmals mehr als 100.000 Asylanträge gestellt wurden, während die Zahlen noch bis 1976 immer unter 10.000 jährlich gelegen hatten. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, daß der Bruch in der bundesdeutschen "Ausländerpolitik" schon 1972/73 stattfand. Damals wurde die 1955 begonnene massenhafte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte beendet, und das Ziel war von nun an, die Zahl der Ausländer in der BRD auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren, wenn nicht zu reduzieren. Das Ergebnis wurde erreicht, soweit es die Zahl der ArbeiterInnen angeht, denn diese liegt heute noch unter dem Höchststand von 1973. Das Ziel wurde jedoch verfehlt hinsichtlich der ausländischen Bevölkerung in der BRD: Ihre Zahl hat seit 1973 weiter zugenommen.

Parallele Trends zeigen sich auch in den meisten Staaten Westeuropas: Der ausländische Bevölkerungsteil ist in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich gewachsen, aber die Zahl ausländischer Beschäftigter liegt zumeist auf dem Stand von Anfang der siebziger Jahre oder darunter. Dies legt nahe, daß die seit etwa 1973 einsetzende europaweite "Ausländerstopp"-Politik wesentlich bedingt oder zumindest beeinflußt ist durch die Dauer-Rezession, die sich damals entwickelte.

1955-73: Ausländer rein!

Deutschland war jahrhundertelang eines der Haupt-Auswanderungsländer, und diese Tendenz war noch in den zwanziger Jahren vorherrschend. Eine nur regionale und zeitweise Besonderheit war, hauptsächlich in den Jahrzehnten 1890-1910, die Anwerbung von einigen Hunderttausend Polen für den Bergbau und die Eisenverarbeitung im Ruhrgebiet. Um 1910 lag in mehreren Bezirken der Region der polnische Bevölkerungsanteil um die 10%, mit Spitzen in Recklinghausen und Herne (über 20%). Nach dem ersten Weltkrieg "verschwand" diese nationale Minderheit allmählich. Ein großer Teil der Ruhrgebiets-Polen wanderte schon in den ersten Jahren nach 1918 ab, teils nach Polen (wo es erstmals seit 150 Jahren wieder einen unabhängigen Nationalstaat gab), teils in die Industriegebiete Belgiens und Frankreichs. Das war vor allem durch die extrem schlechte Wirtschaftslage in Deutschland bedingt. Die, die blieben, wurden "assimiliert", "eingedeutscht", verloren den Charakter einer besonderen nationalen Gruppe.

Von diesem Sonderfall und kleineren Gruppen (z.B. Hugenotten seit Ende des 16. Jh., Juden aus Osteuropa im 19. und frühen 20. Jh.) abgesehen war Deutschland insgesamt kein Einwanderungsland gewesen. Das Bevölkerungswachstum hatte in Friedenszeiten gereicht, um der Nachfrage des Arbeitsmarkts zu entsprechen. Der Einsatz von ausländischen ZwangsarbeiterInnen bereits während des ersten und vor allem im Zweiten Weltkrieg (über 7,5 Millionen) war eine vorübergehende Maßnahme, die lediglich die Verluste des Arbeitsmarktes durch die Rekrutierung sowie durch Todesfälle und Invalidität ausglich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der Wiederaufstieg der (west-) deutschen Wirtschaft in einem Tempo und in einem Ausmaß, das eine bis dahin beispiellose Zuwanderung zuließ und erforderte. Allein im Zeitraum bis zur Abriegelung der DDR-Staatsgrenze in Berlin 1961 nahm die BRD etwa 15 Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus den "ehemaligen deutschen Ostgebieten" und aus der DDR auf. Zwischen 1962 und 1988 kamen aus der DDR noch einmal rund 550.000 (netto) hinzu, sowie einige weitere Hunderttausend Aussiedler aus Osteuropa (Polen, Rumänien, UdSSR).

Zusätzlich leitete die BRD durch das erste Anwerbeabkommen mit Italien 1955 den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte ein - zu einem Zeitpunkt, als die Nachkriegs-Arbeitslosigkeit noch nicht einmal vollständig abgebaut war. Tatsächlich entwickelte sich die Einwanderung zunächst nur schwach und gewann erst ab Anfang der sechziger Jahre an Schwung, nachdem Abkommen auch mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko und Tunesien sowie als letztes in der Reihe 1968 mit Jugoslawien abgeschlossen worden waren.

Der ausländische Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten erhöhte sich zwischen 1955 und 1960 nur mäßig von 0,4 auf 1,3%, lag 1965 schon bei 5,5% und erreichte 1973 mit 11,5% das Maximum. (Zum Vergleich 1989: 7,8%)

Mitte der sechziger Jahre gab es den ersten Konjunktureinbruch in der Geschichte der BRD, der allerdings nur kurz und nicht sehr stark war. Immerhin reichte das, um in den Jahren 1966-68 einen Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der BRD zu verursachen. 1967 verließen rund 200.000 mehr AusländerInnen die BRD als zuzogen. Jedoch stieg die Zuwanderung schnell wieder an und erreichte 1970 mit fast einer Million (gegen etwa 350.000 Wegzüge) eine Rekordhöhe. Inzwischen waren die Türken zur stärksten Einwanderergruppe geworden, und fast die Hälfte der neuen Zuwanderer war unter 21 Jahren alt. Es begann sich schon zu dieser Zeit zu zeigen, daß das ursprüngliche Konzept, "rotierende" WanderarbeiterInnen zu rekrutieren und bei rückläufigem Bedarf auch wieder nach Hause zu schicken, gescheitert war. Statt dessen war eine ansässige ausländische Bevölkerung im Entstehen, die ihre Kinder und andere Verwandte nachkommen ließ, in der BRD Familien bildete usw.

Die Wende von 1973

Im November 1973 ordnete die Bundesregierung einen totalen Stopp für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte außerhalb der EG an. Um Ausreden nie verlegen stellte die Bundesregierung (SPD/FDP) im November 1973 den Anwerbestopp als unmittelbare Reaktion auf den "Ölboykott" dar, den die arabischen Regierungen nach dem Oktoberkrieg verkündet hatten. In Wirklichkeit ergriff die sozialliberale Koalition lediglich die Gelegenheit, um umzusetzen, was schon im Verlauf 1972 und erste Hälfte 1973 herangereift war. Diese Politik bestand in zweierlei:

1. Gegen den Widerstand der CDU/CSU stellten sich SPD und FDP 1972 darauf ein, daß ein erheblicher Teil der ImmigrantInnen beabsichtigte, sich länger oder dauernd in der BRD niederzulassen. Vorstöße der CDU/CSU, die "Rotation" mit ausländerrechtlichen Zwangsmitteln durchzusetzen, wurden zurückgewiesen. (Grundsätze der Bundesregierung zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien vom 20. April 1972)

2. Die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer sollte, abgesehen von einem nicht allzu großzügigen Familiennachzug, etwa auf dem bestehenden Niveau stabilisiert werden. Zu diesem Zweck legte die Bundesregierung Anfang Juni 1973 im Bundestag ein Aktionsprogramm vor, das einen ersten Katalog "ausländerbegrenzender" Maßnahmen enthielt. Dazu gehörten:

Schärfere Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer ArbeiterInnen, um den Kapitalisten durch erhöhte Kosten und Anforderungen die Anwerbung unattraktiver zu machen.

"Die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer in überlasteten Siedlungsgebieten soll von der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur abhängig gemacht werden." Hierfür sollten "bundeseinheitliche Zulassungskriterien" ausgearbeitet werden.

Die Gebühren für die Vermittlung ausländischer ArbeiterInnen sollten "spürbar" erhöht werden - auch dies natürlich mit dem Ziel, die Beschäftigung teurer, also unattraktiver zu machen. Tatsächlich wurde diese Gebühr dann von 300 auf 1200 DM vervierfacht.

"Falls diese Maßnahmen nicht in dem gewünschten Maße zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung beitragen sollten, wäre an die Einführung einer besonderen Wirtschaftsabgabe für die Beschäftigung von Ausländern zu denken."

Gegen illegale Beschäftigungsverhältnisse sollte "wirksamer" und schärfer als bisher vorgegangen werden.

Die grundsätzliche Umorientierung, die mit dem Aktionsprogramm vom Juni 1973 eingeleitet werden sollte, ergibt sich aus dem Schlußsatz: "Aus sozialen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Erwägungen erscheint es sinnvoll, eine Entwicklung zu begünstigen, welche die Produktionsmittel zu den Arbeitskräften bringt, wodurch die einseitige Wanderung der Arbeitnehmer zu den Produktionsstätten allmählich abgeschwächt werden könnte."

Übrigens hatte der "Spiegel" sämtliche Punkte dieses "Ausländerstopp"-Programms schon zwei Monate vorher bekanntgegeben (Nr. 13/73). Eine Beschlußfassung der Bundesregierung war dringend geworden, weil

vielfach Städte und Gemeinden schon dazu übergegangen waren, eigenmächtig "Zuzugssperren" für bestimmte Stadtteile oder den ganzen Ort zu verhängen. Mit der These, Ausländeranteile von 10 oder 15% in einem Stadtteil würden eine unerträgliche "Überfremdung" darstellen, wurden beispielsweise mehrere Bezirke Westberlins für ausländischen Zuzug total dichtgemacht.

In erster Linie ging es gegen den türkischen Bevölkerungsteil. Instruktiv für den Ton der damaligen Kampagne ist die Titelgeschichte des "Spiegel" Nr. 31/1973 (30. Juli). Die Überschrift lautete: "Die Türken kommen - rette sich, wer kann"; sie wurde auch dadurch nicht weniger faschistoid, daß man sie in Anführungszeichen gesetzt hatte. Da war beispielsweise zu lesen: "In immer größeren Schüben schwärmen sie von den Gestaden des Bosporus und aus dem Hochland von Anatolien ein." Vielleicht hatte der Autor dabei Goebbels Propagandafilm vor Augen, in dem die jüdische Migration mit Rattenzügen gleichgesetzt worden war. Und weiter: "Der Andrang vom Bosporus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen." Zwischenüberschriften des Artikels lauteten: "Ein Türke bleibt nicht lange allein"; "Fremdartiger Küchengeruch vertreibt die Deutschen"; "Wenn gestochen wird, ist häufig ein Türkei dabei".

Die meisten Hauptpunkte, rassistischen Klischees und Bilder heutiger Anti-Ausländer-Politik waren in der Kampagne von 1973 bereits enthalten. An Gründen für das damalige Vorgehen sind u.a. zu nennen:

Erstens: Das Scheitern des "Rotationsprinzips", d.h. des Versuchs, den Aufenthalt von ausländischen ArbeiterInnen in der BRD nur als vorübergehend, nicht als dauerhafte Einwanderung zu regulieren. Daraus resultierend die Politik, die bisherige Einwanderung als gegeben hinzunehmen und zu "integrieren", weiteren Zuzug jedoch möglichst gering zu halten.

Zweitens: Die ersten Anzeichen einer internationalen Rezession waren sichtbar, die sich dann als sehr langwierig erwies. Der Bedarf nach Import von Arbeitskraft wurde geringer.

Drittens: Insbesondere die Einwanderung von TürkInnen setzte anscheinend auch bei den Politikern die dümmsten rassistischen Emotionen und Reflexe frei, nach dem Motto: Der Deutsche gerät in Panik, wenn aus der Nachbarwohnung Knoblauchduft und orientalische Musik herüberdringen. Die TürkInnen seien großenteils "nicht integrierbar", hieß es damals. Sollte offenbar heißen: Ein Zusammenleben mit ihnen sei der deutschen Bevölkerung nicht zuzumuten, jedenfalls nicht "im Übermaß", das bei einem Anteil von 10% schon erreicht schien.

Viertens: Die kleine Wirtschaftskrise Mitte der sechziger Jahre hatte in Verbindung mit einer Reihe weiterer Faktoren kurzfristig zu teilweise sensationellen Wahlergebnissen für die NPD geführt. Als solche zusätzlichen Faktoren seien genannt: Die Bildung der Großen Koalition, die rechte Anhänger der CDU/CSU verstörte und der NPD zeitweise die Rolle der "einzigen Opposition" verschaffte. Außerdem: Der weitgehende Zusammenbruch der revanchistischen Ostpolitik, auf den die CDU/CSU keine einheitliche Antwort zu geben wußte und der ihren rechten Flügel zur Annäherung an NPD-Positionen brachte. Jedenfalls: Der kleine Boom der NPD führte dazu, daß sich CDU/CSU und SPD auf einigen von den Rechtsradikalen "besetzten" Feldern erheblich anstrengten, um ihre verlorenen Schäfchen wieder zur Herde zurückzuführen. Dazu gehörte selbstverständlich die "Ausländerpolitik".

Fünftens: Ein Faktor für die Wende von 1973 mag auch gewesen sein, daß genau in diesem Jahr türkische Arbeiter erstmals eine militante Avantgarderolle in einigen wilden Streiks spielten, vor allem bei Ford in Köln im August. Dort wurde der Streik schließlich durch Schlägerkommandos deutscher Arbeiter zerschlagen, die von der IG Metall und vom Betriebsrat organisiert worden waren. Der "Spiegel" kommentierte: "Je länger die Türken in Deutschland sind, desto heftiger spüren sie den Druck, zwischen zwei Nationalitäten zu stehen, in Wahrheit also staatenlos zu sein. Explosionen wie der Kölner Türkenstreik können sich bei geringen Anlässen wiederholen. (...) Daß etwas getan werden muß, weiß auch die Bundesregierung. Um die Ausländer-Invasion zu stoppen, erhöhte sie am 1. September, zwei Tage nach Streikende, die Vermittlungsgebühren (...)." (Nr. 37/1973)

Bleibt noch die Frage, was der Anwerbestopp im Sinne der "Begrenzer" gebracht hat. Tatsächlich halbierte sich zwischen 1973 und 1975 der Zuzug von AusländerInnen, was auch mit der konjunkturellen Abschwächung zusammenhing. Er stieg dann 1980 noch einmal an, sackte aber 1981-83 wieder ab. Inzwischen hatte eine zweite Welle "ausländerbegrenzender" Regierungspolitik eingesetzt, schon eingeleitet

durch die Regierung Schmidt (SPD) und nach deren Sturz im Herbst 1982 von der CDU/CSU verschärft fortgesetzt. Einige Wirkung hatte das "Rückkehrförderungsgesetz" von 1983, das mit Prämien usw. köderte, aber im wesentlichen auf 1984 befristet war. Zugleich erreichte der Zuzug 1984 den tiefsten Punkt seit Ende der fünfziger Jahre. Jedoch schon seit 1985 liegen die Einwanderungszahlen von Ausländern wieder erheblich über denen der Wegziehenden.

Die erste "Asylantenflut"

Die erste Diskussion über "Asylmißbrauch" durch "Wirtschaftsflüchtlinge" gab es schon Mitte der sechziger Jahre. Grund der Aufregung, die damals aber von den Bonner Parteien überhaupt nicht geteilt wurde, waren einige Tausend jugoslawische Asylsuchende; sie machten zu dieser Zeit rund die Hälfte oder mehr aller Antragsteller aus. Tatsächlich ging es wohl im Wesentlichen darum, den Umstand zu unterlaufen, daß es mit Jugoslawien noch kein Anwerbeabkommen gab; diese Lücke wurde erst 1968 geschlossen. Aufgrund dieser Situation faßte die Bundesinnenministerkonferenz im August 1966 den Beschluß, "Ostblock-Flüchtlingen" automatisch ein Bleiberecht zu garantieren, auch ohne erfolgreiches Anerkennungsverfahren. Die Begründung ist zitierenswert: "Auch wenn eine persönliche Verfolgung und damit ein Asyltatbestand nicht vorliegt, haben doch die meisten der illegalen Zuwanderer den verständlichen Wunsch, nicht länger unter einem kommunistischen Regime der gegenwärtigen Prägung zu leben."

Die hiermit eingeführte, juristisch total hanebüchene Konstruktion des "verständlichen Wunsches", blieb natürlich auf den "Ostblock" beschränkt. Asylsuchenden aus anderen Ländern wurden häufig nicht einmal persönlich erlittene Repressalien, wie Haft und Folter, als Anerkennungsgrund angerechnet.

Die meisten Begriffe heutiger Anti-Ausländer-Politik wie "Asylantenschwemme", "Überflutung", die bildhaften Vergleiche mit Naturkatastrophen oder Heuschreckenschwärmen, alles das wurde im Jahr 1980 kreiert und ist seither Bestandteil der Propaganda. Wie schon erwähnt, überstieg die Zahl der Anträge in jenem Jahr erstmals das Limit von 100.000. Mit rund 108.000 war es eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr 1979 (51.000) und eine Verdreifachung zu 1978 (33.000). Verglichen mit aktuellen Zahlen - ungefähr 450.000 Anträge in diesem Jahr - nicht sehr viel, und auf jeden Fall auch geringer als die zeitgleichen Zahlen deutscher Aussiedler aus Osteuropa, die nie zu Worten wie "Flut" oder "Invasion" Anlaß gaben.

Dennoch: Daß Ende der siebziger Jahre eine erhebliche Veränderung im Flucht- und Migrationsverhalten eingetreten war, ist offensichtlich. War man doch in der BRD noch bis 1967 daran gewohnt gewesen, daß die Zahl der Asylanträge unter 5000 jährlich lag. Zusammen mit der Zunahme der Zahl änderte sich außerdem die Struktur der Antragsteller. Früher kamen sie zu über 90% aus den Staaten des "realsozialistischen" Blocks, waren weiß, oft gut ausgebildet, bürgerlich und - auch nicht zu verachten - stramme Antikommunisten. In etlichen Jahren leistete die BRD sich auf diesem Hintergrund Anerkennungsquoten von über 50%, ja sogar 70-85% (1969-71). 1974 jedoch kam erstmals weniger als die Hälfte der Antragsteller aus Osteuropa, und dieser Trend setzte sich verstärkt fort, während andererseits die Zahl der Asylsuchenden aus Ländern der Dritten Welt stark anstieg. Der deutsche Staat und seine außerordentlich unabhängige Justiz reagierten sofort: Die Anerkennungsquoten gingen von 70% 1971 über immerhin noch 33% 1975 auf knapp 11% 1980/81 in den Keller.

Eine wesentliche Rolle spielten in der damaligen "Überfremdungs"-Debatte das 1982 erschienene Buch des SPD-Politikers Martin Neuffer "Die Erde wächst nicht mit" und andere ähnlich argumentierende rechte Analytiker. Neuffer war Oberstadtdirektor in Hannover, Präsident des Städtetages und NDR-Intendant. Aufgrund einer insgesamt wohl realistischen Einschätzung der globalen Migrationsbewegungen und ihrer künftigen Entwicklung prognostizierte er in seinem Buch: "Der Auswanderungsdruck aus den Ländern der Dritten Welt mit ihrem explosiven Bevölkerungswachstum wird sich angesichts von Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit um ein Vielfaches steigern. (...) Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten, wie sie heute nur zum Schutz von Kernkraftwerken dienen. Sie werden Minenfelder legen und Todeszäune und Hundelaufgehege bauen."

Neuffer argumentierte aber nicht nur mit der Zahl der Einwanderungswilligen, sondern auch mit deren angeblicher Nicht-"Integrierbarkeit". So richtete sich seine Polemik keineswegs nur gegen potentielle Neuzuwanderer, sondern auch gegen die schon in der BRD lebende ausländische Bevölkerung, insbesondere

wieder gegen die Türken, die ja schon seit Anfang der siebziger Jahre im Zentrum rassistischer Angriffe standen.

"Diese Verlagerung des türkischen Bevölkerungswachstums in die Bundesrepublik ist, mit Verlaub gesagt, ein gemeingefährlicher Unfug. In den meisten Fällen besteht nur wenig Aussicht, daß die gutgemeinten Integrationsbemühungen der Bundesrepublik je dazu führen werden, daß diese Türken Deutsche werden. (...) Je mehr Türken hier leben, um so geringer ist die Aussicht, daß es zu einer echten ‚Einbürgerung` kommt. (...) So wächst zur Zeit eine starke, im ganzen wenig assimilationsfähige völkische Minderheit heran. Die übliche Integrationspolitik ist in vielen Türkenstadtteilen jetzt schon eine Farce."

Neuffers Gegenrezept: eine Politik, "die den weiteren Zustrom, auch von Familienangehörigen, scharf einengt und die Verbote mit starken materiellen Anreizen für eine Rückwanderung verbindet." Die BRD müsse ihre Grenzen weitgehend vor ausländischen Einwanderern schließen, denn: "Wir sollten aus dem türkischen Problem lernen, wie sehr es darauf ankommt, vorbeugend zu handeln." - Für die Asylpolitik bedeutete das nach Ansicht Neuffers: "Beschränkung des Asylrechts auf Bürger europäischer Länder".

Erste "Gegenmaßnahmen" und zweite Asyl-Kampagne

Schon aufgrund des absolut betrachteten geringfügigen Anstiegs der Asylanträge Mitte der siebziger Jahre hatten einzelne Bundesländer zu schikanösen, offenkundig illegalen Maßnahmen gegriffen, allen voran Bayern und Baden-Württemberg. So gab es beispielsweise Anweisungen, Antragsteller aus Ländern mit niedriger Anerkennungsquote (u.a. Pakistan und Jordanien) von vornherein pauschal abzuweisen.

Mit dem Ersten Beschleunigungsgesetz von 1978 versuchte die Bundesregierung, den juristischen Ablauf des Asylverfahren stärker zu vereinheitlichen und zu verkürzen; außerdem hoffte man, damit dämpfend auf die Zahl der Anträge wirken zu können. Dieser Versuch war aber so "halbherzig", daß er keinen seiner Zwecke erreichte. So wurde 1980 ein Zweites Beschleunigungsgesetz durch die parlamentarischen Instanzen gejagt - mit dem Vermerk, daß es nur eine Übergangsregelung bis zu einer allgemeinen Neufassung des Verfahrens darstellen sollte.

Wichtiger als die juristischen Basteleien waren jedoch eine Reihe praktischer Maßnahmen, die teils direkt abschottend, teils allgemein abschreckend auf potentielle Asylsuchende wirken sollten. Ein entscheidender Schritt war 1980 die Einführung der Visumpflicht für mehrere Länder, aus denen die größten Gruppen von Asylsuchenden kamen: Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka, Indien, Bangla Desch, sowie schließlich auch für die Türkei. Die Fluggesellschaften wurden unter Androhung von Kosten und noch härteren Eingriffen verpflichtet, die Reisedokumente ihrer Passagiere streng zu kontrollieren.

Ebenfalls 1980 ließ die Bundesregierung anordnen, Asylsuchenden im ersten Jahr ihres Aufenthalts keine Arbeitserlaubnis zu geben; 1981 wurde die Frist auf zwei Jahre ausgedehnt, 1987 sogar auf fünf Jahre. Erst 1991 wurde das Arbeitsverbot ganz aufgehoben.

Während der Effekt auf den Arbeitsmarkt vermutlich gering zu veranschlagen war, diente das Arbeitsverbot vor allem dazu, die Antragsteller als "Schmarotzer" zu diffamieren, die "faul herumlungern" und "von unseren Steuergeldern leben". Gleichzeitig experimentierten 1981/82 einige Bundesländer und Gemeinden damit, Asylsuchende zu Zwangsarbeiten, wie Straßenreinigung und Schneeräumen, zu zwingen. Dagegen legten sich mit Erfolg vor allem die Gewerkschaften quer, die zu Recht meinten, daß dabei die Tarife zum Teufel gehen würden und die Entlassung "normaler" Arbeiter attraktiv gemacht würde.

Als eine der letzten Handlungen der sozialliberalen Schmidt-Regierung vor ihrem Sturz wurde im Sommer 1982 ein neues Asylverfahrensgesetz beschlossen. Außerdem wurde 1982 die Unterbringung in "Sammelunterkünften" und die weitgehende Ersetzung der Sozialhilfe durch "Sachleistungen" obligatorisch gemacht.

Aus unterschiedlichen Gründen, vermutlich aber auch aufgrund der Verschärfung von Asylrecht und Asylpraxis, ging nach 1980 zunächst die Zahl der Antragsteller wieder stark zurück. 1981 waren es noch knapp 50.000, 1982 37.500, und 1983 wurde mit weniger als 20.000 ein Tiefpunkt erreicht. Seit 1984 stiegen die Zahlen jedoch wieder steil an und erreichten 1986 erneut die 100.000-Marke.

Inzwischen hatte sich der schon in den siebziger Jahren aufgetretene Trend erneut verstärkt, daß die Mehrheit der Asylsuchenden aus Ländern der Dritten Welt stammte. 1981-84 kam nur noch ungefähr ein Drittel der Antragsteller aus europäischen Ländern, 1985 und 1986 sogar nur ein Viertel. Etwa die Hälfte aller Asylsuchenden oder etwas mehr kamen in diesen Jahren aus Asien, vor allem aus Sri Lanka, wo Bürgerkrieg und Massaker tobten, daneben aus Iran, Afghanistan, Pakistan, Libanon u.a..

In dieser Situation wurde zum zweiten mal verschärft über den "Asylantenandrang" und die drohende "Überflutung" gezetert. Strauß: "Es strömen die Tamilen zu Tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben." (zit. nach "Spiegel" Nr. 8/85) Lummer, Berliner Innensenator: "Wir haben ein Asylrecht, da kann die ganze Rote Armee kommen und der KGB dazu. Wenn die an unserer Grenze nur das Wort ‚Asyl` sagen, können wir sie nicht zurückschicken." (zit. nach "Spiegel" Nr. 36/85)

Umfragen zeigten, daß innerhalb von drei Jahren der Anteil der Bevölkerung, der die deutsche Asylpraxis für "zu großzügig" hielt, von 40 auf 72% angestiegen war. (Nach "Spiegel" Nr. 35/86) Eine Welle ausländerfeindlicher Terrorakte ging durch das Land - auch wenn vor dem aktuellen Hintergrund beispielsweise die Zahl von 18 schweren Anschlägen auf "Ausländerunterkünfte" in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 als relativ gering erscheinen mag.

Ebenfalls schon 1985/86 kam es auch zu ausländerfeindlichen Massenprotesten aus der Bevölkerung. An einigen Orten wurden "Bürgerwehren" gebildet und nach Waffenscheinen gerufen, weil man sich von Asylsuchenden "massiv bedroht" fühlte. Anderswo blockierten Bewohner eine geplante Unterkunft mit Sprüchen wie "Wenn hier erst die Schwarzen durchs Dorf streichen, bleiben doch die Touristen weg." (zit. nach "Spiegel" Nr. 39/86) Der "Spiegel" heizte mit einer großen Serie über "Asylanten und Scheinasylanten" die Stimmung seiner Klientel noch weiter an. Überschrift: "Die Spreu vom Weizen trennen". (Nr. 35/86 bis Nr. 40/86)

Die Bundesregierung versuchte in erster Linie, und das mit sichtbaren Erfolgen, die Zahl der Asylsuchenden aus der Dritten Welt nach unten zu drücken. Da diese im Wesentlichen auf die Luftwege angewiesen waren, fiel der Zugriff nicht schwer. Die Fluglinien hatte man ohnehin schon seit Beginn der achtziger Jahre schwer unter Druck gesetzt, keine Passagiere ohne Visum mitzunehmen. Nun verschärfte man die Situation noch, indem Reisenden aus etlichen "Problemstaaten" wie Libanon, Pakistan, Bangla Desch u.a. selbst für kurze Zwischenlandungen im Bundesgebiet ein Transit-Visum abverlangt wurde.

Aber immer noch konnten tausende von Asylsuchenden aus der Dritten Welt über die DDR und über die in eine Richtung offene Grenze in Berlin in die BRD gelangen. Honecker wurde in "Bild am Sonntag" als "Oberschlepper" angegriffen (20.7.86); die "Asylanten" seien "Moskaus Wunderwaffe" (ebenda). Namhafte Politiker von CDU/CSU und FDP behaupteten allen Ernstes, die DDR wolle mit der "Einschleusung" von Flüchtlingen die inneren Verhältnisse der BRD destabilisieren.

Dabei hatte die DDR schon im Sommer 1985, geködert durch eine Erhöhung des zinslosen Kredits im deutsch-deutschen Handel, den Zugang über ihren Flughafen Schönefeld erschwert. 1986 verpflichtete sich die DDR schließlich, ab 1. Oktober keine Reisenden ohne Visum mehr nach Westberlin zu lassen.

Eine Ergänzung war die Verschärfung der Asylrechtsprechung. Die bundesdeutsche Justiz bewies wieder einmal ihre außerordentliche Unabhängigkeit, indem sie die Anerkennungsquoten nach den politischen Tagesinteressen regulierte. Krassestes Beispiel: die tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka. Nahezu 40% von ihnen wurden 1985 als asylberechtigt anerkannt. Dann kippte das Bundesverwaltungsgericht 1986 rund tausend dieser Entscheidungen. Die Anerkennungsquote für Tamilen sackte im Nu auf nur noch 6% in der ersten Jahreshälfte 1986.

Und wie sahen die materiellen Resultate hinsichtlich der Zahlen der Asylsuchenden aus? Insgesamt stiegen sie trotz der Kampagne von 1985/86 weiter an. Der Anteil von Zuwanderern aus der Dritten Welt wurde jedoch tatsächlich nachhaltig gesenkt, auf etwa ein Drittel aller Antragsteller (1991). Sogar die absoluten Zahlen belegen dies: Die Zahl der Asylsuchenden aus asiatischen Ländern sank von 56.600 in 1986 auf nur noch 16.000 in 1987 und 23.000 in 1988. Erst 1990 erreichte sie mit 61.000 ungefähr wieder das Niveau von 1986. Ähnlich, aber in geringerer Größenordnung, die Zahlen afrikanischer Asylsuchender: Ein Rückgang von 9500 in 1986 auf 3500 in 1987 und 6500 in 1988; danach allerdings ein deutlicher Anstieg auf 24.000 in 1990.

Es zeigt sich also, daß eine dauerhafte Senkung der Zahlen der Asylsuchenden allgemein und insbesondere der Menschen aus der Dritten Welt bisher trotz heftiger "Ausländerstopp"-Politik und Verschlechterung des Asylrechts gegen Null nicht gelungen ist. Wohl aber sprechen die Entwicklungen für die Annahme, daß ohne diese Politik die Zahl der Asylsuchenden noch erheblicher höher wäre. Insbesondere ist das für die Zuwanderung aus der Dritten Welt zu vermuten, die bekanntlich den ganz überwiegenden Teil der Armutsmigrationen ausmacht, aber bei den Asylsuchenden, die in den Industriestaaten ankommen, total unterrepräsentiert ist.

Kt.

# 16. "Immer sagt man, die Zigeuner sind schuld." Gespräch mit Sandor Csurkuly, Roma-Vertreter aus Rumänien

*Gespräch mit Sandor Csurkuly, Roma-Vertreter aus Tirgu Mures (Rumänien)*

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:16

Den unmittelbaren Anlaß für das folgende Gespräch gab das am 24.9.1992 zwischen der BRD und Rumänien abgeschlossene und am 1.11.1992 in Kraft getretene Abkommen über die "Rückübernahme" von "illegal" sich in Deutschland aufhaltenden rumänischen Staatsbürgern. Die "Illegalen", die dieses Abkommen zunächst einmal ins Visier nimmt, sind ungefähr 43.000 Menschen, die, offenbar aus Rumänien stammend, ohne Ausweise in die BRD gekommen sind, damit sie auch im Falle einer wahrscheinlichen Ablehnung ihres Asylantrages nicht abgeschoben werden können. Diese Personengruppe umfaßt zu einem kleineren Teil Rumänen und zu einem größeren Teil Roma. Das Abkommen läßt als Nachweis der rumänischen Staatsangehörigkeit nun nicht nur andere amtlich ausgestellte Dokumente gelten (Führerscheine, Arbeitsausweise usw.), sondern auch "verläßliche Zeugenaussagen" oder "Aussagen der betroffenen Person, sofern sie die rumänische Sprache beherrscht". (siehe taz, 30.10.) Dafür zahlt die BRD im Rahmen eines "Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramms Rumänien" bis 1996 den lächerlich geringen Betrag von 30 Millionen DM.

Von dem deutsch-rumänischen Abkommen ist aber noch ein zweiter Personenkreis betroffen: So meldet die SZ am 9.12., daß von 113 rumänischen Flüchtlingen, die im Rahmen des Rückführungsabkommens in eine Sondermaschine nach Rumänien gesetzt wurden, 46 abgelehnte Asylbewerber, aber "67 illegale Grenzgänger" waren. Dies paßt zu uns vorliegenden Informationen, nach denen der Bundesgrenzschutz an der Grenze zu Polen dazu übergegangen sein soll, ohne gültiges Visum und Stempel eingereiste Menschen festzunehmen, zu sammeln und sie dann direkt im Flughafen Berlin-Schönefeld in ein Flugzeug nach Bukarest zu setzen, ohne daß den aufgegriffenen Personen die Gelegenheit gegeben worden wäre, ihr Asylbegehren vorzutragen. Dieses Vorgehen ist zwar illegal, da gegen das geltende Asylrecht, doch kaum kontrollierbar - eine Praxis, die die Roma-Expertin der Gesellschaft für bedrohte Völker, Katrin Reemtsma, noch vor Inkrafttreten des Abkommens als dessen Folge vorausgesehen hatte. (taz, 30.10.92)

Eine Abschiebung von Roma nach Rumänien ist vor dem Hintergrund der Lage, in der sich diese nationale Minderheit in diesem Land befindet, nicht zu rechtfertigen. Ihre allgemeine Situation läßt sich kennzeichnen durch wirtschaftliche Verelendung, gesellschaftliche Ausgrenzung, staatliche Schikanierung, Bedrohung und Angriffe durch nationalistische rumänische Banden sowie gegen sie gerichtete Pogrome. Die verschiedenen Facetten der Unterdrückung können je für sich oder auch in Kombination vorhanden sein. Keinesfalls ist es jedoch so, daß die formale Garantie von Menschenrechten und eine demokratische Verfassung, die nach dem Sturz Ceausescus (Dezember 1989) eingeführt wurden, eine politische oder rassistische Verfolgung der Roma ausschließen bzw. ihnen staatlichen Schutz gewähren würden. Auf diese papiernen Garantien beruft sich allerdings die Bundesregierung in ihren Lageberichten zur politischen und Menschenrechtssituation in Rumänien. Diese Berichte sind freilich in einem diesbezüglichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 8.11.1991 (2 BvR 1351/91) zu Recht als "lapidare Äußerungen" bezeichnet worden. Darüber hinaus trifft der ökonomische Zusammen- und Umbruch in Rumänien die Roma auf Grund ihrer Diskriminierung zuallererst; die inzwischen durchgängig katastrophale wirtschaftliche Lage der Roma ist direkte Folge ihrer politischen und gesellschaftlichen Unterdrückung und Ausgrenzung.

Das nachfolgende Gespräch vermittelt hauptsächlich einen Einblick in den Alltag der Roma in der Region von Tirgu Mures im nördlichen Rumänien, wo die Lage der Roma im Vergleich zu anderen Landesteilen noch relativ günstig ist, da in dieser Gegend schon seit Jahrhunderten verschiedene Nationalitäten (Rumänen, Ungarn, Roma, Siebenbürger Sachsen) nebeneinander leben. Die in dem Gespräch enthaltene Information, in diesem Jahr hätten in Rumänien keine neuen Pogrome stattgefunden, scheint falsch zu sein. Nach neuesten Erkenntnissen von amnesty international fanden 1992 in der Umgebung von Temesvar ca. fünf Pogrome statt. Die Unkenntnis unseres Gesprächspartners darüber verweist ebenso wie die unterschiedlichen Angaben über

die Zahl der seit Ende 1989 stattgefundenen Pogrome auch aus dem Munde ausgesprochener Expertinnen (so nennt Katrin Reemtsma in einem neueren Bericht die Zahl von 20 bekannten Pogromen seit 1990; siehe FR, 3.9.92) auf die Schwierigkeit, bei fehlender demokratischer Öffentlichkeit überhaupt Kenntnis von den Vorgängen in Rumänien zu erhalten.

Sandor Csurkuly hielt sich auf Einladung des Arbeitskreises "Asyl in der Kirche" Ende November zehn Tage in Berlin auf. Er ist 36 Jahre alt, von Beruf Chemiefacharbeiter und Vorsitzender der 1990 gegründeten "Demokratischen Union der Roma und Zigeuner in Tirgu Muresæ. Achtzig Prozent der in Stadt und Landkreis Tirgu Mures lebenden Roma sprechen ungarisch. Diese bezeichnen sich selbst meist als "Zigeuner".

ak: Sie sind gewählter Vertreter der Roma bei der Präfektur Tirgu Mures. Was heißt das?

Sandor Csurkuly: Wir hatten am 9. Februar 1992 Kommunalwahlen in Rumänien. Dabei haben im ganzen Land insgesamt 1240 Roma kandidiert; bei uns im Landkreis Tirgu Mures waren es 150. Von diesen 150 wurden 29 in die örtlichen Parlamente gewählt. Diese wiederum haben mich als ihren Vertreter, den Vertreter der Demokratischen Union der Roma und Zigeuner, im Rat des Landkreises bestimmt.

Dort sitze ich nun zusammen mit sieben Vertretern der Union der demokratischen Magyaren und acht Leuten von "Vatra Romaniasca", einer extrem nationalistisch eingestellten rumänischen Gruppierung. Bis heute allerdings ist das Landrats-Konzilium nicht arbeitsfähig und zwar auf Grund der Konflikte zwischen Ungarn und Rumänen, d.h. die leitenden Posten sind immer noch nicht besetzt. Uns wird man dabei wahrscheinlich sowieso nicht berücksichtigen.

Wie sieht es im übrigen Rumänien aus?

So weit ich es überblicke, sind im ganzen übrigen Rumänien überhaupt nur elf weitere Roma in örtliche Parlamente gewählt worden, fünf davon in Bukarest. Ich bin der einzige, der in einen Landkreis gewählt wurde. Wir haben in Tirgu Mures also recht gut gearbeitet. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in unserem Gebiet die Organisierung der Roma am weitesten fortgeschritten ist.

Es heißt, landesweit seien etwa 100.000 Roma in der Demokratischen Union organisiert, bei etwa zweieinhalb Millionen in Rumänien lebenden Roma.

Ich kann diese Zahl nicht bestätigen, schon allein deshalb, weil es keine landesweite Organisation der Roma in Rumänien gibt. Es gibt sehr viele Roma-Parteien und Organisationen, die meistens nur in einem Landkreis existieren. Es gibt darüber hinaus die Generalunion der Roma, die versucht, die Roma in Berufsgruppen zu organisieren.

In Tirgu Mures jedenfalls haben 52.800 Menschen einen Mitgliedsausweis der Demokratischen Union, aber die Organisation bleibt sehr schwierig. Wir haben keine Informationsmittel, keine Zeitung, keine Schreibmaschinen, kein Kopiergerät oder ein Telefax. Wir haben ein Büro, dort steht ein Tisch mit vier Stühlen und die Roma kommen mit ihren vielen, vielen Problemen.

In deutschen Zeitungen ist häufig zu lesen, daß die Roma in viele Clans auseinanderfielen und auch kein ethnisches Bewußtsein hätten. Sie selber erwähnten schon die vielen Parteien.

Wir kämpfen sehr für eine landesweite Partei der Roma, aber es ist sehr schwierig. Seit zwei Jahren gibt es Kongresse und Konferenzen, führen wir Diskussionen. Aber Sie sollen wissen, daß unser Problem sehr tief und grundlegend ist: Die Roma sind sehr arm und ungebildet, die Mehrzahl sind Analphabeten. Wenn jemand kommt und ihnen ein Päckchen gibt mit einem schlechten Hemd und einer schlechten Hose, wählen sie sofort den, der ihnen etwas gegeben hat. Ich als Roma repräsentiere die Probleme der Roma, aber ich kann ihnen nichts geben. Es ist ein soziales Problem. Wenn die Roma ein normales Leben führen könnten, dann würden sie zu ihrer Ethnie halten und wären nicht korrumpierbar. Aber so sind sie leicht zu beeinflussen, weil sie arm sind, und ich als Zigeuner verstehe das. Ich kann deswegen nicht böse sein. Ein Roma weiß häufig nicht, daß es bei Wahlen auch um seine Kinder geht. Er weiß auch nicht, daß es um Gesetze geht, daß er, wenn er einen Roma wählt, dazu beiträgt, daß er die Roma schützt.

Sie sprachen von den vielen, vielen Problemen.

Fast alles hängt mit der Arbeitslosigkeit und der Armut zusammen. Geht einer in den Wald, um Holz für seinen Ofen zu schlagen, bekommt er drei bis fünf Jahre Gefängnis oder eine Strafe von 50.000 bis 250.000 Lei. Dann das Problem der Bewilligungen. Ich habe sehr viel dafür gekämpft, daß ein Roma Zigaretten auf der Straße verkaufen darf. Wenn ihm das nämlich nicht erlaubt ist, dann ist er gezwungen zu stehlen, um das Geld oder das Essen zusammen zu bekommen.

In den Fabriken von Tirgu Mures waren nach der Revolution ca. 1.500 Roma beschäftigt, wobei in den letzten fünf Jahren der Ceausescu-Diktatur keine mehr eingestellt worden waren. Heute haben nur noch etwa 50 Roma in den Industriebetrieben von Tirgu Mures Arbeit.

Haben die Roma bei der Reprivatisierung der Landwirtschaft Boden erhalten?

Den Roma, die in den letzten drei Jahren vor dem Sturz von Ceausescu in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gearbeitet haben, hat man gesagt,sie sollen ein Papier bringen, das belegt, daß sie die letzten drei Jahre entsprechend gearbeitet haben. Aber die Roma können nicht lesen und schreiben. Wir, von der Union der Roma in Tirgu Mures, haben deshalb Vordrucke angefertigt und über die Bürgermeister ausgegeben. Einige Roma haben daraufhin Boden bekommen. Aber nur dort, wo es sehr feucht war oder auf dem Berg oder am Abhang und das ist dann wertlos. Sie haben sich dann beschwert, sie haben gesagt, sie werden verhöhnt. Und ich warte nun, daß das Konzil unseres Landkreises endlich zusammentritt, denn ich habe einen riesigen Stapel von Akten und will in der ersten Sitzung nur dieses Problem besprechen.

Ist die Haltung der rumänischen Behörden eindeutig? Gibt es auch Fälle von Entgegenkommen?

Das ist von Dorf zu Dorf verschieden. Wenn sie merken, daß ein Roma oder Zigeuner klüger ist, müssen sie ihm Boden geben. Wenn sie sehen, daß ein Zigeuner ein Analphabet ist, sagen sie, daß es nicht ginge und er den Raum verlassen solle. In jeder Ortschaft ist zwar ein Vertreter der Roma, doch auch der kann nichts machen. Er kann nur zur Union der Roma gehen, und dann versuche ich, etwas zu unternehmen. Aber auch ich habe nur wenig Möglichkeiten.

Aber ich möchte Euch auch die Wohnverhältnisse schildern und zwei spezielle Aufgaben, die ich mir gestellt habe und die ich lösen möchte. In Rovinar, das ist eine Straße in Tirgu Mures, sind fast alle Bewohner Roma. Sie wurde von den Rumänen verlassen und die offiziellen Stellen kümmern sich nicht mehr darum. Roma aus anderen Stadtteilen und Dörfern wurden dort aus- und hier eingewiesen. Es handelt sich hier um vor noch nicht allzu langer Zeit fertiggestellte Neubaublocks. Die Wohnungen sind viel zu klein für die großen Familien. Eine Zwei-Zimmer-Wohnung ist so groß wie dieser Raum hier (ca. 25 Quadratmeter). Da leben dann 12, 15 oder noch mehr Menschen. Es gibt auch Wohnungen mit nur einem Zimmer. Dort schlafen die Menschen dann in Schichten zu verschiedenen Zeiten, auch auf dem Klo.

Viele Bewohner können Gas und Wasser nicht bezahlen. Sie bekommen kein Arbeitslosengeld, sie haben keine Art von Sozialhilfe. Sie verkaufen Zigaretten und verdienen damit 500 bis 600 Lei am Tag. Ein Brot kostet 200 Lei, Fleisch kostet das Kilo 1.000 und noch mehr Lei. Viele der Bewohner sind dankbar für ein Stück Brot am Tag. Wenn sie auf die Straße gehen, wanken sie manchmal vor Hunger und vor Kälte, auch Kinder und Alte, und dann denken manche andere, daß sie betrunken sind. Ich plane hier folgendes Projekt: Eine Kantine für Arme in dem Gebäude, in dem der Sitz der Roma ist. Das ist schon lange ein Traum von mir, man könnte damit viele Roma vor dem Hungern retten. Ich habe als kleiner Junge selber in so einer Kantine gegessen, ich weiß, was es heißt, ein warmes Essen zu bekommen. Ich war damals sehr glücklich darüber, denn es hat mich vor dem Hunger bewahrt.

Die Straße Besa liegt auf einem hohen Berg. Dort wohnen sehr viele Arme und wenn Du in ihre Häuser guckst, siehst Du zwischen der Decke den Himmel. Doch das größte Problem ist, daß sie kein Trinkwasser haben. Sie haben ein Brunnen unten im Tal, dessen Wasser stark verschmutzt ist. Die Bewohner trinken das Wasser. Besonders im Winter, wenn alles morastig ist, ist es ein Fluch für die Bewohner, zwei Eimer Wasser nach oben zu tragen. In diesem Viertel leben 180 Familien genauso beengt wie in Rovinar, das sind ca. 1500 Menschen. Hier möchte ich einen weiteren Plan realisieren. Er ist leichter durchzuführen. Man müßte dort einen Brunnen ausschachten, der etwas tiefer liegt und zur Straße eine Leitung legen mit zwei Hähnen. Von dort könnten die Bewohner dann das Wasser in ihre Wohnungen tragen.

Wie sollen diese Projekte finanziert werden?

Durch Spenden. Ich denke, daß wir vom rumänischen Staat kein Geld bekommen werden und von den 30 Millionen, die Deutschland an Rumänien für die Aufnahme der Roma-Flüchtlinge zahlt, werden wir wahrscheinlich auch nichts erhalten. Könnten diese Projekte durchgeführt werden, dann würden die Roma fühlen, daß sie Hilfe bekommen und wenn schon nicht aus Rumänien, dann helfen wenigstens andere. Das wäre eine wichtige Demonstration für die anderen rumänischen Mitbürger. Sie würden sich schämen, daß andere helfen. Die Roma sind zwar eine Minderheit, aber sie sind auch rumänische Staatsbürger.

Haben die Roma in der rumänischen Gesellschaft überhaupt Verbündete?

Nicht sehr viele, glaube ich, besonders auch in Tirgu Mures nicht. Wenn der 20. März 1990 nicht passiert wäre, dann wäre es wahrscheinlich nicht so schlimm. (Anm. ak: An diesem Tag kam es in Tirgu Mures zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen rumänischen und ungarischen Bewohnern.) Aber seit diesem großen Zwischenfall heißt es, die Zigeuner hätten den Ungarn geholfen. Sie können keine rumänischen Freunde haben, weil sie alle in denselben Topf geworfen werden. Natürlich gibt es auch bei uns Rumänen, die nicht denken, daß wir keine Menschen sind. Wir haben mit ihnen zusammengelebt, sehr viele Jahre, und sie verurteilen uns nicht. Aber das sind nur wenige.

Die Interventionen aus Holland, den USA und Deutschland haben unsere Situation etwas erleichtert, derzeit jedenfalls. Das letzte mir bekannte Pogrom fand Ende 1991 statt. Das erste übrigens fünf Tage nach dem Sturz Ceausescus am 28.12.1989 in Tirgu Mures, vier Häuser hat man damals angezündet. Es sind Menschen dabei umgekommen. Vielleicht sind die Regierenden in Rumänien ein wenig erleuchteter. Vielleicht denken sie einmal, die Roma sind dieselben Menschen wie sie selbst auch. Es kann sein, daß sich etwas ändern wird, aber ich kann das nicht sicher sagen.

Wir werden nicht respektiert. Unsere Rechte werden nicht respektiert, Angst vor der Polizei haben wir schon in der Zeit von Ceausescu gelernt. Was auch im Land passiert, immer sagt man, die Zigeuner sind schuld. Ich glaube, vor allem deswegen gehen so viele weg. Wenn jemand etwas zu essen und Rechte hat, nicht von der Polizei geschlagen wird und ein normales Leben führt, geht der dann etwa fort von zu Hause?

Ich weiß eines: Die, die nach Deutschland kamen, haben sehr viel gelitten. Denn es war nicht leicht, hier herzukommen, und dieses Leid reicht. Sie konnten hier von einem etwas besseren Leben kosten, wie ich es in Gesprächen mit Flüchtlingen feststellen konnte. Sie konnten zivilisierter werden, überhaupt besser gekleidet sein. Es wäre ein Unglück, wenn sie zurück müßten. Sie erträumen sich, gut gekleidet zu sein und gut essen zu können. In Rumänien haben sie ständig den Gedanken gehabt, morgen kommt jemand und verhaftet mich. Diese Sorgen hatten sie hier erstmal nicht.

Wie realistisch sind überhaupt weitergehende Forderungen, z.B. ein eigener Radiosender oder eigene Schulen?

Zum Beispiel ein Radiosender: Wir haben im Landkreis Tirgu Mures erkämpft, daß wir einen Platz bekommen im örtlichen Radioprogramm. Aber leider haben wir keine Leute, die für solche Arbeit vorbereitet sind. Es ist uns geglückt, daß es jeden Donnerstag um 14.30 Uhr für eine halbe Stunde im rumänischen Fernsehen ein Zigeunerprogramm gibt. Aber auch hier ist das Problem, daß wir schon während der Zeit von Ceausescu keine Gelegenheit hatten, Leute für solch eine Aufgabe vorzubereiten. Was ich nicht kann, kann ich nicht machen. Der, der die Fernsehsendungen für die Roma macht, ist ein Rumäne. Er wird sehr gut bezahlt. Berichtet wird nur aus Bukarest und nicht aus den Landkreisen.

Wenn ich eine Fotokamera hätte, würde ich einen jungen Rom oder eine junge Roma-Frau dafür vorbereiten, daß sie sich mit der Kultur der Roma beschäftigen, mit der Tracht der Roma, mit der Sprache der Roma.

Im Landkreis Mures gibt es am pädagogischen Gymnasium eine spezielle Klasse mit 18 Schülern, die die Sprache Romanes lernen und die zu Lehrern für Roma-Kinder ausgebildet werden. Dadurch, daß wir eingegriffen haben, ist ein Prozeß in Gang gekommen, so daß schrittweise doch Dinge, die von uns verlangt werden, geschehen. Es gibt auch hier wieder das Problem der Armut. Die Schüler, die im pädagogischen Gymnasium sind, kommen aus sehr armen Familien. Wenn z.B. ein Mädchen im Lyzeum ist, das zu Hause noch vier Geschwister hat, dann können drei andere nicht lernen. Von vier Kindern können im allgemeinen höchstens zwei in die Schule gehen, sonst wird es zu teuer.

Wieviel Prozent der Roma-Kinder können überhaupt die Schule besuchen?

In Rovinar z.B. gehen von 300 Kindern 106 in die Schule. Es müssen also mehr zu Hause bleiben als in die Schule gehen können. Das ist vermutlich in den anderen Landesteilen nicht besser. Sie haben nichts anzuziehen. Dann gehen zwei große Kinder in die Schule und die kleinen bleiben zu Hause oder umgekehrt. Oft sind aber in einer Roma-Familie acht oder neun Kinder, und von denen kann dann kein einziges in die Schule gehen.

Wie könnte sich das Leben der Roma in Rumänien langfristig verbessern? Wie könnte es menschenwürdig werden?

Die einzige Lösung ist, daß die Roma soviel bekommen, daß sie von heute auf morgen etwas zu essen haben, daß sie etwas Wärme haben, daß sie Licht haben und daß man sie gehen läßt, wenn sie es wollen und daß sie zurückkommen können. Wir haben Glück gehabt, daß das Ausland den Blick auf uns Minderheiten gerichtet hat. Dafür danke ich allen, die das getan haben und die sich eingeschaltet haben, um zu helfen.

# 17. "Heil Haider"

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:08

... und "Heil Hitler", dazu Hakenkreuze wurden von den Schändern des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt im Herbst 1992 auf die Grabsteine gesprüht. Neonazis haben allen Grund, in Haider einen der Ihren zu erkennen. Die FPÖ ist seit Kriegsende das Sammelbecken der alten Nazis und bietet bis heute in Parteigliederungen und Publikationen breiten Raum für RechtsextremistInnen, deutsch-nationale, völkische Ideologie und Fremdenhaß. Haider hat sich mit seinem "Ausländer-Raus"-Volksbegehren innenpolitisch durchgesetzt. Schon im Januar 1993 soll die flächendeckende rassistische Hetzkampagne stattfinden. Der vorliegende Hintergrundartikel gibt eine Einschätzung der FPÖ und des "Volkstribunen" und "Systemüberwinders" Haider.

"Da sitzen 300 Jahre Kerker", charakterisiert die "Frankfurter Rundschau" (30.1.85) im Rückblick die Führungsriege der 1949 gegründeten Vorläuferorganisation der FPÖ, den "Verband der Unabhängigen" (VdU). Denn die ersten Kader rekrutierten sich fast ausschließlich aus Gefangenen des Entnazifizierungslagers Glasenbach bei Salzburg. Simon Wiesenthal kommentiert: "Der VdU war eine nahezu lupenreine Nazi-Partei - von Ex-Nazis zu sprechen, bedeutete Geschichtsfälschung." (1) 14% der WählerInnen, knapp eine halbe Million Menschen, gaben ihnen bei der ersten Wahl 1949 ihre Stimme.

1955, nachdem der Staatsvertrag mit den vier Siegermächten Österreich souverän gemacht hatte, wurde die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gegründet. Schon damals enthielt das Programm Forderungen, die von Haider heute noch publikumswirksam erhoben werden: Kampf gegen Kartelle, gegen die "Diktatur" der in Österreich sehr einflußreichen Kammern und Berufsverbände und für die Ausschaltung des "demoralisierenden Parteienproporzes". Sorgfältig wird jeder Hinweis auf die Eigenstaatlichkeit Österreichs vermieden, dafür das "Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" betont. Zur Neutralität bekennt sich die FPÖ erst seit 1970.

Denn dieses Jahr ebnete der FPÖ endlich den Weg in Richtung Regierungsbank. Nach Jahrzehnten der Großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ gewann Bruno Kreisky die Nationalratswahlen, aber nicht die absolute Mehrheit. Zum großen Erstaunen aller bildete Kreisky keine große Koalition, sondern regierte mit seinem sozialistischen Minderheitenkabinett. Möglich wurde dies durch die Duldung der FPÖ, die in allen wichtigen Bereichen, insbesondere beim Haushalt, mit der SPÖ stimmte. Der Preis dafür war eine 1971 beschlossene Wahlrechtsreform, die kleine Parteien günstiger stellte, den großen eine absolute Mehrheit extrem erschwerte. Die FPÖ wurde damit Zünglein an der Waage.

Daß der allseits beliebte Kreisky damals noch nicht wagte, mit der von allen Gruppierungen geächteten Partei der alten Nazis eine offene Koalition einzugehen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß SPÖ wie auch ÖVP in der Nachkriegsära alles daran setzten, die 660.000 registrierten ehemaligen NSDAP-Mitglieder und ihre Familien als WählerInnen zu gewinnen. Daß es auf der alpenländischen "Insel der Seligen" ein so geringer Makel ist, Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein, liegt wesentlich an der Staat und Gesellschaft tragenden Lüge der Zweiten Republik, daß Österreich erstes Opfer des Hitlerfaschismus wurde, als Staat nicht mehr existierte und daher für nichts verantwortlich sei.

SS-Mörder 20 Jahre Parteivorsitzender

Seit 1958 war Friedrich Peter, ein Front-Offizier der Waffen-SS, Parteiobmann der FPÖ. Der "Spiegel" (13.10.75) zitiert: "Friedrich Peter stand stolz zu seiner ‚Herkunft aus der Waffen-SS`: ‚Ich bin nicht jenen zuzuzählen, die angeblich gezwungen wurden, sondern ich bekenne mich auch heute dazu, daß ich damals freiwillig zur SS gegangen bin, denn das Vaterland war für uns Junge des Donauraumes nur Deutschland.`" Während der Zeit der Tolerierung der SPÖ durch die FPÖ von 1970 bis 1975 durfte Peter mit Bundeskanzler Kreisky auf Auslandsreisen, nach Bonn, Sofia, Moskau. "Den Gipfel der Geschmacklosigkeit erkletterte der sozialdemokratische Bundeskanzler aber wohl (...), als er sich bei seinem offiziellen Polen-Besuch - der ihn auch ins ehemalige KZ Auschwitz führte - vom Bundesparteiobmann der FPÖ Friedrich Peter, ehemals Obersturmführer der SS, begleiten ließ." (2) Die bekannte Zugehörigkeit eines Spitzenpolitikers zur Waffen-SS hatte in Österreich niemanden gestört. Das allein ist schon ein Skandal.

Damit jedoch nicht genug: Kurz vor der Nationalratswahl 1975 entdeckte Simon Wiesenthal, daß Friedrich Peter nicht nur der Waffen-SS, sondern der berüchtigten 1. SS-Infanteriebrigade angehört hatte. Die

motorisierte SS-Infanterie-Brigade, deren 10. Regiment, 5. Kompanie Peter als Kompanietruppführer angehörte, war keine kämpfende Heereseinheit, "sondern war von Himmler 1941 aus den Totenkopf-Standarten als Privattruppe für seine eigene politische Kriegsführung geschaffen und über den ‚Kommando-Stab Reichsführer-SS` seinem direkten Befehl unterstellt worden. Ihre wesentliche Aufgabe lag in der Banden-Bekämpfung im ukrainischen Raum - genau in der Zeit, in der auch Friedrich Peter dabei war: 1942. Im Kriegstagebuch der Brigade wird (...) geschildert: ‚Als Feind war anzusehen jeder Bandit, Jude, Zigeuner und Bandenverdächtige.`" (Spiegel, 13.10.75) "Die 1. SS-Infanterie-Brigade (soll) in der Ukraine allein im Herbst und Winter 1942 innerhalb von vier Monaten etwa 387.000 Juden und Partisanen ermordet haben." (3)

Wiesenthal machte nach der Wahl seine Erkenntnisse öffentlich. Peter verlor, wie das bei Politikern üblich ist, erst einmal sein Gedächtnis. Er räumte ein, "sicher im Jahr 1942" der 1. SS-Infanteriebrigade angehört zu haben, die für ihn jedoch nur "eine ganz normale Einheit der Waffen-SS" war. Und immer wieder der zentrale Satz, der jeden Österreicher und jeden Deutschen jener Zeit entschuldigt: "Ich habe nur meine Pflicht getan." Ein halbes Jahr später, im Frühjahr 1976, wurden die Untersuchungen der Wiener Staatsanwaltschaft gegen ihn aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Die Affäre Peter hat das innenpolitische Klima in Österreich wie kaum ein anderes Ereignis der Nachkriegszeit verändert. Kreisky stellte sich demonstrativ hinter den FPÖ-Obmann und erklärte den "Fall Peter" zum "Fall Wiesenthal". In Zeitungs- und Fernsehinterviews startete er verletzende Tiefschlagattacken gegen Wiesenthal, gegen dessen "mafiose Tätigkeit als Nazi-Jäger". Nachdem Bruno Kreisky das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale geworfen hatte, wendete sich das emotionale Klima nicht mehr gegen den SS-Mörder, sondern gegen den Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums: "Einmal muß doch endlich Schluß sein - also wieso der überhaupt noch hier wohnen darf..." Wiesenthal kommentiert: "Wie kein anderer setzte der jüdische Kanzler, der vor den Nazis fliehen mußte und dessen Verwandte von den Nazis ermordet wurden, damit die endgültigen Maßstäbe, an denen die Bevölkerung dieses Landes ihre Vergangenheit mißt. (...) indem er das Tabu durchbrach, wonach die Freiheitliche Partei als Sammelbecken der Ehemaligen von Verhandlungen über eine Regierungsbildung ausgeschlossen war; indem er nach seinem Wahlsieg 1970 durch einen De-facto-Pakt mit dieser Partei seine Minderheitsregierung absicherte, in die er mehr ehemalige Nationalsozialisten berief als irgendein Kanzler vor ihm (einschließlich Seyß-Inquart); (...) und nun, indem er den zwanzigmonatigen Dienst des Friedrich Peter in einer Woche für Woche mit Mord befaßten Brigade mit politischen Spitzenfunktionen für vereinbar hielt." (4)

Kreisky hatte klargestellt, "sollte er die FPÖ zur Regierungsbildung brauchen, würde er sie heranziehen. In diesem Falle würde Friedrich Peter Vizekanzler." (5) Doch Kreisky, der populäre "Sonnenkönig", hatte Glück: er erreichte das schier Unmögliche und gewann noch einmal knapp die absolute Mehrheit. Das ersparte Österreich und der Welt einen Vizekanzler Friedrich Peter. Dieser blieb Bundesobmann der FPÖ bis 1978, insgesamt also 20 Jahre lang. Nach zweijährigem Übergangschaos übernahm 1980 der zum eher liberalen Flügel zählende Norbert Steger den Parteivorsitz. Peter blieb weiterhin Fraktionschef der FPÖ im Nationalrat.

1983 war es dann soweit: Die SPÖ verlor die absolute Mehrheit, Bruno Kreisky installierte - bevor er sich als Bundeskanzler verabschiedete - eine kleine Koalition aus SPÖ und FPÖ. Für 4,9% der WählerInnenstimmen erhielt die FPÖ den Vizekanzlersessel, drei Ministerposten (Justiz, Verteidigung und Handel) und drei Staatssekretäre.

Staatsempfang für Kriegsverbrecher

Dr. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), Vizekanzler und Verteidigungsminister der Republik Österreich, begab sich mit einem Bundesheerhubschrauber höchstpersönlich auf den Grazer Flughafen, um einen verlorenen Sohn quasi mit militärischen Ehren und den Worten "Ganz Österreich ist froh" zu begrüßen. Der so Empfangene war niemand anderes als Walter Reder, einer der übelsten österreichischen Kriegsverbrecher - von Frischenschlager "Kriegsgefangener" genannt -, eine Kultfigur der Neonazis, sozusagen der österreichische Rudolf Heß. Reder war nach langjährigen Gnadengesuchen der verschiedenen österreichischen Regierungen aller Couleurs aus italienischer Haft entlassen worden. Der Ritterkreuzträger Reder hatte im Herbst 1944 die Aufklärungsabteilung der 16. SS-Panzergrenadier-Division befehligt. Im Zuge einer fünftägigen Vergeltungsaktion "kam es Anfang Oktober zum ‚Massaker von Marzabotto`, dem größten Kriegsverbrechen auf italienischem Boden: Die Deutschen zerstörten das Kleinstädtchen bis auf die

Grundmauern, schossen die Bewohner nieder oder ließen sie in verbarrikadierten Häusern bei lebendigem Leib verbrennen. Insgesamt sollen 1830 Zivilisten den Tod gefunden haben." (6) Der verantwortliche Reder war 1951 vom Militärgerichtshof in Bologna zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden und saß in der Festung Gaeta nördlich von Neapel. Diesem Mann hatte der eher liberale Frischenschlager, der noch kurz vorher versuchte, die Opfer des Faschismus zu ehren, indem er jungen Soldaten den Rekruteneid auf das neutrale Österreich im KZ Mauthausen abnahm, einen Staatsempfang bereitet. Wiesenthal kommentiert den Rederempfang: "Sogar in Österreich wurde Kritik laut." Der Vizekanzler und Verteidigungsminister entschuldigte sich vor dem Parlament, und alles ging seinen österreichischen Gang. Die FPÖ stellte sich hinter Frischenschlager, und die SPÖ hielt an der Koalition fest.

Frischenschlager entschuldigte sich jedoch auch beim israelischen Volk. "Das war überflüssig", giftete Jörg Haider (WamS, 21.9.86), versöhnte junge und alte Nazi-Generationen mit "Das Schicksal Walter Reders hätte jeden unserer Väter ereilen können" und lobte den Mörder: ",Vorbildlich`, Reder habe ,als Soldat seine Pflicht getan.`" (Spiegel, 22.9.86) Haider, damals schon Landesvorsitzender in Kärnten, drohte mit Austritt, sogar mit einer Parteineugründung. Dem liberalen Steger war seine seit sechs Jahren feierlich angekündigte Parteisäuberung nicht geglückt. Der "Spiegel" (23.5.83) bemerkt dazu bissig: "Weder die Blockwarte der Hitlerzeit noch deren Söhne mochten sein ,Nazis raus` ernst nehmen. Unbeeindruckt hielten sie die Reihen fest geschlossen." Die FPÖ gewann bei Wahlen immer weniger Stimmen, "nur in Kärnten gelang es Haider, durch einen betont ,nationalen` und von der Zentrale abgesetzten Kurs Erfolge zu erzielen." (Die Welt, 19.2.85)

1986 war es soweit: Beim Parteitag in Innsbruck gelangte Haider putschartig an die FPÖ-Spitze. Der "Spiegel" (22.9.86) sah in Haiders Wahl ein "neues Indiz für den bereits im Waldheim-Wahlkampf (ebenfalls 1986) manifest gewordenen nationalistischen Trend im österreichischen Politspektrum". Bezeichnend für die Stimmung, die Aschermittwochveranstaltungen der CSU Ehre gemacht hätte, waren Drohungen an den bisherigen Obmann Norbert Steger, er gehöre "vergast oder erschossen"; ein Delegierter reichte eine Hitlergedenkmünze herum und ",Sieg-Heil`-Rufe begleiteten den Aufsteiger, 36, zum Rednerpult." (Spiegel, 22.9.86 und Quick, 25.9.86) Die FPÖ war nach einem kurzen liberalen Ausflug zu ihren Anfängen zurückgekehrt.

Haider, der Senkrechtstarter

Haiders Vater, der schon 1930 der illegalen österreichischen SA beigetreten, 1933 nach Bayern ausgewandert und 1938, nach dem "Anschluß" Österreichs an das Hitlerreich, als Gaujugendverwalter von Oberdonau heimgekehrt war, erklärt: "Daß der Staat heute so dasteht, ist ein Verdienst unserer Generation. Wir sind Deutschbekenner." Und Haiders Mutter, 1945 zuletzt Bannjugendführerin, ergänzt: "Aber wir sind nicht 1945 stehengeblieben. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Heute sind wir völkisch und liberal, also freiheitlich im besten Sinne." (Weltwoche, 9.3.89) Der 1950 geborene Jörgl gewann als 16jähriger einen Redewettbewerb des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB), indem er, getreu dem gültigen FPÖ-Programm, "die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind", forderte.

Neben Gymnasium und Jurastudium samt Promotion durchlief er eine steile Politkarriere in der FPÖ, war mit 17 Landesvorsitzender der FPÖ-Jugend, mit 18 ihr Vize-, mit 20 ihr Bundesvorsitzender, engagierte sich im "Ring Freiheitlicher Studenten". Mit 25 ging er ins traditionell völkisch-deutsch-nationale Kärnten, war zwei Jahre später Parteisekretär, von 1979 bis 1983 gleichzeitig noch Parlamentsabgeordneter und Sozialsprecher der FPÖ in Wien. 1983 wurde er mit 33 Jahren Österreichs jüngster Landesvorsitzender und war gleichzeitig Kärntner Landesrat.

Aufgrund seiner Wahl zum Parteiführer im Jahre 1986 beendete der SPÖ-Kanzler Vranitzky die nur drei Jahre währende kleine Koalition. Neuwahlen wurden ausgeschrieben, und Haider wetterte gegen die "Altparteien", gegen Parteibuchwirtschaft und Proporz, gegen Politikerprivilegien und "Sozialschmarotzertum". Am letzten Tag des Wahlkampfes trat Haider in Hitlers Geburtsstadt Braunau auf. Das Wahlergebnis bescherte der FPÖ eine Verdopplung der Stimmen auf 9,73% und der Alpenrepublik wieder - wie schon in den ersten 20 Jahren der Nachkriegsrepublik - eine bis heute bestehende große Koalition aus SPÖ und ÖVP. Die Grünen zogen mit 4,8% erstmals in das Parlament ein. Meinungsforscher fanden heraus, "daß viele, die bei der Präsidentenwahl ihre Stimme dem Kriegsvergangenheitsbewältiger Kurt Waldheim gegeben hatten, nun direkt in das Lager des jungen Politstars aus Kärnten weitermarschiert sind." (Hamburger Abendblatt, 25.11.86)

Bei Landtagswahlen in mehreren Bundesländern setzte sich der Wahlerfolg der Haider-FPÖ fort und verursachte erdrutschartige Einbrüche der beiden großen Parteien. Die Landtagswahl in Kärnten 1989 brachte die FPÖ mit knapp 30% der Stimmen vor die ÖVP. Diese beiden Parteien koalierten, und Jörg Haider wurde Landeshauptmann (Ministerpräsident) (7), bis er zwei Jahre später wegen seiner lobenden Darstellung der "ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" während einer Landtagsdebatte von eben diesem Parlament abgewählt, wegen der Halbherzigkeit der ParlamentarierInnen aber anschließend als stellvertretender Landeshauptmann wieder eingesetzt wurde. Gleichzeitig erklärte - zufällig? - der gedächtnisschwache Kurt Waldheim seinen Verzicht auf eine Wiederkandidatur als Bundespräsident. Nach diesem steilen Karriereknick atmeten viele ÖsterreicherInnen auf und hielten Haider für politisch tot. Er selbst sprach bereits von einem Comeback.

Bei Landtagswahlen nur wenige Monate später steigerte die FPÖ bei gleichzeitigen herben Verlusten beider Großparteien ihr Ergebnis um jeweils mehr als 10% auf 15% und 17%. Im traditionell "Roten Wien" (8) erreichte die FPÖ, vor allem durch Haiders polarisierende Sprüche zur Ausländerpolitik, erschreckende 22%. Haider würde natürlich niemals platt "Ausländer raus" sagen. Er macht es subtiler: "Uns fehlen in Wien 150.000 Wohnungen, und wir haben in Wien 150.000 illegale Ausländer." Vor entsprechendem Publikum dürfen's dann auch je 250.000 sein. Den Schluß dürfen die "mündigen BürgerInnen" selbst ziehen.

Solcherart fühlte sich das rechte Lager der FPÖ ermutigt. Vier Monate später warnte der Grundsatzreferent und Leiter des freiheitlichen Bildungswerkes, Andreas Mölzer, vor der Ausländerpolitik der in Wien regierenden großen Koalition. In Anlehnung an die NS-Terminologie beschwor er die Gefahr einer "Umvolkung" in Österreich durch Zuwanderer aus dem Osten. (HA, 4.3.92) (9) Liberale aus Nationalratsfraktion und Parteispitze der FPÖ distanzierten sich öffentlich. Im März 1992 entbrannte ein heftiger innerparteilicher Streit zwischen liberalerem und nationalem Flügel der FPÖ. Haider, weiterhin Parteivorsitzender, konterte mit einer hervorragend angelegten Gegenoffensive und forderte die "totale Macht". (FR 12.3.92) Ergebnis der Bundesparteileitungssitzung waren die Rücktritte langjähriger, führender Parlamentarier und Wirtschaftsfachleute des liberalen Flügels, alles ehemals "Königsmacher", die Haider zu seiner schnellen Politkarriere verholfen hatten. ",Ab jetzt ist die FPÖ eine lupenreine deutschnational-rechtspopulistische Führerpartei`, beurteilt der Wiener Kurier die Säuberungsaktion während des Aschermittwochtreffens". (Spiegel, 9.3.92)

Innerparteilich nur noch von ihm verpflichteten und von ihm abhängigen, treuen Gefolgsleuten umgeben, leitete Haider mit einem "Marsch auf Wien" gleichzeitig sein politisches Comeback ein. Sein Ziel ist die Ablösung der sozialdemokratisch-christlichdemokratischen großen Koalition durch eine ÖVP-FPÖ-Koalition und ein Bundeskanzler Jörg Haider 1998. Das mache seine Anwesenheit in Wien erforderlich. Noch zu seinen Zeiten als Landeshauptmann von Kärnten hatte er sich schon bei der Nationalratswahl 1990 vorsorglich auf den letzten Platz der Nachrückliste setzen lassen. Nun, nach seinem Fall in Kärnten und nach der Säuberungsaktion ohne innerparteilichen Widerstand, brachte der gelernte Jurist 22 vom Volk gewählte Parteifreunde auf der Nachrückliste dazu, "freiwillig" auf ihr Mandat zu verzichten. Vom letzten Platz aus zog er in den Wiener Nationalrat ein und ließ sich dort noch am gleichen Tag von der FPÖ-Fraktion zum Clubobmann (Fraktionsvorsitzenden) wählen! (Süddeutsche Zeitung, 13.6.92)

Seither betätigt er sich mit immer neuen Attacken und Skandalen als Spaltpilz der großen Koalition. Thomas Klestil (ÖVP), der neue Bundespräsident, verdankt seinen Sessel ebenso der FPÖ wie Dr. Franz Fiedler (ÖVP), der neue Rechnungshofpräsident. Das neueste und perfideste Mittel zur Destabilisierung ist das Volksbegehren gegen AusländerInnen, das Anfang 1993 stattfinden wird. (10)

Rechtsradikale Massenbasis für die FPÖ

Was macht nun den Erfolg dieser Partei der Kriemhilds und Gerulfs aus? Die Partei soll "eine geistig-seelische Heimstatt ihrer Mitglieder und Förderer (Wähler)" sein, formuliert die Mutterfigur Kriemhild Trattnig, frühere, inzwischen auch abgesägte Spitzenpolitikerin der Kärntner FPÖ. Gleichzeitig beansprucht der FPÖ-Führer Haider "Generalkompetenz" über Entscheidungen der Parteibasis, sie soll also zugleich geführt werden: "So wie das jedes erfolgreiche Unternehmen macht." (Haider im ORF-Inlandsreport vom 3.8.1989)

Walter Oswalt (11) beschreibt die breite Basis der FPÖ in rechtsradikalen, außerparlamentarischen Organisationen: nicht einzelne Kanäle, sondern ein Netz, das sich über ganz Österreich , vor allem außerhalb

Wiens, erstreckt und zur gesellschaftlichen Normalität gehört. Dazu gehört "der Österreichische Turnerbund (ÖTB) mit 75.000 Mitgliedern, davon 30.000 Jugendlichen, als eine der Massenorganisationen des österreichischen Rechtsradikalismus. Die Vereinszeitung macht neonazistische Propaganda, und staatliche Stellen geben Zuschüsse für die gemeinnützige Arbeit im Geiste der Volksertüchtigung."(Oswalt, S.91) Viele FPÖ-Politiker, auch Haider, begannen hier ihre Politkarriere. Eine weitere Massenorganisation, keineswegs nur für die alten Ewiggestrigen, ist der Österreichische Kameradschaftsbund, der die zerfallene Großfamilie durch die generationsübergreifende Großfamilie der Kriegskameraden ersetzt. Von 300.000 Mitgliedern sind 50.000 jünger als 30 Jahre.

Manchmal begibt Haider sich direkt mitten in den braunen Sumpf. So etwa, als er in seiner Funktion als Ministerpräsident von Kärnten 1989 den "Ehrenschutz" für das Treffen der Kameradschaft IV der Waffen-SS auf dem Ulrichsberg übernahm und dort als Redner auftrat. Das IV stellt an sich schon eine Geschichtslüge dar, denn es meint 4. Waffengattung und suggeriert, daß die Waffen-SS ein Teil der "normalen" kämpfenden Wehrmacht neben Heer, Marine und Luftwaffe gewesen sei. Jedes Jahr kommen die ‚alten Kämpfer` zu mehreren Tausenden aus der BRD, aus den Niederlanden, aus Norwegen, Belgien, Frankreich, Italien und Spanien in Kärnten zusammen, um sich selbst als Elite Europas zu feiern. Haider nennt den Ulrichsberg eine "europäische Begegnungsstätte". Die FPÖ-Zeitung "Kärntner Nachrichten" (24.1.76) schreibt: "In der Waffen-SS war das vereinigte Europa schon verwirklicht. Sie sind daher nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen. Alle Freiwilligen der Waffen-SS sind für ein vereinigtes Europa gleichberechtigter Völker eingetreten..." (12) Schon vor 50 Jahren wurde der totale Krieg, die Vernichtung Europas durch den NS-Staat verschleiernd als "politische Neuordnung Europas" bezeichnet. Der Herr Ministerpräsident versöhnt die Generationen und sagt den Mördern von Millionen Menschen: "Ich bin nicht allein, sondern viele junge Menschen denken so wie ich, wenn ich sage: Ihre Opfer sind und sollen nicht umsonst gewesen sein. Ohne ihren Opfermut gäbe es heute nicht jene Freiheit im westlichen Europa..."(Kärntner Nachrichten, 10.10.85). Haider demonstriert mit solchen Auftritten, daß faschistische Ideen heute modern sind. Nicht nur die rechtsradikale Vision von einer "Nation Europa", sondern auch ganz praktische Zusammenarbeit Rechtsradikaler aus ganz Europa.

Aus der FPÖ kommen nicht nur etablierte VolksvertreterInnen, sondern auch militante Neonazis. Ein Beispiel ist Gerhard Honsik, der der Jugendorganisation der FPÖ angehörte. Honsik hat sich in der Wiener Neonazi-Szene einen Namen als Vorsitzender der "Ausländer-Halt-Bewegung" gemacht und ist Herausgeber der Zeitschrift "Halt" und verschiedener nazistischer Publikationen, darunter des Buches "Freispruch für Hitler?" (FR, 3.4.92). Honsik hielt auch Verbindungen zu Kühnen in der BRD. Honsik über die Haider-FPÖ: "Es gibt überhaupt keine inhaltlichen Differenzen." (Oswalt, S.88)

Dasselbe sagt Norbert Burger über die "hundertfachen Kontakte" seiner Organisation, der Nationaldemokratischen Partei (NDP), zu FPÖ-Funktionären "auf allen Ebenen und in allen Bundesländern." (Oswalt, S. 89) Burger wurde in Italien aufgrund von Attentaten in Südtirol 1970 zu lebenslanger Haft verurteilt. Haider traf sich mit ihm zu einem Arbeitsgespräch. Burger resümiert zufrieden, daß "die Bedingungen für die Arbeit der nationalen und volkstreuen Kräfte innerhalb der FPÖ" sich "radikal verbessert" haben. "Wir haben jetzt günstigere Möglichkeiten als selbst zu Zeiten Friedrich Peters. Man ist in der FPÖ kein Außenseiter mehr, wenn man sich zu den Grundsätzen der NDP bekennt." (13)

"Modell Haider"

für die Neonazi-Szene

Kein Wunder, daß die Neonazi-Szene Haider als einen der Ihren erkennt und feiert. "Nation Europa" (11/91) von Peter Dehoust machte nach dem FPÖ-Wahlsieg bei der Wiener Landtagswahl im Herbst letzten Jahres groß auf mit "Modell Haider". Unter der Rubrik "Die Euro-Rechte im Blickpunkt" berichtet "Nation Europa" schon seit Jahren über Österreichs FPÖ, "die neben der französischen Front National, dem belgischen Vlaams Block und den deutschen Parteien NPD, DVU, REP und Deutsche Liga dem eigenen politischen Lager zugeordnet" wird. (14) Oberlehrerhaft wird den zersplitterten deutschen Rechten vorgehalten, "daß sich deutsche Patrioten künftig verstärkt am ‚Modell Haider` orientieren sollten": während "auch hierzulande (BRD) die Lobbyisten der multikulturellen, multikriminellen Gesellschaft derzeit noch das Sagen" hätten, die Rahmenbedingungen jedoch nach einem rechten Durchbruch förmlich schreien würden, müsse "auch die deutsche Rechte endlich lernen, positive, zukunftsweisende Konzepte und Alternativen zu formulieren und

nicht immer nur ‚Nein` zu sagen. In Österreich weiß man mittlerweile, wie man's macht." Und wie macht man's? "Die klare Haltung der FPÖ in der Ausländer- und Asylantenfrage", das Thematisieren "des schier inflationären Zuzugs volks- und raumfremder Wohlstandsflüchtlinge" sei für den "Triumph über das schwarz-rote Machtkartell" verantwortlich. Ebensosehr wie die Taktik! "Nach überkommenem Parteienverständnis sind die Freiheitlichen selbstredend ‚Rechte`. Aber sie gehen nicht mit dieser Vokabel hausieren. Und der mündige Wahlbürger hat ohnehin längst kapiert, um was es der FPÖ geht."

"Die Begeisterung für den FPÖ-Vorsitzenden in rechtsextremen Kreisen ist durchaus verständlich. Er verfügt über all das, was der extremen Rechten in Deutschland fehlt: Eine im politischen System fest verankerte Partei, eine funktionierende Organisationsstruktur mit Parallelorganisationen, eine breite Wählerbasis, ein geschickt formuliertes Programm, intellektuelle Zuträger, eine überaus wirksame populistische Agitationstechnik und eine attraktive Führerfigur." ("Blick nach rechts", 16.12.91)

Rückendeckung durch FDP und Liberale Internationale

Geht es um direkte Kontakte zu den Rechten, weiß Haider sich bedeckt zu halten. Befragt zu seinem Verhältnis zu den REPs, sagt er: "Unsere Kontakte von Partei zu Partei gibt's nur zur FDP." (Spiegel, 6.3.89) Freundschaftlich trifft er den FDP-Generalsekretär Hausmann und BRD-Außenminister Genscher. Oswalt (S. 89) zitiert: "Hausmann ist sich sicher, daß der Vorwurf, daß die FPÖ auf alte Nazis gesetzt habe, ‚nicht zutreffe`, da die FPÖ ‚sensationelle Erfolge bei der Jugend` erzielt habe" und kommentiert: "Die Brückenfunktion der FPÖ (zwischen etablierter Partei, Parlamentsarbeit und Neonazis; Anm. gaf) ermöglicht rechtsradikale Realpolitik. Doch die FPÖ ist genau an diesem Punkt besonders verletzlich. Bereits mehrmals wurde die FPÖ beinahe aus der ‚Liberalen Internationale` (LI) wegen ihres Antiliberalismus ausgeschlossen."

Doch "wann immer bisher andere Parteien in der LI - etwa die niederländische VVD, die britische United Kingdom Party, die schwedische Folkpartiet oder die israelische liberale Partei - vor der FPÖ warnten oder ihren Ausschluß forderten, hielt (FDP-Chef) Lambsdorff seine Hand über die Haider-Leute." (Spiegel, 16.3.92) Dank der Protektion der FDP-Führung und des persönlichen Einsatzes Lambsdorffs wurde das gegen Haiders Truppe angestrengte Ausschlußverfahren wegen seines Lobs der "ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" durch ein zweijähriges "freiwilliges" Ruhenlassen ihrer Mitgliedschaft "gegenstandslos gemacht".

Die Einladungen Haiders durch bundesdeutsche FDP-Verbände sind keineswegs Ausrutscher einzelner REP-Sympathisanten in der Provinz - dafür ist schon ihre Zahl zu groß -, sondern finden ihre Entsprechung in der Parteiführung, die Haiders erfolgreiche Politik zu würdigen weiß. Haider über die Unterschiede zur FDP: "Wir sind ja nicht illiberal. Wir sind nur manchmal vernünftiger in unserer Haltung und unseren Forderungen. Wir ziehen die Grenze zwischen linken sozialistischen Utopien und vernünftigen liberalen Zielvorstellungen sauberer, als das bei der FDP der Fall ist." (Spiegel, 6.3.89) Und über den linken FDP-Flügel: "Leute wie Baum sind politische Scharfrichter" (Welt, 14.3.92).

Haiders Ideologie

ist zum Programm

der anderen Parteien geworden

"Haider spricht nicht nur die alten Nazis, sondern auch die Jüngeren an, die durch den industriellen Modernisierungsprozeß und den Mangel an glaubwürdiger demokratischer Identität orientierungslos sind," schätzt Oswalt (S. 85) die FPÖ-Politik ein. "Gleichzeitig setzt er auf totale Industrialisierung, also auf die Vergrößerung und Beschleunigung jener ökologischen, sozialen und seelischen Zerstörungen, deren ideologischer und machtpolitischer Nutznießer er jetzt schon ist." Die rechtsradikalen Positionen bekommen ihre Bedeutung vor allem dadurch, daß die FPÖ ein selbstverständlicher Teil des politischen Alltags Österreichs ist. Durch aggressive Äußerungen oder Verharmlosungen und Verdrehungen der NS-Geschichte, durch Aufwertung der TäterInnen und Diffamierung der Opfer und WiderstandskämpferInnen macht die FPÖ seit Jahren die NS-Vergangenheit gesellschaftsfähig und drückt die gesamte politische Landschaft nach rechts. Haider konstatiert zu Recht: "Ich gehe davon aus, daß wir wirklich viel erreicht haben, in dem Sinn, daß es eine Bewußtseinsänderung gibt, auch in den anderen Parteien, denn die sogenannten Sprüche des Jörg Haider sind ja zum Programm der anderen Parteien geworden." (ORF-Inlandsreport 3.8.89)

Zuletzt ein Vergleich Oswalts mit der Zeit des aufkommenden Faschismus: "Die Möglichkeit des Erfolgs rechtsradikaler Politik besteht damals wie heute darin, aus den Krisen der Modernisierung zu profitieren. Diese Möglichkeit wird aber erst dann wirklich nutzbar, wenn die Ideen, die Kulturen und die sozialen Zusammenhänge der liberal-demokratischen wie liberal-konservativen Kräfte versagen. Genau dies ist heute in Österreich der Fall." (Oswalt, S. 90)

gaf

Anmerkungen:

1) Wiesenthal, Simon: Recht, nicht Rache. Erinnerungen. Frankfurt 2/1992, S. 335. Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, schildert in diesem Erinnerungsband, den er im Alter von 80 Jahren verfaßte, sein Überleben des Dritten Reiches und mehrerer Konzentrationslager und seine daraus folgende Arbeit, das Aufspüren der Nazi-Mörder. Am bekanntesten wurde der "Fall Eichmann". Wiesenthal gibt in dem Band aber auch Einblick in den ungebrochenen Antisemitismus und die im Vergleich zur BRD noch geringere (!) Aufarbeitung des Faschismus in Österreich. Den Kapiteln "Kreiskys braune Ernte", "Die Affäre Peter" und "Der Fall Waldheim" wurden wichtige Informationen entnommen.

2) Berliner Extra Dienst, 10.5.1974

3) Diese Zahlen gehen aus einem persönlichen Brief des SS-Reichsführers Heinrich Himmler an Adolf Hitler hervor. Zit. nach Welt, 10.9.76

4) Wiesenthal, S. 365

5) Botschafter Willfried Gredler beschreibt die persönlich miterlebte erste Reaktion Kreiskys in seinem Buch "Österreich zuliebe", zit. nach Wiesenthal, S. 363

6) Spiegel, 28.1.85

7) Zu seiner deutsch-völkisch nationalen Politik gegen die slowenische Minderheit in Kärnten vgl. ak 348. Der Ministerpräsident dieses Bundeslandes behauptete, daß die slowenische Minderheit "Chauvinismus in Reinkultur" betreibe und ein Teil ihrer Funktionäre "im Auftrag des Mutterlandes Jugoslawien" handle. "Der Österreichische Süden werde nur dann wirklich ‚frei sein, wenn er ein deutsches Land ist.`" (Spiegel, 1.12.86)

8) Wien hat als ein österreichisches Bundesland ein Länderparlament, als Bundeshauptstadt den Nationalrat und den Bundestag.

9) vgl. dazu ausführlich ak 348

10) ebenso ak 348

11) Oswalt, Walter: Die FPÖ - ein Modell für Europa? - in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Europa. Wien, Zürich, Europaverlag, 2. erw. Aufl. 1991, S. 91

12) vgl. Oswalt, S. 85 und Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf, Wien 1992, S. 97ff

13) Basta 4/1988, zit. nach Scharsach, S. 191

14) "Blick nach rechts", Sozialdemokratischer Pressedienst, 16.12.91

# 18. Kehrtwende, Chaos oder Kurskorrektur. Die aktuelle Situation in Rußland und der Kongreß der Volksdeputierten

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:22

Der Kongreß der Volksdeputierten, das höchste Parlament Rußlands, ist am 1. Dezember zu seiner turnusmäßigen Wintersitzung zusammengetreten. Das ist aber auch beinahe das Einzige, was an dieser Sitzungsperiode mit den früheren vergleichbar ist. Die Wirtschaft des Landes befindet sich, gelinde gesagt, in einer tiefen Krise und die Politiker und Wirtschaftsfachleute streiten sich über den richtigen Weg, um von der Planwirtschaft zu einer modernen Marktwirtschaft zu gelangen - was immer das heißen mag.

Ob Präsident Jelzin, sein amtierender Premierminister Gaidar oder andere Vertreter der jetzigen Regierung, sie alle stehen unter der Kritik des Parlamentes, einige sogar auf dessen Abschußliste. Die amtierende Regierung sei Schuld an der desolaten wirtschaftlichen Situation des Landes. Die Beschuldigungen reichen vom Vorwurf des Verrats an den Prinzipien des realen Sozialismus bis zur Ansicht, die marktwirtschaftlichen Reformen seien nicht entschieden genug vorangetrieben worden.

Wie allerdings dieser Kongreß einen Ausweg aus der Krise finden oder weisen will, steht in den Sternen. Denn auf der einen Seite sitzen Altkommunisten, die von Breschnews Zeiten träumen, eingerahmt von Monarchisten, Nationalisten und Faschisten, auf der anderen Seite gnadenlose Reformbefürworter, die am liebsten über Nacht in Rußland US-amerikanische Verhältnisse einführen möchten. Dazwischen tummeln sich moderate Kräfte, die eher die skandinavischen Länder als Vorbild sehen oder einen eigenen russischen Weg aus der Krise finden wollen. Doch wer weiß schon, wie der aussehen soll?

Jenseits der Kremlmauern geht der Kampf ums Überleben weiter. Sinkende Löhne, steigende Inflationsrate, wachsende Arbeitslosigkeit und grassierende Armut gekoppelt mit schwelenden Bürgerkriegen in manchen Teilen des Landes, von den Republiken der ehemaligen Sowjetunion ganz zu schweigen.

Zur Einstimmung einen kurzen Blick auf die Ökonomie des Landes: Die monatliche Inflationsrate liegt nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 20 und 30%, die Gesamtproduktion des Landes wird um mindestens 20% in diesem Jahr fallen, die Löhne und Gehälter sind durchschnittlich gerade mal um die Hälfte der monatlichen Inflationsrate gestiegen. Über die Höhe der Arbeitslosenzahlen ist derzeit nichts genaues bekannt, aber mensch kann davon ausgehen, daß sie die 10%-Marke bereits sichtbar hinter sich gelassen hat. Auf der anderen Seite wird erwartet, daß die Ernte im nächsten Jahr besser ausfallen wird als in diesem, der Import von Getreide wird also zurückgehen und somit Geld für andere Dinge vorhanden sein.

Um das Ganze etwas klarer zu machen, hier ein kleines Beispiel: Nehmen wir ein Ehepaar aus dem Bereich der Mittelklasse. Sie arbeiten beide an der Akademie der Wissenschaften, sie im Bereich der Wasserwirtschaft, er ist Chinaexperte. Zusammen bringen sie im Monat 5.800 Rubel nach Hause. Eines der drei Kinder benötigt einen neuen Wintermantel, Preis im Moment: 10.000 Rubel. Das muß also noch eine Weile warten, genauso wie andere Dinge. Auch die 5.000 Rubel, die noch auf der Sparkasse sind, reichen nicht besonders weit angesichts einer jährlichen Inflationsrate von rund 2.000%. Die Versorgungslage ist teilweise entspannt, aber oft verschwinden nach wie vor Lebensmittel scheinbar spurlos aus den Regalen und tauchen auf dem schwarzen Markt wieder auf - zu einem vielfachen des nicht gerade niedrigen Ladenpreises. Darüber hinaus haben jetzt die Schulen angefangen, Schulgelder zu verlangen, und die Preise der Moskauer Metro wurden zum Beginn des Kongresses der Volksdeputierten um 300 % erhöht.

Diese Familie hat gewissermaßen noch Glück, sie verfügt über regelmäßiges Einkommen und hat eine Wohnung. Aber zig Millionen RussInnen haben weder ein Dach über dem Kopf noch Arbeit. Und ihre Zahl steigt ständig. Aber dafür kann jede Russin, jeder Russe für 10.000 Rubel Gutscheine kaufen, die sie oder er ab dem 1. Januar des kommenden Jahres in Aktien der größtenteils noch zu privatisierenden Staatsbetriebe umtauschen kann. Doch dieser Plan steht derzeit - wie manches andere der Regierung Jelzin/Gaidar - auf wackligen Beinen, da seine Umsetzung vom Ausgang des Kongresses der Volksdeputierten abhängt.

Umbau der Wirtschaft -

um jeden Preis?

Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Doppelputsch im August letzten Jahres war Jelzin in der Lage, das Land mit Hilfe von Dekreten und Erlassen am Parlament vorbei direkt zu regieren. Sei es die Berufung oder Entlassung von Ministern, er war sein eigener Herr. Allerdings gelten diese Vollmachten nur bis zur jetzt angelaufenen Sitzung des Kongresses. Auf diesem wird festgelegt werden, wie in Zukunft die Machtverteilung zwischen Präsident und Parlament aussehen wird. Dies ist insofern von Bedeutung, da Jelzin mit seinem bisherigen Reform-, besser gesagt, Schockprogramm nur auf wenig Gegenliebe im Parlament und im Kongreß gestoßen ist.

Bisher lief der Streit um die Wirtschaftspolitik des Landes ungefähr so ab: Die Regierung Jelzin/Gaidar versucht, die Inflation zu bekämpfen und die Geldmenge knapp zu halten, sie orientiert sich an der monetaristischen Politik der Tories unter Thatcher und der Republikaner unter Reagan. Das Parlament beschließt demgegenüber eine Ausweitung der Kredite für Staatsbetriebe und läßt die Notenpresse ankurbeln, es ist eher keynesianisch orientiert. Doch dahinter verbirgt sich, wie so oft, mehr.

Mit der Berufung von Jegor Gaidar zum Premierminister hat Jelzin einen Mann mit der Reformierung der Wirtschaft beauftragt, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die russische Gesellschaft nach US-amerikanischem Vorbild umzumodeln. Privatisierung, Inflationsbekämpfung und der Abbau der Staatsintervention sind die zentralen Punkte beim Versuch, von der Planwirtschaft loszukommen. Weiter gehören die Freigabe der Preise und die Begrenzung des Lohnanstieges ebenso dazu wie der sukzessive Abbau des Sozial- und Gesundheitswesens. Damit dies auch alles funktioniert, soll es möglichst schnell in die Tat umgesetzt werden. Dieses Vorhaben erinnert sehr stark an den sogenannten "500-Tage-Plan" der Herren Gregori Jawlinski und Stanislaw Schatalin. Dieser Plan brachte seinerzeit Gorbatschow arg in Bedrängnis und seine Autoren sind mittlerweile auf Abstand zu ihrem damaligen Vorhaben gegangen. (S.u.)

Skandinavien als Vorbild?

Einer der Gegner solcher Art des wirtschaftlichen Umbaus ist der Sprecher des Parlaments, Ruslan Chasbulatow. Hauptsächlich bekannt ist er für seine Ausfälle gegen die Regierung und seine mehrfach vorgebrachte Forderung, daß Gaidar und die gesamte Regierung zurücktreten müßten. Darüber hinaus genießt er das Vertrauen weiter Teile des russischen Parlaments, aber auch des Kongresses. In seiner Rede vor dem Kongreß stellte er den Vorstellungen von Gaidar einen an den skandinavischen Ländern orientierten Umbau des Landes entgegen. Sowohl die Art des skandinavischen Wohlfahrtsstaates als auch die Größe der Staatsintervention seien ein realistischeres Ziel für Rußland. Außerdem müsse der Staat Rußland seiner sozialen Verantwortung nachkommen und könne nicht sein System der sozialen Sicherung gegen ein wesentlich schlechteres eintauschen.

Mensch könnte jetzt einwenden, dies sei nur eine geschickte Argumentation, um die Reformen zu bremsen. Sicher ist dies richtig, trotzdem sind die Argumente von Chasbulatow nicht so einfach von der Hand zu weisen. Denn schon jetzt gehören RentnerInnen, Arbeitslose und Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen zu den Opfern einer Politik, die auch in den USA und in Großbritannien die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden ließ, die die Zahl der Menschen, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, täglich weiter in die Höhe treibt. Der Verweis auf die skandinavischen Länder zielt darauf ab, daß auch in Rußland eine Art von Wohlfahrtsstaat errichtet werden soll, der die Kosten der Modernisierung für die Masse der Bevölkerung in überschaubaren Grenzen halten soll.

Für diese Rede erhielt Chasbulatow breite Zustimmung im Kongreß, doch muß trotz manchem richtigen Einwand gegen die Politik Gaidars ein dickes Fragezeichen hinter seine Person gemacht werden. Denn was ist von einem Menschen zu halten, der seine Macht dazu gebraucht, eine 5.000 Mann starke Privatarmee aufzubauen? Diese fungierte offiziell unter dem Titel Parlamentsgarde, unterstand seinem alleinigen Kommando und wurde von Jelzin verboten, nachdem sie versucht hatte, das Gebäude der "Iswestija" zu besetzen, einer Zeitung, die sich im Laufe des Jahres nach dem Doppelputsch ein neues Ansehen erworben hat, insbesondere durch ihrer regierungs- und parlamentskritische Berichterstattung. Chasbulatow träumt davon, mehr Macht zu haben, sagen die Leute in Moskau, für sich und sonst niemanden.

Wir brauchen mehr Zeit

Derzeit profiliertester Gegner der Politik Gaidars ist Arkadi Wolski. Er ist Sprecher der "Bürgerunion", einem Zusammenschluß von Managern der Staatsbetriebe, Vertretern der alten Gewerkschaftsverbände, der "Demokratischen Partei Rußlands" unter Nikolai Trawkin und der "Partei für ein freies Rußland" von Vizepräsident Ruzkoi. Diese Gruppierung stellt gewissermaßen das politische Zentrum des Kongresses dar. Sie verfügt über rund 400 Deputierte und stellt damit die größte Fraktion dar. Ihre Kritik richtet sich hauptsächlich gegen die Geschwindigkeit der Reformen und die fehlende Unterstützung für die russische Wirtschaft. Nach Arkadi Wolskis Vorstellungen sollte für die Privatisierung der Wirtschaft kein konkreter Zeitrahmen vorgegeben werden, denn dies sei alter kommunistischer Stil. Statt dessen müßten die Preise für Arzneimittel und alle Grundnahrungsmittel eingefroren, die staatliche Industrie direkt subventioniert und durch protektionistische Maßnahmen geschützt werden. Die Vorschläge illustrieren, daß in dieser Union sowohl moderate Reformer als auch Anhänger des alten Systems vereinigt sind. Insbesondere die Mitgliedschaft von Ruzkoi und seiner Gruppierung steht dafür, im Bereich des staatlichen Maschinen- und Anlagenbaus wenig zu ändern.

Insgesamt geht aus den Äußerungen von Wolski und anderen namhaften Mitgliedern der Bürgerunion hervor, daß sie von der Politik Jegor Gaidars nicht viel halten. Allerdings wird von ihrer Seite immer wieder betont, daß sie eine Reformierung des alten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem für unumgänglich halten, doch näheres ist nicht bekannt. Es erinnert ein wenig an die Konstellation zwischen Gorbatschow und seinen Gegnern, insbesondere an Jegor Ligatschow, der auch immer wieder betonte, daß er auf Seiten von Glasnost und Perestroika stehe, was ihn aber nicht davon abhielt, dagegen vorzugehen.

Die Bürgerunion repräsentiert einen Teil der neuen Bourgeoisie in Rußland. Vielfach sitzen ihre Mitglieder in den entscheidenden Positionen im Bereich der Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung. Will Jelzin mit seinem Reformprogramm weitermachen, so kommt er an der Bürgerunion nicht vorbei, denn ihr Einfluß in den Bereichen, wo es um die Umsetzung der Reformen geht, ist zu groß. Darum ist es auch nicht verwunderlich, wenn Jelzin im Vorfeld des Kongresses einige Mitglieder der Regierung den Kräften der Union geopfert hat. Informationsminister Michail Poltoranin mußte ebenso gehen wie Jelzins persönlicher Freund und Berater Gennadi Burbulis. Aber auch Außenminister Andrei Kosyrew und Jegor Gaidar selbst stehen auf der Abschußliste. Wie der Streit zwischen Jelzin/Gaidar und der Union ausgehen wird ist noch ungewiß, aber ein möglicher Kompromiß scheint sich dergestalt anzudeuten, daß Gaidar Premier bleibt und einige Berater resp. Minister aus den Reihen der Union bekommt.

Noch mehr Gegner ...

Rund 300 Deputierte des Kongresses rechnen sich zur Gruppe der Konservativen. Unter dem Namen "Rußlands Einigkeit" haben sich ehemalige Mitglieder der KPdSU, militante Nationalisten und viele Offiziere und höhere Mannschaftsgrade der Armee versammelt. Ihr Hauptanliegen ist es, die bisherige Unterstützung des Staates für die Kolchosen und Sowchosen aufrechtzuerhalten, ebenso die bisherige Sonderversorgung der Armee auch weiterhin zu garantieren und möglichst eine eigene Sowjetunion wieder herzustellen. Sergej Baburin, ihr Sprecher, hat sich in der Vergangenheit eigentlich nur durch ständiges Wiederholen der Forderung nach Rücktritt der Regierung und des Präsidenten hervorgetan. Auch nicht mit Ruhm bekleckert haben sich viele Deputierte dieser Fraktion, als sie am Gründungstreffen der "Nationalen Rettungsfront" teilnahmen.

Die Front war ein Zusammenschluß von KommunistInnen der Betonfraktion, Faschisten der Pamjat-Bewegung und anderer zwielichtiger Gestalten. Sie wurde alsbald von Jelzin wegen ihrer offensichtlichen umstürzlerischen Aktivitäten verboten, der Versuch ihrer Bildung verdeutlicht aber, wie weit das politische Spektrum dieser Fraktion des Kongresses reicht. Es ist davon auszugehen, daß sie gegen alles stimmen wird, was irgendwie nach Weiterführung der bisherigen Politik riecht.

Neben dieser Fraktion gibt es noch eine Vielzahl kleinerer Gruppen und Grüppchen, die allesamt gegen die bisherige Politik von Jelzin und Gaidar sind. Sie werden mal gegen, mal für den Präsidenten stimmen. Dieser Gruppe, meistens als "Sumpf" bezeichnet, gehören auch viele an, die 1991 die Kampagne führten, die mitentscheidend war, daß Jelzin Präsident wurde.

... und wenig Freunde

Die Bewegung "Demokratisches Rußland" von 1991 ist weitgehend zerfallen. Aufgrund der ausbleibenden Erfolge der Politik Gaidars und Jelzins sind viele ins Lager der Reformgegner abgewandert, viele sind aber

auch erschrocken über die Auswirkungen einer derartigen Schocktherapie. So verfügt Jelzin im Kongreß nur über die sichere Unterstützung von rund 250 Deputierten, die sich nach wie vor zu dieser Bewegung rechnen. Insgesamt aber sind die Befürworter des Kurses der amtierenden Regierung weniger gut organisiert und einig als ihre Gegner.

Hinzuzurechnen sind ihnen noch einige Deputierte, die sich zur "Freien ökonomischen Partei" rechnen. Diese wurde von Konstantin Borowoi gegründet, seines Zeichens Millionär und bedingungsloser Befürworter einer Wirtschaftspolitik Marke Thatcher. Allerdings dürfte seine Unterstützung für Jelzin so wichtig sein wie ein fünftes Rad am Wagen.

Gaidar und Jelzin müssen sich also auf dem Kongreß nach Bündnispartnern umsehen. Diese werden sie vor allem in der Bürgerunion finden. Dies bedeutet aber wiederum, daß Gaidar Abstriche von seinem Programm machen muß. Vieles deutet darauf hin, daß dies bevorsteht. Wochen- und monatelang hatte Gaidar die Forderungen und Vorschläge aus dem Hause Wolski ignoriert - auf dem Kongreß nannte er sie Freunde und Kollegen, die benötigt werden, um in Zusammenarbeit eine normale, zivilisiert funktionierende Wirtschaft zu bilden. Es ist zwar nicht genau klar, was er damit meinte, aber sicher scheint, daß die Tage einer radikalen Schocktherapie gezählt sind.

Die "500-Tage"-Architekten gehen auf Abstand

Wie schon erwähnt, sind auch die Architekten des sogenannten "500-Tage-Planes" zur Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in der UdSSR zu den Grundelementen ihrer eigenen Idee auf Abstand gegangen. Genauer gesagt, sind sie zu Kritikern ihre damaligen eigenen und Gaidars heutigen Position geworden. Gregori Jawlinski entzog der jetzigen Regierung seine Unterstützung im Frühjahr des Jahres, weil diese Art der Wirtschaftspolitik nach seiner Ansicht das Land nur noch weiter in die Krise treibt. Sein Mitautor Stanislaw Schatalin, jetzt Leiter des Internationalen Instituts für Wirtschafts- und Sozialreformen, geht in seiner jüngst veröffentlichten Kritik noch weiter.

Nach seiner Analyse wird Rußland die Hälfte seines Produktionspotentials verlieren, wenn nicht eine drastische Wende in der Wirtschaftspolitik des Landes eintritt. Diese liefe darauf hinaus, daß Rußland zu einem reinen Rohmateriallieferanten für die kapitalistische Welt würde. Weiterhin stellte Schatalin fest, daß nahezu 80% der russischen Bevölkerung eine drastische Reduzierung ihres Lebensstandards hinnehmen mußte. Nahezu 17% leben an der Grenzen des Existenzminimums bzw. schon unterhalb davon. Nach den Angaben des Institutes würden sogar die Statistiken der Regierung ausweisen, daß zwischen einem Drittel und der Hälfte der russischen Städte regelmäßig kein Fleisch, keinen Zucker und kein Speiseöl in den Läden haben.

Langsam aber sicher wird die Infrastruktur von Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der Regierung zerstört, sagen Schatalin und seine Leute. Ferner wird kritisiert, daß die Regierung absolut unrealistische Vorgaben macht. Im Bereich der Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe wird dies besonders deutlich. Im laufenden Jahr waren in Rußland nur 7% der Einzelhandelsläden in privater Hand, bei den Cafes und Restaurants waren es nur 2%, von der Industrie werden noch niedrigere Zahlen genannt. In absehbarer Zukunft wird nach Ansicht des Institutes der staatliche Sektor nach wie vor bestimmend sein.

Generell kritisieren Schatalin und sein Institut, daß sich Gaidar mit seiner Wirtschaftspolitik zu sehr am liberalistischen Modell einer Marktwirtschaft ausrichtet. Sie würden es demgegenüber begrüßen, wenn er sich stärker an einer sozialstaatsorientierten Version der Marktwirtschaft orientierte. Die historischen Bedingungen in Rußland, das Niveau des Sozialstaates und die Mentalität der Gesellschaft geben für Schatalin nun die Begründung ab, sowohl Gaidar und Jelzin anzugreifen als auch von seinen eigenen Ideen im Rahmen des ehemaligen "500-Tage-Programms" Abstand zu nehmen.

Die Analyse des Instituts wurde zu Beginn des Kongresses in Moskau veröffentlicht. Es ist interessant, daß sie von Ruslan Chasbulatow aufgegriffen wurde. Bekanntermaßen ein Gegner der aktuellen Politik, ermöglicht ihm die Übernahme der Analyse Schatalins nicht nur Sympathie im Kongreß zu erlangen, sondern auch die Regierung Gaidar mit einer Kritik zu konfrontieren, die nicht als Denken von gestern abgetan werden kann. Mit Schatalin kann Chasbulatow auf einen renommierten Autor verweisen, der ursprünglich den Ideen Gaidars sehr nahe gestanden hat.

Weitere Aufgaben

des Kongresses

Eigentlich sollte der Kongreß der Volksdeputierten über eine neue Verfassung der Republik Rußland beraten. Aber die Regierung Jelzin/Gaidar konnte bislang keinen abstimmungsreifen Vorschlag auf den Tisch des Hauses legen. Daher wollte Jelzin den Kongreß auch auf das Frühjahr des kommenden Jahres verschieben. So jedenfalls war die offizielle Begründung, doch es war jedem klar, daß die Verschiebung im Bereich der Wirtschaftspolitik Fakten schaffen sollte, die der Kongreß dann nicht mehr rückgängig machen könnte. Insbesondere dachte Gaidar daran, sein Privatisierungsprogramm auf diesem Wege zu retten.

Doch Jelzin erlitt im Parlament eine klare Niederlage beim Versuch, die Terminverschiebung von diesem Gremium absegnen zu lassen. Somit war klar, daß der Kongreß hauptsächlich über die Wirtschaftspolitik der Regierung diskutieren würde. Aber auch über die Frage der Machtverteilung zwischen Präsident und Parlament wird gestritten. So verlangt das russische Parlament das Recht, Minister und höhere Beamte der Regierung anhören zu können, wie es beispielsweise in den USA üblich ist. Ferner verlangt das Parlament weitergehende Mitspracherechte im Bereich der Gesetzgebung und der Überwachung der Regierung insgesamt. Die Zeit der Dekrete und Präsidentenerlasse soll vorbei sein. Dies hieße natürlich für Jelzin und Gaidar, daß ihre Politik nicht nur einer größeren Kontrolle unterzogen wird, sondern auch größerem Kompromißdruck als bisher ausgesetzt ist.

Doch im Gegensatz zu Gaidar ließ Jelzin einen Vorschlag im Kongreß über diese Frage kursieren, der alles andere als Kompromißbereitschaft signalisiert. Nach diesem soll eine Gesetzesvorlage des Präsidenten innerhalb von zehn Tagen nach Einbringung im Parlament durch die erste Lesung sein. Alle Änderungen seitens der Abgeordneten müssen vorher mit dem Präsidenten abgestimmt werden. Wenn Abgeordnete ihre eigenen Vorlagen einbringen wollen, müssen sie sie innerhalb von drei Tagen beim Präsidenten vorlegen, der hat dann wiederum 14 Tage Zeit, sie zu ändern. Alle Gesetze, die durchs Parlament beschlossen werden sollen, müssen innerhalb von zwei Monaten mit den Wünschen und Vorstellungen von Regierung und Präsidenten in Übereinstimmung gebracht werden.

Dieser Plan überraschte sogar die Anhänger Jelzins. Denn das Verfahren für das Einbringen und Ändern von Vorschlägen erinnert doch sehr stark an die Regeln fürs Parlament zu Zeiten Leonid Breschnews. Viele halten dieses Vorgehen für einen Fehler Jelzins, da er die Fronten nur noch weiter verhärten wird. Allerdings wird auch damit gerechnet, daß sich der Kongreß nicht ernsthaft mit dieser Frage auseinandersetzen wird. Denn es ist derzeit unklar, ob die Versammlung überhaupt zu Fragen der zukünftigen Verfassung kommt.

Ausblick

Ich habe den Artikel während des noch laufenden Kongresses geschrieben, deshalb ist es schwierig, etwas über die Ergebnisse zu sagen. Es ist aber abzusehen, daß das bisherige Wirtschaftsprogramm von Gaidar im Kongreß keine Bestand haben wird. Fraglich ist darüber hinaus auch die zukünftige Position von Gaidar in der Regierung. Viele Deputierten wollen, daß er geht. Aber auch Jelzin selber steht im Kreuzfeuer der Kritik. Ihm wird ein diktatorischer Regierungsstil und eine permanente Mißachtung demokratischer Verhaltensweisen vorgeworfen. Außerdem lasten ihm auch viele Deputierte die katastrophale Wirtschaftslage an. Da er es war, der Jegor Gaidar ins Amt des Premiers holte, sei er auch für dessen Politik mitverantwortlich.

Jelzin ist zwar nach wie vor der populärste Politiker des Landes, aber die Kritik an ihm wird lauter, sei es von Abgeordneten und Deputierten oder von Führern der autonomen Regionen und Gebiete. Sie alle wollen, daß die Macht des Präsidenten eingeschränkt und einer demokratischen Kontrolle unterzogen wird. Eine zu begrüßende Forderung in einem Land, in dem viele Menschen von einer autoritären oder autokratischen Lösung der Probleme träumen.

Aber der Präsident wird seine Position mit einer bekannten Mischung halten können: Reformer, wenn's drauf ankommt, Nationalist, wenn's ihm gut steht und last but not least, wenn's sein muß und hilfreich ist, Demagoge. Ob damit allerdings den Menschen in Rußland auch nur eine Handbreit bessere Lebensbedingungen verschafft werden kann, kann bezweifelt werden. Vielleicht liegt die Zukunft des Landes ja doch in einer weitergehenden Separation. Die sibirischen Städte und Gemeinden haben schon vor einiger Zeit damit begonnen, an Moskau vorbei Politik zu machen. Nun beginnen sie, von Jelzin und Rußland insgesamt

mehr Geld, mehr Einfluß und vor allem die Rechte an ihrem Grund und Boden zu fordern. Dies wird einer der zentralen Auseinandersetzungen der Zukunft sein. Denn in Sibirien liegen die großen Reichtümer und Bodenschätze, von denen Rußland und auch die ehemalige UdSSR profitiert haben.

Im Moment muß die Regierung Jelzin/Gaidar sowohl ihre Kritiker im Parlament und Kongreß befriedigen als auch die Forderungen vom IWF beachten, der bekanntlich einer der unangenehmsten Schuldeneintreiber der Welt ist.

Andreas Skrypietz, Bristol

# 19. Auch im Westen der Türkei: Rassistische Angriffe gegen Kurden

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:17

Erst vor wenigen Wochen hat erneut ein deutsches Obergericht - der Hessische Verwaltungsgerichtshof - eine politische Verfolgung von Kurden in der Türkei bestritten. Da die Massaker im Osten unübersehbar sind, wurde für die Ablehnung politischen Asyls ein Hilfsargument bemüht: Es bestehe "jedenfalls eine innerstaatliche Fluchtalternative in der Westtürkei", wo Kurden "insbesondere in den Großstädten verfolgungsfrei leben". (nach taz, 24.11.) Die gleiche Argumentation spielt in Begründungen für die Aufhebung des Abschiebestopps für kurdische Flüchtlinge eine zentrale Rolle.

Der folgende Artikel widerlegt all diese Behauptungen und liefert Hintergründe zur innerstaatlichen Migrationsbewegung in der Türkei, zum Aufbrechen eines antikurdischen Rassismus im Westen und zu den Gründen für dessen gezielte staatliche Förderung. Es ist nicht einfach, so der Autor, angesichts der Ereignisse von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und und und ... über rassistische Ausschreitungen in anderen Ländern zu schreiben. Zu leicht kann es als Relativierung dessen verstanden werden, was gerade in Deutschland geschieht. Andererseits ist es für das politische Verstehen der Phänomene Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sicher nützlich, sich Entwicklungen an anderen Orten und mit anderem gesellschaftlichem Hintergrund anzusehen.

Aus deutscher Sicht gibt es zwei Bilder der Türkei: Es gibt ein Kurdistan, in dem Terror, Krieg und Elend herrschen, und es gibt eine angenehme, wohlaufgeräumte Ägäis-Landschaft, wo man gut Urlaub machen kann. In ganz ähnlicher Weise sehen es viele Türken. Da gibt es den in bescheidenem Wohlstand lebenden Westen, wo das Betreten des Rasens und das Anfassen der Blumen verboten ist, und es gibt den Osten, wo viele Menschen so arm sind, daß sie das Gras öffentlicher Anlagen rauben.

Zwei Tatsachen werden allerdings bei dieser Trennung verdrängt. Einmal, daß gar nicht so wenige Menschen im Westen der Türkei aus dem kurdischen Osten stammen, andererseits, daß es die Söhne der Ägäis-Welt sind, die im gefährlichen Kurdistan ihren Militärdienst leisten und von denen immer mehr nicht lebend zurückkommen.

Doch die Ära, in der Krieg und Frieden in verschiedenen Teilen des Landes koexistierten, scheint zu Ende zu gehen. Verantwortlich dafür sind Entwicklungen in beiden Landesteilen.

Vertreibungspolitik

in Kurdistan

Seit Jahren zerstört das Militär Dörfer, deren BewohnerInnen im Verdacht stehen, der Guerilla zu helfen, deren Männer sich weigern, als sogenannte "Dorfschützer" auf der Seite des türkischen Staates zu kämpfen oder die einfach zu unzugänglich in den Bergen liegen. Diese Art der Kriegführung gegen die Bevölkerung hat seit dem Frühjahr eine weitere Dimension bekommen. Nun trifft die Repression auch die kurdischen Kleinstädte, in die sich viele Dorfbewohner geflüchtet haben. Am schwersten betroffen ist bisher die Stadt Sirnak (ca. 25.000 EinwohnerInnen). Bereits nach den Newroz-Demonstrationen im März wurde die Stadt bombardiert. Im August wurde sie über 40 Stunden vom Militär beschossen. (vgl. ak 345 und 346) Ähnliche Angriffe auf Städte, die nicht im Zusammenhang mit Kämpfen standen, kamen in den letzten Monaten häufig vor. Außer diesen militärischen Angriffen übt auch die Polizeihaft einen großen Druck auf die Bevölkerung aus. Bis zu einem Monat und ohne Angabe von Gründen oder irgendeine Kontrolle durch Gerichte, Anwälte, Besucher und Ärzte können in Kurdistan Menschen festgehalten werden. In dieser Zeit sind sie verschiedenen Foltermethoden ausgesetzt. Diese Festnahmen werden massenhaft praktiziert, allein in der ersten Juli-Woche wurden 2.000 Menschen festgenommen.

Proteste gegen solche Terrormaßnahmen bleiben ohne Erfolg, selbst wenn die Protestierenden zu außergewöhnlichen Mitteln greifen. Ein Beispiel ist die Kleinstadt Idil, die im April tagelang vom Militär terrorisiert wurde. Schließlich packten mehrere tausend Menschen ihre Habseligkeiten zusammen und versuchten, gemeinsam die Stadt zu verlassen. Den Sicherheitskräften riefen sie zu: "Der Bezirk gehört euch, wir gehen!" Die Sicherheitskräfte verhinderten aber den Auszug mit Gewalt, wobei ein Einwohner erschossen

wurde. Darauf beantragten 200 Kleinhändler ihre Lizenzen und Steuerregistrierungen zu annullieren, da sie ihr Geschäft aufgäben. Schließlich verließen viele Menschen tatsächlich die Stadt.

Ein weiterer Grund für die Abwanderung aus Kurdistan ist die Wirtschaftskrise. Die kurdische Region war schon immer ein Stiefkind der türkischen Wirtschaftspolitik. Die wenigen Investitionen flossen hauptsächlich in die großen Staudammprojekte, die Erdölförderung und den Ausbau strategisch wichtiger Straßen. Der Abgeordnete Orhan Dogan aus dem Bezirk Sirnak bringt das Verhältnis Ankaras zur kurdischen Provinz auf den Punkt: "Der Staat hat in Sirnak 80 Gendarmerie- und Militärstationen gebaut, aber keine einzige Fabrik."

Nun lasten auf der Region zusätzlich die noch nicht verwundenen Einbußen des Irak-Embargos und die wirtschaftlichen Folgen des inneren Krieges. Die Binnenflucht kommt dem türkischen Staat nicht ungelegen. So gab sich Staatspräsident Turgut Özal von der "Mutterlandspartei" (ANAP) ganz unverfroren. Bei einem Trip in das zwischen Felsspalten gebaute kurdische Städtchen Uludere teilte er den Bewohnern mit, ihre Region sei für eine wirtschaftliche Entwicklung zu gebirgig: "Ihr werdet früher oder später von hier wegziehen, in den Westen des Landes oder in das GAP-Gebiet in der Nähe von Urfa". (Avebury-Bericht, dokumentiert in FR, 23.11.)

Özal bringt damit zum Ausdruck, daß die Vertreibungspolitik des türkischen Staates nicht nur einen militärischen, sondern auch einen wirtschafts- bzw. entwicklungspolitischen Aspekt hat. Sie nimmt eigentlich nur militärisch vorweg, was sich aufgrund einer bestimmten wirtschaftlichen Strategie ohnehin ereignen würde.

Das wirtschaftliche Augenmerk der Türkei gilt der landwirtschaftlichen Entwicklung in den Ebenen, vor allem im Bereich des GAP-Projektes. Dieses "Südostanatolien-Projekt" ("Güneydogu Anadolu Projesi") sieht als Kernstück den Bau von 17 Staudämmen im Flußsystem von Euphrat und Tigris vor. Mit dem gestauten Wasser sollen u.a. moderne Agroprojekte in einem riesigen Maßstab verwirklicht werden. Daneben würde sich die traditionelle kurdische Landwirtschaft der Bergregionen mit Gebirgsweiden und fruchtbaren, aber schmalen Tälern wie ein Anachronismus ausnehmen. Ein wesentlicher Teil der kurdischen Landwirtschaft ist also auch ohne Dorfzerstörungen, Minen und Weideverbote bedroht, und auch ohne die PKK wäre der türkische Staat wahrscheinlich in ein paar Jahren gezwungen gewesen, hier und da Militär gegen revoltierende Bauern einzusetzen.

Wirtschaftsprobleme

und Nationalismus im Westen

Die Flüchtlingswelle aus dem Osten trifft auf einen wirtschaftlich ebenfalls verunsicherten Westen. In der ersten Jahreshälfte meldeten die Arbeitsämter einen Zuwachs von 25% bei den Arbeitssuchenden. Die Inflationsrate war mit 74% (Vorjahr 71%) weiter sehr hoch. Im Herbst scheint sich der wirtschaftliche Horizont weiter zuzuziehen, vor allem für die Lohnabhängigen. Der IWF erdreistete sich, in den hohen Löhnen ein Alarmsignal für die türkische Wirtschaft zu sehen. Dies in einem Land, in dem der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen von 32,8% (1979) auf gerade noch 14% (1988) gefallen ist. Die Regierungskoalition aus Demirels "Partei des richtigen Weges" (DYP) und Inönüs "Sozialdemokratischer Volkspartei" (SHP), die vor einem Jahr mit großen Versprechen für die Arbeitnehmer/innen angetreten war, betreibt nun eine Politik mehr gegen als für die Arbeitnehmer. Das Gesetz, daß der Ministerrat Streiks aussetzen kann, das sie eigentlich abschaffen wollte, wendet sie nun selbst an. Im November schließlich drohte Ministerpräsident Demirel, bei der vom IWF geforderten Privatisierung der "Öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen" (KIT) würden notfalls 500.000 Arbeitnehmer entlassen.

Begreiflicherweise ist es nicht gut für Flüchtlinge und Zuwanderer, wenn sie in ein Gebiet kommen, in dem ökonomische Ängste umgehen. Dies gilt um so mehr, wenn eine nationale Stimmung geschürt wird. Für das Anfachen nationaler Emotionen in der Türkei gibt es außer dem Wunsch, von der wirtschaftlichen Krise und dem Scheitern zahlreicher Wahlversprechen abzulenken, noch mehrere handfeste Gründe. Da ist etwa das Projekt, mit Hilfe der Turkvölker im Süden der ehemaligen Sowjetunion in Mittelasien einen beherrschenden ökonomischen und politischen Einfluß zu gewinnen. Dieses Projekt erfordert aber erst einmal ökonomische Opfer, während sein Erfolg, zumindest mittelfristig, immer fraglicher wird. So brachte die Konferenz der Turkvölker Anfang November in Ankara keinerlei Ergebnisse. Selbst das in der türkischen Presse schon als so gut wie unterschrieben gefeierte Vorhaben, kasachisches Öl über die Türkei nach Westen zu transportieren, ist

gescheitert. Die Türkei droht mit ihren Ostphantasien ähnlich Schiffbruch zu erleiden wie die deutsche Wirtschaft (allerdings ohne die Ex-DDR im Gepäck).

Nicht nur weil die türkischen Arbeitnehmer wohl lange warten können, bis sie den Erfolg der wirtschaftlichen Expansion nach Mittelasien auch in ihrer Gehaltsabrechnung wahrnehmen können, bedarf das Unternehmen des nationalen Mantels. Die Ideologie des Panturkismus soll den Türken einen Vorsprung gegenüber den Konkurrenten in den Turkrepubliken, den Iranern und den Saudis verschaffen und hat das fürs erste wohl auch.

Dies hat sicher wesentlich dazu geführt, daß extreme Nationalisten auch in der Türkei wieder salonfähig geworden sind. So durfte der Vorsitzende der faschistischen "Nationalen Partei der Arbeit" (MCP), Alparslan Türkes, Demirel bei einer Reise durch die Turkrepubliken begleiten.

Ein weiterer Grund, das Nationalbewußtsein zu stärken, dürfte der Krieg in Kurdistan selbst sein. Die toten Soldaten und Polizisten und das Geld, daß der Krieg kostet, müssen durch das Schüren von Nationalismus und Haß aufgewogen werden. Die Regierung versucht zwar durch Umstrukturierung der Armee - von einem "deutschen Modell" ist die Rede - die Wehrpflichtigen zu entlasten, indem die Zahl der Soldaten verringert wird und dafür mehr Berufssoldaten eingestellt werden. Aber allein mit teuren Zuschlägen wird man auf Dauer auch die Berufssoldaten nicht in den zermürbenden Krieg schicken können.

Deshalb schlägt Demirel zunehmend faschistoide Töne an. Da ihm die Bezeichnung "Terroristen" für die Kämpfer/innen der PKK wohl nicht volkstümlich genug ist, spricht er von "Banditen" und "Ungeziefer" und erklärt, daß die "Brutstätten der Moskitos" ausgeräuchert werden müßten.

Neue Kurdenfeindlichkeit

in der Westtürkei

Anfang Mai wurde in mehreren Stadtvierteln Izmirs ein Flugblatt verteilt, in dem sich "Patrioten aus Izmir" an das türkische Volk wenden. Darin wird aufgerufen, an die "kommunistischen Kurden" keine Wohnungen mehr zu vermieten, ihnen keine Arbeit zu geben, sie nicht zu grüßen und in ihren Geschäften nicht einzukaufen: "Das Geld, das Du ihnen gibst, kommt als Gewehrkugel zu Deinem Sohn, der Soldat ist, zurück!" Schließlich rufen die Verfasser zum offenen Angriff auf die Kurden auf, "... und wenn Du das nicht kannst, so hasse sie wenigstens". (Cumhuriyet, 4.5., FR, 12.11.)

Dies ist Ergebnis einer planmäßig betriebenen staatlichen Politik. Bereits im Frühjahr hatte der Bürgermeister der Drei-Millionen-Metropole, Yüksel Cakmur, einigen Chefredakteuren renommierter türkischer Zeitungen "unverblümt sein Vorhaben mitgeteilt, seine Stadt von Kurden zu säubern". (NZZ, 26.11.) Im Mai hat die Stadtverwaltung "eine Reihe einschneidender Maßnahmen zur Eindämmung der Binnenmigration" - angeblich wandern bis zu 70.000 Personen jährlich aus dem Osten in den Großraum Izmir zu - ergriffen: "Zunächst wurde den Straßenhändlern - in ihrer überwiegenden Mehrheit Kurden - angeblich aus ästhetischen Gründen der Zugang zum Stadtzentrum verboten. Wie es offiziell hieß, würden sie der westlich-orientierten und modernen Metropole einen allzu anatolischen, rückständigen Eindruck verleihen. Weiter wurde beschlossen, ein Armenviertel namens Kadifekale abzureißen. Kadifekale gilt als Inbegriff eines kurdischen Ghettos in einer Großstadt im Westen der Türkei." (ebd.)

Die antikurdischen Maßnahmen der Behörden werden begleitet von offener Hetze. Der Bürgermeister der Vorstadt Konak, zu der auch Kadifekale gehört, bezeichnete die Emigration als ein "Krebsgeschwür der Städte". (ebd.) Der Lokalpolitiker Kamil Yesiltepe von Özals "Mutterlandspartei" (ANAP) fühlte sich aufgerufen, vor dem Zustrom von Zuwanderern aus dem Osten zu warnen, da er den Terror fördere. Deshalb forderte er, jeder müsse "in seine Heimat zurückkehren". Ebenso warnte Izmirs Polizeichef, auf die Kurden bezogen: "Der Terror in Izmir ist ein schlafender Drache!"

Während solche Äußerungen an das Feindbild von den kriminellen Ausländern in der BRD erinnern, sprach der lokale Kolumnist Hamdi Türkmen die Motive der Kurdenfeindlichkeit direkter an. Er schrieb: "Die auf der Sonnenseite müssen die, die aus dem Schatten kommen, vertreiben." (Zitate nach FR, 12.11.)

Anfang Oktober kam es in Fethiye - einem bekannten Ferienort an der Westküste, gegenüber Rhodos - zu heftigen Ausschreitungen gegen Kurden. Bei der Beerdigung eines im Kampf gegen die PKK gefallenen

Soldaten rief eine von auswärts gekommene Gruppe Parolen wie: "Kurden raus", "Nieder mit der PKK" und "Wenn auch unser Blut fließt, der Sieg gehört dem Islam!" Gouverneur und Landrat sahen dem Treiben zu.

Daraufhin zog eine Menge von ca. 150 Personen zu einer Baustelle, auf der Kurden beschäftigt werden, und forderten die Entlassung der Kurden. Antikurdische Demonstranten konnten Personenkontrollen durchführen. Kurden wurden verprügelt und aufgefordert wegzuziehen. Bei einem kurdischen Teehaus wurden die Scheiben eingeworfen, und aufgehetzte Schüler verprügelten kurdische Mitschüler in der Schule. (Gündem, 5.10.) Kurz darauf überfiel in Urla bei Izmir eine Menge mit Stöcken und Steinen das Wohnhaus einer kurdischen Familie, das sie eine halbe Stunde belagerte. (Gündem, 5.10.)

Am heftigsten waren die Angriffe auf Kurden knapp einen Monat später im an der Südküste (zwischen Antalya und Kap Anamur) gelegenen Alanya, ebenfalls ein beliebter Urlaubsort. Vorausgegangen war auch in Alanya die Beerdigung eines gefallenen Soldaten, zu der die ANAP mit Lautsprecherwagen und aufpeitschenden Sprüchen aufgerufen hatte. Bei der Beerdigung stand ein Bürgermeister der faschistischen MCP in der ersten Reihe, und eine Gruppe der faschistischen Kampforganisation "Graue Wölfe" trat in Erscheinung.

Danach wurden sechs Häuser von Kurden von Bewaffneten aufgesucht, auf ein Haus wurde ein Molotow-Cocktail und auf zwei Handgranaten geworfen. Auf ein anderes Haus wurde geschossen. Eine große Zahl kurdischer Läden wurde ebenfalls angegriffen und eine Holzhandlung angesteckt. An den Ausschreitungen war eine Menge von 300-400 Personen beteiligt. Es wurden Parolen wie "Alanya wird das Grab der Kurden" und "Kurden raus" gerufen. Die Polizei kam zu spät, Augenzeugen berichteten sogar, einige Polizisten hätten die Ausschreitungen aktiv unterstützt. (Gündem, 3.11.)

Offenbar werden die Übergriffe von rechten Gruppen überregional gesteuert. Bei den Vorfällen in Alanya soll z.B. ein Mann eine besondere Rolle gespielt haben, der mit einem grünen Mercedes mit Hamburger Kennzeichen angereist war.

Die kurdische Bevölkerung

im Westen

Um die antikurdischen Ausschreitungen in ihrer Reichweite zu verstehen, muß man wissen, was sie zu beenden drohen, nämlich ein Jahrhundert relativ friedlichen Zusammenwohnens im Westen der Türkei.

Die ersten Kurden, die in größerer Zahl in den Westen kamen, arbeiteten als Lastenträger in Istanbul. Sie schufen sich eine bemerkenswerte soziale Organisation, die in manchen Zügen beispielhaft für die soziale Eingliederung späterer Zuwanderer ist. In Istanbul waren sie als Zugezogene oder Saisonarbeiter ohne das soziale Netz ihrer bäuerlichen Herkunft. Um das auszugleichen, arbeiteten die Zuwanderer auch in Istanbul nach Familien, Dörfern und Regionen zusammen. Eine solche Herkunftsregion schloß sich dann in einer "Abteilung", "bölük", zusammen. In der bölük werden die Tageseinnahmen gleichmäßig verteilt, und die bölük kümmert sich auch um Kranke. Ein Dutzend solcher "bölük" mit je 150-200 Arbeitern gibt es noch heute in Istanbul.

In Folge der großen Kurdenaufstände zwischen 1925 und 1938 kam als nächste Gruppe eine große Zahl von zwangsdeportierten Kurden in den Westen. Die systematische Unterentwicklung Kurdistans und Wirtschaftskrisen führten zu einem weiteren Zuzug vieler Kurden, insbesondere im letzten Jahrzehnt. Das betrifft nicht nur die Großstädte: In den schnell wachsenden Touristenzentren der Westküste bilden zugewanderte Kurden heute "den Hauptteil der ungelernten Bauarbeiter, und sie stellen die Mehrheit der schlecht bezahlten Tagelöhner in der Landwirtschaft". (NZZ, 26.11.) Mittlerweile wird der kurdische Bevölkerungsanteil in Istanbul auf zwei bis drei Millionen und in Izmir auf fast eine Million geschätzt, d.h. in den westlichen Metropolen stammt bald jeder dritte aus Kurdistan.

Die Ansiedlung und ökonomische Eingliederung erfolgte immer noch mit der Hilfe bereits zugezogener Verwandter und Bekannter. So entstanden in den türkischen Metropolen fast ausschließlich von Kurden bewohnte Stadtviertel, was die Assimilation an den türkischen Westen beeinträchtigte.

Obwohl die Kurden auf diese Weise abgeschlossene Gemeinschaften bildeten, blieben Spannungen zwischen ihnen und der türkischen Bevölkerung gering. Dazu mag die gemeinsame Religion beigetragen haben, vor allem aber der Umstand, daß dem Staat, der die Kurden im Osten grausam unterdrückte, nicht an einer

antikurdischen Hetze gelegen war. Die Kurden sollten nicht wie andere Minderheiten vertrieben oder vernichtet, sondern möglichst vollständig assimiliert werden. Ein Staat, der die Existenz einer kurdischen Sprache einfach leugnete, hätte sich mit antikurdischer Hetze schließlich selbst widersprochen.

So könnte sich gerade das zögerliche Zugeständnis einer kurdischen Identität seit dem Golfkrieg als Bumerang für die Kurden in der Westtürkei erweisen. Gefährlich wird für sie auch, daß sie in den immer nationalistischer sich gebärdenden türkischen Parteien fast keinen Rückhalt finden konnten, während die einzige größere legale prokurdische Partei, die "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) wachsender Verfolgung ausgesetzt ist. U.a. sollen am 25. Dezember 15 führende Mitglieder der HEP vor dem Staatssicherheitsgericht wegen Landesverrat (Separatismus) angeklagt werden, bei einem Schuldspruch kann nur auf Todesstrafe erkannt werden. So haben die Kurden trotz Paß und Wahlrecht im Westen der Türkei faktisch bald den Status von Ausländern.

Jan Keetman

Quellen: FR, Badische Zeitung, Cumhuriyet, Özgür Gündem u.a.

# 20. Untergang einer Stadt in Kurdistan (Buchvorstellung)

Rubrik: Türkei; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:25

Hasankeyf, eine kleine Ortschaft in Türkisch-Kurdistan, wird, sollte der geplante Staudamm im Rahmen des monströsen türkischen GAP-Projekts (s. ak 316) gebaut werden, in einem Jahrzehnt nur noch eine Stadt am Grunde eines Stausees sein.

Leicht gerät hinter all den großen Übeln dieser Region - den Massakern der türkischen Armee an der kurdischen Bevölkerung, den Auswirkungen des Staudammprojekts auf große Gebiete - das "kleine Elend" aus dem Blick, wie eben der drohende Untergang von Hasankeyf mit seinen rund 4000 EinwohnerInnen. Gerhard Väth, ehemaliger Referent am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Istanbul, und der Arzt und Fotograf Rüdiger Kuhn haben Hasankeyf ein Denkmal errichtet - ein Denkmal allerdings in dem Bestreben, den Untergang des Ortes zu verhindern: Die Ausstellung und den Katalog Hasankeyf am Tigris - Stiller Untergang einer Stadt in Kurdistan.

Neben einer Darstellung der Siedlungsgeschichte und der politischen Entwicklung vermitteln die Autoren ein subtiles Bild des heutigen Hasankeyf, das in seiner Art exemplarisch ist für viele andere kleine Ortschaften des Orients. Ausgehend vom Basar, der die wirtschaftliche Lage dieser Ortschaften kennzeichnet, werden die Verdienstmöglichkeiten außerhalb des Basars, die im Ort ausgeübten Berufe, und die häuslichen Produktionsgemeinschaften geschildert. Die häufigen Besuche Gerhard Väths in Hasankeyf haben es ihm ermöglicht, auch das soziale Leben im öffentlichen Raum wie der Familien sowie die Sitten und das religiöse Leben kennenzulernen - Hochzeit, Geburt und Beschneidung werden ebenso dargestellt wie der islamische Volksglaube.

Bei seinem letzten Aufenthalt in Hasankeyf wurde der Autor von Rüdiger Kuhn begleitet, dem die gemeinsame Publikation eine Anzahl, sehr stiller und gerade deshalb eindringlicher Fotografien zu danken hat. Fotografien im übrigen, die, sofern sie Personen abbilden, niemals insgeheim, aus einer Schlüssellochperspektive gemacht wurden, sondern nur im Einverständnis mit den Abgebildeten. So sind etliche der Porträts zugleich Selbstdarstellungen - wenn etwa der Mehlhändler extra für den Fotografen den Telefonhörer ans Ohr hält. Darstellungen des Lebens, das die Einwohner von Hasankeyf führen möchten: Eben in ihrem Ort, nicht vertrieben durch ein Staudammprojekt, in bescheidenem Wohlstand, in Frieden und - geachtet.

Die Ausstellung "Hasankeyf am Tigris - Stiller Untergang einer Stadt in Kurdistan" wird im Dezember im Berliner "Haus der Kulturen der Welt" gezeigt. Die gleichnamige Publikation (80 S., 65 Fotos) ist für 29.80 DM im Buchhandel oder über den Verlag Königshausen + Neumann, Leistenstraße 3, 8700 Würzburg zu beziehen.

# 21. Welle des Antisemitismus in Italien

*"Warum haßt ihr die Juden?" Serge Moatis Interviews mit Antisemiten*

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:03

Der Antisemitism World Report 1992, herausgegeben vom Londoner Institute of Jewish Affairs, erwähnt für das Jahr 1991 "eine gewalttätige Äußerung des Antisemitismus" in Italien: "In der Nacht zum 11. Juli wurden von einer oder mehreren unbekannten Person(en) auf das neue Gebäude der jüdischen Gemeinde in Mailand Schüsse abgefeuert." Verletzt wurde niemand. Als zweite antisemitische Manifestation nennt der Bericht "Beschimpfungen" durch Fußballfans. Der Rest des Italien gewidmeten Kapitels behandelt vor allem antisemitische Publikationen: italienische Variationen der "Auschwitz-Lüge", eine Neuausgabe von Hitlers "Mein Kampf", außerdem katholische Hetzschriften aus dem Umfeld des Opus Dei. 1200 Skinheads zählt der World Report in ganz Italien, die meisten von ihnen in Rom und Mailand. Die Erwähnung des neofaschistischen Movimento sociale italiano (MSI) wird mit einer Einschränkung versehen: "Obwohl der Antisemitismus nie ein wichtiges Merkmal des italienischen Faschismus war, verleiht die fremdenfeindliche Plattform des MSI allen Arten von Vorurteilen Seriosität".

Die seit Juni dieses Jahres anhaltende antisemitische Hetze von Skinheads und anderen rechtsextremen Fans des Fußballclubs Lazio Rom konnte der römische Bürgermeister Franco Carraro noch mit gewisser Berechtigung als das Werk einer kleinen Minderheit von Unbelehrbaren bezeichnen. Die Fans hatten die Verpflichtung des farbigen Holländers Aron Winter (früher Ajax Amsterdam) durch Lazio mit antisemitischen Schmierereien beantwortet: "Winter raus - wir wollen keine Juden, wir fordern die Reinheit von Lazio". Daß der Spieler mit dem "jüdisch klingenden Namen" gar kein Jude ist - seine Eltern kamen als surinamesische Einwanderer hinduistischen Glaubens in die Niederlande - spielt offenbar keine Rolle; Antisemitismus kommt notfalls auch ohne Juden aus.

Ab September haben antisemitische Aktivitäten sichtbar zugenommen. In San Remo wurden jüdische Grabmäler, in Livorno die Synagoge und das Wohnhaus des Rabbiners mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. In Rom brachten "Naziskins", so das neu-italienische Wort für rechtsextreme Skinheads, auch Parolen in deutscher Sprache an, u.a. "Sieg Heil" und "Juden raus". Diese offenkundigen Anleihen bei den deutschen Nazis sind nicht auf bloßes "Nachäffen" (so verharmlosend der Publizist Indro Montanelli) zu reduzieren. Das deutsche Beispiel - vor allem das Rostocker Pogrom Ende August - muß wohl eher als Auslöser gesehen werden. Darauf weisen die zeitgleich mit der antisemitischen Welle - und von demselben Täterkreis - begangenen Gewalttaten u.a. gegen polnische und afrikanische Einwanderer hin. Der Kommentator der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) kommt mit seiner Deutung der Zusammenhänge zwischen deutschem und italienischem rassistischem Terror der Wahrheit vermutlich ziemlich nahe: "Vereinfachend gesagt, haben die Krawalle von Rostock gewissen Leuten die Hemmungen genommen." (1)

Manipuliertes Umfrageergebnis

Einen eigenen Beitrag zur Senkung der Hemmschwelle leistete die italienische Presse, allen voran die Wochenzeitung L'Espresso. Das in der Ausgabe vom 8. November unter Berufung auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Demoskopea veröffentlichte Dossier über die antisemitische Welle in Italien sorgte international für Entsetzen. "Hilfe, einer von zehn haßt die Juden" oder anders gerechnet: "Unter uns gibt es sechs Millionen Antisemiten" - diese Schlagzeilen aus L'Espresso wurden in verschiedenen Variationen von der Weltpresse reproduziert. Die Jerusalem Post titelte beispielsweise: "10,5% der Italiener denken, daß alle Juden Italien verlassen sollten".

Ein Blick in die zugrundeliegende Ausgabe von L'Espresso zeigt, daß die Blattmacher die Umfrageergebnisse so grob verfälscht haben, daß wohl Absicht unterstellt werden muß. Die von der Redaktion zu verantwortende Zusammenfassung, aus der offenbar weltweit abgeschrieben wurde, hält u.a. folgende Ergebnisse fest: "Und man kann bei mehr als 6 Millionen Italienern von echtem ‚Haß` auf die Juden sprechen, wenn 10,5% der Befragten vertreten, daß ‚die Juden Italien verlassen sollten`, und daß 10,4% ‚Sohn oder Tochter davon abbringen würden, einen Juden oder eine Jüdin zu heiraten`. Aber es kommt noch schlimmer: mehr als 9%, das sind etwa 5 Millionen unserer Mitbürger, glauben an die revisionistische Propaganda der Neonazis und behaupten sogar, daß der Holocaust in den Gaskammern eine Erfindung wäre."

Eine Seite weiter zeigen die entsprechenden Schaubilder, wie plump hier zum Zwecke der Sensationsmache manipuliert wurde. Frage 2 der Demoskopea-Erhebung lautet: "Haben die Juden neben einer anderen Religion auch gemeinsame kulturelle, soziale und politische Charakteristika, die sie vom Rest der Bevölkerung unterscheiden?" Frage 3 richtet sich allein an die 44,2% der Befragten, die Frage 2 bejaht hatten (36,5% antworteten mit nein, 19,3% machten keine Angabe): "Wenn die Antwort auf die vorige Frage ‚ja` war, sagen Sie, ob Sie mit den folgenden Behauptungen einverstanden sind oder nicht." Es folgen die antisemitischen Scheußlichkeiten, die den Aufschrei des Entsetzens verursachten: "Die Juden sind keine echten Italiener" (34,4% ja, 58,4% nein, 7,6% ohne Antwort); "Die Juden sollten Italien verlassen" (10,5% ja, 86,8% nein, 2,7% ohne Antwort); "Die Juden haben eine besondere Beziehung zum Geld" (56,3% ja, 26,7% nein, 17% ohne Antwort); "Die Juden sind mir nicht sympathisch und flößen mir kein Vertrauen ein" (10,2% ja, 83,9% nein, 5,9% ohne Antwort); "Die Juden lügen, wenn sie behaupten, der Nazismus habe sie zu Millionen in den Gaskammern ermordet" (9,4% ja, 85,3% nein, 5,3% ohne Antwort).

Daß diese Fragen sich an die 470 der insgesamt 1064 Befragten richteten, die den Juden gemeinsame, sie vom Rest der Bevölkerung separierende Eigenschaften zuschreiben, steht noch einmal ausdrücklich unter Schaubild 3. Mit jedem einfachen Taschenrechner läßt sich das Ergebnis auf die Gesamtzahl der Befragten hochrechnen: 10,5% von 44,2% sind 4,641%, die für "Juden raus" votieren (2), ein Prozentsatz, der in etwa dem Stimmenanteil des MSI entspricht. Damit soll weder unterstellt werden, daß die (hochgerechnet) 2,6 Millionen harten Antisemiten unter den ItalienerInnen allesamt MSI-Anhänger sind; noch soll der Skandal, der sich in diesen Zahlen ausdrückt, geleugnet werden. Aber es handelt sich eben um einen sehr dauerhaften Skandal, der bisher nicht als besonders bedrohlich empfunden wurde. Nach Untersuchungen zur Toleranz der ItalienerInnen gegenüber Minderheiten sei die Verbreitung der Judenfeindschaft seit sechs Jahren konstant - schreibt L'Espresso, eine ‚wie gesehen, zweifelhafte, aber die momentan einzige zugängliche Quelle. Jeweils 10,5% bis 10,6% der Befragten hätten ihre "Antipathie" gegen die Juden bekundet; weit an der Spitze der "Intoleranzskala" lagen und liegen die Haßobjekte "Zigeuner" (zingari), Homosexuelle und Drogenabhängige mit Antipathiequoten zwischen 41,9% und 49%.

Enrico Finzi, der für die aktuelle Untersuchung verantwortliche jüdische Demoskop, interpretiert die vorliegenden Ergebnisse zweifellos richtig: "Wohlgemerkt, diese Zahlen messen das Phänomen des Antisemitismus in seiner Ausdehnung, nicht nach seiner Intensität, die, wie aus den Nachrichten offensichtlich hervorgeht, entscheidend angestiegen ist." Dazu hat auch die gezielte Manipulation der Umfrageergebnisse durch L'Espresso - von der sich Finzi und Demoskopea sogleich distanziert haben - beigetragen. Streng genommen ist ein kausaler Zusammenhang zwischen der falschen Sensationsmeldung und den auf sie folgenden antisemitischen Ausschreitungen nicht beweisbar. Taz-Korrespondent Werner Raith ist von einem solchen Zusammenhang überzeugt: "Noch in der Nacht der Vorabbekanntgabe der Resultate waren Rassisten ausgeschwärmt und hatten in Rom, aber auch in anderen Städten Hunderte von Geschäften mit dem Judenstern und antisemitischen Parolen besprüht."

Jüdische Gegenwehr

Drei Tage später schlugen in Rom 50 bis 60 Juden im Alter zwischen 20 und 40 Jahren zurück. In einer gut organisierten und völlig überraschenden Aktion demolierten sie das Versammlungslokal des rechtsextremen Movimento politico occidentale ("Westliche politische Bewegung"). In einem Bekenneranruf bei der Tageszeitung Il messagero erklärten die Militanten, sie seien "die Übergriffe der letzten Tage leid und wollten nie wieder gelbe Judensterne an ihren Häusern sehen. Sie hätten das getan, was die Polizei unterlasse".

Die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Rom, Tullia Zevi, distanzierte sich von der Aktion, machte aber deutlich, daß sie den Zorn der Beteiligten verstehen könne. Nicht nur "militärisch", auch was die Reaktion der Öffentlichkeit angeht, ist die antifaschistische Strafexpedition als voller Erfolg zu werten. Einer der maßgeblich Beteiligten wird in der taz mit den Worten zitiert: "Erst seit wir uns auch mit unseren Fäusten wehren, nimmt uns die Nation überhaupt als Menschen wahr - und seither gelten wir auch etwas bei den Arabern und Afrikanern." Für die römischen Naziskins könnten demnächst noch härtere Zeiten anbrechen: Arabische Jugendliche haben nach der Aktion vom 5. November bei den Juden angefragt, "ob man nicht gemeinsam was gegen Rassisten und Naziskins machen wolle".

Der Traum von einer Insel

In ihrer Freude über die erfolgreiche und mutmachende jüdische Gegenwehr sollten die italienischen - und alle anderen - Antirassisten nicht der schwierigen Frage ausweichen, wie die Welle des Antisemitismus ausgerechnet in Italien möglich war - einem Land, das wegen seiner besonderen Geschichte, den Faschismus eingeschlossen, als weitgehend immun gegen Antisemitismus galt. (3) Unter den deutschsprachigen "Italien-Experten" hat sich Ulrich Hausmann (Kommune 12/92) mit einer vom antilinken Zeitgeist inspirierten These exponiert: "Sucht man nach Gründen für die jetzige antisemitische Welle von rechts, dann kommt man immer wieder auf den linken Antizionismus als Auslöser einer möglichen - man sollte da mit definitiven Schlüssen vorsichtig sein - Entfremdung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Italienern." Als einzigen Beleg für das verderbliche Treiben der Linken nennt Hausmann eine Gewerkschaftsdemonstration gegen die israelische Libanonpolitik aus dem Jahre 1982, die "zu einer völlig inakzeptablen Demonstration gegen die Juden in Italien" ausgeartet sei. Daß die rechtsextremen Parolenmaler von Rom nicht "Juden raus", sondern "Zionisten raus aus Italien" an die Wände geschrieben hatten, mag auch Hausmann nicht als Indiz für linke geistige Mittäterschaft werten. Ebensowenig kann er sich auf den Oberrabbiner von Rom, Elio Toaff, berufen. Toaff hatte schon im Mai 1988 ein vergleichsweise differenziertes Dossier über Antisemitismus in Italien vorgelegt. Zwar wurden darin auch die nach Beginn der Intifada im Dezember 1987 von Teilen der Palästina-Solidaritätsbewegung zu verantwortenden gefährlichen Dummheiten - beispielsweise Boykottaufrufe gegen von Juden geführte Geschäfte - unter Antisemitismus subsumiert. Der eindeutige Schwerpunkt seiner Anklage richtete sich aber richtigerweise gegen die katholische Presse, die die Gunst der Stunde für Ausfälle gegen die "übermächtige Lobby des Tempels" nutzte.

Heute reagieren prominente italienische Juden auffallend gelassen. Enrico Finzi: "Die Intoleranz gegen andere Bevölkerungsgruppen in Italien ist noch weit stärker. Atheisten, Schwarze und Araber werden hier viel geringschätziger angesehen als die Juden; am Ende der Skala stehen Homosexuelle, Drogensüchtige und Zigeuner. Über die täglichen Spannungen zwischen Nord- und Süditalienern wollen wir uns lieber erst gar nicht unterhalten." Geringfügig schärfer äußerte sich Tullia Zevi : "Die Tatsache, daß wir erheblich weniger gehaßt werden als die Zigeuner und die Homosexuellen, trägt nicht dazu bei, uns aufzuheitern, aber sie muß uns dazu dienen, eine korrekte Analyse zu erstellen." Ebenso wie Elio Toaff verweist sie auf das gefährliche Schweigen der "Bürger, die sich hinter den Rechtsextremisten verstecken." Der jüdische Publizist Gad Lerner erklärt den aktuellen Antisemitismus als Teil der mit "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" verbundenen allgemeinen Fremdenfeindlichkeit: "Wahrscheinlich würden 10% der Italiener im Norden ihre Töchter auch keinen Sizilianer oder Senegalesen heiraten lassen. Bevor ich mich als Jude beunruhigt fühle, sehe ich hier eine Unbehagen verursachende Bestätigung für die geistige und kulturelle Roheit, die alle Bereiche der italienischen Gesellschaft durchdringt."

Deutschen Linken wird diese Erklärung allzu sorglos erscheinen: Antisemitismus als ein Rassismus unter vielen anderen, eher noch ein minder schwerer Fall und Folge der allgemeinen Brutalisierung der Gesellschaft? Dagegen spricht auch in Italien der besondere Stellenwert, den antijüdische Feindseligkeiten derzeit unter den Aktivitäten der Rechtsextremen einnehmen. Zu den andauernden antisemitischen Schmierereien ist ein weiteres Kampfmittel hinzugekommen. Ähnlich wie in Deutschland terrorisieren die organisierten Nazis prominente Juden mit Drohbriefen, so geschehen in Vicenza, wo eine "Bewaffnete Gruppe der Nazi-Faschisten" als Absender firmierte. Ob dieser Terror anhält und vor allem, ob die braune Propaganda der Tat Einbrüche ins Massenbewußtsein erzielen kann, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Elio Toaff hatte schon 1988 seine Anklage eingeschränkt und mit bitterer Zuversicht vorausgesagt, daß "die Juden, sobald sie selbst in die Position des Opfers oder des Schwächeren geraten, gerade hier schnell auch wieder große Unterstützung finden". So geschehen auch im Oktober 1982, als nach den israelischen Massakern an Palästinensern bei einem Anschlag auf die Synagoge in Rom ein zweijähriges Kind getötet und 28 weitere Menschen verletzt wurden. Toaffs traurig-zynischer Kommentar aus dem Jahre 1988, daß für einen erneuten Stimmungsumschwung zugunsten der Juden "vielleicht ein weiterer Mord nötig wäre", hat sich im Herbst 1992 zum Glück nicht bewahrheitet. Am Jahrestag der deutschen Reichspogromnacht demonstrierten in Rom 50.000, in Mailand 20.000, in 29 weiteren Städten mehrere Zehntausend Menschen - auch gegen die aktuelle Welle des Antisemitismus.

Js.

Quellen:

Antisemitism World Report 1992 (herausgegeben vom Institute of Jewish Affairs, London), Basler Zeitung, L'Espresso, Frankfurter Rundschau, The Jerusalem Post International Edition, Kommune, Neue Zürcher Zeitung, La Repubblica, Süddeutsche Zeitung, Tagesanzeiger (Bern), taz

Anmerkungen:

1) Daß das deutsche Vorbild schon länger innerhalb der europäischen Nazi-Internationale größte Beachtung findet, beschreibt Eckhard Voss anhand seiner Beobachtungen in London, wo Anhänger der faschistischen British National Party neben die Initialen ihrer Partei die Kampfparole "Hoyerswerda" an die Wände sprühten (konkret 1/92). Die Vermutung des römischen Oberrabbiners Elio Toaff, die rassistische und antisemitische Welle in Italien sei von "internationalen Drahtziehern" ausgelöst worden, ist derzeit allerdings nicht zu beweisen.

2) Wäre diese Frage allen Befragten gestellt worden, hätte sich der Prozentsatz möglicherweise geringfügig erhöht; wohl kaum aus dem Kreis derjenigen 36,5%, die Frage 2 verneinten, eher schon aus der Gruppe der 19,3% Unentschiedenen.

3) Auch ich habe in meinem Artikel zur Geschichte der italienischen Juden im Faschismus (ak 346) zumindest nahegelegt, daß Antisemitismus in Italien dauerhaft eine Randerscheinung bleiben werde.

"Warum haßt ihr die Juden?"

Serge Moatis Interviews mit Antisemiten

Serge Moati, ein nach Frankreich eingewanderter tunesischer Jude, von Beruf Filmemacher, hat zwei Jahre lang in verschiedenen Erdteilen Antisemiten befragt, warum sie Juden hassen. Nach seinen Erfahrungen und dem Ergebnis seiner Arbeit, einem vom französischen Fernsehen produzierten Dokumentarfilm, fragte ihn die italienische Wochenzeitschrift L'Espresso:

Also Moati, haben Sie eine Antwort auf Ihre Frage gefunden? Warum werden Sie gehaßt?

Es gibt keine einheitliche Antwort. Ich habe verstanden, daß der antisemitische Haß ein Chamäleon ist, das tausend verschiedene Züge annimmt und sich an das Klima des Ortes und des Augenblicks anpaßt. In Wirklichkeit wird nicht der Jude für das gehaßt, was er ist, es ist seine imaginäre Projektion, die Gegenstand eines beruhigenden Hasses wird: des Hasses des herrschenden Clans gegenüber dem "Verschiedenen".

Sie haben die Antisemiten gefragt, warum sie die Juden hassen: War das schwierig?

Sicherlich schwer zu ertragen. Aber ich habe es geschafft. Ich habe mich auf dieses Unternehmen geworfen, weil ich es leid war, mich als Objekt eines unerklärlichen Ressentiments zu fühlen. Ich wollte Subjekt einer erklärenden Untersuchung werden; mit Hilfe der Filmkamera.

Wo sind Sie auf den radikalsten und am meisten verbreiteten Antisemitismus gestoßen?

An den bekanntesten Stätten wie Polen, Deutschland, Österreich. Und auch Frankreich. Aber was mich am meisten getroffen hat, ist die gegenwärtige Virulenz des antijüdischen Ressentiments in den Ländern des Ostens, vor allem in der ehemaligen Sowjetunion. Dort kann meiner Meinung nach von einem auf den anderen Augenblick etwas Schreckliches geschehen. Dann gibt es die traurige Überraschung der Vereinigten Staaten, wo es eine riesige untere Mittelklasse gibt, die der "kleinen Weißen" und der "Grauen", die den Antisemitismus aus allen Poren verströmen: Wenn sie arm sind, "ist es die Schuld der Juden, die alles Geld nehmen", wenn die Fabriken schließen, geschieht das "wegen der schmutzigen Manöver der jüdischen Lobby". In Detroit und Chicago habe ich den schwarzen Pastor Luis Farrakhan predigen hören, daß der schlimmste Feind, der Repräsentant der "weißen Bestie", heute der Jude sei.

Was haben Sie in Ihrem Land, Frankreich, gefunden?

Frankreich ist das Land der Menschenrechte, aber auch das Pétains. Hier gibt es einen stabilen Prozentsatz von 15 bis 18% Antisemiten. Ihre Aggressivität entwickelt sich wellenförmig und wird davon beeinflußt, was anderswo passiert, vor allem in Deutschland. Eine besorgniserregende Sache ist, daß bei bestimmten Teilen der Jugendlichen die Lügen der "Revisionisten" verbreitet sind: Jener philonazistischen Propagandisten, die die Realität des Völkermords in den Gaskammern leugnen.

(aus L'Espresso, 8.11.1992; Übersetzung: Js.)

# 22. Entscheidungskampf in Angola

Rubrik: Angola · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:06

Die Konterguerilla-Organisation UNITA (Nationale Union für die völlige Befreiung Angolas) ist zu ihrem letzten Gefecht angetreten. Nachdem sie bei den von ihr und ihren imperialistischen Ziehvätern jahrelang geforderten Parlamentswahlen Anfang Oktober deutlich unterlag, ist sie zum militärischen Generalangriff übergegangen - es ist die einzige Sprache, die sie zu sprechen vermag. Denn wie in all den Jahren ihrer Existenz operiert sie ohne ein erkennbares politisches Konzept. Aktuell zeigt sich das darin, daß sie es einerseits ablehnt, in die ihr angebotene und von ihr selbst ebenfalls jahrelang geforderte "Regierung der nationalen Einheit" einzutreten; daß sie aber andererseits keinerlei politische Forderungen artikuliert.

Das dröhnende Schweigen der UNITA, verbunden mit einer gleichwohl entschlossen durchgeführten Aggressions- und Zerstörungspolitik, verweist einmal mehr auf die Macht, als deren Werkzeug die UNITA agiert: dem südafrikanischen Rassistenregime. Daß die UNITA Angola nun erneut mit Krieg überzieht, bedeutet also nicht nur für dieses Land nichts Gutes. Es ist zugleich ein deutlicher Hinweis darauf, in welchem Ausmaß die reaktionären Kräfte in Südafrika noch handlungsfähig sind. Obwohl sich diese spätestens seit der militärischen Niederlage Südafrikas in Angola 1988 und der aus ihr folgenden Unabhängigkeit Namibias 1990 in der strategischen Defensive befinden (vgl. ak 348), sind sie noch nicht entscheidend geschlagen - was entsprechende Auswirkungen für alle Staaten des südlichen Afrikas hat.

Geschichte der UNITA -

ein Überblick

Die UNITA wurde am 13.3.1966 von Jonas Malheiro Savimbi (geb. 1934) gegründet, der zuvor, von 1962 bis 1964, zunächst Generalsekretär der FNLA und Außenminister einer von dieser proklamierten Exilregierung in Kinshasa/Zaire gewesen war. (Die FNLA unter Führung des diktatorischen und korrupten Holden Roberto, einem Schwager von Zaires Präsidenten Mobutu, war eine rein tribalistische Organisation, die sich ganz bewußt nur aus den Stämmen im Norden Angolas rekrutierte. Im angolanischen Unabhängigkeitskampf 1974/75 war sie zeitweilig dank massiver militärischer und personeller Unterstützung durch CIA und Zaire die stärkste "Befreiungs"organisation - eine Position, die sie nach dem Sieg der MPLA durch Massaker und Metzeleien, auch unter UNITA-Anhängern, dauerhaft verspielte.) Nach seinem Austritt aus der FNLA (1964) bereiste Savimbi Kairo, Algier, China, Nordkorea, Nordvietnam und einige Ostblockländer und traf mit Tschou En-Lai, General Giap, Malcolm X und Che Guevara zusammen. 1965/66 hielt er sich für ein Jahr zur Guerillaausbildung in China auf.

Von seinen Reisen brachte er die Überzeugung von der ländlichen Verwurzelung des Freiheitskampfes und des Volkskrieges mit. "Der Bauer ist unser Startpunkt und unser Zielpunkt", so schrieb er in einer 1979 in Lissabon veröffentlichten Schrift. (1) Der Arbeiterklasse hingegen unterstellte er "kleinbürgerliches Verhalten". Die elitär begründete Beschränkung der FNLA auf die nördlichen Stämme führte Savimbi zu der Auffassung, daß eine Organisation zu schaffen sei, die die Stämme Zentral- und Südangolas vertreten müsse, darunter die mit über 2 Millionen Menschen größte Gruppe, die Ovimbundu. (Gesamteinwohnerzahl Angolas: 10 Mio.) Tatsächlich hat die UNITA bis heute einen starken Rückhalt in Zentralangola, wie die jüngsten Wahlergebnisse ausweisen (s.u.). Trotz dieses tribalistischen Schwerpunkts vertrat die UNITA einen multiethnischen Ansatz, der sich auf alle ländlichen Periphergesellschaften Angolas bezieht. Sie koppelte dies allerdings mit einem tiefen Mißtrauen gegenüber den städtischen Eliten, den Assimilados und Mesticos, unter denen sich die bis heute führende politische Kraft in Angola, die MPLA, zu organisieren verstand. (Die sozialistisch orientierte MPLA ist auch die einzige Befreiungsorganisation Angolas, die jeglichen ethnischen Schwerpunkt ablehnte und sich um eine gesamtnationale Repräsentation bemühte, was ihr, nimmt man wiederum die aktuellen Wahlergebnisse als Beleg, auch weitgehend gelungen ist.)

Savimbi, der sich zeitweise als antiamerikanisch und antikapitalistisch sowie als Bewunderer Castros ausgab, gab 1974, nach Beginn der Nelkenrevolution in Portugal, seine revolutionäre Rhetorik auf. Den Marxismus hatte er ohnehin immer abgelehnt. Die Black-Power-Bewegung bestärkte ihn in der Betonung des schwarzafrikanischen Charakters seiner Organisation und in einer Anti-Weißen- und Anti-Mischlings-Haltung gegen das "Unafrikanische". Zugleich wandte er sich aber auch gegen einen "schwarzen Rassismus",

besonders seit 1974, vermutlich um portugiesische Siedler für seine Organisation zu gewinnen. Die schwarzen Sympathien, die Savimbi kurzfristig gewonnen hatte, gingen ihm im angolanischen Unabhängigkeitskrieg schnell verloren, als deutlich wurde, daß die UNITA ganz offenbar mit Unterstützung der portugiesischen Kolonialmacht und Südafrikas agierte - gegen die MPLA. Spätestens ab 1971, so weiß man heute, unterhielt die UNITA mit der Kolonialarmee direkte Kontakte, 1974 bestätigte der (gestürzte) portugiesische Diktator Caetano die Existenz eines 1972 zwischen den Portugiesen und der UNITA abgeschlossenen Nichtangriffspaktes. (2) Folgerichtig begrüßte Savimbi auch die südafrikanische Intervention in Angola 1975/76 (was er freilich erst 1982 zugab) und war 1978 der einzige ausländische Gast bei der Amtseinführung des südafrikanischen Ministerpräsidenten P.W. Botha, an der Seite einiger Bantustan-Chefs.

Ab 1975, seit die südafrikanische Armee in Angola einfiel, um den Sieg der MPLA zu verhindern, ist die Geschichte der UNITA eine Geschichte der Aggressionspolitik Südafrikas gegen Angola (und Namibia). Im Mai dieses Jahres hatten beide Parteien Kontakt aufgenommen, im Mai reiste Savimbi nach Südafrika. Im August richtete Südafrika je ein Ausbildungslager für UNITA und FNLA ein. Am 22. August betraten südafrikanische Verbände angolanisches Territorium, um ihren Vorstoß auf die angolanische Hauptstadt Luanda zu beginnen.

Nach der Niederlage der südafrikanischen Armee gegen die Truppen der MPLA und Kubas Anfang 1976 und ihrem Abzug aus Angola kann die UNITA als militärischer Faktor weitgehend ausgeschaltet werden. Ähnlich aber wie im Norden beim Rückzug der FNLA und mit ihr verbündeter portugiesischer und internationaler Söldner hatten auch die Südafrikaner und die UNITA ein verwüstetes Land hinterlassen. Tausende von MPLA-Anhängern, ganze Dorfgemeinschaften waren ermordet worden, alle Brücken zerstört, 150.000 Stück Vieh sowie Traktoren und andere Güter geraubt. Insgesamt kostete dieser zweite Befreiungskrieg Angola über 100.000 Menschenleben. Bis zum Jahr 1979 ist die UNITA, bis auf wenige isolierte Resistenzherde, militärisch praktisch aufgelöst; es blieb, nach Savimbis eigenen Worten, kaum mehr als ein kleiner unbeugsamer Kern von Buschkämpfern übrig. (3) Die UNITA-Aktionen in dieser Zeit beschränkten sich auf Terroranschläge (so konnte sie etwa die Wiederinbetriebnahme der für Angola wirtschaftlich äußerst bedeutenden Benguela-Bahn verhindern) und auf logistische Hilfe für Südafrika bei dessen Kommando-Unternehmen gegen SWAPO-Basen und Flüchtlingslager in Südangola. So metzelten südafrikanische Truppen am 4.5.1978 bei einem Überfall auf das Flüchtlingslager Kassinga über 600 Menschen nieder und verletzten 350 schwer, darunter viele Frauen und Kinder. Etlichen der getöteten Frauen waren die Bäuche aufgeschlitzt oder sie waren vergewaltigt worden. Zur Vorbereitung des Massakers hatte die UNITA maßgebliche Späherdienste geleistet.

Die Aktionen Südafrikas richteten sich offiziell nur gegen die SWAPO, real aber sollten sie Angola für deren Unterstützung bestrafen und zugleich die sozialistische Entwicklung Angolas und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verhindern. In Südangola kam das zivile Leben durch regelmäßige Luftangriffe fast gänzlich zum Erliegen, in anderen Teilen Angolas unternahmen südafrikanische Kommandos ständig Sabotageaktionen gegen wirtschaftliche Ziele und die Infrastruktur. Diese Vorfälle gab die UNITA meist als ihre Unternehmungen aus bzw. die südafrikanischen Kommandos traten als "UNITA" auf. Die UNITA selbst wurde südafrikanischem Oberbefehl unterstellt, was hieß:

- Koordination und Leitung der UNITA-Aktivitäten (alle in Angola operierenden UNITA-Trupps von mehr als 30 Mann standen in ständigem Funkkontakt zur südafrikanischen Kommandozentrale in Nordnamibia),

- Unterstützung der UNITA-Logistik mit Hilfe der südafrikanischen Luftwaffe,

- Lieferung von Waffen, Munition, Treibstoff, Proviant und Uniformen,

- Ausbildung in Camps in Nordnamibia,

- bei Bedarf direkter militärischer Beistand.

Ab 1980/81 konnte die UNITA rasch eine beträchtliche militärisch-terroristische Schlagkraft entwickeln. Zum einen setzte im Rahmen der 1980 von Südafrika verkündeten "Total National Strategy" eine massive finanzielle und militärische Hilfe Südafrikas ein, verbunden mit einem erneuten Einmarsch südafrikanischer Truppen in Angola im August 1981 (vgl. ak 348). Zum anderen begannen auch die USA mit dem Amtsantritt Reagans, der UNITA großzügige Hilfe zu gewähren. (Reagan empfing Savimbi im Dezember 1981.) 1981 gelang der UNITA mit der südöstlich gelegenen Stadt Mavinga zum ersten Mal die dauerhafte Eroberung eines größeren Ortes.

Eine vollständige Aufzählung aller gegen Angola gerichteten südafrikanischen und UNITA-Aktionen würde den Umfang dieser Zeitung sprengen.(4) Die direkten materiellen Schäden, die allein Südafrika seit 1975 in Angola angerichtet hat, entsprechen einem Wert von 15 Mrd. Dollar.

UNITA intern

Angesichts des barbarischen Charakters der UNITA-Strategie verwundert es kaum, daß der Reagan- und F.-J.-Strauß-Freund Savimbi auch innerhalb seiner Organisation mit mörderischen Methoden agiert. Treffen Berichte von UNITA-Dissidenten zu, dann sind auf Anordnung Savimbis Kritiker wegen "Zauberei" lebendig verbrannt worden, so 1982 fünf Frauen. (5) Zwei ehemalige UNITA-Spitzenkader (Puna und Fernandes), die sich erst jüngst von der Bewegung abgesetzt haben, enthüllten, daß der UNITA-Vertreter in Portugal, Dos Santos, und der ehemalige UNITA-Repräsentant in Washington, Chingunji, nach langer Inhaftierung und Folterungen im August 1991 in der Nähe des UNITA-Hauptquartiers ermordet worden sind. Savimbi, der Nachfragen seiner Geldgeber nach dem Verbleib der beiden zunächst mit Lügen zu vertuschen suchte, mußte schließlich im Frühjahr dieses Jahres auf Drängen der US-Regierung die "moralische Verantwortung" für die Hinrichtungen einräumen. Inwieweit den Morden politische Differenzen zugrunde liegen, ist unklar; bei Chingunji spielt offenbar eine Rolle, daß er einem konkurrierenden Clan innerhalb der Ovimbundu angehört. Neben Chingunji wurden auch seine Frau, seine Schwester und seine noch nicht einmal zweijährigen Zwillingssöhne umgebracht. (FR 23.9.92) Seine Eltern wurden auf Anweisung Savimbis mit Stöcken zu Tode geprügelt.

Die Wahlen

Angesichts der nun schon Jahrzehnte andauernden verbrecherischen UNITA-Politik ist schwer zu verstehen, wieso die Partei bei den Parlamentswahlen immerhin 34,1% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat und Savimbi bei den zeitgleich stattgefundenen Präsidentschaftswahlen 40,07% (= 1.579.298 Stimmen) erreichen konnte. Zur Erklärung kann hier ganz allgemein die politische Rückständigkeit von Teilen der Bevölkerung angenommen werden, eine Annahme, die natürlich konkreterer Belege bedarf. (6)

Zum einen setzt die UNITA politisch im bäuerlichen Milieu an, bei Respektierung der herkömmlichen Produktionsverhältnisse und der traditionellen Autoritätsstrukturen (Stammes- und religiöse Führer). Mit der Betonung von Privatwirtschaft und Landwirtschaft appelliert sie an kleinbourgeoise Schichten und an die Teile der bäuerlichen Bevölkerung, die von der politischen Unabhängigkeit wenig Nutzen hatten. Privatwirtschaftliche Ambitionen finden sich hauptsächlich bei den Kaffeebauern des Nordens, den Maisbauern des Hochlandes (Ovimbundu) und bei den Viehzüchtern des Südens. Für diese Bevölkerungsschichten scheint die UNITA die Interessen besser zu wahren als die modernistische und bis 1985 für einen tiefen Wandel eintretende MPLA, die mit der Gründung von Kooperativen und Staatsfarmen Unruhe hervorgerufen hatte und zugleich die Probleme des Handels und der Verteilung nicht in den Griff bekam.

Des weiteren arbeitet die UNITA nach wie vor mit tribalistischen Ressentiments. Von ihrer ethnischen Verwurzelung her repräsentiert sie - wie schon erwähnt - die über zwei Millionen Ovimbundu sowie je eine halbe Million Nganguela und Lunda/Cokwe. Auch hier hat die MPLA mit ihrer auf eine einheitliche Nation ausgerichteten Gesellschaftskonzeption eine schwierigere Ausgangsposition, während für die UNITA eine Teilung des Landes entlang von Stammesgrenzen oder Einflußsphären immer eine mögliche Option gewesen ist.

Schließlich dürften auch die jahrelange Zermürbung der Bevölkerung durch Krieg, Terror und wirtschaftlichen Niedergang das Wahlergebnis zugunsten Savimbis und der UNITA beeinflußt haben. "Die Leute glauben, daß der Krieg weitergeht, wenn Unita bei den Wahlen verliert", gibt ein Bericht aus Südangola eine Einschätzung der Stimmungslage wieder (taz, 10.2.92), die sich inzwischen als zutreffend erwiesen hat. Savimbi spielte dann auch diese Karte im Wahlkampf voll aus. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit äußerte er: "Wir sind noch immer jederzeit in der Lage, einen Krieg zu führen" und: "Wenn UNITA die Wahlen nicht gewinnt, dann waren sie nicht frei und fair." (FR, 11.9.92) Bei Wahlkampfauftakt griffen UNITA-Anhänger das Regierungsgebäude von Cuito, der Provinzhauptstadt der UNITA-Hochburg Bie an, und töteten zehn Regierungssoldaten. (taz, 2.9.92) Gleichzeitig wurde ein Wahlkampf-Konvoi der MPLA in Huambo (ebenfalls einer UNITA-Hochburg) attackiert und dabei ein Mensch getötet. (FR, 1.9.92) Den ganzen Monat über provozierte die UNITA tödliche

Zwischenfälle. Widerrechtlich verhinderte sie zudem in einigen von ihr kontrollierten Orten des Südostens jegliche politische Arbeit anderer Parteien. (FR, 22.9.92)

Bei den Parlamentswahlen kandidierten 18 Parteien, von denen (abgesehen von MPLA und UNITA) lediglich drei noch über 2% der Stimmen erreichten (darunter die FNLA). Alle anderen, u.a. zwei UNITA-Abspaltungen sowie eine maoistische Partei, blieben unter 1%. Über 4,8 Millionen Wähler waren registriert worden, von denen 91,34% ihre Stimme abgaben, wobei der Anteil der unausgefüllten oder ungültigen Stimmzettel bei etwas über 10% lag. So erreichte die MPLA am Ende 2.124.126 Stimmen (= 53,74%), auf die UNITA entfielen 1.347.636 Stimmen (=34,1%). Lediglich in vier der 18 Provinzen konnte die UNITA zur stärksten Kraft werden: In den zentral gelegenen Ovimbundu-Provinzen Bie (dort erhielt die MPLA kaum Stimmen) und Huambo (fast viereinhalbmal soviel wie die MPLA) sowie in der schon seit Jahren von der UNITA militärisch z.T. kontrollierten Südost-Provinz Cuando-Cubango (das dreieinhalbfache) sowie in Benguela. In den anderen Provinzen ließ die MPLA die UNITA deutlich hinter sich, in der Hauptstadt erhielt sie das Vierfache, in fünf Provinzen ist ein nennenswerter UNITA-Stimmenanteil überhaupt nicht feststellbar (Cunene, Cuanza Norte, Lunda Norte, Lunda Sul, Malanje). Eine Ausnahme bildet lediglich die Nordprovinz Zaire, auch hier ist die MPLA zwar die stärkste Kraft, jedoch fast gleichauf liegt die FNLA, mit etwas größerem Abstand folgt die UNITA.

Die Rückkehr zum Krieg

Bekanntermaßen zog Savimbi, kaum waren die ersten Stimmergebnisse bekannt, den Vorwurf des Wahlbetrugs aus der Tasche, eine Behauptung, die von den 800 internationalen Wahlbeobachtern zurückgewiesen wurde. Savimbi bezeichnete das Urteil der ausländischen Beobachter als irrelevant (NZZ, 6.10.) und drohte mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes für den Fall, daß die "Wahlfälschung" nicht rückgängig gemacht werde. Sodann verkündete die UNITA ihren Auszug aus der laut Friedensabkommen neugebildeten gemeinsamen Armee.

Interessanterweise distanzierten sich die USA von ihrem jahrelangen Schützling: Einstimmig forderte der UNO-Sicherheitsrat die Parteien zur Anerkennung des Ergebnisses auf und formulierte: "Der Rat ist besorgt über Berichte, nach denen eine der Parteien, die die Friedensvereinbarung unterzeichnet haben, die Gültigkeit der Wahl anzweifelt." (FR, 8.10.) Das US-Außenministerium forderte Savimbi auf, das Resultat zu akzeptieren (NZZ, 8.10.), der amerikanische Afrika-Beauftragte bezichtigte Savimbi offen des Bruches des Friedensvertrages vom Mai 1991. (FAZ, 8.10.) Wahlsieger Clinton ging sogar noch einen Schritt weiter und gratulierte der MPLA-Regierung zum Wahlerfolg. (FR, 17./18.11.)

Die MPLA versuchte, sicher ganz im Sinne der USA, die Notbremse zu ziehen und bot Savimbi eine Koalitionsregierung an (FAZ, 8.10.), nichts anderes also als die jahrelang von den USA und der UNITA erpresserisch geforderte "Regierung der nationalen Einheit", auf die sich MPLA und UNITA im übrigen schon vor den Wahlen verständigt hatten. (FR 9.9.92) Während aber noch den UNITA-Wahlbeschwerden nachgegangen wurde und auch die ungültigen Stimmen noch einmal durchgezählt wurden, begannen UNITA-Verbände bereits damit, sich zu sammeln und sich auf die Provinzhauptstädte zuzubewegen. (Le Monde, 11./12.10. und 14.10.) Savimbi und etliche Führungskader hatten sich derweil bereits aus Luanda abgesetzt und nach Huambo begeben. Dort setzte die UNITA die Polizei gefangen und tötete über zwanzig MPLA-Anhänger, darunter den Herausgeber der unabhängigen Wochenzeitung "Jango" sowie dessen Frau und Schwester (Le Monde, 23.10.). Gleichzeitig kreisten 7000 Kämpfer die Hauptstadt Luanda ein (FAZ 26.10.) und UNITA-Truppen versuchten, den Flughafen von Luanda zu erobern, was von Präsident Dos Santos einige Tage später als Höhepunkt eines versuchten Staatsstreiches gewertet wurde. (SZ, 5.11.) Ab Ende Oktober herrscht in Angola praktisch wieder Krieg, zu diesem Zeitpunkt hatte die UNITA bereits mehrere Städte eingenommen.

Zuvor war ein angeblicher Vermittlungsversuch des südafrikanischen Außenministers Botha gescheitert und ein von Botha angekündigtes Treffen zwischen Dos Santos und Savimbi geplatzt. Statt dessen tauchten Meldungen auf, daß das berüchtigte 32. Bataillon der südafrikanischen Armee nach Angola verlegt worden ist. (taz, 31.10.) Zwei Wochen vorher hatte bereits der Gouverneur von Huambo von nächtlichen Flügen südafrikanischer Maschinen berichtet. (SZ, 17./18.10.) Botha freilich behauptet, Savimbi werde von Südafrika keine militärische Hilfe erhalten. (FAZ, 2.11.)

Gleichzeitig rückten die USA wieder ein Stück von der angolanischen Regierung ab. Der amerikanische Sonderbeauftragte machte die MPLA für die Spannungen mitverantwortlich und bemängelte das "the-winner-takes-all"-Prinzip, auf dem die Wahlen beruht hätten (Guardian, 2.11.) - mit anderen Worten: der Wahlverlierer sei an der Regierung zu beteiligen; eine Argumentation, deren sich zehn Tage vorher schon Botha bedient hatte. (SouthScan, 23.10.) Die USA würden die diplomatische Anerkennung Angolas verschieben. (FAZ, 2.11.)

Das letzte Gefecht der UNITA

Während inzwischen die anderen elf der im neuen Parlament vertretenen Parteien am 26.11. zur konstituierenden Sitzung zusammentraten und die MPLA der UNITA vier Kabinettsposten anbot, hat diese derweil trotz einiger von der UNO vermittelter Waffenstillstände und etlicher Bereitschaftserklärungen Savimbis für Verhandlungen 70% des angolanischen Territoriums unter ihre Kontrolle bringen können, darunter Provinzhauptstädte sowie den wichtigen Luftwaffenstützpunkt bei Negage, 250 Kilometer nordöstlich von Luanda. Bis jetzt (8.12.) haben die Regierungstruppen allerdings auf eine Gegenoffensive verzichtet.

Die UNITA geht ohne ein erkennbares politisches Konzept vor. Die angebotenen Kabinettsposten lehnt sie mit der Begründung ab, sie wolle nur "sinnvolle Ministerposten" übernehmen - ohne mitzuteilen, was sie sich Näheres vorstellt. Savimbi erklärt sich zu Verhandlungen bereit und behauptet gleichzeitig, er habe einige seiner Verbände nicht mehr unter Kontrolle (SZ, 2.12.) Außerdem hat er inzwischen die Wahlen gegenüber der UNO-Vertreterin schriftlich anerkannt (FR, 20.11.) - ohne praktische Konsequenzen.

Höchste Aufmerksamkeit erfordert die Haltung Südafrikas. Nach Bothas angeblichen Vermittlungsbemühungen wurde er vom angolanischen Außenminister zur "persona non grata" erklärt, die das Land zu verlassen habe. (FAZ, 9.11.) Er habe der UNITA logistische Hilfe geleistet. Tatsächlich, so ein Bericht aus Johannesburg, steht Botha in regelmäßigem Kontakt mit Savimbi; er machte sich außerdem die Sichtweise zu eigen, die angolanische Regierung würde mehrere gefangengenommene UNITA-Offiziere als Geiseln festhalten. (NZZ, 10.11.) Nach Angaben der angolanischen Regierung hat südafrikanisches Militär Ende Oktober/Anfang November mit ca. fünfzig Militärmaschinen Waffen und Ausrüstung nach Südangola geflogen. (ND, 10.11.) Die Antwort Südafrikas klingt billig: Es habe sich um humanitäre Transporte gehandelt. (FR, 17./18.11.)

Denkbar ist folgendes: Bis zur vermutlichen Anerkennung Angolas durch die neue US-Regierung Anfang nächsten Jahres versucht die UNITA noch, große Teile Angolas unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ihre strategische Zielsetzung bleibt dabei jedoch im dunkeln: Will sie die Herrschaft über ganz Angola, möchte sie doch noch, womöglich paritätisch, an der Regierung beteiligt werden oder strebt sie, was am wahrscheinlichsten ist, eine Aufteilung des Landes an? Ganz offensichtlich jedoch kommt die erneute Destabilisierung Angolas den südafrikanischen Rassisten zupaß: Hilft doch die wirtschaftliche und militärische Neutralisierung Angolas den immer noch entscheidenden Einfluß Südafrikas im südlichen Afrika abzustützen - direkt, indem ein potentieller politischer und ökonomischer Gegenspieler am Boden gehalten wird; indirekt, indem die inneren Verhältnisse solcher proimperialistischer Staaten wie Zaire nicht durch das Vorbild anderer Entwicklungswege destabilisiert werden bzw. dadurch, daß Angola auf eine direkte Unterstützung fortschrittlicher Oppositionsgruppen verzichten muß (Angola ist das Exil der linken Opposition Zaires); und schließlich, daß der Spielraum gegenüber der schwarzen Opposition in Südafrika selbst politisch und ideologisch ausreichend groß gehalten werden kann.

Trotzdem ist derzeit nicht einschätzbar, inwieweit Südafrika noch gewillt und in der Lage ist, die UNITA auch weiterhin bzw. wieder verstärkt zu unterstützen, nachdem ein Ende der großzügigen US-Hilfe für die UNITA abzusehen ist. Nach einem Bericht der in Zimbabwe erscheinenden Zeitung "The Herald" sei jetzt für die UNITA die letzte Möglichkeit gekommen, in Luanda die Macht zu erobern, da die Regierung Südafrikas Savimbi die Frist gesetzt habe, bis zum Amtsantritt Clintons die Macht an sich gerissen zu haben, andernfalls aber die Ergebnisse der Parlamentswahlen anzuerkennen. (ND, 3.12.) Das mag wie ein aufmerksamer Hinweis klingen, kann aber auch als Befehl verstanden werden.

Für die UNITA jedoch ist es das letzte Gefecht. Wahrscheinlich schon nach dem Amtsantritt Clintons, spätestens jedoch mit der Beseitigung des Rassistenregimes in Südafrika wird sie ohne die bislang massive Unterstützung auszukommen haben. Zugleich hat sie sich bei ihren bisherigen westlichen Freunden zwar nicht

durch ihren jahrzehntelangen Terrorismus, wohl jedoch durch ihre Mißachtung des westlichen Heiligtums der "freien Wahlen" nachhaltig politisch diskreditiert. Was sie jetzt nicht an sich reißen kann, wird sie wahrscheinlich nie mehr erobern können. Handelt sie sich aber in den nächsten Wochen eine Niederlage ein, wird sie in Zukunft über den Status einer Regionalpartei nicht mehr hinauskommen.

J., Westberlin

Anmerkungen:

1) Zit. nach Michael Offermann, Angola zwischen den Fronten, Pfaffenweiler 1988, S.186. Die wesentlichen Informationen dieses Artikels entstammen diesem Buch.

2) Weitere Hinweise bei Joachim Becker, Angola, Mosambik und Zimbabwe. Im Visier Südafrikas, Köln 1988, S.80

3) Offermann, S.244

4) Eine ausführliche Übersicht findet sich bei Offermann, S. 246ff

5) Für diese und die weiteren Informationen siehe FR, 27.3.92 sowie Informationsdienst Südliches Afrika 3/92

6) Eine derartige "Arbeitshypothese" hat m.E. mit europäischer Überheblichkeit nichts zu tun: Schließlich ist das unterstellte Phänomen gerade in Deutschland etwa eine Dauererscheinung.

# 23. Die demokratische Diktatur. Peru nach dem Fujigolpe (Teil 2)

*Peru nach dm Fujigolpe (Teil 2)*

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:19

Der peruanische Präsident Fujimori darf rundum zufrieden sein. Seine Partei Cambio 90/Nueva Mayoria erreichte bei den Wahlen zum konstituierenden Kongreß die absolute Mehrheit der Sitze. Nun muß er sich nicht mehr als Diktator bezeichnen lassen, auch wenn die Wahlen alles andere als demokratisch waren. Nun spielt es keine Rolle mehr, daß er vor den Wahlen in Interviews erklärt hatte, um keinen Preis zu einer Situation ohne parlamentarische Mehrheit zurückkehren zu wollen, daß er mehrfach gedroht hatte, er würde im Falle einer Wahlniederlage die Situation eingehend "studieren". Fujimoris Gefolgsleuten fehlten zusammen mit der Erneuerungsbewegung "Renovación" des Opus-Dei Mannes Rafael Rey, die bereits vor den Wahlen die unbedingte Unterstützung der Regierungspolitik angekündigt hatte, im Kongreß nur vier Stimmen an der Zweidrittel-Mehrheit; unter den zahlreichen rechten und konservativen Parteien, die ihren Einzug in den Kongreß bejubeln durften, sollte diese ohne weiteres zu finden sein. Die Linke ist auf dem absoluten Tiefpunkt angelangt. Als einzige Gruppierung zieht die MDI - Movimiento Democratico de Izquierda - mit mageren 4,1% der Stimmen in das Parlament ein. Der Anteil der ungültigen Stimmen ist zwar mit 23% so hoch wie nie zuvor, doch lag er im Wahlpflicht-Land Perú stets um die 15%, und neben großen Teilen der Linken riefen auch zahlreiche rechte Parteien dazu auf, leere Stimmzettel abzugeben.

Die überwiegende Zustimmung zur Politik des Präsidenten kann nur auf dem Hintergrund der im letzten ak beschriebenen desolaten Situation im Lande und der von Alan García hinterlassenen Erblast verstanden werden.

Die Gesundschrumpfung

Nachdem Fujimori sich vor zwei Jahren noch im Wahlkampf mit einem sozialen Programm vom neoliberalistischen Kurs seines Gegenkanditaten, des Schriftstellers und eingefleischten Castro-Hassers Vargas Llosa, abgegrenzt und damit vor allem Stimmen in traditionell linken Wahlbezirken gewonnen hatte, brach er nach seinem Überraschungssieg umgehend seine Versprechen und brachte exakt die Politik seines dichtenden Kontrahenten zur Anwendung.

Von vornherein legte die Regierung in deutlicher Abgrenzung zur Politik Alan Garcías den Schwerpunkt auf die Rückzahlung der Schulden an die internationalen Banken. Die Inflation wurde mit Hochzinspolitik und Sanierung der Staatsfinanzen bekämpft, die staatliche Schuldenlast mit umfangreichen Budgetstreichungen, einer rigoroseren Steuereintreibungspolitik - auch gegenüber den Reichen -, Erhöhungen der Mehrwertsteuer und dem Ausverkauf der Staatsbetriebe. Zusammen mit der Streichung von Subventionen und einer drastischen Senkung der Einfuhrzölle unterstützten diese Maßnahmen den nach Meinung der Neoliberalisten erforderlichen Prozeß der "Gesundschrumpfung" der ohnehin schrumpfenden Wirtschaft. Nach der Verabschiedung von Investitionsförderungsprogrammen bleibt der Regierung jetzt nur eines: Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft.

In Zahlen lesen sich die Resultate dieser Politik wie folgt: die von Alan García übernommene Hyperinflation von 7700% im Jahre 1990 konnte inzwischen auf 78% heruntergefahren werden, die Industriebeschäftigung sank seitdem um 15% , die Realeinkommen im formalen Sektor um etwa 40%. Das gesetzliche Mindesteinkommen liegt bei 72 Soles (zur Zeit ebenfalls 72 Mark). Eine SekundarschullehrerIn, die wie alle anderen staatlichen Bediensteten seit anderthalb Jahre keine Gehaltserhöhung mehr erlebt hat, verdient monatlich etwa 150 Soles. Diese Einkommen stehen Jahr für Jahr in einem krasseren Mißverhältnis zu den Mindestkosten für einen familiären Warenkorb, die sich momentan auf etwa 600 Soles belaufen.

Während im letzten Jahr über 300.000 Cholerafälle registriert wurden, sind die öffentlichen Krankenhäuser miserabler ausgestattet denn je. Im Jahre 1991 blieben 16% der Schulpflichtigen ihrer Penne fern, auf dem Land sogar 45%, eine Rekordmarke in der peruanischen Schulgeschichte. Die öffentlichen Ausgaben für das Erziehungswesen haben ebenfalls einen Rekord erreicht, sie sind so niedrig wie nie zuvor und machten 1991

und 1992 nur die Hälfte des Jahres 1990 aus. Die Armut breitet sich immer weiter aus, doch der wirtschaftliche Aufschwung ist nach zwei Jahren Neoliberalismus noch nicht in Sicht.

Vorbild Chile

Die neue Arbeitsgesetzgebung erinnert an den Manchester-Kapitalismus und orientiert sich an den Vorlagen des Pinochet-Regimes. Mit dem "Ley de Relaciones Colectivas de Trabajo" vom Juli dieses Jahres wurde das Recht auf freie Gewerkschaftsbildung eingeschränkt. Die Regierung darf fortan unter gewissen Voraussetzungen in die Gewerkschaftspolitik eingreifen, sie kann die Ernennung von FunktionärInnen beeinflussen und im Extremfall eine ArbeiterInnenorganisation ganz auflösen. Ferner dürfen sich ArbeiterInnen während der Probezeit und Beschäftigte mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen nicht mehr gewerkschaftlich organisieren. Das Aufstellen von Streikposten wurde verboten, der Kündigungsschutz in privaten wie öffentlichen Unternehmen weitgehend aufgehoben.

Demnächst steht die Privatisierung der Rentenversicherung an. Wirtschaftsminister Boloña, der sich gern mit Pinochets ehemaligem Chefökonomen Büchi zeigt, rechnet vor, daß die Versicherten durchschnittlich davon profitieren, doch für die unteren Gehaltsstufen gilt dies selbstverständlich nicht: Mindestpensionen werden abgeschafft, das Ruhestandsalter drastisch nach oben verschoben, eine Versicherung gegen Invalidität entfällt.

Allein auf rechtem Kurs

Trotz ihrer aus der Sicht der internationalen Kreditgeber vorbildlichen Wirtschaftspolitik brachte sich die Regierung Fujimori mit dem Putsch zunächst um dringend benötigte Kredite. Sowohl die USA, wie auch Japan, verschiedene EG-Staaten, der IWF, die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank legten schon bewilligte Gelder zunächst auf Eis. Künftig scheint es aber wieder grünes Licht zu geben, denn die entsandten Wahlbeobachter der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) drückten angesichts der Tricks und Manöver Fujimoris im Vorfeld der Wahlen zuweilen beide Augen zu.

Zu allem Überfluß trat Perú vor allem auf Initiative des neoliberalistischen Musterschülers Boloña aus dem Andenpakt aus, in dem es bisher mit Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela zusammengeschlossen war. Obwohl auch diese Länder neoliberalistischen Konzepten gegenüber durchaus aufgeschlossen sind und die Andenrunde erst kürzlich mit dem frisch gewählten ecuadorianischen Präsidenten Sixto Durán Ballén einen weiteren Regierungschef in ihren Reihen begrüßen durfte, der sich mit einem Schockprogramm "beliebt" machte, vermochten die Wirtschaftsminister des Paktes den weitgehenden Vorstellungen Boloñas über den Freihandel nicht zu folgen.

Mit Polizei und Armee

für Recht und Ordnung

Ohne Rückendeckung der Streitkräfte und der Polizei (Policia Nacional) hätte der Putsch vom 5. April nicht über die Bühne gehen können. Die Sicherheitskräfte unterstrichen dies durch die sofortige Präsenz auf wichtigen Plätzen und Straßen Limas und in Provinzstädten eindrucksvoll. Parteibüros der Opposition, Gewerkschaftszentralen wurden durchkämmt und abgeriegelt, Pressehäuser, Radio- und Fernsehsender zur Absicherung der verhängten Nachrichtenzensur besetzt. Zahlreiche Abgeordnete, vornehmlich Oppositionspolitiker der APRA und der IU, wurden ebenso verhaftet wie verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre und Journalisten. In trauter Zusammenarbeit garantierten Militär und Polizei den Hausarrest der Präsidenten des Abgeordnetenhauses wie des Senats und prügelten uneinsichtige Mandatsträger bei dem Versuch, in den Kongreß zu gelangen, auseinander und in die Flucht.

Wenige Wochen später zog sich die Armee wieder weitgehend zurück, die anfängliche Pressezensur wurde offiziell aufgehoben. Der Großteil der Verhafteten befindet sich wieder auf freiem Fuß, doch wurden in der Zwischenzeit unter "Terrorismusverdacht" erneut vor allem zahlreiche Linke festgenommen, darunter mit Magno Sosa und José Manuel Ramirez zwei Journalisten, für deren sofortige Freilassung sich fast die gesamte peruanische Presse bis hin zum rechten Spektrum starkmachte. Doch alle Protestaufrufe blieben unerhört. Daneben wurden vor allem Mitglieder der Lehrergewerkschaft SUTEP, der PUM und der Patria Libre verhaftet, einer der MRTA nahestehenden Organisation. Die Zeitung "Cambio", die vorwiegend über den

bewaffneten Kampf der MRTA berichtete und zuvor allerorts an Kiosken erhältlich war, ist seit einigen Monaten verboten.

Im August entführte das Militär eine Reihe von Studenten und Hochschullehrer der Universität Huancayo im Hochland. Einige von ihnen wurden bereits tot in verlassenen Andenschluchten aufgefunden, der Rest bleibt "verschwunden". Anfang November ereilte dieses Schicksal zwölf Studenten und einen Dozenten an der Universität "La Cantuta" in Lima. Obwohl es jeweils zahlreiche Augenzeugen gab, streitet das Militär ab, irgendetwas über den Verbleib der fraglichen Personen zu wissen, die Presse schweigt sich aus. Wer sich in dieser Angelegenheit engagiert oder gar die Justiz anruft, läuft selbst Gefahr, unter Terrorismusverdacht verhaftet zu werden.

Nach einem Ende Juli verabschiedeten Gesetz können Einheiten von Polizei und Militär ganze Viertel abriegeln, Haus für Haus durchkämmen und willkürlich beschlagnahmen oder verhaften. Ohnehin steht bereits mehr als die Hälfte des peruanischen Staatsgebietes unter Ausnahmerecht. Dort darf das Militär schon länger ohne richterlichen Beschluß in Privatwohnungen eindringen, Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken, das Versammlungsrecht außer Kraft setzen und Festnahmen ohne Haftbefehl vornehmen. Wer die gesammelten Werke der Klassiker im heimischen Buchregal verwahrt, gilt allemal als potentieller Terrorist.

Ebenfalls im Juli beschloß die Regierung die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit für Terrorismusdelikte, die seitdem als Landesverrat gelten. Als einziges Strafmaß ist die lebenslange Gefängnisstrafe vorgesehen. Dieses Gesetz soll nachträglich per Dekret auch auf den bereits zuvor gefaßten Victor Polay und den schon rechtskräftig verurteilten Sendero-Kader Osman Morote angewandt werden. Die Militärprozesse sind eine völlige Farce, denn die Urteile stehen von vornherein fest. Für die Verteidigung bleibt kaum Zeit, denn in der Regel ist bereits sechs Wochen nach der Verhaftung die Berufungsverhandlung erledigt. Nach dem Prozeß verschwinden die Verurteilten über Jahre in totaler Isolationshaft. Amnesty International reichte bei der Regierung eine Protestnote gegen diese Verfahren ein.

Die baldige Einführung der Todesstrafe kann als sicher gelten. Vor den Wahlen kündigte Fujimori eine Volksabstimmung über diese Frage an. Über deren Ausgang bestehen kaum Zweifel. Da inzwischen im Kongreß die Kopf-ab-Fraktion in der deutlichen Überzahl ist - für die Nueva Mayoria war die Todesstrafe einer der Hauptprogrammpunkte im Wahlkampf! -, ist es aber offen, ob das Plebiszit noch durchgeführt wird. Um die Todesstrafe einzuführen, müßte die Regierung den Vertrag von Costa Rica kündigen, in dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichteten, bestimmte Menschenrechte zu achten.

Der Sturm auf Cantogrande

Im Mai setzte das Militär zum Sturm auf den von Sendero gehaltenen Trakt im Hochsicherheitsknast Cantogrande an. Dieser Trakt war dank beträchtlicher Mengen an Dynamit und eines stattlichen Waffenarsenals, das die Anhänger des Pfades erfolgreich einzuschmuggeln wußten, von Sicherheitskräften schon lange nicht mehr betreten worden. Zwischen dem Männerpavillon und der Abteilung der Sendero-Frauen hatten die Aktivisten des Pfades einen Tunnel gegraben, und so konnten die Senderisten selbst hinter Gittern Aufmärsche mit roten Fahnen und dem Konterfei des Vorsitzenden Gonzalo, Schulungen und Lagebesprechungen abhalten. Bereits im Jahre 1986 war es (damals unter der Regierung des Sozialdemokraten Garcia) zu einem Militäreinsatz gegen die Sendero-Trakte in verschiedenen Gefängnissen gekommen. Damalige Bilanz: 124 ermordete Senderisten im Hochsicherheitstrakt Lurigancho und das "Verschwinden" weiterer 121 Insassen in den Knästen El Frontón und Santa Bárbara.

Dieses Mal konnte sich das unter internationaler Beobachtung stehende Fujimori-Regime eine ähnliche Bilanz nicht leisten. Nach erbitterten Kämpfen am ersten Tag waren dennoch 10 Tote zu beklagen. Sendero zeigte sich daraufhin verhandlungsbereit und bat um die Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes. Fujimori lehnte dies rundherum mit der Begründung ab, mit Terroristen würde nicht verhandelt, und ließ am nächsten Tag die Angriffe intensivieren. Als nach weiteren zwei Tagen die Gefangenen aufgaben, sprach die Regierung zunächst von insgesamt 30 toten Senderisten, mußte sich aber nach und nach auf 47 korrigieren. Journalisten und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen wurden ebensowenig in den Hochsicherheitstrakt gelassen wie eine Untersuchungskommission der OAS, in deren kurz darauf erschienenen Untersuchungsbericht das Militär beschuldigt wurde, eine ganze Reihe von Gefangenen getötet zu haben, die sich bereits ergeben hatten.

Die Antwort Senderos auf dieses Massaker ließ nicht lange auf sich warten. In den folgenden Wochen wurden diverse Polizeikommissariate Limas in die Luft gesprengt und Kasernen angegriffen. Die Zeit der Autobomben begann. Die Regierung verhängte postwendend ein nächtliches (ab 22 Uhr) Fahrverbot für alle Privatfahrzeuge und Busse, eine Art gemilderte Ausgangssperre. Seitdem beherrschen zu nächtlicher Stunde Militärs und Polizei das Straßenbild. Wer trotzdem fährt und bei Aufforderung nicht anhält, weiß unlängst, was ihm blüht. Die Polizei zielte bei einem von einer Zechtour heimkehrenden Autofahrer nicht etwa auf die Reifen, sondern auf die Köpfe seiner drei Begleiter.

Der Krieg in der Provinz

Über den Krieg, den das Militär in der Sierra und im Urwald gegen Sendero führt, wird wenig bekannt. Unliebsame Zeugen wurden allzuoft beseitigt. Journalistische Recherchen sind besonders in den unter Ausnahmerecht stehenden Gebieten nahezu unmöglich. Diese Regionen stehen unter der Verwaltung politisch-militärischer Kommandos, die mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet sind und auch zivilen Behörden wie Richtern oder Staatsanwaltschaft nur unzureichende Informationen zukommen lassen. In der Presse sind Verbrechen der Militärs daher Fehlanzeige. Es ist gebräuchliche Praxis, die Opfer von Militäraktionen im Hochland oder Dschungel einfach Sendero oder der MRTA in die Schuhe zu schieben. Amnesty International schildert in seinem neuesten Länderbericht über Perú zwar zahlreiche Massaker und extralegale Hinrichtungen, räumt aber gleichzeitig ein, daß die Dunkelziffer kaum abschätzbar ist. Bekannt sind verschiedene Fälle, in denen die Armee Bauern zwang, als Rondas campesinas - bäuerliche Streifen - mit zum Teil völlig unzureichender Bewaffnung einen Stoßtrupp gegen Sendero zu bilden, und sie damit in den sicheren Tod schickte.

Im letzten Jahr wurde ein Geheimdokument bekannt, das die Aufstandsbekämpfungsstrategie der Streitkräfte näher umreißt. Die Direktive Nr. 01 - CCFFAA-JICS mit Datum vom Juni 1991 erteilte die Erlaubnis, Tötungen vorzunehmen, ohne Spuren zu hinterlassen und bei auf geheimdienstlichen Erkenntnissen beruhenden Anti-Subversions-Aktionen keine Gefangenen mehr zu machen. Zwar beteuerte der Verteidigungsminister nach der Veröffentlichung dieses Papieres, es sei durch das Oberkommando der Streitkräfte nicht abgesichert worden, nach inoffiziellen Berichten entspricht es jedoch der inzwischen gängigen Praxis.

Die Anzahl der Personen, die nach ihrer Verhaftung durch die Sicherheitsorgane als verschwunden gelten, gab Amnesty für das erste Jahr der Fujimori-Regierung mit 268 an. Ebenso an der Tagesordnung sind Folter und Vergewaltigungen durch die Sicherheitsorgane. Denunzierte Folterknechte kommen in der Regel ungeschoren davon, denn in den Notstandsgebieten unterliegen Sicherheitskräfte der Militärgerichtsbarkeit - vielfach eine Garantie für Straffreiheit.

Das Ausnahmerecht stammt bereits aus der Zeit vor Fujimori und die Verbrechen der Sicherheitskräfte waren unter den beiden Vorgänger-Regierungen ebenfalls nicht unbeträchtlich. Fujimori war bereit, nahtlos an deren blutige Tradition anzuknüpfen. Dies machte er gleich nach seinem Amtsantritt unmißverständlich klar, als er den in verschiedenen unabhängigen Untersuchungsberichten als Verantwortlichen eines Militärmassakers an 30 Bauern im Mai 1988 in dem Andendörfchen Cayara ausgemachten General José Valdivia beförderte.

Die Erfolge der Subversionsbekämpfung

Insgesamt ist die "Terrorismusbekämpfung" seit dem Putsch überaus erfolgreich gewesen. Nach der Verhaftung Guzmáns überschlugen sich die Zeitungen mit Meldungen über Festnahmen verschiedener Führungskader Senderos oder der MRTA. Viele Guerrilleros sollen sich zudem in Berufung auf ein neues Gesetz, das ihnen bei Aufgabe Straffreiheit zusichert, freiwillig gestellt haben. Mit der Antisubversions-Polizei Dincote gibt es offenbar eine effektiv arbeitende Abteilung der Polizei, der nicht der Ruf der Korruption anhängt und deren Strategie gegen Sendero und MRTA nicht die der verbrannten Erde ist. Noch vor kurzem wäre nicht daran zu denken gewesen, daß Guerillaführer vom Schlage eines Abimael Guzmán oder eines Victor Polay bei bester Gesundheit festgenommen werden.

Auch wenn Sendero rein quantitativ für den Tod von mehr Menschen verantwortlich sein mag als die Sicherheitsorgane, kann über die unzähligen Menschenrechtsverletzungen letzterer nicht hinweggesehen werden. So weit ist es schon, daß viele Menschen bis hin zur Linken die Armee nicht nur als das kleinere Übel gegenüber Sendero ansehen, sondern auch massiv die Präsenz des Militärs in Gebieten mit Sendero-Einfluß fordern, unter anderem die Besetzung der großen staatlichen Hochschulen des Landes durch die Armee

begrüßen. Nicht selten wird die These vertreten, zuerst müßten alle demokratischen Kräfte Regierung und Militär im Kampf gegen den Pfad unterstützen, und erst nachdem das Problem Sendero gelöst sei, könne wieder gegen die Regierung Front gemacht werden.

Sicherlich muß massiv und entschieden gegen den Leuchtenden Pfad vorgegangen werden und in von Sendero terrorisierten Dörfern oder Pueblos jovenes mag solch eine Haltung auch verständlich sein. Aber den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, war noch nie eine gute Idee. Die Landbevölkerung wird in weiten Teilen des Landes zwischen den Fronten der Armee und Senderos aufgerieben, besonders wenn sie bewaffnet ist. Die Abwehr Senderos kann daher oft besser durch entschiedenes Auftreten und ausgeklügelte Überwachungssysteme organisiert werden. Zwar macht sich dadurch vielfach eine Bespitzelungsatmosphäre breit, doch damit müssen die Leute in diesen schweren Zeiten leben.

Trotz aller Festnahmen und militärischen Erfolge bedarf es keines Propheten, um vorherzusehen, daß Fujimoris Ankündigung, bis 1995 mit Sendero und binnen acht Monaten mit der MRTA fertig zu sein, nichts als plumpe Propaganda ist. Nach wie vor übt Sendero beispielsweise im Kokaanbaugebiet des Alto Huallaga uneingeschränkt die Kontrolle aus und genießt dort sogar die Unterstützung eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Bevölkerung. Immer noch gibt es unzählige Andentäler, die als "zona roja", als "rote Zone", gelten. Auf wieviele Sympathisanten Sendero zählen kann, das weiß niemand so genau, Schätzungen gehen aber immerhin bis 100.000. Die MRTA bleibt trotz der Rückschläge zumindest in den Provinzen Junin oder San Martín ein Machtfaktor. Auch in Lima ist Sendero nach der Festnahme Guzmáns nicht von der Bildfläche verschwunden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über irgendeine Aktion aus der Hauptstadt in der Zeitung berichtet wird. In der Woche vor den Wahlen explodierten in Lima erneut Autobomben, abermals wurde für zwei Tage ein "bewaffneter Streik" ausgerufen.

Der Saubermann Fujimori

Im Rahmen der Korruptionsbekämpfung griff die Regierung zu drastischen Maßnahmen. Gleich nach dem Staatsstreich wurde der Justizapparat fast vollständig aufgelöst und wieder neu besetzt, und insbesondere APRA-Staatsanwälte und Richter durften sich in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen. In vielen Behörden wurde ähnlich verfahren. Selbstverständlich wurde ein Großteil der derart freigewordenen Posten mit eigener Klientel besetzt. Aber wer garantiert, daß die neu eingesetzten Würdenträger nach einigen Jahren immer noch eine weiße Weste haben? Einige von ihnen haben es von vornherein nicht. Zu ihnen zählt der bei den Umbesetzungen großen Einfluß ausübende Ex-Offizier Montesinos, einer der engsten Berater Fujimoris. Obwohl ihm vom "Miami Herald" eine Verwicklung in Drogengeschäfte bescheinigt wird, darf er sich weiterhin des Vertrauens seines Chefs erfreuen. Auf seinen Ratschlag hin wurde als Schlüsselfigur in der Justiz ein ebenfalls mit der Drogenmafia in Verbindung gebrachter Generalstaatsanwalt benannt, unter dessen Aufsicht sämtliche Umbesetzungen in der Justiz gestellt werden sollten. Erst nach einer massiven Pressekampagne gegen diesen Kandidaten sah sich Fujimori veranlaßt, diese Berufung zurückzunehmen. In der Zwischenzeit wurde nahezu die gesamte Justiz erneut umbesetzt, doch sind dies eher populistisch-kosmetische Maßnahmen, da die eigentlichen Ursachen der Korruption damit nicht beseitigt werden.

Zweifellos ist Fujimori entschiedener gegen Korruption vorgegangen als manche Vorgängerregierung. Aus verständlichen Gründen sparte er die Sicherheitskräfte dabei jedoch aus. Ein Reihe von Skandalen wurde aufgedeckt, die Gerichte des Landes haben Hochkonjunktur. Doch dies bedeutet keinesfalls, daß der Regierungschef selbst integer ist. So muß sich Fujimori von der Presse der Vorwurf gefallen lassen, den Putsch unter anderem veranstaltet zu haben, um Korruption in seinen engsten Familien- und Beraterkreisen zu vertuschen. Ausgerechnet in den letzten Wochen vor dem Staatsstreich war nämlich ein Skandal in aller Munde, den die sich damals um den Bürgermeisterposten Limas bewerbende Präsidentengattin Susana Higuchi höchstdaselbst bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige brachte. Sie beschuldigte den Präsidentenbruder Santiago und den als peruanischen Botschafter in Japan residierenden Schwager, aus dem Lande der aufgehenden Sonne angekommene Kleiderspenden veruntreut zu haben. Nur wenige Tage später bereits widerrief die First Lady schon und war seitdem für JournalistInnen nicht mehr zu sprechen. Sie verließ die Präsidentenvilla nicht mehr, und alsbald hieß es in ihrer Umgebung gar, sie würde nunmehr auf die Kandidatur verzichten. Der Staatsanwalt, der sich beeilte, die Ermittlungen aufzunehmen, wurde, ehe er noch richtig beginnen konnte, vom Putsch überrascht. Er sah sich postwendend seines Amtes enthoben, sein Nachfolger stellte die Nachforschungen umgehend ein.

Darüber hinaus halten sich hartnäckig Gerüchte, daß die Regierung Fujimori beim emsigen Verkauf der Staatsbetriebe zu Spottpreisen vorwiegend eigene Klientel bedient hat. Besonders Tankstellen des ehemaligen Staatsbetriebes Petroperú sollen zu Spottpreisen verkauft worden sein. Ohnehin werden die unter den Hammer kommenden Staatsunternehmen, auch wenn sie keine roten Zahlen schreiben, teilweise für ein Butterbrot verhökert.

Trotz seiner Popularität steht Fujimori unter erheblichen Erfolgsdruck. Noch kann er Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Bürgerkrieges nähren, noch kann er die wirtschaftliche Misere als Erbe der APRA-Regierung verkaufen, noch wird ihm trotz einiger Korruptionsskandale seine Integrität abgenommen. Was jedoch geschehen kann, wenn dies eines Tages nicht mehr so ist, darauf bekam er einen Vorgeschmack, als am 13.11. einige von ihm in den Ruhestand versetzte Militärs zu putschen versuchten und die verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellen wollten. Dieses Mal standen die entscheidenden Generäle noch auf seiner Seite. Doch die Perspektive des Landes bleibt düster, denn das einseitige Setzen auf militärische Lösungen trägt leicht zur Eskalierung des Konfliktes bei. Mit seiner neoliberalistischen Wirtschaftspolitik setzt der Agrar-Ingenieur Fujimori die Saat für den bewaffneten Kampf selbst an. Vielleicht sollten er und Boloña einmal eine Bootsfahrt nach San Lorenzo unternehmen, höflich bei Presidente Gonzalo anklopfen und unter seiner Anleitung die Verelendungstheorie des großen Vorsitzenden Mao studieren.

Rolf Berlin

# 24. El Salvador - Die Linke in der Übergangsperiode

Autor: Rainer Spangenberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:02

Vor inzwischen etwa zehn Monaten unterzeichneten Vertreter der rechten ARENA-Regierung El Salvadors und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) in Chapultepec, México, das Schlußabkommen der zweijährigen Friedensverhandlungen unter Vermittlung der Vereinten Nationen. Zusammen mit den zwischen Juli 1990 und September 1991 abgeschlossenen Verträgen von San José, México-Stadt und New York bildet es gewissermaßen das "Drehbuch" für einen Friedensprozeß an dessen Ende in El Salvador nach jahrzehntelanger Herrschaft mehr oder weniger offener Militärdiktaturen völlig neue Bedingungen für das Austragen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Konflikte und damit auch für die salvadorianische Linke stehen sollen.

Nach einer achtwöchigen Delegationsreise nach El Salvador von Ende Juli bis Mitte September, die zahlreiche Gespräche mit VertreterInnen der Linken einschloß, möchte ich hier versuchen, eine Art Zwischenbilanz zu ziehen.

Fortschritte des Friedensprozesses ...

Bei unseren Gesprächen mit VertreterInnen der FMLN, verschiedener linker Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Kirchen sowie der UNO wurde ihre gemeinsame Einschätzung deutlich, daß die Umsetzung der Friedensvereinbarungen vorankommt, wenn auch mit Verzögerungen, Konflikten und gelegentlichen "Krisen".

Die wichtigsten positiven Punkte sind die hundertprozentige Einhaltung des Waffenstillstands, die Auflösung der besonders repressiven "Finanzpolizei", der Nationalgarde sowie der ersten beiden (von fünf) Eliteeinheiten des Heeres, sowie der Beginn des Aufbaus einer neuen "zivilen Nationalpolizei", die bis zu den für 1994 vorgesehenen Wahlen die alte Nationalpolizei schrittweise ablösen soll: Nach langen Hinhaltebemühungen seitens der Regierung und mit mehrmonatiger Verspätung hat der erste Jahrgang zukünftiger PolizistInnen, darunter auch viele Ex-Guerillas/os, die halbjährige Ausbildung an der neu gegründeten "Akademie für öffentliche Sicherheit" angefangen. Ihre Beteiligung an der neuen Polizei sieht die FMLN als Garantie dafür an, daß das staatliche Gewaltmonopol nicht wieder gegen die Volksbewegung eingesetzt werden kann. Ebenfalls Anfang September sind schließlich - gegen den anhaltenden Widerstand des rechten ARENA-Flügels - die letzten rechtlichen Hindernisse gegen die Zulassung der FMLN als politische Partei aus dem Weg geräumt worden. Ihre formelle Legalisierung dürfte Ende Oktober abgeschlossen sein.

... und Probleme

Das wichtigste Problem bestand für die FMLN zu diesem Zeitpunkt im praktisch völligen Ausbleiben der im Friedensvertrag vorgesehenen Eingliederungshilfen für die demobilisierten Guerilleros/as sowie der fehlenden Umsetzung der Vereinbarungen bezüglich der Landfrage seitens der Regierung: Eine Legalisierung der Besitzverhältnisse in den von der Guerilla kontrollierten Gebieten zugunsten der dort arbeitenden Bauern und Kooperativen und die Verteilung des 245 Hektar pro Person übersteigenden Großgrundbesitzes an Landlose, die Anfang August theoretisch hätten abgeschlossen sein sollen, war einen Monat später noch nicht einmal in Sicht; und die ersten, am 30. Juni demobilisierten Compas standen noch immer mit leeren Händen da.

Unter diesen Bedingungen griff die FMLN Ende Juli zum wichtigsten Druckmittel, das ihr bis zur völligen Entwaffnung ihrer Einheiten bleibt, und verkündete die Aussetzung der Demobilisierung. Damit war der Friedensprozeß zum zweiten Mal in eine offene "Krise" geraten, d.h. die beiden Konfliktparteien, also Regierung und FMLN, konnten sich nicht auf eine einvernehmliche Interpretation und Umsetzung der Friedensvereinbarungen einigen. Die Regierungsseite schiebt die unvollständige, verspätete oder sogar Nicht-Erfüllung eingegangener Verpflichtungen auf äußere Faktoren wie "technische Hindernisse" oder fehlende finanzielle Mittel und macht, gestützt auf ihre erdrückende Überlegenheit im Bereich der Massenmedien, die Frente für die Stockungen im Friedensprozeß verantwortlich. Wieder kam deshalb Mitte August der Gesandte des UN-Generalsekretärs, Marrack Goulding, nach El Salvador, um in der festgefahrenen Verhandlungssituation zu vermitteln. Unter seiner Verhandlungsführung entstand ein neuer Zeitplan, der die nachträgliche Erfüllung aller ausstehenden Verpflichtungen, und zwar in den verschiedenen Bereichen aufeinander abgestimmt, vorsieht und damit indirekt der Position der FMLN Rechnung trägt.

ONUSAL, die ständige UNO-Mission in El Salvador, sollte in der zweiten Septemberhälfte einen Bericht über den Fortschritt des Friedensprozesses für den UN-Generalsekretär ausarbeiten, auf dessen Grundlage dieser wiederum Empfehlungen an den Sicherheitsrat gibt. Da hiervon wesentlich der Umfang der "Wiederaufbauhilfe" aus den Industrieländern abhängt, trägt die Präsenz und Arbeit von ONUSAL nicht zuletzt dazu bei, die vor allem im rechten Spektrum der ARENA-Partei und der Regierung, Teilen der Armee und den Verbänden der Großrundbesitzer und Großunternehmer organisierte Ultrarechte in Schach zu halten, die die Friedensvereinbarungen und ihren damit verbundenen Machtverlust nicht hinnehmen will.

Während aus ihren Kreisen immer wieder Drohungen gegen "jene Ausländer" zu vernehmen sind, "die sich in die nationalen Angelegenheiten unseres Vaterlandes einmischen, anstatt erstmal zu Hause für Ordnung zu sorgen", war bei der Opposition allgemeine Erleichterung zu spüren, als klar wurde, daß das ONUSAL-Mandat über den 31. Oktober dieses Jahres hinaus bis zu den Wahlen 1994 verlängert werden würde. Denn bei aller Kritik an der öffentlichen Zurückhaltung der UN-Vertreter gegenüber den Vertragsverstößen der Regierung: die grundsätzlich positive und geradezu unverzichtbare Rolle von ONUSAL und der "internationalen Öffentlichkeit" überhaupt im Friedens- und Demokratisierungsprozeß ist innerhalb der salvadorianischen Linken wohl unumstritten.

Die Frage der endgültigen Entwaffnung der Guerilla

Der im August zwischen UNO, Regierung und FMLN ausgehandelte neue Zeitplan hielt am 31. Oktober als Term für die Entwaffnung und Demobilisierung des letzten Guerilla-Kontingents und damit den Abschluß der Waffenstillstands-Periode fest. Dieser Zeitpunkt mußte aber schon damals genauso unrealistisch erscheinen wie die parallel dazu vorgesehene Bereitstellung von Krediten, ausreichenden Landes, Stipendien- und Ausbildungsprogrammen für die in kurzen Abständen zu demobilisierenden Compas durch die Regierung. Bereits im Sommer haben Vertreter der FMLN deshalb auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Periode des Waffenstillstands, in der beide Parteien noch über bewaffnete Kräfte verfügen, über Ende Oktober hinaus zu verlängern, ein Anliegen, das Regierung und Armee strikt zurückwiesen. Am 21. Oktober schlugen die Vereinten Nationen einen nochmals veränderten Zeitplan vor, der eine Verlägerung der Frist für die vollständige Entwaffnung der Guerilla-Verbände bis zum 15. Dezember vorsieht, und dem die FMLN-Führung inzwischen zugestimmt hat.

In diesem Zeitraum ist auch eine wichtige Weichenstellung hinsichtlich der Zukunft der Armee zu erwarten: Bis spätestens Ende November muß Präsident Cristiani sich entschieden haben, welche Konsequenzen er aus dem Bericht der Untersuchungskommission zieht, die von Juli bis September mehr als 2.000 hohe und mittlere Offiziere auf ihre Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während des Krieges und ihre Eignung für eine den Erfordernissen einer demokratischen Gesellschaft angepaßte Armee hin untersucht hat. Würde Cristiani, wie im Friedensabkommen vorgesehen, den Empfehlungen des Untersuchungsberichts folgen, müßte er fast den gesamten Generalstab, den jetztigen Verteidigungs- und die Vizeverteidigungsminister entlassen. Bisher sperrt sich Cristiani sogar gegen eine Veröffentlichung des Berichts - für die Opposition Voraussetzung für eine Beendigung der Straflosigkeit und einen Neuanfang der Streitkräfte, die auch nach abgeschlossener Reduzierung ein vielfaches ihrer Vorkriegsstärke haben werden und unter der alten Führung kaum als Garanten des Demokratisierungsprozesses gelten können.

Beim aktuellen Stand des Friedensprozesses kann die FMLN ihr wichtigstes Druckmittel, ihre immer noch bewaffneten Verbände in den Konzentrationszonen, jedenfalls nicht aus der Hand geben.

Keine Entwarnung im

Bereich der Menschenrechte

Nachdem in den ersten Monaten nach Abschluß des Friedensabkommens auch unabhängige Beobachter eine "substantielle Verbesserung im Bereich der Menschenrechte" festgestellt hatten, haben Morde an AktivistInnen der Volksbewegung, Morddrohungen und Funde von Leichen mit Folterspuren seit Mai wieder in besorgniserregendem Ausmaß zugenommen. Gerade in den westlichen Provinzen Santa Ana und Sonsonate, wo es der Opposition ohnehin schwer fällt, Fuß zu fassen, wurden allein im Juli und August zahlreiche GewerkschafterInnen und KooperativenvertreterInnen ermordet. In vielen Fällen ist die Handschrift der ultrarechten Todesschwadronen, die jetzt auch öffentlich erklärt haben, führende FMLN-Mitglieder töten zu wollen, unverkennbar; immer häufiger werden Verbrechen mit offensichtlich politischem Hintergrund aber

inzwischen als "Gewalttaten gemeiner Krimineller" getarnt und von Regierungsstellen und rechten Massenmedien als solche dargestellt. ONUSAL hat in ihrem fünften Bericht über die Menschenrechtssituation im Land festgestellt, daß "die Regierung systematisch ihre Verpflichtungen verletzt, (solche Verbrechen) vorbeugend zu verhindern, bzw. zu untersuchen, anzuklagen und (die Täter) zu bestrafen". An anderer Stelle heißt es, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Betätigung sei "noch nicht in befriedigender Weise garantiert".

Die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen erhalten jedenfalls ein Klima der Unsicherheit und erschweren der Opposition die jetzt so notwendige Mobilisierung zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Streitpunkten.

Die salvadorianische Linke

in einer Phase der Neuorientierung

Bedenkt mensch die auch in den letzten Kriegsjahren noch massive Repression, hat die salvadorianische Opposition eine beachtliche organisatorische Stärke erreicht. Im Parlament sind seit den Wahlen von 1991 neben den Christdemokraten (PDC) das linke Parteienbündnis Convergencia Democrática (CD) und die der illegalen Kommunistischen Partei, einer der fünf FMLN-Organisationen, nahestehende "Nationalistisch-Demokratische Union" (UDN) mit acht bzw. einem von 84 Abgeordneten vertreten. Über ihre Beteiligung an der jeweils zur Hälfte mit Regierungs- und OpppositionsvertreterInnen besetzten "Nationalen Kommission für die Konsolidierung des Friedens" (C0PAZ) haben sie auch einen gewissen Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung des Friedensprozesses. Im Unterschied zu den genannten linken Parteien haben die Organisationen der Volksbewegung, die sich im September 1988 zum "Permanenten Komitee der Nationalen Debatte für den Frieden" (CPDN) zusammengeschlossen haben, auch eine Massenbasis: Die inzwischen 85 in der CPDN mitarbeitenden Gewerkschafts-, Bauern- und Kooperativenverbände, Kirchen-, Stadtteil-, Frauen- und RücksiedlerInnen-Organisationen, Umweltgruppen und andere Nichtregierungsorganisationen vertreten heute, so unser Gesprächspartner von der "Nationalen Debatte", etwa eine Million Menschen. Viele dieser Organisationen und Verbände, darunter der mit 300.000 Mitgliedern und 276 Einzelgewerkschaften größte Gewerkschaftsdachverband UNTS, sind eindeutig der Linken im allgemeinen, einige andere der PDC im besonderen zuzurechnen.

Verglichen mit dieser zahlenmäßigen und organisatorischen Stärke erscheint die augenblickliche Mobilisierungskraft der Opposition eher gering. Am deutlichsten wurde das in der Auseinandersetzung um die 10%ige Mehrwertsteuer (IVA), deren Einführung die Regierung für den 1. September angekündigt hatte. Die Oppositionsparteien protestierten zwar im Parlament, die Gewerkschaften und andere soziale Organisationen in Zeitungsanzeigen heftig dagegen, daß der Staatshaushalt nun auch noch auf dem Rücken der von der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung Cristiani sowieso schon am stärksten betroffenen unteren Bevölkerungsschichten saniert werden sollte; es gab aber weder Streiks noch größere Protestkundgebungen oder Demonstrationen. Erst die "traditionelle" Großdemonstration der Opposition zum nationalen Unabhängigkeitstag am 15. September wurde dann ein Massenprotest auf der Straße - als die IVA längst von der rechten Parlamentsmehrheit abgesegnet und eingeführt worden war.

Neben der anhaltenden Angst oder zumindest Verunsicherung aufgrund der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen scheint mir vor allem eine erkennbare Konzept- und vielleicht auch Orientierungslosigkeit für diese Mobilisierungsschwäche verantwortlich zu sein. Jahrelang hatte die Opposition ihre Energie neben der Behauptung gegenüber der Repression und ihrem Kampf für die Respektierung der Menschenrechte vor allem darauf verwandt, die Regierung zu ernsthaften Verhandlungen mit der Guerilla mit dem Ziel eines baldigen Friedensschlusses zu bewegen. Dieses, das breite Spektrum der in der CPDN zusammengeschlossenen Organisationen verbindende Ziel ist nun erreicht, und für die konkrete Ausgestaltung des Friedensprozesses haben die (nicht-öffentlichen) Verhandlungen zwischen FMLN, Regierung und der UNO in der Praxis eine erheblich größere Bedeutung als der Einfluß der Volksbewegung oder auch von COPAZ. Der FMLN kommt dabei weiterhin eine Art "Stellvertreter"-Funktion für die Volksbewegung zu, die sie bereits während der Friedensverhandlungen einnehmen mußte, nachdem der Antrag der CPDN, als "dritte Konfliktpartei" zu den Friedensgesprächen zwischen Regierung und Guerilla zugelassen zu werden, 1990 abgelehnt worden war.

Mit der nur indirekten Beteiligung der sozialen Organisationen der Opposition an den politischen Weichenstellungen der letzten Jahre ist es sowohl zu erklären, daß sich die FMLN immer noch mit der Erwartung konfrontiert sieht, auch in sozialen Konflikten - wie eben z.B. um die Einführung der IVA - eine orientierende oder sogar Vorreiter-Rolle einzunehmen, als auch, daß der wirtschaftlich-soziale Teil der Friedensvereinbarungen, ausgenommen vielleicht die Regelungen zur Landfrage, aus der Sicht der Volksbewegung äußerst unbefriedigend erscheint.

Vor allem den BewohnerInnen der städtischen Armutsviertel nutzt die vage Verpflichtung der Regierung, "Maßnahmen zur Linderung der negativen Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik für die Ärmsten" zu ergreifen, herzlich wenig, wenn ihre Lebenshaltungskosten aufgrund der neuen Mehrwertsteuer nochmals drastisch steigen. Und was die Situation besonders kraß diskriminierter Teile der salvadorianischen Gesellschaft betrifft, weisen die Friedensverträge, das wird uns bei Gesprächen mit VertreterInnen einer Frauen- und einer Indígena-Organisation besonders deutlich, "blinde Flecken" auf: Die zahlreichen Verfassungs- und Gesetzesreformen, die in den Friedensverhandlungen vereinbart und zum Teil bereits vom Parlament beschlossen wurden, ändern nichts an der bestehenden rechtlichen Unterordnung der Frau unter ihren Ehemann oder an den Beschränkungen, denen die salvadorianischen Indios bei ihrem Bemühen unterliegen, ihre jahrzehntelang unterdrückte kulturelle Identität wiederzubeleben und auszudrücken. (Von Kleidung und Sprache bis hinzu traditionellen Formen der Selbstverwaltung und des kollektiven Landbesitzes.) Die CPDN und hier vor allem die Gewerkschaften setzen zunächst auf Verhandlungen mit Unternehmern und Regierung im Rahmen des "Forums für die wirtschaftliche und soziale Konzertierung", wo laut Friedensabkommen "ein Komplex von Vereinbarungen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes" erzielt werden soll, die freilich den grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung nicht in Frage stellen dürfen.

Bis zum Sommer dieses Jahres hat der wichtigste salvadorianische Unternehmerverband ANEP die Einsetzung des Forums allerdings boykottiert. Seine Teilnahme, ohne die Vereinbarungen des Forums politisch kaum Gewicht hätten, war eine der wichtigsten Forderungen der sozialen Organisationen, die hier als einen der ersten Punkte ein in El Salvador bisher fehlendes Arbeitsrecht ausarbeiten möchten. Neben der hohen Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung ist es vor allem die bestehende Gesetzlichkeit, die die Fähigkeit der Gewerkschaften einschränkt, soziale Forderungen konfrontativ, z.B. durch Streiks, durchzusetzen.

Längerfristig bleibt ihnen wie überhaupt der gesamten Opposition die Hoffnung, die Regierung Cristiani bei den Wahlen 1994 abwählen und anschließend eine sozial gerechtere Wirtschaftspolitik realisieren zu können.

Die Wahlen von 1994 im Blick

Tatsächlich spielen die für 1994 vorgesehenen Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen in den Überlegungen gerade der Oppositionsparteien eine große Rolle. Noch bevor Konzepte zu wichtigen politischen Fragen, z.B. einer möglichen alternativen Wirtschaftspolitik, ausgearbeitet sind, werden Bündnis-Varianten diskutiert; die Selbstdarstellung der einzelnen Oppositionsparteien zielt offenbar - wie auf der anderen Seite die Politik der regierenden ARENA - bereits auf den bevorstehenden Wahlkampf.

Innerhalb der politischen Linken El Salvadors besteht, so erklärt uns Romeo Tremin von der Convergencia Democrática, Einigkeit darüber, daß nur ein Bündnis aller linken Parteien (also der fünf FMLN-Organisationen, der UDN und der drei CD-Parteien, von denen die "Nationalrevolutionäre Bewegung" inzwischen ohne von außen erkennbare politische Differenzen aus der Convergencia ausgetreten ist) in Zusammenarbeit mit den Christdemokraten die ARENA-Regierung bei den Wahlen stürzen kann. "Die Rechte würde uns gerne gespalten und vereinzelt auf das Format von Bonsai-Bäumchen zurückgestutzt sehen, aber den Gefallen werden wir ihr nicht tun." Die salvadorianische Linke müsse bis zu den Wahlen ein authentisch linkes Projekt entwickeln und den WählerInnen als Alternative zur Politik der gegenwärtigen Regierung vermitteln.

Eine linke Parlamentsmehrheit ohne die Christdemokraten ist allerdings kaum vorstellbar. Immerhin erscheint aber die - offiziell ja noch gar nicht zugelassene - FMLN heute verschiedenen Meinungsumfragen zufolge nach ARENA und vor der PDC als zweitstärkste politische Kraft - für unsere Gesprächspartner Anlaß zu Optimismus.

Die FMLN: Viele Aufgaben und ein neues "Kampfterrain"

Der FMLN kommt also innerhalb der Opposition und gerade der Linken eine besondere Bedeutung zu: Einerseits hängt von ihrer Verhandlungsführung und vom Druckmittel ihrer noch bewaffneten Verbände wesentlich die weitere Entwicklung des Demokratisierungsprozesses ab; gleichzeitig muß sie sich als absehbar stärkste Oppositionspartei auf dem für sie neuen Feld des politischen Kampfes behaupten und sich unter Zeitdruck von einer politisch-militärischen Guerilla-Organisation in eine politische Partei (mit fünf weiterhin selbständigen politischen Gruppierungen) verwandeln.

Siegfriedo Reyes, Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der Frente, mit dem wir in San Salvador über die Rolle der FMLN im "Nachkriegs"Salvador sprechen, erklärt uns, wie schwierig dieser Prozeß ist: Über 70% der FMLN-Kader seien gegenwärtig mit der Überwachung der Umsetzung der Friedensvereinbarungen bzw. mit den Verhandlungen mit Regierung, Armee und ONUSAL zur Beilegung der zahlreichen Streitpunkte beschäftigt oder kümmerten sich "vor Ort", in der Hauptstadt oder in Gesprächen mit ausländischen Geldgebern, um die materielle Sicherstellung der Eingliederung der demobilisierten Guerilleros/as ins Zivilleben. Daneben schreite die Etablierung der FMLN als politische Partei zügig voran: Schon jetzt seien in allen großen Städten Parteilokale eröffnet; in den nächsten Monaten sollen 80% der größeren Ortschaften abgedeckt sein. Inzwischen senden auch die beiden Frente-Radios "Venceremos" und "Farabundo Martin legal aus der Hauptstadt. Zusammen mit einer neuen, bisher nur zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung sollen sie die propagandistische Übermacht der regierungsnahen Massenmedien zumindest etwas verringern. (Auch der Ausgang der Wahlen wird 1994 schließlich nicht nur von demokratischen Verhältnissen auf der Straße und in den Wahllokalen, sondern auch davon abhängen, wie weit die Parteien der Opposition ihre potentiellen WählerInnen überhaupt erreichen können).

Neben all diesen Aufgaben sind die fünf Organisationen, die seit 1980 in der FMLN zusammengeschlossen sind, mit ihrem jeweils eigenen "Umbau" beschäftigt: Dazu gehören die "innere Demokratisierung", d.h. die Veränderung der von den Jahren der Klandestinität geprägten Strukturen, die Diskussion und Entscheidung über Statuten und Programme.

Das Eingreifen in aktuelle soziale Konflikte, die Mobilisierung ihrer Basis in konkreten Auseinandersetzungen, die nicht unmittelbar den eigentlichen Friedensprozeß betreffen, müsse dabei im Moment zu kurz kommen. Von den aus der Volksbewegung an sie gerichteten Erwartungen, z.B. anläßlich der Einführung der Mehrwertsteuer, habe sich die Frente, das gibt Reyes zu, überfordert gefühlt.

Das Problem der "Unidad"

Immer wieder haben wir unsere Gesprächspartner von der FMLN auf die Frage der "Unidad", der Einheit zwischen den fünf Frente-Organisationen angesprochen. Sicher, daß alle fünf eine gemeinsame ("Front"-)Partei bilden und geschlossen zu den Wahlen antreten werden, daß erst die "Unidad" und dann die Einzelorganisationen kommen, haben wir immer wieder gehört. Mancherorts ist die konkrete Realität, wie wir sie erleben, aber verwirrend: Die Compas aus den Guerilla-Lagern der verschiedenen am Guazapa vertretenen FMLN-Verbände vertragen sich offenbar prächtig, und die Lager-Kommandanten arbeiten eng zusammen. In Chalatenango etwa konkurrieren aber drei "Wiederaufbau-Komitees" verschiedener Frente-Organisationen eher als daß sie zusammenarbeiten würden; oder in Santa Ana wird Geld für "das"geplante "FMLN-Parteibüro" erbeten, ohne zu erwähnen, daß es längst eins gibt - freilich von der "Konkurrenz".

"Ideologische Unterschiede" zwischen einem eher sozialdemokratisch orientierten und einem anderen "Lager" innerhalb der FMLN, das am langfristigen Ziel einer sozialistischen Gesellschaft festhält, dürften heute eigentlich kaum besonders problematisch sein, denn die Frage "Kapitalismus oder Sozialismus" steht mittelfristig für keinen unserer Gesprächspartner auf der Tagesordnung.

Die von uns beobachteten "Reibereien" sind wohl zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß jede der fünf FMLN-Organisationen darum bemüht ist, ihren "Besitzstand" für die neue Friedens-Periode zu stabilisieren, also "ihre" soziale Basis zu versorgen und zu halten oder sogar auszubauen, eine eigene Infrastruktur zu errichten und "ihre" weitere finanzielle Unterstützung aus dem Ausland zu sichern, unabhängig vom gemeinsamen - und unumstrittenen! - Engagement für die Stärkung der gesamten Partei. Im politischen Alltag schließlich dürften auch Meinungsverschiedenheiten darüber, wie weit z.B. der Regierung in bestimmten Streitpunkten entgegenzukommen sei, eine gewisse Bedeutung haben, ohne deshalb aber gleich die Einheit

der Frente in Gefahr zu bringen. Im Verhandlungsprozeß (bis zur Unterzeichnung des Schlußabkommens) habe die "Unidad" oft "am seidenen Faden gehangen", sagt uns Siegfriedo Reyes; jetzt aber könne sie nicht mehr zerbrechen.

Die Perspektive: "Demokratische Revolution" und soziale Gerechtigkeit

An erster Stelle steht heute bei der gegenwärtigen politischen Arbeit der FMLN die Festigung des Friedens durch die konsequente Umsetzung der Friedensvereinbarungen. In einem nächsten Schritt sollen dann mit einem breiten Mitte-Links-Bündnis die Wahlen von 1994 gewonnen werden, um weitere, über die Friedensverträge hinausgehende politische und sozio-ökonomische Reformen durchführen zu können, und auf kommunaler Ebene, wo die Frente vor allem in den ehemaligen "Konfliktzonen" viele Bürgermeisterämter zu gewinnen hofft, eine "Gegenmacht von unten" aufbauen zu können.

Gegen ein Bündnis mit der PDC haben unsere Frente-Gesprächspartner keine prinzipiellen Bedenken: Die FMLN werde sowieso nicht mit einem "sozialistischen" Programm in die Wahlen gehen, und die Erfahrung der sandinistischen Revolution in Nicaragua habe gelehrt, daß an der Regierung zu sein noch lange nicht bedeute, auch die Macht zu haben. Auch eine Regierung unter Beteiligung der FMLN werde den Konsens mit allen sozialen Kräften einschließlich der "ökonomischen Rechten" und auch außenpolitisch mit den Vereinigten Staaten suchen.

Wie soll aber nach den Vorstellungen der Frente das "neue" El Salvador aussehen, das nach mehr als zehn Jahren blutigem Krieg aus dem Friedensprozeß hervorgeht? Jaime umreißt den alle fünf FMLN-Organisationen verbindenden Konsens bei einem Gespräch am Guazapa folgendermaßen: Die fortschreitende Demilitarisierung der Gesellschaft, die breite Beteiligung an demokratischen Wahlen, begleitet von der Ausweitung von Verfahren und Strukturen partizipativer Demokratie, sowie soziale Organisierung und Mobilisierung sind die Elemente der angestrebten "demokratischen Revolution".

Ein stärkeres Engagement des Staates in der Wirtschaft, nicht zuletzt zugunsten größerer sozialer Gerechtigkeit, und die Kombination unterschiedlicher Eigentumsformen, wobei "assoziative" Eigentumsformen wie Agrarkooperativen und Industrie- und Handwerksbetriebe in der Hand der dort Arbeitenden besonders gefördert werden sollen, sind die Eckpfeiler einer alternativen Wirtschaftspolitik.

Bevor diese Vorstellungen auf nationaler Ebene (und im aktuellen kapitalistisch-weltwirtschaftlichen Kontext) ihre Realitätstüchtigkeit unter Beweis stellen können, sind sie zunächst einmal "im Kleinen" Leitfaden für das gesellschaftliche Leben in den Rücksiedlungen der während des Krieges von der Guerilla kontrollierten Gebiete - für Jaime und andere Compas von der kommunistischen FAL, die außer "Kraft zum Kämpfen" auch noch "Mut zum Träumen" haben, "Keimzellen" eines zukünftigen, sozialistischen El Salvador.

Rainer Spangenberg

# 25. Die doppelte Kolonie der USA. Bericht über die Arbeit Solidaritätsbrigade auf Puerto Rico

*Bericht über eine Reise und die Arbeit einer Solidaritätsbrigade auf Puerto Rico*

Rubrik: Puerto Rico; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:36

Zum ersten Mal reiste im September 1992 eine achtköpfige Solidaritätsbrigade nach Puerto Rico. Nach Jahren von Kontakten mit GenossInnen der Befreiungsbewegung Puerto Ricos, gegenseitigen Kurzbesuchen und im vergangenen Jahr einer längeren Informationstour durch Europa luden die Corretjer-Centros eine kleine Gruppe ein, um das Land kennenzulernen und gleichzeitig am Aufbau eines Projektes der Befreiungsbewegung mitzuarbeiten. Die Reise begann mit einem Aufenthalt in den US-Städten mit hohem puertoricanischem Bevölkerungsanteil, wo die MLN-PR (Movimiento de Liberación Nacional - Puerto Rico) diese Centros aufgebaut hat.

Guaraguao, der puertoricanische Adler, ist Herrscher und Jäger über den Bergen und Tälern. Wo sein schwarzer Schatten in Form des Kreuzes auftaucht, verbreitet sich Angst und Schrecken. Ausgerechnet Pitirre, der kleine aber draufgängerische Kolibri, bietet ihm Paroli. Während Guaraguao furchterregend und träge seine Kreise am Himmel zieht, greift Pitirre flink und mutig mit seinem spitzen Schnabel an, stößt mehrmals in den Hals des schwarzen Räubers und gibt ihm mit einer Attacke in die Augen den Todesstoß.

Solches erzählt eine kleine Geschichte des puertoricanischen Dichters José de Diego, die in naheliegender Anspielung auf die Realität im Lande den mutigen kleinen Vogel symbolisch zum Helden und zur Verkörperung des Widerstands auf der kleinen Karibikinsel macht. Das Bild ist treffend; seit Ende des letzten Jahrhunderts, als sich die spanischen Kolonisatoren nicht mehr halten konnten und die aufstrebende Großmacht USA sich in verschiedenen Ländern der Erde an ihre Stelle setzte, steht dem David Puerto Rico ein Goliath gegenüber. Dies hat dem Widerstand jedoch noch nie Abbruch getan, immer wieder erhoben sich Teile des puertoricanischen Volkes gegen die Vorherrschaft aus dem Norden, mutig und bewaffnet, und demonstrierten die Fortdauer des Freiheitswillens des kleinen Volkes. Ganz im Sinne des puertoricanischen Sprichworts: Jeder Guaraguao hat seinen Pitirre.

Puerto Rico -

die innere Kolonie

Die Reise nach Puerto Rico, ins Land des Pitirre, begann mit einem Besuch im Herzen des Guaraguao. In den 50er und 60er Jahren führte die Kolonialpolitik der USA dazu, daß viele PuertoricanerInnen ihr Land in Richtung nordamerikanischer Metropolen verließen, um dort Arbeit zu finden. New York, Chicago, Philadelphia, Hartford waren die hauptsächlichen Ziele, in denen die ArbeitsemigrantInnen Fuß zu fassen suchten. Das führte dazu, daß in diesen Städten heute fast so viele PuertoricanerInnen leben wie auf der Heimatinsel, zwei Millionen allein in New York. Sie fristen ein Leben am Rande der US-Gesellschaft, sind wie die Schwarzen einem wachsenden Rassismus ausgesetzt und stellen somit eine Kolonie im Inneren der USA dar. In Abgrenzung zu ihrer feindlichen Umgebung haben Teile dieser puertoricanischen Communities seit längerem eigene Organisierungsansätze verfolgt und in vier Städten Zentren gegründet, die den Namen des puertoricanischen Revolutionärs und Poeten Juan Antonio Corretjer tragen (1).

Über die MLN-PR und die Centros war der Kontakt nach Deutschland entstanden, sie waren auch die erste Station des Besuchs. Unter den Centros ragt jenes in Chicago als ältestes und größtes hervor. Um es vorwegzunehmen, wir waren beeindruckt, denn es gibt in der BRD nichts Vergleichbares. Unter einem Dach befinden sich Bibliothek, Kindergarten, High-School, Druckerei und eine Wohnbaugesellschaft, das ganze in einem der lebensgefährlichsten Viertel der Stadt, wo es schon tödlich sein kann, ein Hemd mit der falschen Farbe zu tragen oder die Straßenseite zu wechseln. Der Verhaltenskodex der Gangs ist streng: "Diese Leute sehen keine Zukunft für sich. Die Selbstmordrate in der puertoricanischen Community ist immens hoch. Die Perspektivlosigkeit äußert sich in nackter Gewalt, man könnte dies auch einen kollektiven Selbstmord nennen", beschrieb einer unserer Gesprächspartner diese Realität. Trotz massiver Repression durch das FBI und absoluter Eigenfinanzierung (Staatsknete ist kein Thema) ist das Centro zu einem wesentlichen Rückgrat der Infrastruktur in der Community geworden und spielt im politischen Leben eine bedeutende Rolle. Dabei wurde

deutlich, als Unterschied zu unserer Praxis von linksradikaler Politik, daß die Arbeit stark geprägt ist von den Notwendigkeiten des Alltags, von kulturellen Aktivitäten, vom Kampf um Bildung, vom Kampf um die eigene nationale Geschichte, von der Abwehr von Drogen, von Aktivitäten also, die wir oft mißbilligend mit Sozialarbeit bezeichnen. In diesem Alltag sind die patriotas, die politischen und Kriegsgefangenen immer präsent durch Zeitungsartikel, Portraits, Wandbilder und Besuche. Während unseres viel zu kurzen Besuchs wurden gerade mehrere tausend Dollar gesammelt für die Aufstellung einer Statue des Nationalhelden Pedro Albizu Campos (2) in einem öffentlichen Park.

In der Nähe Chicagos konnten wir Alicia Rodriguez besuchen, eine der puertoricanischen Prisoners of War, die als Mitglied der FALN (Fuerzas Armadas de Liberación Nacional; siehe Kasten) 85 Jahre absitzen soll. Wir waren überrascht über die Unkompliziertheit des Besuchs, konnten wir doch zu sechst sieben Stunden lang zu ihr, der Besuch spielte sich in einem offenen Besuchsraum ohne direkte Kontrolle ab, was im Vergleich zu bundesdeutschen Verhältnissen zu einiger Verwunderung Anlaß gab. Doch ist die Situation Alicias eher eine Ausnahme, die dann zu Ende sein wird, wenn sie den bundesstaatlichen Teil ihrer Strafe abgesessen hat und für den gesamtstaatlichen (seditious conspiracy = aufrührerische Verschwörung) Teil in ein Hochsicherheitsgefängnis gebracht wird. Es war ein sehr herzlicher Besuch und trotz der relativen Länge war er viel zu kurz, um alle Themen genügend zu besprechen. Alicia interessierte sich besonders für die Erfahrungen unseres Mitbesuchers, der als GRAPO-Mitglied in Spanien 14 Jahre im Knast verbracht hatte, sowie für die politischen Entwicklungen in der BRD seit dem Fall der Mauer.

Eine Solidaritäts-Brigade

In der Zeit der Vorbereitung der Brigade gab es die Überlegung, ob es nicht eine Verzettelung wäre, auch noch eine Woche in den USA zu verbringen. Doch als wir dann vollends den Sprung auf die Insel machten, waren wir froh, daß uns unsere GastgeberInnen dazu überredet hatten. Denn sie hatten recht gehabt: man kann die Situation in Puerto Rico und den Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus nicht genug verstehen, ohne das Leben und die Überlebenskämpfe in den puertoricanischen Communities der US-Städte zu kennen: Puerto Rico als innere Kolonie auf der einen, als äußere Kolonie auf der anderen Seite.

Das Kennenlernen der Insel - Borinquen, wie die vorkolumbianischen Tainos sie nannten - sollte sich auf eine für Reisen eher untypische Weise abspielen. Nicht von der Stadt, sondern vom Land aus sammelten wir unsere Eindrücke - weniger durch Umherreisen als durch viele Begegnungen und intensive Gespräche. Über die ganze Brigadenzeit wurden wir von zwei Companeros begleitet, die uns für alle möglichen und unmöglichen Fragen geduldig zur Verfügung standen.

Unser Arbeitseinsatz fand statt nahe des Städtchens Adjuntas in den Bergen, im Herzen Puerto Ricos. Die Corretjer-Centros bauen dort ein Camp auf und verfolgen damit verschiedene Absichten. Zum einen sollen Puertorriquenas/os aus den USA dort aktiv ihre Ferien verbringen können. In den USA lebt mittlerweile die zweite Generation von PuertoricanerInnen, viele kennen ihre Heimatinsel gar nicht. Für sie ist Urlaub unerschwinglich und undenkbar, das Camp soll eine billige und kreative Möglichkeit bieten, das Kennenlernen nachzuholen, verbunden mit Arbeitseinsätzen beim Aufbau und bei der Kaffeernte. Damit ist bereits die zweite Absicht benannt, denn mit zum Camp gehört ein Stück Land mit Kaffeepflanzen. Zum einen leben drei Campesinos von diesem Kaffee, zum andern soll mit dem Anbau ein Beispiel für die Möglichkeit zur landwirtschaftlichen Selbstversorgung Puerto Ricos gegeben werden - ein wichtiger Gedanke, der uns mehrmals wieder begegnen sollte.

Zum besseren Verständnis dessen ein Blick auf die soziale Realität des Landes. In wechselvollen Prozessen landwirtschaftlicher und industrieller Ausbeutung zerschlugen die nordamerikanischen Kolonisatoren die vorhandene Subsistenz der Bevölkerung. Wie wir dies von vielen Ländern kennen, wird auf eine Industrieentwicklung gesetzt, die nicht in der Lage ist, der Bevölkerung Ein- und Auskommen zu sichern. In Puerto Rico folgten nacheinander der intensive Anbau von Zuckerrohr, Textil-, dann Schwerindustrie; auf die Petroindustrie, die das Land besonders verwüstete, folgte die bis heute gültige Pharma-Phase. Ergebnis dieses Wechselprozesses ist eine immense Arbeitslosigkeit von mehr als 60%. Was die Regierungen der Vereinigten Staaten, nicht gerade als glühende Verfechter von Sozialstaatsmodellen bekannt, zu einem riesigen Sozialplan trieb: etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben von Sozialhilfe und Essenmarken - man will sich eben keinen Unruheherd leisten und kompensiert auf diese Art. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit ist leicht nachzuvollziehen: viele PuertoricanerInnen weisen Fragen nach der Unabhängigkeit weit von sich,

denn "wovon sollen wir leben, wenn die Zahlungen aus den USA ausbleiben". Für die Unabhängigkeitsbewegung ist dies ein Knackpunkt, denn wer den Leuten mit Unabhängigkeit kommen will, muß ihnen erst einmal plausible Selbstversorgungsmodelle anbieten. Wir wären also wieder bei Camp und Kaffee angelangt.

Unsere Arbeit im Camp bestand darin, vier bereits vorhandene Holzhäuser mit sanitären Einrichtungen zu versehen. Dazu wurde Erde ausgehoben, die Häuser erhielten einen Anbau mit Klo und Dusche. Nicht selten war diese Beschäftigung ein einziges Waten im Schlamm, denn der halbtropische Regen kommt regelmäßig nachmittags und mit Macht und verdeutlicht auf eindrucksvolle Weise, daß Rodung und Kahlschlag für den Boden tödlich sind. Denn nur auf einer dünnen fruchtbaren Erdschicht spielt sich das satte Pflanzenwachstum ab. Einmal abgeholzt, wäscht der Regen ungehindert aus und hinterläßt irreparable Erosionsschäden, vielerorts als große braunrote Flecken sichtbar.

Geschichte und Widerstand

So pünktlich der Regen einsetzte, so zuverlässig hörte er auch wieder auf und gestattete uns neben der täglichen Arbeit im Camp andere Aktivitäten. In Ausflügen hatten wir Gelegenheit, Geschichte, Land und Leute kennenzulernen. Unser zentraler Standort und die Größe der Insel (180 x 60 km), machten es möglich. In Ponce, der nahegelegenen Großstadt an der Küste, erlebten wir am 101. Geburtstag des Volkshelden Pedro Albizu Campos eine große Solidaritätsveranstaltung zugunsten der in den USA einsitzenden puertoricanischen politischen und Kriegsgefangenen mit lyrischen, musikalischen und Redebeiträgen, verschiedenen Videobeiträgen über die Geschichte der Unabhängigkeitsbewegung, einer Fotoausstellung über das Leben Albizus sowie Portraits aller Gefangenen. Das Bild, das eine solche Veranstaltung auf Puerto Rico abgibt, hat mit dem entsprechenden in der BRD reichlich wenig zu tun, denn die Sache der Gefangenen interessiert nicht nur jüngere Jahrgänge (wie wir dies hier gewohnt sind), sondern geht quer durch alle Altersklassen und tangiert ein breiteres politisches Spektrum: NationalistInnen, linke SozialdemokratInnen, ÖkologInnen, Gewerkschaften bis zu der radikalen Linken; die Legitimität von bewaffnetem Kampf steht für sie alle außer Frage, entsprechend präsent sind die Gefangenen in vielen Bereichen des politischen Lebens. Wir waren beeindruckt, auch von der Tatsache, daß an diesem stimmungsvollen Abend kein Tropfen Alkohol konsumiert wurde: Alkohol verträgt sich nicht mit ernsthafter Politik. Ähnlich beim "Grito de Lares", dem "Aufschrei von Lares", wo eines Aufstandes gegen die Spanier gedacht wird. Nachdem sich die sozialen Widersprüche in der Kolonialgesellschaft zuspitzten, gelang es dem Afro-Puertoricaner Ramón Emeterio Betances, die entstehende Unabhängigkeitsbewegung und den Kampf der Schwarzen gegen die Sklaverei zu vereinen und im Jahr 1868 nach Einnahme der Stadt Lares die erste Republik von Puerto Rico auszurufen. Die provisorische Regierung veranlaßte sogleich die Abschaffung der Sklaverei und der Zwangsarbeit für Tagelöhner, doch wurde die Revolution verraten und niedergeschlagen. Dieses Ereignis wird als Geburtsstunde der puertoricanischen Nation betrachtet. Albizu Campos war es, der in den 30er Jahren das Gedenken an diese Revolution einführte und der heutigen Unabhängigkeitsbewegung damit ein wichtiges Symbol zurückgegeben hat. So ist Lares Podium für dieselbe Bandbreite von politischen Anschauungen und Gruppen und es ist Volksfest zugleich. Zu Beginn war ein Video abgespielt worden, in dem sich der Machetero Filiberto Ojeda aus dem Untergrund zur Situation in Puerto Rico äußerte (siehe Kasten).

Vieques - Drehscheibe zur "neuen Weltordnung"

Bei einem Ausflug nach Vieques, einer zum Archipel Puerto Rico gehörenden Insel, bekamen wir die Gründe vor Augen geführt, weshalb das Land für die USA strategisch so wichtig ist und sie sogar den Preis der erwähnten Sozialprogramme zu zahlen bereit sind. Die Insel ist ein schmaler Schlauch, 13 km lang, 4 km breit. Ein Streifen in der Mitte ist bewohnt, die restlichen 70% links und rechts hat sich vor 50 Jahren die US-Armee unter den Nagel gerissen. Mit dem Versprechen, neue Häuser zu bekommen, wurden viele Familien von heute auf morgen enteignet und weggeräumt. Niemand wußte warum. Neue Häuser gab es nie, dafür eine böse Überraschung. Denn seither nutzen die USA die beiden Landflächen als Munitionsdepot einerseits und zu militärischen Übungszwecken andererseits. Seither finden Wasser-Landemanöver und Versuchsbombardements statt. Seither "gibt es mehr Krater als auf dem Mond", seither töten herumliegende Blindgänger ZivilistInnen, sind die BewohnerInnen totaler Lärmbelästigung ausgesetzt, werden Korallenriffe und Lagunen zerstört, es droht eine ökologische Katastrophe. Vollends klar wird die Bedeutung von Vieques durch die Tatsache, daß die US-Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte alle von Vieques aus gestartet wurden: Dominikanische Republik, Vietnam, Grenada, Panama. Die Funktion von Vieques im Golfkrieg

veranlaßte einen US-Politiker zu der Aussage, "ohne Vieques wäre die ganze Sache nicht so gut gelaufen" - der Begriff "vitale Interessen der USA" bekommt hier deutlich Gestalt.

Doch die Tradition von Widerstand gegen die Besatzer kam auch auf Vieques zum Tragen. Seit mindestens 1959, wie uns ein Busfahrer erzählte, holen sich die Leute Land zurück, durch Versetzen von Zäunen oder durch Besetzung. Vor allem die Fischer, die durch dezimierte Fischbestände und eingeschränkte Fanggebiete in ihrer Existenz bedroht sind, haben diesen Widerstand getragen. Sie haben Prozesse geführt und dabei manchen Besitztitel (!) für besetztes Land erstritten. 1979 provozierte das Militär nach einem ökumenischen Gottesdienst eine handfeste Auseinandersetzung, in deren Verlauf 21 Leute festgenommen wurden. Einer von ihnen, Angel Rodriguez Cristobal, Führer der Liga Socialista und bekannter puertoricanischer Independentista, wurde in einem Knast in Florida umgebracht, Selbstmord, so die offizielle Version. Der militante Teil der Bewegung reagierte, griff einen Militärbus der Armee an und erschoß vier Offiziere. Ein Priester, der an der vorangegangenen Auseinandersetzung beteiligt war, kommentierte dies: er könne zwar nicht für gutheißen, daß Leute umgebracht wurden, verstehe das Attentat aber eindeutig als Warnung an die Behörden, die Finger von den noch einsitzenden Gefangenen zu lassen (siehe Kasten).

Ein Rückschlag für die Bewegung war Hugo. Als er vor 5 Jahren über die Insel fegte und viel Zerstörung hinterließ, nutzte das Militär den Moment und holte besetztes Land zurück. Doch nicht für immer, wie unser Busfahrer bemerkt, er selbst hat sich auf einem besetzten Hügel ein Haus gebaut und erzählt stolz, von wo bis wo "sein" Land reicht. Und daß ein solcher Kampf erfolgreich sein kann, beweist die Nachbarinsel Culebra, die ebenfalls Testgelände gewesen war. Nach großer politischer Mobilisierung zog sich die US-Armee zurück, sicher auch mit Blick auf Vieques als sichere Bank. Denn entgegen der getroffenen Absprachen wurden die auf Culebra wegfallenden Militärübungen hierhin verlagert.

Im neuen Museum des Hauptstädtchens Isabella II gibt es archäologische Funde von der Insel sowie die Besiedlungs- und Wirtschaftsgeschichte zur Anschauung. Anfang des 16. Jahrhunderts griffen Eingeborene von Vieques die Spanier auf der Hauptinsel an. Nicht nur Spanien, auch England, Dänemark und Frankreich mischten auf der Insel mit, letztere brachten zwischen 1830 und 1870 SklavInnen für die Arbeit in den Zuckerrohrplantagen, welche lange Zeit die ökonomische Basis bildeten. Mit Videos zu geschichtlichen und ökologischen Themen, u.a. in Form von Märchen oder Comics wird im Museum auch pädagogische Arbeit geleistet. Auch wenn es eine staatliche Einrichtung ist, verstehen die MitarbeiterInnen ihre Arbeit als antimilitaristisch und antiimperialistisch, dieser Freiraum wurde bisher nicht in Frage gestellt. Bob, seit 10 Jahren Direktor, ist Nordamerikaner, er macht sich keine Illusionen, daß eine PuertoricanerIn in seiner Position, dieselbe Arbeit leistend, aus politischen Gründen sicher längst rausgeflogen wäre.

Das Casa Pueblo in Adjuntas

Nicht nur in den USA, auch in Puerto Rico fanden am 3. November Wahlen statt. Von den sozialistischen und nationalistischen Kräften wurden sie schon immer entschieden boykottiert, weil es sich offensichtlich um Kolonialwahlen handelt. Gewählt wurde der Gobernador, die oberste Funktion in der Hierarchie des "frei assoziierten Staates" (3), sowie ein Teil des Parlaments und die Bürgermeister aller Städte. Dies verschaffte uns das zweifelhafte Vergnügen, Augen- und Ohrenzeugen des Wahlkampfs zu sein. Kleinbusse mit überdimensionalen Lautsprecheranlagen waren eifrig unterwegs und beschallten jeden noch so versteckten Ort mit Wahlpropaganda. An den Wochenenden fand das Ganze seine Krönung in Wahlversammlungen allerorts, die begleitet wurden von Autokorsos beachtlicher Länge und - je nach Windrichtung - mit akustischer Live-Übertragung. Wie nüchtern, unpersönlich und medienorientiert dagegen die deutsche Spielart von Wahlen!

Doch das Leben auf Puerto Rico ist eben laut, und das ist für alle in Ordnung. Die Zeit im Casa Pueblo von Adjuntas (wo ein Teil der Gruppe nach dem Ende der Brigade noch ein paar Tage lang beim Dachneubau half) verdeutlichte dies. Was auch immer für Aktivitäten anstanden - Radiointerview, Eröffnung einer Ausstellung, abendliches Konzert - es fand vor dem Haus im Freien statt, Autolärm hin oder her, man versucht eben nicht, sich abzukapseln hinter Türen, sondern unter die Leute zu gehen.

Die "Taller de Arte y Cultura" (Werkstatt für Kunst und Kultur), die das Casa Pueblo aufgebaut hat, existiert seit zwölf Jahren und entstand anläßlich des Widerstands gegen Pläne der Regierung in Washington, in der Nähe der Stadt im großen Stil Kupfer abzubauen. Nach und nach sickerte an die Öffentlichkeit, daß dieses Projekt

Teil eines inselumfassenden Gesamtplans ist, das Land landwirtschaftlich, industriell, militärisch und ressourcenbezogen flächendeckend auszubeuten, ohne Rücksicht auf die künftige Bewohnbarkeit und mit dem erklärten Ziel, die Bevölkerung (nach der erzwungenen Emigration und den weltbekannt gewordenen Zwangssterilisationen) (4) noch einmal zu reduzieren auf die Hälfte. Benannt nach dem Jahr, in dem es abgeschlossen sein sollte, heißt das Völkermord-Projekt "Plan 2020" (5). Die bis dahin noch nicht realisierten Teile des Plans zu verhindern, trat die Taller an. Entgegen dem weitverbreiteten Charakter solcher Widerstandsbewegungen (wir kennen dies aus der BRD zur Genüge), den Kampf auf das bedrohliche Objekt in der eigenen Umgebung zu beschränken, war den Leuten von der Taller von Beginn an daran gelegen, über diese Begrenztheit hinauszugehen und statt dessen mehr auf den wahnwitzigen Gesamtcharakter des Plans zu zielen. Die schwer oder nur auf informellen Wegen zugänglichen Pläne wurden veröffentlicht, MitarbeiterInnen der Taller bereisten die ganze Insel und die Communities der USA, um ein Bewußtsein über die mörderischen Pläne der Kolonisatoren zu schaffen. Dabei stießen sie des öfteren an die Grenze, daß Leute sich das einfach nicht vorstellen können, daß die zu so was in der Lage sind. Der Widerstand war unterschiedlich erfolgreich. Abgesehen davon, daß bereits 75% der technischen Bestandteile des Plans realisiert sind (darunter zehn von elf Industrieparks), konnten verschiedene Details gekippt werden, u.a. die Kupfermine in Adjuntas im Jahr 1985. Um in diesem Moment nicht müde ob des Erfolges zu werden und den altbekannten Fehler zu machen, wurden in der Taller neue Orientierungen gesucht. Sie wollten nicht mehr nur "nein" sagen zu etwas, sondern eigenständig Projekte entwickeln, die den Leuten Ideen geben für den Weg zu einem unabhängigen und sozialistischen Puerto Rico. Es wurde ein Haus gekauft und zum Casa Pueblo gemacht. Projekte sollten es sein, die der Bevölkerung klarmachen, daß die Insel genug Möglichkeiten besitzt, in Unabhängigkeit - ohne foodstamps - zu überleben. Dies bedeutete den Einstieg in die Kaffeeproduktion, die immerhin ein Ausmaß erreicht hat, daß einige davon leben können und auch das Casa Pueblo davon finanziert wird. Wichtig ist dabei die kollektive Arbeit, d.h. vom Pflücken bis zum Abfüllen wird alles gemeinsam gemacht - wie überhaupt freiwillige unbezahlte Arbeit eine sehr große Rolle spielt. Inselweit gibt es mittlerweile ein Netz von Erzeugerprojekten und Verkaufsstellen, auch Supermärkten, die zusammen ein ökonomisches Gegengewicht entwickeln wollen.

Sicher lag es auch an der Größe des Ortes, eben keine Metropole, daß wir ständig auf freundliche Neugier stießen. Kein Laden, keine Bar, wo wir nicht unumwunden gefragt wurden, wer wir sind. Woher wir kommen, wurden wir nicht gefragt, denn andere als US-Amerikaner kommen hier kaum durch. Um so größer das Interesse, wenn sich unsere tatsächliche Herkunft rausstellte. Alle wußten von Wiedervereinigung und rassistischen Übergriffen, auch der europäische Binnenmarkt stieß auf große Nachfrage. Insbesondere in einer High-School, wo wir Gelegenheit hatten, für 14-jährige SchülerInnen eine Unterrichtseinheit über Deutschland zu gestalten. Dazu diente uns eine mitgebrachte Bilderausstellung. Verschiedene LehrerInnen sind von den Lehrplänen und Lehrbedingungen nicht begeistert, denn noch immer besteht die Tendenz, puertoricanische Geschichte und Kultur zu ignorieren oder unterzubewerten. Auch viele PuertoricanerInnen glauben noch immer, daß "alles puertoricanische" minderwertig sei im Gegensatz zu "allem US-amerikanischen", so wie es der Chauvinismus der Kolonisatoren seit fast 100 Jahren predigt. Doch dagegen wird gearbeitet, für die Wiederaneignung von Geschichte von unten wird gekämpft, und seien die Schritte noch so klein.

Es bliebe nachzutragen, daß wir bei einer von uns mitgestalteten Veranstaltung zum Thema politische Gefangene im New Yorker Corretjer-Centro auf ein großes Interesse stießen, über die von der RAF kürzlich veröffentlichten Positionen kontrovers zu diskutieren, desgleichen über die Entwicklungen in der BRD nach der Vereinigung und die rassistischen und neofaschistischen Übergriffe. Dazu wird Mitte nächsten Jahres Gelegenheit bestehen, wenn wieder eine Delegation der MLN-PR durch die BRD reist. Bei weiteren Treffen lernten wir ein neues Netzwerk von Gruppen kennen, die künftig die Unterstützungsarbeit für

Mumia Abu Jamal besser tragen und verbreiten soll (über diese Kampagne wurde im AK mehrfach berichtet); New York, Philadelphia, wo Mumia lebte, und der Huntingdon-Knast liegen nahe beieinander. Dabei bekamen wir vermittelt, wie sehr die Solidaritätsarbeit in der BRD mit Mumia geschätzt wird, nicht zuletzt auch der finanzielle Beitrag, der hier zusammengetragen wurde, seit Jahresbeginn 80.000 DM, die mithalfen, die Arbeit am Wiederaufnahmeverfahren in Gang zu bringen.

(A+K)

Anmerkungen:

(1) Juan Antonio Corretjer (1908-1985), 30er Jahre Sekretär der Nationalistischen Partei, Knast, Entwicklung zum Sozialisten, in den 60er Jahren Mitbegründer und Führer der Liga Socialista

(2) Pedro Albizu Campos (1891-1965), charismatischer Führer der Partido Nacionalista seit den 30er Jahren, längere Gefängnisstrafen; sein politisches Erbe ist wichtige Grundlage für die heutige Unabhängigkeitsbewegung

(3) "Frei assoziierter Staat" (estado libre asociado - ELA) ist die von den USA eingeführte Bezeichnung des Verhältnisses zu Puerto Rico seit 1952; dagegen spricht der Dekolonisierungs-Ausschuß der Vereinten Nationen von "kolonialem Status"; Fakt ist, alle Entscheidungen von Regierung und Parlament auf Puerto Rico bedürfen der Zustimmung des US-Kongresses; über Außenpolitik, Ein- und Auswanderung, internationale Verträge, Zollbestimmungen, Transportwesen, Seeverkehr, Währung, Post, Telekommunikation u.a. zu entscheiden, ist die Inselregierung nicht befugt, das besorgen die zahlreichen ministeriellen Geschäftsstellen der US-Regierung auf Puerto Rico.

(4) Traurige Berühmtheit erlangten Bevölkerungspolitik und Sterilisationspraxis in Puerto Rico. In den 30er Jahren wurde Sterilisation legalisiert, in den Folgejahren von nordamerikanischen Institutionen die technischen Voraussetzungen geschaffen: soziale Notsituationen ausnutzend, wurden v.a. Frauen zur Sterilisation geködert und genötigt, nicht wenige Eingriffe ohne ihr Wissen vorgenommen. Heute sind ca. 40% der Frauen zwischen 20 und 49 Jahren und 25% der Männer sterilisiert. Faktisch wurde hier ein Völkermord praktiziert. Dies zeigt anschaulich der Film "La Operación".

(5) Integriert in ein strategisches Konzept für den ganzen Karibikraum stellt der Plan 2020 die aktuelle US-Politik von Völkermord, Ausbeutung und ökologischer Vernichtung ganzer Regionen auf Puerto Rico dar. Der 1974 fertiggestellte Plan sieht vor: die Errichtung von 11 Industrieparks in strategischer Nähe zu US-Militärbasen, den Ausbau der bisher 17 Militärstützpunkte (13% des Landes), Ausbeutung der vielen vorhandenen Bodenschätze, 24 Staudämme zur Versorgung der Minen und Fabriken mit Wasser, wobei 80% des Trinkwassers der Insel verseucht werden. Und schließlich die Reduzierung der Bevölkerung von bis ins Jahr 2000 erwarteten 5 Millionen auf 1,5 Millionen im Jahr 2020 durch Zwangssterilisation und forcierte Emigration. 75% der technischen Bestandteile des Plans sind bereits realisiert.

Weitere Information:

* Puerto Rico Libre! Broschüre vom Archiv'92, Eichenberger Str.9, 2800 Bremen, 116 Seiten, 7 DM.

Parteien und Organisationen

Partido Popular Democrático (PPD)

in den 30er Jahren gegründet. Stellte von 1942-68 ohne Unterbrechung die Kolonialregierung; 1952 Reorganisation des Kolonialverhältnisses zu den USA als Estado Libre Asociado = frei assoziierter Staat. Stellt seit 1984 den Gouverneur Hernandez Colón. Tritt für eine modifizierte Beibehaltung des Autonomie-Status der Insel ein.

Partido Nuevo Progresista (PNP)

1966 mit großer finanzieller Hilfe der USA (Republikaner) gegründet. Ausdrücklich pro-amerikanische Partei; betreibt die endgültige Annektierung Puerto Ricos als 51. Bundesstaat der USA. Größte Oppositionspartei.

Partido Independista Puertorriqueno (PIP)

Einzige im Parlament vertretene Partei, die für Unabhängigkeit eintritt. Will den USA im Fall der Unabhängigkeit jedoch weitgehende Konzessionen machen, u.a. Fortbestand der Militärbasen. Mitglied der SI.

Partido Socialista Puertorriqueno (PSP)

Ca.1967 gegründet. Beteiligt sich seit 1976 an den Kolonialwahlen. Gilt international als Vertreterin der Unabhängigkeitsbewegung (Beobachterstatus bei der Konferenz der Blockfreien; Vertretung vor dem Dekolonisierungskomitee der UNO). Organ: Claridad, wichtigste Wochenzeitung der Linken

Movimiento Socialista de los Trabajadores (MST)

Sozialistische Bewegung; Konglomerat aus vielen Gruppen. Keine Wahlpartei. Gewerkschaftliche und Betriebsarbeit, Frauenarbeit. Eigene Jugendorganisation.

Partido Nacionalista (PN)

von Pedro Albizu Campos in den 20er Jahren gegründet. Boykottiert die Kolonialwahlen. Für nationale Unabhängigkeit; antiimperialistisch, für Organisierung der ArbeiterInnen, für bewaffneten Kampf. Keine spezielle gesellschaftliche Utopie.

Liga Socialista

gegründet 1962 von Juan Antonio Coretjer. ML-Partei. Nach Corretjers Tod aufgelöst, 1989. Konsequenter Boykott der Kolonialwahlen. Befürwortete den bewaffneten Unabhängigkeitskampf. Das Movimiento de Liberación Nacional (MLN) war die Schwesterpartei der Liga in den USA.

Liste der puertoricanischen Kriegs- und politischen Gefangenen

Edwin Cortés #92153-024

Ricardo Jimenez #88967-024 A-2

Alberto Rodríguez 92150-024 B-3

FCI Lewisburg

PO Box 1000

Lewisburg PA 17837

Carlos Alberto Torres 88976-024

FCI Oxford

Box 1000, Woodhouse

Oxford WI 53952

Alicia Rodríguez #NO7157

PO Box 5007

Dwight IL 60420

Luis Rosa #NO2743

PO Box 711

Menard IL 62259

Oscar López-Rivera #87651-024

USP Marion

PO Box 1000

Marion IL 62959

Elizam Escobar #88969-024

FCI Colorado Unit

PO Box 1500

El Reno OK 73036

Adolfo Matos #88968-024

Lompoc Federal Penitentiary

Unit J

3901 Klein Blvd

Lompoc CA 93436

Dylcia Pagán #88971-024

Lucy Rodríguez #88973-024

Alejandrina Torres #92152-024

Carmen Valentín #88974-024

FCI Pleasanton

5701 8Th Street

Camp Parks

Dublin CA 94568

Norman Ramirez Talavera #03171-069

FCI Danbury

Pembroke Station

Danbury CT 06811

Luis Colón Osorio #03172-069

FCI Otisville

PO Box 1000

Unit5

Otisville NY 10963

Antonio Camacho-Negrón #03587-069

FCI McKean, Unit 2

PO Box 8000

Bradford, PA 16701

Juan Segarra-Palmer #15357-077

FCI Marianna

PMB 7007

Unit Navajo B

Marianna FL 32446

Roberto José Maldonado #03588-069

FCI Tucson

8901 S. Wilmott Road

Tucson AZ 87061

Haydeé Beltrán #88462-024

FCI Pleasanton

5701 8Th Street

Camp Parks

Dublin CA 94

Geschichte Puerto Ricos

1493 Borinquen von Kolumbus "entdeckt" und Puerto Rico benannt

1868 Grito de Lares: Revolution gegen Sklaverei und die spanischen Kolonialherren

1898 Spanien tritt ab, einige Wochen der Unabhängigkeit, dann übernehmen die USA die Insel, bauen Militärstützpunkte

1917 um Puertoricaner rekrutieren zu können für den Krieg, wird den InselbewohnerInnen eine eingeschränkte US-Staatsbürgerschaft zugestanden

30er Jahre: starker Zulauf für die Nationalistische Partei von Albizu Campos, Massaker von Ponce, Erschießung des Militärgouverneurs, Schauprozeß gegen Nationalistische Führer, Zerschlagung der Partei, Beginn der massiven Sterilisationskampagne mit dem Ziel Völkermord

1950 Revolution von Jayuya: Aufstand von Kräften der Nationalistischen Partei in allen

größeren Städten, in Jayuya wird die dritte

Republik ausgerufen; Aufstand vom US-Militär niedergeschlagen, Tausende gehen in Knast

1950 Angriff von zwei Independendistas auf den Wohnsitz von Präsident Trueman

1952 die US-Regierung beschließt den "frei assoziierten Status" von Puerto Rico, neue Form alter Verhältnisse

1954 vier Independendistas greifen bewaffnet den US-Kongreß an

50er Jahre: massive Auswanderung in die USA wegen ökonomischer Krise

60er Jahre: Beginn des bewaffneten Kampfes auf Puerto Rico

70er Jahre: mehrfache Verurteilung der USA vor dem Dekolonisierungs-Ausschuß der UN wegen ihrer Rolle in Puerto Rico

Größe der Insel: 180 x 60 km; Bevölkerung: 3,5 Mio auf Puerto Rico, 3 Mio in US-Städten

Bewaffnete klandestine Gruppen

Ejército Popular Boricua (ERB oder Los Macheteros) treten ein für gemischte Ökonomie in nationaler Unabhängigkeit. Politischer Arm: PRTP, arbeitet klandestin, Teilnahme an sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen. Bekannteste Machetero-Aktion: Wells-Fargo-Enteignung 1985, die auch zur Spaltung führte wegen der Kollaboration einiger Verhafteter. Bekanntester Machetero: Filiberto Ojeda, seit 25 Jahren im Untergrund. 1985 verhaftet, kam nach 26 Monaten U-Haft durch Kaution von 1 Million Dollar (!) wieder raus, mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel vom FBI überwacht. Ojeda hat sich seiner Fessel entledigt und ist vor dem Prozeß wieder untergetaucht.

Die Fuerzas Armadas de Liberación Nacional (FALN) operieren ausschließlich in den USA, wo sie eine zweite Front im Unabhängigkeitskampf eröffnet haben. Weit mehr als 100 bewaffnete Aktionen; z.B. diverse Bombenanschläge auf in Puerto Rico präsente multinationale Konzerne; z.B. 1982 zeitgleich 4 Anschläge gegen führende Finanzinstitute in New York, hoher Sachschaden.

Organización de Voluntarios de la Revolución Puertorriquena (OVRP): sozialistische Ausrichtung; Erschießung des FBI-Agenten vom Cerro Maravilla. CRP (Comando Revolucionario del Pueblo): Tötung eines als Anwalt in die Arbeiterbewegung eingeschleusten Agenten. Gemeinsame Aktionen zusammen mit den Fuerzas Armadas de Resistencia Popular (FARP) und Macheteros: 1979 Angriff auf Militärbus auf Vieques wegen Mord an einem Gefangenen aus der Bewegung. Operieren alle nur in Puerto Rico, haben mit der FALN abgestimmte Aktionen durchgeführt und gemeinsame Kommuniqués herausgegeben.

# 26. Richtermacht gegen Frauenrecht

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:51

Anfang Dezember verhandelte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts wieder einmal über den § 218. Sieben männliche Richter und eine Richterin entscheiden voraussichtlich im Februar nächsten Jahres darüber, ob das sogenannte "Schwangeren- und Familienhilfegesetz", das von der Bundestagsmehrheit im Juni verabschiedet wurde, "verfassungsgemäß" ist oder nicht. Dieses Gesetz, das allgemein als "Reform" gepriesen wurde, ist allerdings keine Fristenregelung im eigentlichen Sinne. So sieht das Gesetz zwar eine Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Wochen vor, dies aber nur bei Einhaltung einer Zwangsberatung, die massiv verschärft wurde.

Aber schon dieses Gesetz ist den Abtreibungsgegnern zuviel. Wie schon 1975 reichten auch diesmal Abgeordnete der CDU/CSU Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, und es muß befürchtet werden, daß eine Verschärfung der bestehenden Gesetzeslage bevorsteht.

Zusätzlich zu der Klage der 249 Unionsabgeordneten bezieht das Gericht nämlich auch noch die, von der bayrischen Staatsregierung eingereichte Normenkontrollklage mit in die Verhandlung ein. Das Land Bayern hatte 1990 gegen die angeblich zu liberale Notlagenindikation und die Krankenkassenfinanzierung geklagt.

Außerdem läßt das Bundesverfassungsgericht durch seine Zusammensetzung Schlimmes befürchten. Vier der Herren in den roten Roben sind als Fristenregelungsgegner bekannt. So Klaus Winter (CDU-Mitglied), für den die Fristengesetze die "Luxusabtreibungen fördern" (Spiegel, 9.11.92) und Konrad Kruis (CSU-Mitglied). Hans Hugo Klein (CDU-Mitglied), hatte schon 1975 als Unionsabgeordneter selbst gegen die Fristenregelung geklagt. Und Richter Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD-Mitglied) war bis 1990 Mitglied in der rechten Lebensschützer-Organisationen "Juristenvereinigung Lebensrecht" (JVL), die in großen Anzeigen gegen die Fristenregelung zu Felde zog. Ebenso der vom ihm und Klaus Winter bestellte Gutachter Prof. Rolf Stürner, für den "die Wucht der Emanzipationswelle das werdende Leben überspült."

Nachdem die JVL-Mitgliedschaft von Böckenförde und Stürner bekannt wurden, gab es in der Öffentlichkeit Proteste. Die Bundesverfassungsrichter sahen in der Mitgliedschaft Böckenfördes bei der JVL und in der Bestellung des Gutachters Stürner allerdings keinen Grund für "Befangenheit". Der Zweite Senat erklärte sogar, er habe von Stürners Mitgliedschaft in dem Verein gewußt. Ausschlaggebend sei allein Stürners "fachliche Kompetenz."

Proteste gegen Böckenförde und Stürner kamen allerdings auch recht spät. Obwohl schon Anfang November bekannt wurde, daß Böckenförde JVL-Mitglied war (von der autonomen Frauenbewegung war dies in dem Buch "Vorsicht Lebensschützer" ohnehin schon vor einem Jahr veröffentlicht worden), regten sich die GesetzesvertreterInnen erst Anfang Dezember. So wurde von ihnen, die den Bundesrat und die Bundestagsmehrheit vertreten, auch kein eigentlicher "Befangenheitsantrag" gestellt, sondern lediglich um eine Prüfung der Angelegenheit gebeten. 27 prominente Frauen aus Politik, Gewerkschaften und Kultur schickten erst Anfang Dezember einen "offenen Brief" an das Bundesverfassungsgericht, in dem dem Gericht vorgeworfen wird, nicht "vorurteilsfrei" zu sein. Uta Würfel (FDP), die im Wesentlichen an dem Zustandekommen des Bundestags-Mehrheitsentscheid für das neue Gesetz beteiligt war, lehnte eine Unterzeichnung des Briefes sogar ab, mit der Begründung, "man sollte auf eine sachgerechte, vorurteilsfreie Entscheidung setzen."

Mittlerweile sind noch weitere "Gutachter" aus dem rechten Lager bekannt geworden, die vor dem Bundesverfassungsgericht gehört wurden/werden sollen. Fritz Ossenbühl und Peter Lerche, die als Klagevertreter der Unionsabgeordneten auftreten, haben ebenfalls die JVL-Anzeigen gegen die Fristenregelung unterzeichnet, ebenso Udo Steiner und Dr. Kriele, die als Gutachter für Bayern geschickt wurden. Ganz überraschend haben die Unionsabgeordneten dann noch zwei "Expertinnen" ins Männer-Gericht eingeladen: Frau Dr. Irene Schingensiepen-Brysch, Molekularbiologin am Max-Planck-Institut und SPD-Mitglied (Auftritte bei Kundgebungen der "Aktion Lebensrecht für alle" und Zusammenarbeit mit renommierten "Lebensschützern), sowie Frau Dr. Maria Simon, Psychologin und ebenfalls Mitglied in der JVL. Sie ist bekannt geworden durch ihre "wissenschaftlichen Untersuchungen" über die "grauenhaften psychischen

Folgen bei der Abtreibung."(Nicht erwähnt wird meistens, daß sie ihre "Untersuchungen" auf 45 Fälle von Schwangerschaftsabbrüchen nach der eugenischen und medizinischen Indikation bezieht).

An den ersten zwei Verhandlungstagen des Bundesverfassungsgerichts ging es dann auch entsprechend ab. Beobachterinnen haben über die Unverfrorenheit der Klagevertreter "die Haare zu Berge gestanden." In den Aussprachen war fast nur vom "Schutz des ungebornen Lebens" die Rede. Frauen kamen wieder einfach nicht vor.

Die Justizministerin Berghof-Weichner, die für die bayrische Staatsregierung als Klagevertreterin aufgetreten war, sprach z.B. von einem Gesetz, das "das Recht zur Tötung ungeborener Kinder einräumt." Ihr Parteikollege Wolfgang Bötsch setzte nach, "jeder beliebige Grund reiche aus, ungeborenes unschuldiges Leben zu töten." (SZ, 9.12.92) Die Gesetzesvertreter hielten dagegen, daß es sich bei dem neuen Gesetz nicht um ein "Instrument der Familienplanung" handelt (Däubler-Gmelin, SPD).

Die ausdrückliche Betonung in dem neuen Gesetz, das der "Schutz vorgeburtlichen/werdenden Lebens" gewährleistet werden soll, könnte nun jedoch zum Pferdefuß geraten, wenn das Gericht mit seinen Gutachtern befindet, daß der "Schutz" nicht ausreichend gewährleistet wird. Diejenigen, die noch vor einigen Monaten lauthals die guten Chancen einer "Reform" verkündet hatten, können jetzt lediglich nur noch vor einem Legitimationsverlust der Demokratie warnen, wenn die Fristenregelung verworfen wird.

Es könnte aber sogar so sein, daß das Bundesverfassungsgericht die "Fristenregelung mit Zwangsberatung" mit Auflagen zur Änderung an den Gesetzgeber durchgehen läßt. Welche "Korrekturen" zu befürchten sind, dazu drucken wir nebenstehend zwei Artikel von Barbara Ritter ab, die sich sowohl mit der bayrischen Klage, als auch mit dem Gutachten von Prof. Rolf Stürner befassen. Barbara Ritter ist Mitglied in der "Bundesweiten Koordination - Frauen gegen den § 218" und Herausgeberin des Buches "Vorsicht Lebensschützer", erschienen im Konkret Literatur-Verlag.

Sy.

# 27. § 218: Mißbilligung statt Bestrafung. Ein "unbefangener Gutachter" in Aktion

Autor: Barbara Ritter · Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:50

Nicht wegen seiner Mitgliedschaft in der "Juristenvereinigung Lebensrecht" (JVL), sondern wegen seiner "außerordentlichen Fachkompetenz" wurde Prof. Rolf Stürner vom Verfassungsgericht als Gutachter bestellt. Sein ausdrücklicher Auftrag war es, "weitere Möglichkeiten außerhalb des Strafrechts" aufzuzeigen, "um die rechtliche Mißbilligung von Schwangerschaftsabbrüchen" in anderen Bereichen der Rechtsordnung, wie z.B. Arbeits-, Familien-, Sozial- und allgemeines Zivilrecht, zum Ausdruck zur bringen.

Was "nie richtig zu Ende gedacht worden" ist, holt Stürner in seinem 144-seitigen Gutachten mit Akribie nach.

Stutzig macht allerdings, daß er - obwohl Mitglied in einer Lebensschützerorganisation - einleitend bekennt, "kein Befürworter der Bestrafung des Abbruchs im Frühstadium" zu sein, andererseits aber doch einen "rechtlichen Trend zur Abtreibung als Normalität" ablehnt und deshalb für "Formen der Mißbilligung" eintritt, die eine "demütigende Diskriminierung der betroffenen Frauen zu vermeiden versuchen." Ein heimlicher Frauenfreund gar noch?

Genau das macht die Gefährlichkeit von Stürner aus, daß er sich tatsächlich in punkto Bestrafung moderat, genauer gesagt realistisch gibt, und vielmehr versucht, die praktischen Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs dadurch auszuhebeln, indem er alle anderen Rechtsgebiete gegen den Schwangerschaftsabbruch mobilisiert. Dazu stützt er sich nicht einmal auf die in der JVL vorherrschende Rechtsmeinung, daß ein Abbruch nie "rechtmäßig" sondern nur außnahmsweise "straffrei" sein dürfe, eine Theorie, mit der auch die Normenkontrollklagen begründet werden. "Diskriminierung der Frauen" schließt er schlau dadurch aus, daß er an einigen Stellen über den zu mißbilligenden männlichen Abtreibungsdruck sinniert und abbrechende ÄrztInnen diskriminiert.

Nach seinen Vorschlägen kann Schwangerschaftsabbruch bei Fristeinhaltung und Beratung durchaus nach dem Strafgesetzbuch "nicht rechtswidrig" sein, in anderen Rechtsgebieten, wie dem Zivil- oder Sozialrecht, aber mit negativen Folgen belegt werden. Ausnahmen könnten bei den "klassischen Indikationen" gemacht werden, d.h. medizinische, enge eugenische und kriminologische. Dies müßte aber ausdrücklich für jedes Rechtsgebiet durch spezielle Neuregelung angeordnet werden. Obwohl dadurch die normalerweise angestrebte Einheitlichkeit des Rechts aufgegeben werde, sei dies doch "die differenziertere, elastischere und ausgewogenere Lösung" und ein "Merkmal einer hochentwickelten Rechtsordnung".

Stürner hat sogar sofort ein einleuchtendes Beispiel parat: Die Prostitution. "So ist auch bei Vertrag über entgeltliche geschlechtliche Hingabe nicht die Hingabe als solche mißbilligt und unrechtmäßig, sondern der Gesamtzusammenhang, in dem sie steht, führt zur Mißbilligung rechtsgeschäftlicher Haftung." Und er kommt in Bezug auf die Abtreibung zu dem Ergebnis: "Wenn also die Rechtsordnung die Abtreibungshandlung selbst strafrechtlich und damit notgedrungen auch zivilrechtlich rechtfertigt, so ist damit zur Bewertung von Rechtsgeschäften über Abtreibung nichts Endgültiges gesagt. Die Rechtsordnung kann sich aus Gründen der Zurücknahme strafrechtlicher Sanktionen und des Rechtsfriedens zur Billigung der Abtreibungshandlung selbst aber zur Mißbilligung ihrer rechtsgeschäftlichen Planung und zur Mißbilligung einer hieraus erfolgenden Erfolgshaftung entschließen."(Aus dem Gutachten, Seite 34)

Vorbild Prostitution

und Ehevermittlung

Allerdings vertraut Stürner nicht auf die richterliche Anwendung des Sittenwidrigkeitsparagraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), sondern will eine eigene gesetzliche Regelung. Der Vertrag mit einem Arzt über Schwangerschaftsabbruch soll nicht länger als normaler Behandlungsvertrag gelten, sondern dem speziellen Ehevermittlungs- oder Wettvertrag angeglichen werden. D.h. weder der Arzt noch die Frau sollen juristisch einklagbare Ansprüche gegeneinander geltend machen können. Die Folge wäre ähnlich wie bei der Prostitution: Der Arzt könnte für einen schon geleisteten Abbruch im Nachhinein keinen Honoraranspruch

gegenüber der Frau stellen. Das würde in der Folge bedeuten, daß der Arzt vor dem Abbruch das Geld von der Frau verlangt.

Außerdem könnte der Arzt den Abbruch jederzeit verweigern. Und wenn der Schwangerschaftsabbruch "mißglückt" könnte die Frau das Honorar nicht zurückverlangen und keinen Schadensersatz fordern.

Diskriminierend sei das ganze natürlich nicht: "Der faktische Zwang zur Vorauszahlung" könne aber "die Distanz der Rechtsordnung verdeutlichen", so Stürner. Der Zwang zur Honorarleistung an den Arzt bliebe "gesundheitspolitisch unschädlich". Für bedürftige Frauen, die eine Honorarleistung nicht selbst erbringen können, stünde ja ein "sozialhilferechtliches Auffangnetz" bereit (!). Und dann kommt er zum eigentlichen Kern der Sache: "Dieser Mißbilligungseffekt wäre aber natürlich nur gegeben, wenn die gesetzlichen Krankenversicherungen und privaten Versicherer entsprechende Leistungen nicht erbringen dürften. Die Notwendigkeit einer Vorauszahlung enthielte für sich selbst besehen keine soziale Prangerwirkung, weil Privatpatienten in Kliniken für alle Leistungen regelmäßig Vorauszahlungen erbringen."(Seite 44) Endlich werden einmal Kassenpatientinnen wie Private behandelt!

Abschaffung der Kassenfinanzierung

Konsequenterweise will Stürner also die Krankenkassenfinanzierung abschaffen, eine Forderung, auf der die "Lebensschützer" und ganz besonders die JVL schon seit Jahren herumreiten. Nicht nur für den Eingriff selbst, sondern auch für die Untersuchung und Beratung soll die Kassenfinanzierung gestrichen werden, ausgenommen bei medizinischer, eng gefaßter eugenischer und kriminologischer Indikation.

Um die Frauen, die dann 500 bis 800 DM für einen Abbruch nicht sofort auf den (Küchen)Tisch legen können, kümmert sich Stürner rührend: "Der nicht leistungsfähigen, abbruchwilligen Frau müßte zu ihrem Schutz nach wie vor der Abbruch als Sozialleistung erbracht werden ... korrekt wäre die Sozialhilfeleistung." (Seite 134) Diese Sozialhilfeleistung soll aber vom Sozialamt zurückgefordert werden können: "Der Rückgriff erfolgt hilfsweise gegenüber unterhaltspflichtigen Eltern minderjähriger Frauen oder gegenüber dem unterhaltspflichtigen Ehemann, falls die Frau dem Rückgriff nicht aus Gründen der Geheimhaltung widerspricht."(Seite 136)

Stürner argumentiert also nicht wie seine Vereinskollegen mit dem angeblich enormen "Einsparungseffekt" für die notorisch notleidenden gesetzlichen Krankenkassen, sondern lediglich mit dem Mißbilligungseffekt. Vermutlich weiß er, daß durch seine Regelung die Folgekosten aufgrund verpfuschter, unsachgemäß durchgeführter oder selbst versuchter Abbrüche tatsächlich wesentlich höher sein könnten. Denn wenn die Kassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen wegfällt, werden ärmere Frauen wieder zu Stricknadel und Seife greifen oder in die Arme von Kurpfuschern getrieben.

"Eheverfehlung" statt "ehelicher Normalfreiheit"

Auch das Familienrecht gibt zur Verhinderung von Schwangerschaftsabbrüchen einiges her, denn, so stellt Stürner fest: "Der Ehemann kann von der Ehefrau Kraft ihrer Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft grundsätzlich verlangen, daß sie das eheliche Kind austrägt". Ihm stehe die "Eheherstellungsklage" zu. (Seite 50)

Aber auch hier differenziert Stürner wieder nach Indikationen. Der Abbruch nach der Notlagenindikation sei eine "regelmäßige Eheverfehlung" durch die Frau und ganz besonders der "geheime Abbruch ohne Vorinformation".

Fraglich sei dagegen die "Ehewidrigkeit männlichen Abbruchverlangens". So beginge der Mann keine Eheverfehlung, wenn er bei medizinischer und kriminologischer Indikation den Abbruch verlangt. Hier könnte, nach Meinung von Stürner, eher eine Eheverfehlung der Frau vorliegen, wenn sie das aus einer Vergewaltigung hervorgegangene nichteheliche Kind zur Welt bringen will. (S. Seite 56) Ja, wer wollte dem Ehemann denn ein Kuckucksei unterschieben? Und eheliche Vergewaltigung ist hier bitteschön nicht das Thema.

Richtig durchsetzbar seien leider seine eherechtliche Vorstellungen kaum, klagt er: "Die Fragwürdigkeit einer solchen Regelung liegt zunächst in ihrer bloßen Appellwirkung ... Immerhin könnte eine solche Vorschrift der potentiellen Entwicklung zur Abtreibung als ehelicher Normalfreiheit gegensteuern." (Seite 59)

"Fürsorgepflichtverletzung

der Eltern"

Auch das Kindschaftsrecht könnte nach Meinung Stürners eingesetzt werden, um das Vormundschaftsgericht eingreifen zu lassen: Bei "Fürsorgepflichtverletzung der Eltern" könne es den Abbruch untersagen und durch Zwangsgeld oder Anordnung unmittelbarer Gewalt vollstrecken (!). Diesen Gedanken hält Stürner dann aber selbst für bedenklich. Wenn es aber keine Notlagenindikation mehr gebe, die durch den Arzt bestätigt werden muß, bliebe "nur noch ein schmales Feld vormundschaftsgerichtlicher Abwehr", nämlich bei "beratungslosem, fristüberschreitendem oder nichtärztlichem Abbruch", klagt er. Darum müßte die Prognose für die dem Bundesverfassungsgericht vorliegende Neuregelung lauten, daß diese die "familienrechtliche Mißbilligungsformen weiter zurückdrängen wird", so daß deren "ohnehin geringe praktische Bedeutung noch weiter schwinden."

Der "Subventionierungseffekt" des Arbeitsrechts

Mit ähnlichen Schwierigkeiten hat Stürner auch beim Arbeitsrecht zu kämpfen, denn leider "fallen die arbeitsrechtlichen und dienstrechtlichen Sanktionen gegen die abtreibende Frau eher zurückhaltend aus", beklagt er. So prüft er die Aufhebung der Lohnfortzahlung und die Möglichkeit der Kündigung als arbeitsrechtliche Mißbilligung von Schwangerschaftsabbrüchen. Die beklagenswerte "Neutralität des Arbeitsrechts" bewirke doch einen erheblichen "Subventionierungseffekt", der deutlich wird, "wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich der Arbeitnehmer regelmäßig in geregelten wirtschaftlichen Verhältnissen befindet und über 25 Arbeitstage im Jahr Erholungsurlaub hat. Es wäre also zumutbar, in dieser Urlaubszeit den Abbruch vorzunehmen, der gewöhnlicherweise mir Nachbehandlung nicht länger als eine Woche benötigt."(Seite 96) Stürner sieht sogar das Problem, daß zum erforderlichen Zeitpunkt der Urlaub verbraucht sein oder nicht genehmigt werden könnte.

Für solche Fälle findet er eine andere Lösung: Lohnfortzahlung wird gewährt, aber die Krankenkasse fordert von der Frau bei Krankschreibung 5 Tageslöhne zurück, die dem Arbeitgeber am Jahresende pauschal rückabgeführt werden können. Das könne "bei sozial sehr schwachen Arbeitnehmerinnen durch Ratenzahlung, Erlaß, Teilerlaß etc. sozial verträglich gestaltet" werden. (Seite 99) "Nicht erfaßt wären Arbeitnehmerinnen, die weder pflichtversichert noch freiwillig versichert sind." Das ist die Masse der Putzfrauen. Herr Stürner, wo ist die Lösung?

Abbrucheinrichtungen

mit "weniger empfindsamen Personal"

Eine andere arbeitsrechtlich Frage befaßt sich mit dem medizinischen Personal. Zur Teilnahme an Schwangerschaftsabbrüchen oder zur Beratung könne niemand verpflichtet werden, es gebe kein Weisungsrecht, so Stürner. D.h., Abbrüche könnten noch im OP durch die Weigerung des Personals verhindert werden. "Wer volle organisatorische Zuverlässigkeit wünscht, müßte dann eben die spezialisierte Klinik bzw. Einrichtung aufsuchen, die insoweit weniger empfindsames Personal beschäftigen wird." (Seite 123) Nur in Spezialkliniken für Abbrüche wäre bei einer Weigerung des Personals eventuell eine personenbedingte ordentliche Kündigung gerechtfertigt. Solche Spezialeinrichtungen fordert Stürner, um die öffentlichen Krankenhäusern von "schlecht motivierten Schwangerschaftsabbrüchen" freizuhalten: "Die Präsenz öffentlicher Kliniken im Abtreibungsgeschehen trägt zur Humanisierung wenig bei, wenn sie im Ergebnis jedwedem Abtreibungswunsch zu willen sein muß. Jede Mißbilligung hat ihren Preis, hier läge er im Verweis an private Institutionen, der Ausdruck einer gewissen sozialen Mißbilligung sein könnte." (Seite 141)

"Korrekturen" nach rechts?

Stürner hat seine "Lösungsvorschläge" schon als Gesetzestexte vorformuliert. Die Bayerische Staatsregierung wird sich nicht lumpen lassen und seine Anregungen aufgreifen. Schon jetzt kursiert im Bundesrat ein bayerischer Gesetzentwurf zur "Gleichstellung von ungeborenen mit geborenen Kindern" in allen Rechtsgebieten.

Auch das Bundesverfassungsgericht könnte z.B. verlangen, daß der "Lebensschutz" durch die Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs in allen anderen Rechtsgebieten noch deutlicher zum Ausdruck kommen

müsse, und dem Gesetzgeber entsprechende Auflagen machen und Korrekturen bei der Neuregelung verlangen. Unter solchen Bedingungen könnte das Gericht dann vielleicht sogar die Fristenregelung mit Zwangsberatung durchgehen lassen. Es könnte damit seine "Unbefangenheit" und Kompetenz schlagend unter Beweis stellen, die BRD könnte im europäischen Vergleich endlich eine "Fristenregelung" vorführen und SPD und FDP hätten dann sogar ihren § 218 gerettet. Schöne Bescherung!

Barbara Ritter

# 28. Zur "Asyldebatte"

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:18

Ob es sich bei Knut Mellenthins Position zur "Asyldebatte" in der PDS um eine private Einzelmeinung innerhalb der "Ex-KB-Mehrheit" handelt oder ob sie eine Strömung dort repräsentiert, ist für Außenstehende derzeit noch nicht absehbar. Erkennbar ist jedoch, daß hier ein fundamentaler Wechsel in der Form des Umgangs mit der "PDS-Option" stattgefunden hat. In einem Papier, unter dem ebenfalls Knuts Name zu entdecken war, stand einmal folgendes: "Die PDS kann mit ihrem begrenzten Potential (Wählerstimmen, Anhängerschaft, tendenzielle Bündnispartner) und mit ihrer isolierten, stark angefeindeten Stellung in der Gesellschaft in absehbarer Zeit keine reale Reformpolitik betreiben, selbst wenn sie sich noch so reformistisch gebärden würde. Die PDS ist in absehbarem Zeitraum eine sehr kleine Partei der äußersten Opposition, und in diese Rolle müßte sie sich endlich konsequent hineinfinden." (1) Hier ist noch die Taktik der "Mehrheit" herauszulesen, auf eine Partei wie die PDS von links einzuwirken und sie als Arbeitsfeld zu nutzen (daß ich auch diese Taktik ohnehin immer für Blödsinn gehalten habe, sei jetzt mal dahingestellt). Die "Mehrheitler" hatten früher in der PDS die Stellung einer linken Minderheit, die die "fundamentalistische Pose" schwang, was von ihnen wiederum in einer Art von Radfahrermentalität der Gruppe K vorgeworfen wurde. In der Rolle dieses Radfahrers schien sich Knut nun auf Dauer doch nicht zu gefallen. So hat er kurzerhand die Fronten gewechselt und ruft nun in der Rolle des rechten Disziplinierers die "politikunfähigen" Teile in der PDS zur Ordnung, die es in ihrer Naivität immer noch wagen, der Forderung nach offenen Grenzen Ausdruck zu verleihen. Es stellt sich die Frage, warum nach Knuts Meinung der Beitrag von Cornelia Domaschke und Birgit Schliewenz nicht "mit dem zum Teil wirklich unqualifizierten Gemoppere aus Grundeinheiten der Partei in einen Topf zu werfen" ist. (2) Wahrscheinlich nur deswegen nicht, weil die Autorinnen es besser verstehen, ihre wahre Meinung in etwas intelligenter klingende Worte zu fassen; ähnlich, wie eben der rassistische Bürger auch nicht das Vokabular der braunen Mörder gebraucht. Es wird dort jedenfalls ebenso von "Ausländerproblematik" gesprochen, wie dezent darauf hingewiesen wird, daß schließlich die Deutschen auf "zu viele" Einwanderer und Flüchtlinge aggressiv reagieren würden und daß man sich deshalb dem Mob beugen und die "Flut" stoppen müsse. Schließlich sind das Problem ja immer noch die Ausländer und nicht der braune Mob. Diese (und auch Knuts) Positionen unterscheiden sich von dem herrschenden Bürgerkonsens keinen Deut.

Knuts Umgang mit der in der Tat widersprüchlichen Forderung im PDS-Leitantrag nach einer Veränderung des Asylverfahrens durch Ausweitung der Anerkennungsgründe und gleichzeitig einer Abschaffung desselbigen, indem die Forderung nach offenen Grenzen im Asylrecht verwirklicht werden soll, entspricht denn auch nicht gerade dem, was mensch sich unter linkem Einwirken vorstellt. Hier wäre es angebracht gewesen, der Forderung nach offenen Grenzen Ausdruck zu verleihen und den Widerspruch dahingehend aufzulösen, daß bei offenen Grenzen ein Asylrecht ohnehin überflüssig ist. Statt dessen will Knut ein "Asylrecht als spezielles Schutzrecht für bestimmte Personen und Gruppen" neben einem "liberalen" Einwanderungsrecht. (3) Offene Grenzen lehnt er ab. Nun weist er zurecht darauf hin, daß Menschen nicht als Voraussetzung, um hier leben zu können, bitterste Armut oder Verfolgung aufweisen müssen sollten. Aber auch in diesem Zusammenhang ist die Forderung nach offenen Grenzen die beste. Ebenso stimmt es, daß größtenteils die "Reichsten" der Armen und nicht zu knapp "deutschstämmige" Aussiedler aus dem Osten den Weg in die BRD finden und den Ärmsten diese Möglichkeit versperrt bleibt. Geradezu grotesk und zynisch ist es aber, ausgerechnet diese Tatsache zum Anlaß zu nehmen, die Forderung nach offenen Grenzen zurückzuweisen, um von diesem Staat ein "liberales" Einwanderungsrecht zu fordern, das einen Teil der "reichen" Armen abweisen soll. Soll dieser Staat (der zu den Hauptverschuldern des Elends in der Welt gehört) vielleicht damit seine Schuld wiedergutmachen, daß er, wenn die Ärmsten der Armen schon nicht kommen können, wenigstens einen Teil der "reichen" Armen abweist? Das Argument, daß die Metropolen quasi dem von ihnen selbst zerstörten Trikont einen Gefallen tun, indem sie die Menschen abweisen, damit diese die verwüstete Infrastruktur im Trikont wieder aufbauen können, ist in diesem Zusammenhang noch zynischer und absurder. Grenzabschottungspolitik (und das ist ein "liberales" Einwanderungsrecht auch) mit dem Elend der "Ärmsten" der Armen (während die "reichen" Armen frecherweise hierherkommen), das gerade durch den Staat, der sich abschottet, nämlich die BRD, verursacht wurde, zu begründen, dazu gehört schon eine derbe Portion metropolitaner Unverfrorenheit!

Die Passage im PDS-Leitantrag, wo die Forderungen nach Aufhebung des Weltungleichgewichtes und damit der "Bekämpfung der Fluchtursachen" an die imperialistischen Metropolen selbst gerichtet wird, so als sei eine Änderung mit ihnen und nicht nur durch ihre Bekämpfung zu haben, ist nun an Unsinnigkeit kaum noch zu überbieten. Um so peinlicher ist es, wenn Knut diese Forderungen als noch zu hoch geschraubt und unrealistisch von rechts kritisiert (4), anstatt sie durch radikalere Schritte zu ersetzen, die nicht mehr mit Forderungen an dieses System zu tun haben. Knuts Denkkategorien sind legalistisch und an Kriterien der "Machbarkeit" orientiert; und dieses noch weitaus penetranter als die Inhalte des PDS-Leitantrages.

Schließlich läßt er den Leser noch wissen, daß an der Stammtischparole, daß die Ausländer uns die Arbeitsplätze klauen, doch was dran ist, und zwar deswegen, weil in die Ex-DDR zuungunsten der alten Industrie westdeutsches Kapital einfließe, welches ausländische Arbeitskräfte mitbringe, die ostdeutsche Arbeitskräfte ersetzten. Nun interessiert mich diese Sorge der Ossis in der Tat herzlich wenig, da sie sich den Kapitalismus mit all seinen Übeln so sehnlich wie nichts anderes gewünscht haben. Den Wunsch und die Hoffnung, diesen Menschen noch irgend etwas vermitteln zu wollen bzw. zu können, teile ich nicht mit Knut, folglich auch nicht seine daraus resultierende opportunistische Methode des politischen Artikulierens.

Immerhin sind Gegenpositionen formuliert worden. Im letzten ak haben vier PDSler Knut darauf hingewiesen, daß er mit seiner Trennung zwischen "wirklich Verfolgten" und Armutsflüchtlingen und seinem Beharren auf dem "echten Asylrecht" nur das herrschende Bild von den "Wirtschaftsflüchtlingen" reproduziert, die den "wirklich Verfolgten" nur schaden würden. Trotzdem wird auch hier legalistisch argumentiert: "Wenn es im Unterschied zu anderen Metropolen eine sehr geringe Möglichkeit, eine Chance der allgemeinen Zuwanderung gibt, warum sollte dies gerade die Linke davon abhalten, dieses ‚Nadelöhr` (Knut) extensiv zu nutzen?" (5). Warum wird hier eigentlich immer davon gesprochen, was man mit den herrschenden Gesetzen anstellen könnte? Dieses führt doch in der Tat zu den erwähnten Widersprüchlichkeiten, wie sie z.B. im PDS-Leitantrag vorliegen (s.o.). Die Forderung nach offenen Grenzen sollte wirklich außerhalb der reformistischen Variante über Einwirken auf bestehende Gesetze vertreten werden.

Noch halbherziger allerdings ist die Gegenposition zu Knut von HH. (6) Der Autor verteidigt zwar die Forderung nach offenen Grenzen, hält sich jedoch im gleichen Atemzug das realpolitische Parallelgleis offen, indem er sie als moralische Forderung ausweist, die man (so interpretiere ich das) im Zweifelsfalle in der Realpolitik nicht mehr aufrechterhalten könne. Die Seitenhiebe gegen die Sektierer dürfen ebenfalls am Schluß nicht fehlen.

Der bisherige Verlauf der Diskussion läßt die Prognose zu, daß die langfristige Absicht der "Ex-KB-Mehrheit" darin bestehen dürfte, sich am rechten Rand der PDS anzusiedeln. Als "PDS-Option" ist dieses schon nicht mehr zu bezeichnen, da dieses Wort eine linke Absicht voraussetzt, auf eine parlamentarische Partei Einfluß zu nehmen; sich eben eine "Option" darin offen zu halten.

Zum Schwenk der SPD in Sachen GG-Änderung schreibt he. (7): "Das ist ein Begriff von Volkspartei im schlechtesten Sinn. Denn die Feststellung, daß die SPD-Führung die Wende aus opportunistischen Gründen vollzieht, kann und darf keine Entschuldigung sein. Wer solchen reaktionären Stimmungen nachgibt, muß sie wenigstens akzeptabel finden." Derartige Binsenweisheiten, deren Aussprache eigentlich schon peinlich ist, haben m.E. in einer sich links nennenden Zeitung nichts zu suchen. Daß opportunistische Gründe für den SPD-Schwenk keine Entschuldigung sind, ist erstens (hoffentlich) so klar, daß es keiner Erwähnung bedarf, und zweitens suggeriert die Erwähnung dieser Tatsache noch, daß die vorherige SPD-Position für den Erhalt des Artikels 16 eine humane war. Aber vielleicht will he. ja jetzt von links auf die SPD einwirken. Sollte die "PDS-Option" am Ende durch eine "SPD"-Option abgelöst werden?

Ulrich (Gruppe K)

Anmerkungen:

1) ak 336, S.33, "Gesucht: Schlüsselfragen sozialistischer Strategie"

2) ak 347, S.16, Anmerkungen zur "Asyl-Debatte" in der PDS.

3) ak 347, S.17.

4) ak 347, S.17.

5) ak 348, S.32 Über den "Mißbrauch" des Asylrechts.

6) ak 348, S.33, "Geschlossene Grenzen, offene Besitzstandswahrung und Rassismus".

7) ak 347, S.5

# 29. "Schutzwall" gegen den "Egoismus der Frauen"

Autor: Barbara Ritter · Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:05

Zwei Klageschriften wurden gegen die im Juni beschlossene Fristenregelung mit Zwangsberatung eingereicht: eine Normenkontrollklage der Bayerischen Staatsregierung durch Prof. Udo Steiner und eine Klage im Auftrag von 248 Unions-Christen des Bundestags durch die Professoren Lerche und Ossenbühl. Diese Herren sind echte "Wiederholungstäter": Steiner hatte 1990 bereits die Bayerische Normenkontrollklage gegen die Notlagenindikation und Kassenfinanzierung verfaßt, Lerche vertrat schon 1974 die Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die damalige § 218-Reform.

Wer nur die Klageschriften kennt, könnte meinen, der Bundestag habe durch das "Schwangeren- und Familienhilfegesetz" mit einem Federstrich das Patriarchat ausgehebelt oder die Revolution ausgerufen, so fundamental ist die Klage über "die befristete oder unbefristete Freigabe der Abtreibung", die "der Abschied aus der allgemein verbindlichen Staatsethik in der zentralen Fragen des Lebensschutzes" sei. (Steiner)

Die Klagebegründungen legen den Schluß nahe, daß der § 218 gestrichen worden sei. Die Frauen könnten nach Herzenslust abtreiben und Kinder "morden". Ossenbühl/Lerche: "Durch generelle Preisgabe des grundgesetzlich vorgezeichneten Unrechtsurteils büßt das je einzelne Leben diesen ihm durch die Verfassung verliehenen unmittelbaren Schutzgürtel ein: Das je einzelne Leben wird der freien Verfügbarkeit ausgeliefert."

Der "Schutzgürtel" durchzieht die ganze 125seitige Klageschrift und schwillt zwischenzeitlich auch zum "direkten verfassungsrechtlichen Schutzwall" an. Dieser Wall ist offenbar nötig gegen die "evident verfassungswidrigen Gesetzentwürfe von Randgruppen und ähnliche sich selbst disqualifizierende Äußerungen..., die ungeachtet der klaren Verfassungslage dem Selbstbestimmungsrecht ungeschminkt den eindeutigen und so gut wie vollständigen Vorrang vor dem verfassungsgebotenen Lebensschutz einräumen wollen."

Kein Wunder: Ungeschminkte Randgruppen stimmten im Bundestag mit und der Rest war sich "als Folge der Eile des Abstimmungsverfahrens über den Beschlußgegenstand und dessen rechtliche Tragweite im Unklaren" (Steiner). Ossenbühl und Lerche meinen "füglich bezweifeln" zu dürfen, ob "der die Neuregelung tragenden Gruppen von Abgeordneten" (immerhin die Bundestagsmehrheit!) der Zusammenhang "auch nur einigermaßen klar war".

Das neue Gesetz muß also heimlich ein voller Erfolg der Frauenbewegung gewesen sein, denn egal, wie sich Schwangere entscheiden, überall sind soziale Netze ausgespannt. Die einen könnten sich jetzt jeden Monat auf Kosten der Krankenkassen ein paar schöne Tage in überall eingerichteten Abbruch-Kliniken machen, um sich anschließend unter Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber den nächsten sexuellen Abenteuern hinzugeben, andere würden vom Staat reichlich beschenkt mit Wohnungen, Kindergärten und Erziehungsurlaub. "Die unkontrollierbare Entscheidung der Schwangeren wird nicht nur notgedrungen strafrechtlich toleriert, sondern sozialrechtlich prämiert." (Ossenbühl)

Und wie so eine Abbruch-Entscheidung der Frau zustande kommt, darüber wissen Ossenbühl und Lerche nur allzugut Bescheid: "Es ist allgemein bekannt, daß ein nicht geringer Prozentsatz der Schwangerschaftsabbrüche auf ‚nicht einsichtigen Motivationen der Bequemlichkeit, des Egoismus, besonders des Konsumstrebens` beruht. Hinzu kommen jene aus der Praxis genannten Fälle, in denen lediglich deswegen abgetrieben wird, weil das Geschlecht des Kindes nicht genehm ist." Wohlweislich geben sie dazu keine Quellen an und wiederholen diese Behauptungen dann gleich mehrmals.

Ossenbühl und Lerche halten dem neuen Gesetz blinde Vertrauensseligkeit in die Frauen vor: "An die Stelle prüfbarer objektiver Rechtfertigungsgründe tritt das Vertrauen in die Gewissenhaftigkeit der Entscheidung der Schwangeren. Allein ihr Wille, wie er auch immer zustande komme, ist entscheidend. Diese Willensbildung ist ‚Willkür` und deshalb verfassungsrechtlich ohne jegliche rechtfertigende Wirkung."

Im übrigen habe die "Entscheidung über den Schwangerschaftsabbruch mit einer durch Art. 4 Abs.1 GG geschützten Gewissensentscheidung nichts zu tun." Das wäre nur der Fall, wenn "das Gewissen, d.h. ihre innere, an den Kategorien ‚Gut` oder ‚Böse` orientierte Stimme ihr unwiderstehlich die Abtreibung gebietet".

Diese volkspädagogische Einlage zur "Struktur der Gewissensentscheidung" erinnert doch sehr an ältere Werbespots für Waschpulver.

Leidige Tatsache ist aber, daß auch der neue § 218 keineswegs vom Selbstbestimmungsrecht der Frau bestimmt ist, und eher durch seine passagenweise wörtliche Übereinstimmung mit den bisherigen Paragraphen 218 und 219 hervorsticht, insbesondere was Strafmaß und Fristen betrifft. Der einzig relevante Unterschied ist die Aufhebung der bisherigen Notlagen-Indikationsstellung durch einen Arzt und die Erklärung des Schwangerschaftsabbruchs als "nicht rechtswidrig", wenn die Frau sich zuvor einer Beratung unterzogen hat, die "dem Lebensschutz durch Rat und Hilfe für die Schwangere unter Anerkennung des hohen Wertes des vorgeburtlichen Lebens und der Eigenverantwortung der Frau" dient. (S. auch AK 344, Juli 1992)

Am Fehlen der ärztlich festzustellenden Notlagenindikation und an der Formulierung "nicht rechtswidrig" ziehen sich die Herren Klagevertreter hoch: "§ 218a neu verzichtet nicht nur darauf, mit Hilfe einer Strafdrohung für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb bestimmter anerkannter Notlagen auf die Wertvorstellung und die Verhaltensweisen der Bevölkerung Einfluß zu nehmen. Mit der Prädikatisierung des nicht indizierten Schwangerschaftsabbruchs als ‚nicht rechtswidrig` zielt er auf die Beseitigung der rechtlichen Vorstellung, daß die Tötung ungeborenen Lebens innerhalb der ersten 12 Wochen seit Empfängnis der Frau Unrecht ist." (Steiner)

Besonders die Frauen der ehemaligen DDR bedürfen offenbar des erzieherischen Eingreifens: "Dieser Verzicht (der Bewußtseinsbildung) erfolgt in einer Situation, in der das ungeborene Leben in den neuen Ländern aufgrund der Arbeitsmarktsituation, aber auch aufgrund von Lebensinteressen gefährdet ist, die - verständlicherweise - von der neugewonnenen Mobilität bestimmt sind". Diese "Karrierefrauen", die nicht auf ihren Skiurlaub verzichten wollen, die kennen wir doch?!

Die Kläger klammern sich an der rechtsdogmatischen und semantischen Spitzfindigkeit fest, daß ein Schwangerschaftsabbruch zwar ausnahmsweise nicht strafbar sein könne, aber dennoch immer rechtswidrig sein müsse. Entscheidend für sie ist, daß es bei "rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch" keine Krankenkassenfinanzierung und Lohnfortzahlung geben soll. Verfassungswidrig sei die Krankenkassenfinanzierung natürlich auch aus anderen Gründen, denn sie "senkt die Abtreibungsschwelle ganz allgemein". Schließlich sei ein Schwangerschaftsabbruch kein "Heileingriff", sondern darüberhinaus "mit ganz erheblichen gesundheitlichen Spätfolgen verbunden". Die Kassenfinanzierung belaste die Krankenversicherung jährlich um "mindestens annähernd" 100 Mio. DM, wird behauptet.

In bezug auf die rechtliche Ausgestaltung der Beratung beklagen sie das Fehlen des Beratungsziels "Lebensschutz". Die Erwähnung im Gesetz sei doch nur eine "nachrichtliche ‚verfassungstaktische` Übernahme", außerdem fehle die "Darlegungspflicht der Frau" und die Protokollierung; die Anonymität fördere Mißbrauch. Insgesamt werde "Beratung zu einer Formsache abgewertet".

Die Sicherstellung eines "ausreichenden flächendeckenden Angebots sowohl ambulanter als auch stationärer Einrichtungen" stünde gar nicht in der "Gesetzgebungskompetenz des Bundes", außerdem würde diese Verpflichtung "vor allem in ländlichen Gebieten ... auf strikte Ablehnung und den Widerstand von Seiten der Bevölkerung" treffen. Auch hier bleiben die Kläger einen Beweis für ihre Behauptung schuldig, es sei denn, sie definieren organisierte Angriffe militanter "Lebensschützer" auf Abbrucheinrichtungen, wie sie aus den USA und Frankreich berichtet werden, als den "Widerstand der ländlichen Bevölkerung".

Die Meldepflicht hat das Bundesverfassungsgericht ja schon in seiner einstweiligen Verfügung auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Das ermunterte die Antragsteller, eine weitere Verschärfung zu fordern, z.B. eine Koppelung mit der "Abrechenbarkeit der ärztlichen Leistung".

Barbara Ritter

Quelle: Alle Zitate aus den Klageschriften

# 30. " Asyl-Debatte" - Worum ging es eigentlich?

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:33

In ak 347 hatte ich versucht, ausgehend von einer heftig geführten öffentlichen "Asyl-Debatte" in den Reihen der PDS, mich mit einigen Argumenten aus dieser Partei auseinanderzusetzen. Offensichtlich mit einem entmutigenden Ergebnis: Es gab in ak 348 zwei Repliken. Mit der von HH. kann ich sehr gut leben, verstehe aber zum Teil nicht, wo der Autor die Differenzen zu mir sieht, bzw. fühle mich mißverstanden, wenn mir unterstellt wird, ich hätte für eine Einschränkung oder "Quotierung" der Zuwanderung plädiert.

Getroffen hat mich die zweite Erwiderung, verfaßt von GenossInnen aus dem Westteil der PDS/LL, weil hier ziemlich genau jene unsinnigen Formen der Auseinandersetzung noch einmal reproduziert werden, die mich zu dem Artikel in ak 347 veranlaßt hatten.

Das beginnt mit der Überschrift, die die GenossInnen für ihre Replik gewählt haben: "Über den ‚Mißbrauch` des Asylrechts". Wie es gemeint ist, wird für ganz Begriffsstutzige noch einmal in einer Zwischenüberschrift verdeutlicht: "Knut entdeckt den massenhaften ‚Asylmißbrauch`". Nun, es ist doch allgemein bekannt, und gerade die vier AutorInnen wissen es noch besser als der Durchschnitt, weil sie intensiv zu diesem Thema arbeiten: "Asylmißbrauch" ist ein Kampfbegriff des Gegners, der Ausländerfeinde, und er dient politischen und praktischen Zwecken, die wir ja auch kennen. Der Begriff kommt in meinem Artikel nicht vor, meine Argumentation ist selbstverständlich eine total andere. Mich trotzdem in diese Ecke stellen zu wollen, ist unfair und unernst; das ist auch nicht durch die Verärgerung zu rechtfertigen, die mein Artikel offensichtlich ausgelöst hat. Wenn dies von Menschen kommt, die mich zum Teil seit vielen Jahren aus der politischen Arbeit etwas besser kennen, dann sind solche Tritte gegens Schienbein doppelt verwunderlich und doppelt schmerzlich.

Ebenso der erste Absatz, mit dem die vier GenossInnen ihren Text einleiten: "Was treibt den Autor Knut Mellenthin eigentlich dazu, ausgerechnet in der aktuellen politischen Situation, in der Neonazis den Ton in der sogenannten ‚Asyldebatte` angeben und die Mehrheit der Deutschen nicht die Grenzen der ‚Belastbarkeit`, sondern ihrer Toleranz gegenüber ‚Ausländern' auf den zivilisatorischen Nullpunkt gebrandschatzt, gemordet und beklatscht haben, die Forderungen nach ‚Offenen Grenzen` von links her in Frage zu stellen?"

Wer eine Replik mit solchen rhetorischen Fragen beginnt, gibt zu erkennen, daß er eigentlich gar nicht diskutieren will, weil er die Debatte angesichts der Gesamtlage für total verfehlt hält. So kommen wir bestimmt keinen Schritt voran. Mein Ausgangspunkt ist genau konträr, nämlich daß es gerade in einer verfahrenen, bedrohlichen und für uns als deutsche Linke beschämenden Situation notwendig ist, die Debatte zu führen und dabei nicht in vordergründigen taktischen Fragen steckenzubleiben.

"Offene Grenzen"

nicht in Frage gestellt

Im ak 347 ging es mir in keinem Satz um Kritik an der Forderung nach "offenen Grenzen", sondern vor allem um folgende Fragen:

1., und das war für mich überhaupt der Anstoß, den Artikel zu beginnen: die Debattenführung in der PDS. Die vier GenossInnen geben zu bedenken, ich hätte die Diskussion leider "nur verzerrt anhand des vorliegenden schriftlichen Materials wiedergeben" können. Stimmt. Nur scheint mir dieses schriftliche Material tatsächlich das Wesentliche zu sein, denn nur über dieses vermittelt eine Partei ihre Debatten an die linke Öffentlichkeit. Was irgendwo intern oder auf PDS-Veranstaltungen sonst noch diskutiert wird, mag alles sehr interessant sein, spielt aber für die linke und sonstige Öffentlichkeit keine Rolle, da es insgesamt nicht wahrgenommen werden kann. Eben aus diesem Grund ist das Fehlen öffentlicher, und das heißt immer auch nachlesbarer, Debatten der radikalen Linken zu praktisch sämtlichen Fragen unserer Politik so katastrophal.

Leider sagen die vier GenossInnen zu der Debattenführung in der PDS kaum etwas, und sie hatten es ja auch vorgezogen, sich darin nicht direkt öffentlich einzumischen. Die Frage ist aber doch, wie eine Partei mit solchen Widersprüchen umgeht. Es kommt ja nicht nur darauf an, daß irgendwann einmal richtige Forderungen beschlossen worden sind, sondern mindestens ebenso wichtig ist, daß die ganze Partei als Gemeinschaft politischer Menschen mit diesen Forderungen praktisch etwas anfängt. Daher mein Einwand,

daß es darauf ankommen müßte, die Menschen in der PDS, soweit möglich, zu überzeugen, statt Mitglieder mit Widersprüchen und Fragen einfach in die rechte Ecke zu schieben und ihnen "das Maul zu stopfen".

2. Nicht die Forderung nach "offenen Grenzen" habe ich zu kritisieren versucht, sondern einige Begründungszusammenhänge, die zugunsten dieser Forderung vorgebracht werden. Das ist wahrhaftig nicht dasselbe. Daß eine Forderung richtig sein mag, schließt überhaupt nicht aus, daß sie möglicherweise zum Teil fehlerhaft begründet wird. Man kann sogar eine an sich richtige Forderung dadurch blamieren und schädigen, daß man sie schlecht begründet, falsche Argumente ins Feld führt usw. Um nichts anderes ging es mir in ak 347.

In diesem Zusammenhang hatte ich u.a. auf folgende meiner Ansicht nach falsche oder problematische Positionen hingewiesen:

a) Die Nivellierung sämtlicher Migrationsursachen zu "Fluchtgründen", also die Anwendung der Begriffe "Flucht" und "Asyl" gleichermaßen auf sämtliche Wanderungsbewegungen und sämtliche Migranten.

b) Die m.E. illusionäre Position, jeder Mensch der Welt könne an irgendeinem Ort seiner Wahl sein Recht auf "angemessene" Arbeit, Wohnung usw. praktisch geltend machen. Illusionär deshalb, weil das nicht bloß im Kapitalismus nicht funktionieren kann, sondern weil überhaupt keine Gesellschafts- und Wirtschaftsformation dies leisten könnte, sofern man nicht einen total anderen Stand der Produktivkräfte voraussetzen will (kommunistisches Schlaraffenland weltweit). Es scheint mir in diesem Zusammenhang keineswegs zufällig, daß es in den realsozialistischen Gesellschaften nicht etwa mehr, sondern weniger Bewegungsfreiheit gab als in den kapitalistischen, weniger Freiheit bei der Wahl des Arbeitsplatzes und der Wohnung. Dies war nämlich m.E. nicht nur der schlechteren wirtschaftlichen Ausgangslage geschuldet, sondern auch dem Umstand, daß der Realsozialismus eine Planbarkeit der Verhältnisse beabsichtigte, also auch Planbarkeit der Bewegungen von Menschen, ihrer Verteilung auf die Wirtschaftssektoren, die Regionen usw.

c) Die These, auch bei "offenen Grenzen" würde die Einwanderung in die BRD nicht signifikant steigen, und ein so reiches Land wie die BRD könne das ohne weiteres "verkraften".

"So viele wollen

doch gar nicht kommen"

In dieser Argumentation deutet sich ein wesentlicher Dissens an, über den meinem Eindruck nach bisher immer nur halbherzig diskutiert wurde. Die vier GenossInnen schrieben im letzten ak: "Knut unterschätzt in gravierender Weise die vorhandenen Aufnahmekapazitäten dieses Landes und unterstellt obendrein, daß alle in dieses gelobte Land kommen wollen. Warum nur wollen sich beispielsweise die Menschen aus Polen in ihrer übergroßen Mehrheit hier gar nicht niederlassen?" - Im gleichen Sinn hatten Dieter und Ulla schon im ak 335 argumentiert: "Unterstellt oder stillschweigend vorausgesetzt wird dabei ferner, daß Millionen von Menschen auf dieser Welt nichts sehnlicher wünschen als bei uns zu leben. Spätestens seit der EG-Mitgliedschaft Griechenlands oder Portugals ist diese Annahme schon empirisch widerlegt."

Grundsätzlich gesprochen kann sich meiner Ansicht nach jemand, der "weltweit offene Grenzen" fordert, nicht gleichzeitig mit der Beschwichtigung wappnen, daß davon ohnehin nicht viele Menschen Gebrauch machen würden. Zum Beispiel: Die rhetorische Frage der vier GenossInnen, warum sich die Polen "in ihrer übergroßen Mehrheit" in Deutschland gar nicht niederlassen "wollen", dürfte meiner Ansicht nach von Linken so überhaupt nicht gestellt werden. Denn die heutige Rechtslage ist ja von vornherein so, daß Polen so gut wie keine Chance haben, dies zu tun, weder auf dem Weg einer legalen Einwanderung noch auf dem des Asylverfahrens. Von "wollen" oder "nichtwollen" kann insofern überhaupt noch keine Rede sein, denn das würde die Freiheit voraussetzen, sich so oder so zu entscheiden.

Bekanntlich gibt es weltweit rund 500 Millionen Armutsmigranten, vermutlich mit einer jährlichen Zunahme zwischen 50 und 100 Millionen. Daß diese Armutsmigranten überwiegend im Lande ihrer Geburt bleiben und daß kein nennenswerter Teil von ihnen als Flüchtlinge in den Industriestaaten erscheint, liegt keineswegs primär daran, daß die Leute lieber "zuhause" vegetieren oder sterben wollen, sondern liegt primär an den strukturellen Beschränkungen, denen die weltweite Migration unterliegt. In diesem Sinn hatte ich in ak 338 geschrieben:

"Vergegenwärtigen wir uns, daß auf der Welt Hunderte von Millionen Menschen ‚unterhalb der Armutsgrenze` leben, daß Hunderte von Millionen auf der Suche nach einem Job sind. Vergegenwärtigen wir uns außerdem, daß die Zahl der Menschen, die pro anno durch Hunger und medizinische Unterversorgung sterben, mit 20 Millionen wohl nicht überschätzt ist. Zumindest für diese Menschen liegt auf der Hand, daß sie nicht deshalb in ostafrikanischen Flüchtlingslagern oder auf den Straßen von Bombay oder Dacca krepieren, weil sie diesen Aufenthaltsort jedem anderen auf der Welt vorziehen.

Anders gesagt: Die Bewegungen der Armutsmigration haben entsetzlich wenig mit dem freien Willen der Menschen zu tun. Und von allen Faktoren, die 80-90 Prozent dieser Bewegungen weit von den Grenzen der kapitalistischen Metropolen entfernt halten, gehören Grenzregime und Ausländerrecht zu den vergleichsweise drittrangigen. Die Armutsmigration wird hierarchisiert und reguliert durch die strukturellen Vorgaben einer weitgehend von den Bedürfnissen und Gesetzen des Kapitalismus geprägten Weltordnung."

Selbstverständlich ist es zutreffend, daß auch bei praktizierten "offenen Grenzen" der BRD nicht plötzlich sämtliche Hunderte Millionen Armutsmigranten der ganzen Welt vor unseren Türen stehen würden. Und ebenso selbstverständlich ist die Kritik berechtigt, daß die Zuwanderungsbegrenzer mit dieser Vision Panikmache betreiben. Dennoch reicht das Argument "Die kommen doch sowieso nicht" für die Diskussion nicht aus. Denn wahr ist ja, daß die weltweite Armutsmigration diese immense Größenordnung hat, und wahr ist auch, daß für die sich darin manifestierenden Probleme weit und breit keine Lösungen in Sicht sind.

Das bedeutet erstens: Die Masse der Armutsmigranten wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht allmählich abbauen, sondern sie wird in zunehmendem Tempo weiter anwachsen, derzeit wahrscheinlich um mindestens 50 Millionen Menschen in jedem Jahr. Zweitens: Die derzeitigen Hauptaufnahmegebiete der Migration - in erster Linie Großstädte und Industriegebiete im eigenen Land - geraten zunehmend unter Druck und in krisenhafte Zustände. Drittens: Der in den letzten Jahrzehnten entstandene Trend, daß immer mehr Menschen in immer weitere Bewegungen geraten, daß die Migrationen tendenziell global werden und auch die Industriestaaten nicht "verschonen", wird wahrscheinlich nicht nur anhalten, sondern sich noch steigern.

Unter diesen Umständen ist die gutgemeinte "Anti-Panik"-Argumentation nicht durchzuhalten, und sie wird vermutlich künftig noch weniger glaubwürdig sein. Es liegt in der Logik der Dinge, nämlich der totalen Aussichtslosigkeit in großen Teilen der Welt, daß sich ein sprunghaft zunehmender Teil der globalen Migrationsströme auf die Industriestaaten richten wird - sofern sie nicht durch ein System von Abwehrketten und strukturellen Barrieren zurückgedrängt werden. Das jetzt herunterzuspielen, mag zwar taktisch opportun erscheinen, ist als Reaktion auf die Panikmache der Rechten auch vollauf verständlich, bedeutet aber ein Zurückweichen vor der Dimension der Probleme.

Wann ist das Boot voll?

Die vier GenossInnen schreiben, ich würde "die vorhandenen Aufnahmekapazitäten dieses Landes" erheblich unterschätzen, und sie bezeichnen sie als relativ groß im Vergleich mit Großbritannien und Frankreich. Wie sie das eingeschätzt haben, welche Kriterien sie dabei zugrunde gelegt haben, geht aus ihrem Artikel nicht hervor. Wie bemißt man denn die "Aufnahmekapazität" eines Landes?

"Das Boot ist voll", sagen die Rassisten und die etablierten Parteien, und die Linken setzen dagegen, daß das Boot noch lange nicht voll sei. Seltsamerweise sind es in diesem Fall die Linken, die auf die Leistungsfähigkeit und Flexibilität des kapitalistischen Systems vertrauen, während die Rechten dies offenbar skeptischer beurteilen. Verkehrte Welt?

Bei einem überschaubaren Ding wie dem Boot läßt sich ungefähr angeben, wann es voll ist - zumindest nachträglich: wenn es kentert oder sinkt, war es vermutlich überladen. Aber die Aufnahmekapazität eines Landes ist erstens schwer zu prognostizieren und zweitens relativ, abhängig von vielen äußeren und historischen Umständen. Beispiel Wohnraum: Was in den Jahren nach dem Krieg und noch in den Fünfzigern in Deutschland "völlig normal" war, Beengtheit, mehrere Familien in einer Wohnung, niedriger Standard, Massen von Notunterkünften, würde heute vermutlich als unzumutbar empfunden werden. Auch Linke wollen im Allgemeinen so nicht mehr wohnen. Aber selbstverständlich würde die Welt auch nicht untergehen, wenn pro Nase nur noch maximal 20 Quadratmeter Wohnraum zugeteilt würden.

Beispiel Arbeitslosigkeit: Die Ex-DDR zeigt, daß sich auch mit einer regionalen Arbeitslosigkeit von 25 Prozent, 33 Prozent, ja selbst mit 50 Prozent immer noch ganz gut zurechtkommen läßt. Das soziale Gefälle beispielsweise zu den Staaten Osteuropas ist immer noch groß. So gesehen ist das Boot tatsächlich noch längst nicht voll. Es könnte aber, und das ist ein wesentlicher Punkt für linke Politik, im Boot ziemlich eng werden, wenn die globalen Migrationen sich wirklich frei bewegen könnten.

Vertreter der Forderung nach "offenen Grenzen" machen gern den Fehler, mit dem aktuellen Zustand zu argumentieren, wenn über die möglichen Konsequenzen bei Realisierung dieser Parole gesprochen wird. Der aktuelle Zustand ist aber das Resultat einer extrem rigiden Zuwanderungs- und Ausländerpolitik der BRD und der kapitalistischen Industriestaaten generell. Wer diese Politik kritisiert, darf selbstverständlich nicht mit deren heutigen Ergebnissen argumentieren, um zu beweisen, daß sich bei "offenen Grenzen" eigentlich überhaupt nichts ändern würde oder daß per Saldo die Einwanderungsländer sogar noch "profitieren" würden. (So daß der Widerstand der Herrschenden gegen "offene Grenzen" eigentlich, vom Standpunkt ihrer eigenen ökonomischen Interessen her, total irrational wäre?)

Alles spricht für die Annahme, daß die unvorstellbare Last von 500 Millionen Armutsmigranten weltweit, plus weitere 50-100 Millionen jährlich, bei wirklich "offenen Grenzen" unmittelbar auch zu einem Problem der "reichen Länder" werden würde, mit ganz erheblichen Folgen für deren innere Verhältnisse, wobei diese Folgen erfahrungsgemäß in erster Linie diejenigen treffen würden, die durchaus nicht besonders reich sind. (Beispielsweise in den USA einen Großteil der schwarzen Bevölkerung, der heute schon im Konkurrenzkampf gegen asiatische Einwanderer den Kürzeren zu ziehen scheint.)

Insofern halte ich es nicht für angebracht, diese Seite der Sache einfach als "vernachlässigbare Restgröße" zu behandeln. Mit dieser Voraussetzung läßt sich keine linke Politik entwickeln, die den Immigranten wirklich und dauerhaft hilft, denn dazu wäre letzten Endes die Gewinnung von Mehrheiten in diesem Land notwendig, was u.a. erfordert, die sozialen Probleme ernst zu nehmen.

Aus dem gleichen Grund halte ich es für fatal, wenn die GenossInnen schreiben: "Es handelt sich in dieser Situation nicht erstrangig um Überzeugungsarbeit (gegenüber der deutschen Bevölkerung - Anm. Kt.), sondern um einen handfesten und knallharten Interessengegensatz" (zwischen Deutschen und Immigranten - Anm Kt.). Offensichtlich können sich Menschen mit etwa gleicher sozialer Ausgangslage ganz kontrovers entscheiden, beispielsweise der eine für "offene Grenzen" und der andere für die Mitarbeit in einer wohlstandschauvinistischen Bürgerinitiative, die keine Wohncontainer in ihrem Nobelviertel haben will. Wenn Menschen sich für "offene Grenzen" einsetzen, dann in der Regel wohl nicht deshalb, weil ihre sozialen Interessen sie zu natürlichen Verbündeten aller Armen und Zufluchtsuchenden machen, sondern weil sie als politische Menschen in der Lage sind, sich über diese unmittelbaren Interessen hinwegzusetzen.

Im übrigen verstehe ich nicht, welche politische Perspektive eigentlich noch bliebe, wenn der eben zitierte Satz zuträfe. Vielleicht steckt eine Antwort im Schlußabsatz der vier GenossInnen, daß nämlich "die Deutschen scheinbar nur nach Niederlagen ihrer kriegerischen und menschenverachtenden Abenteuer" einen "Hauch an zivilisatorischer Kultur eingeflößt bekamen". Von dieser Perspektive würde ich wenig halten.

Die Frage des Einwanderungsrechts

Besonders starken Protest hervorgerufen hat meine nicht näher erläuterte Anmerkung, der Gedanke eines allgemeinen (und sehr liberalen) Einwanderungsrechts - neben dem Asylrecht - sei "nicht von vornherein abwegig". Die vier GenossInnen verweisen dagegen auf die Praxis in den USA und meinen, eine Einwanderungsgesetzgebung würde nur als Instrument dienen, "die Zuwanderung insgesamt nach unten zu drücken".

Diese Argumentation unterstellt, daß durch ein solches Gesetz die Aussichten für Flüchtlinge und Migranten, sich in Deutschland niederzulassen, noch schlechter werden könnten als sie ohnehin schon sind. Dafür sehe ich aber keine Anhaltspunkte. Die Verschlechterung des Asylrechts gegen Null, verbunden mit der Errichtung eines mehrfachen "Befestigungsrings" um die deutschen Grenzen, reicht zu diesem Zweck aus. Die Lücken, die noch bleiben, wären auch durch kein Einwanderungsgesetz zu stopfen. (Vor allem das Problem, Menschen, die es trotz allem irgendwie bis in die BRD geschafft haben, wieder loszuwerden.)

Dieser Lage entspricht, daß das Thema Einwanderungsgesetz keineswegs von denjenigen politischen Kräften ins Spiel gebracht wird, die die radikalsten Propagandisten einer Zuwanderungsbeschränkung sind, sondern daß genau diese von der ganzen Idee wenig bis gar nichts halten. Schwer einzusehen, daß ausgerechnet diese Leute auf ein weiteres Instrument verzichten würden, um "die Zuwanderung insgesamt nach unten zu drücken", wenn die Sache wirklich so einfach wäre, wie die GenossInnen meinen.

Fakt ist jedoch, daß die Diskussion über Modelle eines deutschen Einwanderungsgesetzes vorwiegend von Kräften geführt wird, die in dem ganzen Streit um die "Asylproblematik" relativ moderate, teilweise sogar linksliberale Positionen einnehmen. Daß in dieser Debatte problematische oder auch inakzeptable Vorschläge gemacht werden, will ich damit überhaupt nicht vom Tisch wischen. Mein Einwand richtete sich nur dagegen, die Debatte über ein Einwanderungsgesetz pauschal ("von vornherein") und undifferenziert abzulehnen, in der festen Überzeugung, dabei könne zwangsläufig überhaupt nur Negatives herauskommen.

"Offene Grenzen" würden selbstverständlich ein Einwanderungsgesetz voraussetzen. Der Artikel 16 des Grundgesetzes reichte selbst in seiner alten Form absolut nicht aus, um ein allgemeines Einwanderungsrecht in die BRD zu legitimieren. In seiner demnächst "reformierten", verstümmelten Fassung taugt er dazu erst recht nicht. Artikel 16 GG gewährt lediglich ein Ausnahmerecht für eine relativ kleine Gruppe aus den weltweiten Migrationsbewegungen, nämlich für die "politisch Verfolgten". Selbst bei extrem weitgehender Auslegung würde man nicht plausibel machen können, daß sämtliche Einwanderungswilligen unter diese Kategorie definiert werden könnten. Ohnehin wäre damit angesichts der bekannten rigiden Anerkennungspraxis - in den letzten Jahren nur etwa 5 Prozent aller Antragsteller - niemand geholfen.

Folgerichtig enthält die Programmatik der PDS zur "Asyl- und Flüchtlingspolitik" einen Katalog zusätzlicher Fluchtgründe, die ebenfalls zur Inanspruchnahme des Asylrechts berechtigen sollen. Das würde allerdings voraussetzen, daß der Artikel 16 GG entsprechend geändert werden müßte.

Rein theoretisch könnte man den Katalog natürlich so lang und so vollständig machen, daß schließlich jeder Einwanderungswillige in irgendeine "Flüchtlings"-Kategorie hineinpaßt. Aber diese Überlegung ist wirklich nur eine abstrakte Spielerei. Denn unter Verhältnissen, wo eine solche Ausweitung des Artikel 16 möglich wäre, verbunden mit einer entsprechenden großzügigen Praxis, bestünde ganz sicher keine Notwendigkeit mehr, Einwanderungswillige auf die Hintertür des Asylrechts zu verweisen, statt ihnen weit die Vordertür eines allgemeinen Niederlassungsrechts aufzumachen. Im übrigen könnte selbst ein äußerst liberal gestaltetes Asylrecht ein Einwanderungsrecht nicht ersetzen, das u.a. auch den Status der Einwandernden zu garantieren hätte, z.B. Einbürgerung, soziale Rechtsansprüche usw.

Von grundsätzlichen Kritikern eines Einwanderungsgesetzes wird argumentiert, daß dadurch eine Auslese unter den Einwanderungswilligen stattfinden würde, daß sie sich in eine endlose Warteschlange einreihen müßten, daß es Kontingente geben würde. Übersehen wird dabei, daß die heutige Situation nicht nur alle ausgemalten Nachteile für Migranten sowieso schon enthält, sondern daß sie sogar noch weit schlechter ist. Beispielsweise für potentiell Einwanderungswillige aus Polen, der Tschechoslowakei oder Rußland bietet das Asylrecht nach Artikel 16 GG im Allgemeinen absolut keine Möglichkeit. Zusammen mit den realen Bedingungen des Asylverfahrens stellt das eine hochgradige Abschreckung dar. Sind die grundsätzlichen Gegner eines Einwanderungsgesetzes der Meinung, sie könnten irgendeinem über Auswanderung nachdenkenden Polen, Tschechen, Slowaken oder Russen empfehlen, sich auf die Risiken und Schikanen des deutschen Asylrechts und -verfahrens einzulassen?

Knut Mellenthin

# 31. Umweltzerstörung und Militarisierung der Umweltpolitik. Studie von BUND und DNR

Rubrik: Umweltpolitik; Militarismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:44

Die Projektstelle des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und DNR (Deutscher Naturschutzring) hat eine Studie über den Zusammenhang von ökologischen Zerstörungen und gewaltsamen Konflikten herausgebracht. In der 116 Seiten starken Arbeit geht es um vier Themenbereiche. In einem ersten Beitrag über "Ökologische Degradation als Ursache und Gegenstand von Konflikten im internationalen System" wird ein allgemeiner Überblick über den Stand der ökologischen Zerstörungen auf den Feldern Süßwasser, Boden, Wald, Ozeane sowie Atmosphäre und Klima gegeben. Dieser Beitrag liefert die Grundinformationen über jene ökologischen Tatbestände, die zusehends Konfliktpotentiale bilden.

Im zweiten Beitrag "Ökologisch induzierte Gewaltkonflikte" wird eine generelle Definition von "ökologischem Konflikt" gegeben und der Trend zur Zunahme solcher Konflikte erläutert; im zweiten Teil dieses Beitrags werden beispielhaft einige ökologische Konflikte etwas eingehender dargestellt: Wasserkonflikte im Nahen und Mittleren Osten (Jordan, Nil, Euphrat), der Konflikt zwischen Senegal und Mauretanien, der nicht zuletzt auf die Verwüstungs- und Bodenerosionsprozesse in der Region zurückzuführen ist, und schließlich der Bürgerkrieg im Sudan, der ebenfalls eine - bisher weitgehend vernachlässigte - ökologische Dimension hat.

Im dritten Beitrag der UNCED-Studie geht es um die "Militarisierung der internationalen Umweltpolitik". Hier wird nachgezeichnet, wie unter dem Schlagwort "ökologische Sicherheit" die Militärapparate der Länder des Nordens ökologische Krisenerscheinungen zum Vorwand für neue Rüstungen und Planungen nehmen. Sie stellen sich dar als Garanten "ökologischer Sicherheit", die es auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten gelte. An den Diskussionen im sicherheits- und militärpolitischen Establishment der USA und der westeuropäischen NATO-Staaten - insbesondere auch der BRD - wird gezeigt, wie u.a. die neue militärische Interventionspolitik Richtung Süden mit "ökologischen" Beweggründen legitimiert wird. Eine "Militarisierung der internationalen Umweltpolitik" wird als neuer gefährlicher internationaler Trend konstatiert. In diesem Zusammenhang werden auch die Forderungen nach einem "Umweltsicherheitsrat" der UNO und nach UN-"Grünhelm"truppen kritisch beleuchtet.

Im letzten Beitrag werden "Vorschläge für die friedliche Bearbeitung von ökologisch induzierten Konflikten" gemacht, um Alternativen zur Militarisierung der ökologischen Frage aufzuzeigen. Hier geht es u.a. darum, wie internationale Umweltorganisationen und das Umweltvölkerrecht gestärkt werden können. Zudem wird das Spannungsverhältnis des Prinzips "nationaler Souveränität" einerseits und des Konzepts von der Umwelt als "gemeinsamen Erbe der Menschheit" andererseits problematisiert.

Insgesamt handelt es sich um eine spannende und lesenswerte Studie. Erstmals (zumindest im deutschsprachigen Raum) wird ein umfassender Überblick auf die Konflikt- und Gewaltträchtigkeit der globalen Umweltkrise(n) gegeben. Und es wird detailliert das Bestreben etablierter Politik herausgearbeitet, auch mit dem Einsatz militärischer Mittel auf die daraus sich ergebenden Probleme zu antworten ("Öko-Imperialismus").

Der Text wurde von Mitarbeitern (nur Männer!) des "Environment and Conflict Projects" (ENCOP - internationales Forschungsprojekt, an dem Institutionen aus der Schweiz, der BRD, Nigeria, Bangladesh und Sudan beteiligt sind) geschrieben. Der volle Titel der Studie lautet: "Gewaltkonflikte, Sicherheitspolitik und Kooperation vor dem Hintergrund der weltweiten Umweltzerstörung". Sie ist zu beziehen beim DNR oder BUND, Königswinter Str. 665, 5300 Bonn 3.

# 32. Solidaritätsaufrufe für Klaus Croissant

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:09

In einigen linken Zeitschriften, zum Beispiel im "ak" und im "Angehörigen-Info" der politischen Gefangenen in der BRD, wurden kürzlich Beiträge zur Verhaftung von Klaus Croissant, verbunden mit Aufrufen zur Solidarität mit ihm, veröffentlicht. Wir halten diese Aufrufe für politisch nicht haltbar, weil darin nicht auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig gewesen zu sein, eingegangen wird.

Croissant erklärt, besonders deutlich in seinem "Spiegel"-Interview vom 19.10.92, Berichte an das MfS, einschließlich von - wie er sagt - "differenzierten Einschätzungen von Wortführern" der bundesdeutschen Linken, geliefert und sich damit als Spitzel des MfS gegen die bundesdeutsche Linke betätigt zu haben. Spitzeltätigkeit wird üblicherweise zwischen Feinden betrieben, gegenüber der bundesdeutschen Linken von den bundesdeutschen Staatsschutzbehörden. "Differenzierte Einschätzungen von Wortführern" der Linken zu erstellen, schien bisher allein Sache des BKA und des Verfassungsschutzes zu sein. Die gleiche Linke, die von Croissant bespitzelt wurde, wird nun zur Solidarität mit ihm aufgerufen. Auf welcher Grundlage? Die von Croissant angeführte Rechtfertigung, es sei ihm um den Schutz der DDR als eines antikapitalistischen Staates gegangen, erscheint uns nicht als haltbar. Abgesehen davon, daß ein Schutz der DDR auch anders (nämlich politisch) möglich gewesen wäre, gibt diese Rechtfertigung doch nur die Ideologie wieder, die von der DDR zur Legitimation ihrer Herrschaft verbreitet wurde. Die Realität, in der die Mehrzahl der Menschen in der DDR lebte, war von politischer Unfreiheit geprägt. Daran ändern auch positive Aspekte des DDR-Systems, wie z.B. die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen, nichts.

In einem Aufruf, veröffentlicht im "Angehörigen-Info" vom 8.10.92, wird argumentiert, Croissant sei der einzige mit einem vergleichbaren strafrechtlichen Vorwurf, der in Haft genommen wurde. Die Justiz der BRD wolle ein alte Rechnung mit ihm begleichen und sich an ihm wegen seines früheren Einsatzes gegen die Isolationshaft rächen. Sicher, die Spitzeltätigkeit Croissants rechtfertigt nicht seine Inhaftierung, im Gegenteil: Es ist grotesk, wenn ausgerechnet der bundesdeutsche Staat, der selbst mit Bespitzelung und Repression gegen Linke vorgeht, jemanden inhaftiert mit der Begründung, er habe eben diese Linke im Auftrag der DDR bespitzelt. Andererseits können wir nicht umhin, die folgenden Fragen zu stellen: Wie kann man einerseits gegen die Bespitzelung und Repression, die von den Staatsschutzbehörden der BRD gegen die Linke ausgeübt wird, kritisieren, andererseits aber gegen eben diese Linke die gleichen Methoden anwenden, indem man sie im Auftrag des MfS bespitzelt? Wie ist es möglich, die Anfertigung von "Persönlichkeitsprofilen" von politischen Gefangenen in der BRD durch die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden anzugreifen, zugleich jedoch selbst "differenzierte Einschätzungen von Wortführern" der Linken an den Staatsschutz der DDR zu geben? Wie ist es miteinander vereinbar, gegen die Verfolgung radikaler politischer Opposition in der BRD einzutreten, zugleich jedoch mit den Staatsschutzbehörden der DDR zusammenzuarbeiten, die Dissidenten in ihrem Machtbereich inhaftiert, unter menschenrechtswidrigen Bedingungen gefangen gehalten und zum Teil physisch mißhandelt hat? Unter Haftbedingungen, die denjenigen vergleichbar sind, gegen die Croissant in der BRD eingetreten ist. Welche Sicherheit konnte Croissant haben, daß seine über die westdeutsche Linke an den DDR-Staatsschutz gegebenen Informationen von diesem nicht an den westdeutschen Staatsschutz weitergegeben werden? Hat es Fälle gegeben, in denen Oppositionelle in der DDR, die Kontakte zu westdeutschen Linken hatten, in der DDR verfolgt und inhaftiert wurden auf Grund von "differenzierten Einschätzungen" dieser Linken durch Croissant?

Wir halten die Verhaftung Klaus Croissants nicht für gerechtfertigt und unterstützen deshalb die Forderung, ihn freizulassen. Wir meinen aber: Wenn man zur Solidarität mit ihm aufruft, muß auf die Fragen, die hier gestellt wurden, eingegangen werden.

AK Politische Justiz,

Heidelberg, 8.12.92

# 33. Einheitsfront und linke Bündnispolitik

Rubrik: Demonstrationsauseinandersetzungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:12

Die Schwäche von he.'s Artikel "Einheitsfront und linke Bündnispolitik" (ak 348) besteht m.E. darin, daß vor lauter Bemühen um eine differenzierte Sichtweise der Ereignisse eine pointierte Meinung des Autors auf der Strecke bleibt. Die wäre aber wünschenswert und im Interesse einer inhaltlichen Profilierung des ak auch notwendig gewesen.

Die Störaktion am 8.11. war innerhalb der Autonomen breit diskutiert (wichtige Kreise hatten selbst das Stören als affirmativ abgelehnt und waren ferngeblieben) und in der Wahl der Mittel (Transparente, Trillerpfeifen, Eier und Farbbeutel) mit Bedacht vorbereitet worden.

Die politisch entscheidende Bedeutung der Vorgänge am 8.11. liegt m.E. nicht in dem Umstand, daß von links interveniert wurde und auch nicht darin, daß linke "Gewalt" und faschistischer Terror in den bürgerlichen Medien gleichgestellt wurden. Vielmehr hat sich das traditionelle linksdemokratische Bündnisspektrum im Bereich der Antifa- und Flüchtlingspolitik (radikale DemokratInnen, Grüne, taz, PDS) beinahe geschlossen entsolidarisiert. Diese Institutionen haben ihre klassische Schutzfunktion (Zurückweisung der staatlichen Lügen-Propaganda; hier: über Steinwürfe bzw. die Härte des Bulleneinsatzes) nicht nur nicht wahrgenommen. Grüne/Bündnis-90, taz und PDS-Bundestagsgruppe haben sich im Gegenteil an die Spitze derer gesetzt, die die Prügeleinsätze der Bullen als zu spät und zu schlaff verniedlicht haben, dies einen Skandal nannten, der sich zukünftig so nicht wiederholen dürfe.

Der politische Schlag hat gesessen. Je lauter und gehässiger und je deutlicher die o.g. Kreise die Störaktion von links denunzierten, um so klarer wurde, daß es ihnen weniger um Inhalte wie das Asylrecht ging. Von Anfang an war offensichtlich, daß der politische Wert der Berliner Demonstration und auch der Gegenaktion hinsichtlich der Formulierung und Durchsetzung einer linken/oppositionellen Flüchtlingspolitik (im eklatantem Widerspruch zur Bonner Demo) gen Null tendierte. In Berlin ging es um die Zelebrierung (bzw. Unterbindung) von etwas, das scheinbar über der politischen Ebene liegt - um ein ideologisches Ereignis. Bei diesem "Etwas" handelt es sich m.E. (im besten "Gruppe K"-Jargon) um die "Herausbildung einer Volksgemeinschaft", nämlich die der "anständigen Deutschen". Und nichts bringt einen anständigen deutschen Spießer mehr auf die Palme, als wenn er bei der Beweihräucherung seiner selbst gestört wird.

Dem ak hätte es nach meiner Überzeugung gut angestanden, zunächst die Intervention von links grundsätzlich gutzuheißen. Nachfolgend hätten wir dann unsere diversen Bauchschmerzen und die des Klientels, zu dessen Schutz wir auf der Straße waren (Flüchtlinge, AusländerInnen und JüdInnen) in aller Breite anführen können. Das inhaltliche Wischiwaschi von he., dessen Ziel es offenkundig war, keiner Seite weh zu tun, nützt niemandem. Dann hätte die ak-Redaktion doch schon lieber die Stellungnahme der PDS/LL-MdB Andrea Lederer abdrucken können, die sich in ihrer Bundestagsrede von den GegendemonstrantInnen offen distanziert hat.

Ich halte die bewußt destruktive Intervention von Linken für ein richtiges und notwendiges Mittel, wenn es darum geht, an einem als wichtig erachtetem Punkt notfalls auch den rechts von uns stehenden BündnispartnerInnen die Konstituierung der "Gemeinschaft aller anständigen Deutschen" nachhaltig zu vermasseln. Sie war am 8.11. ein ebenso richtiges taktisches Moment wie zu Zeiten der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne. Der politische Fehler fängt erst dann an, wenn mensch der Versuchung erliegt, aus einer punktuell richtigen Vorgehensweise ein Programm oder, schlimmer noch, eine scheinbar allumfassende Ideologie zu schmieden.

Daß uns in zugespitzten Situationen unser Bündnisumfeld auch schon mal fallen läßt, ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Und nach dem 8.11. bleibt uns auch weiterhin nichts anderes übrig, als die Politik zu verfolgen, deren Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen he. im ak 346 m.E. richtig dargelegt hat: ohne Illusionen, wenn es sein muß, auch kleinste Brötchen nach rechts hin zu backen. Zu einem derartigem politischen Credo gehört meiner Meinung nach für den ak jedoch notwendigerweise auch, zum gegebenen Zeitpunkt unseren rechts von uns stehenden BündnispartnerInnen ebenso heftig auf die Füßen zu springen, wie wir es bei linken Opportunisten - ohne zu zögern - auch getan haben. Anderenfalls würden wir uns dem Wohlwollen der ein oder anderen Seite rettungslos ausliefern.

M./Berlin

# 34. Bonn und die Bombe. Eine Buchvorstellung

*Eine Buchempfehlung*

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:43

In diesem Jahr erscheint das Buch "Bonn und die Bombe - deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt" im Campe-Verlag. Autor ist Matthias Küntzel, sein Buch basiert auf seiner vorher geschriebenen Doktorarbeit zu dem Thema.

Das Buch beschreibt und dokumentiert auf 300 Seiten den sogenannten Atomwaffenverzicht und die bundesdeutschen Vorbehalte in den 50er Jahren, die nuklearen Ambitionen in den 60er Jahren und die Bemühungen der Großen Koalition und der Brandt-Regierung, den Atomwaffensperrvertrag soweit wie möglich auszuhöhlen.

Das Thema dieses Buches muß man den ak-LeserInnen wohl kaum erst einmal nahe bringen. Alte LeserInnen dieser Zeitung kennen sich in dem Thema der atomaren Ambitionen dieses Landes gut aus. Ältere KB-Mitglieder wissen noch: Als wir dann in der Anti-AKW-Bewegung auftauchten, haben wir die Bewegung gleich mit unserer These von den atomaren Ambitionen der BRD beglückt und überfallen. Den Autor muß ich auch nicht vorstellen, denn wir haben im ak schon vor Jahren eine Reihe seiner Texte zu diesem Thema publiziert.

Was ist also der Nutzwert dieses Buches? Das Buch stellt wohl eindeutig das umfassendste, zusammengefaßte Werk zu dem Thema dar. Joachim Radkau schrieb im Spiegel (6/92) über diese Arbeit: "Ziel ist der Nachweis, daß es nur aus Unkenntnis der Geschichte erklärt werden könne, wenn sich Leute immer noch gutgläubig von den Standard-Hinweisen auf den bundesdeutschen Atomwaffenverzicht von 1954 beeindrucken ließen: Da ist ihm gewiß recht zu geben, der Nachweis ist gelungen." Robert Jungk hob hervor, daß in der Arbeit "einwandfrei belegt" werde, wie die BRD "im Interesse am späteren Aufgreifen einer ‚nuklearen Option` alle Versuche, die Abkommen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen möglichst stringent zu gestalten, geschickt unterlaufen" habe.

Wer nicht speziell an dem Thema interessiert ist, für den ist der aktuelle Wert des Buches mehr der, den eigenen Giftschrank zu bereichern. Damit ist folgendes gemeint: Aktuell ist es um die Atomwaffen und die atomaren Ambitionen der BRD ruhig geworden, aber auch die Forderungen, daß die BRD einmal tatsächlich auf Atomwaffen zu verzichten hätte, werden nicht mehr vorgetragen. Leider kann man in diesem Land ziemlich sicher sein, daß uns irgendwann und schneller, als einem lieb sein kann, das Thema wieder einholen wird. So schrieb am 6.4.92 Michael Stürmer in einem Leitkommentar in der um die nationalen Belange diese Landes so besorgten "Frankfurter Allgemeinen", man solle als vereintes Deutschland wegen der dann zu befürchtenden Isolierung dieses Landes auf keinen Fall jetzt die Frage der Atomwaffenverfügung lauthals aufrollen. Er verwies auf die aktuelle Debatte, um die zukünftige Atomwaffenstrategie und er ließ keinen Zweifel daran: "Deutschland braucht, auch unter den neuen Verhältnissen, nuklearen Schutz. (...) Damit aber sind der nicht-nukleare Status des Landes und die Fortexistenz des Bündnisses miteinander verbunden." Ihm zufolge bleibt es dabei: Entweder eine atomare Vernichtungsgarantie der USA, der NATO oder europäischer Atommächte oder aber die deutsche Atombombe. Bloß, so seine Warnung, laut reden sollte man nicht davon. Da macht es schon Sinn, bei dem Thema am Ball oder gewappnet zu bleiben.

HH

Matthias Küntzel, Bonn und die Bombe - deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Campe-Verlag, 330 S.,DM 48,-

# 35. Der historische Ort und die Funktionen des Novemberpogroms 1934. Vortrag von Werner Röhr auf dem Int. Symp. zur Reichspogromnacht

*Vortrag von Werner Röhr auf dem Internationalen Symposium zur Reichspogromnacht*

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:41

Im folgenden dokumentieren wir den Beitrag des Berliner Historikers Werner Röhr, den er auf dem Symposium gehalten hat. Er schloß damit an die im Bericht erwähnten Augenzeugenberichte an. Werner Röhr ist Herausgeber des Bandes "Faschismus und Rassismus" sowie Mitherausgeber der Edition "Europa unterm Hakenkreuz". (Vergleiche hierzu die Angaben in den Anmerkungen)

Sehr geehrte Anwesende!

Ich kann nicht wie meine Vorredner einen Erlebnisbericht von jener Nacht geben, denn zu diesem Zeitpunkt war ich noch nicht geboren. Wir erforschen diese Vergangenheit nicht zuletzt deshalb, um in der Gegenwart besser durchzublicken und um nicht unversehens "Hypotheken der Geschichte" präsentiert zu bekommen. Ich möchte daher aus aktuellem Bedürfnis einige Aspekte des damaligen Geschehens beleuchten. Sie könnten geeignet sein, manches, was heute um uns herum passiert, besser zu verstehen. Es geht um folgende Aspekte:

- erstens das Problem des historischen Stellenwertes dieses 9./10. Novembers 1938 in der Geschichte der Verfolgung und schließlich Vernichtung der deutschen und dann der europäischen Juden durch den Hitlerfaschismus;

- zweitens einige Funktionen dieses Pogroms für die damalige Phase der Verfolgung jüdischer Menschen in Deutschland;

- drittens die Reaktionen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf den Pogrom.

1. Zur Situation und zum Stellenwert des 8./9. November 1938

Es ist aus der deutschen Geschichte seit dem Hochmittelalter - aber keineswegs nur aus ihr - bekannt, daß staats- oder obrigkeitsgelenkte Pogrome jeweils sehr akut, sehr unmittelbar als Ablenkungsmanöver von brennenden oder zugespitzten sozialen Problemen, als Blitzableiter für gestaute Unzufriedenheit und Wut gehandhabt wurden. Im November 1938 sah die Situation in Deutschland jedoch anders aus. Es gab keine massenhafte Unzufriedenheit mit der faschistischen Führung. Nichts drängte die am 9. November 1938 traditionell in München versammelte Führung der NSDAP, zu diesem Pogrom als einem Ablenkungsmanöver zu greifen. Im Gegenteil: Niemals seit 1933 hatte die Massenunterstützung für Hitler einen solchen Höhepunkt erreicht wie nach dem Münchner Diktat und der Annexion des Sudetengebietes.

Dies war 1938 bereits der zweite große Erfolg imperialer Expansion Hitlerdeutschlands, ohne daß ein Schuß gefallen war. Im März 1938 war Österreich annektiert worden. Vom 1. bis zum 10. Oktober besetzte die Wehrmacht das sudetendeutsche Gebiet der Tschechoslowakei: Die sudetendeutsche Bevölkerung kehrte "heim" in ein Reich, dem sie seit seiner Gründung nie angehört hatte.

Der "Anschluß" löste in beiden Fällen einen nationalistischen Taumel aus. Hinsichtlich einiger struktureller Momente, der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung und der Welle des Nationalismus lassen sich Parallelen zum Anschluß der DDR ziehen, auch wenn die Reihenfolge von Anschluß und Taumel hier umgekehrt war. Um die Bedeutung dieser "friedlichen Eroberung" zu unterstreichen, sei hier nur erwähnt, daß in diesem okkupierten Gebiet der militärische Festungsgürtel der CSR lag, den zu erobern die Wehrmacht erhebliche Kräfte hätte aufwenden müssen.

Hitler befand sich vor dem Pogrom nicht nur auf dem Höhepunkt faschistischer Machtentfaltung seit 1933, sondern auch auf einem Höhepunkt der Massenzustimmung: Erleichtert, weil der befürchtete Krieg vermieden worden war, sah die große Mehrheit des deutschen Volkes über den mörderischen Erpressungsakt gegenüber

der Tschechoslowakei hinweg und feierte ihn als die "Rettung des Friedens" durch Hitler. Ich meine, es bestand nach jenem 29. September 1938 kein akuter Ablenkungsbedarf für die Unzufriedenheit der Massen. Die Rolle der Westmächte bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei festigte die Massenbasis des faschistischen Regimes zusätzlich. Die vorhandenen Quellen bestätigen auch nicht jene Vermutung, daß die faschistische Führung jenes Attentat des Herszel Grynszpan selbst organisiert habe. Die sofortige gezielte und wirksame Ausnutzung der Pariser Schüsse auf von Rath durch Hitler - er entsandte z.B. seinen Leibarzt nach Paris - berechtigt m.E. nicht dazu, Grynszpans Tat nach dem Muster des Reichstagsbrandes oder des Überfalls auf den Sender Gleiwitz zu interpretieren.

Der beabsichtigte Nutzen, den sich Hitler von der Ausnutzung des Attentats zu einem Pogrom versprach, wird erhellt, wenn man den bereits von Peter Gingold angesprochenen Stellenwert dieses Pogroms im Zusammenhang mit den Zielen und dem Kriegskurs der Hitlerregierung sieht.

An 10. November 1938, als in Deutschland Synagogen und jüdische Wohnhäuser noch rauchten, in vielen Orten Überfälle, Plünderungen, Drangsalierungen und Morde andauerten, als zehntausende jüdischer Männer verhaftet und in die Konzentrationslager verschleppt wurden, sprach Adolf Hitler vor 400 streng ausgewählten Journalisten des Nazireiches. Diese Rede nimmt eine gewisse Schlüsselstellung ein, sie bedeutet praktisch den Befehl an die Nazipresse zur psychologischen Mobilmachung für den Krieg. Hitler beklagte, daß er öffentlich jahrelang vom Friedenswillen und den Friedensabsichten seiner Regierung habe reden müssen. Die bedenkliche Folge sei die Auffassung, das heutige Regime wolle den Frieden unter allen Umständen bewahren, dies aber führe zu Defaitismus.

Tatsächlich hatte Hitler am 27. September 1938 der 2. motorisiertenDivision auf deren Weg zur Tschechoslowakei befohlen, Berlin zu durchqueren und über dessen Ost-West-Achse zu rollen. Dieses militärische Schauspiel diente wirklich, wie Hitler beabsichtigt hatte, dazu, die Kriegsbegeisterung der Bevölkerung zu prüfen. Allerdings fiel diese Prüfung negativ aus: Die Menschen winkten den Truppen nicht begeistert zu. Sie schwiegen betroffen und zeigten offen Kriegsfurcht.

Hitler erläuterte daher den 400 künftigen Propagandisten des Krieges, das deutsche Volk müsse psychologisch umgestellt werden, um ihm klarzumachen, daß es Dinge gebe, die mit Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu sei es erforderlich, "dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann".

Eine ähnliche Schlüsselstellung, wie sie jene Rede vom 10. November 1938 hinsichtlich der psychologischen Kriegsmobilisierung einnimmt, kommt hinsichtlich der politischen Strategie jener Konferenz Hitlers vom 5. November 1937 zu, deren Verlauf durch das Protokoll seines Adjutanten Hoßbach in Nürnberg bekannt wurde. Diese Beratung Hitlers mit dem Außenminister, dem Kriegsminister und den Spitzen von Heer, Marine und Luftwaffe markiert den Umschlag einer Politik zur Vorbereitung eines künftigen Krieges in die Phase seiner unmittelbaren Vorbereitung.

Hitler hatte es nicht für möglich gehalten, daß ihm "die Tschechoslowakei von ihren Freunden quasi serviert" werden würde. Zwar als Triumphator begeistert gefeiert, war für ihn die Erpressung von München nicht nur ein Erfolg. Hitlers Ziele waren erstens die Zerschlagung der Tschechoslowakei insgesamt und nicht nur die Annexion der sudetendeutschen Gebiete und zweitens die Erprobung der neu aufgebauten Wehrmacht "im scharfen Schuß". Denn ein solches Instrument erprobte man nicht im Frieden. Doch dazu war es nicht gekommen. Zugleich hatte München bewiesen, wie sehr England und Frankreich bereit waren, Deutschland diesen Rüstungs- und Kriegskurs zuzubilligen und dafür auch Ereignisse wie den Anschluß Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, einer vertraglich verbündeten parlamentarischen Republik in Kauf zu nehmen. Waren sie über die Verfolgung der jüdischen Menschen in Österreich nach dessen Annexion hinweggegangen, konnte Hitler ihnen auch einen Pogrom zumuten. Das heißt, er konnte damit rechnen, daß die massenhaften Proteste und Demonstrationen in Europa von diesen Regierungen nicht in politische Handlungen umgesetzt wurden. Und genau dies ist passiert.

Wenn es heute in den Reden mancher Politiker der regierenden Koalition zur morgigen Demonstration in Berlin (gemeint ist die Demonstration am 9.11.92 - Anm.d.Red.) heißt, daß mit jenem Pogrom die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik einsetzte, so stimmt das nicht. So werden wichtige Zusammenhänge ausgeblendet. Der Pogrom war weder voraussetzungslos, noch der Beginn der Vernichtungspolitik. Und ebensowenig führt

sozusagen vom 9. November 1938 der direkte Weg ohne Zwischenschritte zur technisierten Menschenvernichtung in Auschwitz oder Majdanek. Sein Stellenwert ist durch die spezifische Verflechtung der Phasen des Krieges mit der Verfolgungs- bzw. später Vernichtungspolitik bestimmt. Ihm folgen historisch bestimmbare Eskalationsstufen.

Dem Pogrom von 1938 ging der bestialische Terror gegen die politischen Gegner der Faschisten, gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, Demokraten, Liberale voraus und begleitete ihn. Ihm ging voraus der systematische Ausbau der großen Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen in Vorbereitung auf den Krieg, in die dann auch die meisten der verhafteten Juden nach den 10. November 1938 eingeliefert wurden. Ihm gingen die Nürnberger Gesetze von 1935 voraus, welche die jüdischen Deutschen unter ein Sonderrecht stellten.

Diese Gesetze hatten auch die Folge, daß die SA nach 1935 den Befehl erhielt, jüdische Menschen auf der Straße, in ihren Wohnungen und Geschäften nicht mehr auf eigene Faust zu überfallen und zu verfolgen. Dieses Verbot wurde - wenn auch nicht immer und überall - durchgesetzt. Zwischen dem Nürnberger Parteitag von 1935 und der nächtlichen Mobilisierung 1938 war es also der SA untersagt, das zu tun, wozu sie am 9. November mobilisiert wurde.

Dem Pogrom voraus gehen im Jahre 1938 solche Schritte der Ausgrenzung wie die Einführung der Zwangsvornamen "Sara" und "Israel", die Erfassung aller als "Juden" oder "Mischlinge" definierten Personen für eine geplante Volkszählung, der Kennkartenzwang, das in die Reisepässe eingestempelte "J", der Ausschluß der jüdischen Versicherten aus der kassenärztlichen Versorgung und die Zwangsarbeit jüdischer Arbeitsloser im "geschlossenen Einsatz". Die Vorschrift, alle jüdischen Gewerbebetriebe und alle Vermögen über 5000 RM anzumelden, bildete bereits eine unmittelbare Voraussetzung jener lange angekündigten "Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben".

Unmittelbar voraus geht dem Pogrom die Abschiebung von 15.000 polnischen Juden, die z.T. seit Jahrzehnten in Deutschland gelebt hatten, über die Grenze nach Polen, die Grynszpans Entschluß zum Attentat bewirkte.

Entscheidende, aber weniger benannte Voraussetzungen des Pogroms sind jene Erfahrungen, die die deutschen Faschisten bei der Verfolgung und Vertreibung der Juden seit dem März 1938 im annektierten Österreich machten. (1) Ich denke dabei an zwei verschiedenartige Erscheinungen: In Wien, v.a. in der Leopoldstadt, tobte sich der rabiate Antisemitismus ganz anders aus als in Deutschland ab 1933. Jene, die Quälereien und Demütigungen der Wiener Juden öffentlich zelebrierenden Terrorbanden und aufgehetzten Wiener Kleinbürger wurden von der Naziführung aufs äußerste dazu angestachelt. Flohen aufgrund dessen bereits Tausende, so probierten die Nazis hier erstmals im Massenumfang die Kombination von Enteignung und Vertreibung der Juden.

Göring hatte am 28. März 1938 angeordnet, für Österreich "in aller Ruhe Maßnahmen zur sachgerechten Umleitung der jüdischen Wirtschaft" zu treffen. Die dort praktizierte "Entjudung der Wirtschaft" gewann exemplarische Bedeutung: Sie war zunächst ein Experiment, wie man die Enteignung und die Verdrängung der jüdischen Menschen aus dem Wirtschaftsleben und aus dem Lande mit einer Rationalisierung der Wirtschaft des annektierten Landes, die sie im Zuge ihrer Übernahme durch das deutsche Kapital erfuhr, verbinden könne. Dieses Experiment avancierte später zum Modell, das nach 1939 auf Polen und weitere besetzte Länder übertragen wurde. Adolf Eichmann hatte im August 1938 in Wien ein Amt für jüdische Auswanderung eingerichtet. Die reichen und die wohlhabenderen Juden wurden verhaftet und erpreßt, ihr Vermögen dem Nazistaat oder bestimmten Käufern zu überschreiben. Dafür wurde ihnen die Ausreise in Aussicht gestellt oder ermöglicht. Eine solche Ausreise war natürlich für die armen Juden schwer oder gar nicht möglich. Weniger im Blickpunkt der Forschung und noch weniger der Öffentlichkeit als Eichmanns Dienststelle stand die im Mai 1938 gegründete und von Walter Rafelsberger geleitete "Vermögensverkehrsstelle", deren Aufgabe die "Arisierung" bzw. die Liquidation der jüdischen Betriebe und Geschäfte war.

Jedenfalls begann die Verfolgung der jüdischen Menschen im besetzten Österreich von vornherein auf einer Stufe weitaus größerer Brutalität der Verfolgung und radikalerer Ausgrenzung als in Deutschland. Jene Methoden der Verfolgung der Juden in Wien und ihrer Vertreibung aus dem Wirtschaftsleben wurden nun mit dem Pogrom und den ihm folgenden Maßnahmen auf das sogenannte Altreich übertragen. Die Rolle eines

okkupierten Landes als Exerzierfeld der Verfolgung, deren Schritte und Lösungen, deren Erfahrungen und Wirkungen ausgewertet und dann rückübertragen werden, finden wir ab 1939 dann nicht nur in Polen, sondern sie gilt bis zum heutigen Tag. Hoyerswerda und Rostock fungieren unter diesem Gesichtspunkt durchaus als Polygon.

Nach dem Stellenwert des Pogroms zu fragen, heißt jedoch nicht nur nach den Voraussetzungen und der Spezifik jenes Vorgangs, sondern ebenfalls nach den folgenden Etappen zu fragen. Hier sind m.E. gegenüber einer immer wieder anzutreffenden Kurzschlüssigkeit hinsichtlich des Weges nach Auschwitz Differenzierungen erforderlich und Zäsuren zu setzen. Entscheidend ist, daß jede weitere Etappe der Verfolgung der jüdischen Menschen ganz direkt in den Zusammenhang des zweiten Weltkrieges eingebettet ist.

Seit dem 1. September 1939 verging kein Tag, an dem nicht SS-, Polizei- oder Wehrmachtangehörige oder Mitglieder des "volksdeutschen" Selbstschutzes polnische Juden erschossen, erschlugen, füsilierten oder lebendigen Leibes verbrannten - von so "gewöhnlichen" Erscheinungen wie Drangsalierungen und Ausplünderungen zu schweigen. Besonders in den kleineren Ortschaften der westpolnischen Gebiete fiel die jüdische Einwohnerschaft Massakern oft vollzählig zum Opfer. Vom 13. bis zum 15. September 1939, also um die Tage des jüdischen Neujahrsfestes, wurden polnische Juden in mehreren polnischen Mittel- und Kleinstädten zu Hunderten in Synagogen zusammengetrieben und darin verbrannt.

Die faschistische Judenverfolgung begann so im okkupierten Polen mit größerer Brutalität und Rücksichtslosigkeit als in Deutschland und in den ohne Krieg besetzten Ländern: Massaker, Deportationen und Gefangensetzung in Ghettos bestimmten sie. Und wieder verzeichnen wir wie schon 1938 die Erscheinung, daß das besetzte Land als Exerzierfeld dient, auf dem die einzelnen Stufen der Ausgrenzung und Vernichtung erprobt, die Erfahrungen ausgewertet und dann auf Deutschland übertragen werden, sei es Enteignung, Sternzwang oder Ghettoisierung. (2)

Auch die nächste und letzte Etappe auf dem Weg nach Auschwitz hängt unmittelbar mit dem Krieg zusammen, dieses Mal mit den Zielen und dem Charakter des Vernichtungskrieges gegen die UdSSR. Den Beginn beleuchtet als Fanal wiederum der Brand eines Gotteshauses: Am 27. Juni 1941 verbrennen die faschistischen deutschen Aggressoren in der Synagoge von Bialystok über 700 polnische Juden. Dies ist der Auftakt zu jener grausigen "Endlösung", die die Einsatzgruppen des SD und der Sipo mittels Handfeuerwaffen an den jüdischen Menschen in den westlichen Teilen der überfallenen Sowjetunion vollziehen. Aufbau und Betrieb der Massenvernichtungsstätten bilden dann etwas später den zweiten Strang jenes Völkermordes.

2. Zu einigen Funktionen des Pogroms vom 9./10. November 1938

Die Reichspogromnacht hatte unterschiedliche Wirkungen, kurzfristige wie langfristige, beabsichtige und unbeabsichtigte. Für die Politik der Hitlerregierung erfüllte der Pogrom verschiedene Funktionen. Ich will einige an dieser Stelle benennen.

Die Anstachelung der SA-Schinder, einen pogromistischen Antisemitismus als eigenen Machtrausch zu praktizieren, wurde unmittelbar nach dem Pogrom durch jenen Prozeß ersetzt, den Hilberg die "bürokratische Professionalisierung" nennt: die Delegierung der "Judenpolitik" an Experten unterschiedlicher Fachgebiete in staatlichen Institutionen. Aber gerade für die Unterstützung oder Tolerierung der nunmehr voll einsetzenden, bürokratisch regulierten Ausgrenzung der Juden durch die deutsche Bevölkerung erfüllte der Pogrom unverzichtbare Funktionen.

Der Prozeß der Herausdrängung der deutschen Juden aus dem Wirtschaftsleben wurde von Göring geleitet. Er begann mit einer Konferenz am 12. November, auf der der jüdischen Bevölkerung eine "Buße" von einer Milliarde RM auferlegt wurde. Diese Milliarde diente tatsächlich dazu, akute Finanznöte des Staates, die sich aus dem abenteuerlichen Kriegskurs ergaben, für einen Moment abzumildern. Eine Flut von Verordnungen folgte. Die Menschen, welche am 10. November ihre Läden zerstört vorfanden, mußten schnellstens das "Straßenbild" wieder herrichten, doch sie durften ihre Geschäfte nicht wieder eröffnen, ihre Betriebe nicht weiterführen. Die Versicherungssumme für die Schäden mußten die Versicherungen auszahlen, aber der Staat beschlagnahmte sie.

Die nun in großem Umfang einsetzende "Arisierung" erfolgte bürokratisch, nicht durch die nächtens "zivil" mobilisierte SA. Aber sie schloß quasi nebenbei zahlreiche persönliche Erpressungen, Übereignungen etc. ein. Die Bereicherung eines Teiles des deutschen Volkes am Eigentum der Juden bildete auch eine ideologische und praktische Basis, sich mit dem mörderischen Rassenantisemitismus der Nazis zu arrangieren. In Wien war aus den staatlichen Gewinnen der "Arisierung" ein kleiner Teil dazu verwendet worden, "bewährten nationalsozialistischen Kaufwerbern" für das Eigentum der Juden Darlehen zu gewähren, die als "Wiedergutmachung" für in der "jüdisch-sozialistischen Zeit Wiens" angeblich erlittene Unbill für "NS-Kämpfer" galt. Die "Arisierung" fand übrigens ab 1939 in den okkupierten Ländern und Gebieten ihre Fortsetzung und bildete eine gewisse Basis der Kollaboration. Wenn auch der NS-Rassismus abstrus war, in der Verknüpfung von "Entjudung der Wirtschaft" und Expansionsprogramm zur Vorherrschaft in einem "neugeordneten" Europa wurde er wirtschaftlich praktikabel.

Die Herausdrängung der deutschen Juden aus dem Wirtschaftsleben erfolgte damals noch innerhalb einer Strategie, die insgesamt auf eine Massenvertreibung abzielte, wenn sie auch den Mord einschloß. Aus diesem Grunde wurden die 20.-30.000 jüdischen Männer, die nun von der SS unter Führung der Gestapo in die Konzentrationslager eingewiesen wurden, dort auf die bekannte Weise empfangen: Von der ersten Minute an wurden sie ganz bewußt gedemütigt und gequält, um sie zu zwingen, eine Verpflichtung zu unterschreiben, Deutschland zu verlassen. Es ist allerdings auch bekannt, daß die Aufnahmebereitschaft anderer Ländern äußerst gering war und der Naziterror keine Öffnung bewirkte, sondern häufiger das Gegenteil.

Der Pogrom erfüllte aber nicht nur gegenüber den Opfern und auch der Bevölkerung die Funktion der Einschüchterung, sondern für die Täter wie für die Bevölkerung die der Gewöhnung und der Einübung terroristischer Gewalt. Zugleich bildete er hinsichtlich der Gewöhnung an die schrittweise Entrechtung und Verfolgung einer Bevölkerungsgruppe, deren übergroße Mehrheit keine Widerstandskämpfer waren und die sich daher nicht als politische Gegner bedroht fühlten, einen Testfall. Es liegt nahe, an einen anderen zu denken: Die Morde an den deutschen Psychiatriepatienten vermittelten den Nazis die Erfahrung, daß die Ermordung zehntausender wehrloser Menschen mit dem vorhandenen Apparat des Staates und der Medizin vollzogen werden konnte und daß die deutsche Bevölkerung dies ohne größere Entrüstung hinnahm. Ebenso zeigte der Pogrom ihnen, wie auf die Ausgrenzung und Verfolgung einer als minderwertig eingestuften Menschengruppe reagiert wurde. Die Duldung implizierte die Gewöhnung, und diese wiederum bildete die Voraussetzung für die kalkulierte Eskalation.

3. Aspekte der Reaktionen auf den Pogrom

Jene, die in dieser Nacht gewütet, zerstört, gemordet, geschunden, gefoltert haben, waren meist SA-Männer in Zivil. Man hat sie bewußt "in Zivil" gesteckt, die Lüge vom spontanen Volkszorn stand schon bei der Absicht Pate. Schon damals schrieben ausländische Journalisten, das Volk pflege nachts zu schlafen und der Mobilisierungsbefehl kam nach Mitternacht. Auch wenn die SA-Schläger an die Orte ihres Einsatzes beordert wurden, blieb es doch nicht aus, daß jene Schinder und Brandstifter teilweise die Nachbarn, Bekannte oder Kunden waren, mit denen die Opfer Jahre oder Jahrzehnte gelebt hatten. Eine ähnliche Reaktion gab es 1939. Nach dem faschistischen Überfall auf Polen verübten Teile der dortigen deutschen Bevölkerung als Mitglieder des "Selbstschutzes" derart bestialische Verbrechen, daß sich die polnischen Mitbewohner fragten: Ja was ist denn in diese Menschen gefahren, wir leben seit 20, 30 Jahren mit ihnen im selben Dorf, in derselben Stadt, wir produzieren miteinander und treiben Handel und auf einmal werden diese Nachbarn zu Bestien.

Was jene Gruppe von Tätern angeht, die öffentlich Brandstiftungen, Einbrüche, Plünderungen, Quälereien und Morde begingen, so möchte ich zwei Momente hervorheben. Jene SA-Männer, die vor 1933 und vor allem vor ihrer Ausschaltung als politische Kraft nach dem 30. Juni 1934, in ihren SA-Lokalen viele Menschen, in erster Linie politische Gegner wie Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten und Demokraten gefoltert und ermordet hatten, waren so seit Jahren daran gewöhnt, willkürlich Menschen zu terrorisieren und dies als "kämpferischen Einsatz" auszuleben. Mord und Totschlag und eine Reihe anderer Verbrechen wurden heroisiert. Auch die jüdischen Menschen bekamen die Bestialität dieser SA-Schläger zu spüren, selbst wenn sie an keinerlei politischen Kämpfen beteiligt waren. Öffentliche Belästigungen, Beleidigungen, Angriffe und Überfälle gab es vor 1933 ebenso wie Friedhofs- und Synagogenschändungen. Seit der Machtübertragung an die Nazis wurde deren Antisemitismus Staatsdoktrin und gesetzliche Norm. In den Terrorformationen der NSDAP wurde dieser Rassenantisemitismus in besonders aggressiver, morddrohender Weise propagiert und praktiziert, sie waren Verbände eines aufgeputschten mörderischen Judenhasses. Offiziell mobilisiert und

angestachelt, wurden jene im Lied vorweggenommenen Äußerungsformen entfesselt: "Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut."

Die Reichspogromnacht bietet ein Musterbeispiel dafür, wie faschistische, in diesem Fall nationalsozialistische Ideologie beschaffen ist und funktioniert. Ein offiziell entfesselter Gewaltexzeß, bei dem die Täter unter Befehl handeln und zugleich ihrer individuellen Wut oder Rachsucht freien Lauf lassen können, bei dem sie von vornherein wissen, daß sie straflos bleiben und sie sich selbst für furchtbarste Taten individuell nicht verantwortlich fühlen, bei dem ihre ebenso gestaute wie gelenkte, sich als Gewaltrausch gegenüber Wehrlosen austobende Wut sie das wirkliche Opfer gar nicht als solches sehen läßt. Vielmehr erscheint ihnen die eigene Gewalttat selbst als durch die Wahrnehmung der Opfer ausgelöst: Die Opfer sind selber schuld, ihre Minderwertigkeit provoziere schließlich jene kämpferische "arteigene" Betätigung, in der sich zugleich die eigene Überlegenheit ebenso beweist wie die Minderwertigkeit der Opfer. (3)

Die offizielle nächtliche Mobilisierung der SA hat ebenso wie die gleichzeitige verschämte Leugnung des angeordneten Pogroms in Gestalt der Legende vom "entfesselten Volkszorn" bei der Strafverfolgung dieser Tätergruppe ihr Nachspiel gehabt. Selbst innerhalb der faschistisch pervertierten Justiz waren Mord und Körperverletzung, Raub, Diebstahl und Plünderung nach dem Strafgesetzbuch ebenso Verbrechen wie Erpressung oder Nötigung.

Doch die auch juristische Verfolgung jener Verbrechen diente niemals zum Schutze der Opfer, sondern allein zur Aufrechterhaltung der Disziplin der Gefolgschaft. 26 Anklagen wegen Mordes ließ das Reichsjustizministerium einstellen. Und der oberste NSDAP-Parteirichter Buch begründete seinen Verzicht auf eine Anklage mit der Tatsache, daß der Pogrom ein organisierter Vorfall war. Neben Mord und Totschlag beschäftigte diese Parteijustiz vor allem der Umstand, daß so viele der Pogromisten für die eigene Tasche geraubt und geplündert hatten. Dies betraf keineswegs allein Plünderungen in der Anonymität der Großstadt, sondern in überschaubaren Ortschaften und am hellen Tage. Das so hehr gezeichnete Propagandabild des edlen "Zornes ohne Eigennutz" wurde aber durch keinerlei Strafen aufpoliert. Das einzig wirklich von der NSDAP-Parteijustiz bestrafte Vergehen war die "Rassenschande", wenn also ein SA-Mann die terrorisierten jüdischen Frauen auch noch vergewaltigt hatte.

Es ist jedoch kein einziger Fall bekannt, daß ein SA-Mann sich geweigert hätte, die Brechstange oder die Axt zu nehmen oder die Juden zu mißhandeln. Eine derartige Anklage hat es vor dem NSDAP-Parteigericht nicht gegeben.

Aber diese Täter waren eine Minderheit des deutschen Volkes. Das Erschreckende sind Schweigen, Gleichgültigkeit und Untätigkeit der Mehrheit. So wie auch heute waren das keine Verbrechen im Verborgenen. Die große Gefahr sehe ich in der Gewöhnung an die Alltäglichkeit der Verbrechen als Terrorakte: Man erfährt sie täglich aus der Zeitung als etwas "Normales" - im Sinne der statistischen Norm. Zum Zeitpunkt des Pogroms hatten diese Menschen fünfeinhalb Jahre faschistische Diktatur in Deutschland hinter sich. Und in diesen Jahren haben sie gelernt, daß es vielleicht besser für sie ist, bei bestimmten öffentlichen Erscheinungen nicht so genau hinzusehen, bei bestimmten, kritischen oder peinlichen Fragen nicht zu genau wissen zu wollen, um was es geht.

Die Berichte des SD meldeten nach dem Pogrom, daß die Mehrheit des Volkes die Ausgrenzungen der Juden billige, aber die Art des Vorgehens und die Zerstörungen weithin ablehne. Tatsache ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Pogrom ablehnte. Die neuere Feldforschung - z.B. über Wien - erbrachte jedoch, daß Akzeptanz und Teilnahme größer waren, als vor diesen Untersuchungen angenommen worden war. Quellen verzeichnen, daß ein Teil des sog. Mobs sich einschaltete, mitgeplündert, mitgeschlagen, auch angefeuert hat. Aber keine Quelle vermeldet, daß es tausende anfeuernder und beifallklatschender Gaffer aus der umwohnenden Bevölkerung gegeben hat.

Nun steckten allerdings hinter der Ablehnung des Pogroms durch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung von 1938 verschiedene Motive. In ihr bündelten sich unterschiedliche Haltungen. (4) Die Ablehnung der Methoden der Verfolgung ist von Ausnahmen abgesehen, durch unterlassene Hilfeleistung für die Opfer gekennzeichnet. Die Ablehnung der Zerstörungen verband sich durchaus mit der Bejahung der Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppe. Ekel und auch Zorn paarten sich mit Furcht. Sicher hat das Erlebnis des Pogroms für manche Menschen den entscheidenden Umschlag in eine prinzipielle Gegnerschaft zu den Nazis bewirkt.

Doch für die Masse der Bevölkerung bedeutete die Ablehnung des Pogroms nicht zugleich eine Ablehnung des Faschismus. Die Verbrechen wurden ausschließlich der SA, nicht aber den Anstiftern und Nutznießern zur Last gelegt.

4. Schlußbemerkungen

Im Programm steht als Motto über unserem Forum: "Gegen das Vergessen!" Veranstaltungen wie dieses Symposium setzen ein Zeichen dafür, welchen historischen Ereignissen jetzt und in Zukunft wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Ich finde es gut und wichtig, daß dies hier in Nürnberg geschieht. Doch es sei mir gestattet zu sagen, daß es neben dem Vergessen andere Arten des Umganges mit Geschichte gibt, die ich für gefährlicher halte, z.B. apologetisches Erinnern, Verdrängen, Leugnen oder Umbewerten von Geschichte.

Geschichtswissenschaftliche Literatur, die auf der Basis der verfügbaren Quellen ein Bild der Wirklichkeit zeichnet, das der historischen Wahrheit die Ehre gibt, macht sowieso nur einen Bruchteil jener Flut von Memoiren, Berichten, Chroniken, Darstellungen etc. aus, die z.B. die Erinnerung an die Waffentaten der Panzertruppe oder Waffen-SS, der Fallschirmtruppe oder der Leibstandarte feiern. Nicht nur das Vergessen, auch die freudig bejahte Erinnerung blüht, und sie verteilen sich nicht immer auf verschiedene Ereignisse. Ich rede dabei nicht von Landserheften oder Nazizeitungen. Es reicht, z.B. einen Blick in den Katalog der Deutschen Verlagsgesellschaft zu werfen.

Das Pendant dieser Art Erinnerung ist die Verdrängung. Sie wirkt durchaus selektiv und ist historisch variabel. Nach 1945 verdrängte Momente wie Führermythos oder Volkstumsideologie wurden in der Zwischenzeit erneut aktiviert. Die weiterwirkende Grundlage des deutschen Faschismus und ihre gegenwärtigen Reproduktionsformen aber bleiben verdrängt. Auch in der historischen Forschung über den deutschen Faschismus verzeichnen wir eine hochgradige Spezialisierung, ja ein detailistisches Abspalten zahlreicher Aspekte, während übergreifende Zusammenhänge der faschistischen Diktatur oft ausgeblendet sind. Das war in Nürnberg 1945-1948 noch anders.

Historische Um- oder Neubewertung als Eskamotierung der Wahrheit begegnet uns in vielen Varianten. Eine ist die sogenannte revisionistische Geschichtsschreibung, deren Spektrum von der glatten Leugnung des Völkermordes bis zu vorsichtigeren Revisionen der historischen Wahrheit reicht, und die zur Zeit in allen europäischen Ländern erstarkt. Eine andere ist die sogenannte Aufrechnung. Dabei sollen jene Verbrechen, die deutsche Faschisten und ihre Helfer an den Völkern Europas begangen haben, gegen jene Folgerungen aufgerechnet werden, die die betroffenen Völker daraus zogen, indem z.B. Polen oder die CSR die deutsche Bevölkerungsgruppe aussiedelten. Zu Recht protestieren auch die Überlebenden der faschistischen Konzentrationslager gegen eine Gleichsetzung mit den Insassen jener Internierungslager, die z.B. die sowjetische Besatzungsmacht 1945 am gleichen Ort fortführte. Diese Insassen waren trotz mancher Mißgriffe in der Mehrheit Naziverbrecher. Ihre gleichberechtigte Würdigung als Opfer aber ist Moment jener verordneten Umbewertung, die als konzeptionelle Neugestaltung von Gedenkstätten wie Buchenwald oder Sachsenhausen von offiziell bestallten Kommissionen vollzogen wurde. Diese Kommissionen waren wohldotiert, und es besteht wohl kein Zweifel, daß diese Gelder nicht in die Taschen arbeitsloser DDR-Historiker flossen.

Eine andere Variante vollzieht sich ebenfalls vor unseren Augen. Im Zuge der nachträglichen Anwendung bundesdeutschen Strafrechtes auf die Bürger der DDR als Methode der "Vergangenheitsbewältigung" fungiert die normative These von der DDR als "Unrechtsstaat" als Vehikel solcher Umwertung: Angesichts des "Unrechts" der DDR verblaßt die faschistische Diktatur zur "Normalität". Was sind bei dieser Art Vergangenheitsbewältigung schon 50 Millionen Tote und ein verheerter Kontinent gegen das Verbrechen der Enteignung deutscher Großkonzerne? Ohne Anstrengung wird der sogenannte Historikerstreit nun nachträglich von jenen gewonnen, die für eine Umwertung jener Verbrechen des deutschen Imperialismus am eigenen Volk und an den Völkern Europas eintraten.

Die massierte Kampagne in Politik und Medien, nach der staatlichen Existenz der DDR nun auch ihre Geschichte im nachhinein auszulöschen, bedient sich neben Gesetzen, Verordnungen, Denkmalssturm und Straßenumbenennungen der massiven Verdrängung, Verleugnung und Verfälschung von Geschichte. Zum Spektrum ihrer Mittel zählt auch die These vom verordneten Antifaschismus. Sie erfüllt für die offizielle Politik

des Anti-Antifaschismus eine ähnliche Funktion wie die vom "SED-Unrechtsstaat" DDR. Es ist bedauerlich, wenn sich Antifaschisten durch deren Kolportage teilweise selbst entwaffnen.

Ich möchte zu dieser These nur drei Bemerkungen machen:

1. Es ist völlig klar, daß die Millionen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen und die noch mehr Millionen ihrer Anhänger am 8. Mai 1945 nicht im Erdboden verschwunden und auch nicht alle gefallen sind. Im Unterschied zur BRD wurde die offizielle Entnazifizierung in der Ostzone nicht zur reinwaschenden Farce, denn sie richtete sich nicht darauf, Millionen kleiner Nazis dort durchzuschleusen, die verurteilten Verbrecher aber zu amnestieren und die entkommenen zu übergehen. Wenn daher die meisten Naziverbrecher schnellstens aus der Ostzone flohen, so blieben auch hier genug Faschisten sitzen. Ich will nur an einen Mann erinnern, der sich unter seinem echten Namen im Dorfe Spreenhagen 1945 als Landarzt niedergelassen hatte und dort angesehen, ja beliebt war. Als dieser Dr. Fischer nach 20 Jahren erkannt und vor Gericht gestellt wurde, weil er an der Rampe in Auschwitz selektiert hatte, konnten viele seiner Patienten das nicht fassen.

2. Es ist bekannt, daß 1945 die Zahl der Antifaschisten gegenüber der Masse der Faschisten gering war, sie waren aber in allen Besatzungszonen eine Minderheit. Und deshalb mußten sie auch zu Verordnungen gegen die Tätigkeit von Faschisten greifen. Nun macht sich wahrscheinlich niemand Illusionen darüber, daß allein durch Verfassungsdekret oder Verordnungen Faschismus und Militarismus auszurotten wären. Doch ebenso falsch wäre, solche rechtlichen Instrumente aus dem Grunde ihrer Beschränktheit nicht nutzen zu wollen. Und hier liegt die entscheidende Differenz: Faschistische Organisationen, Tätigkeit, Propaganda, Symbole etc. waren nicht nur in der DDR verboten, sondern sind es auch in der BRD. Die DDR hat nur ihre diesbezüglichen Normen durchsetzen können, weil es neben dem verordneten auch einen gelebten Antifaschismus und Antifaschisten an der Macht gab. Ich würde mir nur wünschen, auch diese BRD hätte ihre Verfassungsnormen gegen den Faschismus ein wenig mehr durchgesetzt. Doch statt der Durchsetzung der wenigen Verfassungsnormen beginnt die Geschichte der BRD mit dem 131er-Gesetz, das Hitlers Beamte zu Bonner Beamten machte. Von Bundespräsidenten über Kanzler und Minister, über Beamte aller Stufen, Richter, Generäle, Polizisten und Geheimdienste bis zum Bürgermeister wurden die Nazis wieder gebraucht und eingesetzt. Viele krönten gar ihre Karriere erst nach 1945. Oder sie wurden mit Pensionen ausgestattet, die verfolgten Antifaschisten verweigert blieben.

Herr Hamburger (der als Zeitzeuge bei dem Symposium sprach - Anm.d.Red.) irrt sehr, wenn er meint, in der DDR-Spitze habe es ebenso viele Topnazis wie in der BRD gegeben. Ungeachtet mancher ritualisierter Erstarrung des Antifaschismus, ungeachtet seiner durchaus ambivalenten Wirkungen und auch von Fällen seiner opportunistischen Indienstnahme: Die DDR war wirklich der antifaschistische Staat in Deutschland und die "Vergangenheitsbewältigung" soll genau dies verschwinden machen.

Erst die Restauration der Machtgrundlagen des Kapitalismus führt dazu, die in dieser Bundesrepublik in 40 Jahren immer wieder vorkommenden neonazistischen Attentate, Schändungen jüdischer Friedhöfe nunmehr auch hier zu organisieren. Und die Organisatoren, nicht die anfeuernden Gaffer, kamen nicht aus Hoyerswerda oder Lichtenhagen.

3. Zweifellos hatte das antifaschistische Selbstverständnis als Staatsdoktrin der DDR durchaus ambivalente Wirkungen, darunter die, daß die Konzentration auf die Verfolgung der Hauptverantwortlichen für beteiligte Massen durchaus entlastend wirkte, daß die Beteiligung am Aufbau einer alternativen Gesellschaft die Fragestellung in den Hintergrund rückte, daß sie für viele Menschen als erledigt galt, und auch die, daß viele Menschen sich damit identifizieren konnten, ohne sich tiefer mit eigener Vergangenheit auseinandersetzen zu müssen. Eine Wiederholung faschistischer Bewegungen, Demagogie und Verbrechen schien ausgeschlossen, so daß die Situation, sich selber jemals zu Faschisten verhalten zu müssen, ganz außerhalb ihrer Vorstellungen blieb.

Wenn Brecht davon sprach, der Schoß sei fruchtbar noch, aus dem das kroch, so meinte er die sozialökonomische Grundlage, auf der Faschismus gedeiht, auf der er bestimmte Interessen und Kräfte bedient und einen Stellenwert erhält, der ihn manchen Kräften zum Bedürfnis werden läßt. Diese Grundlage ist mit dem Restaurationsprozeß in den Westzonen reproduziert worden, sie wird gegenwärtig in den aus der DDR hervorgegangenen Ländern erneut geschaffen.

Faschistische Ideologie ist zynische Ideologie. Aber wer heute als junger Faschist oder als johlender Gaffer bei Mordanschlägen auf Ausländer faschistische Losungen übernimmt, muß ein ganz anderes Ausmaß an historischem Zynismus geltend machen. Er kann das Wissen über die historischen Verbrechen des Faschismus nicht ignorieren. Es handelt sich also hier um eine Identifizierung mit politischen Zielen und politischen Handlungsmustern, die selbst bei partieller Verdrängung in einem sehr höheren Maße menschenverachtend sind. Einige der johlenden Zuschauer von Lichtenhagen waren entsetzt, als nach mehreren Nächten auf einmal ihre Autos umgekippt und in Brand gesteckt wurden. Das hatten sie nicht gewollt.

Wenn wir der Opfer jener Pogromnacht 1938 gedenken, wenn wir auch jener Menschen gedenken, die diesen Opfern Hilfe leisteten, wenn wir den heutigen Gefahren der massiven Gleichgültigkeit und der Gewöhnung an solche Verbrechen begegnen wollen, dann sei vielleicht mitbedacht: Dem Pogrom ging die Verfolgung der Juden im angeschlossenen Österreich voraus. Hoyerswerda und Lichtenhagen sind in dieser Hinsicht ein Exerzierfeld für das ganze Deutschland. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen einer deutschen Hegemonialpolitik und der pogromistischen Ausgrenzung von Minderheiten wirkte 1938 ebenso wie 1992.

Anmerkungen

1) Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.

2) Vgl. Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945, Berlin 1989.

3) Vgl. Werner Röhr (Hg.), Faschismus und Rassismus. Kontroversen über Ideologie und Opfer, Berlin 1992

4) Vgl. Kurt Pätzold/Irene Runge, Pogromnacht 1938, Berlin 1988

# 36. Internationales Symposium zur Reichpogromnacht und den aktuellen Pogromen in der BRD

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:35

Am 7. und 8. November fand in Nürnberg ein "Internationales Symposium zur Reichspogromnacht und zu den aktuellen Pogromen" statt. Der Träger des Symposiums, das als Reaktion auf das Rostocker Pogrom von wenigen Leuten in kurzer Zeit aus dem Boden gestampft worden war, war das "Aktionsbündnis gegen Rassismus", ein linker Bündniskreis von Autonomen, Freier Flüchtlingsstadt und ImmigrantInnengruppen.

Ziel der Veranstaltung war, die internationale Aufmerksamkeit auf die rassistische Entwicklung in der BRD zu lenken. Mit Historikern, Opfern des Faschismus in Deutschland und Europa und antirassistischen Initiativen aus aller Welt solle diskutiert werden, um, wie es im Aufruf heißt, "zu einer realistischen Einschätzung der aktuellen Situation in der BRD beizutragen" und "zu effektivem Widerstand gegen Rassismus und Neofaschismus an(zu)regen".

Zu den beiden Tagen des Symposiums waren jeweils 300-400 BesucherInnen, zum größeren Teil aus dem autonomen Spektrum und größtenteils von auswärts, gekommen. Den OrganisatorInnen der Veranstaltung ist es nicht gelungen, auch andere politische Spektren in die Diskussion einzubeziehen.

Im Forum I (Gegen das Vergessen) sollten Zeitzeugen und Historiker auf die Hintergründe, den Verlauf und die Auswirkungen des Novemberpogroms eingehen und dem allgemeinen Trend zum Geschichtsrevisionismus entgegenwirken. Auf dem Podium saßen Peter Gingold (Widerstandskämpfer der Résistance, Sprecher der Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer), Andre Klarsfeld, Arno Hamburger (Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg, SPD-Stadtrat), Eva Rößner (VVN/DFU Nürnberg und als "Mischling ersten Grades" von den "Nürnberger Rassegesetzen" betroffen) und der Berliner Historiker Werner Röhr. Die beiden Nürnberger Redner schilderten die Ereignisse der Reichspogromnacht in Nürnberg, Peter Gingold und Andre Klarsfeld gingen auf die aktuelle Situation in der BRD ein.

Im Forum II (Faschismus und Rassismus heute) saßen neben VertreterInnen eher autonomer Strömungen (Antifa Rostock, Flüchtlingsbewegung Berlin, Autonome Antirassismusgruppe Mannheim) Flüchtlinge aus Hoyerswerda, Thomas Ebermann (ehemaliger Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion), Uri Avnery (israelischer politischer Publizist, Vorsitzender des Israelischen Rats für Israelisch-Palästinensischen Frieden) und Sesedin Jonuz (Rom e.V., Köln).

Wegen kurzfristiger Absagen war das Forum III zu "Rassismus und Sexismus" eher schwach besetzt.

Die Fragen "nach den wichtigsten Ansatzpunkten eines antirassistischen Widerstands, dem Verhältnis von praktischen Aktionen und politischen Kampagnen" und der Gestalt der "Zusammenarbeit zwischen ImmigrantInnen und bundesdeutschen Gruppen" sollten laut Aufruf beim Forum V (Was tun?) erörtert werden. Dieser Anspruch war jedoch nicht einzulösen. Die internationalen Beiträge (aus Großbritannien, USA, Frankreich, Türkei) waren allgemein gehalten und eher Länderberichte. Die beiden VertreterInnen der Hamburger Antifa-Aktion boten "direkte militante Aktionen" als Perspektive an und verlasen Bekennerschreiben von solchen Aktionen aus den Jahren 1984/85. Zwischen den einzelnen Beiträgen bestand kaum ein Bezug, und aufgrund der Anzahl und der Länge der Referate gab es nur wenig Raum für die Diskussion.

Die einseitige Ausrichtung des Symposiums wurde auch an der geringen Berücksichtigung der anstehenden Änderung des Grundrechts auf Asyl (Art. 16,2) deutlich. Allein Arno Hamburger wandte sich deutlich gegen eine Änderung dieses Grundrechts. In der zweiseitigen Abschlußresolution heißt es zum Asylrecht nur: "Verhindern wir gesetzliche Verschärfungen wie die geplante Sozialhilfekürzung für Flüchtlinge oder die Abschaffung des ohnehin völlig ausgehöhlten Grundrechts auf Asyl." Die Signalwirkung, die von einer Grundgesetzänderung ausgehen würde, die Folgen für das gesellschaftliche Klima gegenüber Flüchtlingen und ImmigrantInnen, die Demonstration anläßlich des SPD-Sonderparteitags in Bonn, linke Bündnisarbeit zur Wahrung des Art. 16,2 - all das fand in der Resolution keine Erwähnung.

Der von den VeranstalterInnen erhobene Anspruch - "zu einer realistischen Einschätzung der aktuellen Situation in der BRD bei(zu)tragen" und "zu effektivem Widerstand (...) an(zu)regen" - konnte von dem Symposium nur sehr eingeschränkt erfüllt werden. Dies lag sicher auch an dem sehr engen politischen Spektrum, aus dem die VorbereiterInnen stammten; es wurden jedoch auch keine ernsthaften Bemühungen unternommen, das Bündnis zu erweitern. So wurde z.B. die "Initiative gegen Fremdenhaß und Rassismus" (ein seit ca. einem Jahr arbeitendes Bündnis von DGB, Ausländerbeirat, Grünen, PDS, Antifa-Initiativen aus dem Großraum Nürnberg, KB Nürnberg, Autonomen u.a.) weder als Mitveranstalter noch zur Unterstützung eingeladen. Es bestand wohl die Befürchtung, dann auch inhaltlich dem verbreiterten Spektrum Zugeständnisse machen zu müssen. Der Versuch, durch international anerkannte ExpertInnen diese Einseitigkeit auszugleichen, scheiterte.

Es gab gute historische Beiträge, aber zu aktuellen Problemen war außer autonomer Kraftmeierei nichts zu hören. Positiv zu vermerken ist die hohe TeilnehmerInnenzahl. Aber leider entstammten die meisten der TeilnehmerInnen einem engen politischen Spektrum, was wiederum Ergebnis als Ergebnis des geringen Bemühens um ein breiteres Bündnis für die Durchführung und Gestaltung des Symposiums zu werten ist.

Chr., Nürnberg

# 37. Das Ende der "Ein-Mann-Show"? Gregor Gysi tritt vom Vorsitz der PDS zurück (Brief Gysis an den Bundesvorstand der PDS)

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:07

Fortan wird die PDS auf ihren ersten und Ersten Vorsitzenden verzichten müssen: Gregor Gysi gab bekannt, daß er auf dem Parteitag Ende Januar 1993 zurücktreten und nicht noch einmal kandidieren wird. Die Gründe für diesen Rücktritt dokumentieren wir mit seiner Erklärung. Dennoch sind einige Worte der Erklärung notwendig, denn einige Zusammenhänge werden auch in dieser Stellungnahme nur verklausuliert veröffentlicht.

Gregor Gysi führt in seiner Stellungnahme folgende Gründe für seinen Rücktritt an: Seine Stellung innerhalb der Partei, die sich so nicht länger halten lasse, seine Verantwortung im Fall André Brie und die divergierenden Gruppen innerhalb der Partei.

Unmittelbarer Anlaß für den Rücktritt ist der Fall André Brie. Er war bisher stellvertretender Vorsitzender und Landesvorsitzender in Berlin. Er wurde in beide Funktionen gewählt als in der PDS schon eine Beschlußlage herbeigeführt worden ist, daß ehemalige Mitarbeiter des MfS diese Tätigkeit bekannt machen müßten, wenn sie sich für ein Wahlamt innerhalb der PDS oder für sie bewerben. André Brie war inoffizieller Mitarbeiter des MfS und hat dies vor den jeweiligen Kandidaturen nicht bekannt gemacht, wovon Gregor Gysi wußte.

Dies ist für die PDS der bisher schwerste Fall bei der Beurteilung von MfS-Tätigkeit gewesen. Denn André Brie war seit 1990 stellvertretender Vorsitzender der PDS, galt und gilt als einer der Köpfe der "Erneuerung" nach der Wende und ist eine der wichtigsten Personen in der Führung der PDS gewesen. Ihn zu kippen, hatte zunächst der Berliner Landesverband in der Hand, wo er nach dem Beschluß bezüglich der Mitarbeit beim MfS kandidiert hatte.

Der Beschluß, bei einer Kandidatur für eine Funktion innerhalb der PDS oder für sie eine vorhergehende Tätigkeit für das MfS offenzulegen, war von der von Gregor Gysi so beschriebenen Gruppe drei (die Gruppe, die sich an der Bürgerbewegung und der radikalen Linken orientiert) auf dem Parteitag im Juni 1991 herbeigeführt worden.

Dieser Beschluß war mit großer Mehrheit, die einzigen sichtbaren Kontrahenten waren die VertreterInnen der Kommunistischen Plattform(KPF), verabschiedet worden. Im nachhinein stellte sich heraus, daß fast alle führenden Parteifunktionäre sich der Abstimmung durch Abwesenheit entzogen hatten.

Schon auf den Parteitagen im Juni 1991 und im Januar 1992 war es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den von Gysi so gekennzeichneten Gruppen eins (hauptsächlich repräsentiert durch die KPF) und drei gekommen. Im wesentlichen setzte sich hierbei Gruppe drei durch, obwohl sie selbst innerhalb der Partei zahlenmäßig in der Minderheit ist. Gysi selbst hatte versucht eine vermittelnde Stellung einzunehmen, was ihm immer weniger gelang.

Neben dem Rücktritt André Bries ging dem Entschluß Gysis ein weiteres Ereignis voran, das ihn in der Entscheidung bestätigt haben wird. Sahra Wagenknecht, bis vor kurzem Sprecherin der Kommunistischen Plattform(KPF) und Mitglied des Bundesvorstandes, veröffentlichte in den "Weißenseer Blättern" unter dem Titel "Marxismus und Opportunismus" einen Artikel, in dem sie die Führungsriege der PDS des Opportunismus und Sozialdemokratismus bezichtigt sowie das Prinzip einer pluralistischen Partei in Frage stellt. Ihr warfen Gregor Gysi und André Brie vor, die stalinistischen Methoden der Auseinandersetzung wieder in die Partei einführen zu wollen. Sie wurde aufgrund dieses Artikels ihrer Aufgaben im Bundesvorstand enthoben.

Letztlich wird aber auch die etwas glücklose Angelegenheit der Komitees für Gerechtigkeit eine Rolle bei der Entscheidung gespielt haben. Nach anfänglichem Aufmerksamkeitserfolg konnten die Komitees bisher nicht zu einer politischen Kraft entwickelt werden, was auch mit einem weitgehenden Desinteresse in der PDS zusammenhängt.

Der Nachfolger scheint mit dem bisherigen Brandenburger Landesvorsitzenden Lothar Bisky schon festzustehen. Er ist Vertreter der "Brandenburger Toleranzlinie", Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Stolpe und für Gruppe drei damit eindeutig ein Fall für Gruppe zwo (Erneuerer mit sozialdemokratischer Praxis).

Wir dokumentieren im folgenden den Brief Gregor Gysis an den Bundesvorstand und den Parteirat der PDS.

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit beantrage ich beim Bundesvorstand und Bundesparteirat, die vorläufige Tagesordnung der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS Ende Januar 1993 um den Punkt "Neuwahl der bzw. des Vorsitzenden der PDS" zu erweitern.

Nach reiflicher Überlegung bin ich zu dem Entschluß gekommen, nicht mehr für diese Funktion zu kandidieren. Meine Entscheidung erfolgt aus verschiedenen Gründen.

1. Als ich vor drei Jahren zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde, war dies nicht die logische Folge einer Parteikarriere. Vielmehr kam ich praktisch von außen und übernahm meine bisher schwierigste Aufgabe. Ich wollte und will auf jeden Fall vermeiden, von Politik abhängig zu werden. Dazu ist es erforderlich, die politische Verantwortung zu begrenzen und auf mehrere Schultern zu verteilen.

2. Die letzten drei Jahre waren sicherlich Jahre, in denen ich höchst intensiv gelebt und soviel dazu gelernt habe, wie vorher in zehn Jahren nicht. Andererseits waren es Jahre, in denen mir die Zeit fehlte, neue Substanz zu schöpfen, Privatleben zu führen, Kunst und Kultur wenigstens zu erleben. Ich fürchte dadurch, allmählich an Persönlichkeit zu verlieren und damit so wie viele andere Politiker zu werden.

3. Seit drei Jahren führe ich um die differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der SED und die Interessen der ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR, um die Mitglieder der PDS, um bestimmte Politikansätze und eine sozialistische Programmatik einen völlig ungleichen Kampf gegen das politische Establishment und eine Vielzahl von Medien. Ich wurde und werde wie kaum eine andere politische Persönlichkeit in Deutschland verleumdet, negativ bewertet, ausgegrenzt oder negiert, nicht selten bekämpft. Natürlich gibt es Ausnahmen sachlicher und sogar freundlicher Auseinandersetzungen und Medienbegleitungen. Die üblichere, extrem negative, Begleitung konnte ich nur durch die Solidarität der Mitglieder der PDS, von Sympathisantinnen und Sympathisanten, meiner Familie, Freundinnen und Freunde ertragen, die mir viel Kraft gaben. Ich frage mich aber seit langem, ob es nur die Geschichte der PDS oder meine Politikansätze sind, die auf soviel Ablehnung stoßen, das müßte ich dann einfach aushalten. Oder ist es vielleicht meine Biographie, die nicht in diese deutsche Gesellschaft passen soll, wogegen sich Teile von ihr so massiv wehren? Ist es wirklich nur der Antikommunismus oder besser der Antisozialismus, der zu dieser Ablehnung führt oder eher verdeckter Antisemitismus und Intellektuellenfeindlichkeit? Wenn letzteres zuträfe, müßte ich eigentlich darauf bestehen, daß es die Gesellschaft aushält. Nur könnte dadurch der Eindruck entstehen, es gehe um mich und nicht um Politik. Deshalb bin ich nicht sicher, ob der diesbezügliche Kampf um mich der PDS wirklich noch nutzt oder nicht eher schadet.

4. Und damit komme ich zu einem weiteren Problem, nämlich meiner Stellung und Rolle in der PDS. Sie ist nicht ohne die Zeit Ende 1989, Anfang 1990 erklärbar. In dieser Zeit der Resignation und Hilflosigkeit vieler Mitglieder bildete sich zu mir und von mir zu ihnen nicht nur eine politische, sondern auch eine emotionale Bindung heraus. Es ergab sich eine Dominanz meiner Person in der PDS, die mir viele Aufgaben verlieh. Ich war nicht nur ihr Vorsitzender, sondern auch ihr Anwalt, ihr Verteidiger, ihr Sprecher; fast der einzige, der in den Medien und im Ausland wahrgenommen wurde. Das Schlagwort der Medien lautet "Ein-Mann-Show". All dies kommt meinem Charakter durchaus entgegen. Sicherlich trug ich so auch zu einer gewissen Akzeptanz der Partei bei, aber immer wieder gab es Warnungen aus der Partei vor Personenkult (der allerdings ohne wirkliche Macht zumindest ungefährlich ist), Versuche (auch von mir), die Dominanz abzubauen. Meine Rolle hat der Partei in einer bestimmten historischen Phase sicherlich genutzt. Es war wichtig, daß sich einer wie ich bewußt vor sie stellte. Inzwischen ist die PDS aber stabiler, sie wirkt an der Basis und in vielen Parlamenten, sie hat politisches Profil gewonnen. Und jetzt kann meine Dominanz schädlich werden, nicht nur, indem sie die Profilierung anderer Persönlichkeiten in der PDS erschwert, sondern auch, indem sie die politische Stärke und Kraft der Partei verdeckt, denn die PDS ist in Wirklichkeit sehr viel mehr als meine Person. Meine bisherigen

Erfahrungen zeigen aber, daß ich diese Dominanz nur verlieren kann, wenn ich wenigstens teilweise beiseite trete.

Zudem gab und gibt es einen Widerspruch, der anders kaum lösbar ist, meine Dominanz gilt nämlich in erster Linie nach außen und viel weniger nach innen, das heißt, nach außen habe ich alles zu vertreten, kann aber nach innen zunehmend weniger erreichen, was selbstverständlich auch an mir liegt.

5. Mit meiner Rolle in der PDS hängen noch andere Probleme zusammen. Bekanntlich habe ich in bezug auf André Brie einen politischen Fehler begangen, den ich auch einräumte. André Brie hat einen Parteitagsbeschluß verletzt, und ich habe davon gewußt. Die Behauptung, die auch in der Tageszeitung "Neues Deutschland" in mindestens zwei Kommentaren aufgestellt wurde, daß ich André Brie zur Pflichtverletzung genötigt hätte, ist unrichtig. Aber wahr ist, daß ich viel zu wenig dafür getan habe, daß André Brie den Parteitagsbeschluß einhält. Und hierin liegt meine Mitverantwortung. Andererseits erkläre ich erneut, daß ich zu keinem Zeitpunkt bereit war und auch künftig nicht dazu bereit sein werde, ein mir gegenüber gewährtes Vertrauen zu verletzen. Und klar ist heute, daß André Brie weder als Landesvorsitzender in Berlin noch als stellvertretender Bundesvorsitzender erneut kandidieren wird. Das wäre auch nicht gut für die PDS und für ihn. Es ist aber meines Erachtens nicht zu vertreten, daß dann, wenn zwei Menschen zusammen einen politischen Fehler begehen, nur der eine wirkliche Konsequenzen daraus zu ziehen hat, während sich bei dem anderen die Konsequenzen auf Fragen des Arbeitsstils reduzieren. Und es ist mir in den gleichen Kommentaren in der Tageszeitung "Neues Deutschland" vorgeworfen worden, daß ich für André Brie und damit überhaupt ein miserabler Freund sei, denn ich würde ihn opfern, um mich selbst zu retten. Ein solcher Vorwurf verletzt mich sehr, und ich kann ihn eigentlich nur durch einen Rücktritt widerlegen. Alles andere wären unglaubwürdige Beteuerungen durch mich. Und wie gesagt, ich halte es auch für richtig, daß bei gemeinsam begangenen politischen Fehlern auch gemeinsam Konsequenzen zu ziehen sind. Ich hoffe sehr, daß André Brie auch künftig bereit sein wird, für die PDS aktiv tätig zu sein, und ich hoffe ebenso, daß die PDS diese Bereitschaft nutzen wird. Auch ich werde mich ja in Zukunft für die PDS engagieren, aber immerhin ziehe ich politische Konsequenzen, und die Arbeit wird sich verstärkt auf mehrere Schultern verteilen.

6. Die bisherigen Gründe für sich allein genommen und auch zusammen würden vielleicht meinen Schritt nicht ausreichend rechtfertigen. Ich muß deshalb zur Situation in der PDS insgesamt Stellung nehmen und in diesem Zusammenhang etwas über meine vergangene und auch künftig mögliche Rolle sagen. Meines Erachtens kann man mindestens vier verschiedene politische Ansätze in der PDS feststellen, obwohl es natürlich eine Vielzahl von Mitgliedern gibt, die durch die nachfolgenden Beschreibungen von mir nicht bzw. nicht ausreichend charakterisiert sind. Zwischen den Gruppen, die ich versuchen werde zu beschreiben, verschwimmen die Grenzen häufig. Die Beschreibungen können aber dazu dienen, ein inhaltliches Problem aufzuzeigen. Die verschiedenen politischen Ansätze will ich im Zusammenhang mit der Stellung zur Aufarbeitung der Geschichte, zum Programm und zur konkreten Politik zu charakterisieren versuchen.

Es gibt eine Gruppe von Genossinnen und Genossen in der PDS, die großen Wert darauf legen, durch ihre Mitgliedschaft und ihre politischen Aktivitäten eine Bestätigung ihres bisherigen Lebens, ihrer Biographien zu erfahren. Sie haben Schwierigkeiten mit einer wirklich kritischen, strukturellen und individuellen Aufarbeitung der Geschichte. Indem sie ihr Leben verteidigen, verteidigen sie gewollt oder ungewollt häufig zugleich eine Geschichte, die in diesem Umfang Verteidigung nicht verdient. Ihr programmatischer Ansatz ist meist ein nicht nur marxistischer, sondern auch ein marxistisch-leninistischer (einschließlich der höchst zweifelhaften Momente), weil auch dies zur Bestätigung ihrer Biographien erforderlich ist. Natürlich stecken auch Ansichten und Einsichten dahinter. In den konkreten Politikansätzen allerdings versuchen sie, sich nach Mehrheitsmeinungen zu richten. Hier suchen sie Akzeptanz bei Arbeiterinnen und Arbeitern, bei möglichst vielen Mitgliedern der PDS und der Bevölkerung überhaupt. Deshalb reichen die konkreten Politikansätze zumeist nicht über die der Sozialdemokratie hinaus. Als Beispiel erwähne ich die Asylfrage, in der sie versuchen, einer verbreiteten Stimmung in der Bevölkerung partiell zu entsprechen. Trotz ihrer konkreten Politikansätze wäre diese Gruppe allein isoliert, weil sie hinsichtlich der Positionen in der Aufarbeitung der Geschichte und in der Programmatik über ihr eigenes Spektrum hinaus kaum Anhängerinnen und Anhänger, Sympathisantinnen und Sympathisanten und damit Bündnispartnerinnen und Bündnispartner fände.

Die Mitglieder einer zweiten von mir festgestellten Gruppe lassen sich nach meiner Einschätzung in erster Linie davon leiten, daß sie in der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland Akzeptanz suchen. Sie versuchen, sich partiell entsprechend den Erwartungen dieser politischen Klasse zu verhalten. Das bedeutet,

daß sie in der Aufarbeitung der Geschichte in erster Linie ein individuelles Schuldbekenntnis sehen. Sie sind bereit, dieses Schuldbekenntnis abzulegen, und erwarten es auch von den übrigen Mitgliedern der PDS. Dabei legen sie einen beachtlichen moralischen Rigorismus an den Tag. Auch in ihren programmatischen Vorstellungen versuchen sie, eine breite Akzeptanz zu finden und gehen deshalb über sozialdemokratische Ansätze nicht hinaus. Das gilt entsprechend für die konkreten Politikansätze, die sich wenig von denen der ersten Gruppe unterscheiden. Würde diese Gruppe in der PDS dominieren, wäre tatsächlich eine Akzeptanz in der politischen Klasse partiell erreichbar, gerade auch im Verhältnis zur SPD. Das Problem bestünde allerdings darin, daß dann die Partei überflüssig werden würde, sie könnte keine eigene Rolle spielen und letztlich auch kein eigenes Profil entwickeln.

Den Mitgliedern einer dritten Gruppe in der PDS geht es auch um Akzeptanz, allerdings nicht in der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland, sondern bei anderen Linken, bei Autonomen und vor allem bei verschiedenen Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerbewegungen. Aus diesem Grunde, aber auch im Interesse der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen politischen Forderungen, ist für sie die Aufarbeitung der Geschichte eine besonders wichtige Anforderung an die PDS, wobei sie moralisch rigoros auftreten und unter Aufarbeitung in erster Linie die individuelle verstehen. Dabei nehmen sie nicht selten die Rolle von Richterinnen und Richtern ein, die ihnen auch von einem Teil der Mitgliedschaft zugebilligt wird, wenn auch häufig widerwillig. In der Programmdiskussion halten sich Genossinnen und Genossen aus dieser Gruppe relativ zurück. Das liegt meines Erachtens an programmatischer Verunsicherung und programmatischem Desinteresse. Hinzu kommt, daß sie durch ihre radikalen politischen Forderungen auch ein ziemlich radikales Programm fordern müßten. Dann aber könnten sie in die Nähe solcher Mitglieder gebracht werden, in deren Nähe sie nicht sein wollen.

Hinsichtlich der konkreten Politik sind ihre Forderungen tatsächlich radikal, das heißt, an die Wurzeln gehend. Diese Gruppe grenzt sich in diesen Forderungen am deutlichsten von sozialdemokratischen Positionen ab. Sie neigen allerdings zu einem Verbalradikalismus. Die Mitglieder dieser Gruppe sind zweifellos besonders selbstbewußt. Damit ist verbunden, daß sie nicht selten die Mitglieder anderer Gruppen in der PDS verachten. Ein weiteres Problem sehe ich darin, daß sie häufig dazu neigen, ihre Standpunkte für sich und ihre Anhängerinnen und Anhänger klar darzustellen, ohne Wert darauf zu legen, in den entsprechenden politischen Fragen verunsicherte Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, das heißt, auf deren Zweifel einzugehen und argumentativ zu überzeugen. Es macht aber einen Unterschied, ob jemand zum Beispiel in der Asylfrage nur seinen Standpunkt radikal darstellt oder sich darum bemüht, die Millionen in dieser Frage noch verunsicherten Menschen zu überzeugen, für offene Grenzen und gegen jede Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes einzutreten. Das verlangt dann nämlich auch, die Sorgen und die Zweifel dieser Menschen ernst zu nehmen, es verlangt jedoch nicht, wie andere meinen, wegen dieser Sorgen und Zweifel den eigenen Standpunkt aufzugeben. Partiell verhalten sich die Mitglieder dieser Gruppe wie Anhänger einer Avantgardetheorie, da sie so sehr davon überzeugt sind, recht zu haben, beanspruchen sie zumindest eine Dominanz. Auch diese Gruppe wäre allein ziemlich isoliert.

Ferner sehe ich eine vierte Gruppe, die für die Entwicklung der Partei von Bedeutung war und ist. Da ich glaube, dieser Gruppe selbst anzugehören, kann ich auf der einen Seite zu ihr am leichtesten Stellung nehmen, werde ich aber andererseits auch geneigt sein, sie möglicherweise zu positiv einzuschätzen. Für mich sind das auf jeden Fall jene Mitglieder, die keinesfalls nostalgisch denken und fühlen. Sie akzeptieren die Entscheidung des außerordentlichen Parteitages der SED vom Dezember 1989, aus der SED heraus eine moderne, sozialistische, demokratische Partei zu entwickeln, die Verantwortung für Geschichte trägt, diese aufarbeitet und auch bereit ist, die Adresse für Geschichte, zumindest der DDR, zu sein. Allerdings verbinden sie damit nicht in erster Linie die Vorstellung, moralische Urteile über SED-Mitglieder zu fällen, sondern die Strukturen des real existierenden Sozialismus aufzudecken und damit das Scheitern dieses Gesellschaftsmodells erklärbar zu machen. Sie wollen wissen, weshalb dieser real existierende Sozialismus so undemokratisch, so wenig emanzipatorisch und zum Teil auch noch antiökologisch war, und welche Strukturen deshalb angestrebt werden müssen, um eine Gesellschaft zu erreichen, die die individuelle Freiheit hochschätzt, die Selbstverwirklichung des Menschen fördert, die durch und durch demokratisch ist, die eine ökologische Umgestaltung ermöglicht und zugleich in einem hohen Maß soziale Gerechtigkeit verwirklicht. Nur die Aufdeckung vergangener Strukturen ermöglicht es im übrigen, Geschichte zu bewerten und selbstkritisch mit der eigenen Biographie umzugehen. Diese Mitglieder akzeptieren durchaus, daß zur Aufarbeitung der Geschichte auch die individuelle Aufarbeitung und der kritische Umgang mit der eigenen Biographie gehören.

Es ist dies jedoch für sie nicht der Hauptzweck. Und sie haben die diesbezüglichen Beschlüsse des außerordentlichen Parteitages der SED vom Dezember 1989 auch stets so verstanden, daß mit ihnen vielen Mitgliedern der SED die Möglichkeit gegeben werden sollte, einen Neuanfang in der PDS zu wagen. Diese sollten die Chance bekommen, für sich den Weg von der SED zur PDS zu finden. Deshalb werden die Vertreter dieser Gruppe sich immer gegen eine Art und Weise von Aufarbeitung wenden, die die Chancen des einzelnen für diesen Neubeginn wesentlich erschweren oder die die Frage der Aufarbeitung auf die moralische Bewertung des einzelnen reduziert.

Programmatisch sind die globalen Menschheitsfragen für sie der entscheidende Ansatz. Von der Beantwortung dieser Fragen hängen für sie die Richtung und der Weg notwendiger Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse ab. Im Unterschied zu Konservativen, Liberalen und anderen erkennen sie dabei, daß nur durch die Überwindung kapitalistischer Strukturen und die Schaffung demokratisch-sozialistischer Strukturen die Menschheitsfragen tatsächlich zu lösen sind.

Hinsichtlich der konkreten Politik sind ihre Ansätze nicht selten ähnlich radikal wie bei den Mitgliedern der dritten Gruppe. Nur stellen sie sich immer wieder die Aufgabe, eine Mehrheit der Menschen davon zu überzeugen. Daraus resultiert, daß sie deren Einstellungen ernst nehmen und berücksichtigen und versuchen, argumentativ darauf so einzugehen, daß sie diese Menschen nicht verprellen, sondern Schritt für Schritt von den eigenen Standpunkten überzeugen. Die Mitglieder dieser Gruppe verhalten sich häufig toleranter als Mitglieder anderer Gruppen, neigen aber zur Inkonsequenz und scheuen nicht selten das offene Austragen von Widersprüchen.

Viele Mitglieder, die ich mit den Beschreibungen nicht charakterisiert habe, leisten eine sehr konkrete und häufig äußerst schwierige Arbeit in den Kommunen. Auf die eine oder andere Art sind sie aber von den Widersprüchen zwischen den Gruppen in der PDS mit betroffen.

Abgesehen von der Anfangsphase der PDS gab es zwischen den beschriebenen Gruppen nicht nur Meinungsstreit, sondern, soweit davon in der PDS überhaupt gesprochen werden kann, auch Machtkampf. Am unversöhnlichsten stehen sich häufig Mitglieder der ersten und der dritten Gruppe gegenüber. Deshalb, aber sicherlich nicht nur deshalb, wurden häufig in Führungspositionen der Partei Mitglieder der vierten Gruppe gewählt. Auf sie konnten sich die Mitglieder der anderen drei Gruppen und auch jene, die man überhaupt keiner Gruppe zuordnen kann, am leichtesten verständigen. Die einen konnten sich auf deren Toleranz, die anderen auf deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und die Dritten auf deren Konsequenz bei der Formulierung politischer Forderungen verlassen. Auch hinsichtlich der Aufarbeitung der Geschichte war durch Mitglieder der vierten Gruppe immer eine Vermittlung möglich.

Die PDS ist unfähig, und dafür auch einfach zu ehrlich, die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gruppen bewußt für bestimmte Zwecke innerhalb und außerhalb der Partei einzusetzen. Von jeder und jedem wird eigentlich verlangt, das "richtige" Profil der PDS vollständig widerzuspiegeln. Eine bewußte Politik, mit bestimmten Gruppen bzw. Flügeln entsprechend umzugehen, das heißt, eine Politik des "Augenzwinkerns", wie sie in anderen Parteien durchaus üblich ist, scheidet daher für die PDS aus. Mir scheint die Zeit reif zu sein, die Meinungsunterschiede innerhalb der PDS auszutragen und ein deutlicheres und einheitlicheres Profil anzustreben. In den nächsten Jahren wird davon auch die Politikfähigkeit der PDS abhängen, wobei wir uns der Besonderheit bewußt sein müssen, sowohl eine Ostpartei als auch eine sozialistische Partei zu sein.

In der gegenwärtigen Situation verstehe ich unter diesen Anforderungen, daß sich die Mitglieder der PDS bewußt entscheiden, Vertreter der von mir geschilderten vierten Gruppe zu beauftragen, das Profil der PDS zu bestimmen, ohne dabei Mitglieder anderer Gruppen auszugrenzen, schon gar nicht deren Ideen und Politikansätze. Es macht einen deutlichen Unterschied, ob dies zufällig geschieht, oder ob wir uns bewußt für eine solche Herangehensweise und für ein solches Profil entscheiden. Auf jeden Fall muß meines Erachtens die Politik der Vertreter der vierten Gruppe zu der entscheidenden in der PDS werden, das müßten auch die Vertreter der anderen Gruppen akzeptieren. Damit dies wirklich gelingt, ist meines Erachtens auch ein Stück weit ein personeller Neubeginn erforderlich. Ich stehe nun einmal für die Entwicklung der PDS in der Zeit von Ende 1989 bis jetzt. Ich kann und werde den Kampf um dieses Profil unterstützen, ich will ihn aber nicht mit meiner Person verbinden. Ich werde aber durchaus in der Lage sein, eine größere Übereinstimmung zwischen der Tätigkeit des Bundesvorstandes und der Bundestagsgruppe herzustellen, wenn ich mich auf letztere in

meiner Arbeit konzentriere. In einer klaren Arbeitsteilung kann auch eine Chance zur Profilierung liegen. Ich bin davon überzeugt, daß ich mit der bzw. dem neuen Vorsitzenden der PDS gut zusammenarbeiten werde.

7. Selbstverständlich habe ich mir auch überlegt, ob mein Schritt in der gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland nicht ein gefährliches Moment der Instabilität für eine linke Partei enthält, die gerade ich nicht zulassen dürfte. Es ist offensichtlich, daß die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland deutlich nach rechts geht. Die diesbezügliche parteipolitische Entwicklung von CSU, CDU, FDP, SPD und den Grünen spiegelt die gesamtgesellschaftliche Entwicklung nur wider. Und das Wichtigste am Profil der PDS ist, daß sie den ihr möglichen Widerstand gegen diese Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland leistet. Aber ich bin davon überzeugt, daß wir dann, wenn wir mit meinem Schritt richtig umgehen, sogar an Stabilität gewinnen können. Und es wäre auch verheerend, wenn ich meine eigene Person so überschätzen würde, daß ich davon ausgehe, daß die Fähigkeit der PDS, einen Kampf gegen den Rechtsruck zu führen, davon abhängt, ob ich an der Spitze dieser Partei stehe oder nicht. Ich stimme hier ausdrücklich einem Beitrag in der Tageszeitung "Neues Deutschland" zu, in dem es hieß, daß das "Wohl und Wehe" der Partei nicht von mir abhängt. Ich glaube sogar, daß mein Schritt dazu beitragen kann, daß sich Genossinnen und Genossen, die sich bisher darauf verlassen haben, daß ich irgendwelche Probleme schon lösen werde, aufgerufen fühlen, aktiver und engagierter um die Politikfähigkeit der PDS zu ringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

dies waren einige meiner Überlegungen, die zu meinem Entschluß geführt haben. Ich kann und will nicht behaupten, daß mir die Entscheidung leicht gefallen ist. Es tut mir auch weh, denn ich habe zu den meisten Mitgliedern dieser Partei ein sehr herzliches und solidarisches Gefühl entwickelt. Aber es bringt auch nichts im Leben, notwendige Schritte immer wieder hinauszuzögern, nur, weil sie einem schwerfallen. Und ich bin ja nicht aus der Welt und werde auch weiterhin engagiert und so öffentlichkeitswirksam wie möglich für linke Positionen in Deutschland streiten.

Wir kämpfen um mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft und sollten in Zukunft diesbezüglich dadurch glaubwürdiger werden, daß wir menschlicher miteinander umgehen.

Mit solidarischen Grüßen

Gregor Gysi

Berlin, 30. 11. 1992

# 38. Polizeiterror gegen Leipziger Hausbesetzer

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:11

Dokumentation

Polizeiterror gegen

Leipziger Hausbesetzer

Am vergangenen Wochenende war in den Medien von Krawallen in Leipzig die Rede, in deren Verlauf ein Jugendlicher von "Warnschüssen" der Polizei schwerverletzt wurde. Wer sich fragte, was sich hinter diesen Meldungen verbirgt, konnte aus den Zeitungen nicht mehr erfahren.

Was geschah in Leipzig?

In der Nacht vom 27. auf den 28.11.92 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen mehreren Jugendlichen und einigen PolizistInnen im Leipziger Stadtteil Connewitz. Zwei Jugendliche wurden von der Polizei beschuldigt, sich an Autos zu schaffen gemacht zu haben. Die Härte des polizeilichen Vorgehens gegen die beiden führte dazu, daß weitere BewohnerInnen des Stadtteils hinzukamen und sich mit den am Einsatz beteiligten 25 BeamtInnen stritten. Bei einem Handgemenge zog plötzlich eine Polizistin ihre Pistole, obwohl in keinem Moment eine Situation bestand, in der sie oder andere PolizistInnen in Gefahr waren, und gab zwei Schüsse ab, von denen einer einen 17-jährigen Hausbesetzer in die Hüfte traf.

Nach den Schüssen kamen immer mehr Jugendliche zusammen, um gegen das polizeiliche Vorgehen zu protestieren und eine - in dieser Situation befürchtete - Räumung von besetzten Häusern zu verhindern. Die eingesetzten Polizeikräfte eskalierten die Situation immer weiter, indem sie den angeschossenen Jugendlichen über eine halbe Stunde ohne medizinische Versorgung auf der Straße liegen ließen und auf Menschen, die Erste Hilfe leisten wollten, einprügelten. Es kam zu ersten Straßenschlachten. Im weiteren Verlauf hatte die Polizei schließlich 360 BeamtInnen im Einsatz, darunter Sondereinsatzkommandos. Sie stürmten das städtisch geförderte Kulturprojekt "Zoro" und gingen mit äußerster Brutalität gegen die Besucherinnen einer dort stattfindenden Veranstaltung und die MitarbeiterInnen des "Zoro" vor. Die Besucherinnen wurden aus den Räumen hinaus geprügelt und dort von einem Polizeispalier erwartet, von dem es für fast alle Schläge mit Gummiknüppeln auf Kopf und Oberkörper gab. Nachdem die Polizei die BesucherInnen des "Zoro" aus den Räumen vertrieben bzw. festgenommen hatte, kehrte sie zurück und demolierte die gesamte Inneneinrichtung des Kulturprojekts.

In den nächsten Stunden verteidigten sich ca. 150 Jugendliche unter anderem mit Barrikaden gegen die Polizeiangriffe, die neben Knüppeln und Tränengas auch Wasserwerfer und Nebelgranaten einsetzte.

Die aktuelle Lage

In dieser Nacht wurden insgesamt 42 Jugendliche von der Polizei festgenommen und von Polizeibeamtinnen zum Teil schwer mißhandelt.

Am Montag, den 30.11.92, waren immer noch 36 Menschen inhaftiert.

Am Donnerstag, den 3.12.92, immer noch 14. Ihnen wird neben "schwerer Körperverletzung" und schwerem Landfriedensbruch" zum Teil auch "versuchter Totschlag" vorgeworfen. Obwohl sie seit mehr als fünf Tagen in Haft sind, gab es noch nicht bei allen einen Haftprüfungstermin, der gesetzlich innerhalb von 48 Stunden stattfinden muß. Große Probleme bereitet auch die Organisation von AnwältInnen. Ein Teil der Festgenommenen berichtet von gewalttätigen Übergriffen von ebenfalls inhaftierten Neonazis gegen die Festgenommenen. Der Staatsschutz versucht die illegale Gefangenennahme über einen so langen Zeitraum dazu zu nutzen, von den Inhaftierten umfassende Informationen über die Connewitzer Alternativ-Szene zu bekommen.

Zum Hintergrund

Connewitz ist ein Stadtteil von Leipzig. Dieser Stadtteil sollte ursprünglich nach dem Anschluß der DDR an die BRD durch Flächenabriß vernichtet werden. Engagierte Hausbesetzerinnen verhinderten dies. Heute ist Connewitz ein Vorzeige-Sanierungsgebiet der Leipziger Stadtverwaltung, in dem nur eins stört: Die Leute, die

den Totalabriß verhindert haben. Es gibt in Connewitz immer noch besetzte Häuser und eine starke linke Szene aus Wohn- und Kulturprojekten. Um Connewitz zu einem Nobelviertel machen zu können, versucht die Stadt diese und die alteingesessenen Bewohnerinnen aus dem Stadtteil herauszudrängen. Erst vor wenigen Wochen wurde in der Leipziger Ratsversammlung ein Antrag der CDU auf Räumung aller besetzter Häuser behandelt.

In diesem Zusammenhang muß der Polizeieinsatz vom 28.11. gesehen werden:

Es gibt in Leipzig interessierte Kreise, die nach einem Vorwand suchen, der linken Szene in Connewitz eins auszuwischen, der selbstgemachte Krawall vom Wochenende erfüllt genau diesen Zweck. Diese Provokation war lange vorbereitet, anders ist das rasche Auftreten der großen Anzahl von PolizeibeamtInnen nicht zu erklären, ebenso das durch die Bank höchstbrutale Vorgehen der eingesetzten BeamtInnen,

Auch die politische Rahmensituation ist wohl gewählt, demonstriert doch in den Augen der Medien der Krawall vom Wochenende in Leipzig, daß der Staat sowohl von Rechten als auch von Linken bedroht wird. Die als Kumpanei zu bezeichnende Untätigkeit von Polizei und Gerichten gegenüber neofaschistischen Gewalttätern wird öffentlichkeitswirksam durch verstärkten staatlichen Terror gegen Antifaschisten kompensiert.

Was tun?

Der tatsächliche Ablauf der Geschehnisse in Leipzig und ihre Hintergründe sind in den bürgerlichen Medien komplett verdreht oder verschwiegen worden, jede und jeder ist aufgefordert linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Schon jetzt müssen von den HausbesetzerInnen in Connewitz mehrere tausend Mark Anwaltskosten bezahlt werden, spendet auf das u.a. Konto und organisiert Solidaritätsaktionen.

Die Betroffenen fordern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschuß und natürlich die Freilassung aller Inhaftierten. Unterstützt die Forderungen und schickt Solidaritätsadressen an die Connewitzer.

Spendenkonten:

Bayrische Vereinsbank, Kontoinhaber:

Mirko Rahn, Verwendungszweck:

Connewitz, Konto-Nr.: 454 253 3,

BLZ.: 860 200 20 oder

Postgiro Dortmund, Kontoinhaberin:

Rote Hilfe, Kontonr.: 19 11 00 - 462, Verwendungszweck: Leipzig

Soliadressen an:

Conne Island, Koburger Str. 3

0-7030 Leipzig

Rote Hilfe Kiel

# 39. Gewerkschaften und Militär. Nachkriegsbeobachtungen

Autor: Peter Birke · Rubrik: Militarismus; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:21

"Auch wir haben mehr zu verlieren als unsere Ketten und müssen daher bereit sein, für die Erhaltung unserer Freiheit, (...) unseren Beitrag zur Verteidigung zu leisten", ließ der seinerzeitige DGB-Vorsitzende Fette auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß 1951 wissen. In die Tradition dieser Auffassung stellte sich der derzeitige DGB-Vorsitzende, als er jüngst über "Bild am Sonntag" Einsätze der Bundeswehr unter UN-Verantwortung forderte: "Wir werden unsere ach so bequeme Außenseiterrolle nicht mehr spielen dürfen nach der deutschen Einigung." Eine Extrawurst gäbe es nicht mehr. (FR, 3.8.92)

Spätestens seit der Äußerung des DGB-Vorsitzenden Meyer gegenüber der Bild-Zeitung wird die Frage der Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes und auch die Frage, ob die Bundeswehr künftig an Kampfeinsätzen in aller Welt teilnehmen soll, auch in den Gewerkschaften diskutiert. Dabei gerät manch sicher geglaubte Frontstellung ins Wanken.

Aus dem Vorstand der IG Metall ist neuerdings zu hören, daß diejenigen innerhalb der Gewerkschaft, die nicht einsehen, warum jetzt das Grundgesetz geändert werden soll, "linke Fundamentalisten" seien. Mit dieser Qualifizierung soll dem einfachen Betriebsratsvorsitzenden und der Vertrauensfrau an der Basis klargemacht werden, daß nicht eine Aushöhlung des Grundgesetzes, sondern "linke Fundamentalisten" die heiligen Güter der Zivilisation (und der Regierungsfähigkeit der SPD) bedrohen.

Auf der anderen Seite stehen GewerkschafterInnen wie Eva Lauer, die auf dem Gewerkschaftstag der IG Medien mit ihrem hessischen Landesverband den Antrag gestellt hat, man möge doch den Kollegen Meyer entlassen, damit er künftig unangefochten von "Fundamentalisten" und als Privatmann der Bild-Zeitung seine Meinung sagen könne. Schließlich sei zu fragen, wie weit der Kollege Meyer noch von der Studie des Verteidigungsministeriums vom 20. Januar entfernt sei, in der als deutsche Sicherheitsinteressen die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der Zugang zu strategischen Rohstoffen definiert werden. Der Antrag wurde letztlich, trotz der Intervention des neugewählten linken Vorsitzenden Detlev Hentsche und seines alten linken Kumpels Walter Pfennig, angenommen.

Antifa und Gewerkschaftsausschüsse

1945 war zwar das nationalsozialistische Regime von den alliierten Truppen geschlagen, Millionen Menschen waren Opfer des Raubkriegs geworden, und in Deutschland herrschten Not und Hunger. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung war jedoch keineswegs "entnazifiziert", sondern empfand Besatzung, Demontagen und Lebensmittelrationierung als Ungerechtigkeit. (1) Entgegen dieser Stimmung in der Bevölkerung bildeten sich in den Betrieben Gewerkschaftsausschüsse, Keimzellen einer neuen, freien Gewerkschaftsbewegung. "Mit dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes tauchte die organisierte Arbeiterschaft - in den Worten eines hohen amerikanischen Militärangehörigen - als die ‚demokratischste Schicht der Bevölkerung` wieder auf", schrieben aus Deutschland emigrierte Politikwissenschaftler 1946 in Berichten für die US-Regierung. (2)

Nachdem sich die Unternehmer aus den Betrieben kurz nach der deutschen Kapitulation vorsichtshalber zurückgezogen hatten, übernahmen die neuen Gewerkschaftsausschüsse und Betriebsräte den Wiederaufbau der Betriebe und die Organisation des Alltags. Sie arbeiteten eng mit den antifaschistischen Ausschüssen (Antifas) in den Regionen zusammen. Ihr kurzfristiges Ziel war die Entmachtung der Nazi-Verbrecher und Militaristen, denn die Unternehmensführungen trugen nach Auffassung der Ausschüsse eine entscheidende Verantwortung für Nationalsozialismus und Krieg. (3)

Obwohl die Ausschüsse schon im August 1945 von den westlichen Alliierten aufgelöst wurden, schlugen sich ihre Erfahrungen und Auffassungen in den Forderungen der kurze Zeit später neu aufgebauten Gewerkschaftsbewegung nieder: Konsequenz der Einschätzung, daß das Kapital für den Nationalsozialismus entscheidende Verantwortung trage, war die Forderung nach Sozialisierung und Mitbestimmung in allen, auch in den wirtschaftlichen Entscheidungen der Betriebe, wie auch die zweite zentrale Forderung der Gewerkschaftsbewegung in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Nie wieder Krieg - kein deutsches Militär!

Die antimilitaristischen Forderungen der Gewerkschaften trafen auf breite Zustimmung bei einem großen Teil der Bevölkerung: "Man darf getrost sagen, daß der Antimilitarismus die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Kriege geworden ist", so Carlo Schmid, SPD, Mitglied des Parlamentarischen Rates. (4) Dem mußten auch jene Politiker Rechnung tragen, die sofort nach Kriegsende begannen, an einer neuen deutschen Souveränität und einer neuen deutschen Wehrmacht zu basteln.

Während der regierungsnahe "Rheinische Merkur" bereits am 13.11.1948 schrieb, daß eine Remilitarisierung zu begrüßen sei, da "der deutsche Landser der einzige Soldat der Welt gewesen (ist), den der Russe kennen und - zu respektieren gelernt hat" (5), tat Konrad Adenauer naiv: "Ich habe dazu (zur Wiederbewaffnung, d.A.) keine Auffassung. Ich kann Ihnen auch meine Meinung darüber nicht sagen. Ich denke über dieses Problem gar nicht nach", sagte er am 9.12.49 der Deutschen Presseagentur. (6) Strauß hingegen gab seinerzeit die volksnahe Parole aus: "Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen". (7)

Deutscher Wehrbeitrag

Gleich nach der Bundestagswahl vom August 1949 - Eile zur Rettung Deutschlands vor Fremdherrschaft war offensichtlich geboten - häuften sich die Äußerungen deutscher Politiker aus den bekannten drei Parteien, die einen "deutschen Wehrbeitrag" befürworteten. Druck kam von rechts, von der damals starken Bayernpartei und von offen nationalsozialistischen Parteien, die gegen die "Kollaborateure" mit den Alliierten angetraten waren. (8)

In der bereits zitierten Analyse der politischen Emigranten, die in den Jahren 1946 -1949 für die US-Regierung arbeiteten, wird die Intention der damaligen deutschen Politik folgendermaßen zusammengefaßt: "Bei jedem Riß in der Front der Kriegskoalition, die Deutschland besiegt hat, hat sich der deutsche Nationalismus zu Wort gemeldet und versucht, dem deutschen Standpunkt Geltung zu verschaffen. (...) Die Stärke des heutigen Nationalismus in Deutschland steht in fast direkter Relation zum Fortschritt der wirtschaftlichen Erholung vom letzten Sommer und Herbst, was darauf hindeutet, daß die Öffentlichkeit und die politischen Führer jetzt nicht mehr all ihre Energie auf die Lösung dringender ökonomischer Probleme verwenden müssen und nun bemüht sind, die innen- und außenpolitische Situation Deutschlands zu verbessern. Damit einhergegangen sind die Versuche, einen westdeutschen Staat zu gründen - der erste Schritt deutscher Nationalisten zur Realisierung ihres obersten Zieles, der Wiederherstellung der deutschen Souveränität. (...) Ein schlagendes Beispiel für das nationalistische Bestreben der größeren Parteien, die deutsche Souveränität wiederzugewinnen und die deutsche Rechtshoheit auszuweiten, entwickelte sich im Zusammenhang mit der Frage nach der Wiederbewaffnung, die in Verbindung mit der möglichen deutschen Rolle im Nordatlantikpakt aufgeworfen wurde." (9)

Die Analyse der Emigranten wurde einige Monate später durch die Besprechung auf dem Bonner Petersberg (August 1950) bestätigt. Hier ging es zum erstenmal in einem Gespräch zwischen der deutschen Regierung und den hohen Kommissaren der alliierten Armeen der Westzonen um konkrete Maßnahmen, die die deutsche Remilitarisierung betrafen. Tenor: Die Korea-Krise erfordere die sofortige Aufstellung deutscher Truppen, gedacht war an 150.000 Freiwillige. (10) Die Forderung nach einer deutschen Armee kam von Adenauer - und traf auf die Skepsis der alliierten Militärs. Gleichzeitig wurde von Adenauer allerdings mit einer europäischen Integration dieser zukünftigen deutschen Truppen argumentiert, mit der man sich - in der Pose des souveränen Verhandlungspartners - "hiermit einverstanden" erklärte. (11)

Geschickt nutzte die Adenauer-Regierung die Korea-Krise für die eigene Forderung nach deutscher Souveränität und deutschem Militär. (12) Adenauer spielte bei dem Treffen auf dem Petersberg zwei Karten aus, die ihm das Verhandeln leicht machten: Die erste Karte war der "Aufschwung", denn im "Korea-Boom" erholte sich die bundesdeutsche Wirtschaft beträchtlich. In der Metallindustrie wurden "Panzerschichten" gefahren - vereinzelt kam es zu Streiks gegen die neue Kriegsproduktion. Die zweite Karte war die "Bedrohung aus dem Osten", denn durch den Korea-Krieg, den die USA "unter dem Dach der Vereinten Nationen" führten, war der Ost-West-Konflikt in offenen Krieg übergegangen. Dem westdeutschen Kanzler war es so ein leichtes, dem Ziel der Souveränität (west)deutscher Politik in der Nachkriegszeit näher zu kommen.

Ausdrücklich war die von den westlichen Alliierten gewünschte europäische und atlantische Einbindung hier nur ein Zugeständnis der neuen deutschen Regierung, ein Zugeständnis allerdings, das der BRD-Interventionspolitik bis zum 3. Oktober 1990 auch militärische Beschränkungen auferlegte.

Gewerkschaften gegen Remilitarisierung

Das Problem der Remilitarisierung blieb also auch für die Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Frage, zumal sich hier eine sehr zugespitzte innenpolitische Auseinandersetzung entwickelte, bei der es um eine Entscheidung ging, die Grundfragen der Konstruktion des Staates Bundesrepublik Deutschland berührte. (13)

Nach der Auflösung der Gewerkschaftsausschüsse und der antifaschistischen Ausschüsse in den drei Westzonen entwickelte sich der langsame Aufbau von betrieblichen und regionalen Gewerkschaftsstrukturen unter alliierter Kontrolle. Diese Kontrolle fand allerdings nach wie vor im Zusammenhang mit der - den Alliierten und den neuen Gewerkschaftern gemeinsamen - Forderung nach vollständiger Entnazifizierung statt. Die Gewerkschaften kritisierten jedoch den schleppenden Prozeß der Entnazifizierung, denn zahlreiche Wirtschaftsfunktionäre hatten nach dem Ende des Faschismus ihre Positionen halten können. So verließen die Gewerkschaften im März 46 in Frankfurt am Main das dortige von den Alliierten eingerichtete Entnazifizierungskomitee aus Protest gegen die "passive antifaschistische Politik", die dort betrieben wurde. (14)

Die Kader der neuen (West-)Gewerkschaften setzten sich vor allem aus alten, mit der Vorkriegsarbeit des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vertrauten Sozialdemokraten zusammen. Neue, militante Gewerkschafter waren eher auf betrieblicher und regionaler Ebene vertreten. Die Kommunisten hatten ihre aus der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik bereits gewohnte Minderheitsposition im westlichen Nachkriegsdeutschland wieder inne. Sie waren jedoch die zweitstärkste Kraft in den Gewerkschaften, mit Mehrheiten im Bergbau und in der Industrie des Ruhrgebietes.

Im Oktober 1949 wurde der DGB in München gegründet. Er war eine Einheitsgewerkschaft, im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik. Aber schon die Gründung des DGB erfolgte in Abgrenzung zu den von der KP dominierten Gewerkschaften im Osten. Es ist davon auszugehen, daß die westdeutsche sozialdemokratische Politik die Politik des DGB in den Fragen der Remilitarisierung entscheidend beeinflußte.

In einer Entschließung des DGB hieß es zunächst: "Die Gewerkschaften sind aufgrund der geschichtlichen Erfahrung und der gegenwärtig besonderen deutschen Stellung gegen die Wiederherstellung einer selbständigen deutschen Armee. Sie wollen nicht, daß reaktionären Elementen erneut durch die Wiederherstellung einer Wehrmacht Auftrieb und Macht gegeben werden." (15) Folgerichtig kam es Anfang 1952 zu gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen, Belegschaftsversammlungen und Streiks, die sich gegen den "Verteidigungsbeitrag" der BRD wendeten. Bis Ende Februar 1952 fanden in Süddeutschland in 65 Betrieben Warnstreiks gegen die Remilitarisierung statt, in Nordrhein-Westfalen wurden 24 Proteststreiks gezählt. (16)

Anlaß dieser Aktionen war eine Pressekonferenz unter Teilnahme des damaligen DGB-Vorsitzenden Fette und des DGB-Vorstandsmitglieds vom Hoff am 20. Januar 1952. Vom Hoff verglich die später Bundeswehr genannte Wehrmacht mit einer Betriebsfeuerwehr, beide - Wehr und Feuerwehr - seien zur Sicherheit der Belegschaften wie zur Sicherheit der Gesellschaft notwendig. (17) Fette, der an diesem Januartag (zustimmend) schwieg, hatte bereits 1951, auf einem außerordentlichen Kongreß des DGB, geäußert: "Auch wir haben mehr zu verlieren als unsere Ketten und müssen daher bereit sein, für die Erhaltung unserer Freiheit, (...) unseren Beitrag zur Verteidigung zu leisten."

Diese beiden nach Meinung der gewerkschaftlichen Opposition der Beschlußlage des DGB zuwiderlaufenden eigenmächtigen Äußerungen riefen einige Entrüstung hervor. Besonders der (damals noch wenig sozialpartnerschaftlich motivierte) Stuttgarter Bezirk der IG Metall wehrte sich. Die unmittelbar nach der Pressekonferenz stattfindenden Streiks waren Ausdruck dieser Entrüstung. Die Opposition im DGB stellte einen direkten Zusammenhang zwischen der Remilitarisierung und der Demontage sozialer Forderungen her. So formulierte die Stuttgarter Delegiertenversammlung der IGM in einer Entschließung zum DGB-Kongreß 1951: "Angesichts der Tatsache, daß sich gegenwärtig in raschem Tempo eine äußerst starke Machtkonzentration in den Händen der alten Konzernherren hitlerscher Prägung vollzieht, hätte der Kongreß schärfere Kampfmaßnahmen beschließen müssen. (...) In Wirklichkeit lehnt die Arbeiterschaft (...) den Verteidigungsbeitrag ab."

Es wurde ein Zusammenhang zur Diskussion um das damals ebenfalls als reaktionär beurteilte Betriebsverfassungsgesetz hergestellt. Das Betriebsverfassungsgesetz sollte die Betriebsräte auf eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Unternehmen festlegen. Die IG Druck und Papier hatte gegen dieses Gesetz, das im Oktober 1952 in Kraft trat und in seinen wesentlichen Zügen heute noch gilt, einen eintägigen erfolglosen Zeitungsstreik initiiert. (18)

Roll-back

Die Mehrheit der Vorstände der Einzelgewerkschaften schloß sich schließlich Fettes und vom Hoffs Position an, nachdem sie sich gegenüber deren Äußerungen zunächst abwartend verhalten hatten. In den Sitzungen des DGB-Bundesvorstands wurde vom Hoffs und Fettes Auffassung wiederholt bestätigt. Der Vorstand der IG Metall versuchte zwischen DGB-Vorstand und Opposition zu vermitteln und forderte schließlich, genau wie die SPD, die demokratische Kontrolle der Truppen und Stäbe, bei grundsätzlicher Zustimmung für ein deutsches Militär. Otto Brenners entsprechende Äußerung wird in der hauseigenen Geschichtsschreibung des DGB häufig als Beleg für eine Haltung der IG Metall gegen die Remilitarisierung gewertet: "Wir richten in aller Öffentlichkeit an die Regierung und die gewählten Vertreter des Volkes die Aufforderung, schärfste demokratische Kontrolle über Truppen und Stäbe (sic!). Jeder Ansatz zur Einengung oder Unterdrückung demokratischer Freiheiten muß sofort entdeckt und beseitigt werden können." (19)

Fette und vom Hoff traten zwar auf dem 2. Bundeskongreß des DGB 1952 nicht mehr zur Wahl in Vorstandsämter an, doch ihre Position zur Remilitarisierung hatte sich mittlerweile im DGB durchgesetzt. "Wenn es die Gewerkschaften nicht gäbe, müßte man sie erfinden", triumphierte die FAZ. (20)

Die Parallelität zu den heutigen Ereignissen, zum Meyer-Interview in der BILD-Zeitung, zur Empörung von IG Medien und HBV, zur beschwichtigenden Erklärung von Franz Steinkühler (21), liegt auf der Hand.

Angesichts dieser Entwicklung darf nicht vergessen werden: Zur Souveränität des deutschen Staates gehörte von Anbeginn und untrennbar das Militär, und zwar nicht allein die reine Existenz eines militärischen Apparates, sondern seine möglichst umfassende Ausrüstung und Einsetzbarkeit, überall auf der Welt, wo die Regierung "deutsche Interessen" entdeckt und definiert. Die heutige Diskussion über die Einsetzbarkeit der Bundeswehr unter "dem Dach der UN" ähnelt der Diskussion in den 50er Jahren über europäische Streitmacht und NATO. Der seinerzeitige Verteidigungsminister Stoltenberg hat bereits am denkwürdigen 3. Oktober 1990 (22) herausgestellt, daß es jetzt darum gehe, die Bundeswehr nach einer Definition "deutscher Interessen" (und ausdrücklich nicht "europäischer" oder sonstiger) einsetzen zu können. Die Vorbereitungen für das Jahr 1995, in dem die letzten Beschränkungen des 2+4-Vertrages auslaufen, haben bereits begonnen. Angesichts einer verstärkten Konkurrenz der großen imperialistischen Nationen und angesichts der wenig stabilen Lage in Osteuropa bereitet sich die Bundeswehr auf neue, alte Aufgaben vor. Schon werden Planspiele gemacht, die die deutsche Armee nicht nur für Einsätze "out of area", sondern auch für Kriege mit "Nachbarn in Europa" fit machen soll. (23) - Wird der DGB auch diese Entwicklung, ein Schritt nach vorn und zwei zurück, mitvollziehen?

Peter Birke

Quellen und Anmerkungen

1) "Weite Kreise der Bevölkerung hatten sich mit dem Faschismus identifiziert. Wenn sich auch aus der Arbeiterklasse der größte Teil der aktiven Gegner des Regimes rekrutiert hatte, so war doch die Mehrheit keineswegs vom Einfluß faschistischer Ideologie freigeblieben." (Deppe u.a.: Kritik der Mitbestimmung. Frankfurt/M. 1969, S. 61.)

2) A. Söllner (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 2. Frankfurt am Main, 1986, S. 121

3) "Innerhalb der Werke bildeten sich Produktionskomitees, im kommunalen Sektor übernahmen Ausschüsse von Gewerkschaftern und Funktionären der Arbeiterparteien die Organisation der Versorgung. Aus dieser Initiative entwickelte sich ein System von Belegschaftsvertretungen, deren praktische Funktion über den sozialen Bereich hinaus oft bis zur Leitung von Produktion und Verteilung reichte." (Deppe u.a., a.a.O., S. 69.) - "Obwohl die Gewerkschaftsausschüsse durchaus bereit waren, hinsichtlich einer allgemeinen Sozialgesetzgebung eine Zeitlang zu warten, bestanden sie (...) auf sofortigen und radikalen Maßnahmen zur Entnazifizierung. Diese Maßnahmen führten häufig zu Massenverhaftungen von Nazis, Nazianhängern und

Reaktionären, zur Konfiszierung ihres Eigentums und zur Errichtung von provisorischen, antifaschistischen Managements in Betrieben und Ämtern (...)". (A. Söllner, a.a.O., S. 123.)

4) Zit. n. Albrecht: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Köln 1980, S. 35.

5) Ebd., S. 75.

6) Ebd., S. 84.

7) Ebd., S. 75.

8) In der "Archäologie der Demokratie" werden die "Strasser-Bewegung", die "Notgemeinschaft des deutschen Volkes", die "Deutsche Union", der "Deutsche Block" und die "Nationaldemokratische Partei" genannt. Diese Parteien gewannen örtlich, z.B. in Hessen bei Kommunalwahlen 1949, beträchtlichen Einfluß zuungunsten der großen Parteien. Ihre Kader landeten später z.T. in der NPD. A.a.O., S. 297 ff.

9) Söllner, a.a.O., S. 287 f.

10) entfällt

11) Albrecht, a.a.O., S. 179 f.

12) Die Korea-Krise führte zu einem Boom in den westdeutschen Schlüsselindustrien, die einen Teil der US-Rüstungsproduktion übernahmen, und trug damit erheblich zu dem bei, was wir heute als "Wirtschaftswunder" bezeichnen. Vgl. Albrecht, a.a.O., S. 36

13) So hat A. Baring, ein konservativer Autor, die Remilitarisierung als eine der "Grundfragen der gesellschaftlichen und politischen Gesamtverfassung der Bundesrepublik" betrachtet. Sie habe einen höheren Stellenwert als die Bildung von Verfassungsorganen 1949. Nach der "Lösung der Militärfrage" entwickele sich das Parteiensystem der BRD im Zuge einer zugespitzen gesellschaftlichen Auseinandersetzung nach rechts. (Vgl. Albrecht, a.a.O., S. 15.)

14) Söllner, a.a.O., S. 135.

15) Albrecht, a.a.O., S. 47.

16) Ebd., S. 47.

17) Ebd., S. 47.

18) Vgl. Ranjewski: Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main, 1970, S. 29 ff.

19) Zit. n. IG Medien Jugend Hessen, DFG/VK: Kriegsdienste verweigern. Frankfurt am Main, 1990, S. 13.

20) FAZ, 24.1.52, zit. n. Albrecht, a.a.O., S.48.

21) In der Frankfurter Rundschau vom 11.9.92 ist diese Erklärung dokumentiert. Steinkühler: "Seine (Meyers) Ausführungen müssen diskutiert, ihnen kann widersprochen werden. Sie können aber nicht als Ausdruck von Kriegslüsternheit in den Reihen der deutschen Gewerkschaften gewertet werden."

22) TAZ vom 4.10.90, S. 6.

23) Diese Geschichte hat sich auf der Seite 4 der Frankfurter Rundschau vom 18.9.92 versteckt.

Der Artikel ist redaktionell gekürzt.

# 40. "Ziel ist, den Sozialismus zu diskreditieren" Erklärung von Erich Honecker zum Prozeß gegen ihn und andere DDR-Staatsfunktionäre

*Erklärung von Erich Honecker zum Prozeß gegen ihn und andere Staatsfunktionäre*

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:42

Seit voriger Woche werden Erich Honecker sowie Mielke, Stoph, Keßler, Streletz und Albrecht vor dem Moabiter Kriminalgericht wegen der an der Berliner Mauer getöten Menschen angeklagt. In diesem Prozeß soll sich nach dem Willen der BRD-Justiz und der herrschenden politischen Klasse die Abrechnung mit der DDR kristallisieren, denn weitere Anklagen wird es gegen die hohen Funktionäre des DDR-Staates nicht geben können, da sich dies aus dem Vereinigungsvertrag verbietet.

Erich Honecker ging in seiner Prozeßerklärung genau auf diesen Punkt ein. Es ist eine Rechtfertigung des Versuchs, mit der Gründung der DDR, die deutsche Großmachtpolitik zu beenden und durch sie für ein friedliches Zusammenleben in Europa beizutragen. In dieser Hinsicht ist es ein zeit- geschichtliches Dokument von Wert.

Sicherlich wird vielen Menschen gerade aus der ehemaligen DDR eine kritischere Betrachtung dieses Versuchs und den gesellschaftlichen Verhältnissen fehlen, aber dies ist ja nicht Gegenstand des Prozesses. Andererseits ist das, was er dazu sagt, zu wenig, insbesondere weil es lediglich in die Prophezeiung mündet, den "Ossis" werde ihre Wende schon bald leid tun - aber wie gesagt, dies ist ja nicht Gegenstand der Verhandlung und hätte insofern auch gar nicht gesagt werden müssen.

03. Dezember 1992

Ich werde dieser Anklage und diesem Gerichtsverfahren nicht dadurch den Anschein des Rechts verleihen, daß ich mich gegen den offensichtlich unbegründeten Vorwurf des Totschlages verteidige. Verteidigung erübrigt sich auch, weil ich Ihr Urteil nicht mehr erleben werde. Die Strafe, die Sie mir offensichtlich zudenken, wird mich nicht mehr erreichen. Das weiß heute jeder. Ein Prozeß gegen mich ist schon aus diesem Grunde eine Farce. Er ist ein politisches Schauspiel.

Niemand in den alten Bundesländern, einschließlich der Frontstadt Westberlin, hat das Recht, meine Genossen Mitangeklagten, mich, oder irgendeinen anderen Bürger der DDR wegen Handlungen anzuklagen oder gar zu verurteilen, die in Erfüllung staatlicher Aufgaben der DDR begangen worden sind.

Wenn ich hier spreche, so spreche ich allein um Zeugnis abzulegen für die Ideen des Sozialismus, für eine gerechte politische und moralische Beurteilung der von mehr als einhundert Staaten völkerrechtlich anerkannten Deutschen Demokratischen Republik. Diese jetzt von der BRD als "Unrechtsstaat" apostrophierte Republik war ein Mitglied des Weltsicherheitsrates, stellte zeitweise den Vorsitzenden dieses Rates und stellte auch einmal den Vorsitzenden der UN-Vollversammlung.

Die gerechte politische und moralische Beurteilung der DDR erwarte ich nicht von diesem Prozeß und diesem Gericht. Ich nehme jedoch die Gelegenheit dieses Politschauspiels wahr, um meinen Standpunkt meinen Mitbürgern zur Kenntnis zu geben.

Meine Situation in diesem Prozeß ist nicht ungewöhnlich. Der deutsche Rechtsstaat hat schon Karl Marx, August Bebel, Karl Liebknecht und viele andere Sozialisten und Kommunisten angeklagt und verurteilt. Das Dritte Reich hat dies mit den aus dem Rechtsstaat der Weimarer Republik übernommenen Richtern in vielen Prozessen fortgesetzt, von denen ich selbst einen als Angeklagter erlebt habe. Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus und des Hitlerstaates brauchte die BRD nicht nach neuen Staatsanwälten und Richtern zu suchen, um erneut Kommunisten massenhaft strafrechtlich zu verfolgen, ihnen mit Hilfe der Arbeitsgerichte Arbeit und Brot zu nehmen und sie mit Hilfe der Verwaltungsgerichte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen oder sie auf andere Weise zu verfolgen. Nun geschieht uns das, was unseren Genossen in Westdeutschland schon in den 50er Jahren geschah. Es ist seit ca. 190 Jahren immer die gleiche Willkür.

Der Rechtsstaat BRD ist kein Staat des Rechts, sondern ein Staat der Rechten.

Für diesen Prozeß wie für andere Prozesse, in denen andere DDR-Bürger wegen ihrer "Systemnähe" vor Straf-, Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten verfolgt werden, muß ein Argument herhalten. Die Politiker und Juristen sagen, wir müssen die Kommunisten verurteilen, weil wir die Nazis nicht verurteilt haben. Wir müssen diesmal die Vergangenheit aufarbeiten. Das leuchtet vielen ein, ist aber ein Scheinargument. Die Wahrheit ist, daß die westdeutsche Justiz die Nazis nicht bestrafen konnte, weil sich Richter und Staatsanwälte nicht selbst bestrafen konnten. Die Wahrheit ist, daß die bundesdeutsche Justiz ihr derzeitiges Niveau, wie immer man es beurteilt, den übernommenen Nazis verdankt. Die Wahrheit ist, daß die Kommunisten, die DDR-Bürger heute aus den gleichen Gründen verfolgt werden, aus denen sie in Deutschland schon immer verfolgt wurden. Nur in den 40 Jahren der Existenz der DDR war das umgekehrt. Dieses Versäumnis muß nun "aufgearbeitet" werden. Das alles ist natürlich rechtsstaatlich. Mit Politik hat es nicht das geringste zu tun.

Die führenden Juristen dieses Landes, gleich ob Angehörige der Regierungsparteien oder der SPD, erklären beschwörend, unser Prozeß sei ein ganz normales Strafverfahren und kein politischer Prozeß, kein Schauprozeß. Man sperrt die Mitglieder eines der höchsten Staatsorgane des Nachbarstaates ein und sagt, das hat mit Politik nichts zu tun. Man wirft den Generalen eines gegnerischen Militärbündnisses militärische Entscheidungen vor und sagt, das hat mit Politik nichts zu tun. Man nennt die heute Verbrecher, die man gestern ehrenvoll als Staatsgäste und Partner in dem gemeinsamen Bemühen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, begrüßt hat. Auch das soll mit Politik nichts zu tun haben.

Man klagt Kommunisten an, die, seit sie auf der politischen Bühne erschienen sind, immer verfolgt wurden, aber heute in, der BRD hat das mit Politik nichts zu tun.

Für mich und, wie ich glaube, für jeden Unvoreingenommenen liegt auf der Hand: Dieser Prozeß ist so politisch, wie ein Prozeß gegen die politische und militärische Führung der DDR nur sein kann. Wer das leugnet, der irrt nicht, sondern der lügt. Er lügt, um das Volk ein weiteres Mal zu betrügen. Mit diesem Prozeß wird das getan, was man uns vorwirft. Man entledigt sich der politischen Gegner mit den Mitteln des Strafrechts, aber natürlich ganz rechtsstaatlich.

Auch andere Umstände lassen unübersehbar erkennen, daß mit dem Prozeß politische Ziele verfolgt werden. Warum war der Bundeskanzler, war Herr Kinkel, der frühere Geheimdienstchef, spätere Justizminister und noch spätere Außenminister der BRD, so darauf aus, mich, koste es, was es wolle, nach Deutschland zurückzuholen und wieder nach Moabit zu bringen, wo ich unter Hitler schon einmal war? Warum ließ mich der Bundeskanzler erst nach Moskau fliegen, um dann Moskau und Chile unter Druck zu setzen, mich entgegen jedem Völkerrecht auszuliefern? Warum mußten russische Ärzte die richtige Diagnose, die sie auf Anhieb gestellt hatten, verfälschen? Warum führt man mich und meine Genossen, denen es gesundheitlich nicht viel besser geht als mir, dem Volke vor wie einst die römischen Cäsaren ihre gefangenen Gegner vorführten?

Ich weiß nicht, ob das alles noch rational zu erklären ist. Vielleicht bewahrheitet sich hier das alte Wort: Wen Gott vernichten will, den schlägt er zuvor mit Blindheit. Es ist doch wohl jedem klar, daß alle diejenigen Politiker, die sich einst um eine Audienz bei mir bemühten und die sich freuten, mich bei sich begrüßen zu dürfen, von diesem Prozeß nicht unbeschadet bleiben. Daß an der Mauer Menschen erschossen wurden, daß ich der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates, der Generalsekretär, der Vorsitzende des Staatsrates der DDR war, der für diese Mauer als höchster lebender Politiker die größte Verantwortung trug, wußte jedes Kind in Deutschland und darüber hinaus. Es gibt demnach nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben die Herren Politiker der BRD bewußt, freiwillig und sogar begierig Umgang mit einem Totschläger gesucht oder sie lassen jetzt bewußt und genußvoll zu, daß Unschuldige des Totschlags bezichtigt werden. Keine dieser beiden Möglichkeiten wird Ihnen zur Ehre gereichen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Wer dieses Dilemma in Kauf nimmt, so oder so ein Mensch ohne Charakter zu sein, ist entweder blind oder verfolgt ein Ziel, das ihm mehr gilt als die Bewahrung seiner Ehre.

Nehmen wir an, daß weder Herr Kohl noch Herr Kinkel noch all die anderen Herren Ministerpräsidenten und Parteiführer der Bundesrepublik Deutschland blind sind (was ich dennoch nicht ausschließen kann), dann bleibt als politisches Ziel dieses Prozesses nur die Absicht, die DDR und damit den Sozialismus in Deutschland total zu diskreditieren. Die Niederlage der DDR und des Sozialismus in Deutschland und in

Europa allein genügt ihnen offenbar nicht. Es soll alles ausgerottet werden, was diese Epoche, in der Arbeiter und Bauern regierten, in einem anderen als furchtbaren, verbrecherischen Licht erscheinen läßt. Total sollen der Sieg der Marktwirtschaft (wie man den Kapitalismus heute euphemistisch nennt) und die Niederlage des Sozialismus sein. Man will, wie es Hitler einst vor Stalingrad sagte, "daß dieser Feind sich nie mehr erheben wird". Die deutschen Kapitalisten hatten eben immer schon einen Hang zum Totalen.

Dieses Ziel des Prozesses, den totgesagten Sozialismus noch einmal zu töten, offenbart, wie Herr Kohl, wie Regierung und Opposition der BRD die Lage einschätzen. Der Kapitalismus hat sich ökonomisch genauso totgesiegt wie sich Hitler einst militärisch totgesiegt hat. Der Kapitalismus ist weltweit in eine ausweglose Lage geraten. Er hat nur noch die Wahl zwischen dem Untergang in einem ökologischen und sozialen Chaos und der Aufgabe des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. dem Sozialismus. Beides bedeutet sein Ende. Nur der Sozialismus erscheint den Herrschenden der Bundesrepublik Deutschland offenbar als die akutere Gefahr. Dem soll dieser Prozeß genauso vorbeugen wie der ganze Feldzug gegen das Andenken an die untergegangene DDR, wie deren Stigmatisierung als "Unrechtsstaat".

Der unnatürliche Tod jedes Menschen in unserem Land hat uns immer bedrückt. Der Tod an der Mauer hat uns nicht nur menschlich betroffen, sondern auch politisch geschädigt. Vor allen anderen trage ich seit Mai 1971 die Hauptlast der politischen Verantwortung dafür, daß auf denjenigen, der die Grenze zwischen der DDR und der BRD, zwischen Warschauer Vertrag und NATO, ohne Genehmigung überschreiten wollte, unter den Bedingungen der Schußwaffengebrauchsbestimmung geschossen wurde. Das ist sicher eine schwere Verantwortung. Ich werde später noch darlegen, warum ich sie auf mich genommen habe. Hier, bei der Bestimmung des politischen Ziels dieses Prozesses, komme ich jedoch nicht umhin, auch festzustellen, mit welchen Mitteln das Prozeßziel Verunglimpfung der DDR erreicht werden soll. Dieses Mittel sind die Toten an der Mauer. Sie sollen und werden diesen Prozeß wie schon vorangegangene Prozesse medienwirksam gestalten. Es fehlen dabei die ermordeten Grenzsoldaten der DDR. Wir und vor allem Sie haben bereits erlebt, wie ohne Rücksicht auf Pietät und Anstand die Bilder der Toten vermarktet wurden. Damit soll Politik gemacht und Stimmung erzeugt werden. Jeder Tote wird so gebraucht, richtiger mißbraucht, im Kampf der Unternehmer um den Erhalt ihres kapitalistischen Eigentums. Denn um nichts anderes geht es bei dem Kampf gegen den Sozialismus. Die Toten sollen die Unmenschlichkeit der DDR und des Sozialismus beweisen und von der Misere der Gegenwart und den Opfern der sozialen Marktwirtschaft ablenken. Das alles geschieht demokratisch, rechtsstaatlich, christlich, human und zum Wohle des deutschen Volkes. Armes Deutschland.

Nun zur Sache selbst. Die Staatsanwälte der Frontstadt klagen uns als gemeine Kriminelle, als Totschläger an. Da wir nun offensichtlich keinen der 68 Menschen, deren Tod uns in der Anklage vorgeworfen wird, persönlich totgeschlagen haben, da wir auch deren Tötung ebenso offensichtlich nicht vorher befohlen oder sonst veranlaßt haben, wirft mir die Anklage auf Seite 9 wörtlich vor:

" ... als Sekretär des NVR und Sekretär für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED (angeordnet zu haben), die Grenzanlagen um Berlin (West) und die Sperranlagen zur Bundesrepublik Deutschland auszubauen, um ein Passieren unmöglich zu machen."

Ferner wirft mir die Anklage vor, in 17 Sitzungen des NVR vom 29.11.1961 bis 1.7.1983 an Beschlüssen teilgenommen zu haben,

- weitere Drahtminensperren zu errichten (wobei das Wort "weitere" erkennen läßt, daß die Streitkräfte der UdSSR vorher schon solche Sperren errichtet hatten)

- das Grenzsicherungssystem zu verbessern, die Schießausbildung der Grenzsoldaten zu verbessern

- Grenzdurchbrüche nicht zuzulassen

- am 3.5.1974 persönlich erklärt zu haben, von der Schußwaffe muß rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, was im übrigen nicht zutrifft

- und dem Entwurf des am 1. Mai 1982 in Kraft getretenen Grenzgesetzes zugestimmt zu haben.

Die Vorwürfe gegen mich bzw. gegen uns richten sich also gegen Beschlüsse des NVR, gegen Beschlüsse eines verfassungsmäßigen Organs der DDR. Gegenstand des Verfahrens ist somit die Politik der DDR, das Bemühen des NVR, die DDR als Staat zu verteidigen und zu erhalten. Diese Politik soll durch dieses

Verfahren kriminalisiert werden. Damit soll die DDR als "Unrechtsstaat" gebrandmarkt und alle, die ihr dienten, zu Verbrechern gestempelt werden. Die Verfolgung von zehntausenden und unter Umständen hunderttausenden DDR-Bürgern, von denen die Staatsanwaltschaft jetzt schon spricht, ist das Ziel dieses Verfahrens, das durch "Pilotverfahren" gegen Grenzsoldaten vorbereitet sowie von unzähligen die DDR-Bürger diskriminierenden anderen Gerichtsverfahren vor Zivil-, Sozial-, Arbeits- und Verwaltungsgerichten und von zahlreichen Verwaltungsakten begleitet wird. Es geht also nicht um mich oder um uns, die wir in diesem Prozeß angeklagt sind. Es geht um viel mehr. Es geht um die Zukunft Deutschlands, Europas, ja der Welt, die mit der Beendigung des Kalten Krieges, mit dem neuen Denken so glücklich zu beginnen schien. Hier wird nicht nur der Kalte Krieg fortgesetzt, hier soll ein Grundstein für ein Europa der Reichen gelegt werden. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit soll wieder einmal endgültig erstickt werden. Unsere Brandmarkung als Totschläger soll dazu ein Mittel sein.

Ich bin der letzte, der gegen sittliche und rechtliche Maßstäbe zur Be- oder auch Verurteilung von Politikern ist. Nur müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:

Die Maßstäbe müssen exakt vorher formuliert sein. Sie müssen für alle Politiker gleichermaßen gelten. Ein überparteiliches Gericht, also ein Gericht, das weder mit Freunden noch Feinden der Angeklagten besetzt ist, muß entscheiden.

Mir scheint, das alles dies einerseits selbstverständlich, andererseits aber in der heutigen Welt noch nicht machbar ist. Wenn Sie heute dennoch über uns zu Gericht sitzen, so tun Sie das als Gericht der Sieger über uns Besiegte. Dies ist ein Ausdruck der realen Machtverhältnisse, aber nicht ein Akt, der irgendeinen Anspruch auf Geltung vor überpositivem Recht oder überhaupt Recht für sich beanspruchen kann.

Das allein könnte schon genügen, um darzulegen, daß die Anklage ein Unrechtsakt ist. Doch da wir die Auseinandersetzung auch im Detail nicht scheuen, will ich im einzelnen darlegen, was die Anklage, sei es aus böser Absicht, sei es aus Verblendung nicht darlegt.

Wie bereits zitiert, beginnt die Anklage die chronologische Aufzählung der Vorwürfe gegen uns mit den Worten:

"Am 12. August 1961 ordnete der Angeschuldigte Honecker als Sekretär des NVR und Sekretär für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED an, die Grenzanlagen um Berlin (West) und die Sperranlagen zur Bundesrepublik Deutschland auszubauen, um ein Passieren unmöglich zu machen."

Diese historische Sicht der Dinge spricht für sich. Der Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK der SED ordnete 1961 ein welthistorisches Ereignis an. Das übertrifft noch die Selbstironie der DDR-Bürger, die die DDR als die größte DDR der Welt bezeichneten. Wenn auch heute Enno von Löwenstein die DDR zu einem "großen Land" machen will, um den Sieg der BRD entsprechend gewichtiger darstellen zu können, so versucht doch nicht einmal dieser Rechtsaußen des politischen deutschen Journalismus die DDR zur Weltmacht hochzustilisieren. Das bleibt der "objektivsten Behörde der Welt", der Staatsanwaltschaft, vorbehalten. Jeder macht sich vor der Geschichte so lächerlich, wie er will und kann.Wahr ist, daß der Bau der Mauer auf einer Sitzung der Staaten des Warschauer Vertrages am 05.08.1961 in Moskau beschlossen wurde. In diesem Bündnis sozialistischer Staaten war die DDR ein wichtiges Glied, aber nicht die Führungsmacht. Dies dürfte gerichtsbekannt sein, und braucht wohl nicht bewiesen zu werden.

Da wir - wie ich schon sagte - offensichtlich niemand persönlich totgeschlagen noch den Totschlag eines Menschen unmittelbar befohlen haben, wird der Bau der Mauer, ihre Aufrechterhaltung und die Durchsetzung des Verbots, die DDR ohne staatliche Genehmigung zu verlassen, als Tötungshandlung angesehen. Mit Politik soll das alles nichts zu tun haben. Die deutsche Jurisprudenz macht das möglich. Nur vor der Geschichte und dem gesunden Menschenverstand wird sie damit nicht bestehen. Sie wird nur ein weiteres Mal demonstrieren, woher sie kommt, wes Geistes Kind sie ist und wohin Deutschland zu gehen im Begriffe steht.

Wir alle, die wir in den Staaten des Warschauer Vertrages damals Verantwortung trugen, trafen diese politische Entscheidung gemeinsam. Ich sage das nicht, um mich zu entlasten und die Verantwortung auf andere abzuwälzen; ich sage es nur, weil es so und nicht anders war, und ich stehe dazu, daß diese Entscheidung damals, 1961, richtig war und richtig blieb, bis die Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR beendet war. Eben diese politische Entscheidung und die Überzeugungen, die ihr zugrunde liegen,

sind der Gegenstand dieses Prozesses. Man muß schon blind sein oder bewußt vor den Geschehnissen der Vergangenheit die Augen verschließen, um diesen Prozeß nicht als politischen Prozeß der Sieger über die Besiegten zu erkennen, um nicht zu erkennen, daß er eine politisch motivierte Entstellung der Geschichte bedeutet.

Wenn Sie diese politische Entscheidung für falsch halten und mir und meinen Genossen die Toten an der Mauer zum strafrechtlichen Vorwurf machen, dann sage ich Ihnen, die Entscheidung, die Sie für richtig halten, hätte Tausende oder Millionen Tote zur Folge gehabt. Das war und das ist meine Überzeugung und, wie ich annehme, auch die Überzeugung meiner Genossen. Wegen dieser politischen Überzeugung stehen wir hier vor Ihnen. Und wegen Ihrer andersartigen politischen Überzeugung werden Sie uns verurteilen.

Wie und warum es zum Bau der Mauer gekommen ist, interessiert die Staatsanwaltschaft nicht. Kein Wort steht darüber in der Anklage. Die Ursachen und Bedingungen werden unterschlagen, die Kette der historischen Ereignisse wird willkürlich zerrissen. Erich Honecker hat die Mauer gebaut und aufrechterhalten. Basta. So einfach vermag der bundesdeutsche Jurist die Geschichte zu sehen und darzustellen. Hauptsache, der Kommunist wird zum Kriminellen gestempelt und als solcher verurteilt. Dabei kann doch jeder Deutsche wissen, wie es zur Mauer kam und warum dort geschossen wurde. Da die Anklage so tut, als sei es dem Sozialismus eigen, Mauern zu bauen und daran Menschen erschießen zu lassen, und als trügen solche "verbrecherischen" Einzelpersonen wie ich und meine Genossen dafür die Verantwortung, muß ich, ohne Historiker zu sein, die Geschichte, die zur Mauer führte, rekapitulieren.

Der Ursprung liegt weit zurück. Er beginnt mit der Entstehung des Kapitalismus und des Proletariats. Der unmittelbare Beginn des Elends der deutschen Geschichte der Neuzeit ist das Jahr 1933. 1933 haben bekanntlich sehr viele Deutsche in freien Wahlen die NSDAP gewählt und der Reichspräsident Hindenburg, der schon 1932 ebenfalls frei gewählt worden war, hat Adolf Hitler dann ganz demokratisch zum Reichskanzler berufen. Anschließend haben die politischen Vorläufer unserer etablierten Parteien mit Ausnahme der SPD dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, das Hitler diktatorische Vollmachten verlieh. Nur die Kommunisten hatten vor den genannten Wahlen gesagt: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg." Bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz waren die kommunistischen Abgeordneten bereits aus dem Reichstag entfernt. Viele Kommunisten waren inhaftiert oder lebten illegal. Schon damals begann mit dem Verbot der Kommunisten der Untergang der Demokratie in Deutschland.

Kaum war Hitler Reichskanzler, erlebte Deutschland sein erstes Wirtschaftswunder. Die Arbeitslosigkeit wurde überwunden, die Anrechtscheine auf Volkswagen wurden verkauft, die kochende Volksseele führte zur Vertreibung und Ermordung der Juden. Das deutsche Volk war in seiner Mehrheit glücklich und zufrieden.

Als der zweite Weltkrieg ausgebrochen war und die Fanfaren die Siege in den Blitzkriegen gegen Polen, Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland vermeldeten, kannte die Begeisterung keine Grenzen. Die Herzen fast aller Deutschen schlugen für ihren Kanzler, für den größten Führer aller Zeiten. Kaum einer dachte daran, daß das Tausendjährige Reich nur zwölf Jahre bestehen würde.

Nachdem 1945 alles in Scherben lag, gehörte nicht die ganze Welt Deutschland (wie es in einem bekannten Nazilied vorausgesungen wurde), sondern Deutschland gehörte den Alliierten. Deutschland war in vier Zonen geteilt. Freizügigkeit gab es nicht. Dieses Menschenrecht galt damals bei den Allierten noch nicht. Es galt nicht einmal für die deutschen Emigranten, die wie Gerhart Eisler aus den USA nach Deutschland zurückkehren wollten.

In den USA gab es damals Pläne (z.B. den Morgenthauplan), Deutschland für dauernd in mehrere Staaten aufzuteilen. Diese Pläne gaben Stalin Veranlassung zu seinem oft zitierten Satz: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben." Die damals von der UdSSR angestrebte Erhaltung der Einheit Deutschlands kam jedoch nicht zustande. Deutschland wurde im Ergebnis des 1947 von den USA ausgerufenen Kalten Krieges auf dem Wege über die Bildung der Bizone, der Trizone, die separate Währungsreform und schließlich die Bildung der Bundesrepublik im Mai 1949 für lange Zeit zweigeteilt. Diese Teilung war, wie die zeitliche Abfolge beweist, nicht das Werk der Kommunisten, sondern das Werk der westlichen Alliierten und Konrad Adenauers. Die Bildung der DDR war eine zeitliche und logische Folge der Bildung der BRD. Nunmehr existierten zwei deutsche Staaten nebeneinander. Die BRD war jedoch nicht

gewillt, die DDR anzuerkennen und mit ihr friedlich zu leben. Sie erhob vielmehr für ganz Deutschland und alle Deutschen den Alleinvertretungsanspruch. Sie verhängte mit Hilfe ihrer Verbündeten über die DDR ein Wirtschaftsembargo und versuchte so, die DDR wirtschaftlich und politisch zu isolieren. Es war eine Politik der nichtkriegerischen Aggression, die die BRD gegen die DDR führte. Es war dies die Form des kalten Krieges auf deutschem Boden. Es war diese Politik, die zur Mauer führte.

Nachdem die BRD der NATO beigetreten war, schloß sich die DDR dem Warschauer Vertrag an. Damit standen sich beide deutschen Staaten als Mitglieder feindlicher Militärbündnisse feindlich gegenüber.

Die BRD war der DDR nach der Zahl ihrer Bevölkerung, nach ihrer Wirtschaftskraft und nach ihren politischen und ökonomischen Verbindungen in vielfacher Hinsicht überlegen. Die BRD hatte durch den Marshallplan und durch geringere Reparationsleistungen weniger an den Kriegsfolgen zu tragen. Sie hatte mehr Naturreichtümer und ein größeres Territorium. Sie nutzte diese vielfache Überlegenheit gegenüber der DDR in jeder Hinsicht, besonders aber dadurch aus, daß sie DDR-Bürgern materielle Vorteile versprach, wenn sie ihr Land verließen. Viele DDR-Bürger erlagen dieser Versuchung und taten das, was die Politiker der BRD von ihnen erwarteten: Sie "stimmten mit den Füßen ab". Der wirtschaftliche Erfolg verlockte die Deutschen nach 1945 nicht weniger, als er sie nach 1933 verlockt hatte.

Die DDR und die mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Vertrages gerieten in eine schwierige Situation. Die Politik des roll back schien in Deutschland zum Erfolg zu führen. Die NATO schickte sich an, ihren Einflußbereich bis an die Oder zu erweitern.

Durch diese Politik entstand 1961 eine Spannungssituation in Deutschland, die den Weltfrieden gefährdete. Die Menschheit stand am Rande eines Atomkrieges. In dieser Situation also beschlossen die Staaten des Warschauer Vertrages den Bau der Mauer. Niemand faßte diesen Entschluß leichten Herzens. Er trennte nicht nur Familien, sondern er war auch das Zeichen einer politischen und wirtschaftlichen Schwäche des Warschauer Vertrages gegenüber der NATO, die nur mit militärischen Mitteln ausgeglichen werden konnte.

Bedeutende Politiker außerhalb Deutschlands, aber auch in der BRD, erkannten nach 1961 an, daß der Bau der Mauer die Weltlage entspannt hatte.

Franz Josef Strauß schrieb in seinen Erinnerungen: "Mit dem Bau der Mauer war die Krise, wenn auch in einer für die Deutschen unerfreulichen Weise, nicht nur aufgehoben, sondern eigentlich auch abgeschlossen." (Seite 390) Vorher hat er über den geplanten Atombombenabwurf im Gebiet der DDR berichtet. (Seite 388)

Aus meiner Sicht hätte es weder den Grundlagenvertrag noch Helsinki, noch die Einheit Deutschlands gegeben, wenn damals die Mauer nicht gebaut oder wenn sie vor der Beendigung des Kalten Krieges abgerissen worden wäre. Deswegen meine ich, daß ich genauso wie meine Genossen, nicht nur keine juristische, sondern auch keine politische und keine moralische Schuld auf mich geladen habe, als ich zur Mauer ja sagte und dabei blieb.

Es ist in der Geschichte Deutschlands sicher nur am Rande zu vermerken, daß jetzt viele Deutsche sowohl aus dem Westen wie aus dem Osten sich die Mauer wiederwünschen.

Fragen muß man aber auch, was geschehen wäre, wenn wir uns so verhalten hätten, wie das die Anklage als selbstverständlich voraussetzt. Das heißt, wenn wir die Mauer nicht gebaut, die Ausreise aus der DDR jedem zugebilligt und damit freiwillig die DDR schon 1961 aufgegeben hätten. Man muß nicht spekulieren, um sich die Ergebnisse einer solchen Politik vorzustellen. Man muß nur wissen, was 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR geschehen ist. Genauso wie dort hätten auch 1961 in der DDR die ohnehin anwesenden sowjetischen Truppen interveniert. Auch in Polen rief 1981 Jaruszelski das Kriegsrecht aus, um eine solche Intervention zu verhindern.

Eine derartige Zuspitzung der Ereignisse, wie sie von der Anklage als selbstverständliche politische, moralische und juristische Aktion von uns verlangt wird, hätte das Risiko eines dritten Weltkrieges bedeutet. Dieses Risiko wollten, konnten und durften wir nicht eingehen. Wenn das in Ihren Augen ein Verbrechen ist, so werden Sie sich vor der Geschichte mit Ihrem Urteil selbst richten. Das wäre an sich nicht bedeutungsvoll. Bedeutungsvoll ist jedoch, daß Ihr Urteil ein Signal sein wird, das die alten Fronten erneut aufreißt, statt sie zu schließen. Sie demonstrieren damit im Angesicht eines drohenden ökologischen Kollapses der Welt die alte

Klassenkampfstrategie der 30er Jahre und die Machtpolitik, die Deutschland seit dem eisernen Kanzler berühmt gemacht hat.

Wenn Sie uns wegen unserer politischen Entscheidung von 1961 bis 1989 verurteilen, und ich gehe davon aus, daß Sie das tun werden, so fällen Sie Ihr Urteil nicht nur ohne rechtliche Grundlage, nicht nur als ein parteiisches Gericht, sondern auch unter völliger Außerachtlassung der politischen Gepflogenheiten und Verhaltensweisen derjenigen Länder, die als Rechtsstaaten Ihren höchsten Respekt genießen. Ich will und kann in diesem Zusammenhang nicht alle Fälle aufzählen, in denen politische Entscheidungen in diesen 28 Jahren Menschenleben gefordert haben, weil ich Ihre Zeit und Ihre Sensibilität nicht überstrapazieren will. Auch kann ich mich nicht mehr an alles erinnern. Nur folgendes will ich erwähnen:

1964 entschied der damalige Präsident der USA, Kennedy, Truppen nach Vietnam zu entsenden, um an Stelle der besiegten Franzosen bis 1973 Krieg gegen die um ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Vietnamesen zu führen. Diese Entscheidung des Präsidenten der USA, die eine eklatante Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts beinhaltete, wurde von der Regierung der BRD in keiner Form kritisiert. Die Präsidenten der USA Kennedy, Johnson und Nixon wurden vor kein Gericht gestellt, auf ihre Ehre fiel, zumindest wegen dieses Krieges, kein Schatten. Dabei hatte kein US-amerikanischer und kein vietnamesischer Soldat die Freiheit, zu entscheiden, ob er sich wegen dieses ungerechten Krieges in Lebensgefahr begeben will oder nicht.

1982 setzte England Truppen gegen Argentinien ein, um die Falklandinseln als Kolonie für das Empire zu erhalten. Die "Eiserne Lady" sicherte sich damit einen Wahlsieg, und ihr Ansehen wurde dadurch, auch nachdem sie abgewählt worden ist, nicht beschädigt. Von Totschlag keine Rede.

1983 befahl der Präsident Reagan seinen Truppen die Besetzung von Grenada. Niemand genießt in Deutschland höheres Ansehen als dieser Präsident der USA. Keine Frage, daß die Opfer dieses Unternehmens rechtens zu Tode gekommen sind.

1986 ließ Reagan die Städte Tripolis und Bengasi in einer Strafaktion bombardieren, ohne zu fragen, ob seine Bomben Schuldige oder Unschuldige trafen.

1989 ordnete Präsident Bush an, General Noriega aus Panama mit Waffengewalt zu entführen. Tausende unschuldige Panamesen wurden dabei getötet. Wiederum fiel auf den Präsidenten der USA kein Makel, geschweige denn, daß er wegen Totschlags oder Mordes angeklagt wurde.

Die Aufzählung ließe sich beliebig erweitern. Von dem Verhalten Englands in Irland überhaupt nur zu sprechen, dürfte als unanständig gelten.

Nach dem, was die Waffen der Bundesrepublik Deutschland unter türkischen Kurden oder der schwarzen Bevölkerung Südafrikas anrichten, werden zwar rhetorische Fragen gestellt, doch niemand zählt die Toten, und niemand nennt die Schuldigen.

Ich habe hier nur die als besonders rechtsstaatlich anerkannten Staaten mit nur einigen ihrer politischen Entscheidungen aufgezählt. Jeder kann vergleichen, wie sich diese Entscheidungen zu der Entscheidung verhalten, an der Grenze des Warschauer Vertrages und der NATO eine Mauer zu errichten.

Sie werden sagen, daß Sie über die Handlungen in anderen Ländern nicht entscheiden können und dürfen. Sie werden sagen, daß Sie das alles nicht interessiert. Doch ich meine, das Urteil der Geschichte über die DDR kann nicht gefällt werden, ohne daß die Ereignisse Berücksichtigung finden, die sich in der Zeit der Existenz der DDR auf Grund der Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken in anderen Ländern abspielten. Ich meine darüber hinaus auch, daß politische Handlungen nur aus dem Geist ihrer Zeit zu beurteilen sind. Wenn Sie die Augen davor verschließen, was von 1961 bis 1989 in der Welt außerhalb Deutschlands passierte, können Sie kein gerechtes Urteil fällen.

Auch wenn Sie sich auf Deutschland beschränken und die politischen Entscheidungen in beiden deutschen Staaten einander gegenüberstellen, würde eine ehrliche und objektive Bilanz zugunsten der DDR ausfallen. Wer seinem Volk das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung verweigert, wie das in der BRD der Fall ist, nimmt in Kauf, daß zahlreichen Menschen ihre Existenz genommen wird und sie keinen anderen Ausweg sehen, als aus dem Leben zu scheiden. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Drogenmißbrauch,

Beschaffungskriminalität, Kriminalität überhaupt sind alle das Ergebnis der politischen Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft. Selbst anscheinend so politisch neutrale Entscheidungen wie die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen sind Folgen einer Staatsverfassung, in der nicht die freigewählten Politiker, sondern die nichtgewählten Wirtschaftsbosse das Sagen haben. Wenn die Abteilung Regierungskriminalität des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht ihre Aufmerksamkeit einmal hierauf richten würde, hätte ich bald die Möglichkeit, den Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland wieder wie früher die Hand zu schütteln. - Diesmal allerdings in Moabit. Das wird natürlich nicht geschehen, weil die Toten der Marktwirtschaft alle rechtens ihr Leben verloren.

Ich bin nicht derjenige, der die Bilanz der Geschichte der DDR ziehen kann. Die Zeit dafür ist noch nicht gekommen. Die Bilanz wird später und von anderen gezogen werden.

Ich habe für die DDR gelebt. Ich habe insbesondere seit Mai 1971 einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für ihre Geschichte getragen. Ich bin also befangen und darüber hinaus durch Alter und Krankheit geschwächt. Dennoch habe ich am Ende meines Lebens die Gewißheit, die DDR wurde nicht umsonst gegründet. Sie hat ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus. Sie war ein Experiment, das gescheitert ist. Doch noch nie hat die Menschheit wegen eines gescheiterten Experiments die Suche nach neuen Erkenntnissen und Wegen aufgegeben. Es ist nun zu prüfen, warum das Experiment scheiterte. Sicher scheiterte es auch, weil wir, ich meine damit die Verantwortlichen in allen europäischen sozialistischen Ländern, vermeidbare Fehler begangen haben. Sicher scheiterte es in Deutschland unter anderem auch deswegen, weil die Bürger der DDR wie andere Deutsche vor ihnen eine falsche Wahl trafen und weil unsere Gegner noch übermächtig waren. Die Erfahrungen aus der Geschichte der DDR werden mit den Erfahrungen aus der Geschichte der anderen ehemaligen sozialistischen Länder für die Millionen in den noch existierenden sozialistischen Ländern und für die Welt von morgen insgesamt nützlich sein. Wer seine Arbeit und sein Leben für die DDR eingesetzt hat, hat nicht umsonst gelebt. Immer mehr "Ossis" werden erkennen, daß die Lebensbedingungen in der DDR sie weniger deformiert haben als die "Wessis" durch die "soziale" Marktwirtschaft deformiert worden sind, daß die Kinder in der DDR in Krippen, in Kindergärten und Schulen sorgloser, glücklicher, gebildeter und freier aufwuchsen als die Kinder in den von Gewalttaten beherrschten Schulen, Straßen und Plätzen der BRD. Kranke werden erkennen, daß sie in dem Gesundheitswesen der DDR trotz technischer Rückstände Patienten und nicht kommerzielle Objekte für das Marketing von Ärzten waren. Künstler werden begreifen, daß die angebliche oder wirkliche DDR-Zensur nicht so kunstfeindlich war wie die Zensur des Marktes. Staatsbürger werden spüren, daß die DDR-Bürokratie plus der Jagd auf knappe Waren nicht so viel Freizeit erforderte, wie die Bürokratie der BRD. Arbeiter und Bauern werden erkennen, daß die BRD ein Staat der Unternehmer (sprich Kapitalisten) ist und daß die DDR sich nicht ohne Grund einen Arbeiter-und-Bauern-Staat nannte. Frauen werden die Gleichberechtigung und das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen, die sie in der DDR hatten, jetzt höher schätzen. Viele werden nach der Berührung mit dem Gesetz und dem Recht der BRD mit Frau Bohley, die uns Kommunisten verdammt, sagen: "Gerechtigkeit haben wir gewollt. Den Rechtsstaat haben wir bekommen." Viele werden auch begreifen, daß die Freiheit, zwischen CDU/CSU, SPD und FDP zu wählen, nur die Freiheit zu einer Scheinwahl bedeutet. Sie werden erkennen, daß sie im täglichen Leben, insbesondere auf ihrer Arbeitsstelle, in der DDR ein ungleich höheres Maß an Freiheit hatten, als sie es jetzt haben. Schließlich werden die Geborgenheit und Sicherheit, die die kleine und im Verhältnis zur BRD arme DDR ihren Bürgern gewährte, nicht mehr als Selbstverständlichkeit mißachtet werden, weil der Alltag des Kapitalismus jetzt jedem deutlich macht, was sie in Wahrheit wert sind.

Die Bilanz der 40jährigen Geschichte der DDR sieht anders aus, als sie von den Politikern und Medien der BRD dargestellt wird. Der wachsende zeitliche Abstand wird das immer deutlicher machen.

Der Prozeß gegen uns Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR soll ein Nürnberger Prozeß gegen Kommunisten werden. Dieses Unternehmen ist zum Scheitern verurteilt. In der DDR gab es keine Konzentrationslager, keine Gaskammern, keine politischen Todesurteile, keinen Volksgerichtshof, keine Gestapo, keine SS. Die DDR hat keinen Krieg geführt und keine Kriegs- oder Menschlichkeitsverbrechen begangen. Die DDR war ein konsequent antifaschistischer Staat, der wegen seines Eintretens für den Frieden hohes internationales Ansehen besaß.

Der Prozeß gegen uns als die "Großen" der DDR soll dem Argument entgegengesetzt werden, "die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen". Das Urteil über uns soll damit den Weg völlig frei machen, um auch die Kleinen zu "hängen". Schon bisher hat man sich allerdings hierbei wenig Zwang auferlegt.

Der Prozeß soll die Grundlage für die Brandmarkung der DDR als "Unrechtsstaat" bilden. Ein Staat, der von solchen "Verbrechern" wie uns, von "Totschlägern" regiert wurde, kann nur ein "Unrechtsstaat" sein. Wer ihm nahestand, wer ein pflichtbewußter Bürger der DDR war, soll mit einem Kainszeichen gebrandmarkt werden. Ein Unrechtsstaat kann natürlich nur von "verbrecherischen Organisationen" wie dem MfS, der SED usw. geführt und gestützt worden sein. Kollektivschuld, kollektive Verurteilung soll an die Stelle individueller Verantwortlichkeit treten, um das Fehlen von Beweisen für die behaupteten Verbrechen zu verschleiern. Pfarrer aus der DDR geben ihren Namen für eine neue Inquisition, für eine moderne Hexenjagd. Millionen werden so gnadenlos ausgegrenzt, aus der Gesellschaft ausgestoßen. Vielen werden die Existenzmöglichkeiten bis aufs äußerste eingeschränkt. Es reicht, als IM registriert worden zu sein, um den bürgerlichen Tod zu erleiden. Der Journalist als Denunziant wird hoch gelobt und reich entlohnt, nach seinem Opfer fragt niemand. Die Zahl der Selbstmorde ist tabu. Das alles unter einer Regierung, die sich christlich und liberal nennt, sowie mit Duldung, ja sogar Unterstützung einer Opposition, die diesen Namen ebenso wenig verdient wie die Bezeichnung "sozial". - Das alles geschieht mit dem selbstverliehenen Gütesiegel des Rechtsstaats.

Der Prozeß offenbart seine politische Dimension auch als Prozeß gegen Antifaschisten. Zu einer Zeit, in der der rechte neonazistische Mob ungestraft auf den Straßen tobt, Ausländer verfolgt und wie in Mölln ermordet werden, zeigt der Rechtsstaat seine ganze Kraft bei der Verhaftung demonstrierender Juden und eben bei der Verfolgung von Kommunisten. Hier fehlt es auch nicht an Beamten und Geld. Das alles hatten wir schon einmal.

Resümiert man den politischen Gehalt dieses Prozesses, so stellt er sich als Fortsetzung des Kalten Krieges, als Negierung des neuen Denkens dar. Er enthüllt den wahren politischen Charakter dieser Bundesrepublik. Die Anklage, die Haftbefehle und der Beschluß des Gerichts über die Zulassung der Anklage sind geprägt vom Geist des Kalten Krieges. Die Präjudizien zu den Gerichtsentscheidungen gehen auf das Jahr 1964 zurück. Die Welt hat sich seitdem geändert, aber die deutsche Justiz führt politische Prozesse, als regiere noch Wilhelm II. Sie hat die vorübergehende liberale politische "Schwäche", die sie nach 1968 überfiel, wieder überwunden und ihre alte antikommunistische Hochform wiedergewonnen. Uns schalt man "Betonköpfe" und warf uns Reformunfähigkeit vor. - In diesem Prozeß wird demonstriert, wo die Betonköpfe herrschen und wer reformunfähig ist. Nach außen ist man zwar äußerst geschmeidig, wird Gorbatschow die Ehrenbürgerschaft von Berlin verliehen, wird gnädig verziehen, daß er einst die sogenannten Mauerschützen durch seinen Eintrag in ihr Ehrenbuch belobigte, aber nach innen ist man "hart wie Kruppstahl". Den einstigen Verbündeten von Gorbatschow stellt man dagegen vor Gericht. Gorbatschow und ich gehörten beide der kommunistischen Weltbewegung an. Es ist bekannt, daß wir in einigen wesentlichen Punkten verschiedener Meinung waren. Doch unsere Differenzen waren aus meiner damaligen Sicht geringer als unsere Gemeinsamkeiten. Mich hat der Bundeskanzler nicht mit Goebbels verglichen, und ich hätte ihm das auch nicht verziehen. Weder für den Bundeskanzler noch für Gorbatschow ist dieses Strafverfahren ein Hindernis für ihre Duzfreundschaft. Auch das ist kennzeichnend.

Ich bin am Ende meiner Erklärung. Tun Sie, was Sie nicht lassen können.

# 41. Deutscher November 1992. (Aus "Bahamas", Organ der Gruppe K)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:13

Diese Seite wurde von Mitgliedern der Gruppe K gestaltet. Nach Beendigung des "Dach-ak" haben wir mit der Gruppe K vereinbart, daß sie bis zu dreimal auf jeweils einer ak-Seite über den Stand ihrer publizistischen Projekte informieren kann.

ak-Redaktion

Deutscher November 1992

(...) Die Berliner Demo vom 8. November: Und dabei "hätte es so schön sein können" (Erich Rathfelder am Tag nach der Demo in der TAZ). Mehr als eine halbe Million Menschen hatten an den beiden Wochenenden zuvor für das "anständige Deutschland", für die Guten hier im Lande, für Menschenwürde und Asylrecht in "ziviler Heiterkeit" (Klaus Hartung) demonstriert. Wenn nicht, ja, wenn nicht zwei völlig verschiedene Ereignisse dieses Bild befleckt und die "Schande für Deutschland" erneut augenfällig gemacht hätten. In dem einen Fall die Eier von Berlin, im anderen die Morde von Mölln. Die einen, die effektiven Eierwerfer, haben nicht nur nachhaltig die Reklameinszenierung für das Ausland, sondern auch die volksgemeinschaftliche Befindlichkeit von regierenden und regierten Demokraten und die Selbstberuhigung des eher "linken" Teils dieser Gesellschaft - hier demonstriert die "schweigende Mehrheit", das "bessere Deutschland" - gestört. Die anderen, die Mörder von Mölln, haben brutal in Erinnerung gerufen, daß sich der deutsche Rassismus und Antisemitismus trotz "liebenswerter" Großdemonstrationen nicht nach dem Muster der alten, nationalistischen BRD-Friedensbewegung wegdemonstrieren läßt, schon gar nicht in der Aktionseinheit von vielen sehr wohlmeinenden Menschen mit Rassisten und den Staatsrassisten, weil der Rassismus mittlerweile als organisierter Faschismus mit ideeller Basis in der Bevölkerung verankert ist.

Aufgeregt waren die Reaktionen auf die Berliner Eier, eine Aufregung von einem Ausmaß, wie sie keine reale oder versuchte Mordaktion gegen Nichtdeutsche bis dahin erzeugt hatte. Diejenigen, die heute ein Konsens eint, nämlich, daß das "Problem" der Flüchtlinge eine nationalverträgliche Lösung braucht, schrien am lautesten auf. Und das meint nicht nur die als Regierungslenker bewährten Volksparteien CDU und SPD, die FDP und die rechtsextremistische CSU, das meint auch erhebliche Teile des alternativen und linken Spektrums. Das größte Anti-Eier-Gegeifer kam von der TAZ und den Grünen (Konrad Weiß: "Linksfaschismus", Werner Schulz: erhob "Dienstaufsichtsbeschwerde" gegen die Berliner Polizeiführung wegen Versagens gegen Eierwerfer), die sehr wohl wissen warum. Nicht nur sind sie an Überlegungen zur "Lösung" der "Flüchtlingsfrage" beteiligt: ob Cohn-Bendit gleich nach Hoyerswerda Grundgesetzänderung forderte, oder Parteisprecher Ludger Volmer in seinem Offenen Brief an den SPD-Parteitag die "gesellschaftspolitischen Probleme der Zuwanderung" anerkennt und sie künftig "einer Regelung" und nicht dem Selbstlauf überlassen" will, oder Rupert von Plottnitz in Hessen die Aufnahme von Flüchtlingen "in geschlossene Lager befürwortet", weil dann die Abschiebung "direkt aus den Lagern möglich wäre". Sondern die Grünen tragen heute bereits direkte "Lösungsmitverantwortung" in der "Ausländerpolitik" als Regierungszuständige in Hessen und Bremen (Senatorin Helga Trüpel: "Die Linke hat den Asylmißbrauch zu lange geleugnet"). Die Grünen sahen damit zu Recht auch ihren Anteil am staatstragenden Rassismus mit Eiern bekleckert.

Wenn Erich Rathfelder in der TAZ ("Der Traum ist aus") die Zerstörung der Volksgemeinschaft gegen den Rechtsextremismus und die Verhinderung jener Weizsäcker-Worte zur Asyldebatte beklagt, mit denen dieser "die richtigen Signale" gesetzt hätte, "um der gesamtgesellschaftlichen Diskussion wieder Halt und Boden zu verleihen", so hat er damit exakt die Richtigkeit der Eierwürfe herausgearbeitet. Nehmen wir den präsidialen Wortsülze-Produzenten Weizsäcker beim Wort. Daß "wir uns heute hier versammelt haben, weil uns unser Land am Herzen liegt. Und weil wir uns um Deutschland sorgen", war sein erster Satz, der auf das "Rationale" (Rathfelder) in der Asyldebatte hinsteuerte. "Jetzt müssen wir mit den neuen Herausforderungen fertig werden, mit der Zuwanderung und dem Asyl einerseits und andererseits mit der extremistischen Gewalt". Er will beides nicht "vermischen oder gar gleichsetzen", aber er will es dennoch in Abhängigkeit voneinander bringen. Dieses "einerseits und andererseits", und nicht die vielfach geäußerten Proteste gegen "Überspitzungen" und

"Hemmungslosigkeiten" der Regierenden in der Asyldebatte, war der tragende Konsens der Berliner Demo, unter dem das übliche Meinungsspektrum sich zusammenfand, bei deutlichem Übergewicht eines vor zehn bis zwanzig Jahren demonstrationserprobten Potentials, das sich offenkundig für den heutigen deutschen Staat tragend hält, und ihn nicht mehr in Frage stellt. Was hatte ihnen ihre Überfigur Weizsäcker zu empfehlen? "Weil wir für den massenhaften Zustrom bisher keine brauchbaren Rechtsregeln haben, sondern nur das Asyl, preßt sich nun alles durch dieses dafür gar nicht geschaffene Asylnadelöhr", also jene so oft beschworene Ursache des Rechtsextremismus. Zwar will Weizsäcker die "armen Menschen" nicht als "Asylbetrüger beschimpfen", doch "haben wir Politiker die dringliche Pflicht, ein System zu schaffen, das die Zuwanderung steuert und begrenzt und zugleich das wahre Asylrecht schützt".

Was aber ist das anderes, als die Behauptung, daß die "Probleme der Deutschen" eine äußere Angelegenheit sind? Was ist das anderes als ein Plädoyer für das Kopfgeldabkommen der Bundesrepublik mit Rumänien zur Deportation der Roma und Sinti? Was ist das anderes, als das sich rational, aufgeklärt und vernünftig gebende Konzept von Zuwanderung als zu steuerndes Mittel für den Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft, die Einteilung in nützliche und nutzlose Ausländer, die wie beispielsweise Roma und Sinti in diesen Kapitalverwertungsprozeß nicht hineinpassen? Und so etwas soll nicht mit Eiern und Trillerpfeifen beantwortet werden? (...)

Wundern tut es eigentlich nicht, daß es die sich an nahezu jedem Massenauflauf berauschenden Zeitungen "SOZ" und "ak" sind, die sich von der Störung dieser "antifaschistischen Massenkundgebung mit beschränkter Haftung" (SOZ) distanzierten und die "höchst unerfreulichen Bilder" beklagten, daß Weizsäcker "hinter Polizeischildern für die Toleranz plädieren" mußte ("ak - analyse und kritik") (1), dem die Berliner Demo "eine äußerst zwiespältige Angelegenheit" war. Er beklagt auch, daß "Masse nicht alles ausmacht, gerade wenn die Inhalte darunter leiden". Doch akzeptiert er den dominanten, staatstragenden, "gemäßigten" Rassismus, der den Boden für die heutigen Faschisten bereitet, mit der Notwendigkeit von "Einheitsfront und linker Bündnispolitik" gegen seine schlimmere Variante. Die "SOZ" wirft den Autonomen gar "eine neue Art von Sozialfaschismustheorie" vor und phantasiert davon, die "bündnispolitische Sprachlosigkeit zwischen Gewerkschaften und Autonomen" zu überwinden.

Nun interessiert die Massen und die Träger solcher Demonstrationen zwar herzlich wenig, was "SOZ" und "ak" schreiben. Ihr Einfluß auf "Volks-" oder "Einheitsfront" - wie VSP und Ex-KB ihre Diskussion um die Großdemos titulieren - ist in etwa so stark, wie diese unsere Zeilen auf selbige zersetzend wirken. Hier setzt sich das linke Trauerspiel seit der Wiedervereinigung fort. Eine Linke, die, wenn sie von "Inhalten" spricht, sich noch nicht einmal einen Begriff von dem zu erarbeiten versucht, was in dieser Gesellschaft vor sich geht, und die zu Front-Ladenhütern der alten Arbeiterbewegung greift, die mit der heutigen Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben. Vernachlässigenswert erscheint ihnen, daß der die Berliner Demo einigende inhaltliche Konsens sich ausgerechnet in Weizsäcker personalisiert hat. Daß er Repräsentant der den Faschismus mittragenden Kontinuität des Konservatismus auf der einen, und salbungsvoller Präsidentenrhetorik für deutsche "nationale Identität" auf der anderen Seite ist, tritt in den Hintergrund. Daß es einen Zusammenhang zwischen seinen "Gemeinschaftsanstrengungen zur Vollendung der inneren nationalen Einheit" und der Arbeit an einem "gemäßigten" rassistischen Konsens unter Einschluß des "rot-grünen" Spektrums gibt, wird nicht einmal problematisiert.

Die autonomen Eier haben die Außenwirkung dieser volksgemeinschaftlichen Feier gestört, das war der größte Erfolg dieser Demo. Dies gilt auch dann noch, wenn die WerferInnen sich in ihrer Eiererklärung über die Motive der DemonstrantInnen in einer Weise geäußert haben, die in wesentlichen Teilen durchaus "ak" und "SOZ" entsprechen. (...)

(Auszüge aus dem Artikel: Deutscher November 1992, Deutsche Feier, autonome Eier und linke Selbstberuhigungen, Bahamas Nr. 8)

Anmerkung:

(1) Von der ak-Redaktion wurden wir nach Drucklegung der "Bahamas" darauf hingewiesen, daß es sich bei dieser Stelle um ein Zitat aus der "Süddeutschen Zeitung" handelt. Durch eine technische Panne war dieser Absatz nicht als Zitat kursiv gekennzeichnet. Politisch macht das keinen Unterschied: Der ak zitiert die SZ zustimmend, und dieses Zitat entspricht dem ak-Tenor.

Bonn ist nicht Weimar!

(...) Im August 1992 durfte die Nation mitansehen, wie die Polizei zuerst dem Lichtenhagener Mob zuschaute, um ihm dann gänzlich das Feld zum Sturm auf das Flüchtlingsheim zu überlassen. Das ist deutsche Tradition: Im September 1931 riefen auf dem Kurfürstendamm in Berlin 1.500 Nationalsozialisten in Sprechchören "Juda verrecke!" und "Deutschland erwache!", sie überfielen jüdisch aussehende Personen, verprügelten sie und traten sie mit Stiefelabsätzen. "Die Polizei griff erst sehr spät ein, so daß die nationalsozialistischen Schläger ihren Terror längere Zeit unbehelligt ausüben konnten. Darüber, daß es sich um eine planmäßig vorbereitete Aktion der Berliner SA handelte, konnte nach Lage der Dinge kaum ein Zweifel bestehen."

1931 war es allerdings noch möglich, daß der verantwortliche Polizeipräsident entlassen wurde. Während in Rostock nirgends von Rücktritt die Rede war. Auch sonst ähneln sich die juristischen Nachspiele: 1932 wurde der Nazi-Anführer des Straßenterrors, Graf Hellberg, freigesprochen, ein Teil der 34 Mitangeklagten erhielt Bagatellstrafen. Die heutige Justiz reagiert entsprechend. Selbst bei Mord an Ausländern erkennt sie auf eher geringfügige Haftstrafen und setzt sie nicht selten zur Bewährung aus. (...)

Auch das hat Weimarer Tradition. Die unterschiedliche Behandlung von Mordtaten ist dabei eine Seite. Kennzeichnender noch ist, wie der Staat generell auf die "Herausforderungen von rechts und links" reagiert. Zur Zeit der RAF wurde durch die Einführung und strikte Anwendung von Anti-Terrorgesetzen dieser "Angriff auf den Staat" politisch bekämpft. Neo-Nazis, Skins, Wehrsportgruppen etc. werden dagegen nicht als staatsfeindliche "kriminelle Vereinigungen" behandelt; sondern es wird immer betont, daß es sich um "normale Kriminelle" handle - wohinter die Vorstellung steht, daß die politischen Ziele dieser Gruppen nicht als staatsgefährdend eingestuft werden. Das leuchtet ein, da doch das Ziel der Neonazis, das Land von Flüchtlingen und Ausländern zu reinigen, allemal nicht in Widerspruch zur Politik des Staates steht.

In Weimarer Zeit bestand dasselbe Grundmuster. Damals waren es in erster Linie die Paragraphen 86 StGB (Vorbereitung des Hochverrats) und 7 Nr. 4 Rep SchG (Republik-Schutz-Gesetz), die den Staat schützen sollten. Letzteres bestrafte, "wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung" (§128, 129 des STGB), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt. Praktische Anwendung fanden diese Artikel fast ausschließlich gegen Kommunisten. Nicht ein Nazi wurde wegen Hochverrats angeklagt, und so konnte sich Goebbels 1932, als gegen ihn ein Verfahren eingeleitet wurde, im Tagebuch mokieren: "Von meinem Rechtsanwalt erfahre ich, daß man ... die Absicht hat, mein seit drei Jahren schwebendes Hochverratsverfahren nun endlich durchzuführen. Hoffentlich kommen die Talarträger nicht zu spät, und ich bin nicht etwa gar Minister, wenn der Termin stattfindet." (...)

Analog ist der Sachverhalt in Bezug auf das Volk selbst. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus gab es selbstredend auch vor 1933; die Nazis mußten sie nicht verordnen. Aber ob Zustände wie in Rostock - wo der faschistische Mob in die Wohnungen der "Fremden" eindrang, während der deutsche Spießbürger Beifall klatschte, wo überall in Deutschland Ausländer gejagt und ermordet werden - auch schon die Weimarer Zeit prägten, muß bezweifelt werden. (...)

Es geht, abschließend gesagt, nicht darum, die Vorgänge in Rostock, Greifswald oder im "zivilisierten Westen" historisch korrekt zu verorten. Geschichte wiederholt sich nie in derselben Weise. Auch wäre es total daneben, so zu tun, als steckten wir schon mittendrin im Faschismus. Das wäre, unter vielerlei Gesichtspunkten, beschönigend und desorientierend. Aber mit dem Titel "Bonn ist nicht Weimar" sollte kenntlich gemacht werden, daß bestimmte Phänomene, öffentliche Fremdenhetze, offene Gewalt und demonstrativer Beifall für rassistische Täter, mit nichts anderem identisch sind als mit völkischem Rassismus, wie er nach 1933 Volk und Staat insgesamt prägte.

Hannah Ahrendt hat in einem Vortrag über "Die persönliche Verantwortung unter der Diktatur" zurecht darauf verwiesen, daß das Besondere der NS-Diktatur im Grundkonsens von Staat und Volk bestand, daß Verbrechen legal sein können. Sie schreibt:

"Ich bin immer noch der Ansicht, daß diese frühe moralische Desintegration der deutschen Gesellschaft (erg. mit der Gleichschaltung), die für einen Außenstehenden kaum erkennbar war, eine Art Generalprobe für den völligen Zusammenbruch dieser Gesellschaft darstellte, der dann während der Kriegsjahre sich ereignen sollte."

Was Hannah Ahrendt in Bezug auf die vom Volk 1933 sofort nachvollzogene Gleichschaltung anspricht, gilt m.E. auch für den Zusammenbruch des Rechtsempfindens, wie wir es derzeit in Bezug auf die Menschenrechte von Flüchtlingen erleben. Der Faschisierungsprozeß ist nur zum geringeren Teil an staatlichen Transformationen ablesbar; der Mainstream findet im Volk statt. Gradmesser ist die Verrottung von Moral, die Verrohung der Volksgemeinschaft. Das Erschreckende von Rostock usw. ist, daß wir, nach Maßstäben der Moral, längst über Weimarer Maßstäbe hinaus sind.

(Auszüge aus: Bonn ist nicht Weimar. Nicht Gleichsetzung, aber Vergleich, Bahamas Nr. 8)

"Bahamas" Nr. 8: Texte zur Rechtsentwicklung in Großdeutschland.

Aus dem Inhalt:

"November 1992" - ein Kommentar über Rassismus und "Ausländerfreundlichkeit" - Thesen über "Renationalisierung und Faschisierung" - "Die Wanderungen und der Nationalstaat. Auf in die Apartheidsgesellschaft" - "Bonn ist nicht Weimar. Nicht Gleichsetzung, aber Vergleich" - Einschätzungen zur "Staatlichen Asyldebatte", "Antisemitismus und Revisionismus", "Roma und Deutsche" - "Entwicklungsperspektiven, Modernisierung und Ideologie der Neuen Rechten".

Beiträge zur Kritik der "Kritischen Theorie": "Optimismus kontra Pessimismus?" Zu Barbara Brick und Moishe Postones Rezeption der "Kritischen Theorie".

Außerdem: Kritik an "EMMA und Eva-Braun-Tagebücher", Rezensionen.

"Bahamas", was soll das? Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen und unsere Kritik an der PDS als einem linksnationalen, reformistischen Projekt vortrugen. Seither hat die innenpolitische Entwicklung die Perspektive "ab auf die Bahamas" aktualisiert. Schneller als wir mit "Nie wieder Deutschland" befürchtet haben, haben sich innen- wie außenpolitisch die Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven großdeutschen Reichs herausgebildet.

Radikale Deutschland-Kritik, Antinationalismus und die Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt, theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, Antisemitismus, Rassismus sowie zu den linken Faschismustheorien, Kritik des "traditionellen Marxismus", des "Marxismus-Leninismus" sowie seines Fortlebens als radikalisierter Sozialdemokratismus, wie wir ihn zuletzt im KB erlebt haben, gehören zu den Aufgaben, die wir uns gestellt haben. Die Analyse der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Die nachholende Erarbeitung nicht dem traditionellen Marxismus entstammender Theorieansätze ist Teil unserer Arbeit. Beliebigkeit ist dabei allerdings nicht unser Ding. Das Ziel einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken erachten wir als "Tagesaufgabe". Nicht gerade wenig, wir rechnen auch eher mit mehr Tagen.

Die "Bahamas" werden von der Gruppe K herausgegeben, einem kleinen Zirkel, der überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern des KB besteht. Bis Juli 1991 haben wir als autonomer Redaktionsteil den "ak" (ehemals "Arbeiterkampf") mit herausgegeben. Die Zusammenarbeit der beiden ehemaligen KB-Flügel erwies sich als inhaltlich nicht mehr tragfähig. Die "Bahamas" bezeichnen wir bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Bis zur Nummer 7 war sie als "Bahama-News" ein interner Rundbrief der Mitglieder und FreundInnen der Gruppe K. Provisorisch ist dies Zirkular sowie sein Name deswegen, weil wir nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten wollen und können. Ein solches gemeinsames Projekt von Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken halten wir für unbedingt zu erarbeiten. Dafür sind wir offen. So lange es für uns nichts Besseres gibt, vertreiben wir das "Bahamas"-Zirkular mit den von uns erarbeiteten Beiträgen und linken Diskussionen, und wünschen uns Kontakt und Veröffentlichung von Artikeln und Papieren aus anderen Gruppen sowie von einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte für der Diskussion und Kritik wert erachten. Kontaktaufnahme bitte unter der untenstehenden Adresse.

Die "Bahamas" werden vorerst alle 2-3 Monate erscheinen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 12. Februar 1993

Schwerpunktthema: die Entwicklung der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung; die Entwicklung in Jugoslawien

Technisches: Bitte Texte und ihre Länge (am besten die Zeichenzahl) vorher ankündigen. Texte auf Diskette senden. Wir können WORD, Word perfect, Wordstar bearbeiten, bitte keine Formatierungsbefehle benutzen.

Bestellungen: Preis für ein Einzelheft (Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: S. Roisch/K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto.nr. 1228/122386). Für WeiterverkäuferInnen: bei 5 Heften gibt es ein Heft gratis. Abonnement: 18 DM für die drei nächsten Hefte entweder per Überweisung (Stichwort "Bahamas") oder am besten per Einzugsermächtigung. Wir buchen dann jeweils für drei Nummern ab.

Bestelladresse:

Büro K, Karolinenstraße 21/Haus 2

2000 Hamburg 36, Tel. 040/438846

# 42. Thesen zum Niedergang der BRD

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak349/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:15

I.) 43 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, drei Jahre nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in der DDR und zwei Jahre nach deren Einverleibung, steht die räumlich erweiterte BRD am Beginn eines Umbruchs, in dem sich tiefe Einschnitte auf politischem, ökonomischem und massenpsychologischem Gebiet abzeichnen.

2.) Die BRD war von ihrer Gründung an ein Zwitter: geprägt sowohl vom Interesse der Westalliierten an einer Begrenzung deutscher Macht, als auch vom Willen der deutschen Bourgeoisie und ihres kleinbürgerlichen Anhangs, nach dem Fiasko des "Dritten Reiches" wieder eine wachsende eigene Rolle zu spielen.

3.) Die Massenbasis des nicht durch eine eigene bürgerlichdemokratische Revolution entstandenen Systems der BRD war anfangs recht schmal und beschränkte sich zunächst auf Teile des Bürgertums und Reste der politischen Kaste der Weimarer Republik. Eine wachsende Akzeptanz nach innen erreichte das bundesdeutsche Staatswesen parallel zu Verbotsmaßnahmen gegen die KPD und die neonazistische SRP vor allem durch den wachsenden "Wohlstand" und die dadurch erleichterte Fortführung einer Frontstellung gegen den sowjetischen Machtbereich.

4.) Die begrenzte Akzeptanz des etablierten politischen Systems in Teilen der Bevölkerung zeigte sich erstmals anderthalb Jahrzehnte nach der Gründung der BRD während einer vergleichsweise leichten Rezession, als sowohl links (APO) als auch rechts (NPD-Wahlerfolge bis zu 10 Prozent etwa in Baden-Württemberg) beträchtliche Potentiale gegen die "Bonner" Politik entstanden.

5.) Damals, wie auch Anfang der achtziger Jahre, gelang es dem herrschenden System, die oppositionellen Kräfte sowohl von rechts als auch von links zu integrieren und zu absorbieren, im Rahmen weiterer "Wohlstands"-Wachstumsschübe. Diese Entwicklung wurde, was die Linke betrifft, besonders durch die Tatsache erleichtert, daß die "revolutionäre" und "sozialistische" Rhetorik der Protestbewegung der 68er vielfach nur dürftige Camouflage bürgerlich-liberalen Lebensgefühls war.

6.) Entgegen den öffentlichen Bekundungen für die "deutsche Wiedervereinigung" war die BRD auf die Eingliederung der DDR nicht vorbereitet. Nicht in erster Linie die Bourgeoisie der BRD, sondern die "Arbeiterklasse" und die Bevölkerung der DDR hat 1989/90 die Vereinigung Deutschlands erzwungen - nicht als "Erpressungsmanöver", wie der "links" drapierte Chauvinist Wolfgang Pohrt in klassisch fremdenfeindlicher Diktion in "Konkret" behauptet, sondern als Reaktion auf das völlige Versagen des "realsozialistischen" Regimes. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die wirtschaftlich und politisch mächtigen Kräfte der Bonner Republik auf den Zusammenbruch der DDR mit einem brutalen Kolonialisierungskurs geantwortet haben, der zur weitgehenden gesellschaftlichen Ausschaltung der DDR-Elite führte und deutlich totalitäre Züge trägt.

7.) Die Verbindung aus dem Ruin des "Realsozialismus" und dem westdeutschen Annexionskurs gegen die DDR hat für die BRD ein Überdehnungsdilemma heraufbeschworen: Der Bonner Staat kann aus Gründen des "inneren sozialen Friedens" und aus Furcht vor einer innerdeutschen Völkerwanderung kein Interesse an einer absoluten Verödung und Verelendung der angeschlossenen "neuen Bundesländer" haben. Die z.T. von der "Treuhandanstalt" vertretenen Einzelkapitale sind hingegen durchaus an der Zerschlagung der ostdeutschen Konkurrenz interessiert. Die Entindustrialisierung in Ostdeutschland ist ein historisch beispielloser Vorgang, die Arbeitslosigkeit in der ex-DDR die höchste im früheren RGW.

8.) Dieses volkswirtschaftliche Desaster wird flankiert durch massenpsychologische Probleme: Der westdeutsche Wohlstandschauvinismus mit Denk- und Verhaltensstrukturen, die rassistischen Mustern ähneln, erweist sich als Haupthindernis für eine Verständigung zwischen beiden Teilen des Landes. Vor allem im Osten Deutschlands schlägt fehlende und gezielt demontierte Selbstachtung vieler Menschen häufig in Haß gegen Schwächere, in erster Linie Armutsflüchtlinge um. Eine hämische Haltung gegen die vermeintlich kreuzdummen Ostler, wie sie auch in Teilen der westlichen Restlinken in Mode ist, erweist sich als Bestandteil des Chauvinismus westdeutscher Prägung.

9.) Im Zuge der Entwicklung, die mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung einher geht, erlangen rechtsradikale und neonazistische Kräfte eine Massenbasis wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Deutsche Demokratische Republik war als staatlich geronnene Macht im Bunde mit der Sowjetunion jahrzehntelang ein ziemlich zuverlässiger Faktor bei der Bekämpfung solcher Strömungen und der nicht zuletzt räumlichen Begrenzung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten. Dennoch ist heute nicht zu übersehen, daß die autoritäretatistischen Strukturen des Realsozialismus nach ihrem Zerfall überall, nicht nur in der DDR, rechtsautoritäre Potentiale erheblich wachsen lassen.

10.) Die sich verschärfenden sozialen Gegensätze im vereinigten Deutschland ist die Bevölkerung in beiden Teilen des Landes, zumal im Osten, nicht gewohnt. Der oft diffuse Wunsch nach "sozialer Gerechtigkeit" entwickelt eine Sprengkraft, die in Verbindung mit nationalistischer Demagogie zunehmend von Rechtsextremisten genutzt wird. Der inhaltlich schwach profilierte und nicht einmal halbherzige Versuch, diesem Trend mit den "Komitees für Gerechtigkeit" etwas entgegenzusetzen, muß bereits als gescheitert betrachtet werden.

11.) Das mögliche Mißlingen der von der Bundesregierung favorisierten Pläne einer westeuropäischen ökonomischen und staatlichen Integration würde durch Exportrückgänge und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit die wirtschaftliche Lage in ganz Deutschland weiter verschärfen. Die absehbare Neigung deutscher Kapitalisten, eher in Billiglohnländern wie Portugal oder Spanien zu investieren als in der EX-DDR, dürfte dem "sozial" drapierten Nationalismus neuen Auftrieb geben.

12.) In dieser Lage könnten die Auswirkungen einer weltweiten Rezession vor allem im östlichen Deutschland eine soziale und politische Katastrophe auslösen. Das organisierte Wiederaufleben nationalistisch geprägter Traditionen aus der Zwischenkriegszeit in Osteuropa erreicht Deutschland möglicherweise ähnlich wie die Perestroika die DDR - mit Verspätung, aber dafür um so heftiger.

13.) Die regierende Schicht des Bonner Systems reagiert auf die drohende Katastrophe verunsichert und ohne Konzepte von Überzeugungskraft. Auch wenn die relative Flexibilität des bundesdeutschen Systems größer ist als die des "Realsozialismus", so drängen sich dennoch methodische Parallelen zur Haltung der DDR-Elite in den achtziger Jahren auf. Eine ironische Fußnote der Geschichte besteht darin, daß das BRD-System durch Fusion mit einstigen SED-Blockparteien einen Teil des Personals übernahm, an dem schon Erich Honecker letztlich wenig Freude hatte. Die beginnende schwere Wirtschaftsflaute wird zum Auslöser einer ernsten politischen Krise, in der wesentliche Versprechen der Bonner Politik ("Wohlstand für alle") sich als verlogen erweisen. Die eskalierende materielle Misere für Millionen Menschen verhindert die relativ rasche Integration oppositioneller Potentiale nach dem Beispiel früherer Jahre.

14.) Erstmals in der Geschichte der BRD verlieren sowohl die regierenden als auch die Oppositionsparteien massiv Mitglieder, Wähler und Ansehen. Die von Kohl zu einem Kanzlerwahlverein degradierte CDU steht vor einem Zerfallsprozeß, der ihre Rolle als "Volkspartei" tendenziell zerstört. Kräfte des rechten Flügels der Partei nähern sich inhaltlich den Republikanern, die von Kohl repräsentierte Parteimitte verliert bis in die Umgebung des Kanzlers hinein an Vertrauen und Unterstützung. Der "linke" Flügel der CDU übernimmt sozialdemokratische Positionen, während die SPD selbst ihren Kurs erheblich nach rechts verändert.

15.) Eine absehbare "Große Koalition" kann den Übergang von der Parteienkrise zur Staatskrise letztlich nur beschleunigen. Das Ansehen der Parteien, ihre Verankerung in der Bevölkerung und damit ihre Wirkungsmöglichkeiten sinken weiter. In den neuen Bundesländern sind die bürgerlichen Parteien einschließlich der zeitweise von Selbstüberschätzung lebenden und inzwischen weitgehend imaginären "Bürgerbewegungen" relativ isolierte Kleingruppen, die nicht einmal mehr das Personalreservoir für den Staatsapparat reproduzieren.

16.) Vor diesem Hintergrund deutet das vom rechtslastigen Kölner Professor Scheuch über das nationalliberale Unterhaltungsmagazin "Spiegel" bis zum Bundespräsidenten Weizsäcker vorgetragene Klage-Konzert gegen die "Machtbesessenheit" der Parteien auf eine mögliche Modifizierung des Herrschaftsgefüges. Denkbar ist ein zumindest partieller Übergang von der bürgerlichen Parteiendemokratie zu Elementen ständestaatlicher Strukturen. Dabei könnte wirtschaftlichen Interessengruppen und scheinbar "unabhängigen" Repräsentanten aus dem großbürgerlichen Lager in einer zugespitzen Krisensituation die

Rolle zufallen, demagogisch verbrämt im "Interesse des Gemeinwohls" das bestehende System weiter aufrecht zu erhalten.

17.) Rechtsradikale Formationen stehen am Anfang eines Prozesses, in dem ihnen eine Stärke zuwächst, die weit über das hinausgeht, was faschistische Kräfte in der alten BRD je erreichen konnten. Vergleiche mit der NPD-Welle Ende der sechziger Jahre unterschätzen die Dynamik des Problems erheblich. Die seinerzeitige NPD repräsentierte im Wesentlichen das braune Unwohlsein eines Teils der alten Nazis, die in der BRD überwiegend ganz passabel untergekommen waren. Daher konnte ein Großteil dieses Potentials von der CDU/CSU innerhalb weniger Jahre wieder aufgesogen oder zumindest neutralisiert werden. Darin und nicht in einer faschistischen Formierung bestand ein wesentlicher Teil der Tätigkeit eines Mannes namens Franz Josef Strauß.

Verschiedene Faktoren unterscheiden die gegenwärtige Lage grundlegend von der damaligen. Mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung in militärischer, politischer und ideologischer Hinsicht wachsen die Möglichkeiten zur Herausbildung eines deutschen Machtstaates, zumal auch die USA ihren Einfluß und ihre Präsenz in Westdeutschland nicht weiterhin mit einer angeblichen sowjetischen Bedrohung begründen können. Die anhaltende Massenwanderung von Armutsflüchtlingen ist von Fremdenhassern leicht ausnutzbar. Nicht nur die Verschärfung sozialer Gegensätze, sondern auch die weitgehende Integration der ehemaligen Arbeiterbewegung und der früheren Linken in das liberalkapitalistische System ermöglicht Rechtsradikalen beträchtliche Spielräume auf dem Terrain der sozialen Demagogie.

18.) Innerhalb der extremen Rechten besteht ein erheblicher Widerspruch zwischen dem wachsenden Wähler- und Sympathisantenpotential rechtsradikaler Optionen und dem organisatorischen Zustand der rechten Akteure. So führen die Wahlerfolge der Republikaner derzeit nicht zu einem entsprechenden Anstieg der Aktivistenzahlen. Derzeit haben die REPs kaum mehr als etwa 20.000 Mitglieder. Für große Teile der hauptsächlich im Osten entstehenden rechtsradikalen Jugendbewegung gelten die Republikaner als lahmer Wahlverein.

19.) Die Republikaner in ihrem gegenwärtigen Zustand sind ein Konglomerat aus rechtsreaktionären, rechtspopulistischen und faschistischen Elementen, das vor allem durch die schillernde Figur Schönhubers zusammengehalten wird. Der Parteichef zehrt dabei weniger von weltanschaulicher Substanz als von seiner Medienerfahrung als Journalist. Im Kreis seiner Stellvertreter und Unterführer ist keine Figur eines effizienten rechtsextremen "Führers" zu erkennen.

20.) Rechts von den Republikanern bestehen neben der Deutschen Volksunion des Immobilienspekulanten Frey verschiedene z.T. rivalisierende nazistische Gruppen, die derzeit keine Chance haben, auf Bundesebene als Wahlparteien relevant zu werden. Langfristig sind diese Gruppierungen, bei denen sich Prozesse eines Zusammenwachsens abzeichnen, jedoch nicht zu unterschätzen. Die Nazigruppen haben beträchtlichen Zulauf unter Jugendlichen, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern. Ihre Mobilisierungsfähigkeit für Demonstrationen mit z.T. mehreren tausend Teilnehmern übertrifft bereits die der Republikaner, auf deren möglichen Zerfall die Strategen dieser Gruppen schon jetzt setzen.

Die NS-Gruppierungen sind vielerorts dabei, sich häufig militant "auf der Straße" zu behaupten, was eine wesentliche Voraussetzung massenwirksamen politischen Handelns ist. Die Neonazis können auf eine "bewährte" Tradition sozialer Demagogie zurückgreifen und bieten - anders als die Republikaner - eine eindeutige historische Traditionslinie an, deren Diskreditierung zumal bei vielen Jugendlichen heute weit schwächer ist als noch vor zehn oder zwanzig Jahren.

Die vorzugsweise von abgetakelten Apo-Predigern wie der Grünen-Politikerin Antje Vollmer und dem "Zeit"-Schwadroneur Klaus Hartung zur Beruhigung ihrer Klientel gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, das 68er-Personal habe "diese Gesellschaft gründlich zivilisiert", kennzeichnet mehr die beschränkten analytischen Fähigkeiten der Akteure als die gesellschaftliche Realität.

21.) Eine Entwicklung, die vor sieben Jahren nach dem Amtsantritt Gorbatschows zu einer "Erneuerung und Stärkung des Sozialismus" durch eine "Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung" führen sollte, hat nicht nur den völligen Bankrott und Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in Europa nach sich gezogen, sondern auch die liberalen kapitalistischen Gesellschaften des Westens, in Deutschland mehr als anderswo, mit unlösbar scheinenden Problemen konfrontiert. Große Teile der Linken in Ost und West hatten

während dieser Entwicklung nicht einmal ansatzweise ein Bewußtsein des realen Ganges des weltgeschichtlichen Umbruchs.

22.) Zu den auch in der Linken lange überdeckten und übersehenen Tatsachen gehört der Umstand, daß Deutschland geschichtlich, geografisch und politischkulturell nicht zum "Westen", weder zu den liberalen Lebenswelten Großbritanniens und Frankreichs noch zur Sphäre der Vereinigten Staaten von Amerika gehört. Eine Linke, die sich den drohenden nationalistischen Exzessen durch die Parole "Ami stay here" (Gremliza in "Konkret") zu schützen versucht, handelt ebenso verantwortungs- wie perspektivlos. Die Hoffnung auf auswärtige Unterstützung gegen Willensentscheidungen der Bevölkerung hat schon beim Ende des östlichen deutschen Teilstaates einige Akteure beträchtlich getrogen.

K., Berlin

# 43. Quelldatei 26.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:26

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS/LL., +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +

Länder 1992, Brand- /Spreng-

stoffanschläge, +, +, , Angriffe gegen

Personen, +, +, , sonstige

Straftaten, +, +

, Aug., Sept., Okt., , Aug., Sept., Okt., , Aug., Sept., Okt.

Baden-Württemberg, 3, 20/1, 9/2, , -, 5, 6, , 25, 106, 69

Bayern, 1, 9 , 6/1, , 1, 2, 2, , 26, 63, 55

Berlin, 3, 7 , 3 , , 2, 5, 3, , 7, 11, 17

Brandenburg, 4, 6 , 7 , , 9, 8, 5, , 24, 45, 28

Bremen, -, - , - , , -, 1, -, , 5, 9, 2

Hamburg, -, 2 , 1 , , 1, 5, 2, , 6, 23, 18

Hessen, 4, 3 , 5 , , 5, 4, 5, , 26, 61, 37

Mecklenburg-Vorp., 5, 10 , 3 , , 4, 1, 3, , 9, 36, 20

Niedersachsen, 7, 21 , 13 , , 11, 8, 4, , 38, 132, 77

Nordrhein-Westfalen, 6, 34 , 13 , , 7, 20, 21, , 62, 182, 171

Rheinland-Pfalz, 3, 5 , 2 , , 1, 2, 1, , 11, 16, 13

Saarland, 1, 3/1, 3 , , 1, -, 2, , 7, 21, 17

Sachsen, 16, 15 , 5 , , 2, 3, 2, , 26, 30, 24

Sachsen-Anhalt, 4, 20 , 6 , , 2, 1, 6, , 20, 36, 17

Schleswig-Holstein, 3, 10 , 5 , , 1, 1, 3, , 12, 27, 20

Thüringen, 1, 5 , 1 , , 1, 4, 1, , 3, 21, 4

Gesamt, 61, 170/2, 82/3, , 48, 70, 66, , 307, 819, 589

Länder 1992, Anzahl der ermittelten

Tatverdächtigen, +, +, davon vorläufig

Festgenommene, +, +

, Aug., Sept., Okt., Aug., Sept., Okt.

Baden-Württemberg, 1, 34, 46, -, 24, 28

Bayern, -, 1, 18, -, 1, 9

Berlin, 1, 29, 3, 1, 26, 3

Brandenburg, 33, 86, 51, 14, 83, 9

Bremen, 1, -, 9, -, -, 3

Hamburg, 1, 7, 3, -, 5, -

Hessen, 10, 21, 36, 3, 13, 4

Mecklenburg-Vorp., 29, 40, 12, 28, 40, 12

Niedersachsen, 40, 63, 42, -, 12, 7

Nordrhein-Westfalen, 21, 141, 147, 11, 80, 36

Rheinland-Pfalz, 8, 4, 5, 1, 3, -

Saarland, -, -, 10, -, -, 5

Sachsen, 71, 71, 50, 40, 26, 26

Sachsen-Anhalt, 43, 132, 55, 27, 110, 14

Schleswig-Holstein, 2, 8, 22, -, 3, 2

Thüringen, -, 29, -, -, 1, -

Gesamt, 261, 666, 509, 125, 427, 155

# 44. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:27

LeserInnenbriefe

Schenken und Werben

Betr.: Kohle und anderes

Hi AK, erstmal: Ich bin ganz schön zufrieden mit dem AK. Für mich stellt er derzeit die einzige Zeitung mit realem Informationswert dar. Daß ihr (die Mehrheit) nicht mit der Gruppe K könnt, finde ich recht schade, der internationale Teil hat darunter gelitten. Ihr habt da aber wohl auch ein paar Sachen miteinander, die mir als "Junglinkem" völlig unverständlich sind. Die ganze Anti-Anti-Anti-Zionismus/Anti-Anti-Anti-Semitismus-Debatte hat mir nur eine Einsicht gebracht: Wie bescheuert die 70er Jahre-K-Gruppen-Streitereien gewesen sein müssen, und daß ihr aus diesen alten Streitigkeiten auch nicht mehr ganz rauskommt ...

Trotzdem: Immer wieder stoß ich in Diskussionen mit politischen FreundInnen/GenossInnen an den Punkt, wo ich sagen will: "Hast du den AK-Artikel dazu gelesen?" Aber den kennen sie gar nicht - so ein Pech. Ihr tut auch reichlich wenig, um aus eurer Altlinken-Szene herauszukommen. Sollte ihr aber! Die KB-Reste werden sich weiter verlaufen, der AK muß seine Basis erweitern.

Zweites Problem: Ich geh mal davon aus, daß von den 29.700 DM, die die Produktion einer Ausgabe kostet, nur ein geringer Teil für Druck, Papier und Versand draufgeht. Was ihr braucht, sind nicht 40.000 DM Spenden (von den Alten), sondern 800 neue Abos (von den Jungen)!

Beides zusammengenommen: Ich will nicht spenden, sondern den AK verschenken. Erstmal brauch` ich fünfmal die Nr. 348 zum Anchecken, dann würd` ich auch gern Abos verschenken. Überlegt euch mal, `ne Abo-Verschenk-Kampagne draus zu machen! Meinetwegen soll dieser Leserbrief ein Einstieg dazu sein.

Gruß - Bilbo Michelbeutler, Wendland

Streicheleinheiten für den ak

Liebe Genossen! Liebe Freunde!

(...) Es wird immer schwieriger, alle wichtigen Veröffentlichungen zu lesen. Außerdem sind die Kosten für viele Zeitungen recht erheblich. Derzeit bekomme ich das "Neue Deutschland" und den "Spartakist". Hin und wieder kaufe ich jedoch weiterhin den "Arbeiterkampf". Derzeit lese ich die Ausgabe 348. Die Beiträge zum Rostocker Pogrom sind sehr interessant und aufschlußreich. Zur Gestaltung eurer Zeitung wünsche ich euch viel Erfolg. Sie ist ein wichtiges Element linker Literatur. Sie muß weiterbestehen.

Mit solidarischem Gruß

U.W., Trebbin

Liebe Freunde!

Hiermit übersende ich euch DM 50.- als Spende für den "Arbeiterkampf". Gestern erhielt ich die Ausgabe 348 mit dem Aufruf, euch durch Spenden zu unterstützen, da ihr gegenwärtig in Geldschwierigkeiten seid. Gleichzeitig möchte ich mich für die regelmäßige Übersendung des ak bedanken. Mich interessieren vor allem eure Artikel zur Entwicklung der Linken in der ehemaligen DDR. Sie geben mir eine ausführliche, interessante und zugleich kritische Übersicht zu dieser Thematik und helfen mir, die Ansichten westdeutscher Linkskräfte hierzu besser zu verstehen. So ist mir der ak neben meinen ostdeutschen Zeitungen ("Neues Deutschland" und "Junge Welt") zu einer wichtigen und unentbehrlichen Lektüre geworden. Ich entdecke in eurer Zeitung überhaupt keinen Extremismus, sondern eine konsequente linke Position, die sich in einem hohen intellektuellen Niveau der Beiträge ausdrückt. Oft erfahre ich durch euch von Erscheinungen und Prozessen bei uns, von denen ich vorher noch nichts wußte.

Auf weitere interessante Ausgaben eurer Zeitung wartend

Euer M.H., Dessau

Mal aus dem Nähkästchen, hier: den Redaktionsstuben, geplaudert: Leserbriefe werden von uns selbstverständlich begierig gelesen und gelegentlich auch kommentiert. Im obigen Falle notierte eine leidgeprüfte Genossin auf dem Umschlag, dies sei doch mal ein Brief "zum Seele ölen"; ein, ansonsten über diesen Brief auch recht froher Genosse, hinterließ jedoch ein nörgelndes: "Das mit dem fehlenden Extremismus wäre noch zu überprüfen." (Soweit eine Indiskretion des Leserbrief-Redakteurs)

Liebe Leute,

macht weiter mit der wichtigsten Zeitung Deutschlands.

Alles Gute - U.S., Erftstadt

Kritik

Hallo ak Redaktion!

Bei Begriffen wie KommunistIn, AnarchistIn oder FreiheitskämpferIn ist das "In" unverzichtbar. Das finde ich richtig und gut. Jemand, der so etwas schreibt oder sagt, ist ein/e FeministIn. Wie aber kann der gleiche Mensch hergehen und bei Begriffen wie Faschist oder Rechter das "In" einfach weglassen? Ich habe in einem ak noch nie das Wort "FaschistIn" gesehen. Das ist für mich krasseste Ausgrenzung! Gerade die, die am stärksten gegen Diskriminierung sind, erlauben sich so etwas. Denn das Fazit daraus ist doch wohl, daß nur Männer Faschisten sind.

Wenn also Feminismus, dann richtig! Entweder ... oder ...

Gruß - Joyo aus Rottweil

# 45. "... arme, unterprivilegierte und wenig zivilisierte Neuankömmlinge"

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:31

Kurz nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen schrieb Joachim Oertel in der neofaschistischen Zeitung "Europa vorn" über Roma und Sinti: "Die Zigeuner wurden im Dritten Reich nicht rassistisch verfolgt. (...) Letztlich wanderten sie wie andere Berufsverbrecher wegen ihres Glaubens ins KL. Wegen ihres Glaubens? Ja! Viele glauben auch heute noch, sich mit Diebstahl und Raub leichter als mit Arbeit durchs Leben schlagen zu können." (Europa vorn aktuell Nr. 36)

Gegen den Autor läuft nun aufgrund einer Anzeige durch die PDS/LL-Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung.

Fast zeitgleich wurde beim Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien das Heft ",Romii` oder ‚Tigani`. Versuch über Geschichte, Gegenwart und soziale Probleme der Zigeuner Rumäniens" von Wolf Oschlies fertiggestellt. In der Studie heißt es u.a über die Roma.: "Ein Problem sind diese Menschen gewiß - arme, unterprivilegierte und wenig zivilisierte Neuankömmlinge, deren Sehnsucht nach etwas materiellem Wohlstand zwar verständlich, deren Begehren nach ‚politischem Asyl` aber zu hundert Prozent unbegründet sind." (S. 1) Über die Roma im heutigen Rumänien schreibt Oschlies: "Die Zigeuner, so schien es, sind geblieben, was sie in Rumänien immer waren - naive Randfiguren bei allem, was das Land bewegte." (S. 17) Und: "Gelegentliche Ausschreitungen gegen Zigeuner wurden durch vorhergehende delinquente Handlungen der Zigeuner selber provoziert." (S. 27).

Und weiter: "Natürlich wird Rumänien immer und gegenwärtig ganz besonders minderqualifizierte Arbeitskräfte benötigen und diese vorwiegend aus der Zigeunerpopulation beziehen, aber sinnvoller und zukunftsträchtiger erscheint es, durch ein kulturelles Förderungsprogramm den Zigeunern zuerst ein Gefühl für den Wert der eigenen, sodann für den Wert von Kultur und Kulturtechniken generell zu vermitteln, womit ein kultureller Aufstieg der gesamten Volksgruppe initiiert werden könnte." (S. 28)

Oschlies rassistische Tiraden werden komplettiert durch die Leugnung bzw. Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus an Roma und Sinti: "Aus dem Zweiten Weltkrieg sind keine schwerwiegenden Übergriffe auf die rumänischen Zigeuner bekannt. Zwar gab es deutsche Vernichtungspläne gegen ‚Balkan-Zigeuner`, auch bestand im KZ Auschwitz ein eigenes Zigeunerlager, dessen Insassen in einer einzigen Nacht liquidiert wurden, doch scheint das speziell die rumänischen Zigeuner nicht weiter tangiert zu haben." (S. 8)

Offenbar sollte dieses Gefälligkeitsgutachten die Deportationen der Roma aus der Bundesrepublik nach Rumänien begleitend kommentieren.

Die Veröffentlichung der Studie konnte bisher durch antifaschistische Proteste gestoppt werden. Aber Oschlies ist weiterhin beim Bundesinstitut beschäftigt.

# 46. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:32

Den unmittelbaren Anlaß für das folgende Gespräch gab das am 24.9.1992 zwischen der BRD und Rumänien abgeschlossene und am 1.11.1992 in Kraft getretene Abkommen über die "Rückübernahme" von "illegal" sich in Deutschland aufhaltenden rumänischen Staatsbürgern. Die "Illegalen", die dieses Abkommen zunächst einmal ins Visier nimmt, sind ungefähr 43.000 Menschen, die, offenbar aus Rumänien stammend, ohne Ausweise in die BRD gekommen sind, damit sie auch im Falle einer wahrscheinlichen Ablehnung ihres Asylantrages nicht abgeschoben werden können. Diese Personengruppe umfaßt zu einem kleineren Teil Rumänen und zu einem größeren Teil Roma. Das Abkommen läßt als Nachweis der rumänischen Staatsangehörigkeit nun nicht nur andere amtlich ausgestellte Dokumente gelten (Führerscheine, Arbeitsausweise usw.), sondern auch "verläßliche Zeugenaussagen" oder "Aussagen der betroffenen Person, sofern sie die rumänische Sprache beherrscht". (siehe taz, 30.10.) Dafür zahlt die BRD im Rahmen eines "Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramms Rumänien" bis 1996 den lächerlich geringen Betrag von 30 Millionen DM.

Von dem deutsch-rumänischen Abkommen ist aber noch ein zweiter Personenkreis betroffen: So meldet die SZ am 9.12., daß von 113 rumänischen Flüchtlingen, die im Rahmen des Rückführungsabkommens in eine Sondermaschine nach Rumänien gesetzt wurden, 46 abgelehnte Asylbewerber, aber "67 illegale Grenzgänger" waren. Dies paßt zu uns vorliegenden Informationen, nach denen der Bundesgrenzschutz an der Grenze zu Polen dazu übergegangen sein soll, ohne gültiges Visum und Stempel eingereiste Menschen festzunehmen, zu sammeln und sie dann direkt im Flughafen Berlin-Schönefeld in ein Flugzeug nach Bukarest zu setzen, ohne daß den aufgegriffenen Personen die Gelegenheit gegeben worden wäre, ihr Asylbegehren vorzutragen. Dieses Vorgehen ist zwar illegal, da gegen das geltende Asylrecht, doch kaum kontrollierbar - eine Praxis, die die Roma-Expertin der Gesellschaft für bedrohte Völker, Katrin Reemtsma, noch vor Inkrafttreten des Abkommens als dessen Folge vorausgesehen hatte. (taz, 30.10.92)

Eine Abschiebung von Roma nach Rumänien ist vor dem Hintergrund der Lage, in der sich diese nationale Minderheit in diesem Land befindet, nicht zu rechtfertigen. Ihre allgemeine Situation läßt sich kennzeichnen durch wirtschaftliche Verelendung, gesellschaftliche Ausgrenzung, staatliche Schikanierung, Bedrohung und Angriffe durch nationalistische rumänische Banden sowie gegen sie gerichtete Pogrome. Die verschiedenen Facetten der Unterdrückung können je für sich oder auch in Kombination vorhanden sein. Keinesfalls ist es jedoch so, daß die formale Garantie von Menschenrechten und eine demokratische Verfassung, die nach dem Sturz Ceausescus (Dezember 1989) eingeführt wurden, eine politische oder rassistische Verfolgung der Roma ausschließen bzw. ihnen staatlichen Schutz gewähren würden. Auf diese papiernen Garantien beruft sich allerdings die Bundesregierung in ihren Lageberichten zur politischen und Menschenrechtssituation in Rumänien. Diese Berichte sind freilich in einem diesbezüglichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 8.11.1991 (2 BvR 1351/91) zu Recht als "lapidare Äußerungen" bezeichnet worden. Darüber hinaus trifft der ökonomische Zusammen- und Umbruch in Rumänien die Roma auf Grund ihrer Diskriminierung zuallererst; die inzwischen durchgängig katastrophale wirtschaftliche Lage der Roma ist direkte Folge ihrer politischen und gesellschaftlichen Unterdrückung und Ausgrenzung.

Das nachfolgende Gespräch vermittelt hauptsächlich einen Einblick in den Alltag der Roma in der Region von Tirgu Mures im nördlichen Rumänien, wo die Lage der Roma im Vergleich zu anderen Landesteilen noch relativ günstig ist, da in dieser Gegend schon seit Jahrhunderten verschiedene Nationalitäten (Rumänen, Ungarn, Roma, Siebenbürger Sachsen) nebeneinander leben. Die in dem Gespräch enthaltene Information, in diesem Jahr hätten in Rumänien keine neuen Pogrome stattgefunden, scheint falsch zu sein. Nach neuesten Erkenntnissen von amnesty international fanden 1992 in der Umgebung von Temesvar ca. fünf Pogrome statt. Die Unkenntnis unseres Gesprächspartners darüber verweist ebenso wie die unterschiedlichen Angaben über die Zahl der seit Ende 1989 stattgefundenen Pogrome auch aus dem Munde ausgesprochener Expertinnen (so nennt Katrin Reemtsma in einem neueren Bericht die Zahl von 20 bekannten Pogromen seit 1990; siehe FR, 3.9.92) auf die Schwierigkeit, bei fehlender demokratischer Öffentlichkeit überhaupt Kenntnis von den Vorgängen in Rumänien zu erhalten.

# 47. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:37

Kalender

KDV-Tour durch Mecklenburg-Vorpommern

Für die Woche vom 26.-30.4.93 plant der DFG/VK Landesverband Hamburg/ Schleswig-Holstein eine Reihe von Informationsveranstaltungen im Nordosten der ehem. DDR. Für jeden Ort ist ein voller Tag vorgesehen. Vormittags stehen die Aktivisten der Tour für Informationsveranstaltungen zur Verfügung. Nachmittags wird mit einem Straßentheater für eine Bundesrepublik geworben, für die Abende sind Beratungen für Kriegsdienstverweigerer vorgesehen. Schwerin, Neubrandenburg und Neustrelitz stehen als Veranstaltungsorte schon fest. Aber, schreibt uns die DFG/VK: "Wir suchen für die kommende Tour Menschen und Organisationen, die uns unterstützen." Gesucht wird insbesondere ein Kontakt in Rostock.

Auf entsprechende Hinweise und Hilfsangebote wartet der DFG/VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 2300 Kiel, Tel. 0431-96688

Cuba

Vom 8. bis 10.1.93 findet in Nürnberg das 3. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen statt. Ziel dieses bundesweiten Treffens soll ein Erfahrungsaustausch über die bisher geleistete Solidaritätsarbeit sein. Die Anregung, eine Informationsstelle Cuba einzurichten, wurde bereits auf dem letzten Treffen gemacht; eine Arbeitsgruppe wird sich mit diesem Vorschlag befassen. Als weitere Themenschwerpunkte sind Öffentlichkeitsarbeit, praktische Solidarität, bestehende und zukünftige Projektarbeit in Cuba, ein Energiearbeitskreis und eine Diskussion über die aktuelle Situation in Cuba vorgesehen. Weitere Anregungen und Themenvorschläge an die untenstehende Adresse sind erwünscht.

8.-10.1.93, Nürnberg. Teilnahmebeitrag einschl. Übernachtung und Frühstück ca. 60 DM. Anmeldung (erforderlich!) bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1

Deutsche Demokratische Republik

Georg Fülberth spricht im Rahmen des "Forum für Politik & Kultur" der MASCH Hamburg über die Entwicklung der DDR von ihrer Gründung bis zu ihrer Beseitigung, über den Anschlußprozeß, ihr Nachleben im kollektiven Gedächtnis vieler Menschen und über "eine mögliche oder unmögliche Zukunft einer etwaigen Linken".

14.1.93, 19 Uhr. Universität Hamburg, Phil-Turm, Von-Melle-Park 6

DDR-Geschichtswissenschaft

Die Geschichtswissenschaft der DDR ist während des Anschlusses einer rigorosen "Abwicklung" unterworfen worden. Die westdeutschen Kommissare dieser Abwicklung, führende sozialdemokratische Geschichtswissenschaftler der West-Republik voran, hatten es hierbei bezeichnenderweise nicht allein auf die Protagonisten einer "stalinistischen" Geschichtsauffassung abgesehen, sondern auch auf Wissenschaftler, die z.Zt. der SED-Herrschaft aufgrund ihrer kritischen Positionen mehr für die Schublade arbeiten mußten, als daß die Ergebnisse ihrer Forschung veröffentlicht worden wären. Auf diese Weise versuchten die West-Kommissare, sich gleichzeitig unliebsame Konkurrenz vom Halse zu schaffen wie kritische Forschungen zu ersticken. - Werner Röhr, einer der jüngeren kritischen Geschichtswissenschaftler der DDR, u.a. Mitherausgeber einer Dokumenten-Edition über die nazistische Okkupation europäischer Länder, spricht zum Thema "Ausgrenzung statt Integration der DDR-Historiographie".

20.1.93, 19.30 Uhr. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Schanzenstraße 75-77, Hamburg

# 48. Angola

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/gola.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:gola

Entscheidende Tage

Der MPLA blieb nicht viel Zeit, sich ihres Sieges bei den angolanischen Wahlen zu erfreuen. Zwar erwies sie sich in 14 der 18 Provinzen des Landes als stärkste Kraft. Doch die seit Jahren vom Westen massiv unterstützte Konter-Guerilla UNITA akzeptierte ihre Niederlage nicht und griff, wie zu befürchten war, prompt zu den Waffen. Innerhalb weniger Tage brachte sie 70 Prozent des angolanischen Territoriums unter ihre Kontrolle.

Wir zeichnen in diesem ak die Geschichte der UNITA und ihres Chefs Savimbi nach. Wir berichten ausführlich über die Wahlen und ihre Ergebnisse und versuchen eine Einschätzung des aktuellen militärischen Konflikts. In den nächsten Wochen entscheidet sich die weitere Zukunft Angolas. Lassen die USA ihren jahrelangen Schützling fallen? Greift Südafrika erneut zugunsten der UNITA ein? Seite 21

# 49. Auch in der West-Türkei

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/kurden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:kurden

Rassistische Gewalt gegen Kurden

Auf die "innerstaatliche Fluchtalternative" wies jüngst wieder ein deutsches Gericht in die BRD geflohene Kurden hin. Im Westen der Türkei könnten sie "insbesondere in den Großstädten verfolgungsfrei leben". Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Izmir kündigte der Bürgermeister gegenüber der Presse an, die Stadt "von Kurden säubern" zu wollen. Lokalpolitiker warnen vor dem Zustrom aus dem Osten - des eigenen Landes. Zu den antikurdischen Maßnahmen der Behörden kommt offene Hetze, die an die Dauerkampagne gegen die "kriminellen Ausländer" in der BRD erinnert: jeder Kurde ein potentieller "Terrorist". An der türkischen Südküste wurden kurdische Läden und Wohnhäuser mit Brandbomben, Handgranaten und Gewehren angegriffen. Seite 18

# 50. Pogrom und Okkupation

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/pogrom.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:pogrom

Eine entscheidende Voraussetzung des November-Pogroms ist die Erfahrung, die die Nazis bei der Verfolgung und Vertreibung der Juden seit März 1938 im annektierten Österreich machten. Hier begann die Verfolgung von Juden mit weitaus größerer Brutalität als in Deutschland. Hier erprobten die Nazis erstmals im Massenumfang die Kombination von Enteignung und Vertreibung der Juden. Die Methoden der Repressalien gegen Juden in Wien und ihrer Vertreibung aus dem Wirtschaftsleben wurden mit dem Pogrom und den folgenden Maßnahmen auf das sogenannte Altreich übertragen. Die Funktion eines okkupierten Landes als Exerzierfeld der Verfolgung, deren Schritte und Wirkungen ausgewertet und dann rückübertragen werden, ist ab 1939 nicht allein in Polen zu finden. Diese Funktion gilt, wie Hoyerswerda und Rostock es zeigen, bis zum heutigen Tag. - Wir dokumentieren den Vortrag, den der Berliner Historiker Werner Röhr auf dem Nürnberger Symposium gegen Rassismus hielt, ab

Seite 31

# 51. Puerto Rico

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/rico.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:rico

Die zweifache Kolonie

Zwei Millionen Einwohner hat Puerto Rico, und genauso viele Menschen leben in den Slums und Ghettos von New York, Chicago und Philadelphia. Puerto Rico war spanische, dann US-amerikanische Kolonie, heute ist es den USA angeschlossen. Das Land selbst und die großen puertoricanischen Communities in den US-amerikanischen Städten bilden eine doppelte Kolonie. Die Wanderung hat ihre Ursache in der fast vollständigen Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen durch Monopolwirtschaften der USA. Heute ist es vollständig ausgeblutet und hat für die USA vor allem militär(strategische) Bedeutung.

In dieser Ausgabe berichtet eine Bremer Solidaritätsbrigade von ihrer Reise, ihrem Einsatz und dem Versuch von politischen Organisationen, Ansätze für eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung zu schaffen. Seite 25

# 52. Am Rand der Gesellschaft

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/rom.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:rom

Mit dem Inkrafttreten des deutsch-rumänischen "Rückführungsabkommens" am 1.11.1992 können aus Rumänien stammende Asylbewerberinnen und -bewerber auf direktem Wege in ihre Heimat zurückgeschickt werden. In der Mehrzahl handelt es sich bei den betreffenden Menschen um Angehörige der Nationalität der Roma.

Seit der Beseitigung der Ceausescu-Diktatur im Dezember 1989 sind die Roma im Land noch stärkeren Drangsalierungen ausgesetzt als zuvor. Es ist bekanntlich zu etlichen Pogromen gekommen. Doch nach wie vor ist es äußerst schwierig, aus Rumänien genaue Informationen über die Verfolgung der Roma zu erhalten.

Wir hatten die Gelegenheit, uns in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der "Demokratischen Union der Roma und Zigeuner von Tirgu Mures" (einer Region im nördlichen Rumänien) einen Einblick in den Alltag und die politische Organisierung der Roma dieser Gegend geben zu lassen.

Seite 14

# 53. Jelzins Schwierigkeiten nehmen zu

CD-Datei: daten/aksuche/ak349/russ.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:349:russ

Mit der sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage in Rußland kommt der russische Präsident Jelzin zunehmend in Schwierigkeiten. Je größer die Probleme werden, um so mehr Machtbefugnisse möchte er an sich reißen. Doch dabei trifft er auf den zunehmend entschiedeneren Widerstand des Volksdeputiertenkongresses, der sich nicht länger durch ständige Dekrete von "Zar Boris" auf der Nase herumtanzen lassen möchte.

Längst sind nämlich die Anhänger Jelzins unter den Deputierten eindeutig in der Minderheit. Noch vor der starken Fraktion der sogenannten "Konservativen" (Altkommunisten, Nationalisten) ist die "Bürgerunion" inzwischen zur einflußreichsten Gruppierung des russischen Parlaments geworden. Sie repräsentiert die nach wie vor einflußreichste Klasse der Manager der Staatsbetriebe nebst den Vertretern der alten Gewerkschaften. Mit ihrer Ablehnung der neoliberalen, an den USA orientierten Wirtschaftspolitik von Jelzins Ministerpräsidenten Gaidar versuchen sie sich auch inhaltlich zu profilieren. Sie lehnen die geplante Eile bei der Privatisierung der Wirtschaft ab, plädieren für eine staatliche Protektion und Subventionierung der russischen Wirtschaft und verlangen das Einfrieren der Preise für Grundnahrungsmittel und Arznei.

Schützenhilfe für einen behutsamen Umbau der russischen Wirtschaft haben sie dabei von unerwarteter Seite bekommen. Die Architekten des einstigen "500-Tage-Plans" zur Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in der UdSSR unter Gorbatschow sind auf Distanz zur Regierung Gaidar und ihren eigenen damaligen Vorstellungen gegangen.

Seite 17